



DPT

**Sicher leben
in Stadt und Land**

Kongresskatalog

16./17. April 2012

Internationales Congress
Center München



Er gibt später richtig Gas
und rauscht morgen
durch die **Prüfung.**

... er verliert nicht nur den
Führerschein.

Sie kriegt
noch die **Kurve, ...**



ALKOHOL?

Kenn dein Limit.

Alkohol macht mehr kaputt, als du denkst.
www.kenn-dein-limit.info

 **PKV**
Verband der Privaten
Krankenversicherung

 **BZgA**
Bundeszentrale
für
gesundheitliche
Aufklärung

Eine Aktion der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), mit Unterstützung des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. und gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland.

 17. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

16. & 17. April 2012
Internationales Congress Center München

Kongresskatalog

Schutzgebühr: 15 €

Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover

Telefon: 05 11 - 2 35 49 49

Fax: 05 11 - 2 35 49 50

E-Mail: dpt@praeventionstag.de

Internet: www.praeventionstag.de

Redaktion, Satz und Layout

Karla Schmitz & Kathrin Geiß

Druck

Hahn-Druckerei, Hannover

Hannover, April 2012

Inhaltsverzeichnis

	Seite
DPT & Partner	
- Grußworte der Schirmherren	6
- Partner	9
- Organisation	31
Gutachten	
- Dr. Wiebke Steffen	37
Plenen	
- Eröffnungsplenum am 16. April	122
- Abschlussplenum am 17. April	124
Vorträge	
- Schwerpunktthema und weitere Präventionsthemen	125
- 6 th Annual International Forum (AIF)	260
- DPT-Universität	265
Projektspots	273
Ausstellung	
- Infostände	335
- Infomobile	495
- Sonderausstellungen	503
- Posterpräsentationen	513
Werkstatt	
- Begleitveranstaltungen	549
- Bühne	565
- Filmforum	579
Referenten	587

Grußworte der Schirmherren



Horst Seehofer
Ministerpräsident
des Freistaats Bayern

Die Sicherheit der Bürger ist Auftrag des Staates – und diesen Auftrag nimmt Bayern ernst.

Die Daten zeigen, dass Bayern auch in puncto Sicherheit einen Spitzenplatz in Europa einnimmt: Bei uns werden wenige Straftaten begangen, aber sehr viele aufgeklärt.

Das ist zum einen ein Erfolg der bayerischen Polizei, zum anderen ein Erfolg der bayerischen Politik. Im Kampf für die Sicherheit der Bürger setzen wir auf die Konsequenz, auf Technik und auf die Frauen und Männer im Polizeidienst. Das zahlt sich aus, denn bei uns gilt: Crime doesn't pay!

Herzlich Willkommen zum Deutschen Präventionstag in München!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. Seehofer'.

Horst Seehofer

Ministerpräsident des Freistaats Bayern



Christian Ude

Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

„Sicher leben in Stadt und Land“ ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis vielfältiger Anstrengungen und Bemühungen von Politik, Behörden, Institutionen, Einrichtungen, Verbänden und Vereinen. Auch die Initiative und das Engagement jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers sind hier gefordert.

Der 17. Deutsche Präventionstag wird weitere Impulse und Anregungen rund um die Themen Prävention und Sicherheit geben, von denen auch die Landeshauptstadt München als eine der sichersten Großstädte Europas nur profitieren kann.



Christian Ude

Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

DPT & Partner

Partner

	Seite
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	11
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	12
DBH-Bildungswerk	13
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	14
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V. (dsj)	15
Deutscher Familiengerichtstag (DFGT)	16
Deutscher Jugendgerichtstag (DJGT)	17
Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)	18
Deutsches Jugendinstitut (DJI)	19
European Forum for Urban Security (EFUS)	20
Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia- Diensteanbieter e.V. (FSM)	21
International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)	22
Korean Institute of Criminology (KIC)	23
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN)	24
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	25
proVal	26

DPT & Partner

Partner

	Seite
Stiftung Kriminalprävention	27
Violence Prevention Alliance	28
WEISSER RING e. V.	29

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist für all die Bereiche zuständig, von denen die Zukunft unserer Gesellschaft abhängt.

Mit dem Ziel, zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beizutragen

- fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Familien
- gibt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Menschen Zeit für Verantwortung
- investiert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen
- schützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kinder und Jugendliche vor Gewalt und Vernachlässigung
- fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Integration
- stärkt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend demokratische Werte
- fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend faire Chancen von Frauen und Männern im Berufsleben
- unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Zusammenhalt der Generationen
- fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bürgerschaftliches Engagement
- leistet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Sinne der jungen und der nachfolgenden Generationen einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) nimmt seit ihrer Gründung im Jahr 1967 als Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Aufgaben der Prävention und Gesundheitsförderung wahr. Als Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung entwickelt sie mit Kooperationspartnern Strategien zur gesundheitlichen Aufklärung und Prävention und setzt diese in Kampagnen und Maßnahmen um. Auf der Grundlage ihrer Kompetenzen in der erfolgreichen Durchführung bevölkerungsweiter Kampagnen und der Qualitätssicherung von Prävention und Gesundheitsförderung trägt die BZgA maßgeblich zur Erreichung nationaler Präventionsziele bei.

Die thematischen Prioritäten sind Aids-Prävention, Suchtprävention, Sexualaufklärung und die Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Im Schwerpunkt wendet sich die BZgA mit ihren Maßnahmen vor allem an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Infos zu ausgewählten Themen und Kampagnen erhalten Sie unter:

www.gib-aids-keine-chance.de
www.sexualaufklaerung.de
www.drugcom.de
www.bist-du-staerker-als-alkohol.de
www.kenn-dein-limit.info
www.rauch-frei.info
www.gutdrauf.net
www.kinderstarkmachen.de
www.kindergesundheit-info.de
www.fruehehilfen.de

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Ostmerheimer Straße 220, 51109 Köln
Tel.: 0221 – 89 92 0 (Zentrale)
Fax: 0221 – 89 92 300
E-Mail: poststelle@bzga.de
Internet: www.bzga.de

DBH-Bildungswerk

Der DBH-Fachverband ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt 10.000 Mitgliedern aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen. DBH vertritt den Ansatz der humanen Strafrechtspflege und hat u.a. dazu beigetragen, Bewährungshilfe und Gerichtshilfe in das deutsche Strafrecht einzubinden.

Der DBH-Fachverband

- fördert die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege,
- leistet einen Beitrag zur Kriminalprävention,
- arbeitet an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität,
- unterstützt die Wiedereingliederung von Strafgefangenen und
- setzt sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ein.

Der DBH-Fachverband ist Initiator und Träger von Modellversuchen und Projekten zur Erprobung und Realisierung Erfolg versprechender Weiterentwicklungen, daraus haben sich die folgenden Projekte und Einrichtungen entwickelt:

- Aus- und Weiterbildung durch das DBH-Bildungswerk,
- Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (TOA),
- Ehrenamtliche Mitarbeit im Strafvollzug durch das Projekt LOTSE,
- Übergangsmagements zwischen Strafvollzug und Nachsorge,
- Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE: Soziales, Strafrecht, Kriminalpolitik.

Präsident: Prof. Dr. Heinz Cornel

Bundesgeschäftsführer: Peter Reckling

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Eine ausgewiesene Regionalexpertise, hohe Fachkompetenz und praxiserprobtes Managementwissen bilden das Rückgrat der Leistungen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Als Bundesunternehmen unterstützen wir die Bundesregierung dabei, ihre Ziele in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung zu erreichen; weltweit aktiv sind wir außerdem in der internationalen Bildungsarbeit.

Die GIZ bietet nachfrageorientierte, maßgeschneiderte und wirksame Dienstleistungen für nachhaltige Entwicklung an. Sie gestaltet Veränderung und befähigt Menschen, Entwicklungsprozesse eigenverantwortlich weiterzuführen. Die GIZ unterstützt Partner auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene in strategischen und konzeptionellen Fragen sowie bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele.

Das Sektorvorhaben „Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten“ unterstützt seit 2008 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Implementierung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel des Vorhabens ist es, Ansätze und Methoden zu der Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten in der Konzeption und Durchführung von Strategien und Vorhaben der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren.

Jugendgewaltprävention ist seit 2008 eines der Schwerpunktthemen des SVs. In diesem Zusammenhang entstand der Leitfaden zur systemischen Jugendgewaltprävention, der ein Planungstool für die Planung von Maßnahmen zur Jugendgewaltprävention ist und dabei einen systemischen Ansatz verfolgt. In Zusammenarbeit mit dem Sektorvorhaben „Politikberatung in der Kommunal- und Stadtentwicklung“ berät das Vorhaben das südafrikanische Gewaltpräventionsprogramm, das durch gezielte Förderung der Zusammenarbeit staatlicher, zivilgesellschaftlicher und nachbarschaftsbasierter Organisationen die Sicherheit besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen in ausgewählten benachteiligten Gebieten verbessern will.

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V. (dsj)

Aufbau

Die Deutsche Sportjugend (dsj) ist die Jugendorganisation im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB). Sie ist der größte freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland.

Die dsj bündelt die Interessen von über 10,0 Millionen jungen Menschen im Alter bis zu 26 Jahren, die in über 91.000 Sportvereinen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert sind.

Aufgaben

Die dsj will zur Persönlichkeitsentwicklung und einer aktiven Lebensweise junger Menschen beitragen, die Befähigung zum sozialen Verhalten fördern und das gesellschaftliche Engagement von Kindern und Jugendlichen anregen und unterstützen.

Sie trägt zur internationalen Völkerverständigung durch Bildungsarbeit und Begegnungen bei und unterstützt den europäischen Einigungsprozess und tritt für Toleranz nach innen und außen ein.

In enger Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsorganisationen und anderen gesellschaftlichen Kräften strebt die dsj zudem an, die Formen sportlicher und allgemeiner Jugendarbeit weiter zu entwickeln und damit einen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher und jugendpolitischer Probleme zu leisten.

Funktion als Dachorganisation

Die dsj unterstützt und fördert das gesamte Spektrum der Kinder- und Jugendarbeit im und durch den Sport. Sie übernimmt dabei Koordinations-, Innovations- und Grundsatzaufgaben für die Kinder- und Jugendarbeit der Mitgliedsorganisationen.

Sie berücksichtigt in ihrer Arbeit insbesondere ihre Aufgaben als Jugendorganisation im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und ist die Interessenvertretung ihrer Mitgliedsorganisationen auf Bundesebene. Darüber hinaus setzt sie sich für die Bedürfnisse und Anliegen aller sporttreibender junger Menschen ein.

Deutscher Familiengerichtstag (DFGT)

Der Deutsche Familiengerichtstag ist ein gemeinnütziger Verein, dem Richter, Rechtsanwälte, Psychologen, Sozialpädagogen und Mitglieder anderer Professionen angehören, die sich beruflich mit Familien und dem Familienrecht befassen. Sie alle haben es sich zur Aufgabe gemacht, das Familienrecht weiter zu entwickeln, dessen Anwendung in der Praxis zu vereinheitlichen, die interdisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern und dieses für die Betroffenen eminent wichtige Rechtsgebiet verständlich zu machen, um so auch seine Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern.

Allein der interdisziplinäre Ansatz erklärt noch nicht die Kooperation mit dem Deutschen Präventionstag. Die Gewaltprävention ist jedoch auch ein Anliegen des Deutschen Familiengerichtstags, da gerade innerhalb von Beziehungen Gewalt – sei es gegen den Partner, sei es gegen die Kinder – rechtzeitig und effektiv entgegengetreten werden muss: durch ein schnelles Handeln des Familiengerichts im Zusammenwirken mit sozialpädagogischen Fachkräften, aber auch mit der Polizei. Aufgrund der Änderung des Verfahrensrechts im Jahr 2009 ist das Familiengericht heute zudem für alle Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz zuständig, also auch dann, wenn zwischen Täter und Opfer keine soziale Nähebeziehung besteht. In Kooperation mit dem Jugendamt gehört es außerdem zu den Aufgaben des Familiengerichts, Gefahren von Kindern abzuwenden, bevor sie straffällig werden oder sozial völlig verwaist sind, indem die Gefahren mit den betroffenen Familien erörtert, ihnen Hilfen angeboten, äußerstenfalls die Kinder aber auch von ihnen getrennt werden.

Familienrecht ist also ein weites Feld und geht über Scheidung, Unterhalt, Sorgerecht und Umgang weit hinaus. Es gibt deshalb eine Fülle von Berührungspunkten mit dem Deutschen Präventionstag, der für den Deutschen Familiengerichtstag seit vielen Jahren ein sehr geschätzter Kooperationspartner ist.

Deutscher Jugendgerichtstag (DJGT)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ), Deutschlands Fachverband für Jugendkriminalrechtspflege, fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und den fachlichen Diskurs zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik. Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Weiterbildung.

Alle drei Jahre veranstaltet die DVJJ den Deutschen Jugendgerichtstag, die zentrale Tagung für alle Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren mitwirken oder sich wissenschaftlich mit Jugenddelinquenz auseinandersetzen. Der 28. Deutsche Jugendgerichtstag fand im September 2010 in Münster statt und stand unter dem Titel „Achtung (für) Jugend! Praxis und Perspektiven des Jugendkriminalrechts“. Nahezu 800 Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Justiz, Polizei, Jugendhilfe, Jugendstrafvollzug und Jugendpsychiatrie diskutierten während der vier Kongresstage über grundlegende und aktuelle Fragen der Jugendkriminalität und des Jugendkriminalrechts.

Der 29. Deutsche Jugendgerichtstag findet im Herbst 2013 statt

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz (IMK) als gemeinnützige privatrechtliche Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Wissensbasierte Präventionsarbeit in den unterschiedlichen Handlungsfeldern und –ebenen wird durch die Informationsangebote der Website www.kriminalpraevention.de und der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ gefördert. Durch die finanzielle Unterstützung von Projektevaluationen verbessern sich die Qualitätsstandards der Präventionsarbeit in Deutschland. Auf einen Transfer wissenschaftlicher Erkenntnis in praktisches Handeln wird besonderer Wert gelegt.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
c/o Bundesministerium des Innern,
Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
Tel.: 0228-99681-3725
E-Mail: dfk@bmi.bund.de, www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) in München mit seiner Außenstelle in Halle ist ein überregionales, sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Es untersucht die Lebens- und Problemlagen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien sowie die darauf bezogenen sozialstaatlichen Angebote zu ihrer Unterstützung.

Neben der Forschung gehört die Beratung von Politik und Praxis zu den wesentlichen Aufgaben des DJI. Ergänzend zu der in Form von repräsentativen Wiederholungsbefragungen durchgeführten Dauerbeobachtung des Wandels der Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien und der institutionellen Angebote verfolgt das DJI in seinen Studien Fragestellungen, die sich auf aktuelle Entwicklungen, sozialpolitische Herausforderungen (aktuell z. B. Kindertagesbetreuung) sowie Problemlagen und -karrieren von Kindern und Jugendlichen beziehen.

Ein weiterer Schwerpunkt sind wissenschaftliche Begleitstudien und Evaluationen vor allem von innovativen Praxiskonzepten. Mit den Arbeitsstellen in den Themenfeldern Kriminalitätsprävention im Kindes- und Jugendalter, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung sowie dem Nationalen Zentrum für frühe Hilfen in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bearbeitet das DJI aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Kontakt

www.dji.de

European Forum for Urban Security (EFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) ist ein Zusammenschluss von 300 europäischen Städten und Regionen, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention arbeiten. 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet, ist das Forum die älteste internationale Nichtregierungsorganisation, die sich mit dem Thema urbane Sicherheit/Kriminalprävention beschäftigt und für seine Expertise bei der Europäischen Union, beim Europarat und bei den Vereinten Nationen anerkannt.

Heute hat es Mitglieder in 18 Ländern Europas, die untereinander und mit internationalen Experten Erfahrungen und Fachwissen auszutauschen und gemeinsam im Rahmen konkreter europäischer Kooperationsprojekte ihre Arbeit in den verschiedenen Bereichen der urbanen Sicherheit voranbringen.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit arbeitet im gesamten Spektrum der urbanen Sicherheit und der Kriminalprävention. EFUS informiert zu aktuellen Entwicklungen, bindet seine Mitglieder in ein europäisches Netzwerk von Städten und Experten ein, vertritt seine Mitglieder auf europäischer Ebene, unterstützt sie bei der Optimierung ihrer Politiken und Maßnahmen, bietet Seminare und Fortbildungsmöglichkeiten an, organisiert europäische Projekte und verbessert den Zugang zu EU-Fördermitteln.

Das Forum ist langjähriger Partner des Deutschen Präventionstages. Seit 2010 gibt es auch eine deutsche EFUS-Sektion, das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS), die von den deutschen EFUS-Mitgliedern im Rahmen des 15. Deutschen Präventionstages in Berlin gegründet wurde.

Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM)

Die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM e. V.) ist ein gemeinnütziger Verein, der sich maßgeblich für die Einhaltung und Stärkung des Jugendschutzes in Onlinemedien einsetzt. Innerhalb des durch den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag 2003 eingeführten Systems der regulierten Selbstregulierung ist die FSM bereits seit 2005 anerkannte Selbstkontrollereinrichtung für den Bereich Telemedien. Die regulierte Selbstregulierung sieht vor, dass Staat und Industrie bei der Einhaltung der bestehenden Gesetze und bei der Erhöhung des Jugendmedienschutz-niveaus zusammenwirken. Die FSM engagiert sich zusammen mit ihren Mitgliedsunternehmen und -verbänden maßgeblich dafür, den Jugendmedienschutz in Internet, Mobilfunk und Teletext zu stärken und illegale, jugendgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte einzudämmen. Dazu betreibt die FSM unter anderem eine Beschwerdestelle (www.fsm.de/de/Beschwerdeformular), an die sich jedermann kostenlos wenden kann, um jugendgefährdende Online-Inhalte zu melden. Die Arbeit der FSM ist geprägt von dem Wissen, dass nur aufgeklärte Internetnutzer Telemedien sicher und bewusst nutzen können. Daher zählt auch die umfangreiche Aufklärungsarbeit und Medienkompetenzförderung von Kindern, beispielsweise durch die auf Grundschüler zugeschnittene Medienkompetenzwebsite www.internauten.de und den Internauten-Medienkoffer mit Unterrichtsmaterialien, zu den weiteren Kernaufgaben der FSM.

Kontakt:

www.fsm.de; office@fsm.de

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

The International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) was founded in 1994 and is the sole international organization dedicated exclusively to crime prevention and community safety.

ICPC's mission is to promote safer societies through the promotion and implementation of strategic and evidence-led programmes and initiatives which aim to reduce and prevent offending and victimization and to support international norms and standards (UN Guidelines on the prevention of crime 1995 and 2002).

ICPC aims to achieve this mission in four main ways by:

- Consolidating global knowledge and monitoring international trends on delinquency, crime and prevention;
- Producing knowledge through the development of tools and comparative analysis of specific issues, and the publication of a bi-annual International Report on crime prevention trends and perspectives;
- Promoting the exchange of information through the organization of international colloquiums, conferences, seminars, facilitated workshops and expert meetings;
- Providing technical assistance in the field, and monitoring of and consultation for various projects.

ICPC's members include a range of national, provincial and local governments from across the world, as well as a wide variety of organizations working with issues of crime prevention and community safety.

The German Congress on Crime Prevention is member of ICPC.

Contact:

www.crime-prevention-intl.org

Korean Institute of Criminology (KIC)

KIC (Korean Institute of Criminology) ist die einzige staatliche Forschungseinrichtung für Kriminologie und Kriminalpolitik in Korea. Die Hauptaufgabe des in 1989 gegründeten Instituts liegt darin, kriminologische bzw. kriminalpolitische Forschungsprojekte zu betreiben, die beispielsweise die Themenbereiche „Kriminalprävention, Kriminaljustiz sowie Kriminalrecht“ umfassen. An den 4 Forschungsabteilungen im KIC arbeiten mehr als 50 qualifizierte ForscherInnen, die über vielfältiges Fachwissen verfügen, z.B. Strafrechtswissenschaft, Kriminologie, Soziologie, Psychologie sowie weitere Sozialwissenschaften. Sie werden durch etwa 20 MitarbeiterInnen der zwei administrativen Abteilungen unterstützt. KIC hat bislang über 1.000 Forschungsberichte veröffentlicht und publiziert seit 1990 vierteljährlich die Fachzeitschrift „The Korean Criminological Review“.

KIC hat in 1998 gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft für Kriminologie den 12. Weltkongress der Kriminologie in Seoul veranstaltet. Seit 2004 ist KIC Mitgliedsinstitut der UNPNI (UN Crime Prevention and Criminal Justice Programme Network Institutes). Seit 2009 nimmt KIC gemeinsam mit dem UNODC Regional Centre for East Asia and the Pacific am „Towards-AsiaJust-Programm“ teil.

Am 20.-22.8.2012 veranstaltet KIC zusammen mit der Asian Criminological Society den 4. Asienkongress der Kriminologie in Seoul mit dem Hauptthema „Development & Security: Rethinking Crime and Criminal Policies in Asia“.

Kontakt:

Korean Institute of Criminology(KIC)

114 Taebong-no, Seocho-gu, Seoul

137-715, Republic of Korea

Tel.: +82 2-3460-5180

Fax: +82 2-571-7487

Email: ICCJ@kic.re.kr

Website: <http://www.kic.re.kr/english/>

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN)

Das KFN ist im Jahr 1979 von dem damaligen Justizminister Niedersachsens, Prof. Dr. Schwind, als unabhängiges, interdisziplinär arbeitendes Forschungsinstitut gegründet worden. Zweck des Instituts ist laut seiner Satzung, „als selbstständige Forschungseinrichtung praxisorientierte kriminologische Forschung zu betreiben und zu fördern.“ Am KFN wird laufend an verschiedenen interdisziplinären Forschungsprojekten gearbeitet. Dieser fachübergreifende Forschungsansatz hat sich seit Mitte der 80er Jahre ebenso bewährt, wie der Grundsatz, die Forschungsideen selber zu entwickeln und sich um Aufträge von außen nur dann zu bemühen, wenn sie sich sehr gut in die Gesamtkonzeption einfügen lassen. Gegenwärtig arbeiten am KFN 18 Wissenschaftler/innen an ihren Promotionen bzw. Habilitationen. Im Verlauf der letzten 20 Jahre sind 22 Mitarbeiter/innen auf Hochschulprofessuren berufen worden. Etwa die Hälfte des laufenden Forschungsetats in Höhe von gut zwei Millionen Euro wirbt das Institut über Drittmittelanträge ein.

Ein zentrales Forschungsthema des KFN ist seit 1998 die Kinder- und Jugendkriminalität. Hierzu werden seitdem in vielen Städten und Landkreisen repräsentative, anonyme Schülerbefragungen durchgeführt. Ging es zunächst primär darum, die Kinder und Jugendlichen als Opfer und Täter zu erfassen, sind später weitere Schwerpunkte hinzu gekommen: Schuleschwänzen, Medienkonsum und Schulleistungen, Alkohol- und Drogenkonsum und zuletzt in einer bundesweiten Repräsentativbefragung von 45.000 Neuntklässlern zum einen die Computerspielabhängigkeit, zum anderen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Die Tatsache, dass nunmehr seit 10 Jahren zu acht Städten und Landkreisen die Daten aus dort wiederholt durchgeführten Schülerbefragungen vorliegen, ermöglicht zudem Längsschnitzaussagen dazu, wie sich die Opferrisiken und das Täterverhalten von Kindern und Jugendlichen im Verlauf der 10 Jahre entwickelt haben. Hinzu kommt hier eine Paneluntersuchung mit 1.000 Berliner Kindern, die wir seit 2004, als sie noch Drittklässler waren, jährlich einmal zu den o.g. Themenschwerpunkten befragen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kfn.de

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Sicherheit ist ein essenzielles Grundbedürfnis des Menschen und wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Deshalb informiert die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes über die verschiedenen Formen von Kriminalität und zeigt auf, wie diese verhindert werden können. Sie ist eine Institution der Innenministerkonferenz und veröffentlicht bundesweit Medien wie Broschüren, Filme und PC-Spiele. Neben entsprechender Öffentlichkeitsarbeit entwickelt die Polizeiliche Kriminalprävention themen- und zielgruppenspezifische Kampagnen.

In länderübergreifend finanzierten und konzipierten Projekten geht es u.a. um Gewaltprävention, Internetkriminalität oder Einbruchschutz. Sie richten sich an die unterschiedlichsten Zielgruppen - von Lehrkräften über Gewerbetreibende bis hin zu Journalisten. Aktuelle Handlungsfelder sind die Jugendgewalt u.a. mit der überarbeiteten Version der Broschüre „Herausforderung Gewalt“ und die Sicherheit im Umgang mit „Neuen Medien“.

Seit über 40 Jahren ist die Polizeiliche Kriminalprävention der zentrale Ansprechpartner für alle Fragen der Kriminalprävention. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.polizei-beratung.de

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Telefon:0711-5401-2062

Fax: 0711-2268000

E-Mail:info@polizei-beratung.de

Webseite:www.polizei-beratung.de

proVal

proVal entwickelt in enger Kooperation mit Experten aus Wissenschaft und Praxis professionelle Lösungen für die Optimierung und Evaluation von Programmen und Projekten, die Verbesserung von Arbeits- und Kooperationsbeziehungen und die Erschließung neuer Wissensgebiete.

- Unsere vielfältigen Analyse- und Beratungsansätze schaffen eine fundierte Grundlage für die Weiterentwicklung Ihrer Programme, Projekte und Einzelmaßnahmen.
- Unsere Zielworkshops helfen Ihnen bei der Festlegung realistischer Ziele und Maßnahmen.
- Unsere wirkungszentrierte Evaluation bietet die Gewähr für effektive Programme und Projekte.
- Unsere innovativen Netzwerkanalysen unterstützen Sie bei der Optimierung von Kooperationsstrukturen und Informationsflüssen.
- Anwendungsorientiertes Wissen und neue Handlungsansätze erarbeiten wir in enger Kooperation mit Universitäten, Fachhochschulen und Projektträgern.

Die Geschäftsführer von proVal sind bereits in verschiedenen Präventionszusammenhängen tätig gewesen. Unsere Auftraggeber sind u.a.:

- Bundesministerium des Inneren
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Deutsche Bahn AG
- Deutscher Kinderschutzbund e.V.
- Innenministerium Baden-Württemberg
- Jugendförderung der Stadt Braunschweig
- Landespräventionsrat Niedersachsen
- Landesstelle Jugendschutz
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen
- Sächsische Staatskanzlei
- Universität Bielefeld

Für weitere Informationen stehen Ihnen Dr. Olaf Lobermeier und PD Dr. Rainer Strobl jederzeit gern zur Verfügung. www.proval-services.net

Stiftung Kriminalprävention

Die Stiftung Kriminalprävention wurde 1995 mit dem Ziel errichtet, sowohl durch anwendungsorientierte Forschung als auch mit deren Umsetzung einen deutlichen Beitrag zur Entwicklung der Verbrechensverhütung in Deutschland zu leisten. Dabei sollten die gesamtgesellschaftlichen Potenziale geweckt und vernetzt werden.

Aktivitäten und Projekte

Seit ihrer Gründung hat die Stiftung eine Vielzahl von Forschungsprojekten zur Kriminal- und Verkehrsunfallprävention durchgeführt, beauftragt und finanziert, auf Wirksamkeit untersucht und nachhaltig implementiert.

Daneben hat die Stiftung Kriminalprävention 2003 ein Förderprogramm für alle mit Kriminal- und/oder Verkehrsunfallprävention beschäftigten Gremien in Städten, Kreisen und Gemeinden, auf Landes- oder Bundesebene entwickelt:

- Mit der jährlichen Auslobung und Vergabe des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention und einer Dotation von 50.000 Euro werden unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten für Deutschland Beispiel gebende Projekte mit kriminal- oder/und verkehrspräventiver Reichweite, die systematisiert und Vergleichbarkeit erzeugend aufgebaut und auf Wirksamkeit untersucht sind herausgestellt.
- Seit 2007 wird zusätzlich der mit 10.000 Euro dotierte Städtepreis ausgelobt. Mit dieser Anerkennung werden Gebietskörperschaften geehrt, die in besonderem Maße Erkenntnisse der Kriminalprävention obligatorisch in politische Entscheidungsprozesse und in Verwaltungshandeln einbeziehen.

Alle Projekt- und Forschungsergebnisse sind hinsichtlich Handlungsbedarf, Ziel, Maßnahmen, Ergebnis und Evaluierung dokumentiert. Kurz- und Langfassungen der Berichte finden sich im Internet unter: www.stiftung-kriminalpraevention.de

Violence Prevention Alliance

The Violence Prevention Alliance (VPA), which is led by the World Health Organization, is a network of governmental organizations, international organization and agencies, non-governmental and community-based organizations, universities and research institutes, and private foundations working to prevent violence. VPA participants are committed to an evidence-based public health approach that targets the risk factors leading to violence and promotes multi-sectoral cooperation. The VPA aims to implement the recommendations of the 2002 WHO World report on violence and health and concentrates primarily on interpersonal violence – including child maltreatment, youth violence, armed violence, intimate partner and sexual violence, and elder maltreatment.

The VPA was officially launched in January 2004 at the first Milestones in a Global Campaign for Violence Prevention meeting. Since then the VPA has grown from a dozen participants to nearly 50 today and includes participants such as the US Centers for Disease Control, the UNDP, UNICEF, UNODC, the World Bank, the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, and the Open Society Foundation.

VPA provides an opportunity for different types of organizations (governmental, non-governmental, research, and private) from all sectors (health, justice, education) and levels (community, national, regional and international) to unite around a shared vision and approach to violence prevention that works both to address the root causes of violence and to improve services for victims.

WEISSER RING e. V.

Kriminalitätsvorbeugung ist eine zentrale Aufgabe des WEISSEN RINGS, der seit mehr als 35 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen eintritt. Als gemeinnütziger Verein macht er sich für die Interessen der Betroffenen stark. Neben der Opferbetreuung hat der WEISSE RING auch die Kriminalprävention als Satzungsziel.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Rund 3.000 Ehrenamtliche aus allen Altersklassen und aus unterschiedlichen Berufen stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit 420 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand, persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Der WEISSE RING zählt etwa 55.000 Mitglieder.

Ein sichtbares Zeichen für mehr Zivilcourage und mehr Hilfsbereitschaft gegenüber den Opfern von Kriminalität und Gewalt setzt der WEISSE RING mit der bundesweiten Infokampagne „Zeig Zivilcourage!“. Mit der Warnschild-Aktion „Stopp dem Diebstahl“ ruft der WEISSE RING die Bevölkerung zu mehr Aufmerksamkeit auf. Die Projekte „Sportler setzen Zeichen“ und weitere Kooperationsprojekte sind für Jugendliche entwickelt worden, um sie vor Kriminalität und den Folgen zu schützen.

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-8303-0

Fax.: 06131-8303-45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Organisation

	Seite
Leitbild des Deutschen Präventionstages	32
Kongressorganisation	33
Programmbeirat des 17. Deutschen Präventionstages	34
Trägergesellschaft	35
www.praeventionstag.de	36

Leitbild des Deutschen Präventionstages

Der Deutsche Präventionstag wurde 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet. Von Beginn an war es das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken.

Nach und nach hat sich der Deutsche Präventionstag auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnissen aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet, die bereits in mehr oder weniger direkten Arbeitszusammenhängen stehen. Neben der weiterhin zentral behandelten Kriminalprävention reicht das erweiterte Spektrum des Kongresses von der Suchtprävention oder der Verkehrsprävention bis hin zu den verschiedenen Präventionsbereichen im Gesundheitswesen.

Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft, etc.

Der Deutsche Präventionstag will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.

Kongressorganisation

Veranstalter

DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Kongresspräsident

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

Kongressleiter

Erich Marks

Leiterin des ständigen Büros

Karla Schmitz

Wissenschaftliche Beratung und Gutachtenerstellung

Dr. Wiebke Steffen

Koordinator für internationale Kontakte

Dr. Marc Coester

Webdesign, Internetkonzeption und -beratung

nanodesign, Rolf Grimmer

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Susanne Kirchhoff

Repräsentant des Deutschen Präventionstages für Österreich

Prof. Dr. Christian Graf

Programmbeirat des 17. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse.

Mitglieder des Programmbeirates des 17. Deutschen Präventionstages sind:

- **Hubertus Andrä**, Leitender Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, München
- **Dr. Wilfried Blume-Beyerle**, Referent des Kreisverwaltungsrates der Landeshauptstadt München
- **Renate Engels**, Leiterin des DBH-Bildungswerks, Köln
- **Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner**, Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe, Tübingen
- **Erich Marks**, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, Hannover
- **Andreas Mayer**, Geschäftsführer der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), Stuttgart
- **Corinna Metzner**, Referentin im Fachbereich Prävention WEISSER RING e. V., Mainz
- **Jürgen Mutz**, Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), Köln
- **Karla Schmitz**, Leiterin der DPT-Geschäftsstelle, Hannover
- **Norbert Seitz**, Vorstand der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Berlin
- **Dr. Wiebke Steffen**, Wissenschaftliche Beraterin und Gutachterin des Deutschen Präventionstages, Heiligenberg (Baden)/München

Trägersgesellschaft

Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

www.praeventionstag.de

Auf der Homepage des Deutschen Präventionstages finden Sie aktuelle Daten zu den bevorstehenden Kongressen sowie eine umfangreiche Dokumentation der vergangenen Veranstaltungen.

Weitere Informationen finden sich auf den Internetseiten

www.dpt-uni.de

www.gcocp.org

www.dpt-map.de

Die tägliche Präventions-News des DPT

Die tägliche Präventions-News des Deutschen Präventionstages informiert über aktuelle Themen, Termine, Fakten und Hintergründe aus dem breiten Arbeitsfeld der Prävention, namentlich der Kriminalprävention.

Die tägliche Präventions-News kann auf vielfältige Weise von Ihnen wahrgenommen und gelesen werden:

- auf der Webseite des Deutschen Präventionstages
- als tägliche, wöchentliche oder monatliche E-Mail
- als RSS-Feed
- über Twitter oder
- in Ihrer persönlichen Windows-Sidebar

Gutachten

für den 17. Deutschen Präventionstag
16. & 17. April 2012 in München
„Sicher leben in Stadt und Land“

Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe

Wiebke Steffen
Heiligenberg (Baden) / München

Inhalt

Vorbemerkung

- 0 Zusammenfassung
- 1 Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe
- 2 Soziale Sicherheit in Zeiten der Krise
 - 2.1 Moderne Gesellschaften – unsichere Zeiten
 - 2.1.1 Sicherheitsversprechen des Staates vs. Abbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates
 - 2.1.2 Sicherheitserwartungen und Ängste der Menschen in Deutschland
 - 2.1.3 Lebenszufriedenheit und Wirtschaftswachstum: Gibt es ein „Glücks-BIP“?
 - 2.1.4 Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
 - 2.2 Soziale Ungleichheiten: Nachholbedarf Deutschlands in Sachen sozialer Gerechtigkeit
 - 2.2.1 Einkommensarmut: Deutschland wird amerikanischer
 - 2.2.2 Bildungszugang: Defizite unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit
 - 2.2.3 Integration: Ungleichheiten zum Nachteil von Menschen mit Migrationshintergrund
 - 2.2.4 Soziale Gerechtigkeit: Wo steht Deutschland?
 - 2.2.5 Ist Gleichheit Glück?
 - 2.2.6 Folgerungen für die soziale Prävention
- 3 Zivile Sicherheit, Kriminalität und Kriminalprävention
 - 3.1 Zivile Sicherheit
 - 3.1.1 BaSiD – Barometer Sicherheit in Deutschland
 - 3.1.2 Sicherheitsberichte: Welche Sicherheit braucht eine Stadt?
 - 3.2 Kriminalität - ein Modernisierungsrisiko?

- 3.2.1 Kriminalität in Deutschland: Befunde zur Sicherheitslage
- 3.2.2 Sicher leben in Stadt und Land: Die räumliche Verteilung der Kriminalität
- 3.2.3 Kriminalitätsfurcht in Deutschland: Befunde zum Sicherheitsgefühl
- 3.2.4 Kriminalpolitik statt Sozialpolitik: Auf dem Weg in die Sicherheitsgesellschaft und den Präventionsstaat?
- 3.2.5 Folgerungen für die Kriminalprävention

Literaturverzeichnis

Vorbemerkung

„Sicher leben in Stadt und Land“ – das bedeutet weit mehr als ein Leben in äußerer und innerer Sicherheit. Wichtiger noch ist ein Leben in sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit, ist die Verlässlichkeit und Planbarkeit des eigenen Lebens.

Diese Dimensionen von Sicherheit zu gewährleisten ist vor allem und in erster Linie die Aufgabe staatlicher Instanzen. Der Staat hat die Aufgabe, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, aufrechtzuerhalten und zu verbessern, die für die Bürger physische, soziale und wirtschaftliche Sicherheit, Lebensqualität, Vorausssehbarkeit und Planung erst ermöglichen. Dieses Sicherheitsversprechen einzulösen, seiner Sicherungspflicht nachzukommen, fällt dem Staat unter den herrschenden Bedingungen der Unsicherheit jedoch zunehmend schwer: **Moderne Zeiten sind unsichere Zeiten.**

Die Modernisierung unserer Gesellschaft mit ihren Merkmalen der funktionalen Differenzierung, der Individualisierung und der sozialen Desintegration hat für die Gesellschaft insgesamt und für den Einzelnen Chancen wie Risiken gebracht. Verstärkt durch Entwicklungen, die etwa mit der Globalisierung, dem demographischen Wandel, der Finanz- und Schuldenkrise, der Migration, der ökonomisch-sozialen und ethnisch-kulturellen Spaltung verbunden sind, hat die **soziale Ungleichheit** deutlich zugenommen sowie die damit verbundene Destabilisierung von Lebenslagen.

Entsprechend ist die (Wieder)Gewinnung von Sicherheit durch die (Wieder)Herstellung **sozialer Gerechtigkeit** nicht nur ein elementares menschliches Bedürfnis, sondern auch eine komplexe staatliche Aufgabe und Prävention in einem ganz umfassenden Sinne. Wie Sicherheit weit mehr ist als die Eindämmung oder Verhinderung von Kriminalität oder anderer Schadensereignisse, ist auch **Prävention**, verstanden als die Schaffung von günstigen, sozial gerechteren Lebensbedingungen bzw. die Verhinderung sowie Minderung von Entwicklungen, die diese Sicherheit bedrohen und beeinträchtigen können, weit mehr als Kriminalprävention. Um mehr Sicherheit und mehr Sicherheitsgefühl zu erreichen, ist Kriminalprävention nur eines – und keineswegs das wichtigste – „Heilmittel“.

Gleichwohl hängen soziale Sicherheit und Kriminalität, soziale Prävention und Kriminalprävention zusammen, sind – positive wie negative, produktive wie kontraproduktive – Abhängigkeiten und Beeinflussungen festzustellen. So, wie eine gute Sozialpolitik Kriminalitätsfurcht reduzieren kann, ist auch die Verschiebung von einer sozialpolitischen zu einer kriminalpolitischen Bearbeitung von Unsicherheit, Armut und Ausgrenzung möglich – bis hin zur Sicherheitsgesellschaft und zum Präventionsstaat.

Außerdem sind mit der Definition und Herstellung von Sicherheit Zielkonflikte mit anderen Grundrechten wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Privatheit verbunden. Insbesondere

befinden sich die Sicherheit und die Freiheit der Bürger stets in einem Spannungsverhältnis.

Das **Gutachten** zum Schwerpunktthema des 17. Deutschen Präventionstages „Sicher leben in Stadt und Land“ greift dieses umfassende Verständnis von Sicherheit und Prävention, die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit für die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen auf und diskutiert die Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik und Kriminalpolitik, vor allem auch vor dem Hintergrund möglicher problematischer Entwicklungen.

Bezug wird dabei insbesondere auch auf das Gutachten zum Schwerpunktthema des 14. Deutschen Präventionstages 2009 „Solidarität leben – Vielfalt sichern“ genommen, in dem für Deutschland die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse, die Entwicklung hin zu einer zunehmend sozio-ökonomisch, aber auch ethnisch-kulturell gespaltenen, immer weiter auseinander driftenden Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf Kriminalität und Kriminalitätsfurcht sowie die damit verbundenen Herausforderungen für die Kriminalprävention aufgezeigt wurden.

0

Zusammenfassung

„Sicher leben in Stadt und Land“ das bedeutet weit mehr als ein Leben in äußerer und innerer Sicherheit. Sicherheit bezieht sich auch – vor allem – auf die soziale und wirtschaftliche Sicherheit und ist damit sowohl eine komplexe gesellschaftliche Leitidee wie auch ein elementares menschliches Bedürfnis.

Sicherheitsversprechen und Sicherheitspflicht des Staates

In der modernen Welt ist es die staatliche Ordnung, der vor allem und in erster Linie die Aufgabe zufällt, die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten. Der Staat hat die Aufgabe, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, aufrechtzuerhalten und zu verbessern, die für die Bürger physische, soziale und wirtschaftliche Sicherheit, Lebensqualität, Voraussehbarkeit und Planung erst ermöglichen.

Krise des Sozialstaates?

Allerdings: Moderne Zeiten sind unsichere Zeiten. Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und aktuelle Entwicklungen bringen Chancen, aber auch Risiken, „produzieren“ nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat gehört zu den wichtigsten Einrichtungen, um Desintegrationsfolgen abzumildern, soziale Ungleichheiten auszugleichen, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit herzustellen, den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern.

Doch dieses Versprechen und die Pflicht des Staates für die soziale Sicherheit seiner Bürger zu sorgen, scheint brüchig geworden zu sein, der Sozialstaat scheint sich in einer Krise zu befinden. Noch hält die Politik in Deutschland allerdings

auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten am Sozialstaatsprinzip grundsätzlich fest, als dem wesentlichen Garanten für individuelle Freiheit, soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander.

Soziale Gerechtigkeit – wo steht Deutschland?

Angesichts der Wohlstandssorgen, einer weit verbreiteten Zukunftsunsicherheit und einer seit Jahren stagnierenden Lebenszufriedenheit entspricht diese Politik auch den Erwartungen der Menschen, zumal sich die Lebenslagen und Lebenschancen in Deutschland hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit in den letzten Jahren weiter verschlechtert haben: Wachsende soziale Ungleichheit, Verfestigung von Armut, fehlende Chancengleichheit im Bildungswesen, deutliche Integrationsdefizite bei Menschen mit Migrationshintergrund, erhebliche regionale Unterschiede hinsichtlich der Gerechtigkeitsdimensionen Einkommen, Bildung und Integration – Deutschland hat ohne Frage einigen Nachholbedarf in Sachen sozialer Gerechtigkeit.

Gerechte Gesellschaften sind für alle besser – Folgerungen für die soziale Prävention

Der Vermeidung von Armut kommt eine Schlüsselrolle zu, wenn mehr soziale Gerechtigkeit erreicht werden soll: Unter den Bedingungen von Armut sind soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben schwer möglich. Deshalb muss die Politik die Wurzel aller Probleme angehen, die soziale Ungleichheit. Damit ist wieder der **Sozialstaat** gefordert: Erfolgsbeispiele könnten die Wohlfahrtsstaaten Nordeuropas sein, die offenbar am besten in der Lage sind, für gleiche Verwirklichungschancen innerhalb ihrer Gesellschaften zu sorgen.

Außerdem müssen wegen der erheblichen regionalen Disparitäten bei allen Gerechtigkeitsdimensionen die **Städte und Gemeinden** in den Mittelpunkt rücken und hinsichtlich der Kosten unterstützt werden: Eine wirkungsvolle Prävention muss „maßgeschneidert“ auf den Ort vor Ort erfolgen.

Unverzichtbarer Bestandteil bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Solidarität ist das **bürgerschaftliche Engagement**, die lebendige Seite des Sozialstaats. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur Bestandteil des Sozialkapitals unserer Gesellschaft, sondern schafft auch Sozialkapital und gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht soziale Teilhabe.

Kriminalität – ein Modernisierungsrisiko?

Soziale Sicherheit und innere Sicherheit hängen zusammen: Einerseits ist die Wahrnehmung von innerer Sicherheit in die soziale Sicherheit eingebettet, andererseits kann die zunehmende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu einem Anstieg der Kriminalität und einer Zunahme der Kriminalitätsfurcht führen.

Das ist jedoch für Deutschland erstaunlicherweise nicht der Fall: Die insgesamt von der Polizei registrierte Kriminalität

geht seit Jahren kontinuierlich zurück, inzwischen auch die Gewaltkriminalität. Die Belastung mit Kriminalität wird bei allen Altersgruppen geringer und auch die Kriminalitätsfurcht nimmt nicht zu, sondern sogar eher ab – obwohl Kriminalitätsfurcht eine Metapher für all das sein kann, was mit gesellschaftlichen Veränderungen an negativen Erfahrungen und Befürchtungen verbunden ist.

Kriminalpolitik statt Sozialpolitik – vom Sozialstaat zum Strafstaat?

Die – günstigen - Befunde zur Entwicklung der Kriminalität, der Kriminalitätsfurcht wie auch zur Gefangenenerate und zur Frage steigender Punitivität in der Justiz und der Bevölkerung lassen den Schluss zu, dass es in Deutschland bislang nicht zur Verschiebung von einer sozialpolitischen zu einer kriminalpolitischen Bearbeitung von Unsicherheit, Armut und Ausgrenzung gekommen ist.

In Deutschland scheinen die auch durch den Abbau des Sozialstaats ausgelösten sozialen Ungleichheiten, Unsicherheiten und Ängste bislang nicht in Richtung auf eine Sicherheitsgesellschaft umgeleitet worden zu sein, in der Kriminalpolitik zur Ersatz für fehlende oder brüchige Sozialleistungen wird.

Deutschland auf dem Weg zum Präventionsstaat – Folgerungen für die Kriminalprävention

Wohl aber befindet sich Deutschland auf dem Weg zum Präventionsstaat – und die Kriminalprävention ist gefordert, dem entgegenzuwirken. Es gilt, riskante Aspekte der Kriminalprävention zu vermeiden, die eine weitere Herausbildung des Präventionsstaates befördern könnten und stattdessen auf ihre Leistungen hinsichtlich des Abbaus sozialer Unsicherheit zu setzen, ihres Beitrags zu mehr sozialer Teilhabe, Integration und Solidarität.

1

Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe

Sicherheit ist weit mehr als der Schutz vor militärischen Gefahren („äußere Sicherheit“) und die Eindämmung oder Verhinderung von Kriminalität oder anderer Schadensereignisse¹ („zivile Sicherheit“).² Sicherheit bezieht sich auch –

1 Bedrohungen wie etwa Terrorismus, Naturkatastrophen oder technische Großunglücke (BaSiD)

2 Das macht schon die Herkunft des Wortes deutlich: Der Begriff „Sicherheit“ geht auf das lateinische Wort „securitas“ zurück, das „se“ (= ohne) „cura“ (= Sorge) bedeutet; „securitas“ wiederum bezieht sich auf den Begriff der Seelenruhe, des Seelenfriedens, der Sorgenfreiheit (IZEW).

Siehe zum „erweiterten Sicherheitsbegriff“ und zum „Wandel der Sicherheitskultur“ auch Daase 2010 a und b, 2011. Die allmähliche Ausweitung des ursprünglich nationalstaatlich-militärisch verstandenen Sicherheitsbegriffs zu einem globalen Risikobegriff – beispielhaft dafür sei der von Ulrich Beck geprägte Begriff der „Welt-Risikogesellschaft“ – habe zu einem Wandel der Si-

vor allem – auf die soziale und wirtschaftliche Sicherheit und ist damit sowohl eine komplexe gesellschaftliche Leitidee wie auch ein elementares menschliches Bedürfnis; sie ist ein vielschichtiges, emotional und normativ aufgeladenes Konstrukt (BaSiD; Glaeßner 2002,3). Also etwas („Konstrukt“), das nicht gegeben und vorhanden ist, sondern entworfen und verwirklicht werden muss – als Gegenstück zur ebenfalls gesellschaftlich konzipierten und folglich konstruierten Unsicherheit (IZEW).³

Das „Konstrukt Sicherheit“ erhält dabei zumindest diese Dimensionen und Bedeutungsebenen (Glaeßner 2002,4):⁴

1. Sicherheit bedeutet **Gewissheit**, Verlässlichkeit, Vermeiden von Risiken. Die Abwesenheit von bzw. der Schutz vor Gefahren werden in diesem Sinne mit diesem Begriff verbunden.
2. Sicherheit meint aber auch **Statussicherheit**, Gewährleistung des erreichten Lebensniveaus und der Lebens-

cherheitskultur geführt. Zunehmend würden sich soziale gegen staatliche Sicherheitsbedürfnisse durchsetzen. Die gesellschaftlichen Gefahrenwahrnehmungen hätten sich von staatlichen Sicherheitsbedürfnissen emanzipiert (wenn nicht abgekoppelt) und stellten nun die nationale und internationale Sicherheitspolitik vor völlig neue Aufgaben proaktiver Präventionspolitik und Daseinsvorsorge (2011, 142, 155).

- 3 Das ist auch aus der Diskussion um die „soziale Konstruktion von Kriminalität“ bekannt – auch Kriminalität gibt es nicht „per se“, sondern auch sie muss gesellschaftlich hergestellt werden (Steffen 2011 b, 349 f). Grundlegend zur „gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit“ Berger/Luckmann 1969.
- 4 Die Breite des „Sicherheitsprogramms der Moderne“ zeigt sich gut im Englischen, das – anders als das Deutsche – bereits rein sprachlich zwischen drei Varianten von Sicherheit unterscheidet: Safety = technische Sicherheit im Sinne der Zuverlässigkeit technischer Systeme; Security = gesellschaftliche bzw. öffentliche Sicherheit im Sinne politisch-sozialer Sicherheit; Certainty = kognitive Sicherheit im Sinne erkenntnisbezogener Gewissheit (Bonß 2011, 44f).

Das 2009 an der Freien Universität Berlin gegründete *Forschungsforum Öffentliche Sicherheit* – gebilligt und gefördert im Rahmen der Bekanntmachung „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) - hat auf seinem Auftaktworkshop im März 2010 zum Thema „Zukunft der Sicherheitsforschung“ eine Explorationsstudie „Sicherheit in Zukunft“ vorgestellt, die u.a. die Vielfalt der sicherheitsrelevanten Entwicklungen – mit ihren „Knotenpunkten“ wie etwa „Kritische Infrastrukturen“, „Gesellschaft“, „soziale Risiken“ – deutlich macht sowie die verschiedenen Sicherheitsbegriffe bzw. Sicherheitsdefinitionen – wie „Umgang mit Unsicherheit/Risiken“, „Abwesenheit von Risiko/Gefahr“, „Schutz“, „menschliche/soziale Sicherheit“, „systemische Sicherheit“ – aufführt – und zum Schluss kommt „Es gibt nicht *ein wichtiges* Sicherheitsthema der Zukunft, sicherheitsrelevante Entwicklungen sind in den verschiedensten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen zu erwarten“ und: Sicherheitsforschung ist immer auch Unsicherheitsforschung (Gerhold 2010, 26 ff).

umstände einzelner Menschen und/oder sozialer Gruppen sowie die Bewahrung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, in denen Menschen leben und sich eingerichtet haben.

3. Mit dem Begriff wird außerdem ein bestimmtes **institutionelles Arrangement** assoziiert, das als geeignet erscheint, innere und äußere Bedrohungen einer sozialen und politischen Ordnung abzuwehren.
4. Weiter wird Sicherheit im juristischen Sinne als **Unversehrtheit von Rechtsgütern** verstanden, die zu schützen und bei Verletzung wieder herzustellen Aufgabe der Rechtsordnung und des Staates ist.
5. **Rechtssicherheit** schließlich bedeutet Schutz vor willkürlicher Gewaltausübung und Beachtung von anerkannten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der individuellen Lebensführung.

Zwingend sind mit der Definition und Herstellung von „Sicherheit“ Zielkonflikte mit anderen Grundrechten wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Privatheit verbunden – „Sicherheit und Freiheit der Bürger befinden sich stets in einem Spannungsverhältnis“ (Glaeßner 2002,3).⁵ Womit sich die Frage stellt, welchen Preis eine Gesellschaft und ihre Bürger bereit sind, für den hohen Wert Sicherheit zu zahlen, wie es gelingen kann, das maximale Maß an Freiheit durch eine optimale Gewährung von Sicherheit zu erhalten (IZEW; Denning 2002, 23).

Unstrittig ist jedoch, dass ein Grundmaß an Sicherheit ein notwendiger Bestandteil jedes sozialen Lebens und die Basis jeder kulturellen Entwicklung ist: Ohne dieses Grundmaß an Sicherheit kann kein menschenwürdiges Leben geführt werden, weil ohne ein Grundmaß an Sicherheit Handlungsplanung und freies Handeln nicht möglich sind, Gerechtigkeit nicht gewährleistet werden kann (IZEW).

Schon der Begriff „Grundmaß“ weist darauf hin, dass Sicherheit nicht das völlige Ausbleiben von Risiken, Bedrohungen oder Verlusten bedeutet, wohl aber das Vertrauen darauf, dass sich Risiken wegen ihrer grundsätzlichen Beherrschbarkeit entweder gar nicht realisieren werden oder dass die Folgen von sich doch realisierenden Risiken durch die staatlich verfasste Gesellschaft bzw. die Einzelnen bewältigt werden können (Albrecht 2011, 111).

5 Im Rahmenprogramm der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit 2012-2017 heißt es: Es gilt ... „dazu beizutragen, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu bewahren ... Wir müssen neue Wege suchen, um unsere Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu sichern. Dabei sind Sicherheit und Freiheit kein Gegensatz. Sie stehen aber in einem Spannungsverhältnis. Zu wenig Sicherheit bedroht unseren freiheitlichen Lebensstil. Zu viel Sicherheit kann unsere persönliche Freiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gefährden“ (BMBF 2012, 3 ff).

In der modernen Welt ist es die **staatliche Ordnung**, der vor allem und in erster Linie die Aufgabe zufällt, die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten. Sicherheit nach Außen und im Inneren eines Gemeinwesens zu garantieren bzw. Unsicherheiten in ihren verschiedenen Dimensionen – ökonomische, soziale wie politische – zumindest einzudämmen, ist Aufgabe staatlicher Instanzen, man könne sogar von einem Grundrecht oder Menschenrecht auf Sicherheit sprechen: „In der sozialen Sphäre moderner Gesellschaften kommt dem Schutz des Einzelnen vor Risiken und unvermeidlichen Beeinträchtigungen seiner Lebensführung ein zentraler Stellenwert zu“ (Glaeßner 2002, 3 f, 6). „Der Staat hat selbstverständlich die Aufgabe, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, aufrechtzuerhalten und zu verbessern, die für die Bürger physische, soziale und wirtschaftliche Sicherheit, Lebensqualität, Voraussehbarkeit und Planung erst ermöglichen.“ (Albrecht 2011, 112).

Allerdings: Da Politik heute immer mehr unter Bedingungen von Unsicherheit stattfindet,

„Das Sicherheitsversprechen in der modernen Welt, das sich Jahrzehnte lang auf die Erwartung einer immer besseren Beherrschung wirtschaftlicher, technischer oder anderer Lebensvollzüge und eine Minimierung der mit neuen Entwicklungen verbundenen Risiken und Unsicherheiten stützen mochte, ist brüchig geworden“(Glaeßner 2002, 4)

kann es nicht mehr um die Garantie von Sicherheit gehen, sondern bestenfalls um die Reduktion von Unsicherheit. Das **Sicherheitsversprechen** und die **Sicherungspflicht** des Staates können folglich nur eingeschränkt gelten: „Der Staat muss nicht nur seine protektive Rolle neu definieren, sondern eine Antwort darauf finden, welche Strategien eingeschlagen werden können, um eine Dissoziation der sozialen Ordnung und des politischen Gemeinwesens zu verhindern. Diese Gewährleistungspflicht des Staates ... erstreckt sich auch auf die wirtschaftliche, die soziale und die Wertesphäre“ (Glaeßner 2002, 6).

Zum Ausdruck kommt diese „Definitionsaufgabe“ in der Diskussion um den Sozial- und Wohlfahrtsstaat und seine Möglichkeiten, Versprechen und Pflichten hinsichtlich der Herstellung und Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit noch einlösen zu können (siehe dazu unten Kapitel 2.1.1).

2

Soziale Sicherheit in Zeiten der Krise

2.1

Moderne Gesellschaften – unsichere Zeiten

„Moderne Gesellschaften (unterliegen) seit einiger Zeit einer grundlegenden Transformation der Konstruktionen sozialer Ordnung und der Politik, in denen Risiken und Unsicherheiten einen zentralen Platz einnehmen“ (Groenemeyer 2010, 7)

Sicherheit bedeutet die Verlässlichkeit und Planbarkeit des eigenen Lebens; beides ist jedoch in modernen Gesellschaften immer weniger (selbstverständlich) gegeben. Moderne Zeiten sind unsichere Zeiten – grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und aktuelle Entwicklungen bringen Chancen, aber auch Risiken, „produzieren“ nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Der 14. Deutsche Präventionstag 2009 hatte diese Modernisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf gesellschaftliche Desintegrationerscheinungen zu seinem Schwerpunktthema gemacht; die folgenden Ausführungen beziehen sich auf das damals zum Schwerpunktthema erstellte Gutachten.⁶

Die Modernisierung unserer Gesellschaft mit ihren Merkmalen der zunehmenden funktionalen Differenzierung, der Individualisierung und der sozialen Desintegration hat nicht nur für die Gesellschaft insgesamt, sondern auch für den Einzelnen Chancen wie Risiken gebracht.

Für den **Einzelnen** hat die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften zur Individualisierung seiner Lebenswelten und Lebenschancen geführt. Sein Lebensweg, seine privaten, beruflichen und sonstigen Möglichkeiten sind heute weitaus weniger als in früheren Jahrhunderten – eigentlich nur noch in Ausnahmefällen – schon mit der Geburt (fast) unveränderbar festgelegt. Individualisierung gibt die Chance zu persönlicher Unabhängigkeit und Autonomie, dazu, sein Leben selbst gestalten zu können. Aber: Der Einzelne kann nicht nur sein Leben (weitgehend) selbst bestimmen, er muss es auch – und nicht jeder ist dazu fähig und in der Lage.

Das vor allem dann nicht, wenn seine realen Lebensbedingungen, die jeweiligen Lebenslagen, seine soziale Teilhabe, seine Integration in die Gesellschaft – oder genauer: in die verschiedenen gesellschaftlichen Funktionsbereiche – (drastisch) beschränken. Denn diese Lebenslagen haben sich für große Teile der Bevölkerung in Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten erheblich verschlechtert.⁷

Auf der **gesellschaftlichen Ebene** ist zwar aus der Perspektive der funktionalen Differenzierung die Desintegration einerseits der Normalfall moderner Vergesellschaftung: Als strukturelle Folge der gesellschaftlichen Entwicklung erfolgt die Integration bzw. Inklusion des Menschen in die Gesellschaft nicht mehr in stabile Sozialmilieus, sondern als partielle Integration in funktionale Teilsysteme und als gleichzeitige Zugehörigkeit zu verschiedenen Teilsystemen der

6 Steffen 2011 a; hier finden sich auch die Literaturangaben.

7 in Kapitel 2.2 wird anhand der aktuellen Berichte etwa zu den Armutsrisiken, zur Bildungssituation, zur Integration von Migranten und ihren Nachkommen gezeigt, dass die Lebenslagen sich weiter verschlechtert haben, die sozialen Unterschiede noch größer geworden sind und die Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit und sozialer Ungleichheit bis hin zum sozialen Ausschluss weiter zugenommen hat.

Gesellschaft. Von daher gibt es die Frage danach, was Gesellschaften zusammen hält und was sie auseinander treibt, seit es moderne Gesellschaften gibt. Über diesen „Normalfall Desintegration“ hinaus wird jedoch seit einiger Zeit für die deutsche Gesellschaft eine **krisehafte Beschleunigung der Desintegration** festgestellt, mit den Merkmalen der Verschärfung der sozialen Ungleichheit, des Rückzuges der Menschen aus den Institutionen, der Zerstörung sozialer Beziehungen, der Pluralisierung von Werten und Normen.

Die Bewältigung der Folgen der strukturellen Desintegration ist ein Thema, seit es moderne Gesellschaften mit ihren Risiken gibt. Der **Sozial- und Wohlfahrtsstaat** gehört zu den wichtigsten Einrichtungen, um Desintegrationsfolgen abzumildern, soziale Ungleichheiten auszugleichen, soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit herzustellen – und die gegenwärtig zu beobachtenden Destabilisierungserfahrungen könnten darauf zurückzuführen sein, dass „die kompensierende Kraft der rechts- und wohlfahrtsstaatlichen Institutionen derzeit nicht greift oder zumindest erheblich gestört“ ist (Nassehi 1997, 139).

2.1.1

Sicherheitsversprechen des Staates vs. Abbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates

„Der Wohlfahrtsstaat lässt sich als soziales Arrangement zur Bewältigung kollektiver Risiken und der Moderation sozialer Ungleichheiten verstehen“ (Mau/Burckhardt 2010, 141)

Der Begriff **Sozialstaat** bezeichnet

- zum einen „die Ausrichtung staatlichen Handelns auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, auf die Sicherung eines sozialen Existenzminimums für alle sowie die Milderung der ökonomischen Ungleichverteilung und der sozialen (Klassen-, Schichten-, Gruppen-) Gegensätze“
- zum andern auch die Gesamtheit staatlicher Einrichtungen, Steuerungsmaßnahmen und Normen um das Ziel zu erreichen, Lebensrisiken und soziale Folgewirkungen abzufedern (Nullmeier 2003).

In Deutschland ist das Sozialstaatsprinzip mit den Formulierungen „sozialer Bundesstaat“ (Art. 20,1) sowie „sozialer Rechtsstaat“ (Art. 28,1) im Grundgesetz als Staatsziel verankert. Das Bundesverfassungsgericht hat diese „Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes“ wiederholt als „Pflicht“ des Staates ausgelegt, „für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“ (Leisering 2007, 77). „In der Bundesrepublik Deutschland bildet das Soziale einen konstitutiven Bestandteil der politischen Kultur wie der Staatsarchitektur“ (Butterwege 2005, 9).

Aus dem Sozialstaatsgebot können jedoch direkt keine Rechtsansprüche und soziale Leistungsnormen abgeleitet werden („Prinzip der Offenheit, der relativen Unbestimmtheit

des Sozialstaatsbegriffs“). Es obliegt dem Gesetzgeber die angemessenen Mittel und Wege zur Realisierung sozialer Gerechtigkeit zu bestimmen. (Nullmeier 2003).

Die (staatliche) Sozialpolitik, der Sozialstaat und das System der sozialen Sicherung⁸ gehören eng zusammen, ohne allerdings identisch zu sein: „Die staatliche Sozialpolitik konstituiert den Sozialstaat, ohne dass dieser gänzlich darin aufginge. Er schafft den institutionellen Rahmen und bestimmt das Ziel, während sie ein mögliches Mittel darstellt, um es zu erreichen ... der Sozialstaat (soll) im umfassenden Sinn zur Daseinsvorsorge und zum Schutz des Individuums vor unsozialen sowie ungerechten Maßnahmen oder Effekten und damit schließlich zur Zukunftsgestaltung der Gesellschaft beitragen“ (Butterwege 2005, 16).⁹

Dabei unterliegen „alle Sozialstaaten .. grundsätzlich dem gleichen ‚ökonomischen Dilemma‘. Sie sind – zugespitzt formuliert – nur solange von imponierender Leistungsfähigkeit für den Einzelnen, wie ihre Leistungsversprechen in geringem Maße in Anspruch genommen werden (bzw. werden müssen). Soll heißen: Bei guter Beschäftigungsentwicklung ... haben sie eine günstige Einnahmeentwicklung. Zugleich ist der Ausgabendruck ... gering ... Bei wachsenden Beschäftigungsschwierigkeiten kehrt sich die Entwicklung spiegelbildlich um. Der Sozialstaat verliert an Leistungskraft für den Einzelnen, sobald er massiver gefordert wird bzw. gefordert werden muss.“ (Döring 2007, 258 f).

Oder, mit den Worten der **Enquête-Kommission** „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“: „Die Finanzierung unseres Sozialsystems ist stark wachstumsabhängig. Es stellt sich die Frage, ob und wenn ja, wie das deutsche Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell die ökologischen, sozialen, demografischen und fiskalischen Herausforderungen auch bei den zukünftig zu erwartenden moderaten Wachstumsraten auf Dauer bewältigen kann.“¹⁰

Seit Mitte der 1970er Jahre werden unter dem Stichwort „**Sozialstaatskrise**“ verstärkt die Grenzen des Sozialstaats diskutiert: Wirtschaftliche Probleme durch ökonomische, soziale, demographische und politische Entwicklungen, Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit führten und führen zu

-
- 8 Siehe zum System der sozialen Sicherung die vom BMAS - Bundesarbeitsministerium 2011 herausgegebene Broschüre „Soziale Sicherung im Überblick“.
- 9 Bei *Butterwege* findet sich ein sehr umfassender Überblick über die Grundlagen des Sozialstaates, seine Entstehung und Entwicklung, die Kritik an ihm, die Reformen, die Diskussionen über den Wohlfahrtsstaat der Zukunft und mögliche Alternativen zum „neoliberalen Um- bzw. Abbau des Sozialstaates“ (2005). Zu den Konsequenzen, die mit dem „gewährleistenden Wohlfahrtsstaat“ anstelle des „sorgenden Wohlfahrtsstaats“ verbunden sind, siehe *Vogel* 2010, 160 f.
- 10 Aus dem Faltblatt der Enquête-Kommission 2011; siehe dazu auch Kapitel 2.1.4.

einer grundsätzlichen Kritik am Sozialstaatsprinzip – bis hin zum Vorwurf, der Sozialstaat sei die Ursache der Probleme (Nullmeier 2003).

Das Versprechen und die Pflicht des Staates hinsichtlich der sozialen Sicherheit seiner Bürger scheint brüchig geworden zu sein, sich zumindest in einer Krise zu befinden: Der Sozialstaat werde seit Mitte der 1970er-Jahre restrukturiert und demontiert, obwohl er weder Verursacher der damaligen Wirtschaftskrise war, noch aus seinem Um- bzw. Abbau irgendein Nutzen für die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Entwicklung des Landes erwachse. Vielmehr bringe die neoliberale Wende¹¹ zwar das Ende des Wohlfahrtsstaates mit sich, wie ihn die „alte“ Bundesrepublik kannte; eine Hochleistungs-, Konkurrenz- und Ellbogengesellschaft nach US-amerikanischem Muster biete aber für die Mehrheit der Bevölkerung keine erstrebenswerte Alternative (Butterwege 2005, 9).¹²

Werden die **Bürger** gefragt, dann lautet die Wunschliste an eine zukünftige Gesellschaft etwa so: Die Zukunft der Bundesrepublik gehöre einer Sozialgesellschaft (66%), einer Generationengesellschaft (56%) und einer Hilfeleistungsgesellschaft (52%). In der „Dreifach-Sicherung“ des Lebens solle der Staat die Bürger vor sozialer Not schützen, müssten die Generationen fest zusammenhalten und füreinander da sein, wollten sich die Menschen wieder mehr selber helfen, indem sie pragmatisch Gemeinschaften auf Gegenseitigkeit bilden. „Dabei verlieren sie ein Stück persönlicher Freiheit und Unabhängigkeit, gewinnen dafür aber genügend Sicherheit und soziale Geborgenheit“.¹³

Auch die **Politik** hält am Sozialstaatsprinzip grundsätzlich fest. Im jüngsten Sozialbericht, dem *Sozialbericht 2009* des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales heißt es:

11 Neoliberale Konzepte basieren auf drei Grundprinzipien: Autonomie des Individuums; Annahme, dass der Markt die effizienteste und daher ideale Form der Verteilung von Gütern und zur Lösung sozialer Probleme darstellt; Verständnis, dass der Staat ein potentielles Hindernis für individuelle Freiheiten und Markteffizienz darstellt. Entsprechende Konzepte zum neoliberalen Um- bzw. Abbau des Sozialstaates wurden zwar in keinem Land „originalgetreu“ umgesetzt, haben aber bis heute wesentlichen Einfluss auf das Regierungshandeln in vielen Staaten (Singelstein/Stolle 2012, 20).

12 Zu den Erwartungen und Ängsten der Bevölkerung siehe Kap. 2.1.2

13 Ergebnisse einer Repräsentativbefragung von 2.000 Personen ab 14 Jahren im Jahr 2009 durch die *Stiftung für Zukunftsfragen* (2009 a). Seit dem Frühjahr 2011 diskutiert die Bundeskanzlerin mit über 120 Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis unter der Überschrift „Menschlich und erfolgreich. Dialog über Deutschlands Zukunft“. Diesem **Zukunftsdialog** wird jetzt ein **Bürgerdialog** zur Seite gestellt: „Machen Sie Vorschläge, kommentieren Sie, stimmen Sie ab über drei große Fragestellungen: 1. Wie wollen wir zusammenleben? 2. Wovon wollen wir leben? 3. Wie wollen wir lernen?“ Bis zum 15.04.2012 ist eine aktive Beteiligung möglich (www.dialog-ueber-deutschland.de).

„60 Jahre Sozialstaat – eine Erfolgsgeschichte auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

In der gegenwärtigen Finanz- und Konjunkturkrise zeigt sich, wie wichtig der Sozialstaat für Deutschland ist. Er ist seit 60 Jahren ein wesentlicher Garant für individuelle Freiheit, soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander ...

Die sozialen Sicherungssysteme wirken im konjunkturellen Abschwung als automatische Stabilisatoren ...

Die Vielzahl der Politikfelder, in denen der Sozialstaat wirkt, verdeutlicht, dass Sozialpolitik in Deutschland umfassend angelegt ist ...

Der umfassende Ansatz der Sozialpolitik wird weiterhin erforderlich bleiben. Gerade in unserer modernen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, in der sich traditionelle Lebensweisen auflösen und soziale Bindungen verändern, steigt das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und verlässlichen, allgemein zugänglichen Leistungsangeboten ...

Der Sozialstaat ist für den einzelnen Bürger da – und zwar in den Lebenslagen, in denen er gebraucht wird ...

Der Sozialstaat eröffnet, sichert und verbessert Chancen. Er befähigt Betroffene, aus eigener Kraft wieder aufzustehen. Der Sozialstaat organisiert hier Solidarität ...

Der Sozialstaat sichert soziale und gesellschaftliche Teilhabe und Integration durch Aktivierung und Befähigung ...

Der Sozialstaat bildet die Grundlage für sozialen Frieden. Dieser kann dauerhaft nur gewährleistet werden, wenn allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe ermöglicht wird – unabhängig von Geschlecht und Alter und unabhängig von sozialer, nationaler oder ethnischer Herkunft. Der Sozialstaat wirkt daher als Ganzes gesellschaftlich stabilisierend ...

Es gilt, den Sozialstaat und seine Institutionen leistungsfähig und effizient zu halten. Der Sozialstaat stellt sicher, dass sich Engagement auszahlt, dass jeder, der Leistungsbereitschaft zeigt, damit sein Leben verbessern kann, und dass jedem in Not geholfen wird ...

Der Sozialstaat steht auch weiterhin vor großen Herausforderungen. Er muss

- dem gesellschaftlichen und demografischen Wandel gerecht werden,
- den Wandel der Arbeitsgesellschaft begleiten,
- Beschäftigung fördern, Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen,
- die Globalisierung der Arbeitswelt sozialverträglich gestalten,
- Bildung und Weiterbildung voranbringen,
- Migration und zugleich Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ermöglichen.

Der Sozialstaat hat auch in Zukunft eine Schlüsselstellung für Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland inne. Seine

Stabilität und seine Akzeptanz entscheiden mit darüber, ob wir in unserem Land gut leben können“ (2009, 3 ff).

Auch der letzte (dritte) *Armuts- und Reichtumsbericht* der Bundesregierung vom Juni 2008 stellt fest: „Der deutsche Sozialstaat wirkt“ ... „Kern sozial gerechter Politik ist es, ökonomische und soziale Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Mitglieder der Gesellschaft zu ermöglichen. Politik, die dazu beitragen will, Armut und soziale Ausgrenzung zu verhindern, kann sich daher nicht in der Sicherung materieller Grundbedürfnisse erschöpfen ... Entscheidend für den Erfolg einer solchen Politik ist eine wirksame **Aktivierungspolitik**¹⁴ mit Angeboten etwa für Betreuung, Bildung und Weiter-

14 Die Re-Formulierung des Sozialstaates zum **aktivierenden Staat** „besagt, dass der alimentierende Sozialstaat bei der Bekämpfung von sozialer Exklusion an systematische Grenzen stößt und eine zukunftsfähige Sozialpolitik nur in einer Politik der zweiten Chance bestehen kann. Die bisher gepflegte Erwartung der Bürger der Sozialen Marktwirtschaft, sozial in jedem Fall unterstützt zu werden, wird hier umgewandelt. Nur dann erfolgt eine Unterstützung, wenn man bereit ist, in die eigene Zukunft zu investieren“ (Penz/Priddat 2007, 58).

Kritisch zum „aktivierenden Sozialstaat“ als Leitbild der sog. Neuen Mitte *Butterwege* Für *Butterwege* bedeutet der „aktivierende Sozialstaat“ im Sinne des Schröder/Blair-Papiers vom Juni 1999 das definitive Ende für den aktiven Sozialstaat (2005, 237 ff.).

Die Konzepte eines „aktivierenden“ bzw. „ermöglichenden“ Sozialstaates zielen insgesamt auf eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen Staat und (Bürger-)Gesellschaft ab. Aufgegriffen wurden diese Konzepte deshalb auch von der *Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“*: „Der Sozialstaat ist der institutionelle Ausdruck der Übernahme der Verantwortung für das Wohlergehen der Gesellschaftsmitglieder in grundlegenden Belangen ... Eine verbreitete Schlussfolgerung aus den Problemen des Sozialstaats ist die Rücknahme staatlicher Verantwortung zugunsten von Marktprozessen. Die Betrachtung des Sozialstaats aus der Perspektive bürgerschaftlichen Engagements zeigt eine Alternative auf: Bürgerschaftliches Engagement ist die lebendige Seite des Sozialstaats. Bürgerinnen und Bürger erscheinen als kooperative Mitgestalterinnen und Mitgestalter sozialstaatlicher Leistungen. In dieser Konzeption ist der Sozialstaat nicht mehr umfassender Versorgungsstaat, sondern kooperativer Partner im Rahmen eines ‚Wohlfahrtspluralismus‘“ (Enquête-Kommission 2002, 47).

Durchaus kritisch zur zivilgesellschaftlichen Umverteilung sozialstaatlicher Aufgaben bzw. zur Zuschreibung der Verantwortung für soziale Risiken an die Bürger das *Editorial der Zeitschrift „Widersprüche“*: Der „aktivierende Sozialstaat“ brauche aktive Bürger, die mit ihrem *Engagement* gemeinwohldienlich wirkten und sich sozialer Aufgaben annähmen. Tatsächlich entstehe derzeit in den durch die Transformation des Sozialstaats entstandenen Versorgungslücken ein beständig anwachsendes Feld bürgergesellschaftlicher Armutsvorsorgung (Widersprüche Juli 2011, Editorial). Auch das *Gutachten zum Schwerpunktthema des 13. Deutschen Präventionstages 2008* „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft“ äußert sich kritisch gegenüber Entwicklungen, die auf einen Missbrauch, eine Ausnutzung des bürgerschaftlichen En-

bildung, um die Beteiligten zu befähigen, so weit wie möglich vom Bezug von Transferleistungen unabhängig zu werden. Alle müssen die Chance haben, ihre individuellen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Dazu ist auch weiterhin die angemessene Absicherung der existentiellen Risiken Krankheit, Unfall, Behinderung, Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Pflegebedürftigkeit und Alter über die Sozialversicherungssysteme eine wichtige Voraussetzung. Darüber hinaus müssen soziale Ausgrenzung und Armut durch die Deckung des sozialkulturellen Existenzminimums¹⁵ gesichert werden.“ (Armutsbericht 2008, 12).

„Unser Land ist stark, weil es sozial ist. Unsere sozialen Sicherungssysteme gehören zu den leistungsfähigsten der Welt. Sie sind ein Standortfaktor, denn sie stärken unsere Wirtschaftskraft. Und sie verbessern die Teilhabechancen vieler Bürgerinnen und Bürger.

Das soziale Netz haben Frauen und Männer über viele Generationen hinweg geknüpft. Damit es fest und dicht bleibt, müssen wir es immer wieder erneuern und den veränderten Bedingungen anpassen.

Der Sozialstaat, die soziale Marktwirtschaft, gehören zu den großen Traditionen Deutschlands. Der Sozialstaat macht unser Land lebenswerter und hat in der Welt einen guten Klang. Ich will, dass das auch in Zukunft so bleibt.“¹⁶

2.1.2

Sicherheitserwartungen und Ängste der Menschen in Deutschland

„Die Deutschen wollen nach wie vor ein sicheres Einkommen haben und ohne Zukunftsangst leben können ... Sie erwarten, dass der Staat seine Sicherheitsversprechen einlöst und hoffen auf mehr soziale Gerechtigkeit“.¹⁷

Wie wichtig es ist, dass der Staat auch zukünftig seine Sicherheitsversprechen einlöst und seine Sicherungspflicht wahrnimmt, wird an den Erwartungen bzw. Ängsten der Menschen in Deutschland deutlich.

gagement hindeuten und verweist auf den Zusammenhang zwischen der Bereitschaft des Staates, seinen Teil an sozialer Verantwortung und Wohlfahrtspolitik zu übernehmen und der Bereitschaft der Bürger, sich zu engagieren (Steffen 2009, 35 f).

- 15 Siehe dazu auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010 zur Neuregelung der Hartz-IV-Sätze.
- 16 Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, in der Einleitung zu BMAS 2011.
- 17 So die Bilanz einer 2009 durchgeführten Repräsentativbefragung der *Stiftung für Zukunftsfragen* von 2.000 Personen ab 14 Jahren (2009 a).

Zu recht pessimistischen Ergebnissen kommt etwa eine Befragung im Rahmen der *SOEP-Querschnittserhebung*¹⁸ vom Sommer 2011 von 1.030 Bürgerinnen und Bürgern ab 16 Jahren in Deutschland zu **Wohlstandssorgen und Prekarisierungsängsten**. Bei der Unterscheidung nach aktuellen Risikoerwartungen und langfristig angelegten Abstiegsängsten zeige sich, dass akute Deprivationsängste in der Unter- und der unteren Mittelschicht konzentriert seien, langfristige Verlustängste betrafen demgegenüber tendenziell alle Gruppen gleichermaßen. Der Pessimismus in Hinblick auf die fernerliegende Zukunft sei weit verbreitet und beeinträchtige zudem Segmente der sozialen Mittelschicht.¹⁹ „nennenswerte Teile der Bevölkerung in Deutschland haben danach den Glauben an langfristigen Wohlstandsgewinn und kollektiven Aufstieg verloren.“ Das deute „auf eine mentale Lage hin, die durch eine weitverbreitete Zukunftsunsicherheit und einen nur schwach ausgeprägten Wohlstandsoptimismus gekennzeichnet“ sei (Schöneck/Mau/Schupp 2011, 9).

Was die Bewertung der Befunde zu Unsicherheitsgefühlen angeht, weist *Dittmann* zu Recht darauf hin, dass „streng genommen unklar“ bleibe, was unter Unsicherheitsgefühlen zu verstehen sei. Einig seien sich die Wissenschaftler darüber, dass Sicherheitsbedürfnisse die Grundbedürfnisse einer Gesellschaft spiegeln, zu deren zentralen Komponenten in Deutschland die persönliche Unversehrtheit gehöre, ebenso wie der Schutz des persönlichen Eigentums und des Arbeitsplatzes (2009, 3).

Dittmann hat für Deutschland auf der Basis des SOEP untersucht, wie sich Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung einerseits und das individuelle Sorgenniveau anderer-

18 Das **Sozio-oekonomische Panel (SOEP)** ist eine seit 1984 (seit 1990 auch in den neuen Bundesländern) laufende Langzeitbefragung von privaten Haushalten in Deutschland. Das am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin angesiedelte SOEP gibt Auskunft über Faktoren wie Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit. Im Auftrag des DIW werden jedes Jahr in Deutschland über 20.000 Personen in über 10.000 Haushalten von TNS Infratest Sozialforschung befragt. Fester Bestandteil im Rahmen des SOEP ist eine jährliche Querschnitterhebung (Pretest). Dabei werden auch Fragemodule erprobt (Schöneck/Mau/Schupp 2011, 14).

Das SOEP erfragt auch subjektive Merkmale wie Wertvorstellungen, Risikoeinstellungen und Persönlichkeitsmerkmale sowie die Sorgen in der Bevölkerung zur eigenen wirtschaftlichen Situation, zur Arbeitsplatzsicherheit, zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Gesellschaft, die Kriegssorgen und die Sorgen um den Schutz der Umwelt. Seit 1994 werden auch die Kriminalitätssorgen erhoben (Dittmann 2009).

19 Dem entsprechen die Ausführungen von *Vogel* (2010) „Wohlstandskonflikte und Unsicherheitsverschärfung. Die Mitte der Gesellschaft gerät unter Druck“. Für Vogel ist die „Mittelklasse: Ein gefährdetes Staatsprodukt“, denn soziologisch sei unzweifelhaft: Ohne einen expansiven und steuerkräftigen Wohlfahrtsstaat könne es keine breite und wohlhabende Mittelklasse geben.

seits im letzten Vierteljahrhundert verändert haben. Außerdem wird untersucht, welche Zusammenhänge zwischen Sorgen - hinsichtlich Krieg und Kriminalität, Arbeit und Wirtschaft, Umwelt - und Aspekten des subjektiven Wohlbefindens, der Lebenszufriedenheit, bestehen.

Die Auswertungen zeigten, dass die Unsicherheitsgefühle um die Jahrtausendwende keineswegs zunähmen, wie es in Zusammenhang mit Transformationsprozessen oftmals postuliert werde. Es sei ein deutlicher Rückgang der Sorgen in der Bevölkerung bei Kriminalität und Umwelt zu verzeichnen; sprunghafte Veränderungen gebe es bei den Kriegssorgen und bei der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei lägen die persönlich relevanten Sorgen zur eigenen wirtschaftlichen Situation und zur Arbeitsplatzsicherheit auf einem deutlich niedrigeren Niveau als die allgemeinen Sorgen (Dittmann 2009, 4 ff).

Auf der Individualebene kämen die Auswertungen zu einer **erstaunlichen Stabilität im Sorgenniveau** der Befragten (2009, 8). Wenn allerdings große Besorgnisse bei den Befragten häufiger aufträten und sich dabei auf die eigene wirtschaftliche Situation und die Arbeitsplatzsicherheit bezögen, dann schränkten diese Unsicherheiten die Lebenszufriedenheit²⁰ nennenswert ein. „Die wachsende und verfestigende Unsicherheit in zentralen persönlichen Bereichen, wie der wirtschaftlichen Situation und der Arbeitsplatzsicherheit, könnte eine Erklärung dafür sein, warum die Lebenszufriedenheit in den letzten Jahren weitgehend stagniert“ (Dittmann 2009, 11).²¹

Zu einer etwas anderen Bewertung der Befunde kommt der *Glücksatlas Deutschland 2011*, mit dem die erste umfassende Bestandsaufnahme zum Lebensglück der Deutschen vorliegt, wann immer möglich aufgeschlüsselt

20 Die allgemeine Lebenszufriedenheit wird im SOEP anhand einer zusammenfassenden Beurteilung des gegenwärtigen Lebens mittels einer 11er Skala – 0=ganz und gar unzufrieden, 10=ganz und gar zufrieden – gemessen. Zu den zentralen Erklärungsmerkmalen für Lebenszufriedenheit zählen Einkommen, Gesundheit, Alter und Persönlichkeit des Befragten (Dittmann 2009, 8).

21 Auch Van Suntum e.a. konstatieren für den Zeitraum von 1991 bis 2007: „In Deutschland ist die Lebenszufriedenheit im Zeitablauf insgesamt konstant geblieben“ (2010, 22). Differenziert nach West- und Ostdeutschland stellt der *Datenreport 2011* hinsichtlich der allgemeinen Lebenszufriedenheit (SOEP-Daten) für den gesamten Zeitraum 1990 bis 2009 eine Zufriedenheitsdifferenz zwischen Ost und West fest (die Westdeutschen sind zufriedener), etwa seit 1995 einen parallelen Verlauf der Zufriedenheitsniveaus, beide erreichen 2000 und 2001 ihre höchsten Werte, gehen dann zurück – Tiefpunkt 2004 – , weisen dann für Ostdeutschland jährliche Zunahmen auf (2009: Indexniveau 6,5), während sie für Westdeutschland nach einem kleinen Anstieg seit 2005 etwa auf gleichem Niveau bleiben (2009: Indexniveau 6,9).

nach 19 Regionen Deutschlands.²² Er stellt für die „Lebenszufriedenheit der Deutschen von 1984 bis 2011“ fest, dass diese insgesamt gestiegen sei und 2011 bei 7,0 Indexpunkten (auf einer Skala von 0 bis 10) liege, damit „sind die Menschen in Deutschland aktuell so zufrieden wie in den letzten 10 Jahren nicht mehr“ (2011, 10).²³ Im europäischen Vergleich liegt Deutschland auf einer Skala von 1 bis 4 mit 3,03 im oberen Mittelfeld (das glücklichste Land ist Dänemark mit 3,66, während Portugal mit 2,29 den niedrigsten Zufriedenheitswert hat; Köcher/Raffelhüschen 2011, 30).

Zu den einzelnen Glücksfaktoren stellt der *Glücksatlas* fest: Der Arbeit, dem Besitz eines Arbeitsplatzes und den Arbeitsbedingungen, kommen eine hohe Bedeutung für die Lebenszufriedenheit zu. Entsprechend gering ist die Lebenszufriedenheit von Arbeitslosen; sie liegt weit unter der von Erwerbstätigen. Auch die allgemeine Lebenszufriedenheit ist eng an die Arbeitslosenquote gekoppelt (2011, 14 f und 140 ff).

Während das Einkommen wichtig ist, vor allem das relative, also der Vergleich mit den Arbeitskollegen oder Nachbarn, hat der Zuwachs des Bruttoinlandproduktes (BIP) eher indirekten Einfluss auf die Lebenszufriedenheit. „Auf den ersten Blick hat sich die Wirtschaftsleistung sogar ganz von der Lebenszufriedenheit abgekoppelt“ (2011, 13).

Dem entspricht, dass, bezogen auf die **Regionen**, nicht der Süden als die wirtschaftlich stärkste Region im Glücks-Ranking vorn liegt, sondern Hamburg und die Nordsee-Region. Am Ende des Rankings, und zwar mit einem beträchtlichen Unterschied zur Spitze, steht Thüringen, gefolgt von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (2011, 10 f). Allerdings entfalte sich in Ostdeutschland „derzeit die stärkste Dynamik ... Hält die Entwicklung an, dürfte

22 Datenbasis ist wieder das SOEP, ergänzt durch eine Befragung (des Institutes für Demoskopie Allensbach im Frühjahr 2011). Analysiert wurden die Auswirkungen folgender Faktoren auf die Lebenszufriedenheit: Individuelle Persönlichkeitsmerkmale, Alter und Geschlecht, Familie und Freunde, Einkommen und Vermögen, Arbeit, Gesundheit, Bildung und Kultur.

23 1984, zum Beginn der SOEP-Datenreihe, lag der Wert bei 7,4 (Köcher/Raffelhüschen 2011, 34).

Auch die *R+V Versicherung*, die seit 1991, zuletzt 2011, die **Ängste der Deutschen** erfragt, kommt zu dem Ergebnis „Sorgen insgesamt zurückgegangen – Deutsche so optimistisch wie seit 10 Jahren nicht“. Alle langfristig abgefragten Ängste seien gesunken. Besonders optimistisch blickten die Deutschen 2011 auf die eigene Wirtschaftslage – ein Thema, das sie sonst mit großer Sorge betrachteten. Allerdings: Eine Sonderbefragung zur aktuellen Schuldenkrise habe aufgedeckt, dass die großen europäischen Wirtschaftsfragen – der Euro und die Schuldenkrise im Euro-Raum – die traditionellen Ängste um die eigene Wirtschaftslage überdeckten (Info.Center 2011).

Sachsen in Kürze als erste ostdeutsche Region den Bundesdurchschnitt erreichen“ (2011, 127).²⁴

Angaben zum Wohlbefinden von **Kindern** in Deutschland sind einem im Dezember 2011 veröffentlichten UNICEF-Bericht zu entnehmen (Bertram u.a. 2011), für den alle aktuell verfügbaren empirischen Daten zum Wohlbefinden von Kindern für die einzelnen Bundesländer ausgewertet wurden. Besonderes Gewicht hatte die – oft vernachlässigte – subjektive Sicht der Kinder. Dieses subjektive Wohlbefinden fällt weitgehend positiv aus. Dabei „ist die Teilhabe von Eltern am Arbeitsleben von zentraler Bedeutung für das Wohlbefinden der Kinder. Eltern, die die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und als aktiv Handelnde am Leben der Gesellschaft mitzuwirken, sind die wichtigsten Rollenmodelle für Kinder“ (Bertram e.a. 2011, 1).

Und: Es gibt erhebliche regionale Unterschiede. Die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen, ihre Schulleistungen, Hoffnungen und Ängste unterscheiden sich gravierend – je nachdem, wo sie in Deutschland aufwachsen, wovon ihre Familie lebt und welche Unterstützung sie in ihrem konkreten Lebensumfeld, durch die Politik und ihre Gemeinden erfahren.²⁵

2.1.3

Lebenszufriedenheit und Wirtschaftswachstum: Gibt es ein „Glücks-BIP“?

Auch wenn die Befunde zur Lebenszufriedenheit für „unsichere Zeiten“ erstaunlich gut sind, ist es dennoch erforderlich, dass „der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Lebensqualität und Wohlfahrt wieder neu diskutiert (wird) und .. in der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Debatte weit oben auf der Tagesordnung“ steht (Datenreport 2011, 6) - vor allem vor dem Hintergrund des oben zitierten Befundes, dass die Wirtschaftsleistung, der Zuwachs des Bruttoinlandproduktes (BIP), allenfalls indirekten Einfluss auf die Lebenszufriedenheit hat.

Welche Faktoren zur Lebenszufriedenheit und zum Wohlbefinden beitragen bzw. sie vermindern, ist Gegenstand der Glücksforschung, einem noch jungen Forschungsfeld der Ökonomie (van Suntum e.a. 2010, 3).²⁶ Denn vor allem aus

24 Zur Lebenszufriedenheit in **München** wurde vom Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität eine kleine Studie durchgeführt, die zu vergleichbaren Ergebnissen wie der „Glücksatlas“ kommt (Keuschnigg u.a. 2010).

25 Da die Unterschiede zum Teil zwischen den Bundesländern sogar größer sind als zwischen den OECD-Staaten, haben nationale Durchschnittswerte, zum Beispiel zur Kinderarmut, nur begrenzte Aussagekraft. „Für eine wirksame Kinder- und Jugendpolitik müssen diese um regionale und kommunale Analysen ergänzt werden“ (Bertram e.a. 2011, 4).

26 Ein Überblick über die Erkenntnisse der theoretischen und empirischen Glücksforschung findet sich bei van Suntum e.a. 2010

ökonomischer Sicht entwickelte sich die Einsicht, dass ein höherer materieller Wohlstand nicht notwendigerweise glücklich macht und das Wohlergehen der Menschen nicht unbedingt zunimmt, wenn die Wirtschaft eines Landes wächst.²⁷ Diese Einsicht ist keineswegs neu – auch wenn sie in der breiten Öffentlichkeit und in der Politik immer noch eher zögerlich wahrgenommen werden (BMFSFJ 2009 a, 6) –, sondern seit den 1970er-Jahren als Easterlin-Paradox²⁸ bekannt: Nach dem Erreichen einer gewissen Wohlstandsgrenze trägt weiteres Wirtschaftswachstum nur noch unterdurchschnittlich zur Steigerung der Lebenszufriedenheit bei (van Suntum u.a. 2010, 3 f).²⁹

Mit dem „Easterlin-Paradox“ verbunden ist die Kritik am Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Hauptindikator für die Lebensqualität von Gesellschaften. „Das BIP ist die Summe der Preise der in einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen. Es bildet daher lediglich rein materielle Aspekte des Wohlstands ab. Ökologische, soziale, bildungsrelevante oder kulturelle Aspekte, die zum gesellschaftlichen Wohlergehen und zur Lebensqualität beitragen, werden mit dem BIP hingegen nicht erfasst“ (Faltblatt Enquête-Kommission 2011).³⁰ Lebenszufriedenheit und Glück können also nicht allein mit dem BIP gemessen werden – andererseits kann Lebenszufriedenheit wohl auch nicht ohne materiellen Wohlstand erzielt werden. „Es liegt daher nahe, das Bruttoinlandsprodukt als klassischen Wohlstandsindikator zwar nicht ganz zu verwerfen, wohl aber durch geeignete Zusatzindikatoren zu einer Art „Glücks-BIP“ zu ergänzen (van Suntum e.a. 2010, 4).³¹

Neben der Ergänzung des BIP durch „objektive“ Indikatoren - amtliche Statistiken und frühe Studien zur Lebensqualität in Deutschland beschränkten sich zumeist auf die Erfassung objektiver Lebensbedingungen, - finden inzwischen

und beim BMFSFJ 2009 a.

- 27 Zumal dann nicht, wenn das Wirtschaftswachstum nicht automatisch allen Bevölkerungsgruppen zugute kommt, sondern Ungleichheiten vergrößert (s.u. Kap. 2)
- 28 Der amerikanische Ökonom Richard Easterlin, Mitbegründer des Faches der Glücksökonomie, hat bereits 1974 darauf hingewiesen, dass die Schattenseiten von ökonomischen Fortschritt dessen positive Glückseffekte wieder zunichtemachen können (BMFSFJ 2009, 5).
- 29 Die Grundbedürfnisse des Menschen sind Schätzungen zufolge bei ca. 20.000 Dollar Pro-Kopf-Einkommen im wesentlichen befriedigt. Bei höherem Einkommen wird deshalb die Lebenszufriedenheit von anderen, nicht monetären Faktoren beeinflusst (van Suntum e.a. 2010, 4).
- 30 Im Faltblatt der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ wird dazu Robert Kennedy aus dem Jahr 1968 zitiert: „Das Bruttoinlandsprodukt misst alles, nur das nicht, was das Leben lebenswert macht.“
- 31 Siehe dazu auch den Auftrag an die Enquête-Kommission (2010, 2011).

auch Indikatoren zum „subjektiven Wohlbefinden“ Eingang in die Glücksforschung.³² Seit 1984 wird im Rahmen des **Sozio-ökonomischen Panels** (SOEP, s.o. Fn 18) regelmäßig die Frage gestellt „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“. Die Ergebnisse gehen auch in den ebenfalls seit 1984 jährlich erscheinenden und schon mehrfach zitierten **Datenreport** ein,³³ den Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, in den neben statistischen Daten auch Daten aus dem SOEP unter sozialwissenschaftlichen Aspekten analysiert werden.

Auch die **OECD** hat für ihre Studien „Gesellschaft auf einen Blick“ **Sozialindikatoren** entwickelt, „um für die Beurteilung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ein besseres Instrument zur Verfügung zu stellen als die konventionellen Markteinkommensindikatoren“ (2009,10). Neben den Indikatoren zur Erfassung eher objektiver Lebensbedingungen wie „soziale Gerechtigkeit“, „Gesundheit“ oder „Einkommen“ finden sich beim Indikator „sozialer Zusammenhalt“ auch die „Unterindikatoren“ Lebenszufriedenheit³⁴ und Arbeitszufriedenheit³⁵ (außerdem die Indikatoren kriminalitätsbedingte Viktimisierung, Suizide, Bullying, Risikoverhalten).

32 Siehe zu diesen Indikatoren und den entsprechenden Fragestellungen auch BMFSFJ 2009 a, 6.

33 Und natürlich in alle Studien zur Glücksforschung, die sich auf diese Daten des SOEP beziehen, wie etwa den „Glücksatlas 2011“.

Siehe zur „Historie“ der Forschung zum Wohlbefinden in Deutschland und zu aktuellen Forschungsprojekten und Forschungsergebnissen BMFSFJ 2009.

Im **Datenreport 2011** wird die Frage nach dem Ausmaß der Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in Ost- und Westdeutschland gestellt; dabei werden drei Dimensionen betrachtet: objektive Lebensbedingungen, subjektives Wohlbefinden bzw. Zufriedenheit, die „Qualität der Gesellschaft“ (wie nehmen Bürger in Ost- und Westdeutschland ihre ‚gemeinsame‘ Gesellschaft wahr und wie verankert empfinden sie sich in dieser Gesellschaft)(2011, 377)

Regelmäßig erfasst wird die Lebenszufriedenheit der Deutschen auch durch das **Eurobarometer** der Europäischen Kommission, mit dem die soziale Situation der Bürger sowie soziale und politische Einstellungen zu zentralen Themen der Europäischen Union untersucht wird. Neben dem zweimal im Jahr durchgeführten Standard-Eurobarometer gibt es zusätzliche Spezial-Eurobarometer, etwa 2010 zu „Armut und soziale Ausgrenzung“.

34 Der Hauptindikator für die „Lebenszufriedenheit“ stammt aus dem Gallup World Pool, in dem gefragt wird: „Stellen Sie sich eine Leiter mit 11 Stufen vor, auf der die unterste Stufe (0) das für Sie unerträglichste und die höchste Stufe (10) das für Sie bestmögliche Leben darstellt. Auf welcher Stufe der Leiter stehen Sie Ihrem Gefühl nach mit Ihrem Leben heute?“ Außerdem gehen Daten aus der „World Happiness Datenbank“, Informationen aus den Eurobarometer-Umfragen und aus dem World Value Survey ein (OECD 2009, 128).

35 Grundindikator der Arbeitszufriedenheit ist der Anteil aller Erwerbstätigen der angibt, in seinem Hauptberuf im allgemeinen „völlig“,

Bislang gibt es für Deutschland keinen umfassenden Lebenszufriedenheitsindikator. 2010 haben *van Suntum/Prinz/Uhde* auf der Basis von SOEP-Daten eine Studie zur Konstruktion eines solchen Indikators für „Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden in Deutschland“ veröffentlicht. In ihren **Lebenszufriedenheitsindikator** („Glücks-BIP“) gehen vor allem solche Faktoren ein, welche die Politik zumindest auf längere Sicht beeinflussen kann. Individuelle Glückskomponenten wie etwa Familienstand und Alter sollten nicht in einen Glücksindikator eingehen, der als **Kompass für die Politik** gedacht ist. Sie werden allerdings als Kontrollvariable berücksichtigt (*van Suntum e.a. 2010, 4 f.*).³⁶ Die Autoren haben den für die Jahre 1991 bis 2007 errechneten „Glücks-BIP“ und den herkömmlichen BIP mit den Antworten auf die im SOEP regelmäßig gestellte Frage „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ verglichen und kommen zu dem Ergebnis, dass der Lebenszufriedenheitsindikator eine gute Annäherung an den tatsächlichen Verlauf der Lebenszufriedenheit darstelle und deren Entwicklung bereits wesentlich näher komme als der Verlauf der Wachstumsraten des BIP pro Kopf (*van Suntum e.a. 2010, 34*).

Das **Fazit** der Autoren: „Der Mensch lebt nicht vom BIP allein. Es sollte deutlich geworden sein, dass neben Wirtschaftswachstum und materiellem Wohlstand³⁷ viele andere Faktoren für die Lebenszufriedenheit eine Rolle spielen. Nicht alle diese Faktoren sind politisch beeinflussbar, aber viele sind es eben doch. So ist ein sicherer Arbeitsplatz nicht nur wegen des Einkommens ein wichtiger Glücksfaktor, sondern auch ein Wert an sich. Sowohl der gesellschaftliche Status als auch das Selbstwertgefühl der Menschen wird positiv beeinflusst, wenn sie nicht nur von den Sozialsystemen aufgefangen werden, sondern aktiv am Erwerbsleben teilnehmen ... Nicht übersehen sollte man den großen Einfluss, den die persönlichen Lebensumstände und nicht zuletzt auch die Lebenseinstellung auf die Zufriedenheit haben. Diese Faktoren lassen sich auch durch ein Glücks-BIP nicht erfassen. Es wäre aber schon viel gewonnen, wenn die

„sehr“ oder „ziemlich“ zufrieden zu sein (OECD 2009, 130).

36 Das „**Glücks-BIP**“ setzt sich aus diesen Glücksfaktoren zusammen: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, Arbeitslosenquote der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, Ungleichheit der Einkommensverteilung, Realisierung gewünschter Arbeitszeit, Arbeiten im erlernten Beruf, Chance, eine gleichwertige Stelle zu finden, Sorge um den Arbeitsplatz, Sorge um die finanzielle Sicherheit, Jährliches Nettohaushaltseinkommen nach Steuern, Wohneigentum, Guter Gesundheitszustand (*van Suntum e.a. 2010, 29*).

37 *Hayek* vermutet bei seinen Auswertungen der SOEP-Daten zum Zusammenhang von Lebenszufriedenheit und Einkommensreichtum „tendenziell“, dass „Einkommensreichtum mit einer hohen Lebenszufriedenheit einhergeht“ und nimmt an, dass „die ökonomische, politische und gesellschaftliche Bedeutung Einkommensreicher weiterhin zunimmt“ (*Hayek 2011, 38 f.*).

Politik diejenigen Glücksfaktoren positiv gestalten könnte, auf die sie zumindest längerfristig einen Einfluss hat. Dazu gehören neben den ökonomischen Rahmendaten auch gesellschaftspolitische Weichenstellungen, etwa im Gesundheitswesen und in der Renten-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik“ (van Suntum e.a. 2010, 39 f).

2.1.4

Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

Als ein Ergebnis „der aktuellen politischen Debatte“ und der Unzufriedenheit mit dem BIP als alleinigem Maßstab für Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt, wurde im November 2011 die Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“³⁸ eingesetzt. In dem Einsetzungsantrag vom 23.11.2010 heißt es:

„Wir stehen vor großen Herausforderungen: Die Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, der Finanzmärkte sowie der demographische Wandel und die steigende Staatsverschuldung beunruhigen die Menschen ebenso wie die Gefahren des Klimawandels, der Verlust von biologischer Vielfalt, die mangelnde Generationengerechtigkeit und die soziale Ungleichheit auf globaler wie auf nationaler Ebene. All dies hat eine grundlegende Diskussion über gesellschaftlichen Wohlstand, individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung angestoßen. Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Industriestaaten gibt es eine Debatte darüber, ob die Orientierung auf das Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden.“

„Der Auftrag, den die Enquête-Kommission bis zum Ende der Wahlperiode im September 2013 zu erfüllen hat, umfasst nahezu alle Lebensbereiche. Denn wer diese Frage beantworten will, muss sich auch fragen, was das für Wirtschaft und Arbeitswelt, das Konsumverhalten und den Lebensstil jedes und jeder Einzelnen bedeutet und welche Rolle die Politik dabei spielen kann und muss ... Mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise trat eine große Verunsicherung über die weitere Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der Finanzmärkte hinzu. Der demographische Wandel und die steigende Staatsverschuldung beunruhigen die Menschen ebenso wie die Gefahren des Klima-

³⁸ Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853 und www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/index.jsp

Zuvor hatten schon die Regierungen von England und Frankreich Kommissionen eingesetzt, die ganzheitliche Wohlstands- und Fortschrittsindikatoren prüfen sollten (Köcher/Raffelhüschen 2011, 7).

wandels, der Verlust der biologischen Vielfalt, die mangelnde Generationengerechtigkeit und die zunehmende soziale Ungleichheit auf globaler und nationaler Ebene. Soziale Ausgrenzung und mangelhafte Teilhabemöglichkeiten mindern die Lebensqualität erheblich.³⁹

Die Enquête-Kommission hat einen „gewaltigen Auftrag“ abzuarbeiten, und das bis zum Ende der Wahlperiode im Jahr 2013. Man darf gespannt sein, zu welchen Erkenntnissen sie kommt und welche Vorschläge sie machen wird.⁴⁰

2.2

Soziale Ungleichheiten: Nachholbedarf Deutschlands in Sachen sozialer Gerechtigkeit

Die Unsicherheitsgefühle, Wohlstandssorgen, Prekarisierungsängste und Beeinträchtigungen des Wohlbefindens sind vor dem Hintergrund der Entwicklung von Lebenslagen und Lebenschancen in Deutschland nicht unberechtigt. Es ist im Gegenteil erstaunlich, dass sie nicht noch weit ausgeprägter sind. Denn schon 2009, im Gutachten zum Schwerpunktthema des 14. Deutschen Präventionstages, wurde festgestellt:

„Obwohl Deutschland nach wie vor eines der wohlhabendsten Länder Europas ist, verschlechtern sich auch hier die Lebenslagen, sind nicht nur Einkommen, sondern auch Bildung und Gesundheit zunehmend ungleich verteilt, nehmen Desintegrationserfahrungen zu, während die Chancen auf soziale Teilhabe und Integration abnehmen.“ (Steffen 2011 a, 67)

Seither hat sich die soziale Gerechtigkeit in Deutschland hinsichtlich der Einkommensarmut noch verschlechtert und auch beim Bildungszugang und bei der Integration von Zuwanderern bestehen nach wie vor klare Defizite. Folglich nehmen Desintegrationserfahrungen weiter zu, nehmen die Chancen auf soziale Teilhabe und Integration weiter ab.⁴¹

39 Aus dem vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Faltblatt zur Enquête-Kommission November 2011.

40 Davor, Glück zum Verfassungsziel zu erheben, warnt der Wirtschaftswissenschaftler *Bruno Frey*: Politiker sollten nur die Rahmenbedingungen setzen, glücklich werden müsse jeder nach seiner eigenen Fassung (in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 24. Februar 2012).

41 *Heitmeyer* (2012) beschreibt in der neuesten Folge (Nr. 10) der „Deutschen Zustände“ eine zunehmende Spaltung einer durch dauernde Krisen verunsicherten Gesellschaft. Entsicherung, Richtungslosigkeit und Instabilität seien zur „neuen Normalität“ geworden, in allen sozialen Gruppen sei die Nervosität gestiegen, die Ungleichheit habe zugenommen (Zeit Online vom 12.12.2011; www.zeit.de/politik/deutschland/2011-12/studie-deutschland-vorurteile/komplettansicht; Abfragedatum: 17.12.11).

Dazu kommen erhebliche regionale Disparitäten – in den Städten und Regionen Deutschlands leben die Menschen nicht in gleichem Maße sicher: „Ökonomische und demografische Prozesse tragen zu einer stärkeren Auseinanderentwicklung der unterschiedlichen Räume in Deutschland bei. Die wirtschaftsstärksten Agglomerationen sind zu Metropolregionen avanciert und erhalten verstärkte Aufmerksamkeit. Abwanderung, Alterung und periphere Lage sind dagegen Merkmale problematischer Wirtschafts- und Lebensräume. In einigen strukturschwachen Regionen geraten bereits heute technische und kulturelle Infrastrukturen an die Tragfähigkeitsgrenzen, und grundlegende Dienstleistungen sind kaum noch aufrechtzuerhalten. Wachsende regionale Ungleichheiten beinhalten die Gefahr, Räume zu schaffen, in denen die Menschen schlechtere Lebenschancen vorfinden und von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden“ (Datenreport 2011, 320).⁴²

2.2.1

Einkommensarmut: Deutschland wird amerikanischer

Die im Gutachten für den 14. Deutschen Präventionstag festgestellte Entwicklung hin zu einer tiefen Kluft zwischen Arm und Reich, zu einer zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen (Steffen 2011 a, 69) ist – trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs und der im europäischen Vergleich hervorragenden ökonomischen Situation Deutschlands, etwa einer geringeren Arbeitslosigkeit als vor der Finanz- und Schuldenkrise – nicht nur nicht gestoppt worden, sondern sie hat sich im Gegenteil noch verschärft. Als im Dezember 2011 die OECD-Studie „Divided We Stand – Why Inequality

42 Der *Datenreport* geht bei den „regionalen Disparitäten“ auf Unterschiede in den Distanzen zu den nächsten Oberzentren ein, auf die Wirtschaftskraft (gemessen am Bruttoinlandsprodukt – BIP), die Bevölkerungsentwicklung, die Beschäftigung, den Lebensstandard und die Bewertung der räumlichen Lebensbedingungen. „Überwiegend städtische Gemeinden machen ein Fünftel der Gesamtfläche Deutschlands aus: Hier leben zwei Drittel der Bevölkerung und befinden sich drei Viertel aller Arbeitsplätze. Im Gegensatz dazu nimmt der ländliche Raum zwar 60% der Fläche ein: dort leben allerdings nur 18% der Bevölkerung, die lediglich 10% aller Arbeitsplätze vorfinden. Knapp die Hälfte der Bürger lebt in sehr zentralen Orten, jeder Vierte in peripheren oder sogar sehr peripheren Orten.“ (Datenreport 2011, 320). *Henkel* (2011) weist in seiner Analyse „Das Dorf. Landleben in Deutschland – gestern und heute“ auf den „dramatischen Wandel“ im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge der Dörfer hin. Das Dorf habe einen Großteil seiner Infrastruktur verloren, viele Dorfbewohner pendelten zu größeren Wirtschaftsbetrieben oder Verwaltungen. Allerdings sei das soziale Kapital sehr hoch. Es gäbe dichte soziale Netze, man engagiere sich für das Gemeinwohl, vor allem in den zahlreichen Vereinen (www.kirchenzeitung.de/content/land-lust-statt-land-frust; Abfragedatum: 05.12.2011).

ty Keeps Rising“⁴³ veröffentlicht und für Deutschland festgestellt wurde, dass hier die Einkommensungleichheit seit 1990 erheblich stärker gewachsen sei als in den meisten anderen OECD-Ländern, titelte etwa SPIEGEL ONLINE „Deutschland wird amerikanischer“, die soziale Kluft in Deutschland näherte sich den Verhältnissen in den USA an.⁴⁴

Die **OECD-Studie** kommt zu dem Befund, dass in Deutschland die Einkommensungleichheit seit 1990 erheblich stärker gewachsen ist als in den meisten anderen OECD-Ländern. Während das Land in den 1980er und 1990er Jahren noch zu den eher ausgeglichenen Gesellschaften gehört habe, liege es heute (2008) nur noch im OECD-Mittelfeld. Die obersten 10% der deutschen Einkommensbezieher verdienten etwa achtmal so viel wie die untersten 10%; in den 1990er Jahren lag das Verhältnis noch bei 6 zu 1 (aktueller OECD-Durchschnitt: 9 zu 1; USA: 15:1). Die Zunahme der Ungleichheit zeige sich auch am Gini-Koeffizienten, einem statistischen Konzentrationsmaß, das für Einkommen zeigt, wie gleich oder ungleich dieses über eine Personengruppe verteilt ist: 1985 lag dieser Koeffizient in Deutschland bei 0,25, 2008 lag er bei knapp 0,3.⁴⁵

Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich gehe vor allem auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter zurück. In den vergangenen 15 Jahren habe sich die Lohnschere zwischen den obersten und untersten 10% der Vollzeitarbeitenden um ein Fünftel erweitert. Auch die zunehmende Teilzeitbeschäftigung – die sich in Deutschland seit 1984 auf 22% verdoppelt hat – trage zur Einkommensungleichheit bei, zumal es sich hier vor allem um Frauen handle, die immer noch weniger Lohn erhielten als ihre männlichen Kollegen. Hinzu komme eine Veränderung von Arbeitszeiten: Während Menschen aus den oberen Einkommensklassen wie schon vor 20 Jahren rund 2250 Stunden pro Jahr arbeiteten, habe sich bei den Geringverdienern die Arbeitszeit von 1000 Stunden auf jetzt 900 Stunden reduziert.

Um die Einkommensungleichheit abzuschwächen, nutzt auch Deutschland Steuern und Sozialtransfers. Hier ist die

43 www.oecd.org/document/54/0,3746,de_34968570_35008930_49176950_1_1_1_1,00.html; Abrufdatum: 04.02.2012.

44 URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,801730,00.html> Abrufdatum: 06.12.2011.

Siehe zum Thema „Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung“ auch die Ausführungen im *Datenreport 2011* (S. 151 ff). Die dort zugrunde gelegten Daten beruhen auf der seit 2005 jährlich durchgeführten Erhebung „Leben in Europa. Die Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland (EU-SILC – European Union Statistics on Income and Living Conditions).

45 Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 (absolute Gleichheit) und 1 (absolute Konzentration) annehmen. Je näher der Wert an 1 ist, umso größer ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung (Datenreport 2011, 152).

umverteilende Wirkung sogar relativ groß, auch wenn sie das Auseinanderdriften von Arm und Reich nicht verhindern konnte: Im Jahr 2008 verminderten Steuern und Sozialtransfers die Ungleichheit um knapp 29% (OECD-Mittel: 25%); im Jahr 2000 lag der Effekt noch bei 33%.⁴⁶

Die zunehmende soziale Ungleichheit widerlegt die Annahme, dass Wirtschaftswachstum automatisch allen Bevölkerungsgruppen zugute kommt – und hat bedenkliche Auswirkungen: „Soziale Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität“ (OECD-Generalsekretär Angel Gurría). Um den Trend zu größerer Ungleichheit zu stoppen oder sogar umzukehren empfiehlt die OECD-Studie Investitionen in das Potenzial der Arbeitskräfte durch mehr und bessere (Aus)Bildung. Bildungsoffensiven müssten in der frühen Kindheit beginnen und während der gesamten Schulpflicht und des Berufslebens aufrecht erhalten werden. Direkten Einfluss auf die Umverteilung könnten die Regierungen auch über Steuer- und Sozialreformen nehmen: durch eine progressivere Gestaltung der Einkommenssteuer, durch Maßnahmen zur Eindämmung der Steuerflucht, durch die Abschaffung von Steuererleichterungen für Besserverdienende oder den Ausbau von Steuern auf Vermögen und Grundbesitz; gleichzeitig seien staatliche Transferzahlungen wichtiger als je zuvor, um die anhaltenden Verluste für Menschen mit niedrigem Einkommen auszugleichen.⁴⁷

46 *Groh-Samberg* (2010) kommt auf der Basis des SOEP (Daten von 1984 bis 2009) und eines multidimensionalen und längsschnittlichen Armutsindikators – neben dem verfügbaren Einkommen werden die Wohnsituation, die Verfügbarkeit bzw. das Fehlen von finanziellen Rücklagen sowie die Arbeitslosigkeit berücksichtigt und das über fünf aufeinanderfolgende Jahre hinweg – zum Befund einer zunehmenden **Verfestigung von Armut**, die es in dieser Form in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben habe. Den Armutsanstieg in den letzten 10 Jahren charakterisiere die zunehmende Schwierigkeit, aus der Armut und auch aus der Prekarität wieder herauszukommen. Dabei seien die von verfestigter Armut besonders betroffenen und gefährdeten Gruppe sozial relativ homogen: Vor allem Familien der Arbeiterschicht, mit mehreren Kindern oder alleinerziehende Mütter oder Väter sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Damit widersprächen die empirischen Befunde weit verbreiteten Annahmen über eine zunehmende Temporalisierung und soziale Entgrenzung der Armut, einer Zunahme sozialer Abstiege aus der Mitte der Gesellschaft und einem Ausgreifen von Prekarität in immer breitere Bevölkerungskreise. „Der Kern der Armutsentwicklung besteht vielmehr in ihrer signifikanten Verfestigung.“ (2010, 15). Auf diese „verhärtete Armut“ weist auch der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes (s.u.) hin (2011, 3). Zu einem ähnlichen Befund kommt auch die OECD-Studie „Going for Growth“ (erscheint im März 2012), wenn festgestellt wird, dass die Ungleichheitsverschärfung sozial schwache Gruppen bedeutend stärker trifft als die Mittelschicht.

47 Diese Politikoptionen für Arbeit, Wachstum und sozialen Ausgleich werden in der im März 2012 erscheinenden OECD-Studie

Dass Wirtschaftswachstum nicht automatisch allen Bevölkerungsgruppen zugute kommt, wird auch durch die erheblichen **regionalen Unterschiede in der Armutsentwicklung** belegt. So kommt der *Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes*⁴⁸ zwar für ganz Deutschland zu der Aussage, dass bundesweit von einer Verhärtung oder Verfestigung der Armut gesprochen werden müsse, da die Armutsgefährdungsquote⁴⁹ seit nunmehr sechs Jahren auf einem Rekordniveau von über 14% verharre und selbst starke wirtschaftliche Ausschläge offensichtlich so gut wie keinerlei Einfluss mehr auf die Armutsentwicklung hätten. Anders sehe es aus, wenn die Ergebnisse auf **Länderebene** verglichen würden: Zum einen seien die Armutsgefährdungsquoten sehr unterschiedlich hoch – in Bayern betrage sie nur 10,8%, in Mecklenburg-Vorpommern sei sie dagegen mit 22,4% fast doppelt so hoch; zum andern „bewegt sich bei neun der

„Going for Growth“ wieder benannt.

48 Vom *Paritätischen Gesamtverband* wurde erstmals 2009 ein Armutsatlas für Regionen in Deutschland vorgelegt. Für den 2011 veröffentlichten „Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011“ wurden die Erkenntnisse des Armutsatlas mit den seitdem regelmäßig veröffentlichten regionalen Armutsquoten der statistischen Landesämter zusammengeführt und mit den Trends im Hartz IV-Bezug seit 2005 verglichen.

49 2010 lag die Armutsgefährdungsquote für einen Single-Haushalt bei 826 Euro, für Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern bei 1.735 Euro.

2008 waren nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen 15,5% der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet (Datenreport 2011, 159).

„ **Armutsgefährdung** geht in der Regel mit einer signifikanten Einschränkung der Teilhabe am sozialen Leben (soziale Ausgrenzung) einher ... Die Beschränkungen, die armutsgefährdete Menschen im täglichen Leben erfahren, sind vielfältig ... Die Lebens- und Wohnbedingungen Armutsgefährdeter sind auch häufiger geprägt von Lärmbelästigung, Umweltverschmutzung, Kriminalität, Gewalt und mutwilligen Beschädigungen im Wohnumfeld“ (Datenreport 2011, 154 ff).

Dass **Armut auch krank macht**, ein wesentlicher Faktor für die Entstehung von psychischen Erkrankungen und gesundheitlichen Einschränkungen ist, diesem Thema widmet sich beispielsweise die Caritas in Niedersachsen (Niedersächsische Auftaktveranstaltung „Armut macht krank“ zur Caritas Jahreskampagne 2012 am 29. Februar 2012 in Hannover).

Vom 9. – 10. März 2012 findet in Berlin der 17. Kongress Armut und Gesundheit „Prävention wirkt!“ statt (www.armut-und-gesundheit.de).

Sehr informativ zum engen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit sind auch die Veröffentlichungen des „Kooperationsverbundes für Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ – ein Zusammenschluss von 53 Partnerorganisationen auf Initiative und mit Unterstützung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (www.gesundheitliche-chancengleichheit.de).

„Gesundheit ist sozial determiniert“ wurde das entsprechende Kapitel im Gutachten für den 14. Deutschen Präventionstag überschrieben (Steffen 2011 a, 75 f).

16 Bundesländer kaum etwas, sieben Länder zeigen aber durchaus – zum Teil gegenläufige – Bewegungen ... So gingen in Hamburg, Brandenburg und Thüringen die Armutsquoten seit 2005 kontinuierlich und nennenswert zurück ... In Berlin und Nordrhein-Westfalen sind die Armutsquoten von 2005 auf 2006 zwar erfreulich gesunken, steigen seitdem jedoch stetig und spürbar an“ (2011, 5).

Bemerkenswert sei auch die **regionale Zerrissenheit** innerhalb eines Landes – der Ländervergleich suggeriere eine Homogenität, die in den Regionen nicht mehr gegeben sei. Gerade die großen westdeutschen Flächenländer zeigten „enorme Armutsgefälle“ innerhalb ihrer Landesgrenzen. Statt eines „sauberen Ost-West-Schnitts“ erscheine Deutschland mehr und mehr als armutspolitischer Flickenteppich (2011, 7).

Speziell zur **Kinderarmut**⁵⁰ (bei der Altersgruppe der unter Dreijährigen, die das höchste Armutsrisiko aller Kinder tragen) und ihren regionalen Ungleichheiten liefert die Bertelsmann Stiftung mit ihrem *KECK-Atlas*⁵¹ für alle 412 Kreise und kreisfreien Städte, sogar differenziert nach Stadtteilen, also auf Sozialraumbene, alle relevanten Daten zur Lebenswelt von Kindern. Deutlich werden bei dieser Differenzierung die erheblichen regionalen Unterschiede: Für ganz Deutschland gehe die Kinderarmut zwar zurück, „doch innerhalb der Bundesländer,⁵² Landkreise und Städte⁵³ klaffen die Armutsquoten weit auseinander“. Insgesamt lebten 2010 in Deutschland 403.000 Kinder unter drei Jahren in Familien, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind; die Armutsquote liegt bei 19,8% (2008: 21,2%).

50 Zu den negativen Auswirkungen von Kinderarmut auf viele zentrale Lebensbereiche, aber auch zu den methodischen Schwierigkeiten, Kinderarmut zu messen, siehe *Chassé* 2010.

51 „KECK: Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder“. Siehe dazu die Pressemitteilung vom 1. Februar 2012 (www.bertelsmann-stiftung.de).

52 So wuchsen etwa in dem Bundesland mit der niedrigsten (10,1%) Armutsquote, Bayern, im Landkreis Freising 2,4% der unter Dreijährigen in armen Familien auf, in der Stadt Hof hingegen 32,4%.

53 Das zeigt sich am Beispiel der Städte Jena und Heilbronn, die den von der Bertelsmann Stiftung neu entwickelten Sozialraumatlases KECK zur Betrachtung einzelner Stadtviertel nutzen mit dem Ziel, Konzepte zu entwickeln, wie durch gezielte Angebote benachteiligte Stadtviertel gefördert werden können.

2.2.2

Bildungszugang: Defizite unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit

Eine weitere soziale Gerechtigkeits-Dimension, bei der Deutschland klare Defizite hat, ist der **Bildungszugang**⁵⁴: Schon in den Gutachten für den 14. und für den 15. Deutschen Präventionstag⁵⁵ musste festgestellt werden, dass in Deutschland keine Bildungsgerechtigkeit vorhanden sei. Hier werde der Bildungserfolg der nachwachsenden Generation in hohem Maße von Schicht und Herkunft bestimmt. Bildung und Qualifizierung seien aber die Voraussetzungen für individuelle Lebenschancen und soziale Teilhabe.⁵⁶

Trotz verbesserter Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler in der PISA-Erhebung 2009⁵⁷ hat sich daran nicht viel verändert: Die Chancengleichheit im deutschen Bildungswesen sei noch immer schwach ausgeprägt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind aus einem sozial schwachen Umfeld durch Bildung befähigt werde, am gesellschaftlichen Wohl-

54 Zwischen Armut und Bildung besteht ein enger Zusammenhang: Mangelnder Bildungszugang und soziale Armut bilden einen Teufelskreis. Wer keinen Zugang zu Bildung hat, dem bleibt der soziale Aufstieg verwehrt. Wer sozial benachteiligt ist, findet keinen Zugang zu Bildung (BertelsmannStiftung 2010, 18).

55 Gutachten „Lern- und Lebensräume von Kindern und Jugendlichen als Orte von Bildung und Gewaltprävention“ zum Schwerpunktthema des 15. Deutschen Präventionstages „Bildung – Prävention – Zukunft“ (Steffen 2010).
Statistische Angaben und Auswertungen zu „Bildung“ finden sich auch im Datenreport 2011, 49 ff.

56 Siehe dazu auch das Tagungsthema des 79. Deutschen Fürsorgetages (8.-10. Mai 2012 in Hannover) „Ohne Bildung keine Teilhabe“.

57 PISA= Programme for International Student Assessment.
Ein Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 30. Januar 2012, der auf die nächste PISA-Erhebung im Frühjahr 2012 hinweist, kritisiert die „Zensur der Pisa-Daten“. Die Politik versuche, sich in die Studien einzumischen bzw. gestatte bestimmte Auswertungen nicht. „Eine Antwort der KMK auf eine entsprechende Anfrage der *Süddeutschen Zeitung* steht noch aus.“
Bertram e.a. weisen in ihrem UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland (s.o.) darauf hin, dass es den Autoren von den Kultusministerien leider nicht erlaubt worden sei, „die regional differenziert vorliegenden Daten der letzten PISA-Studie von 2009 für die Untersuchung vertiefend auszuwerten“ (2011, 2).
Ganz aktuell macht der Chancenspiegel, mit dem die Bertelsmann Stiftung und das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) die Schulsysteme aller Bundesländer auf Chancengerechtigkeit untersucht haben, die Bedeutung regionaler Differenzierungen deutlich: Die Chancen von Schülern, soziale Nachteile zu überwinden und ihr Leistungspotenzial auszuschöpfen, unterscheiden sich erheblich von Bundesland zu Bundesland (www.bertelsmann-stiftung.de; Pressemitteilung vom 11.03.2012).

stand teilzuhaben, sei deutlich geringer als in vielen anderen entwickelten Staaten (BertelsmannStiftung 2010, 18).⁵⁸

Folglich benennt auch der Bericht „*Bildung in Deutschland 2010*“⁵⁹ als eine der zentralen Herausforderungen: „Der zunehmenden Kluft in den Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen, die bestehende Bildungsangebote erfolgreich nutzen, und jenen, bei denen sich Benachteiligungen eher kumulieren, muss entschiedener begegnet werden: Die in unterschiedlichen Abschnitten einer Bildungsbiografie eingeschlagenen Wege unterscheiden sich insbesondere nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Migrationsstatus. Sie führen zu Disparitäten der Bildungsbeteiligung und damit zu Unterschieden in den Bildungs- und Lebenschancen. Diese zunehmenden segregativen Erscheinungen stehen im Gegensatz zu der Inklusions- und Integrationsaufgabe des Bildungswesens. Eine zentrale Herausforderung besteht darin, allen jungen Menschen über ein dem gesellschaftlichen Entwicklungsniveau angemessenes Bildungsniveau die soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, 13).

Diese zentrale Herausforderung – endlich – zu erfüllen ist auch wegen der Zusammenhänge zwischen Bildung und dem gesellschaftlichen Verhalten wichtig, auf die die *OECD* (2011 a) in ihrem Bericht „Bildung auf einen Blick“ hingewiesen hat: Zwischen der Höhe des Bildungsabschlusses und der individuellen Zufriedenheit sowie einer positiven Einstellung zur Gesellschaft – gemessen an Faktoren wie ehrenamtliches Engagement oder Wahlbeteiligung – bestünden deutliche Zusammenhänge – und die Gesellschaft in

58 Aktuell hat eine **Studie** im Auftrag der Vodafone Stiftung „Herkunft zensiert? Leistungsdiagnostik und soziale Ungleichheiten in der Schule“ den Zusammenhang zwischen Schulnoten und sozialem Status untersucht, insbesondere das Ausmaß, mit dem nicht nur Leistungen in die Schulnoten einfließen, sondern auch andere Faktoren wie der soziale Hintergrund der Schülerinnen und Schüler und das Geschlecht. Ergebnis: Sowohl in der Grundschule als auch am Ende der gymnasialen Oberstufe erhalten Kinder aus sozial benachteiligten Familien – bei gleicher Leistung in einem standardisierten Test – in der Schule schlechtere Noten als Kinder aus sozial begünstigten Elternhäusern. Im Durchschnitt erhalten Mädchen bessere Noten als Jungen. Der Anteil der Arbeiterkinder, die ein Gymnasium besuchen, würde sich von derzeit 19,2% auf 28,5% erhöhen, wenn sie bei gleicher Leistung nicht mehr ungleich benotet würden. Würden sich die Eltern beim Übergang unabhängig von ihrer sozialen Herkunft für eine Schulform entscheiden – haben sie selbst kein Abitur gemacht, schicken sie ihre Kinder derzeit auch bei guten Leistungen seltener aufs Gymnasium - , würde sich die Gymnasialquote sogar auf 32,5% erhöhen (www.vodafone-stiftung.de; Pressemitteilung vom 14.12.2011).

59 Mit dem Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ wird von der Autorengruppe Bildungsberichterstattung zum dritten Mal eine umfassende empirische Bestandsaufnahme zum deutschen Bildungswesen vorgelegt. Besonderer Schwerpunkt sind 2010 die Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel.

Deutschland sei hier im Vergleich zu anderen OECD-Ländern besonders stark gespalten.

Dabei komme zu den privaten und gesellschaftlichen Vorteilen tertiärer Bildung in Deutschland noch ein klarer wirtschaftlicher Gewinn für den Staat: Außer den USA gäbe es kein anderes Land, in dem staatliche Investitionen in Universitäts-, Fachschul- oder gleichwertige Bildung einen so hohen Kapitalwert abwürfen wie in Deutschland. Dennoch gäbe es nur einen geringen Zuwachs bei weiterführenden Abschlüssen in Deutschland – vor 25 Jahren lag Deutschland hier im Mittelfeld aller 24 Länder, nunmehr sei es auf einen der untersten Plätze abgerutscht – und auch die Investitionen in Bildung seien, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in den vergangenen Jahren eher zurückgegangen

Auch bei der Gerechtigkeitsdimension Bildungszugang gibt es erhebliche regionale Unterschiede. KOMDAT, die kommentierten Daten der Kinder- und Jugendhilfe, machen das bei dem Ländervergleich für die Betreuungsplätze unter 3-Jähriger – Versorgungsquote von 49% in den östlichen und nur 20% in den westlichen Bundesländern zum Stichtag 31.12.2011⁶⁰ - ebenso deutlich wie für die Ganztagsbetreuung im Kindergarten – 2011 73% in den östlichen, 30% in den westlichen Bundesländern - oder bei der Hortbetreuung – im Grundschulalter besuchen in den östlichen Bundesländern mehr als 50% der Kinder im Jahr 2011 eine solche Einrichtung, in den westlichen nicht einmal 10%.

Die ebenfalls regional sehr unterschiedlichen Bedingungen für **lebenslanges Lernen** - schulisches, berufliches, soziales, persönliches Lernen – zeigt der „Deutsche Lernatlas“ (BertelsmannStiftung 2011), mit dem Ziel, Bedingungen des Lernens in diesen vier Dimensionen für alle 412 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland greifbar und vergleichbar zu machen. Dabei konnten allerdings nur die Lern-Kennzahlen berücksichtigt werden, die bundesweit für nahezu alle Regionen verfügbar sind. Seinem eigenen Anspruch nach ist der Deutsche Lernatlas kein Steuerungsinstrument für Bildungsplanung und –management: Er will und kann eine kommunale Bildungsberichterstattung nicht ersetzen und liefert deswegen auch keine konkreten Handlungsempfehlungen.

Die wichtigsten Befunde zu den regionalen Lernverhältnissen im Überblick (2011, 12 ff): Große regionale Unterschiede beim lebenslangen Lernen; kein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle, sondern ein Süd-Nord-Gefälle; gute regionale Rahmenbedingungen für das Lernen in allen Lebensbereichen gehen im Normalfall einher mit geringer Arbeitslosigkeit und hoher Wirtschaftsleistung. Top-Regionen in den sechs Regionstypen: München, Erlangen, Bamberg sowie die Landkreise Würzburg, Main-Spessart, Miesbach. Aber es

60 Die erheblichen Unterschiede in der Betreuung dieser Altersgruppe auf der kommunalen Ebene zeigt der DJI-Betreuungsatlas (DJI Thema 2011/06).

gibt auch Regionen, die sehr gute Ergebnisse aufweisen, obwohl sie noch nicht einen ihrer Lernleistung entsprechenden Wohlstand haben.

2.2.3

Integration: Ungleichheiten zum Nachteil von Menschen mit Migrationshintergrund⁶¹

Unterschiede in sozialer Gerechtigkeit und sozialer Teilhabe gibt es auch nach wie vor hinsichtlich der Integration von Personen mit einem Migrationshintergrund. Den haben in Deutschland mehr als 16 Millionen Menschen, rund 20% der Bevölkerung, die entweder selbst zugewandert sind (erste Generation) oder in Deutschland geboren sind, aber mindestens ein Elternteil haben, das zugewandert ist (zweite Generation).

Im Nationalen Integrationsplan von 2007 hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Entwicklung der gesellschaftlichen Integration dieser Personen zu messen und 2009 einen ersten Integrationsindikatorenbericht vorgelegt. Der zweite Bericht wurde 2011 veröffentlicht und bezieht sich auf den Zeitraum von 2005 bis 2010. In ihrem Vorwort zu diesem zweiten Bericht⁶² stellt die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration fest:

„Der Zweite Indikatorenbericht zeigt erhebliche Fortschritte in der Integration. In zentralen Bereichen hat sich die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert. Dies gilt insbesondere für in Deutschland geborene Menschen mit Migrationshintergrund. Hervorzuheben sind die positive Entwicklung im Bereich der Betreuung von Kindern mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten oder beim Übergang von Bewerberinnen und Bewerbern von der Schule in die Berufsausbildung ... Häufig bestehen aber noch deutliche Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Unser Ziel muss sein, Angleichung im Sinne von gleichberechtigter Teilhabe in allen Bereichen zu erreichen.“

Ungleichheiten zum Nachteil von Personen mit Migrationshintergrund zeigen sich weiterhin bei der frühkindlichen Bildung, auch wenn die Betreuungsquote für Kinder mit Migrationshintergrund gestiegen ist; bei Bildung und Ausbil-

61 Siehe dazu auch die Ausführungen im Gutachten für den 14. Deutschen Präventionstag (Steffen 2011 a, 76 ff.)

62 Die kontinuierliche Berichterstattung orientiert sich an einem Katalog von 64 Indikatoren in 11 gesellschaftlichen Bereichen: Rechtsstatus; Frühkindliche Bildung und Sprachförderung; Bildung; Ausbildung; Arbeitsmarktintegration; Soziale Integration und Einkommen; Gesellschaftliche Integration und Beteiligung; Wohnen; Gesundheit; Interkulturelle Öffnung von Schule, Verwaltung, Gesundheitsdiensten, Wirtschaft, Politik und Medien; Kriminalität, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit (Integrationsindikatorenbericht 2011, 21).

dung, hier besteht nach wie vor ein „Bildungsrückstand“ der ausländischen Jugendlichen, die nicht nur häufiger die Schule ohne Abschluss verlassen, sondern auch seltener höhere Schulabschlüsse erreichen. Da Bildung aber eine zentrale Zugangsvoraussetzung zu Kultur und Erwerbssystem einer Gesellschaft ist, haben diese „Rückstände“ Einfluss auf viele andere Dimensionen der Lebenslage (Integrationsindikatorenbericht 2011, 11). Das gilt etwa für die Arbeitsmarktintegration, für soziale Integration und Einkommen. Die Armutsrisikoquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt mit 26,2% deutlich über derjenigen der Gesamtbevölkerung mit 14,5% - durch Einkommensarmut werde der Integrationsprozess erheblich erschwert (Integrationsindikatorenbericht 2011, 14). Auch hinsichtlich der interkulturellen Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste, die als Motor der Integration gilt, besteht Handlungsbedarf: Personen mit Migrationshintergrund sind unterrepräsentiert. (Integrationsindikatorenbericht 2011, 16 f).

Insgesamt zeige der Zweite Integrationsindikatorenbericht, dass bei der Integration in Deutschland maßgebliche Fortschritte erreicht worden seien und sich in zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund verbessert habe. Er zeige aber auch, in welchen Bereichen die positiven Entwicklungen fortzuführen seien und in welchen Bereichen ein besonderer Handlungsbedarf bestehe (Integrationsindikatorenbericht 2011, 19).⁶³

Auch hinsichtlich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund dürfte es erhebliche **regionale Unterschiede** geben – es gibt dazu allerdings kaum empirische Daten. Bekannt ist die sehr unterschiedliche regionale Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Migration ist ein Phänomen der alten Bundesländer. Westdeutsche Großstädte und die alten industriellen Zentren weisen historisch bedingt höhere Anteile an Migranten auf – 2009 hatte etwa der Regierungsbezirk Stuttgart einen Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund von 30,1%. In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) liegt der Anteil dagegen bei nur 4,8% (Datenreport 2011, 188 f).

Das *Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung* fragt in seiner Analyse „Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ auch „Wer integriert wie gut“ und vergleicht einzelne Bundesländer und die größten Städte nach Integrationsindikatoren.⁶⁴ In der Gesamtbewertung der Bundesländer liegt Hessen vorn, Hamburg auf dem zweiten Platz

63 Auf dem fünften Integrationsgipfel am 31. Januar 2012 wurde der „Nationale Aktionsplan Integration“ verabschiedet, der zu diesem Handeln aufruft.

64 Siehe zu den Indikatoren und den Ergebnissen des Integrationsvergleichs auch Steffen 2011 a, 80 ff.

und das Saarland ist Schlusslicht.⁶⁵ In der Städtewertung liegen Süddeutschland und das Rheinland vorn, zur Spitzengruppe gehören München,⁶⁶ Bonn, Frankfurt und Düsseldorf, die Schlusslichter sind Bochum/Herne, Dortmund, Nürnberg und Duisburg (Berlin-Institut 2009, 56 ff). Aber: „Selbst in den Bundesländern mit den besten Ergebnissen sind Migranten mehr als doppelt so häufig erwerbslos wie Einheimische, und sie hängen mehr als doppelt so oft wie diese von öffentlichen Leistungen ab. Das Ziel einer Annäherung zwischen Migranten und Einheimischen ist somit nirgendwo auch nur annähernd erreicht“ (Berlin-Institut 2009, 8).

„Integration entscheidet sich vor Ort“, in den Städten, Gemeinden, Stadtvierteln und Quartieren,⁶⁷ doch darüber, wie sie gelingt, gerade auch in den kleineren Städten und Gemeinden unter 100.000 Einwohnern, in denen immerhin mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lebt, ist wenig bekannt. Auch wenn der „Nationale Aktionsplan Integration“ vom Dezember 2011 wie schon sein Vorgänger, der Nationale Integrationsplan vom Juli 2007, den Kommunen attestiert, dass sie sich den aktuellen Herausforderungen mit großem Engagement stellten (2011, 399).

2.2.4

Soziale Gerechtigkeit: Wo steht Deutschland?

Wachsende soziale Ungleichheit, Verfestigung von Armut, fehlende Chancengleichheit im Bildungswesen, deutliche Integrationsdefizite bei Menschen mit Migrationshintergrund, erhebliche regionale Unterschiede hinsichtlich der Gerechtigkeitsdimensionen Einkommen, Bildung und Integration – Deutschland hat ohne Frage einigen Nachholbedarf in Sachen sozialer Gerechtigkeit.

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie der **BertelsmannStiftung** „Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland?“, in der 31 Mitgliedsstaaten der OECD hinsichtlich ihrer sozialen Gerechtigkeit verglichen wurden.

65 Am 28. Februar 2012 wurde von der bayerischen Sozialministerin eine Studie vorgestellt, die acht Migranten-Milieus untersucht hat. 80% der Milieus seien gut integriert. Handlungsbedarf gebe es bei den sog. prekären Migranten-Milieus (21%). Die Elterngeneration sei hier oft traditionsverwurzelt, die jungen fielen durch niedriges Bildungsniveau auf (aus einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 29.02.2012 „Meist gut integriert“).

66 Zur Situation in **München** gibt es einen ersten „Interkulturellen Integrationsbericht: München lebt Vielfalt“ der Stelle für interkulturelle Arbeit. Hier sagt OB Uhde in seinem Vorwort u.a. „Es bleibt noch sehr viel zu tun, bis alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt gleiche Zugänge zu allen Kerninstitutionen erreicht haben. Der Bericht zeigt auf, wo es die größten Lücken, aber auch die beeindruckendsten Fortschritte gibt“ (2010, 5).

67 So der Nationale Integrationsplan in seinem ersten Fortschrittsbericht (2008, 104).

Mit Rang 15 komme Deutschland über einen Platz im Mittelfeld nicht hinaus:⁶⁸ „Schlechte Noten für den Sozialstaat“.⁶⁹

Dabei wird soziale Gerechtigkeit als **Teilhabeerechtigkeit** verstanden, ein Gerechtigkeitsideal, das für eine zukunftsfähige Soziale Marktwirtschaft mehrheits- und konsensfähig erscheine. Im Sinne dieses Gerechtigkeitsparadigmas erfolge die Herstellung sozialer Gerechtigkeit weniger über eine Kompensation von Exklusion, sondern eher über die Investition in Inklusion. Statt einer „gleichmachenden“ Verteilungsgerechtigkeit oder einer lediglich formalen Chancengleichheit durch gleiche Spiel- und Verfahrensregeln gehe es bei dem Konzept der Teilhaberechtigkeit darum, jedem Individuum tatsächlich gleiche Verwirklichungschancen durch die gezielte Investition in die Entwicklung individueller „Fähigkeiten“ (capabilities) zu garantieren. Jeder Einzelne solle im Rahmen seiner persönlichen Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben und zu einer breiten gesellschaftlichen Teilhabe befähigt werden (2010, 10).

Das nur durchschnittliche Abschneiden Deutschlands sei auf mehrere Ursachen zurückzuführen, wie ein Blick auf die einzelnen Zieldimensionen sozialer Gerechtigkeit zeige (2010, 6 f):

- **Armutsvermeidung:** Einkommensarmut habe in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen. Besorgnis erregend sei das Phänomen der Kinderarmut. Rund jedes neunte Kind lebe unter der Armutsgrenze.⁷⁰ „Daher mangelt es vielerorts bereits an den elementaren Grundvoraussetzungen sozialer Gerechtigkeit, denn unter den Bedingungen von Armut sind soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben kaum möglich.“
- **Bildungszugang:** Nach wie vor habe das deutsche Bildungssystem unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit klare Defizite. Hier rangiere Deutschland im OECD-Vergleich nur im unteren Mittelfeld. Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hänge stark mit ihrem jeweiligen sozioökonomischen Hintergrund zusammen. Die Investitionen in frühkindliche Bildung, einem der Schlüsselfelder zur Gewährleistung gleicher Lebenschancen, seien zudem noch stark ausbaufähig.⁷¹

68 Im internationalen Vergleich hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit seien die nordeuropäischen Staaten „eine Klasse für sich“. In einer erweiterten Spitzengruppe folgten die Niederlande und die Schweiz. Im Mittelfeld liege Deutschland mit Luxemburg auf einem ähnlichen Niveau. Im unteren Mittelfeld fänden sich die südeuropäischen Staaten Italien, Portugal und Spanien. Auch die USA und Irland schnitten schlecht ab; Schlusslicht sei die Türkei.

69 So die Überschrift eines Artikels der Süddeutschen Zeitung vom 4. Januar 2011 über die Studie.

70 Siehe dazu auch den Aufsatz von Chassé (2010) zur Problematik der Messung von Kinderarmut, zu den Armutsfolgen für Kinder und zu den Möglichkeiten, Kinderarmut zu bekämpfen.

71 Dass es mit diesem „Schlüsselfeld“ nicht gut aussieht, belegen die jüngsten Zahlen zum „U3-Ausbau“, zur Bereitstellung von Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige. Siehe dazu, aber auch

- **Arbeitsmarktinklusio**n: Auch wenn die Arbeitslosenquote zurückgegangen und die Beschäftigungsquote gestiegen sei und mit gut 70% klar über dem OECD-Mittelwert von 66,3% liege, gebe es unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit noch einige Schattenseiten, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsmarktinklusio
- **Soziale Kohäsio**n und **Gleichheit**: Die Ungleichverteilung der Einkommen habe in Deutschland innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte so stark zugenommen wie in kaum einem anderen OECD-Mitgliedsstaat. „Mit Blick auf den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist eine solche Polarisierungstendenz bedenklich“. Auch bei der Integration von Zuwanderern erhalte Deutschland eher mäßige Noten: „Zuwanderung wird in der öffentlichen Debatte häufig mehr als Risiko denn als Chance betrachtet.“
- **Generatio**nengerechtigkeit: Dieses Prinzip sei in Deutschland vergleichsweise gut verwirklicht. Es bestehe jedoch weiterhin umweltpolitischer Handlungsbedarf und auch die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die maßgeblich über die Innovationsfähigkeit eines Landes und damit auch über dessen Wohlstand entschieden, seien ausbaufähig.

Bei der Bewertung dieser „Zieldimensionen“ komme einer wirksamen **Vermeidung von Armut eine Schlüsselrolle** bei der Bemessung sozialer Gerechtigkeit zu: „Unter den Bedingungen von Armut sind soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben schwer möglich ... Die Vermeidung von Armut ist somit gewissermaßen eine *conditio sine qua non* für soziale Gerechtigkeit und damit gerechtigkeits

theoretisch den anderen Dimensionen vorgelagert“ (2010, 12). Und: Der internationale Vergleich zeige eindeutig, dass sich soziale Gerechtigkeit und marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit keineswegs gegenseitig ausschließen.

„Insgesamt gilt: Die Herstellung gleicher Teilhabechancen ist nicht nur eine ethisch-soziale Verpflichtung im Sinne gesellschaftlicher Solidarität und gegenseitiger Verantwortung, sondern sie ist auch eine grundlegende Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften überhaupt. Deutschland kann es sich moralisch, politisch und ökonomisch nicht leisten, große Potentiale gegenwärtiger und zukünftiger Generationen dadurch zu verspielen, dass viele Menschen hinsichtlich der Teilhabe an Bildung und Erwerbstätigkeit strukturell benachteiligt sind.“ (2010, 32).

zu den Entwicklungen bei den Kindern im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt und den Schulkindern (Thema: Hortbetreuung) KOMDAT 2011 und den *DJI-Betreuungsatlas*, der die erheblichen regionalen Unterschiede sichtbar macht („Wir suchen Erzieherinnen! So hieß es schon auf großflächigen Plakaten, die Münchens Rathausfassade zeitweilig zierten.“)

2.2.5

Ist Gleichheit Glück?

Diese Forderung danach, gleiche Teilhabechancen herzustellen, soziale Ungleichheiten und die damit einhergehenden Unsicherheitsgefühle abzubauen, gewinnt noch an Bedeutung vor dem Hintergrund der Erkenntnisse dazu, dass gerechte Gesellschaften für alle besser sind, nicht nur für die strukturell Benachteiligten.

Das jedenfalls ist die zentrale Aussage der Analyse der britischen Sozialforscher Richard Wilkinson und Kate Pickett zu „Gleichheit ist Glück“.⁷² Wilkinson/Pickett kommen aufgrund ihrer umfangreichen statistischen Auswertungen für 21 reiche Industrieländer – darunter Deutschland – und auch innerhalb eines Landes (auf der Ebene der US-Bundesstaaten) zu Einkommensungleichheiten und dem Auftreten sozialer Probleme⁷³ zu diesen Befunden:

- Die sozialen Probleme treten vor allem in Ländern mit starker Ungleichheit auf: Je größer die Unterschiede zwischen Arm und Reich sind, umso größer sind auch die sozialen Probleme (2010, 33). Und: Die Einkommensunterschiede haben sich in vielen (nicht in allen) entwickelten Ländern vergrößert (2010, 268).
- Soziale Ungleichheit wirkt sich auf das Wohlbefinden aller aus (2010, 19), nicht nur Arme, sondern auch Reiche sind betroffen, denn Ungleichheit verstärkt die sozialen Ängste (2010, 58) und zersetzt die soziale Struktur in Gesellschaften.
- Der Grad der Einkommensunterschiede hat einen großen Einfluss darauf, wie die Menschen miteinander umgehen. Die sozialen Beziehungen verfallen umso mehr, je stärker eine Gesellschaft von Ungleichheit geprägt ist (2010, 67). Offensichtlich führt Ungleichheit zur Distanznahme zwischen den sozialen Gruppen: Die Menschen sind weniger geneigt, andere als „ihresgleichen“ anzuerkennen.
- Wirtschaftlicher Erfolg, aber soziales Scheitern: Wirtschaftliches Wachstum und steigende Durchschnittseinkommen, die Verbesserung des materiellen Wohlstands allein, bringt kaum noch Vorteile für das Wohlbefinden der Bevölkerung. Das ökonomische Wachstum ist nicht mehr wie einst von Maßnahmen für das Wohlergehen und das Wohnbefinden der Bürger begleitet (2010, 19 f).

72 „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ lautet der deutsche Titel des Buches von Richard Wilkinson und Kate Pickett „The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Always Do Better“ (2010).

73 Problem-Kategorien: Niveau des Vertrauens; psychische Erkrankungen sowie Alkohol- und Drogensucht; Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit; Fettleibigkeit; schulische Leistungen der Kinder; Teenager-Schwangerschaften; Selbstmorde; Zahl der Gefängnisstrafen; soziale Mobilität (2010, 33).

Wilkinson/Pickett fordern auf der Basis ihrer Befunde:

- Politiker sollten auf die Ungleichverteilung der Einkommen einwirken. Der Versuch, soziale oder gesundheitliche Probleme durch die Einrichtung spezialisierter Dienste zu lösen, haben sich als kostspielig und, bestenfalls, nur als teilweise effektiv erwiesen (2010, 267).⁷⁴ Dabei gebe es unterschiedliche Wege zu mehr Gleichheit – entscheidend sei der politische Wille: „Wenn die Regierenden tatsächlich für mehr Gleichheit hätten sorgen wollen, an politischen Mitteln dazu hätte es ihnen nie gefehlt“ (2010, 273).

Für die wachsende Ungleichheit sei die Politik ganz entscheidend verantwortlich und wenn die Politik nicht die **Wurzel aller Probleme angehe, die soziale Ungleichheit**, dann „wird sich nichts fundamental ändern, und das ist auf Dauer ziemlich teuer und ineffizient. Also müssen wir uns als Gesellschaft die grundsätzliche Frage stellen, ob wir wirklich nur nach dem Motto leben wollen, dass der Stärkere das meiste kriegt und der Schwächere zurückbleibt. Ungleichheit teilt eine Gesellschaft und reibt sie auf. Ich glaube, wir brauchen wieder mehr Kooperation und Gegenseitigkeit. Die Menschen wollen größere soziale Gleichheit.“⁷⁵

Die Analyse und die Forderungen von *Wilkinson/Pickett* haben beträchtliches Aufsehen erregt, obwohl die Befunde und ihre möglichen Konsequenzen keineswegs neu, allerdings wohl nicht oft so prägnant und eingängig dargestellt worden sind. In Deutschland haben vor allem *Heitmeyer* und seine Forschungsgruppe auf die Dimensionen sozialer Ungleichheit und die damit verbundenen Destabilisierungen von Lebenslagen hingewiesen und eine krisenhafte Beschleunigung der Desintegration der deutschen Gesellschaft festgestellt, die den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt gefährde.

In der jüngsten, der 10. Folge des empirischen Langzeitprojekts „Deutsche Zustände“ stellt *Heitmeyer* unter dem Titel „Das entscherte Jahrzehnt“ fest: „Die Frage nach der sozialen Spaltung und den Folgen ökonomistischer Einstellungen in Zeiten der Krisen und der Ökonomisierung des Sozialen verdient ... besondere Aufmerksamkeit ... So nehmen zum Beispiel die Solidarität und die Bereitschaft zur Hilfe für – auch krisenbedingt – schwache Gruppen ab, das Ideal der Gleichwertigkeit wird von Manchen aufgekündigt ... Entsicherung, Richtungslosigkeit und Instabilität sind zur neuen Normalität geworden, die Nervosität scheint über alle sozialen Gruppen hinweg zu steigen ... Die geballte Wucht, mit

74 „Untersuchungen zur Wirksamkeit der bedeutsamsten dieser Dienste, wie Polizei und Gesundheitswesen, haben gezeigt, dass sie nicht gerade zu den wirksamsten Determinanten von Kriminalitätsraten oder Volksgesundheit zu zählen sind“ (2010, 267).

75 Richard Wilkinson in einem Interview mit ZEIT ONLINE vom 25.3.2010 (www.zeit.de/2010/13/Wohlstand-Interview-Richard-Wilkinson; Abfragedatum: 29.3.2010)

der die Eliten einen rabiaten Klassenkampf von oben inszenieren, und die Transmission der sozialen Kälte durch eine rohe Bürgerlichkeit, die sich selbst in der Opferrolle wähnt und deshalb schwache Gruppen ostentativ abwertet, zeigen, daß eine gewaltförmige Desintegration auch in dieser Gesellschaft nicht unwahrscheinlich ist“ (Heitmeyer 2012, 26 ff).

Auch wenn es bislang zu dieser „gewaltförmigen Desintegration“ der deutschen Gesellschaft nicht gekommen ist, die Heitmeyer seit Jahrzehnten und nicht nur in Zusammenhang mit der Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ prophezeit,⁷⁶ ist die deutsche Gesellschaft ohne jede Frage erheblich ungleicher geworden, haben Desintegrationserfahrungen zugenommen, werden die Chancen auf soziale Teilhabe und Integration geringer, sind die Solidarität, das gute Miteinander gefährdet.

2.2.6

Folgerungen für die soziale Prävention

„Der Deutsche Präventionstag appelliert an die Verantwortlichen in der Politik und in den Medien sowie in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene:

- *Einkommens-, Bildungs- und Integrationsarmut abzubauen, sozialen Desintegrationserscheinungen entgegen zu wirken mit dem Ziel einer gleichberechtigten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.“*

(Hannoveraner Erklärung des 14. Deutschen Präventionstages 2009)

Dieses Zitat aus der Hannoveraner Erklärung des 14. Deutschen Präventionstages 2009 kann auch 2012 für die Konsequenzen stehen, die sich aus den Befunden der zahlreichen Studien und Berichten zur sozialen Sicherheit in Deutschland und ihren Beeinträchtigungen durch gesellschaftliche Transformationsprozesse und aktuelle Entwicklungen ergeben.

Zentral ist die Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit durch den Abbau der Einkommensungleichheit sowie eine wirksame Vermeidung von Armut. Denn: Die soziale Ungleichheit ist die Wurzel aller Probleme (Wilkinson/Pickett 2010) und: Unter den Bedingungen von Armut sind soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben schwer möglich (BertelsmannStiftung 2010, 12). Besonders bedenklich sind in diesem Zusammenhang die Befunde zur Verfestigung von Armut: Den Armutsanstieg in den letzten 10 Jahren charakterisiert die zunehmende Schwierigkeit, aus der Armut und auch aus der Prekarität wieder herauszukommen (Grohsamberg 2010, 15).

76 Siehe dazu die entsprechenden Verweisungen und Zitate bei Steffen 2011 a, S. 61 ff.

2010 war das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung mit den Zielen, das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen zu schärfen. Vorurteilen und möglichen Diskriminierungen gegenüber von Armutsrisiken und Ausgrenzungen betroffenen Menschen soll begegnet werden.⁷⁷ In Deutschland stand das Europäische Jahr unter dem Motto „Mit neuem Mut“, organisiert wurde es vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung sei der „Anfang eines neuen Blicks auf Armut und Ausgrenzung, indem das sozialstaatliche Grundverständnis des Umverteilens einen Paradigmenwechsel erfährt. Jenen nämlich, dass mit bloßer Umverteilung der Armut niemals beizukommen ist und dass die Entfaltungs- und Bildungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen zum Ausgangspunkt sozialpolitischer Überlegungen werden müssen, um Armutskarrieren zu durchbrechen. Das ist nichts anderes als Hilfe zur Selbsthilfe und Empowerment.“⁷⁸

Die *Nationale Armutskonferenz*⁷⁹ zieht eine eher skeptische Bilanz: „Für uns stellt sich die Frage, weshalb die politischen Akteure in einem solch zentralen Jahr nicht aktiv an der Umsetzung der Ziele beteiligt wurden um den politischen Willen der Armutsbekämpfung deutlich zu signalisieren.“

77 Aus dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) herausgegebenen Infoblatt zum Europäischen Jahr (www.bmas.de).

78 Aus einem Artikel von *Inge Klopfer* in dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) herausgegebenen Infoblatt zum Europäischen Jahr (www.bmas.de).

Eine dieser Maßnahmen ist das **Bildungspaket**, mit dem Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen seit dem seit 1. Januar 2011 unterstützt und gefördert werden (www.bildungspaket.bmas.de).

79 Die Nationale Armutskonferenz (nak) ist ein Netzwerk, zu dessen Mitgliedern die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Kirchen, der DGB sowie diverse Selbst- und Fremdhilfeorganisationen zählen. Sie wurde 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerks gegründet und agiert als Lobbyorganisation für Betroffene.

Die *Pressemitteilung der Nationalen Armutskonferenz* zur Eröffnung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung vom 25. Februar 2010 hat den Titel „Soziale Hilfen sind keine Gnade“ und fordert: „Bestandsschutz der sozialen Infrastruktur – effektive Strategie zur Armutsbekämpfung ... Dringend notwendig sind dafür ein armutsfester und bedarfsgerechter Regelsatz, eine Schule für alle, ein gesetzlicher Mindestlohn, der Abbau von Niedriglohnarbeit und eine Mindestrente.“ (www.nationale-armutskonferenz.de; die Homepage ist ausgesprochen informativ zu Aktivitäten und Aktionen der Armutsbekämpfung).

Anregungen sind beispielsweise auch dem Ideenworkshop „Gemeinsam gegen Armut und Ausgrenzung von Kindern“ zu entnehmen, der am 26. Mai 2010 in Hannover stattfand (www.aktionen-kinderarmut.de).

Im Hinblick auf die Zielsetzung, Armut und Ausgrenzung durch nachhaltige Maßnahmen zu bekämpfen ... fällt das Urteil ungenügend aus. Weder die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils noch die Gesundheitsreform oder die Sparbeschlüsse lassen Anstrengungen erkennen, Armut und soziale Ausgrenzung tatsächlich zu bekämpfen.“⁸⁰

Damit ist der Sozialstaat gefordert, zu dessen Kernaufgabe es gehört, den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern (Döring 2007, 258). Die Analyse der Bertelsmann-Stiftung zur sozialen Gerechtigkeit in der OECD empfiehlt die nordeuropäischen Länder als Erfolgsbeispiele: „Auch wenn diese Länder nicht bei jedem der hier berücksichtigten Indikatoren durchweg an der Spitze stehen, so sind die ‚universalistischen Wohlfahrtsstaaten‘ Nordeuropas doch offenbar insgesamt am besten in der Lage, für gleiche Verwirklichungschancen innerhalb ihrer Gesellschaften zu sorgen. Freilich heißt dies nicht, dass Politikmuster, die in einem Land erfolgreich sind, zwangsläufig auch im Rahmen eines anderen politischen Systems genauso funktionieren ... Doch sollte dies nicht davon abhalten, sich bei der Suche nach adäquaten Problemlösungsansätzen von erfolgreichen Maßnahmen und Prioritätensetzungen in anderen Ländern inspirieren zu lassen“ (2010, 31).

Wenn durch soziale Prävention Einkommens-, Bildungs- und Integrationsarmut abgebaut werden sollen, dann müssen auf jeden Fall die Städte und Gemeinden in den Mittelpunkt rücken und hinsichtlich der Kosten unterstützt werden. Denn zum einen sind die regionalen Disparitäten erheblich und zwar bei allen Gerechtigkeitsdimensionen, weshalb eine wirkungsvolle Prävention „maßgeschneidert“ auf den Ort vor Ort erfolgen muss⁸¹ – wer Chancengleichheit zum Ziel hat,

80 Schreiben der Nationalen Armutskonferenz vom 17.12.2010 an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales.

81 Ein Beispiel dafür ist das bereits genannte Modellprojekt der Bertelsmann-Stiftung „*KECK – Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder*“, mit Hilfe dessen die Lage und die Entwicklung von Vorschulkindern auf der Ebene von Wohnquartieren beschrieben werden kann. Mit dem Beobachtungsverfahren „KOMPIK – Kompetenzen und Interessen von Kindern“ können detaillierte Entwicklungsdaten von Kindern durch Erzieher/innen erhoben werden. Die Städte Heilbronn und Jena nehmen als Modellkommunen an dem Projekt teil (www.keck-atlas.de).

Ein weiteres Beispiel ist das „*Programm Soziale Stadt*“: Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Länder wurde mit dem Ziel gestartet, die „Abwärtsspirale“ in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern. Das Programm startete 1999 mit 161 Stadtteilen in 124 Gemeinden; mit Stand 2010 sind es bereits 603 Gebiete in 375 Gemeinden. Die Möglichkeit, innerhalb des Programms auch Projekte und Maßnahmen im nicht-baulichen Bereich zu finanzieren, hat das BMVBS von 2006 bis 2010 im Rahmen von Modellvorhaben angeboten. Dazu heißt es in

muss Geld ungleich verteilen - , zum andern werden die Haushalte der Städte immer mehr von den Sozialausgaben erdrückt.

Im Mai 2010 veröffentlichte der Deutsche Städtetag eine Broschüre „Sozialleistungen der Städte in Not. Zahlen und Fakten zur Entwicklung kommunaler Sozialausgaben“ in deren Vorwort es heißt: „Seit Jahren steigen die Ausgaben der Kommunen für Sozialleistungen ... Die Städte müssen die ihnen von Bund und Ländern übertragenen Sozialleistungsverpflichtungen erfüllen. Sie müssen Rechtsansprüche gewährleisten. Gestaltungsspielräume haben sie dabei nicht. Je mehr sich diese Pflichtausgaben erhöhen, desto weniger können die Städte vorsorgend und fördernd tätig werden ... Nötig sind bessere Kostenfolgeschätzungen,⁸² wirksame Regeln zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips, eine neue Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Ländern auf der einen und den Kommunen auf der andern Seite. Nötig sind wirksamere soziale Hilfen und die Vermeidung von sozialpolitischen Fehlanreizen. Vor allem dürfen die finanziellen Lasten der Sozialpolitik präventive Hilfen, etwa zur Jugendarbeit und zur Integration, nicht unmöglich machen.⁸³ Wenn Maßnahmen, die die Menschen vor der Abhängig-

der Verwaltungsvereinbarung 2010: Die Länder können ... Mittel auch für Modellvorhaben in Gebieten des Programms Soziale Stadt einsetzen, und dann auch für Zwecke wie Spracherwerb, Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sowie im Bereich der lokalen Ökonomie wie Gründerzentren. Bis zum Jahr 2009 wurden in 311 Programmgebieten Modellvorhaben durchgeführt. Gemäß Beschluss des Bundestages zum Bundeshaushalt 2011 wurden die Modellvorhaben im Rahmen der Sozialen Stadt gestrichen. Letztmalig konnten Modellvorhaben im Programmjahr 2010 gefördert werden (www.sozialestadt.de).

- 82 Ein „trauriges Beispiel dafür, wie die Kostenfolgen unterschätzt wurden, obwohl die Städte frühzeitig gewarnt hatten“ sei das Kinderförderungsgesetz. Von 1998 bis 2008 seien die Bruttoausgaben für die Kinderbetreuung von rund 10 Milliarden Euro auf rund 14,5 Milliarden Euro angewachsen. Den größten Teil davon tragen die Kommunen. Eine riesige Herausforderung stelle der Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze für unter Dreijährige dar, der ab 2013 gelten soll. „Die Städte legen sich für den Ausbau der Kinderbetreuung mächtig ins Zeug ... Uns geht es nicht darum, den Rechtsanspruch ab 2013 in Frage zu stellen, aber es fehlen noch Milliardenbeträge, um ihn zu verwirklichen ... Leidtragende (sind) die Eltern, die sich auf den Rechtsanspruch für ihre Kinder verlassen, ihn aber nicht erfüllt bekommen können“ (www.staedtetag.de; Abfragedatum: 20.01.2012).
- 83 Im Februar 2011 legte die *Prognos AG* ein im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen erstelltes Gutachten „Soziale Prävention. Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen“ vor mit dem Ziel, die jährlichen Kosten zu bilanzieren, die durch eine frühe und wirksame Intervention im Kindes- und Jugendbereich zum Teil vermieden werden können. Nämlich dann, wenn die Vermeidung des Leistungsanlasses im Vordergrund der Sozialpolitik stehen würde und nicht die – meist aufwändige – Linderung der sozialen Folgen.

keit von Sozialleistungen schützen und Hilfe zur Selbsthilfe stärken, wegen der sozialen Pflichtausgaben nicht mehr bezahlbar sind, bewegt sich die Politik in die falsche Richtung“ (Deutscher Städtetag 2010, 3).

Das **Bürgerschaftliche Engagement** ist ein weiterer – unverzichtbarer – Bestandteil der sozialen Prävention. Zum einen – darauf wurde schon in den Ausführungen zum Sozialstaat hingewiesen (Kapitel 2.1.1), weil der „aktivierende Sozialstaat“ Bürgerinnen und Bürger braucht, die mit ihrem Engagement gemeinwohldienlich wirken und sich sozialer Aufgaben annehmen. Durch die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements lassen sich sozialstaatliche Aufgaben zivilgesellschaftlich umverteilen – oder, mit den Worten der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: „Bürgerschaftliches Engagement ist die lebendige Seite des Sozialstaats. Bürgerinnen und Bürger erscheinen als kooperative Mitgestalterinnen und Mitgestalter sozialstaatlicher Leistungen. In dieser Konzeption ist der Sozialstaat nicht mehr umfassender Versorgungsstaat, sondern kooperativer Partner im Rahmen eines ‚Wohlfahrtspluralismus‘“ (Enquête-Kommission 2002, 47).⁸⁴

Allerdings, darauf hat schon das Gutachten zum Schwerpunktthema des 13. Deutschen Präventionstages 2008 „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft“ hingewiesen, sind Entwicklungen kritisch zu sehen, die auf einen Missbrauch, eine Ausnutzung des bürgerschaftlichen Engagement hindeuten: Wenn ehrenamtliche Arbeit bezahlte Arbeit bei wichtigen Aufgaben ersetzt, die eigentlich der Staat zu finanzieren hätte oder wenn unbezahlte Arbeit einige der vom Staat nicht mehr finanzierten Aufgaben übernimmt, übernehmen muss, damit diese Aufgaben überhaupt noch wahrgenommen werden.

Beim Rückzug des Staates und der Überantwortung von Aufgaben an bürgerschaftliche Akteure darf es nicht dazu kommen, dass sich die öffentliche Hand ihrer sozialen Verantwortung vollends entzieht und bürgerschaftliches Engagement zur „Ersatzkasse“ für nicht mehr finanzierbare staatliche Leistungen wird. Zumal es einen deutlichen Zusammenhang zu geben scheint zwischen der Bereitschaft des Staates, seinen Teil an sozialer Verantwortung und Wohlfahrtspolitik zu übernehmen und der Bereitschaft der Bürger, sich zu engagieren. Zieht der Staat sich (zu sehr) aus seiner sozialen Verantwortung zurück, dann sinkt die Bereitschaft, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Ist der Staat dagegen sozial aktiv, dann korrelieren damit auch hohe Werte an bürgerschaftlichem Engagement.⁸⁵ (Steffen 2009, 35 f).

84 Dazu, dass mit dem Wandel des Sozialstaats Prävention zunehmend als Aufgabe für alle und nicht mehr als staatliche Aufgabe definiert wird, auch *Holthusen* e.a. 2011, 24.

85 Steffen 2009, 35 f; hier finden sich auch die Literaturangaben. Kritisch zur „Regulation von Armut in der aktivierten Bürgerge-

Zum andern ist bürgerschaftliches Engagement nicht nur ein Bestandteil des **Sozialkapitals**, weil es die Bindekräfte einer Gesellschaft stärkt und ein Ausdruck von Solidarität sowie der Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ist. Bürgerschaftliches Engagement schafft auch Sozialkapital und gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht Teilhabe (Steffen 2009, 34) – und ist deshalb unverzichtbar zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Solidarität.

In Deutschland gibt es eine große Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren. Darauf hat schon das Gutachten für den 13. Deutschen Präventionstag hingewiesen und die Lage des bürgerschaftlichen Engagements ist in der Zwischenzeit nicht schlechter, sondern eher noch besser geworden. Der aktuelle *Freiwilligensurvey* zeigt, dass 2009 71% der Bevölkerung in Vereinen, Organisationen, Gruppen oder öffentlichen Einrichtungen teilnehmend aktiv waren (nach 66% im Jahr 1999). Etwa die Hälfte von ihnen, 36% sind in dem Sinne freiwillig engagiert, dass sie bestimmte Aufgaben, Arbeiten oder Funktionen in der Zivilgesellschaft übernommen haben (BMFSFJ 2010). Und im *Bundesfreiwilligendienst*, in dem sich seit dem 1. Juli 2011 jeder engagieren kann (Regeldauer: 12 Monate), gibt es kaum noch freie Plätze (für das erste Jahr wurden Mittel für insgesamt 35.000 Plätze zur Verfügung gestellt).⁸⁶

3

Zivile Sicherheit, Kriminalität und Kriminalprävention

3.1

Zivile Sicherheit

„Zivile Sicherheit ist gegenwärtig ein zentraler Topos sicherheitspolitischer Programme und innenpolitischer Strategien ... Zivile Sicherheit in den sicherheitspolitischen Kern zu rücken, basiert auf einer Rationalität, aus der heraus Gefährdungen, Bedrohungen und Risiken heterogener Herkunft in einen gleichen Gefährdungskontext überführt werden. Gleich ob man terroristische oder kriminelle Bedrohungen, großtechnische Unfälle oder durch Naturereignisse hervorgerufene Katastrophen adressiert: im Zeichen ziviler Sicherheit werden all diese Gefährdungen auf ein grundlegendes Problem zurückgeführt – nämlich auf die Verwundbarkeit des modernen Lebens.“ (Haverkamp u.a. 2011, 9).

sellschaft“ auch das Editorial zu Heft 119/120 2011 der Zeitschrift Widersprüche.

86 www.bundesfreiwilligendienst.de; siehe dazu auch die vom BMFSFJ 2011 herausgegebene Broschüre „Zeit, das Richtige zu tun“ und zum zivilgesellschaftlichen Engagement insgesamt den Datenreport 2011, 358 ff.

So, wie „Sicherheit“ mehr ist als äußere oder innere Sicherheit, ist auch „zivile Sicherheit“ mehr als der Schutz vor Kriminalität.⁸⁷

Das wird beispielsweise am neuen Rahmenprogramm der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit 2012-2017“⁸⁸ deutlich, in dem Kriminalität nur eines von vielen Forschungsthemen ist und keineswegs das wichtigste:

„Im Mittelpunkt stehen Lösungen, die den Schutz der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen vor Bedrohungen durch Terrorismus, Sabotage, organisierte Kriminalität, Piraterie, aber auch vor den Folgen von Naturkatastrophen und Großunfällen gewährleisten und einen Schutz unseres freiheitlichen Lebensstils leisten“ (BMBF 2012, 3).⁸⁹

87 Dass aber auch in diesem Zusammenhang ein eher enges, nur auf Kriminalität bezogenes Verständnis üblich ist, zeigt beispielsweise die Recherche mit dem Begriff „Sicherheit“ auf den Webseiten des Bundesministeriums des Inneren (www.bmi.bund.de) oder des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren (www.stmi.bayern.de), auf denen zwar von einem umfassenden Sicherheitsbegriff ausgegangen wird, im Schwerpunkt dann aber doch „Kriminalität“ das Thema ist.

Auch der *Datenreport 2011* geht im Kapitel 10 „Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung“ nur auf Kriminalität und Kriminalitätsfurcht ein.

88 Beschlossen vom Bundeskabinett am 25. Januar 2012. Mit dem neuen Rahmenprogramm setzt die Bundesregierung das bisherige, im Jahr 2011 ausgelaufene Sicherheitsforschungsprogramm fort.

Vom 17.-19. April 2012 wird dazu in Berlin ein BMBF-Innovationsforum „Zivile Sicherheit“ stattfinden sowie am 18./19. April 2012 mehrere Workshops zum Thema „Sicherheit 2025“, darunter auch ein Workshop zur „Urbanen Sicherheit“ veranstaltet durch das Forschungsforum Öffentliche Sicherheit – ebenfalls ein Projekt aus der Bekanntmachung „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ des BMBF –auf der Grundlage von Expertisen und Ergebnissen der Workshops von 2010 bis 2012.

Innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogramms werden von der EU für die Forschungsförderung im Themenbereich „Sicherheit“ von 2007 bis 2013 1,4 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Bundesregierung wird rund 55 Millionen Euro pro Jahr bereitstellen.

89 Zu „Naturereignissen und Sozialkatastrophen“ veranstaltete das Forschungsforum Öffentliche Sicherheit am 14./15. November 2011 einen Workshop (www.sicherheit-forschung.de), auf dem u.a. *Felgentreff* und *Kuhlicke* die vom Forschungsforum in Auftrag gegebene Expertise „Naturereignisse und Sozialkatastrophen“ vorstellten. Die Autoren verstehen Katastrophen als soziale Ereignisse, „denn stets bemisst sich das Katastrophale einer Begebenheit am Grad gesellschaftlicher Betroffenheit“ und thematisieren Aspekte des Managements von Katastrophen. Hier sprechen sie sich dafür aus, Sicherheitsversprechen in ihrer Begrenztheit zu kommunizieren und zu reflektieren. Während die Bevölkerung weiterhin „den Staat“ als Garanten von Sicherheit und Ordnung betrachte, verschiebe sich dessen Verständnis von Sicherheit hin zu einem von allen Beteiligten zu erbringenden

Kriminalitätsbezogene Forschungsfragen werden vor allem unter dem Titel „Urbane Sicherheit“ gestellt (BMBF 2012, 11 ff): Schutz vor Kriminalität mit Untersuchungen zu den Ursachen von „Angsträumen“; zum Einfluss gesellschaftlicher Trends, beispielsweise des demographischen Wandels auf Kriminalitätsentwicklungen in urbanen Lebensräumen; zur Entwicklung von verbesserten Kooperationsformen zwischen den verschiedenen Sicherheitsakteuren, insbesondere in öffentlich-privaten Sicherheitspartnerschaften; Sicherheit in öffentlichen Einrichtungen; Sicherheit im Wohnumfeld; Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr. Zur „urbanen Sicherheit“ gehören aber auch die über Kriminalität weit hinausgehenden Katastrophen- und-Krisenfall-Themen „Die resiliente Stadt“ und „Sicherheit der Versorgung der Bevölkerung“.

Übergreifendes Forschungsthema der zivilen Sicherheitsforschung ist die Analyse gesellschaftlicher und ethischer Aspekte ziviler Sicherheit: „Zivile Sicherheit ist grundlegend für das individuelle und soziale Leben aller Bürgerinnen und Bürger. Sie ist nicht zuletzt angesichts der Verwundbarkeit des modernen Lebens zu einem zentralen Wertbegriff der Gegenwartsgesellschaft geworden und ein wichtiger Faktor des wirtschaftlichen Wohlstands in Deutschland ... Wie stellen wir uns eine sichere Gesellschaft in Zukunft vor? Wie müssen Sicherheitsmaßnahmen gestaltet werden, damit sie die grundrechtliche Freiheitssphäre der Bürgerinnen und Bürger wahren und Bedrohungen verringern? Sind wir bereit, Unsicherheiten zu ertragen?“ (BMBF 2012, 8).⁹⁰

3.1.1

BaSiD – Barometer Sicherheit in Deutschland⁹¹

Im Rahmen der Bekanntmachung „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ vom BMBF bewilligt und

Gesamtsystem. Das jedoch müsse klar kommuniziert und finanziert werden (Felgentreff /Kuhlicke/Westholt 2012, 75).

Zu den „vielen Gesichtern des Bevölkerungsschutzes“ siehe auch den *Jahresbericht des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 2010*.

90 „In der Sicherheitsforschung gilt es, über technologische Machbarkeit hinaus, ethisch verantwortbare Lösungen zu entwickeln. Daher ist die Beantwortung gesellschaftlicher Fragen über den gesamten Forschungsprozess mit der Entwicklung von Technologien verzahnt und integraler Bestandteil der einzelnen Forschungsvorhaben“ (www.bmbf.de/de/12654.php; Abfragedatum: 21.02.2012).

Inzwischen (Stand: 25. Januar 2012) wurden aus der Bekanntmachung „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ 12 Projekte bewilligt und gefördert. Darunter auch „Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur (DynASS)“ und „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt (KoSiPol)“.

91 Informationen zum Barometer Sicherheit in Deutschland unter <http://basid.mpicc.de/basid/de/pub/projekt/ziele.html>; Abfragedatum: 06.11.2011.

gefördert wird auch das Projekt „Barometer Sicherheit in Deutschland – BaSiD“. Dieses Projekt mit dem genauen Titel „Sicherheiten, Wahrnehmungen, Bedingungen und Erwartungen – ein Monitoring zum Thema Sicherheit in Deutschland (BaSiD)“ läuft vom Juni 2010 bis zum Mai 2013. Das Konsortialprojekt unter Führung des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht hat sechs Partner aus den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen Kriminologie, Medien- und Kommunikationswissenschaften, (Sozial)Psychologie, Soziologie und Ethik.

Das Forschungsprojekt bezweckt die Erstellung eines *Barometers zu objektivierten und subjektiven Sicherheiten in einem interdisziplinären Verbund*. Es fokussiert sich auf Wahrnehmungen, Erwartungen und Gefühle zu Sicherheit in den Phänomenbereichen Kriminalität, Terrorismus, Naturkatastrophen und technische Großunglücke. Da die Wahrnehmung von Sicherheit in die soziale Sicherheit eingebettet ist, ergibt sich eine theoretische und empirische Abhängigkeit von einem allgemeinen Sicherheitskonzept sowie vom Vertrauen in die eigene und gesellschaftliche Fähigkeit zur Bewältigung von Krisen. BaSiD möchte verschiedene Dimensionen von Sicherheit erfassen und ein Monitoring zu objektivierten und subjektiven Sicherheiten in Deutschland erstellen.

Acht Module – theoretische Voruntersuchung zum Sicherheitsbegriff (IZEW Tübingen), systematische Zusammenstellung objektivierbarer Daten über Schadensereignisse in Deutschland (Bundeskriminalamt und die Katastrophenforschungsstelle Kiel/Berlin), subjektive Wahrnehmungen und Einschätzungen zu (Un-)Sicherheiten (Institut für Soziologie Freiburg), Dunkelfeldforschung zu Viktimisierung und Kriminalitätsfurcht (Bundeskriminalamt), Untersuchung von Gefährlichkeitsattributierungen an Räume (Katastrophenforschungsstelle Kiel/Berlin), Technikgenese und (Un-)Sicherheits-erwartungen hinsichtlich in der Entwicklung befindlicher Technologie (Institut für Soziologie Freiburg und das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe), Medienmonitoring (Kommunikations- und Medienwissenschaften der Universität Düsseldorf), ethische Begleitforschung und normative Technikfolgenabschätzung (IZEW Tübingen) – führen zum Modul 9, zur Erstellung eines Sicherheitsbarometers (MPI für Strafrecht).

Das **Sicherheitsbarometer** soll nicht nur eine Übersicht über das aktuelle Sicherheitsempfinden in Deutschland geben, sondern auch eine umfassende Beurteilung aktueller und zukünftiger Trends in Bezug auf die Wirkung von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit ermöglichen – „Was führt dazu, dass wir uns sicher fühlen?“⁹²

92 Aus der Projektbeschreibung „Forschungsprojekte im Überblick“ (www.bmbf.de/de/12654.php; Abrufdatum: 21.02.2012).

3.1.2

Sicherheitsberichte: Welche Sicherheit braucht eine Stadt?

Auch die Sicherheit von Städten und Gemeinden umfasst weitaus mehr als Kriminalität und sie verändert sich laufend. Um die Verantwortlichen mit den erforderlichen Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zu versorgen, hat die Stadt Luzern 2010 schon zum zweiten Mal (nach 2007) einen „Sicherheitsbericht für die Stadt Luzern“ vorgelegt. Diese Berichte legen den Sicherheitsbegriff so breit aus und analysieren die Sicherheitslage so detailliert, dass sie nicht nur für die Schweiz beispielhaft sind, sondern, soweit ersichtlich, auch für Deutschland. Beispielhaft ist auch, dass die Berichte alle drei Jahre aktualisiert werden sollen, alle sechs Jahre soll eine umfassende Analyse der Sicherheitslage stattfinden, analog zu 2006/2007 (Illii/Schulze 2011, 42).

Die Berichte wurden im Auftrag der Sicherheitsdirektion der Stadt Luzern von der Ernst Basler & Partner AG in enger Zusammenarbeit mit einer Arbeitsgruppe erstellt, in der Fachexperten der Stadt Luzern aus dem Sicherheitsbereich und der Kantonspolizei vertreten waren. Durch die Arbeitsgruppe 2006/2007 wurden acht Gefährdungsfelder⁹³ identifiziert, die für die Stadt Luzern eine besonders große Relevanz haben. Eine Risikoanalyse zeigte auf, bei welchen Gefährdungen Handlungsbedarf besteht. Die Ergebnisse wurden mit denen einer Bevölkerungsbefragung zum Thema „Subjektive Sicherheit in der Stadt Luzern“ verglichen. Mittels einer Nutzwertanalyse wurden die Maßnahmen bestimmt, welche der Stadt zur Umsetzung empfohlen wurden. Eine Stelle für Sicherheitsmanagement wurde mit der Koordination und Umsetzung der Maßnahmen des Sicherheitsberichts beauftragt (Sicherheitsbericht 2007).

Der Sicherheitsbericht 2010 kann feststellen: „Die Stadt und andere Stellen haben die meisten der im Sicherheitsbericht 2007 vorgeschlagenen Massnahmen in der Zwischenzeit umgesetzt. Teilweise sind sie heute Daueraufgaben und in die tägliche Arbeit integriert. Dies ist unter anderem der Verdienst der Stelle für Sicherheitsmanagement, die seit November 2007 mit der Koordination und Umsetzung der Massnahmen des Sicherheitsberichts beauftragt ist.

93 Verstösse und Störungen im öffentlichen Raum; kriminelle Handlungen; Ereignisse im Verkehr; Ereignisse bei Grossveranstaltungen; Ereignisse durch technische Gefahren; Krankheiten und Seuchen bei Tier und Mensch; Ereignisse durch Naturgefahren; Gewalt und Terror. Für den Bericht 2010 wurden darüberhinaus erfasst: Amoklauf an Schulen; Gewalt bei Sportveranstaltungen; Kombination Alkohol und „weiche“ Drogen; außerdem Themen, die selbst keine direkte Gefährdung darstellen, aber bei den Sicherheitsplanungen berücksichtigt werden sollten: Bodenkontamination; Städtebauliche Kriminalprävention; Seerettung (Sicherheitsbericht 2010, III).

Der Bericht und die Umsetzung der darin vorgeschlagenen Massnahmen hatten eine positive Auswirkung auf die Sicherheit der Stadt Luzern. Die Luzerner Bevölkerung fühlt sich weiterhin in hohem Mass sicher. Zudem hat die Sensibilisierung der für Sicherheit Verantwortlichen für die gesamte Breite sicherheitsrelevanter Themen deutlich zugenommen“ (Sicherheitsbericht 2010, Vorwort).

„In Luzern war seit dem ersten Bericht eine Sicherheitskultur entstanden. Die wichtigsten städtischen Sicherheitsakteure kannten sich und die verschiedenen Bedürfnisse. Eine wichtige Voraussetzung. Nicht nur bei der Bewältigung von Ereignissen, sondern auch, um diese zu verhindern“ (Illl/Schulze 2011, 43).

3.2

Kriminalität – ein Modernisierungsrisiko?

Kriminalität ist der Aspekt von Sicherheit, auf den sich die Debatte gerne fokussiert, obwohl, wie gezeigt, Sicherheit weit mehr ist. Gleichwohl sind Kriminalität und innere Sicherheit zentrale gesellschaftspolitische Themen in einem demokratischen Staat – und das Bedürfnis nach innerer oder auch öffentlicher Sicherheit gehört zu den wenigen Grundbedürfnissen, über die es einen allgemeinen Konsens gibt: „Kriminalität verursacht hohe volkswirtschaftliche Schäden und bedroht die freiheitlich-demokratische Grundordnung in ihren elementaren Regeln für ein friedliches Zusammenleben ... Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch Polizei und Justiz ist daher zentral für die Legitimation des Rechtsstaats bei seinen Bürgern“ (Datenreport 2011, 287 und 297).⁹⁴

Kriminalität gilt aber auch als **Modernisierungsrisiko** – und das ist der Aspekt, der im Zusammenhang mit dem Thema „Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe“ im Folgenden vor allem interessiert. Denn soziale Sicherheit und innere Sicherheit hängen zusammen: Einerseits ist die Wahrnehmung von Sicherheit in die soziale Sicherheit eingebettet (BaSiD 2011), andererseits kann die zunehmende soziale Ungleichheit, die fehlende soziale Gerechtigkeit, die „erodierende Gesellschaftsintegration“ zu einem Anstieg des gesellschaftlichen Kriminalitätsniveaus, insbesondere des Gewaltniveaus führen (Münkler/Wassermann 2008, 3).

94 In Rechtsstaaten besitzt der Staat das Gewaltmonopol und verpflichtet sich im Gegenzug gegenüber seinen Bürgern, sie vor Straftaten zu schützen bzw. dann, wenn er die Straftaten nicht verhindern kann, die Opfer oder deren Angehörige zumindest zu entschädigen und die Täter zu finden, zu bestrafen und ... von weiteren schweren Straftaten abzuhalten (www.ulrich-wilmes.de/gewaltmonopol.html).

3.2.1

Kriminalität in Deutschland: Befunde zur Sicherheitslage

Schon auf der Basis des Gutachtens für den 14. Deutschen Präventionstag konnte jedoch festgestellt werden, dass dieser Anstieg des gesellschaftlichen Kriminalitätsniveaus bislang nicht erfolgt ist:

„Kriminalität als Folge und Risiko von gesellschaftlicher Modernisierung und prekären Lebenslagen: Noch ist die Lage erstaunlich günstig ...

Erstaunlicherweise zeigen .. weder die Längsschnittauswertungen der Polizeilichen Kriminalstatistik für die Bundesrepublik Deutschland, noch die Ergebnisse von Dunkelfelduntersuchungen – jeweils mit dem Schwerpunkt auf der Jugendgewaltkriminalität – dass sich die Zunahme sozialer Desintegrationerscheinungen (auch) in Richtung einer Zunahme der Jugendgewaltkriminalität auswirkt. Zumindest nicht im Sinne von unilinearen, eindeutigen Zusammenhängen.“
(aus der Hannoveraner Erklärung des 14. Deutschen Präventionstages 2009)

Diese Lage hat sich seit 2007 – für dieses Jahr lagen zum Zeitpunkt der Abfassung des Gutachtens für den 14. Deutschen Präventionstag 2009 PKS-Daten vor, die Daten für das Dunkelfeld bezogen sich auf das Jahr 2008 (Steffen 2011 a, 86 ff) – nicht verschlechtert, im Gegenteil.⁹⁵ Die Zahl der **insgesamt registrierten Straftaten** geht seit 2005 kontinuierlich zurück und liegt 2010 mit 5,93 Millionen polizeilich registrierten Straftaten erstmals nicht nur wieder unter 6 Millionen, sondern auch unter dem Wert von 1993 (6,75 Millionen).⁹⁶ Da die Bevölkerungszahl nur leicht zurückgeht, aber auch 2010 noch über der Zahl von 1993 liegt, gehen auch die Häufigkeitszahlen (HZ)⁹⁷ seit 2005 zurück. 2010 liegt die HZ bei 7.253 (2004: 8.037; 1993: 8.337).

Auch die **Delikte der Gewaltkriminalität**,⁹⁸ die oft besondere (mediale) Aufmerksamkeit erhalten, gehen seit ihrem „Höhepunkt“ im Jahr 2007 (217.923 Fälle) kontinuierlich zurück, auf 201.243 registrierte Fälle im Jahr 2010. Die gefährlichen und schweren Körperverletzungen, die den weitest großen Anteil an der Gewaltkriminalität haben, werden

95 Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2010 Bundesrepublik Deutschland und Baier e.a. 2011, 12 ff.

96 Wegen erheblicher Anlaufschwierigkeiten beziehen sich die Daten erst ab dem Berichtsjahr 1993 auf das Bundesgebiet insgesamt (PKS Bund 2010, 30).

97 HZ = Zahl der Straftaten pro 100.000 der Bevölkerung

98 Der Summenschlüssel „892000“ Gewaltkriminalität umfasst folgende Straftaten: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung (macht ca. 70% der Gewaltkriminalität aus), erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Angriff auf den Luft- und Seeverkehr.

ebenfalls seit 2007 (154.849 Fälle) weniger häufig erfasst; 2010 wurden noch 142.903 gefährliche und schwere Körperverletzungen registriert.

Rückläufig sind in den letzten Jahren auch die **Tatverdächtigenbelastungszahlen** (TVBZ)⁹⁹ für alle Altersgruppen. Bei Straftaten insgesamt wie auch bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen gehen die TVBZ für Kinder (unter 14 Jahren), Jugendliche (14 bis unter 18 Jahren), Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre), Jungerwachsene (21 bis unter 25 Jahren), Erwachsene (25 bis unter 30 Jahren) und Erwachsene ab 30 Jahren nach deutlichen Anstiegen in den letzten Jahren zurück. Die höchsten Belastungszahlen weisen – wie immer – jeweils die Heranwachsenden und die Jugendlichen auf; sie sind aber auch für diese beiden Altersgruppen niedriger geworden.

Befunde zum **Dunkelfeld**¹⁰⁰ liegen für die Bevölkerung Deutschlands nicht vor. Für Jugendliche der 9. Jahrgangsstufe hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) mehrere für Deutschland repräsentative Befragungen durchgeführt¹⁰¹, deren Ergebnisse bereits ausführlich Eingang in das Gutachten zum 14. Deutschen Präventionstag gefunden haben (Steffen 2011 a, 90 ff). Deshalb hier nur die Quintessenz: Der Vergleich der Studien ergibt überwiegend positive Trends, die Quote der Jugendlichen, die nach eigenen Angaben in den zwölf Monaten vor der Befragung mindestens eine Gewalttat begangen hatten, ist nirgends gestiegen, sondern überwiegend sogar beträchtlich gesunken. Die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung von Interessen hat deutlich abgenommen, auch im Umfeld der Jugendlichen. Gestiegen ist die Bereitschaft, selbst erlebte Gewaltdelikte zur Anzeige zu bringen, allerdings in einem regional unterschiedlichen Ausmaß. Insgesamt haben präventiv wirkende Faktoren zugenommen, während gewaltfördernde Lebensbedingungen gesunken sind. So mussten beispielsweise weniger Jugendliche elterliche Gewalt erleben.

Vor dem Hintergrund dieser Daten zur Kriminalitätsentwicklung in Deutschland kann die Feststellung von 2009 wiederholt werden: Offensichtlich haben die zunehmende soziale Ungleichheit und die fehlende soziale Gerechtigkeit in Deutschland in den letzten Jahren nicht zu einer Erhöhung

99 TVBZ = Tatverdächtige pro 100.000 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. TVBZ sind bei der Analyse der PKS-Entwicklung nach Täteralter aussagekräftiger als die absoluten Zahlen, da eventuelle Bevölkerungsveränderungen schon berücksichtigt sind. Angaben bei Baier e.a. 2011, 14, 19.

100 Also zu den Straftaten, die zwar verübt, aber nicht bei der Polizei angezeigt worden sind.

101 Zuletzt 2008 in acht Städten und sieben Bundesländern (Baier e.a. 2009). Die günstige Entwicklung im Dunkelfeld steht im Widerspruch zur Entwicklung im Hellfeld: Hier wurden zum Zeitpunkt der Befragung noch deutliche Zunahmen der Jugendgewalt polizeistatistisch registriert.

der polizeilich registrierten Kriminalität geführt. Selbst für die Gewaltkriminalität, die in den Jahren bis 2007 zunehmend häufiger registriert worden war, sind seither rückläufige Zahlen festzustellen.¹⁰²

Diese für **Deutschland festzustellende günstige Ingesamtentwicklung** schließt natürlich nicht aus, dass sich – im Hell- wie im Dunkelfeld - auf regionaler, kommunaler oder Stadtviertelebene auch ungünstigere, problematischere Entwicklungen zeigen können und zeigen.¹⁰³ Dennoch ist – auch vor dem Hintergrund von Prognosen, etwa zur Entwicklung der Jugendkriminalität¹⁰⁴ – zumindest Gelassenheit angesagt, wenn nicht sogar vorsichtiger Optimismus.

Von den Erklärungen, die das KFN für den Rückgang der meisten Straftaten anbietet,¹⁰⁵ ist die These „Kultur des Gewaltverzichts setzt sich weiter durch“ in dem hier diskutierten Zusammenhang beachtenswert, auch und insbesondere vor den oben (Kapitel 2.2.5) zitierten Aussagen *Heitmeyers*: „Eine häufig zu hörende Klage ist, dass der soziale Zusammenhalt unter den Menschen zurückgeht; demgegenüber würde die rücksichtslose Selbstdurchsetzung zunehmen ... Empirisch ist diese Diagnose zum Verhalten der Jugendlichen falsch ... Auch die Klage einer gesamtgesellschaftlich zunehmenden Rücksichtslosigkeit ist in Frage zu stellen ... Eine Kultur des Gewaltverzichts und des Hinschau-

102 Einige Delikte der Gewaltkriminalität wurden schon vorher seltener registriert. Etwa Fälle des vollendeten Mordes, die schon seit 1993 zurückgehen (von 666 Fällen 1993 auf 293 Fälle 2010). Auch Raubdelikte werden (seit 1998) nahezu kontinuierlich von Jahr zu Jahr weniger erfasst (2010 noch 48.166 Fälle).

103 So auch die „*Hannoveraner Erklärung*“ zum 14. Deutschen Präventionstag 2009 (Marks/Steffen 2011, 10).

104 Die *Deutsche Hochschule der Polizei* hat 2010 für die Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder eine Prognose zu „Möglichen Entwicklungen der Jugend(gewalt) kriminalität“ vorgelegt, die insgesamt günstig ausfällt: Jugendkriminalität wird weiterhin weit verbreitete Delinquenz geringer Schwere und überwiegend episodischen Charakter sein und sich in den meisten Fällen nicht zu kriminellen Karrieren verfestigen; die gesellschaftliche Akzeptanz von Gewalt wird weiter abnehmen und die Anzeigebereitschaft zunehmen; durch die wachsende soziale Ungleichheit, zurückgehende Finanzmittel der öffentlichen Haushalte und abnehmenden privaten Wohlstand könnte sich die Gefahr von Tendenzen zu einer sozialräumlichen und ethnischen Segregation vor allem in Großstädten verstärken; der technologische Wandel, insbesondere die Nutzung neuer Kommunikationsmedien, wird das Erscheinungsbild der Jugenddelinquenz weiterhin beeinflussen (Görgen e.a. 2010, 3 f).

105 Das KFN bietet für den Rückgang der meisten Straftaten als Erklärungen an: Deutschland altert – und ältere Menschen begehen generell weniger Straftaten; die Immigration geht zurück – und Migranten zeigen in einigen Kriminalitätsbereichen eine höhere Kriminalitätsbereitschaft; die höhere Aufklärungsquote schreckt ab; technische Vorkehrungen verhindern Kriminalität; die Kultur des Gewaltverzichts setzt sich weiter durch (Baier e.a. 2011, 20 ff).

ens setzt sich immer weiter durch; dies könnte zugleich ein Hinweis darauf sein, dass zivile Umgangsformen eine immer weitere Verbreitung finden. Festgestellt werden kann ..., dass in der Kindererziehung mittlerweile seltener zu Gewalt gegriffen wird, dass Eltern, Lehrer oder andere Personen im näheren sozialen Umfeld von Jugendlichen den Gewalteinsatz zunehmend missbilligen und dass sich auch die Jugendlichen selbst vom Gewalteinsatz häufig distanzieren ... Diese (kulturellen) Veränderungen führen zu einem höheren Maß an informeller Sozialkontrolle; der Druck, sich normenkonform zu verhalten, wächst. Gleichwohl gibt es auch Hinweise darauf, dass dieser Prozess nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erfasst. In einigen sozialen Milieus wird die Gewalt im Speziellen, die Kriminalität im Allgemeinen u.a. aufgrund mangelnder Verhaltensalternativen weiterhin ausgeführt. Gesellschaftliche Polarisierungstendenzen z.B. zwischen armen und reichen Familien oder Migranten und Nicht-Migranten könnten diese Milieus weiter stabilisieren. Hier bleibt abzuwarten, ob es in Zukunft gelingt, den Polarisierungstendenzen gesamtgesellschaftlich entgegen zu wirken bzw. diese Milieus noch stärker als bisher in kriminalpräventive Maßnahmen einzubeziehen“ (Baier e.a. 2011, 22 f).

3.2.2 Sicher leben in Stadt und Land: Die räumliche Verteilung der Kriminalität

„Regionale Disparitäten“ (s.o. Kapitel 2.2) gibt es auch hinsichtlich der räumlichen Verteilung der Kriminalität, der Belastung von Städten und Gemeinden mit Straftaten. Einen ersten Eindruck davon gibt die Differenzierung in der PKS nach Gemeindegrößenklassen.¹⁰⁶

2010 verteilten sich die Gesamtbevölkerung und die registrierten Straftaten auf die vier Gemeindegrößenklassen wie folgt:

¹⁰⁶ Die Zuordnung von Gemeinden zu diesen Größenklassen orientiert sich ausschließlich an der Einwohnerzahl. Sozioökonomische Aspekte oder die geographische Lage bleiben unberücksichtigt. So werden auch der Einwohnerzahl nach zwar kleine, aber urbanisierte Gemeinden aus industriellen Ballungsräumen oder aus dem Umkreis von Großstädten zur Gruppe der kleinsten Gemeinden gezählt, obwohl sie ihrer Struktur nach zum großstädtischen Einzugsbereich gehören (PKS 2010, 57). Eine tiefer gehende Unterteilung - nach Siedlungsstruktur und Bevölkerungsdichte -, die für Deutschland Agglomerationsräume, verstädterte Räume und ländliche Räume, jeweils noch mit weiteren Untergliederungen ausweist, nimmt das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) vor (Datenreport 2011, 320 ff).

2010 verteilen sich die Gesamtbevölkerung und die registrierten Straftaten auf die vier Gemeindegrößenklassen wie folgt:

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Einwohner am 01.01.2010		registrierte Fälle 2010		
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	HZ
Großstädte ab 500.000	13.171.039	16,1	1.663.501	28,0	12.630
100.000 b.u. 500.000	12.211.328	14,9	1.153.538	19,4	9.446
20.000 b.u. 100.000	22.331.010	27,3	1.642.905	27,7	7.357
unter 20.000	34.088.880	41,7	1.418.463	23,9	4.161

Die Differenzierung nach einzelnen Straftaten(gruppen) zeigt, dass die Häufigkeit der registrierten Fälle – bezogen auf jeweils 100.000 Einwohner – bei der Mehrzahl der Straftaten mit der Einwohnerzahl der Gemeindegrößenklasse wächst. Das gilt insbesondere für Aggressions-, Diebstahls- und Vermögensdelikte (PKS 2010, 59).

Diese unterschiedlich hohe Belastung von Gemeinden, Gebieten und Regionen ist eine seit langem¹⁰⁷ bekannte Tatsache und hat, als Wissenschaft von der **Kriminalgeographie**, ebenfalls „schon sehr frühzeitig zu dem Bemühen geführt, Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung mit Unterschieden in den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der jeweiligen Räume in Beziehung zu setzen, letztlich mit dem Ziel, die Ursachen von Kriminalität zu erkennen“ (Oberwittler/Gerstner 2011, 1). Während die räumliche Analyse von Kriminalitätsdaten international ein sehr lebendiges und methodisch innovatives Forschungsfeld darstellt - das regelmäßig zeigen konnte, dass das Ausmaß der Kriminalität sehr eng mit Indikatoren sozialer Benachteiligung verbunden ist – blieb das Erkenntnispotenzial derartiger Analysen nach

¹⁰⁷ Als erste haben sich „Moralstatistiker“ wie Guerry und Quetelet Ende des 19. Jahrhunderts mit der kartographischen Darstellung der Kriminalitätsverteilung befasst. Siehe dazu und zu „Raumstruktur und Kriminalität (Kriminalgeographie)“ insgesamt Schwind 2011, § 15.

einigen wichtigen Studien in den 1970er Jahren in Deutschland weitgehend ungenutzt (Gerstner/Oberwittler 2011, 150).¹⁰⁸

Aktuell haben *Oberwittler/Gerstner* (2011) eine Studie zur „Kriminalgeographie Baden-Württembergs (2003-2007)“ vorgelegt. Auf der Basis der Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik konnten sie das „bekannte Bild“ bestätigen, dass die Kriminalitätsbelastung zwar mit der Gemeindegröße ansteigt, allerdings mit erheblichen Schwankungen innerhalb der Gebietskategorien, „die nur durch weitere strukturelle Bedingungen erklärt werden können“ (2011, 125).

Ein wichtiger Aspekt des Stadt-Land-Gefälles ist die **Tätermobilität**: Potenzielle Täter werden von den Tatgelegenheiten in den „Städten angezogen oder halten sich im Zuge ihrer normalen Alltagsroutinen sowieso in ihrer Nähe auf. Daher haben Städte mit Zentrumsfunktion für das Umland eine hohe ‚Import‘-Quote auswärtiger Tatverdächtiger ... Angesichts dieser Mobilitätsmuster führt die offizielle Definition der TVBZ als Rate der Tatverdächtigen, gemessen am Tatort, jedoch bezogen auf die Wohnbevölkerung, zu einer Überschätzung der bevölkerungsbezogenen Tatverdächtigenraten in größeren Städten und zu einer Unterschätzung dieser Raten in den stadtnahen ländlichen Gemeinden bzw. Restlandkreisen. Daher macht es ... Sinn, die TVBZ nicht am Tatort, sondern am Wohnort der Tatverdächtigen zu berechnen. Die Stadt-Land-Unterschiede fallen dann weitaus geringer aus (2011, 126).

Weiter wurden nach drei Faktoren – Urbanität/soziale Probleme vs. ländlicher Raum, bürgerlicher Wohlstand vs. Armut, Universitätsstädte vs. Familienorte - **sozio-ökonomische Raumstrukturen** gebildet und die Zusammenhänge zwischen diesen Raumstrukturen und der Kriminalität analysiert. Als wesentliches Ergebnis dieser Zusammenhangsanalysen nennen *Oberwittler/Gerstner*, dass „die räumliche Verteilung (oder Varianz) der Kriminalitätsbelastung in Baden-Württemberg weitgehend durch die in den Modellen vertretenen sozio-ökonomischen und geographischen Einflussfaktoren erklärt werden kann: 87% der Varianz der Gesamt-HZ und zwischen 70% und 80% der Varianz einzelner Deliktsbereiche“ (2011, 128). „Treffen soziale Probleme, wie sie in Großstädten üblicherweise konzentriert sind, mit den Gelegenheitsstrukturen zusammen, die attraktive Dienstleistungszentren zu bieten haben, führt dies im Zusammenspiel zu noch höheren Kriminalitätsbelastungen.“¹⁰⁹

108 Wieder an Bedeutung gewonnen haben kriminalgeographische Analysen in Form der Kriminologischen Regionalanalyse in Zusammenhang mit der Kommunalen Kriminalprävention, für die sie eine Grundlage sein sollten, da sie die Ortsgebundenheit von Kriminalität betonen und berücksichtigen (Steffen 1993, 55 ff).

109 Die Autoren in einem Artikel der Badischen Zeitung über ihre Studie (www.badische-zeitung.de/suedwest-1/strafstaeter-zieht-es-in-die-grossstadt; Abfragedatum: 06.10.2011).

Diese Befunde bedeuten auch, dass die in der PKS ausgewiesene „Räumliche Verteilung der Kriminalität“ wenig aussagekräftig und im Kern ungerecht ist – worauf die „Anmerkung zur Vergleichbarkeit der Städtedaten“ (PKS 2010, 63) zum Teil auch aufmerksam macht. Was aber weder die Politik noch die Medien daran hindert „Hitlisten“ aufzustellen und entsprechende Wertungen abzugeben.¹¹⁰ Die Daten der PKS können deshalb nur – und sollten aber auch – der Anlass sein, um etwa im Rahmen von Kriminologischen Regionalanalysen die Ursachen für hohe oder auch niedrige Belastungen zu klären, wie es *Oberwittler/Gerstner* für die Gemeinden und Regionen Baden-Württembergs getan haben.

3.2.3

Kriminalitätsfurcht in Deutschland: Befunde zum Sicherheitsgefühl

Nicht nur die Kriminalität, auch die Kriminalitätsfurcht gilt als Modernisierungsrisiko: Allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung, soziale Unsicherheit, kann die Furcht vor Kriminalität erhöhen ohne dass sich an der Kriminalitätslage selbst etwas geändert hat.

Dass die subjektive Kriminalitätsfurcht wenig mit dem objektiven Kriminalitätsrisiko zu tun hat, gehört zum kriminologischen Standardwissen: Objektive und subjektive Sicherheit, Sicherheitslage und Sicherheitsgefühl, fallen oft auseinander.

Als **Kriminalitätsfurcht-Paradox** wird der immer wieder erhaltene Befund bezeichnet, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bzw. einzelner Bevölkerungsgruppen nur zu einem mehr oder weniger großen/kleinen Teil von ihrer jeweiligen Sicherheitslage, ihrem Viktimisierungsrisiko abhängt. So fürchten sich beispielsweise Frauen und alte Menschen beiderlei Geschlechts mehr als andere, werden aber eher seltener zu Opfern von Straftaten als etwa junge Männer. Differenzierte Analysen zeigen allerdings, dass dieser Befund maßgeblich durch das verwendete Erhebungsinstrument bewirkt wird: durch die Standardfrage „Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind bzw. alleine wären?“ Dazu kommen noch Faktoren wie Copingfähigkeit – die Wahrnehmung der eigenen Kompetenzen und Ressourcen, mit einer Bedrohung umgehen bzw. diese bewältigen zu können - oder auch die jeweilige Risikobereitschaft.¹¹¹

110 „Straftäter zieht es in die Großstadt – Freiburg leidet ... die Stadt ist in der baden-württembergischen Kriminalstatistik seit Jahre peinlich-einsame Spitze“ (Artikel vom 4. Oktober 2011 in der Badischen Zeitung; (www.badische-zeitung.de/suedwest-1/straf-taeter-zieht-es-in-die-grossstadt; Abfragedatum: 06.10.2011).

111 Siehe dazu etwa Reuband 2009; Egg 2011; Ziegleder e.a. 2011; Albrecht 2011. Albrecht (2011, 118 f) weist auch auf die Kluft zwischen Sicherheitslage und Sicherheitsgefühlen im Ländervergleich (European Crime Survey 2005) hin: Die höchsten Ausprä-

Bei der Erklärung von Kriminalitätsfurcht werden vor allem drei Modelle unterschieden, deren Erklärungswert jedoch begrenzt ist (Egg 2011, 132 ff; Reuband 2009; Ziegleder e.a. 2011):¹¹²

- Die Viktimisierungsperspektive: Kriminalitätsfurcht wurde lange Zeit primär als Folge einer individuellen Opferwerdung betrachtet. Untersuchungen erbrachten jedoch einen allenfalls recht schwachen oder auch gar keinen Zusammenhang.
- Die Soziale Kontroll-Perspektive: Die Bedeutung von physischen und sozialen Verfallserscheinungen (Desorganisation) im Wohnviertel sowie die damit verbundenen Auswirkungen auf soziale Integration und informelle soziale Kontrolle für die Kriminalitätsfurcht sind nur zum Teil empirisch bestätigt worden.
- Die Soziale Problem-Perspektive: Dieser Ansatz meint vor allem den Einfluss der Medien auf die Entstehung von Kriminalitätsfurcht. Diese These ist populär, ihre empirische Bestätigung fällt jedoch schwer.¹¹³

Als weitere Einflussfaktoren auf die Kriminalitätsfurcht gelten **allgemeine Verunsicherung** und Anomie: Kriminalität ist bei diesem Ansatz eine Metapher für all das, was mit gesellschaftlichen Veränderungen an negativen Erfahrungen und Befürchtungen verbunden ist (Reuband 2009, 242). Kriminalitätsbezogene Unsicherheitsempfindungen sind mit sozioökonomischen Zukunfts- und Abstiegsängsten verbunden, Verbrechensangst markiert eine Projektionsfläche für eine tiefgreifende soziale Verunsicherung und die in Surveys erhobene „Furcht vor Kriminalität“ bildet immer auch breitere Ängste ab (Hirtenlehner/Hummelsheim 2011, 180). Wenn das zutrifft, dann müsste mit gesellschaftlich verursachter stei-

gungen von Kriminalitätsfurcht fänden sich gerade in den Ländern mit den niedrigsten Viktimisierungsquoten.

112 Siehe zu den methodischen Problemen der Erfassung von Kriminalitätsfurcht auch Reuband 2009.

113 Welche Rolle die **Medien** bei der Entstehung von Kriminalitätsfurcht spielen, ist nicht eindeutig geklärt. Einerseits wird Kriminalität nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung direkt erlebt – als Opfer oder Zeuge einer Straftat. Die meisten „Kriminalitätserfahrungen“ sind sekundärer Natur, vermittelt über die (Massen)Medien. Kriminalitätsberichterstattung nimmt in den Medien einen breiten Raum ein, ist aber gegenüber der sozialen Realität erheblich verzerrt: Schwere Delikte wie Mord, Totschlag und andere Formen der Gewalt sind überrepräsentiert. Andererseits sind die Bürger diesen Medienberichten nicht „hilflos ausgeliefert“. Ob Medieninhalte rezipiert werden und mit welchen Effekten, dürfte auch von dem Vertrauen in die Wahrhaftigkeit der Berichterstattung und dem Bedürfnis nach Lektüre derartiger Meldungen abhängen. Änderungen im Ausmaß der Kriminalitätsmeldungen können sich angesichts dessen auf das Furchtniveau auswirken, sie müssen es aber nicht“ (Reuband 2009, 241). Außerdem: Art und Umfang der Medienberichterstattung allein könne nicht die Gesamtentwicklung der Kriminalitätsfurcht mit ihren Auf- und Abwärtsbewegungen erklären (Reuband 2009, 245).

gender oder sinkender Verunsicherung die Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung zu- oder abnehmen (Reuband 2009, 242).

Das ist jedoch den vorliegenden Daten zufolge für Deutschland nicht der Fall: Trotz der „Allgegenwärtigkeit von Bedrohungen der Sicherheit“ (Groenemeyer 2010, 11) ist es **nicht zu einer höheren Kriminalitätsfurcht** gekommen. Im Gegenteil: Die vorliegenden empirischen Studien zeigen, „dass das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, im Vergleich zu anderen Sorgen und Ängsten, bei den Menschen offenbar nicht jenen hohen Stellenwert einnimmt, der vielfach durch die Berichterstattung in den Medien vermittelt wird. Zusätzlich ist festzustellen, dass die Kriminalitätsfurcht – wiederum entgegen einem medial vermittelten Vorurteil – nicht ständig wächst, sondern zumindest seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland (Ost und West) abnimmt“ (Egg 2011, 132).¹¹⁴

Zu diesem Ergebnis kommt auch der *Datenreport 2011* (auf der Basis der SOEP-Daten 1994-2009): Im Vergleich zu Mitte der 1990er Jahre sei die Furcht vor Kriminalität und die Einschätzung, Opfer einer Straftat zu werden, zurückgegangen. Auch werde Kriminalität weniger als gesellschaftliches Problem wahrgenommen. Auch die früher beachtlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen seien deutlich geringer geworden. Gegenwärtig (2009) sorgten sich 33% der West- und 37% der Ostdeutschen über die Kriminalitätsentwicklung im eigenen Land. Das sei das niedrigste Niveau seit 1994; damals lag das Besorgnisniveau der Ostdeutschen bei 73% und der Westdeutschen bei 53% (2011, 297 f).

Im **europäischen Vergleich** ist die Kriminalitätsfurcht¹¹⁵ in Westdeutschland etwas geringer, in Ostdeutschland etwas größer als der europäische Durchschnitt. Auch mit der öffentlichen Sicherheit, die der Staat durch die Kriminalitätsbekämpfung gewährleistet, ist die Mehrheit der Deutschen zufrieden. Die Arbeit der Polizei wird in Deutschland sogar wesentlich positiver bewertet als in den meisten EU-Mitgliedsstaaten (Datenreport 2011, 299 ff).

Auch die seit 1991 jährlich (zuletzt 2011) durchgeführten Umfragen der *R + V-Versicherung*¹¹⁶ zu den „Ängsten der Deutschen“ kommen zu positiven Aussagen. Nicht nur dazu, dass die Sorgen insgesamt zurückgegangen sind und die Deutschen so optimistisch sind wie seit zehn Jah-

114 Was das Messen von Kriminalitätsfurcht angeht gibt Egg (2011, 130) zu bedenken:

„Erkenntnistheoretisch betrachtet ist Kriminalitätsfurcht keine feste Variable, kein eindeutig definiertes Merkmal von Personen, sondern ein Konstrukt, das unterschiedliche Facetten aufweist und daher – je nach Definition und Erfassung – auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führt und führen muss.“

115 Gemessen mit der Standardfrage „Wie sicher fühlen Sie sich ...“ s.o.

116 Befragt werden ca. 2.400 repräsentativ ausgewählte Bürger/innen ab 14 Jahren zu 16 Lebensrisiken mittels einer Skala von 1 (gar keine Angst) bis 7 (sehr große Angst).

ren nicht mehr, sondern auch dazu, dass die Kriminalitätsfurcht im Vergleich zu anderen Ängsten eine eher untergeordnete Rolle spielt. Über die Jahre hinweg stehen bei den „Ängsten der Deutschen“ soziale und wirtschaftliche Sorgen im Vordergrund während die Angst vor Straftaten relativ selten genannt wird - und seit 1991 in ihrer Bedeutung noch erheblich abgenommen hat. Unter 16 erfragten Ängsten lag 1991, im ersten Jahr dieser Umfrage, die Angst vor Straftaten auf dem zweiten Platz, 2011 nur mehr auf dem vorletzten Platz (Info.Center 2011).

Bestätigt wird der Rückgang der Kriminalitätsfurcht auch durch die Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010 durch das *Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen* (Baier e.a. 2011). Danach ist die personale (kognitiv/affektive) Kriminalitätsfurcht¹¹⁷ Opfer von verschiedenen Übergriffen zu werden, mit einer Ausnahme – „dass ich geschlagen und verletzt werde“, hier liegt der Wert für 2010 über dem von 2006, aber noch leicht unter dem von 2004 – zurückgegangen, zum Teil sogar deutlich. Der Rückgang ist bei Männern wie bei Frauen zu beobachten; Ost-West-Unterschiede sind nicht festzustellen. Auch das Vermeidungsverhalten (konative Kriminalitätsfurcht) hat sich positiv entwickelt: Mit einer Ausnahme – „Ich vermeide es, abends öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen“ – ist bei den anderen (sieben) Items das Vermeidungsverhalten seltener geworden (Baier e.a. 2011, 45 ff).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bislang die Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen der zunehmenden sozialen Ungleichheit auf die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl nicht eingetreten sind: Die polizeilich registrierte Kriminalität hat nicht zugenommen und es gibt keine Hinweise darauf, dass es im Dunkelfeld der nicht registrierten Kriminalität anders aussieht. Und auch das Sicherheitsgefühl hat sich nicht verschlechtert – im Gegenteil: Kriminalitätsfurcht und Viktimisierungsängste sind eher geringer geworden.¹¹⁸

117 Die *kognitive Kriminalitätsfurcht* beinhaltet die Einschätzung, als wie wahrscheinlich es eine Person erachtet, innerhalb eines bestimmten Zeitraums Opfer verschiedener Straftaten zu werden; die *affektive Kriminalitätsfurcht* bezieht sich auf die Häufigkeit von Befürchtungen, diese Straftaten erleben zu müssen; die *konative Kriminalitätsfurcht* bzw. das Vermeidungsverhalten umfasst spezifische Verhaltensweisen, die unternommen werden können, um einer möglichen Viktimisierung zu entgehen (Baier e.a. 2011, 46),

118 *Groenemeyer* weist allerdings darauf hin, dass Bedrohungen durch Kriminalität nicht unbedingt als Angst wahrgenommen werden müssen, um Auswirkungen auf das Alltagsleben zu haben. „Vielmehr scheint es plausibel, davon auszugehen, dass die Möglichkeit, Opfer von Kriminalität zu werden, in das Routinehandeln im Alltagsleben integriert wird, ohne dass dabei Gefühle von Furcht relevant werden müssen.“ Diese Routinisierung von Sicherheit erkläre auch, warum „die Kriminalitätsfurchtstudien keineswegs einen linearen Anstieg von *fear of crime* messen,

3.2.4

Kriminalpolitik statt Sozialpolitik – Auf dem Weg in die Sicherheitsgesellschaft und den Präventionsstaat?

Die Befunde zum Rückgang der Kriminalitätsfurcht sind für die Diskussion darüber, ob sich Deutschland auf dem Weg in eine Sicherheitsgesellschaft befindet – oder sogar schon eine ist - von nicht unerheblicher Bedeutung. In diesem Zusammenhang vor allem wegen der Annahme, dass es sich „bei Kriminalitätsfurcht nicht um eine spezifische Reaktion auf Kriminalitätsrisiken handelt, sondern um eine Projektion sozialer, ökonomischer und existentieller Ängste, die aus gesellschaftlichen Transformationsprozessen gespeist werden. Kriminalität dient dabei als Metapher, um anders gelagerte Unsicherheitslagen artikulierbar zu machen“ (Hirtenlehner/Hummelsheim 2011, 178).¹¹⁹

Daraus folgt zum einen „die Überlegung, dass eine wohlfahrtsstaatliche Absicherung der verschiedenen sozialen Risiken helfen kann, dem Wachstum kriminalitätsassoziierter Unsicherheitsbefindlichkeiten Einhalt zu gebieten“ (Hirtenlehner/Hummelsheim 2011, 178). Zum andern folgt daraus die in der Fachdiskussion verbreitete „These eines Zusammenhangs zwischen ökonomisch und gesellschaftspolitisch bedingter Unsicherheit einerseits und ihrer politischen Bearbeitung als Kriminalitätsfurcht andererseits“ (Scherr 2010, 213). Also der Befürchtung, die auch durch den Abbau des Sozialstaats ausgelösten sozialen Ungleichheiten, Unsicherheiten und Ängste könnten in Richtung auf eine **Sicherheitsgesellschaft** „umgeleitet“ werden – mit der Entwicklung neuer Kontrollkulturen und –strukturen, in denen sowohl die staatliche Kontrolle abweichenden Verhaltens als auch die soziale Kontrolle im Alltag neue Formen annehmen - und Kriminalpolitik zum Ersatz für fehlende oder brüchig werdende Sozialleistungen wird (Groenemeyer 2010, 8,14).¹²⁰

der doch eigentlich erwartet werden müsste, wenn man davon ausgeht, dass insgesamt Bedrohungsszenarien und die Thematisierung von Kriminalität ständig zugenommen haben. Die Allgegenwärtigkeit von Kriminalität und ihre Konstruktion als Bedrohung von Sicherheit sind allerdings nicht denkbar ohne ihre mediale Aufbereitung“ (2010, 11).

119 *Hirtenlehner/Hummelsheim* konnten durch ihre Auswertung von Daten des European Social Survey 2006/2007 für 23 EU-Staaten zeigen, dass sich wohlfahrtsstaatliche Sicherungspolitik auf das kriminalitätsbezogene Sicherheitsbefinden auswirkt: Unabhängig von Bevölkerungsstruktur und Viktimisierungsbelastung werden in hoch entwickelten Sozialstaaten weniger kriminalitätsbezogene Sicherheitsbedenken geäußert (2011, 178).

120 Für die **Sicherheitsgesellschaft** sind nach *Groenemeyer* sechs Entwicklungslinien kennzeichnend: Allgegenwärtigkeit von Bedrohungen der Sicherheit – nicht denkbar ohne ihre mediale Aufbereitung; Politisierung und Entprofessionalisierung von Sicherheitspolitiken – „governing through crime“; Neufigurierung öffentlicher Räume durch Privatisierung (private Sicherheitsdienste, gated communities) und Technisierung sozialer Kontrolle; grund-

Vertreten wird diese These beispielweise von Sack, der im Anschluss an die von David Garland¹²¹ für die USA vertretene These einer radikalen kriminalpolitischen Wende, der These vom ‚punitive turn‘,¹²² fragt, ob diese Wende auch für Deutschland gilt: „Es gibt m.E. keinen Zweifel, dass die Kriminal- und Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik einen deutlichen Schwenk und ‚turn‘ gemacht hat. Und dies nicht erst kürzlich, nicht auch erst seit ‚nine-eleven‘, wie manche Beobachter es haben wollen. Statt empirischer Belege im Einzelnen – auf die angestiegenen Gefangenenraten habe ich bereits hingewiesen¹²³ - möchte ich einige wenige kompetente Zeugen und

legender Wandel der Logik politischer und staatlicher Sicherheitsproduktion (statt Mechanismen der Integration und Pädagogisierung die Idee des Gesellschaftsschutzes mit dem Ansteigen exkludierender Maßnahmen); Entwicklung einer Kontrollkultur der gleichzeitigen Moralisierung und Entmoralisierung abweichenden Verhaltens (zunehmende Sensibilisierung gegenüber allen Formen, die als gewalttätig interpretiert werden können bei größerer Toleranz gegenüber anderen Formen abweichenden Verhaltens); Ablösung der Konstruktion der Sicherheitsbedrohungen von Kriminalität (Unsicherheiten, wie etwa die Bedrohung durch Islamismus und Terrorismus können nicht mehr nur unter dem Blickwinkel von Devianz und Kriminalität betrachtet werden) (2010, 11 ff).

121 David Garland (2001): *The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Societies*. Oxford; deutsche Fassung (2008): *Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*. Frankfurt am Main.
Siehe zum „Irrweg“ der USA auch Waller 2011.

122 **Indikatoren des ‚punitive turn‘** sind u.a.: Niedergang des Prinzips der Resozialisierung, dem Herzstück des wohlfahrtsstaatlichen Strafrechts, ‚Populismus‘ in der Kriminalpolitik, zunehmende Opferorientierung im Strafrecht, Renaissance des Gefängnisses, Ausbau der Kriminalprävention, Tendenzen der Privatisierung und Kommerzialisierung in diesem Bereich, bis hin zu theoretischen Tendenzen in der Kriminologie in Richtung Rational Choice-Positionen (Sack 2010, 231 f).

123 Allerdings lässt sich dieser einzige „Beleg“, den Sack anführt, empirisch nicht nachweisen: Zwar stieg die **Gefängnisbelegung** im Gefolge der Wiedervereinigung und der allgemeinen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen, einschließlich Migrationsproblemen, auf eine Rate von nahezu 100 (pro 100.000 der Bevölkerung). Seit Ende der 1990er Jahre ist die Gesamtbelegung des Strafvollzugs allerdings stabil und seit 2005 erneut rückläufig. 2009 lag die Gefangenenrate für Gesamtdeutschland bei knapp 90, in den neuen Bundesländern bei 84,7 und in den alten Bundesländern bei 90,7. Erhebliche Unterschiede gibt es schon seit Jahren zwischen den Bundesländern: Die Gefangenenraten schwanken in den Flächenländern zwischen 52 in Schleswig-Holstein und 97 in Bayern bzw. 99 in Nordrhein-Westfalen (Dünkel 2010, 8 ff). „Angesichts der relativ vergleichbaren *Kriminalitätsbelastung* beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich mit Schleswig-Holstein, die ihrerseits bedeutend über denjenigen in Bayern oder Baden-Württemberg liegen, wird deutlich, dass *Gefangenenraten nicht Schicksal*, sondern in erster Linie *Ergebnis kriminalpolitischer Orientierungen und der justiziellen Entscheidungspraxis* sind“ (Dünkel 2010, 11).

einfache Beobachtungen zu Wort kommen lassen ... Sie reichen hin, um auch die Bundesrepublik im Sog der punitiven Wende zu verorten“ (Sack 2010, 236, 238).

Auch *Singelstein/Stolle* sehen – ebenfalls im Anschluss an die Arbeiten von David Garland – als Folge der tief greifenden ökonomischen, politischen und soziokulturellen Transformationsprozesse eine Ausweitung und Vorverlagerung der sozialen Kontrolle im Bestreben, „jede Form von Risiko auszumachen und auszuschalten“. Das Ziel sei „die Herstellung von umfassender sozialer Ordnung .. Die Ermöglichung einer allgegenwärtigen Kontrolle der Gesellschaft durch ihre Mitglieder unter der Prämisse der Risikoverwaltung. Dieses tägliche Streben nach mehr Sicherheit ist nicht nur Aufgabenfeld staatlicher Institutionen, sondern begegnet uns zunehmend in staatlich-privater Aufteilung und Verschränkung sowie als Aufgabe aller Gesellschaftsmitglieder. Sicherheit wird somit zum Bestandteil alltäglicher Handlungsmodi, zu einem Regime des täglichen Lebens ... Angesichts dieser zentralen Bedeutung von Sicherheit scheint es uns angemessen, von der Herausbildung einer Sicherheitsgesellschaft zu sprechen, deren zentraler Mechanismus – die Verwaltung des empirisch Normalen - auf die umfassende Herstellung sozialer Ordnung als solcher gerichtet ist“ (Singelstein/Stolle 2012, 122 f).

Für *Groenemeyer* überwiegt zwar „die Vorstellung, dass wir seit einiger Zeit Zeugen grundlegender gesellschaftlicher Transformationen werden, in denen auf verschiedenen Ebenen der Konstruktion und Regulierung von Sicherheit und Unsicherheit ein zentraler Platz zukommt ... Neben die nach wie vor propagierte und über zentrale Institutionen abgesicherte normative Integration treten Systeme der Regulierung von Risiken und Situationen, die mit Mechanismen der Inklusion und Exklusion arbeiten. Allerdings muss man derartige Analysen durchaus auch kritisch betrachten und danach fragen, ob es denn *die vorgelegten Analysen eines Transformationsprozesses tatsächlich rechtfertigen, von einem grundlegenden Epochenbruch und damit von einem neuen Etikett Sicherheitsgesellschaft zu sprechen.*¹²⁴ So ist anzumerken, dass bei vielen Diagnosen in diesem Kontext nicht immer klar genug herausgearbeitet wird, was denn das wirklich Neue an den konstatierten Entwicklungen ist ... Möglicherweise waren die Mechanismen der Exklusion und der Repression in früheren Zeiten sogar deutlich stärker als heute“ (Groenemeyer 2010, 17).

Noch kritischer steht *Scherr* der Annahme eines Zusammenhangs zwischen ökonomisch und gesellschaftspolitisch bedingter Unsicherheit einerseits und ihrer politischen Bearbeitung als Kriminalitätsfurcht andererseits – „vom Sozialstaat zum Strafstaat“ – für Deutschland gegenüber. Eine solche Tendenz der Verschiebung von einer sozialpolitischen zu einer kriminalpolitischen Bearbeitung von Unsicherheit,

124 Kursiv von mir WS

Armut und Ausgrenzung sei zwar für die USA inzwischen recht umfassend dokumentiert und analysiert, die Annahme einer analogen Entwicklung für die Bundesrepublik sei jedoch problematisch. Es gebe zwar durchaus ähnliche Tendenzen, aber auch erhebliche Unterschiede (2010, 213 ff):

- Ein Abbau sozialstaatlicher Leistungen habe zwar durchaus stattgefunden, aber keineswegs bis auf das US-amerikanische Niveau hinunter und auch nicht verbunden mit einer endemischen Kriminalität und einer weitreichenden Politik der Kriminalisierung von Armut.
- Kriminalpolitik sei zwar auch in der Bundesrepublik eine Form der Thematisierung und Bearbeitung gesellschaftlicher Ängste, aber zumindest gegenwärtig nicht die zentral bedeutsame. Vielmehr sei im politischen Diskurs inzwischen eher eine entdramatisierende Thematisierung gewöhnlicher Kriminalität zu beobachten. In der politischen Kommentierung der Kriminalitätsberichterstattung werde aktuell gerade nicht die Gefährdung durch wachsende Kriminalität behauptet, sondern Deutschland als „eines der sichersten Länder der Welt“ dargestellt.
- „Staatlich politische Bedrohungsszenarien und Sicherheitsversprechen fokussieren stattdessen .. stärker die Bekämpfung der imaginierten Bedrohungen durch islamischen Terrorismus einerseits, die unerwünschte Einwanderung andererseits und entwickeln darauf bezogene Instrumente einer expansiven Sicherheitspolitik.“ Der Gefahrenabwehrdiskurs verschränke sich im Hinblick auf die nach Deutschland eingewanderten Muslime mit einem Verständnis von
- Integrationsmaßnahmen als Terrorismusprävention.
- Durch Arbeitslosigkeit, Armut, Prekarisierung und die Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen bedingte soziale Ängste würden in der Bundesrepublik politisch thematisiert und eigenständig artikuliert; eine Verschiebung der Wahrnehmung in Richtung auf wachsende Kriminalitätsfurcht sei nicht zu erkennen. Im Gegenteil deuteten die vorliegenden Befragungsdaten darauf hin, dass es zwar eine zunehmende Wahrnehmung sozialer Unsicherheit gibt, sich diese aber als solche sowie als Feindseligkeit gegen Einwanderer und Minderheiten artikuliere,¹²⁵ jedoch nicht

125 Siehe dazu auch Heitmeyer 2012.

In der *Befragung der R+V Versicherung* zu den „Ängsten der Deutschen“ liegt unter 16 Ängsten die „Angst vor Terrorismus“ auf dem 5., die „Angst vor Spannungen durch den Zuzug von Ausländern“ auf dem 8. und die „Angst vor Straftaten“ auf dem vorletzten Platz. Zu Beginn der 1990er Jahre, als die Zahlen der Asylbewerber einen Höhepunkt erreichten, Asylbewerberheime und Asylbewerber tätlich angegriffen wurden und das Asylrecht (1993) massiv eingeschränkt wurde, lag die „Angst vor Spannungen durch den Zuzug von Ausländern“ auf dem 1. (1991), dem 3. (1992) und dem 5. (1993) Platz; in den Jahren 1997 bis 2000 findet sich diese Angst noch unter den ersten sieben Plätzen (Info.Center 2011).

primär oder gar exklusiv als Kriminalitätsfurcht.

Scherr wirft nicht nur dem politischen und medialen Diskurs, sondern auch dem wissenschaftlichen Diskurs vor, bei der Konstruktion von Bedrohungsszenarien einer „Logik des Verdachts“ zu folgen und damit zur Legitimitätsbeschaffung punitiver Strategien beizutragen. So setze etwa der bekannte Topos, dass Sozialpolitik die beste Kriminalpolitik sei, die Annahme einer Verknüpfung von sozialer Lage und Kriminalität voraus; dann liege es geradezu nahe, den Ausbau sicherheitsstaatlicher Instrumente als eine notwendige Ergänzung des neoliberal als erforderlich erachteten Abbaus des Sozialstaats zu begreifen: „Sozialätiologisch ausgerichtete Kriminalitätstheorien, die darauf zielen, Sozialpolitik als kriminalpräventive Politik einzufordern, müssen entsprechend damit rechnen, dass sie unter neoliberalen Vorzeichen als Legitimationstheorien für Kontroll- und Sanktionskonzepte interpretiert werden“ (2010, 222).¹²⁶

Es ist *Scherr* zuzustimmen, dass sich soziale Ungleichheit und Ausgrenzung, soziale Desintegrationsprozesse und Unsicherheiten keineswegs direkt in zunehmende Kriminalisierung, Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Punitivität transformieren, sondern dass es dazu eines eigenständigen politischen und medialen Diskurses bedarf. „Dass in der politischen Kommunikation wiederkehrend versucht wird, einen solchen Diskurs zu inszenieren, ist soziologisch erklärbar. Verwunderlich wäre es eher, wenn politisch darauf verzichtet würde, mit der Beschwörung der durch Kriminalität und Terrorismus drohenden Gefahren eine Realitätswahrneh-

Einstellungen zu Ausländer diskriminierenden Forderungen werden seit 1980 auch in der *Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften* (ALLBUS) erfasst. Den Ergebnissen „sind zwar keine Hinweise auf ein generell ausländerfeindliches Meinungsklima in Deutschland zu entnehmen, denn die Zustimmungquoten zu den diskriminierenden Forderungen sind nicht allzu hoch und es ist auch keine Tendenz hin zu einer größeren Befürwortung solcher Forderungen zu erkennen. Gleichzeitig wird der Ruf der Deutschen nach mehr Assimilationsbereitschaft der hier lebenden Ausländer jedoch unverkennbar lauter – wenn auch 2010 nicht mehr in dem Maße wie 2006“ (Datenreport 2011, 200 ff; die entsprechende Forderung lautet „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an die Deutschen anpassen“).

126 Auch aus diesem Grunde folgen alle bisherigen und auch dieses Gutachten zu den Schwerpunktthemen der Deutschen Präventionstage einem engen Verständnis von Kriminalprävention. Als „kriminalpräventiv“ werden nur die selektiv und indiziert ausgerichteten Konzepte und Maßnahmen verstanden, nicht jedoch solche der universellen bzw. sozialen oder auch primären Prävention (Steffen 2011 a, 102 f; siehe dazu auch Arbeitsstelle 2007; Lüders 2011; Holthusen/Hoops 2011,). Dass auch **Prävention auf der Logik des Verdachts basiert**, was der Unschuldsumutung widerspricht und aus pädagogischer Perspektive defizit- und nicht ressourcenorientiert ist, darauf weisen explizit Holthusen e.a. 2011, 24 hin.

mung herbeizuführen, die es ihr erlaubt, sich als notwendiger und mächtiger Akteur zu inszenieren“ (Scherr 2010, 223).

Bislang ist der politische Diskurs¹²⁷ dabei zurückhaltender als der mediale¹²⁸ gewesen - und auch als mancher wissenschaftliche Diskurs.¹²⁹ Auch deshalb ist es bislang nicht zu der Verschiebung von einer sozialpolitischen zu einer kriminalpolitischen Bearbeitung von Unsicherheit, Armut und Ausgrenzung gekommen, zur Herausbildung einer Sicherheitsgesellschaft, in der die Idee des Gesellschaftsschutzes mit der Zunahme exkludierender Maßnahmen einhergeht. Zumindest nicht in dem Ausmaß, wie es für den „punitive turn“ in den USA und auch England belegt ist: Die (erfragte) Kriminalitätsfurcht wird eher geringer (s.o.) und die Indikatoren für einen „punitive turn“, die Gefangenenraten (s.o.), die Straflust der Strafjustiz¹³⁰ oder das Strafverlangen der Bürger¹³¹ nehmen in den letzten Jahren nicht zu.

127 Als Beispiel für einen solchen – dann nicht erfolgreichen – Versuch, durch die Thematisierung einer vermeintlich hoch problematischen Kriminalität ausländischer Jugendlicher Wählerstimmen zu gewinnen, gilt der hessische Landtagswahlkampf 2007 (Scherr 2010, 221).

128 Siehe dazu m.w.N. Steffen 2008, 233 f; Kersten 2009.

129 Siehe dazu etwa Heitmeyer 2012 und die Interviews mit Heitmeyer in ZEIT ONLINE vom 12.12. 2011 (www.zeit.de/politik/deutschland/2011-12/studie-deutschland-vorurteile/komplettsicht; Abfragedatum: 17.12.2011) und in taz.de vom 28.02.2012 (www.taz.de/Konfliktforscher-Wilhelm-Heitmeyer/!88520/; Abfragedatum: 29.02.2012) oder auch Sack 2010 und Gössner 2010.

130 *Heinz* kommt bei seiner sorgfältigen und umfassenden Analyse von Daten der Strafrechtspflege (bis 2008) zu diesen Ergebnissen: Die „These von der ‚neuen Lust am Strafen‘ (kann) für die deutsche Sanktionierungspraxis aufgrund der Aggregatdaten der Strafrechtspflegestatistiken empirisch nicht bestätigt werden .. Nach den vorliegenden Daten handelt es sich bei der These von zunehmender Punitivität der deutschen Sanktionierungspraxis um einen zwar dem Zeitgeist entsprechenden, empirisch aber nicht hinreichend belegten Mythos. Richtig ist, dass es eine auf bestimmte, in quantitativer Hinsicht insgesamt sehr kleine Straftäter- und Deliktgruppe beschränkte Tendenz zu mehr Punitivität gibt, die freilich sogar wieder rückläufig zu sein scheint. Es handelt sich einerseits um die Gruppe der als besonders ‚gefährlich‘ eingestuften Täter sowie um Täter der Gewaltkriminalität. Für die weit überwiegende Mehrheit der informell oder formell Sanktionierten lassen sich jedoch keine wesentlichen Änderungen feststellen.“ Dass die deutsche Justiz dem punitiven Trend weitestgehend nicht erlegen sei, liege am Rechtssystem selbst: „Wo Richter und Staatsanwälte gewählt werden, wo der Einfluss der Laienrichter groß ist, ist der Einfluss der öffentlichen Meinung größer als in einem System mit professionellen, verbeamteten unabhängigen Entscheidungsträgern ...“ (2011, 27).

131 *Reuband* kommt bei seiner Bestandsaufnahme bundesweiter Umfragen zur Frage steigender Punitivität in der Bevölkerung insgesamt zu der Aussage: „Zusammengenommen sprechen die empirischen Befunde bislang gegen einen punitiven Trend“. Nach wie vor werde in der Erziehung und Resozialisierung eine wichtige Funktion der Strafe gesehen. Trotz der Vorstellung, es würde nicht

Auf einem anderen Weg ist Deutschland allerdings und das schon seit etlichen Jahren: Auf dem Weg in den **Präventionsstaat**. Auf diesen Weg bezieht sich auch die Aussage, Kriminalprävention sei zum herrschenden Paradigma unserer Zeit und der Kriminalpolitik geworden: Auf die Prävention durch Repression. Dieser Aspekt erfreut sich in Deutschland traditioneller Wertschätzung: Zahlreiche neue Straftatbestände, reduzierte Strafbarkeitsvoraussetzungen, erhöhte Strafrahmen, repressiv orientierte Regelungen in den Gefahrenabwehr- und Polizeirechten der Länder (Steffen 2006, 1150).¹³²

Um dem Sicherheitsdenken im Präventionsstaat gerecht zu werden, scheint es nicht mehr auszureichen, wenn Polizei und die anderen Instanzen der Strafverfolgung nur eine verlässliche Grundsicherung vor kriminellen Gefahren gewährleisten. Inzwischen ist es zur öffentlichen Aufgabe geworden, schon Bedrohungen wahrzunehmen und zu beschwichtigen, bereits die Kriminalitätsfurcht zu besänftigen und das Sicherheitsgefühl zu stärken – und nicht mehr nur Kriminalität zu verhindern bzw. zu verfolgen. Damit besteht die Gefahr der Herausbildung eines Präventionsstaates: Eines Staates, der seine Bürger, um Sicherheitsrisiken zu minimieren, (massiven) Misstrauens- und Überwachungsmaßnahmen aussetzt, die auf keinem konkreten Verdacht beruhen. In einem

hart genug mit Kriminellen umgegangen, gibt es keine Verschiebungen zu einem Plädoyer für härteres Durchgreifen. Im Gegenteil: die Forderung, man brauche strengere Gesetze, hat unter den Bundesbürgern in der Zeit zwischen 1998 und 2006 an Popularität verloren. Bei der Einstellung zur Todesstrafe hat sich das Ausmaß der Befürwortung im Laufe der Jahre erheblich reduziert, inzwischen überwiegen die Gegner (2010, 143 ff).

132 „Der Staat baut sein Sicherheitssystem nunmehr vor allem jenseits des Strafrechts aus ... Es geht .. darum, ein Frühwarnsystem zu errichten, um Risiken krimineller und terroristischer Art schon im Vorfeld ihrer Realisierung zu erkennen und zu bekämpfen. Dabei werden, und das ist der Preis dieses Frühwarnsystems, Mittel und Methoden angewendet, die im Strafrecht nur gegen Verdächtige möglich waren: Abhören, Belauschen, Durchsuchen ... Die Erfassungsnetze werden dichter, die beobachtungsfreien Zonen kleiner. Aus dem freiheitlichen Rechtsstaat wird ein fürsorglicher Präventionsstaat, der seine Bürger nicht mehr als unverdächtig, sondern als potentiell verdächtig, als ‚noch‘ nicht verdächtig betrachtet. Jeder Einzelne gilt als Risikofaktor, jeder muss es sich daher gefallen lassen, dass er, ohne einen konkreten Anlass dafür geliefert zu haben, ‚zur Sicherheit‘ überwacht wird ... Der Präventionsstaat muss, das liegt in seiner Logik, dem Bürger immer mehr Freiheit nehmen, um ihm dafür Sicherheit zu geben; das trägt den Zug zur Maßlosigkeit in sich, weil es nie genug Sicherheit gibt“ (Prantl 2007). *Heribert Prantl* ist einer der prominentesten Warner vor dem Umbau des Rechtsstaats in einen Präventionsstaat, immer wieder und mit großem – journalistischen – Nachdruck und Engagement. Siehe dazu beispielsweise seinen Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 21.04.2007 „Der große Rüssel“ (<http://www.sueddeutsche.de/politik/vom-umbau-des-rechtsstaats-in-einen-praeventionsstaat-der-grosse-ruessel-1.884547>; Abrufdatum: 29.02.12).

solchen Präventionsstaat ist jeder Bürger nicht nur potenziell gefährlich – und muss sich entsprechende Überprüfungen gefallen lassen, durch die dann festgestellt wird, dass er doch nicht gefährlich ist -, sondern auch gefährdet – und damit Ziel und Objekt der Gefahrenvorsorge durch prinzipiell unbegrenzte und unbestimmte Präventionsmaßnahmen. Eine solche Entwicklung ist aber weder im Sinne des Rechtsstaates¹³³ noch im Sinne einer Reduzierung von Kriminalitätsfurcht und Stärkung des Sicherheitsgefühls. Eher im Gegenteil: Wenn überall der Kriminalität vorgebeugt werden muss – selbst einer vermeintlichen Bedrohung -, dann kann das für den Einzelnen eben auch bedeuten, dass er überall mit Kriminalität rechnen muss und Nirgends vor Niemandem mehr sicher ist (Steffen 2006, 1150).

3.2.5

Folgerungen für die Kriminalprävention

„Der Deutsche Präventionstag appelliert an die Verantwortlichen in der Politik und in den Medien sowie in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene:

- *Den Beitrag der Kriminalprävention zu sozialer Teilhabe, Integration und Solidarität wahrzunehmen, zu würdigen und diesen bewährten Weg der Verdeutlichung gesellschaftlich verbindlicher Normen und Werte zu unterstützen und auszubauen.“*

(Hannoveraner Erklärung des 14. Deutschen Präventionstages 2009)

Dieses Zitat aus der Hannoveraner Erklärung des 14. Deutschen Präventionstages 2009 kann auch 2012 für die Folgerungen stehen, die sich aus den Befunden zur Kriminalität wie zur Kriminalitätsfurcht für die Kriminalprävention ergeben.

133 Eine „Politik, die auf Risiken fokussiert und vom Abwehr- zum Präventionsparadigma übergeht, erfordert neue politische und rechtliche Rahmenbedingungen, mit denen traditionelle Rechte außer Kraft gesetzt werden. Innenpolitische Rechte sind zunächst als Freiheits- und Abwehrrechte gegenüber dem Staat konzipiert. Mit dem Übergang zum Präventionsparadigma ... werden diese Grundrechte jedoch zur Rechtfertigung für das vorbeugende und vorsorgliche Eingreifen auch in bürgerliche Freiheitsrechte. Damit werden Grundfreiheiten und Abwehrrechte gegenüber dem Staat in primäre Schutzpflichten des Staates und damit in Eingriffsermächtigungen umgedeutet“ (Daase 2010, 15). Es gilt, „die feine, beinahe unsichtbare Grenze zu erkennen, an welcher der Rechtsstaat in den Präventionsstaat übergeht. Beide gehorchen den Regeln jeweils spezifischer Funktionslogiken, jener denen der Freiheit und der Autonomie, dieser denen der Sicherheitsmaximierung und der instrumentellen Effizienz. Es geht allerdings nicht um ein schroffes Entweder-Oder, sondern ... die Aufgabe (besteht) darin, die ideale Kombination der beiden Zielsetzungen in der Weise zu finden, dass das maximale Maß an Freiheit durch eine optimale Gewährleistung von Sicherheit erhalten wird“ (Denninger 2002, 23).

Denn in Deutschland hat die Kriminalprävention einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass es hier bislang nicht zum „punitive turn“ und zur Herausbildung einer Sicherheitsgesellschaft nach amerikanischem „Vorbild“ gekommen ist. Nicht nur wird nach wie vor in der Erziehung und Resozialisierung eine wichtige Funktion der Strafe gesehen,¹³⁴ ist die Politik innerer Sicherheit also im Grundsatz bei den Mechanismen der Integration und Pädagogisierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates geblieben, um Bedrohungen von Sicherheit und Ordnung zu begegnen,¹³⁵ sondern der Prävention wird auch der Vorrang vor der Repression gegeben – und das keineswegs nur bei der oben genannten „Prävention durch Repression“.¹³⁶

Einmal abgesehen davon, ob die Kriminalprävention nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der praktischen Umsetzung tatsächlich diese Bedeutung hat – und nicht doch die Repression zumindest bei den Instanzen der strafrechtlichen Sozialkontrolle, Polizei und Justiz, in der Alltagsarbeit dominiert,¹³⁷ gibt es auch **riskante Aspekte der Prävention**¹³⁸, riskant auch in der Hinsicht, dass sie die Herausbildung des Präventionsstaates befördern können:

- Prävention baut auf der Annahme auf, zukünftige Gefährdungen erkennen und ihnen durch Handeln in der Gegenwart zuvorkommen zu können. Zukunft ist aber kontingent, die Wissensbasis mithin ungesichert - und Prävention in dieser Hinsicht **Handeln auf Verdacht**. Mit der Gefahr, der Gegenwart Fesseln anzulegen aus der Befürchtung heraus, dass sich die Dinge maximal negativ entwickeln (Onder 2010, 16 f).
- Prävention neigt zu **Entgrenzung und Vorverlagerung** des präventiven Tuns: Im Fall eines Scheiterns kam Prävention eben zu spät, man hätte frühzeitiger und ggf. intensiver handeln müssen (Holthusen e.a. 2011, 23).

134 So die Ergebnisse der Bestandsaufnahme bundesweiter Umfragen zur Frage steigender Punitivität durch *Reuband* 2010 (s.o., Fn 131).

135 Zu diesen Mechanismen und dem von ihm angenommenen „grundlegenden Wandel der Logik politischer und staatlicher Sicherheitsproduktion“ mit der Idee des Gesellschaftsschutzes und dem Ansteigen exkludierender Maßnahmen anstelle der Reintegration und Resozialisierung von Tätern *Groenemeyer* 2010, 14.

136 Der hohe Stellenwert der Kriminalprävention ergibt sich auch aus der Erkenntnis, dass es sinnvoller ist, Straftaten gar nicht erst entstehen zu lassen, als sie später mit mehr oder minder großem Aufwand verfolgen zu müssen. Außerdem kann auch eine noch so erfolgreiche Strafverfolgung die entstandenen materiellen und immateriellen Schäden nicht wieder gut machen. Im Vergleich zur Repression ist Prävention folglich inhaltlich vorrangig und zeitlich vorgängig (Leitlinien Polizeiliche Kriminalprävention 1998).

137 Belege dafür finden sich bei Steffen 2006.

138 Diese riskanten Aspekte gibt es schon für die Prävention – und allemal für die Kriminalprävention.

- Nicht nur repressive Maßnahmen, auch präventive Maßnahmen sind stets **Intervention**, können stigmatisierend wirken und bedürfen deshalb bestimmter Voraussetzungen sowie einer Prüfung hinsichtlich negativer Nebenwirkungen und Folgen (Ohder 2010, 17).
- Wenn ganz normale Projekte, etwa solche der Jugendarbeit, mit dem Ziel „Kriminalprävention“ durchgeführt werden – auch deshalb, um sie finanziert zu bekommen –, dann können nicht nur zivile Sachverhalte in kriminalitätsbezogene Sachverhalte umgedeutet und eine ganze Generation, nämlich die der Heranwachsenden, als (potentiell) „kriminell“ oder „gewalttätig“ stigmatisiert werden (Steffen 2006),¹³⁹ sondern dann kann es auch zur oben diskutierten Kriminalisierung der Sozialpolitik kommen, zur kriminalpolitischen Bearbeitung sozialpolitischer Probleme.
- Prävention basiert auf der **Logik des Verdachts** – dies widerspricht der Unschuldsvermutung und ist aus pädagogischer Perspektive defizit- und nicht ressourcenorientiert. Außerdem besteht mit dieser Verdachtslogik wieder das erhebliche Risiko, Personen zu stigmatisieren (Holthusen e.a. 2011, 24).
- Prävention hat dort ihren Platz, wo etwas verhindert werden soll, das ohne entsprechende Maßnahmen mit einiger Wahrscheinlichkeit eintreten würde und mit einem erheblichen Schaden verbunden wäre. Gegenüber Prävention ist Skepsis am Platz, wo es um **Prozesse und Entwicklungen geht, die es zu gestalten gilt, wo nicht unterlassene Verhinderung, sondern unzureichende Förderung zu einem nachteiligen Ergebnis** führen könnte (Ohder 2010). Durch die Verwendung des Präventionsbegriffs wird den betroffenen Personen per se eine mögliche negative Entwicklung unterstellt. Besser wären die Bezeichnungen „Förderung“ oder „Hilfe“, insbesondere dann, wenn diese Konzepte – entsprechend der Tendenz zur Vorverlagerung – sehr früh eingesetzt werden (Holthusen e.a. 2011, 23).

„Prävention stellt ein höchst voraussetzungsvolles und ambivalentes Unternehmen dar“ (Holthusen e.a. 2011, 25) – und Kriminalprävention allemal. Wenn Kriminalprävention nicht zur (weiteren) Herausbildung eines Präventionsstaates beitragen soll, sondern zum Abbau sozialer Unsicherheit und zu mehr sozialer Teilhabe, Integration und Solidarität, also zu mehr Inklusion und weniger Exklusion, dann muss auf

139 Gutes Beispiel dafür sind die inzwischen zahlreichen Projekte und Programme mit dem Ziel der Förderung von Lebens- und Verhaltenskompetenz, mit denen ganze Schulklassen „zwangsbeglückt“ werden - womit sie dann völlig unabhängig von ihrem tatsächlichen Verhalten unter den Verdacht gestellt werden, sie seien kriminalitäts- und gewaltgeneigt. Aktuelles Beispiel dafür: Das Programm „fairplayer.manual/fairplayer.sport“ zur Förderung soziomoralischer Kompetenzen und zur Prävention von Gewalt und Mobbing/Bullying unter Kindern und Jugendlichen (forum kriminalprävention 1/2012, 4).

jedem Fall dem Trend zur Entgrenzung und Vorverlagerung des präventiven Tuns „vorgebeugt“ und Kriminalprävention eng verstanden werden:

Es sollten nur die Strategien, Programme, Maßnahmen bzw. Projekte als kriminalpräventiv verstanden werden, die direkt oder indirekt die Verhinderung bzw. Verminderung von Kriminalität zu Ziel haben und von denen erwartet werden darf, dass sie in einem begründbaren und nachvollziehbaren Zusammenhang darauf gerichtet sind, Kriminalität zu verhindern bzw. zu vermindern – entweder auf der Basis überzeugender empirischer Belege oder an Hand von plausiblen theoretischen Annahmen (Steffen 2011 a, 102).¹⁴⁰

Außerdem sollten möglichst keine standardisierten Programme ohne Prüfung auf ihre Notwendigkeit und Eignung übernommen werden.¹⁴¹ Vielmehr sollten die kriminalpräventiven Programme, Projekte und Maßnahmen die lokalen, sozialen und kulturellen Bedingungen und Kontexte von Kriminalität in Betracht ziehen, auf einer sorgfältigen Problem- und Ursachenanalyse vor Ort beruhen¹⁴² und natürlich auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert werden.

Wenn Kriminalprävention so verstanden und eingesetzt wird, dann kann sie vor allem wegen der im Folgenden aufgeführten Eigenschaften und Strukturmerkmale, die den jeweiligen Maßnahmen und Programmen zugrunde liegen, ihren Beitrag zum Abbau sozialer Unsicherheit und Exklusion leisten und zur Förderung von sozialer Teilhabe, Integration und Solidarität:¹⁴³

140 Diesem engen Verständnis von Kriminalprävention sind auch alle bisherigen Gutachten zu den Schwerpunktthemen der Deutschen Präventionstage gefolgt. Siehe dazu auch Steffen 2008 und Arbeitsstelle 2007.

141 Auch *Holthusen* und *Hoops* kritisieren den Trend zur Übernahme von standardisierten Programmen ebenso wie den zur Vorverlagerung und Entgrenzung präventiven Tuns (2011, 14).

142 Die Forderung nach einem „lokalen Ansatz“ der Kriminalprävention entspricht der Forderung, die an die soziale Prävention gestellt wurde: Nämlich die regionalen Disparitäten zu berücksichtigen und die präventiven Programme und Maßnahmen „maßgeschneidert“ auf den Ort vor Ort umzusetzen (s.o. Kapitel 2.2.6). Die **Kommunale Kriminalprävention** ist die wohl prominenteste, wenn auch nicht unumstrittene Möglichkeit, den Gedanken der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention auf örtlicher Ebene umzusetzen (siehe dazu etwa Steffen 2004; Schreiber 2011). Ein Beispiel dafür, wie Kriminalprävention in der Kommune zielgenau und wirksam gesteuert werden kann, ist das Konzept „Communities that Care – CTC“: „Weniger ein Programm als vielmehr eine ausgearbeitete Rahmenstrategie, um auf der kommunalen Ebene eine wirksame Verhinderung von Kriminalität, Gewalt, Sucht, Schulversagen und anderen Verhaltensproblemen bei Kindern und Jugendlichen entlang des Ansatzes der entwicklungsorientierten Prävention zu organisieren“ (Landespräventionsrat Niedersachsen 2011).

143 So schon das Gutachten für den 14. Deutschen Präventionstag, siehe dazu Steffen 2011 a, 104 ff.

- Kriminalprävention ist eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** für die alle Politikbereiche, andere staatliche und nicht-staatliche Stellen, die Wirtschaft, die Medien sowie die Bevölkerung selbst Verantwortung tragen und ihre spezifischen Beiträge hierzu leisten müssen. Dies erfordert zwingend übergreifende Gesamtkonzepte auf den jeweiligen Ebenen der Präventionsarbeit (Bund, Länder, Kommunen, Stadtviertel), also Kooperation, Zusammenarbeit, Abstimmung, Solidarität.
- Kriminalprävention ist ein **intermediäres System**, das bei verschiedenen Handlungsbereichen verortet ist und folglich auch mit verschiedenen Mechanismen „arbeitet“ (etwa mit pädagogischen Vorgehensweisen, die Lerneffekte erreichen wollen oder mit polizeilichen, auf Brennpunkte und Tatgelegenheiten gerichteten Maßnahmen), das aber, wenn es erfolgreich sein will, abgestimmt vorgehen, Netzwerke errichten, die Vielfalt der modernen Gesellschaft koordinieren muss – also auf Integration und Partizipation nicht nur angewiesen ist, sondern diese auch schafft.
- Wie oben ausgeführt, ist Prävention gegenüber der Repression inhaltlich vorrangig und zeitlich vorgängig. Systemisch ist sie vor dem Strafrechtssystem verortet: Kriminalprävention leistet einen Beitrag zur Anerkennung von Regeln, Werten und Normen, bevor diese gebrochen werden – und das hat nicht zu unterschätzende Effekte auf die Integration unserer Gesellschaft und ihren solidarischen Zusammenhalt.
- Strafen, Maßnahmen der **Kriminalrepression** dagegen, wirken grundsätzlich ausschließend, auch wenn natürlich ihre jeweilige desintegrierende Wirkung von ihrer Intention und Gestaltung abhängt. So bedeutet etwa die kriminalpolitische Strategie in den USA - „three strikes and you are out“ - ohne Zweifel Exklusion. Und auch der Strafvollzug, das Ein- und Wegsperrten ist eine maximale Form der Exklusion ganz unabhängig davon, welche – etwa resoziialisierende - Wirkung diese Exklusion hat.
- Kriminalprävention **verdeutlicht die gesellschaftlich verbindlichen Normen und Werte** und trägt dadurch zu deren Geltung bei. Dadurch wieder zu Verhaltenssicherheit, insbesondere zu Rechtssicherheit und zur „Würdigung“ und Anerkennung des Rechtssystem.
- Kriminalprävention zielt darauf ab, persönliche und soziale Defizite als mögliche Kriminalitätsursachen zu beseitigen bzw. Schutzfaktoren aufzubauen und **signalisiert** damit gefährdeten Personen, aber auch solchen, die bereits Täter oder Opfer geworden sind, dass sie sich **die Gesellschaft um sie kümmert**, dass sie nicht aufgegeben, nicht ausgeschlossen werden, sondern dass sie dazu gehören, integriert und inkludiert sind bzw. dass alles getan wird, um dies zu erreichen
- Diese Ziele werden auch dadurch erreicht, dass Kriminalprävention überwiegend mit **pädagogischen Strategien** arbeitet und damit signalisiert, dass (Gewalt-)Kriminali-

tät (insbesondere im Kindes- und Jugendalter) vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden kann. Diese erzieherische – inkludierende - Grundhaltung der Kriminalprävention hat dazu beigetragen, dass (Gewalt-)Kriminalität in unserer Gesellschaft bislang keine dramatische Verschärfung erfahren hat.

- Kriminalprävention zielt darauf ab, Tatgelegenheiten zu verringern und das Entdeckungsrisiko zu erhöhen und **sichert** damit für alle, auch und gerade für die nicht am Kriminalitätsgeschehen Beteiligten, den **öffentlichen Raum**, beseitigt Unsicherheit, verbessert das **Sicherheitsgefühl** und schafft damit Voraussetzungen für Integration und Solidarität.
- Wenn Kriminalprävention in diesem Sinne auf Inklusion, soziale Teilhabe und Partizipation gerichtet ist, den öffentlichen Raum sichert und das Sicherheitsgefühl verbessert, dann ist sie soziales Kapital und schafft **soziales Kapital**: Eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens, der Verlässlichkeit der gemeinsam geteilten Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt des Vertrauens in die Institutionen des Staates.

Literatur

Albrecht, Hans-Jörg (2011): *Neue Bedrohungen? Wandel von Sicherheit und Sicherheitserwartungen*. In: Zoche e.a. (Hrsg.), S. 111-129.

Albrecht, Peter-Alexis (2010): *Der Weg in die Sicherheitsgesellschaft. Auf der Suche nach staatskritischen Absolutheitsregeln*. Berlin.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.)(2007): *Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Eine Zwischenbilanz in sechs Handlungsfeldern*. München.

Armutsbericht (2008): *Lebenslagen in Deutschland – Dritter Armuts- und Reichtumsbericht*. Deutscher Bundestag. Drucksache 16/9915 vom 30.06.2008.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): *Bildung in Deutschland 2010*. Bielefeld.

Baier, Dirk e.a. (2011): *Kriminalitätsfurcht, Strafbedürfnisse und wahrgenommene Kriminalitätsentwicklung. Ergebnisse von bevölkerungsrepräsentativen Befragungen aus den Jahren 2004, 2006 und 2010*. KFN Forschungsbericht Nr. 117. Hannover.

Baier, Dirk e.a. (2009): *Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN*. KFN Forschungsbericht Nr. 100. Hannover.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt am Main.

BertelsmannStiftung (Hrsg.)(2011): *Deutscher Lernatlas. Ergebnisbericht 2011*.

BertelsmannStiftung (2010): *Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011*. Gütersloh.

BaSiD: *Barometer Sicherheit in Deutschland*. (http://basid.mpicc.de/basid/de/pub/basid_home.htm Abrufdatum: 06.11.2011)

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2009): *Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*. Berlin.

Bertram, Hans/Kohl, Steffen/Rösler, Wiebke (2011): *Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012: Starke Eltern – starke Kinder. Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe*. Deutsches Komitee für UNICEF.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2011): *Soziale Sicherung im Überblick*. Bonn.

Dass. (Hrsg.)(2009): *Sozialbericht 2009*. Bonn.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012): *Forschung für die zivile Sicherheit 2012-2017. Rahmenprogramm der Bundesregierung* (www.bmbf.de)

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)(2011): *Zeit, das Richtige zu tun*. Berlin.

Dass. (Hrsg.)(2010): *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009*. Berlin.

Dass. (Hrsg.)(2009 a): *Wissenschaftliche Bestandsaufnahme der Forschung zu „Wohlbefinden von Eltern und Kindern“*. Berlin.

Dass. (Hrsg.)(2009 b): *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*. Berlin.

Bonß, Wolfgang (2011): *(Un-)Sicherheit in der Moderne*. In: Zoche e.a. (Hrsg.), S. 43-69.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (2010): *Bevölkerungsschutz hat viele Gesichter. Jahresbericht des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe*.

Butterwege, Christoph (2005): *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden.

Chassé, Karl August (2010): *Kinderarmut in Deutschland*. APuZ 51-52/2010, S. 16-29.

Daase, Christopher (2011): *Der Wandel der Sicherheitskultur – Ursachen und Folgen des erweiterten Sicherheitsbegriffs*. In: Zoche e.a. (Hrsg.), S. 139-158.

Ders. (2010 a): *Wandel der Sicherheitskultur*. APuZ 50/2010, S. 9-16.

Ders. (2010 b): *Der erweiterte Sicherheitsbegriff. Projekt Sicherheitskultur im Wandel. Working Paper 1/2010*. S. 1-23.

Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Denninger, Erhard (2011): *Freiheit durch Sicherheit? Anmerkungen zum Terrorismusbekämpfungsgesetz*. APuZ 10-11/2011, S. 22-30.

Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.)(2011): *Von Verhärtingen und neuen Trends. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011*. Berlin (www.der-paritaetische.de/armutsbericht2011)

Deutsche Telekom/T-Systems (Hrsg.)(2011): *Sicherheitsreport 2011. Eine repräsentative Studie zum Thema Sicherheit in Deutschland im Auftrag von T-Systems*.

Deutscher Bundestag Drucksache 17/3853 vom 23.11.2010: *Antrag Einsetzung einer Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*.

Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002: Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagement“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft.

Deutscher Städtetag (2010): Sozialleistungen der Städte in Not. Berlin und Köln.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.)(2011 a): Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Köln/Berlin 2011.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.)(2011 b): Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Berlin.

Dittmann, Jörg (2009): Unsicherheit in Zeiten gesellschaftlicher Transformation. Zur Entwicklung und Dynamik von Sorgen in der Bevölkerung in Deutschland. SOEPpapers 243. Berlin.

DJI Thema 2011/06 Betreuungsatlas 2010: Mehr Platz für kleine Kinder (www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1099).

Döring, Diether (2007): Gerechtigkeitsprofile unterschiedlicher Sozialstaatsstrategien – Ergebnisse und Implikationen eines Neunländervergleich. In: Empter/Vehrkamp (Hrsg.), S. 258-279.

Dünkel, Frieder (2010): Strafvollzug in Deutschland – rechtstatsächliche Befunde. APuZ 7/2010, S. 7-14.

Egg, Rudolf (2011): Kriminalität: Furcht und Realität. In: Zoche e.a. (Hrsg.), S. 129-138.

Empter, Stefan/Vehrkamp, Robert B. (Hrsg.)(2007): Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme. Gütersloh.

Enquêtekommission (2010) „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ siehe Deutscher Bundestag und das Faltblatt vom November 2011 (www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/index.jsp).

Enquête-Kommission (2002) „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ siehe Deutscher Bundestag

Felgentreff, Carsten/Kuhlicke, Christian/Westholt, Frank (2012): Naturereignisse und Sozialkatastrophen. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit Nr. 8. Berlin

Gerhold, Lars (2010): Sicherheit in Zukunft. Eine Explorationsstudie zu zukünftigen Anforderungen an die Sicherheitsforschung (www.schriftenreihe-sicherheit.de).

Gerstner, Dominik/Oberwittler, Dietrich (2011): Soziale Desorganisation und Gelegenheitsstrukturen. Differenzielle Wirkungen struktureller Bedingungen auf tatort- und wohnortbezogene Kriminalitätsbelastungen in den baden-württem-

bergischen Gemeinden. MschKrim 94. Jahrgang - Heft 3 – 2011. S. 149-177.

Glaeßner, Gert-Joachim (2002): Sicherheit und Freiheit. APuZ 10-11/2002, S. 3-13.

Görgen, Thomas e.a. (2010): JuKrim 2020. Mögliche Entwicklungen der Jugend(gewalt)kriminalität in Deutschland. Szenarien, Trends, Prognosen 2010-2020. Abschlussbericht zur Herbstkonferenz 2010 der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder. Deutsche Hochschule der Polizei. Münster.

Gössner, Rolf (2010): Staatlicher Antiterrorkampf – im Namen der Sicherheit und auf Kosten der Bürgerrechte? In: Soeffner (Hrsg.), S. 877-882.

Grimm, Jordis (2006): Ergebnisse der Glücksforschung als Leitfaden für politisches Handeln? Universität Flensburg. Internationales Institut für Management. Discussion Paper Nr. 4.

Groenemeyer, Axel (Hrsg.) (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden.

Ders. (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Transformationen der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten. In: Groenemeyer (2010), S. 7-19.

Groh-Samberg, Olaf (2010): Armut verfestigt sich – ein missachteter Trend. APuZ 51-52/2010, S. 9-15.

Gusy, Christoph (2011): Resiliente Gesellschaft. Zur Wahrnehmung und Bewältigung von Kriminalität in der Bevölkerung. Neue Kriminalitätsformen – neues Präventionsrecht? Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Workshop III. Kriminalität – alte und neue Herausforderungen für die Sicherheit. FU Berlin 15./16. März 2011.

Häussermann, Hartmut (2010): Armutsbekämpfung durch Stadtplanung? APuZ 51-52/2010, S. 23-29.

Haverkamp, Rita/Kaufmann, Stefan/Zoche, Peter (2011): Einführung in den Band. In: Zoche e.a. (Hrsg.), S. 9-18.

Hayek, André (2011): Lebenszufriedenheit und Einkommensreichtum: Eine empirische Analyse mit dem SOEP. SOEPpapers 362. Berlin.

Heinz, Wolfgang (2011): Neue Straflust der Justiz – Realität oder Mythos? NK 1/2011, S. 14-27.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.)(2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.

Ders. (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Heitmeyer (Hrsg.), S. 15-41.

Ders. (Hrsg.)(1997): *Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft. Band 2: Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt am Main.

Hilgendorf, Eric (2010): *Punitivität und Rechtsgutlehre.* NK 4/2010, S. 125-131.

Hirtenlehner, Helmut/Hummelsheim, Dina (2011): *Schützt soziale Sicherheit vor Kriminalitätsfurcht?* MschrKrim 94. Jahrgang – Heft 3 – 2011, S. 178-198.

Holthusen, Bernd/Hoops, Sabrina (2011): *Zwischen Mogelpackung und Erfolgsmodell.* DJI Impuse 2.2011, S. 12- 14.

Holthusen, Bernd/Hoops, Sabrina/Lüders, Christian/Ziegleder, Diana (2011): *Über die Notwendigkeit einer fachgerechten und reflektierten Prävention.* DJI Impulse 2.2011, S. 22-25.

Illi, Maurice/Schulze, Tillmann (2011): *Welche Sicherheit braucht eine Stadt? Sicherheitsberichte der Stadt Luzern – Ein Beispiel aus der Schweiz.* forum kriminalprävention 3/2011, S. 40-43.

Info.Center der R+V Versicherung (2011): *Die Ängste der Deutschen 2011* (<http://www.infocenter.ruv.de>).

Integrationsindikatorenbericht (2011) – siehe Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011 a)

IZEW - Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften o.J.: *Bemerkungen zum Sicherheitsbegriff.* Tübingen.

Kersten, Joachim (2009): *Medien und Innere Sicherheit.* In: Lange/Ohly/Reichertz (Hrsg.), S. 293-305.

Köcher, Renate/Raffelhüschen, Bernd (2011): *Glücksatlas Deutschland 2011.* Bonn und München.

KOMDAT. *Kommentierte Daten der Kinder und Jugendhilfe.* Heft Nr. 3/2011 (www.akjstat.tu-dortmund.de).

Keuschnigg, Marc/Negele, Eva/Wolbring, Tobias (2010): *Münchener Studie zur Lebenszufriedenheit.* Arbeitspapier des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Nr. 4. Juni 2010

Landespräventionsrat Niedersachsen (Hrsg.)(2011): *Communities That Care – CTC. Prävention in der Kommune zielgenau und wirksam steuern.* 2., überarbeitete Auflage. Hannover.

Lange, Hans-Jürgen/Ohly, Hans P./Reichertz, Jo (Hrsg.) (2009): *Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen.* 2. Auflage. Wiesbaden.

Leisering, Lutz (2007): *Gerechtigkeitsdiskurse im Umbau des deutschen Sozialstaats.* In: Empter/Vehrkamp (Hrsg.) S. 77-108.

Lessenich, Stephan/Möhring-Hesse, Matthias (2004): *Ein neues Leitbild für den Sozialstaat. Eine Expertise im Auftrag der Otto Brenner Stiftung und auf Initiative ihres wissenschaftlichen Gesprächskreises.* Berlin.

Lüders, Christian (2011): *Von der scheinbaren Selbstverständlichkeit präventiven Denkens.* DJI Impulse 2.2011, S. 4-6.

Luff, Johannes (2004): *Kriminologische Regionalanalysen: Zu Moden und Methoden, Notwendigkeit und Nutzen.* In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): *Internetdokumentation Deutscher Präventionstag Hannover.*

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hrsg.)(2011): *Solidarität leben – Vielfalt sichern. Ausgewählte Beiträge des 14. Deutschen Präventionstages 2009.* Godesberg 2011.

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hrsg.)(2009): *Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Ausgewählte Beiträge des 13. Deutschen Präventionstages 2008.* Mönchengladbach.

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (Hrsg.)(2008): *Starke Jugend – starke Zukunft. Ausgewählte Beiträge des 12. Deutschen Präventionstages 2007.* Mönchengladbach.

Mau, Steffen/Burckhardt, Christoph (2010): *Zuwanderung und die Ressourcen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität.* In: Soeffner (Hrsg.), S. 141-155.

Münkler, Herfried/Wassermann, Felix (2008): *Was hält eine Gesellschaft zusammen? Sozialmoralische Ressourcen der Demokratie.* In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2008): *Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus.* Berlin, S. 3-22.

Nassehi, Armin (1997): *Inklusion, Exklusion, Integration, Desintegration. Die Theorie funktionaler Differenzierung und die Desintegrationsthese.* In: Heitmeyer (Hrsg.), S. 113-148.

Nationaler Aktionsplan Integration (2011) – siehe Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011 b).

Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht (2008). Hrsg.: Presse-und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin.

Nullmeier, Frank (2003): *Sozialstaat.* In: *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (www.bpb.de/wissen).

Oberwittler, Dietrich/Gerstner, Dominik (2011): *Kriminalgeographie Baden-Württembergs (2003-2007). Sozioökonomische und räumliche Determinanten der registrierten Kriminalität.* Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Reihe A: Arbeitsberichte. Band A 6 1/2011. Freiburg.

- OECD (2011 a): *Bildung auf einen Blick 2011*. OECD-Indikatoren. Bielefeld.
- OECD (2011 b): *Society at a Glance 2011*. OECD Social Indicators. OECD Publishing. (http://dx.doi.org/10.1787/soc_glance-2011-en)
- OECD (2009): *Gesellschaft auf einen Blick 2009*. OECD-Sozialindikatoren.
- Ohder, Claudius (2010): *Ein Blick zurück nach vorn*. In: *Evaluation und Qualitätsentwicklung in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention*. Dokumentation des 10. Berliner Präventionstages 2009. Berlin, S. 14-20.
- Penz, Reinhard/Priddat, Birger P. (2007): *Ideen und Konzepte neuer Gerechtigkeit und ihre Bedeutung für die neueren Entwicklungen im deutschen Sozialstaat*. In: *Empter/Vehrkamp (Hrsg.)*, S. 51-76.
- PKS – Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland. *Berichtsjahr 2010*. Hrsg. vom Bundeskriminalamt (2011). Wiesbaden.
- Pollak, Reinhard (2012): *Soziale Mobilität in Deutschland*. Eine Expertise im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Berlin (www.vodafone-stiftung.de).
- Prantl, Heribert (2007): *Der große Rüssel*. Vom Umbau des Rechtsstaats in einen Präventionsstaat. Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* vom 21.04.2007 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/vom-umbau-des-rechtsstaats-in-einen-praeventionsstaat-der-grosse-ruessel-1.884547>; Abrufdatum: 29.02.12).
- Prognos AG (2011): *Gutachten Soziale Prävention*. Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Basel.
- Reichertz, Jo (2010): *Mediatisierung der Sicherheitspolitik oder: Die Medien als selbständige Akteure in der Debatte um (mehr) Sicherheit*. In: *Groenemeyer (Hrsg.)*, S. 40-60.
- Reuband, Karl-Heinz (2010): *Dimensionen der Punitivität und sozialer Wandel*. NK 4/2010, S. 143-148.
- Ders. (2009): *Kriminalitätsfurcht*. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: *Lange/Ohly/Reichertz (Hrsg.)*, S. 233-251.
- Sack, Fritz (2010): *Der weltweite ‚punitive turn‘: Ist die Bundesrepublik dagegen gefeit?* In: *Soeffner (Hrsg.)*, S. 229-244.
- Scherr, Albert (2010): *Innere Sicherheit und soziale Unsicherheit*. Sicherheitsdiskurse als projektive Bearbeitung gesellschaftsstrukturell bedingter Ängste? In: *Soeffner (Hrsg.)*, S. 213-227.
- Schöneck, Nadine M./Mau, Steffen/Schupp, Jürgen (2011): *Gefühlte Unsicherheit – Deprivationsängste und Abstiegsorgen der Bevölkerung in Deutschland*. SOEPpapers 428. Berlin.

Schreiber, Verena (2011): *Kommunale Kriminalprävention: Zwischen Mythos, Fürsorge und neoliberaler Steuerung.* *forum kriminalprävention* 4/2011, S. 38-44.

Schwind, Hans-Dieter (2011): *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen.* 21., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Heidelberg e.a.

Sicherheitsberichte für die Stadt Luzern 2007 und 2010. Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit. Luzern.

Singelstein, Tobias/Stolle, Peer (2012): *Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert.* 3., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden.

Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.)(2010): *Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen. Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008.* 2 Bände. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)(2011): *Justiz auf einen Blick.* Ausgabe 2011. Wiesbaden.

Steffen, Wiebke (2011 a): *Moderne Gesellschaften und Kriminalität. Der Beitrag der Kriminalprävention zu Integration und Solidarität.* In: Marks/Steffen (Hrsg.)(2011), S. 45-116.

Dies. (2011 b): *Artikel „Kriminalität“.* In: Wirth (Hrsg.), S. 349 f.

Dies. (2010): *Lern- und Lebensräume von Kindern und Jugendlichen als Orte von Bildung und Gewaltprävention.* Gutachten für den 15. Deutschen Präventionstag 10. & 11. Mai 2010 in Berlin (www.praeventionstag.de).

Dies. (2009): *Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention.* In: Marks/Steffen (Hrsg.)(2009), S. 25-72.

Dies. (2008): *Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden.* In: Marks/Steffen (Hrsg.)(2008), S. 233-272.

Dies. (2006): *Kriminalprävention in Deutschland: Eine Erfolgsgeschichte? Erzählt an den Beispielen „Kommunale Kriminalprävention“ und „Polizeiliche Kriminalprävention“.* In: T. Feltes/C. Pfeiffer/G. Steinhilper (Hrsg.): *Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen.* *Festschrift für Professor Dr. Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag.* Heidelberg, S. 1141-1154.

Dies. (2004): *Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Eine Erfolgsstory?* *forum kriminalprävention* 4/2004, S. 18-21.

Dies. (1993): *Kriminalitätsanalyse I: Dunkelfeldforschung und Kriminologische Regionalanalysen.* Lehr- und Studienbriefe Kriminologie Nr. 4. Hilden.

Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München (Hrsg.)(2011): *Interkultureller Integrationsbericht.* München lebt Vielfalt. München.

Stiftung für Zukunftsfragen (2009 a): *Forschung aktuell. Newsletter Ausgabe 213. 30. Jahrg. 02. April 2009* (www.bat.de).

Dies. (2009 b): *Forschung aktuell. Newsletter Ausgabe 219. 30. Jahrg. 30. September 2009* (www.bat.de).

Van Suntum, Ulrich/Prinz, Aloys/Uhde, Nicole (2010): *Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden in Deutschland: Studie zur Konstruktion eines Lebenszufriedenheitsindikators. SO-EPpapers 259. Berlin.*

Vogel, Berthold (2010): *Wohlstandskonflikte und Unsicherheitsverschärfung. Die Mitte der Gesellschaft gerät unter Druck. In: Soeffner (Hrsg.), S. 157-168.*

Waller, Irvin (2011): *Mehr Recht und Ordnung! – oder doch lieber weniger Kriminalität? Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Präventionstages von Burkhard Hasenpusch und Erich Marks. Mönchengladbach.*

Widersprüche (2011): *Editorial zu „Hinten anstellen! Zur Regulation von Armut in der aktivierten Bürgergesellschaft“. Heft 119/120.*

Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): *Gleichheit ist Glück. 3. erweiterte Auflage. Berlin.*

Wirth, Ingo (Hrsg.)(2011): *Kriminalistik-Lexikon. Heidelberg e.a., 4. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage.*

Ziegleder, Diana/Fischer, Thomas A. (2011): *Sicherheit aus kriminologischer Perspektive. Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Forschungsforum Öffentliche Sicherheit. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Workshop III. Kriminalität – Alte und neue Herausforderungen für die Sicherheit. FU Berlin 15./15. März 2011.*

Ziegleder, Diana/Kudlacec, Dominic/Fischer, Thomas A. (2011): *Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit. Schriftenreihe Sicherheit Nr. 5. Berlin.*

Zoche, Peter/Kaufmann, Stefan/ Haverkamp, Rita (Hrsg.) (2011): *Zivile Sicherheit. Gesellschaftliche Dimensionen gegenwärtiger Sicherheitspolitiken. Bielefeld.*

Plenen

Eröffnungsplenum

16. April 2012 von 11:00 bis 12:30 Uhr

Saal 1



Begrüßung des Geschäftsführers des
Deutschen Präventionstages
Erich Marks



Grußwort des Oberbürgermeisters der
Landeshauptstadt München
Christian Ude



Grußwort des Bayerischen Staatsministers
des Innern
Joachim Herrmann



Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen
Stiftung für Verbrechenverhütung und
Straffälligenhilfe
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner



Einführende Bemerkungen der DPT-
Gutachterin zum Schwerpunktthema des
17. Deutschen Präventionstages
Dr. Wiebke Steffen



Grußwort des Präsidenten des
European Forum for Urban Security
Guilherme Pinto



Grußwort des Leiters Konzernsicherheit
Deutsche Bahn AG
Prof. Gerd Neubeck



Impulsreferat - Balanced Investing in Proven
Crime Prevention: A Crime Victim Right
Prof. Dr. Irvin Waller

**Musikalische Begleitung durch das Brass-Ensemble
der Bayerischen Polizei**

Abschlussplenum

17. April 2012 von 15:00 bis 16:00 Uhr

Saal 1



„Münchner Erklärung“
des Deutschen Präventionstages
Dr. Wiebke Steffen
Gutachterin des Deutschen Präventionstages



Abschluss-Statement
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Kongresspräsident des
Deutschen Präventionstages



„Wege der Sicherheitsgesellschaft“
Prof. Dr. Axel Groenemeyer
Technische Universität Dortmund



Ausblick und Verabschiedung
Erich Marks
Geschäftsführer des Deutschen
Präventionstages, Hannover

Vorträge

zum Schwerpunktthema und weiteren Präventionsthemen

Parallelveranstaltungen
Montag, 16. April 2012 - 14:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
Strategien gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern Dr. Beate Merk	132
Über 300 Bürgerstiftungen in Deutschland - Antriebskräfte für die lokale Präventionsarbeit Prof. Dr. Christian Pfeiffer	134
Chancen der Prävention bei polizeilich mehrfach auffälligen Strafunmündigen Bernd Holthusen	136
Mediation im öffentlichen Raum am Beispiel des Münchner Gärtnerplatzes Dr. Eva Jüsten, Dr. Stefanie Wagner	138
Frühe Hilfen - Frühe Hilfen für belastete Familien in der Kommune Prof. Dr. Elisabeth Pott	140
Jugendschutz in digitalen Welten - alles außer Kontrolle? Otto Vollmers	142
Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention Prof. Gerd Neubeck*	144
Gefühlte Sicherheiten und Sicherheitsgefährdungen – Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD) Dr. Rita Haverkamp	146
Sustaining and Mainstreaming Pre-crime Prevention: Glasgow, Bogotá and Alberta Prof. Dr. Irvin Waller	148

Parallelveranstaltungen

Montag, 16. April 2012 - 15:30 bis 16:30 Uhr

	Seite
Sicherheitsmanagement im öffentlichen Grund: Luzern auf dem Weg - ein Werkstattbericht!	150
Ursula Stämmer-Horst	
Konzepte und Maßnahmen einer umfeldbezogenen Jugendkriminalprävention in Nordrhein-Westfalen	152
Thomas Kutschaty	
Der Runde Tisch war erst der Anfang – Aufgaben und Ziele des Unabhängigen Beauftragten	154
Johannes-Wilhelm Rörig	
Wirksam Handeln bei Mobbing am Arbeitsplatz. Mobbing in gemeinsamer Verantwortung stoppen – Der “Shared Responsibility Approach”	156
Detlef Beck, Heike Blum*	
Sind nationale Suizidpräventionsprogramme effektiv?	158
Georg Fiedler, Prof. Dr. Dr. Armin Schmidtke	
Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen	160
Dr. Holger Floeting, Antje Seidel-Schulze	
Netzwerk Rhein-Neckar - Chancen genutzt und auf Dauer angelegt	162
Bernd Fuchs, Reiner Greulich	
Trotz alledem: die Geschichte der Kriminal- prävention in Kanada am Beispiel einer Gemeinde	164
Christiane Sadeler	
Engaging young people in designing against crime	166
Dr. Caroline L. Davey, Andrew B. Wootton	

Parallelveranstaltungen

Montag, 16. April 2012 - 17:00 bis 18:00 Uhr

	Seite
„Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht ...“ – Erfahrungen mit CTC in Niedersachsen	168
Frederick Groeger-Roth, Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert	
Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt - KoSiPol	170
Prof. Dr. Bernhard Frevel, Christian Miesner	
Missbrauchspräventionsprojekt „Kein Täter werden Bayern“	172
Matthias Butz, Petya Schuhmann	
Präventionsprogramm für Schulen „PIT - Prävention im Team“	174
Martin Halbgewachs, Gudrun Pfab	
Presentation of the International Report on Crime Prevention and Community Safety 2012	176
Dr. Paula Miraglia	
White IT / White IT Supporters e.V. - Ein Bündnis stellt sich vor	178
Reinhard Crantz	
Zug um Zug ins Leben - „fairplayer“ nehmen Fahrt auf und zeigen Zivilcourage	180
Prof. Gerd Neubeck, Prof. Dr. Herbert Scheithauer	
Lokale Gegebenheiten und Kriminalitätsgelegen- heiten: Koreanische Perspektive der Haushalts- viktimisierung	182
Dr. Seong-Hoon PARK, Hark-Mo Daniel PARK	
Zum Selbstverständnis von Opferanwälten: Mittendrin statt nur dabei	184
Jens Markus Rabe	

Parallelveranstaltungen

Dienstag, 17. April 2012 - 09:00 bis 10:00 Uhr

	Seite
Jugendkriminalität in städtischen und ländlichen Räumen: Perspektiven zur Prävention	186
Prof. Dr. Thomas Görgen, Benjamin Kraus, Anabel Taefi	
Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau und das Qualitätssiegel „Sicheres Wohnen“ in Niedersachsen	188
Achim Däbert, Gabriele Lasius, Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert	
Prävention und Intervention bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch: Eine repräsentative Studie an Schulen und Heimen	190
Elisabeth Helming, Dr. Heinz Kindler	
Prävention und Gesundheitsförderung in der Partyszene: Mut oder Zumutung?	192
Dr. Katia Duscherer, Angelika Kraus, Dr. Carlos Paulos	
Vorstellung des Sicherheits- und Aktionsbündnisses Münchner Institutionen (S.A.M.I)	194
Dr. Wilfried Blume-Beyerle, Robert Kopp	
Wir schützen uns vor Schmutz im Netz	196
Christine Bitter	
Die dunkle Seite des Netzes. Leicht verdientes Geld?!	198
Benno Jahn	
Nachhaltigkeit in der Kommunalen Prävention	200
Melanie Blinzler	
Bekämpfung der Taschen- und Handgepäckdiebstahlskriminalität - „Die Tricks der Taschendiebe“	202
Reiner Holitschke	
Sexual Harassment, Sexual Assault and Women's Right to the City: Lessons from the Gender Inclusive Cities Programme	204
Dr. Sohail Husain	

Parallelveranstaltungen

Dienstag, 17. April 2012 - 10:30 bis 11:30 Uhr

	Seite
Systemische Gewaltprävention - Methodischer Ansatz und praktische Erfahrungen Anna Rau, Dr. Tina Silbernagl	206
Städtebauliche Kriminalprävention Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl	208
Aussage gegen Aussage - Zum Dilemma von Täter- und Opferschutz bei Beziehungsdelikten Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer	210
Münchener Programm zur Prävention des Missbrauchs von Alkohol und anderen Suchtmitteln bei Kindern und Jugendlichen „Rauschfrei durch München“ Georg Hopp, Viktoria Racic, Barbara Roth	212
Möglichkeiten und Grenzen der Prävention durch Familienhebammen Angela Nieting	214
Was macht mein Kind im Internet? Aktuelle Entwicklungen – Gefährdungen – Medienempfehlungen Walter Staufer	216
Der Gehalt der Gewalt - wie Gewalt aussieht und was sie begünstigt Dr. Johannes Luff, Dr. Figen Özsöz	218
Sicherheitshaus - die Methodik des erweiterten Casemanagement und mehr Julia Mölck	220
Building Safer and Inclusive Cities: The Experience of Delhi Kalpana Viswanath	222

Parallelveranstaltungen
Dienstag, 17. April 2012 - 12:30 bis 13:30 Uhr

	Seite
Präventionsangebote für ältere Menschen im Zeichen gesellschaftlichen Wandels Andreas Mayer	224
Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder Dirk Behrmann, Dr. Anke Schröder	226
Kommunale Kriminalprävention 55 plus Sicherheit - lebenswerte Stadt auch für die ältere Generation Erhard Paasch	228
Förderprogramm „Prävention alkoholbedingter Jugendgewalt (PAJ)“ Frank Buchheit, Michael Haller	230
Vorstellung des Münchner Präventionsprojektes „zammgrauft“ und der aktuellen Evaluationsergebnisse Ralph Kappelmeier, Dr. Mechthild Schäfer	232
Facetten des Bevölkerungsschutzes – nicht polizeiliche Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern Norbert Seitz	234
Elektronische Aufenthaltsüberwachung - ein Instrument der Führungsaufsicht Dr. Helmut Fünfsinn, Dr. Helmut Seitz	236
Urbane Sicherheit 2025: Wie sich Schweizer Städte auf die Zukunft vorbereiten Sybille Oetliker, Dr. Tillmann Schulze	238
Violence Prevention: Experiences from South Africa. Dr. Tina Silbernagl	240

Parallelveranstaltungen
Dienstag, 17. April 2012 - 14:00 bis 15:00 Uhr

	Seite
Einbindung der Wirtschaft in die Präventionsarbeit Dr. Frank Quante	242
Bedingungen urbaner Sicherheit Prof. Dr. Dieter Hermann	244
Niedrigschwellige, familienorientierte Prävention: Zugangswege zur Erreichung arabischer Jugendlicher und Familien Nader Khalil, Ismail Ünsal	246
Ergebnisse der systematischen Rückfalluntersuchung im Hessischen Jugendvollzug Dr. Marc Coester, Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner, Dr. Jost Stellmacher, Prof. Dr. Ulrich Wagner	248
MUM - Münchner Unterstützungsmodell gegen häusliche Gewalt Arno Helfrich	250
Stadt und Land - Strategien zur Gewaltprävention - Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT), Berlin Volkert Ruhe, Prof. Dr. Wolfgang R. Vogt	252
Elektronische Aufenthaltsüberwachung in Europa – kriminalpräventive Alternativen? Silke Eilzer, Heinz-Peter Mair	254
Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger Sigfried Löprick, Guilherme Pinto, Dr. Martin Schairer	256
Preventing violence: an overview Dr. Alexander Butchart	258

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.



Dr. Beate Merk

**Bayerische Staatsministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz**

Dr. Beate Merk

Die Bayerische Staatsministerin Dr. Beate Merk wurde am 1. August 1957 in Nordhorn geboren. Nach dem Studium der Rechts- und Politikwissenschaften legte sie in München das erste und auch das zweite juristische Staatsexamen ab. 1991 promovierte sie in Würzburg zum Dr. jur. utr. Ihre berufliche Laufbahn führte die CSU-Politikerin zunächst in das Bayerische Staatsministerium des Innern sowie als juristische Staatsbeamtin an das Landratsamt Neu-Ulm. Nach einer kurzen Tätigkeit in der Bayerischen Staatskanzlei kehrte sie im Juni 1995 als Oberbürgermeisterin nach Neu-Ulm zurück. Zum 14. Oktober 2003 wurde die gebürtige Niedersächslerin zur Bayerischen Staatsministerin der Justiz ernannt. Im Oktober 2008 wurde ihr Ministerium um den Verbraucherschutz erweitert, so dass sie nunmehr als Bayerische Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz fungiert. Ebenfalls seit Oktober 2008 vertritt Frau Dr. Merk die bayerische Bevölkerung als Abgeordnete im Bayerischen Landtag. Von 2003 bis 2008 war sie Bezirksrätin im Bezirkstag Schwaben. Daneben bleibt sie seit 1996 als Kreisrätin in Neu-Ulm ihren kommunalpolitischen Wurzeln treu. Als stellvertretende Parteivorsitzende und Präsidiumsmitglied gestaltet die Juristin, die außerdem Bezirksvorsitzende der Frauen-Union Schwaben ist, die Geschicke der CSU grundlegend mit. Im Juli 2011 wurde sie zur Ehrensensatorin der Hochschule Neu-Ulm ernannt.

Strategien gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern

**Moderation: Prof. Dr. Günter Dörr,
Landesinstitut für Präventives Handeln, Saarland**

Das Jahr 2010 brachte eine Reihe erschreckender Missbrauchsfälle in Schulen und Heimen ans Tageslicht. Um Kindern künftig ähnliches Leid zu ersparen, hat die bayerische Staatsregierung das „Forum zur Aufarbeitung der Gewalt- und Sexualdelikte an Kindern und Jugendlichen in Bayern“ ins Leben gerufen. Im bayerischen Justizministerium wurde in diesem Rahmen gemeinsam ein Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung sexuellen Kindesmissbrauchs erarbeitet. Im Vortrag sollen die wesentlichen Maßnahmen vorgestellt werden, die sich den drei Säulen Prävention, Informationsaustausch und Strafverfolgung zuordnen lassen. Primäres Ziel ist es, Missbrauch von vornherein zu verhindern.

Vorbildcharakter hat hier das Projekt „Kein-Täter-werden-Bayern“, in dem Männer mit sexuellen Neigungen zu Kindern beraten und therapiert werden. Wo ein Übergriff nicht verhindert werden kann, muss - etwa durch eine ambulante forensische Nachsorge und durch Beschäftigungsverbote für einschlägig Vorbestrafte - sichergestellt werden, dass es zu keinem weiteren Missbrauch kommen kann. Neben einem verbesserten Informationsaustausch zwischen Schulen und Heimen sowie Polizei und Justiz bedarf es schließlich einer Strafverfolgung, die den Opferschutz ernst nimmt.



Prof. Dr. Christian Pfeiffer

**Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen (KFN) e. V.**

Prof. Dr. Christian Pfeiffer:

Geboren 1944 in Frankfurt/Oder; nach Schule und Bundeswehr (Leutn. d. Res.) Studium der Rechtswissenschaften und Kriminologie an der Universität München und der London School of Economics and Political Science, Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes; Wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Schüler-Springorum (Universität München), während dieser Zeit Gründer und 1. Vorsitzender des Vereins BRÜCKE e.V. München, dessen Modellversuch zur Erprobung ambulanter Maßnahmen nach dem JGG bundesweit große Ausstrahlungswirkung entfaltet; Heisenberg Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft; seit 1988 Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.; 1987 bis 2000 Universitätsprofessor für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover; 1986 bis 1997 1. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.; 1997 bis 2000 Gründer und 1. Vorsitzender der Bürgerstiftung Hannover, nach deren Vorbild inzwischen bundesweit mehr als 80 weitere Bürgerstiftungen gegründet wurden; Dezember 2000 bis März 2003 niedersächsischer Justizminister; seitdem wieder Direktor des KFN.

Über 300 Bürgerstiftungen in Deutschland - Antriebskräfte für die lokale Präventionsarbeit

Moderation: Kathrin Hennings, Polizei Hamburg

Ausgehend von der Stadtstiftung Gütersloh und der Bürgerstiftung Hannover haben sich in den letzten 16 Jahren in Deutschland mehr als 300 Bürgerstiftungen entwickelt.

Diese neue Form bürgerschaftlichen Engagements ist im Grunde ein Bündnis der Ideenreichen, der Zeitreichen und der Geldreichen einer Region. Ihr Ausgangspunkt ist die Einschätzung, dass Staat und Kommunen es allein nicht mehr schaffen. Vor allem in den Bereichen Jugend, Kultur, Soziales und Umwelt fehlt es oft an Ideen, an Tatkraft und an Geld.

Mehr als 18.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich deshalb dazu entschlossen, ihre Kräfte in solchen Stiftungen zu bündeln. Gemeinsam verfügen sie heute auf ihren Kapitalkonten über mehr als 200 Millionen Euro und werden in ihrer Arbeit von mehr als 12.000 ehrenamtlichen Helfern unterstützt.

Der Vortrag soll zum einen darlegen, wie die Bürgerstiftungen an vielen Orten zu Antriebskräften für die lokale Präventionsarbeit geworden sind. Zum anderen soll anhand von 12 Punkten vermittelt werden, was man bedenken, muss, wenn man eine erfolgreiche Bürgerstiftung ins Laufen bringen möchte. Und schließlich soll abschließend anhand eines konkreten Beispiels – der aktuellen Krise von Jungen und männlichen Jugendlichen – aufgezeigt werden, was Bürgerstiftungen hiergegen unternehmen können.



Bernd Holthusen

Deutsches Jugendinstitut e. V.

Bernd Holthusen:

Dipl. Pol., Jg. 1962

Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg und Berlin

1989 Abschluss Diplom Politikwissenschaften

1990 - 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin zum Thema Rechtsextremismus in Berlin

1994 - 1996 Bildungsreferent beim Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention im Verein für Kommunalwissenschaften

seit 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI

Seine Arbeitsschwerpunkte sind Abweichendes Verhalten, Kinderdelinquenz, Jugendkriminalität, Mehrfach- und Intensivtäter, Prävention, Evaluation, Kooperation, Kinder- und Jugendhilfe, Rechtsextremismus, Jugendgewalt.

Chancen der Prävention bei polizeilich mehrfach auffälligen Strafunmündigen

Moderation: Dr. Malte Rabe von Kühlewein,
Niedersächsisches Justizministerium

Eine kleine Anzahl von Kindern wird bereits vor dem Erreichen der Strafmündigkeitsgrenze mehrfach polizeilich auffällig, nicht nur weil sie verdächtigt werden, rechtswidrige Taten begangen zu haben, sondern z.B. auch, wenn sie vermisst gemeldet werden, bei Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz, als Opfer oder Zeuge von Straftaten oder bei Schulpflichtverletzungen. Alle diese polizeilichen Auffälligkeiten können Hinweise auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung und/oder auf einen erzieherischen Bedarf sein. Aus diesem Grund ist vorgesehen, dass die Polizei diese Auffälligkeiten an das zuständige Jugendamt meldet, das dann prüfen kann, ob ein pädagogischer Handlungsbedarf besteht.

Wie dieses Verfahren in der Praxis umgesetzt wird und wie die Kooperation von Polizei und Kinder- und Jugendhilfe hier weiter verbessert werden kann, dies war die Fragestellung einer empirischen Studie der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut (DJI).

Mit einer zusammenführenden Aktenanalyse der polizeilichen Vorgangsverwaltung und der Jugendamtsakten wurden in einer westdeutschen Großstadt besonders schwierige Fälle mit der Zielstellung untersucht, die Verfahren der Zusammenarbeit von Polizei und Kinder- und Jugendhilfe weiter zu verbessern, um möglichst frühzeitig durch pädagogische Ansätze das Risiko späterer negativer Karrieren zu senken.



Dr. Eva Jüsten

Landeshauptstadt München -
Sozialreferat



Dr. Stefanie Wagner

Mediatorin

Dr. Eva Jüsten:

Juristin und Mediatorin (BM),

seit 1994 als Juristin in verschiedenen Referaten der Landeshauptstadt München,

seit 2010 Leiterin der Stelle für Gemeinwesenmediation

Dr. Stefanie Wagner:

Rechtsanwältin und Mediatorin (BAFM)

seit 2000 Mediatorin in verschiedenen Konfliktfeldern, Lehrbeauftragte an der Katholischen Stiftungsfachhochschule für Sozialwesen, Mitarbeiterin bei SteG

Mediation im öffentlichen Raum am Beispiel des Münchner Gärtnerplatzes

Moderation: Alexander Röchling,
Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Viele Städte, auch München sind zunehmend mit dem Konfliktfeld „Feiern im Freien“ konfrontiert: In lauen Sommer Nächten wird z.B. der Gärtnerplatz so zahlreich besucht, dass Folgen wie z.B. Lärm und Müll für die Anwohner und Anwohnerinnen nicht ausbleiben. Die Stelle für Gemeinwesenmediation (SteG; www.muenchen.de/steg) hat in den Jahren 2010/2011 am Gärtnerplatz mediiert. Zur Zeit koordinieren 2 Projektmanagerinnen von SteG die Umsetzung der Ergebnisse der Mediation.

Inhalte des Vortrags:

- Situationsbeschreibung am Gärtnerplatz
- Akquisition durch Initiative von SteG
- Vorgespräche mit städtischen Stellen und Bezirksausschuss
- Inhalte des Mediationsauftrags
- Auswahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Mediation
- erste öffentliche Veranstaltung
- Informationsveranstaltung über die Grenzen behördlichen Handelns und
- Einschreitens am Gärtnerplatz
- Veranstaltung zur Ideensammlung in Form eines Open Space
- Umsetzungsphase
- Dokumentation und Kommunikation während des Mediationsprozesses
- Zusammenarbeit mit der Presse
- „lessons learned“
- Diskussion im Plenum



Prof. Dr. Elisabeth Pott

**Bundeszentrale für gesundheitliche
Aufklärung (BZgA)**

Prof. Dr. med. Elisabeth Pott:

geb. am 10. Januar 1949 in Bochum, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Von 1967 bis 1974 Medizinstudium in Bonn und Kiel, 1976 Approbation. Promotion (Gerichtsmedizin). 1976 /77 Chirurgische Weiterbildung, 1981 Ärztin für öffentliches Gesundheitswesen. 1978 Referentin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Gesundheitsvorsorge und Früherkennung in der GKV). 1981 Referatsleiterin im Niedersächsischen Sozialministerium (Gesundheitsvorsorge und -fürsorge im ÖGD). Seit März 2007 Honorarprofessur im Zentrum Öffentliche Gesundheitspflege an der Medizinischen Hochschule Hannover am Institut für Epidemiologie, Sozialmedizin und Gesundheitssystemforschung und seit 1985 Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Adresse:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
Ostmerheimer Straße 220
51109 Köln.

Frühe Hilfen - Frühe Hilfen für belastete Familien in der Kommune

**Moderation: Gisela Mayer,
Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden**

Frühe Hilfen (FH) sollen bereits in der Schwangerschaft und bis zum dritten Lebensjahr eines Kindes dazu beitragen Belastungskonstellationen rechtzeitig zu erkennen, um präventiv darauf reagieren und Hilfen anbieten zu können.

Dies soll vor allem durch die bessere Verzahnung von Gesundheitswesen und Jugendhilfesystem erfolgen. Dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) wurde in diesem Kontext die Aufgabe übertragen, die vielfältigen Aktivitäten von Ländern und Kommunen zu bündeln und den wechselseitigen Austausch sicher zu stellen.

Durch die Generierung und Bereitstellung von Wissen für die Öffentlichkeit und Transfer von best practice in die Fläche trägt das NZFH dazu bei, den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs zu FH als wirksames, präventives sowie dauerhaftes Unterstützungsangebot für (werdende) Eltern und ihre Kinder zu etablieren. FH konnten mittlerweile in vielen Kommunen installiert werden. Sie bestätigen, dass FH Wirkung zeigen hinsichtlich der Verbesserung der Prävention und Früherkennung von Problemlagen in Familien.



Otto Vollmers

Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM)

Otto Vollmers:

LL.M., studierte Rechtswissenschaften in Marburg, Paris und Wellington. Nach der Beschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Marburg absolvierte er das Rechtsreferendariat in Berlin. Von 2006 bis 2011 arbeitete er als juristischer Referent der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e.V. (FSM). Seit Oktober ist Otto Vollmers Geschäftsführer des FSM e.V.

Jugendschutz in digitalen Welten - alles außer Kontrolle?

**Moderation: Siegfried Löprick,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

Mögliche Gefahren aus dem Internet sind in aller Munde. Ob Cybermobbing, Pornografie, Gewaltspiele oder der Verlust persönlicher Daten die Bandbreite der in der Öffentlichkeit diskutierten Phänomene ist groß. Sei es die Diskussion um die Lästplattform isharegossip oder der Versuch die Privatsphäre in sozialen Netzwerken zu sichern, Politik und Gesellschaft suchen nach Mitteln und Wegen um mögliche Risiken zu erkennen und einzudämmen. Die FSM engagiert sich seit vielen Jahren in diesem Bereich und wird mit dem Vortrag praktische Lösungsmethoden aufzeigen, wie diesen Zukunftsthemen zu begegnen ist. Dabei wird es um die Fragen gehen, wie Jugendschutz im Internet sinnvoll gestaltet werden kann, wie sich Kinder und Jugendliche sicher im Internet bewegen können und welche Möglichkeiten sich Eltern bieten? Darüber hinaus wird aber auch aufgezeigt, welche Maßnahmen die FSM ganz konkret bietet, um das Internet sicherer zu machen, bspw. eine Beschwerdestelle, an die sich jeder Bürger kostenlos wenden kann oder verschiedene Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, die hohe Standards in Bereichen wie Mobilfunk, Chat und Social Communities setzen. Speziell an Eltern und Lehrer gerichtet, ist die Vorstellung unserer erfolgreichen Medienkompetenzprojekte Internauten und fragFINN.



Prof. Gerd Neubeck

Deutsche Bahn AG

Prof. Gerd Neubeck:

Leiter der Konzernsicherheit (CSO) der Deutschen Bahn AG, seit 2009 Honorarprofessur an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR); Mitautor eines Kommentars zur Strafprozessordnung. Seit 2010 Vorstandsvorsitzender (ehrenamtlich) des Deutschen Forums für Kriminalprävention.

Von 2000 2009 Polizeivizepräsident in Berlin und von 1998 bis 2002 Bundessprecher (ehrenamtlich) des Technischen Hilfswerkes. Zuvor Richter und Staatsanwalt in Nürnberg, Fürth und Dresden, zuletzt als Oberstaatsanwalt.

Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention

Moderation: Dr. Olaf Lobermeier, proVal

Mit ihrem ganzheitlichen Sicherheitskonzept setzt die Deutsche Bahn Standards für den Schutz von Reisenden und Mitarbeitern.

Die Bahn ist hierdurch sicherer als viele andere öffentliche Räume und das nicht ohne Grund: Täglich sind rund 3.700 Sicherheitskräfte im Dienst der DB unterwegs und jährlich investiert die DB rund 160 Millionen in die Sicherheit, Tendenz steigend.

Die Konzepte orientieren sich an den Kundenzufriedenheitswerten und gehen daher speziell auf die Verbesserung des Sicherheitsempfindens in den Abend- und Nachtstunden ein.

Das kombinierte Einsatzkonzept aus operativ zugeordneten Sicherheitskräften in Zügen und Bahnhöfen sowie mobilen und flexiblen Streifen in der Fläche ermöglicht ein bedarfsorientiertes Handeln.

Ein wesentlicher Bestandteil unseres Sicherheitskonzeptes ist die Präventionsarbeit, insbesondere in Hinblick auf Kinder und Jugendliche. Ziel ist die Förderung sozialer Kompetenzen und Zivilcourage in Schulen um Gewalt und Vandalismus nachhaltig zu reduzieren.

Bei all den möglichen Bausteinen für hohe Sicherheitsstandards steht immer der Mensch im Mittelpunkt und ist damit auch Schlüsselfaktor.

Deshalb arbeitet die Security Organisation des Konzerns an Awareness Programmen für Mitarbeiter und Kunden sowie an permanenten Qualifizierungs- und Kommunikationsmaßnahmen.

Die Deutsche Bahn setzt auf die Devise „Mehr Sicherheit durch Prävention!“

Dr. Rita Haverkamp

**Max-Planck-Institut für ausländisches und
internationales Strafrecht**

Dr. Rita Haverkamp:

PD Dr. Rita Haverkamp ist seit 2008 wissenschaftliche Referentin in der kriminologischen Abteilung des Max-Planck-Institutes für ausländisches und internationales Strafrecht, seit 2010 Privatdozentin an der Ludwig-Maximilians-Universität München und war im Wintersemester 2010/2011 Vertreterin der Professur für Strafrecht an der Universität Bremen. Seit Juni 2010 ist sie Koordinatorin des Verbundprojektes BaSiD (Barometer Sicherheit in Deutschland). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Sanktionenrecht, Jugendstrafrecht, Strafvollzug, Terrorismus und in der Sicherheitsforschung.

Gefühlte Sicherheiten und Sicherheitsgefährdungen Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)

Moderation: Dr. Claudia Heinzemann, DEFUS

Das interdisziplinäre Forschungsprojekt BaSiD (Barometer Sicherheit in Deutschland) hat zum Ziel, ein Monitoring von objektivierten und subjektiven Sicherheiten zu erstellen. Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Verbund besteht aus sieben Partnern aus den gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen Kriminologie, Medien- und Kommunikationswissenschaft, (Sozial-)Psychologie, Soziologie und Ethik. Das Sicherheitsbarometer, das das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht aufbereitet, wird ein Querschnitt der verschiedenen Untersuchungsschritte der Verbundpartner sein, der gesellschaftlich relevante Gefährdungen und Großrisiken wie auch die Bedeutung unterschiedlicher Dimensionen subjektiver und objektivierter Sicherheiten sein wird. Die vergleichende Bewertung der verschiedenen Ergebnisse stellt eine methodische Herausforderung dar, die sich schon allein darin zeigt, dass das Sicherheitsbarometer eine eigenständige Aussagekraft im Vergleich zu den Erkenntnissen der Teilvorhaben entfalten wird. Neben der Projektkonzeption wird das Sicherheitsverständnis im Verbund, die Ambivalenz zwischen objektivierten und subjektiven Sicherheiten sowie Ansätze zur Erstellung des Sicherheitsbarometers vorgestellt.



Prof. Dr. Irvin Waller

University of Ottawa

Prof. Dr. Irvin Waller:

is an author and university professor who is internationally sought after as an expert and speaker on stopping crime and rights for crime victims. He currently serves as the President of the US-headquartered International Organization for Victims' Assistance.

After earning his Ph.D. at Cambridge University, he established an international reputation as a leading empirical researcher before becoming a senior Canadian public servant.

He received awards from the National Organization for Victim Assistance (NOVA) and the World Federation for Mental Health for his work leading to the magna carta for victims when the UN General Assembly adopted the Declaration on Basic Principles of Justice for Victims of Crime and Abuse of Power which has influenced justice and services for victims world-wide.

He was the founding executive director of the International Centre for the Prevention of Crime, affiliated with the United Nations. He has advised several intergovernmental agencies including WHO and the World Bank. His achievements in crime prevention have been recognized by England, Canada, Belgium, France and The Netherlands.

His current work shares scientific knowledge and its policy implications with legislators, crime victims and taxpayers. This includes popular books on Rights for Victims of Crime: Rebalancing Justice, (English and Spanish) and Less Law, More Order: The Truth about Reducing Crime (German, French, English, Spanish and Chinese), a blog and twitter account on these issues. (www.irvinwaller.org).

Sustaining and Mainstreaming Pre-crime Prevention: Glasgow, Bogotá and Alberta

Moderation: Dr. Marc Coester, Deutscher Präventionstag und Dr. Burkhard Hasenpusch, Landespräventionsrat Nds.

Every year people are murdered, women are raped, kids are abused, and citizens and householders are traumatized by crimes that could have been averted if governments had re-invested in what is proven to prevent crime and violence.

We know the numbers of crime victims and the economic costs of harm to them. Scientific public health bodies, such as the World Health Organization, have proven those preventive strategies which achieve large reductions in harm to victims. They have shown the positive return on investment from many prevention programs.

Yet elected politicians continue to over spend on the "only" reactive response. They point to emotional and exceptional examples to justify increases in this approach. They claim that incarceration deters violent and property offenders when it does not. But their populism does not coincide with popular understanding about crime. Most citizens and now many leading police executives - know that you cannot "only" arrest your way out of violence but you must tackle well known risk factors.

Some believe correctly that crime can be reduced through general policies, such as child care, schooling, employment and so on. But the best return on investment comes from risk focused prevention when social programs are targeted to reach the youth, families and neighborhoods. Bogotá, Glasgow and Alberta provide examples of the new effective and balanced approach.

It is time to help legislators to reinvest in stopping crime, because it is a right of (potential) victims and taxpayers. This requires leadership, diagnosis, braiding, resources and a balanced approach. They must shift resources and the debate from over-reliance on reaction to making smart investments in pre-crime prevention. We must use social media to encourage this.

Vortrag in englischer Sprache



Ursula Stämmer-Horst

Stadt Luzern

Ursula Stämmer-Horst:

9.6.1958 von Luzern

seit 2000 Stadträtin und Vizepräsidentin des Stadtrates Luzern (CH)

Direktorin Umwelt, Verkehr und Sicherheit (Mitglied der 5-köpfigen Exekutive der Stadt Luzern) für die Sozialdemokratische Partei

Zuständig für

- Tiefbauamt (Verkehr, Stadtgärtnerei, Strasseninspektorat, Entsorgung Abwasser/Abfall, Naturgefahren)
- Bevölkerungsdienste (Einwohnerdienste, Zivilstandsamt, Einbürgerungen)
- Feuerwehr (Milizkorps mit 300 Angehörigen der Feuerwehr)
- Umweltschutz (Natur- und Landschaftsschutz, Energie, Öko-forum, Deponien)
- Stadtraum und Veranstaltungen (Bewilligungen, öff. Grund, Taxiwesen, Boulevardrestaurants, Veranstaltungen, Eventkoordination, SIP (Einsatzgruppe Sicherheit/Intervention/Prävention:Streetworker)
- Zivilschutz
- Präsidentin regionale Entsorgung REAL (Abwasser/Abfall)
- Vorstandsmitglied Trägerverein Energiestadt Schweiz und European Energy Award

Ausbildung als diplomierte Krankenschwester mit Berufserfahrung in der Psychiatrie

Verheiratet, Mutter von 2 Töchtern (26 und 27 Jahre alt)

Sicherheitsmanagement im öffentlichen Grund: Luzern auf dem Weg - ein Werkstattbericht!

Moderation: Thomas Müller, Landespräventionsrat Nds.

Luzern, Hauptstadt des gleichnamigen Schweizer Kantons, ist die Kernstadt der Zentralschweiz mit 80000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Das Thema Sicherheit mit allen Facetten steht wie in vergleichbaren Kernstädten immer wieder zuoberst auf der politischen Agenda. Dabei steht neben der objektiven Sicherheit, die sich anhand Statistiken über Vorfälle messen lässt, das subjektive Sicherheitsgefühl im Mittelpunkt des Interesses. Um eine Gesamtschau über die Situation vornehmen, entschlossen sich die Stadtbehörden, einen neuen Weg für die Beurteilung einzuschlagen. Es wurde eine Risikoanalyse erstellt, damit verbunden war ein Maßnahmenkatalog und ein Risikomanagement wurde erarbeitet.

Natürlich konnten nicht alle Probleme gelöst werden und die Stadt sieht sich permanent mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Dazu gehört die zunehmende Beanspruchung des öffentlichen Grundes durch Veranstaltungen und die sogenannte 24-Stunden-Gesellschaft, die dazu führt, dass sich insbesondere nachts und an Wochenenden sehr viele Personen im Ausgang befinden, verbunden mit Problemen wie Lärm, Alkohol, Abfall und Gewalt.

Das Vorgehen ermöglicht es den Behörden, gezielt Verbesserungen zu erreichen. Der Massnahmenkatalog kann anhand einer Pendenzenliste regelmässig überprüft und angepasst werden.



Thomas Kutschaty

**Justizminister des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Thomas Kutschaty:

geboren am 12. Juni 1968 in Essen,

verheiratet, eine Tochter und zwei Söhne

1987 - Abitur am Gymnasium Borbeck

1987 - 1989 - Zivildienst

1989 - 1994 - Jurastudium der Ruhr-Uni Bochum

1995 - 1. Juristisches Staatsexamen Oberlandesgericht
Düsseldorf

1995 - 1997 - Rechtsreferendar beim Landgericht Essen

1997 - 2. Juristisches Staatsexamen

Seit 1997 bis 2010 - Rechtsanwalt, Kanzlei in Essen-Borbeck

Seit Juni 2005 - Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Ab 15.07.2010 - Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Konzepte und Maßnahmen einer umfeldbezogenen Jugendkriminalprävention in Nordrhein-Westfalen

**Moderation: Dr. Malte Rabe von Kühlewein,
Niedersächsisches Justizministerium**

Der Beitrag befasst sich mit den Rahmen- und Erfolgsbedingungen verschiedener kriminalpräventiver Maßnahmen im Jugendbereich. Dargelegt wird die kriminologische und kriminalpolitische Ratio der zugrunde liegenden Konzepte. Ideen der Kooperation der Verfahrensbeteiligten und neue Modelle einer Sachbearbeitung in möglichst enger Einbindung in örtliche Strukturen der Jugendkriminalprävention werden für Nordrhein-Westfalen beschrieben.

Im Näheren richtet sich der Blick auf „Häuser des Jugendrechts für junge Intensivtäter“ ebenso wie auf den „Staatsanwalt für den Ort“. In den Häusern des Jugendrechts werden Jugendgerichtshilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft unter einem Dach zusammengeführt, um die Bearbeitung der Verfahren gegenüber hochgradig auffälligen Tätern zu optimieren und den Abbruch krimineller Karrieren zu unterstützen. Dem Staatsanwalt für den Ort werden bestimmte örtliche Zuständigkeiten zugewiesen, um eine umfeldbezogene Fallbearbeitung durch den Jugenddezernenten zu ermöglichen. Soweit bereits vorhanden, werden auch Ergebnisse der Evaluation vorgetragen.

Überdies werden neue Entwicklungen im Bereich des Jugendstrafvollzug - wie der Vollzug in freien Formen - oder neue Ansätze der sozialpädagogisch gehaltvollen Arrestvollstreckung vorgestellt.



Johannes-Wilhelm Rörig

**Unabhängiger Beauftragter für Fragen
des sexuellen Kindesmissbrauchs**

Johannes-Wilhelm Rörig:

Geb. 1959, verheiratet, 2 Kinder

1978 Fachabitur, Wirtschaft, Verwaltung, Kassel

1982 Dipl.-Betriebswirt, Fachhochschule Köln

1988 Erstes juristisches Staatsexamen, Berlin, Referendar
beim Kammergericht

1990 Leiter des Büros der Vorsteherin der Stadtverordneten-
versammlung von Berlin, Dr. Christine Bergmann

1991 Zweites Juristisches Staatsexamen, Berlin

1991 Leiter des Büros der Bürgermeisterin von Berlin und
Senatorin für Arbeit und Frauen, Dr. Christine Bergmann,
Senatskanzlei Berlin

1993 Richter auf Probe, Arbeitsgericht Berlin

1996 Richter am Arbeitsgericht auf Lebenszeit

seit 1998 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend (BMFSFJ)

1998 Leiter des Büros der Bundesministerin Dr. Christine
Bergmann und der Leitungsgruppe im BMFSFJ

2000 - 2009 Leiter der Zentralabteilung

2009 - 2011 Unterabteilungsleiter in der Abteilung Kinder und
Jugend

seit 12/2011 Unabhängiger Beauftragter für Fragen des
sexuellen Kindesmissbrauchs

Schwerpunkte der beruflichen Tätigkeit im Bereich der Kin-
der- und Jugendpolitik:

u.a. Gesetzgebungsverfahren zum Bundeskinderschutzge-
setz, Aktionsplan 2011 der Bundesregierung zum Schutz
von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und
Ausbeutung, Kinder- und Jugendplan des Bundes, eigen-
ständige Jugendpolitik, EU-Jugendstrategie, Internationale
Jugendpolitik

Der Runde Tisch war erst der Anfang Aufgaben und Ziele des Unabhängigen Beauftragten

Moderation: Andrea Buskotte, Landespräventionsrat Nds.

In seinem Vortrag beschreibt Johannes-Wilhelm Rörig, ausgehend von den Empfehlungen seiner Vorgängerin Dr. Christine Bergmann sowie den Empfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“, Aufgaben und Ziele seiner Tätigkeit bis Ende 2013. Zur Amtszeit von Dr. Christine Bergmann standen die Aufarbeitung der Thematik des sexuellen Kindesmissbrauchs und die daraus abgeleiteten Empfehlungen für Politik und Gesellschaft im Vordergrund. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des neuen Unabhängigen Beauftragten liegt vorrangig in der Initiierung der Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches, insbesondere bei der Begleitung der Umsetzung der Empfehlungen im Bereich Prävention, Intervention und Aufarbeitung. Ein Schwerpunkt wird hierbei auf dem Monitoring der Umsetzung der Empfehlungen für Leitlinien und Handlungskonzepte bei Prävention und Intervention in den Einrichtungen liegen. In seinem Vortrag wird Johannes-Wilhelm Rörig diese und weitere Aufgaben sowie seine Ziele bis Ende 2013 vorstellen.



Detlef Beck

fairaend



Heike Blum

fairaend

Detlef Beck:

Mediator (BM) und Ausbilder für Konfliktmanagement und Mediation, Konfliktberater und Trainer, Dipl.-Ökonom, Dipl.-Verwaltungswirt

Heike Blum:

Mediatorin und Ausbilderin für Mediation und Konfliktmanagement (BM), Supervisorin und Trainerin, Systemische Organisationsberatung, Anthropologin M.A.

Wirksam Handeln bei Mobbing am Arbeitsplatz. Mobbing in gemeinsamer Verantwortung stoppen - Der "Shared Responsibility Approach"

Trotz guter Prävention kann es zu Mobbing-Situationen kommen. Unternehmen, Behörden sowie andere Organisationen sollten auf solche Fälle **vorbereitet sein**, damit die Betroffenen schnell und professionell unterstützt werden können. Es stärkt die Autorität von Personalverantwortlichen, wenn sie in Konflikten und Mobbing-Situationen engagiert und beherrscht die Initiative greifen und so zur Wiederherstellung eines guten sozialen Miteinanders und besseren Betriebsklima entscheidend beitragen.

Der **Shared Responsibility Approach** (Shared Responsibility = „Geteilte/Gemeinsame Verantwortung“; approach = Ansatz) ist ein wirksames **Handwerkzeug**, um Mobbing zwischen Mitarbeitern rasch und effizient zu beenden. Die Methode ist einfach in der Anwendung. Sie besteht aus einem klar strukturierten dreischrittigen Handlungsablauf.

Herausfordernd bei diesem Interventionsansatz ist:

- eine aufwändige Ursachenforschung und Aufarbeitung zurückliegender Vorfälle ist nicht notwendig
- auf Schuldzuweisungen und Sanktionsandrohungen wird verzichtet
- sowohl die Mobbing-Akteure wie auch die nicht direkt ins Mobbing-Geschehen involvierten KollegInnen werden konsequent in einen Lösungsprozess eingebunden

Inhalte:

- Was ist Mobbing und wie unterscheidet sich Mobbing von anderen Konflikten
- Das Vorgehen mit dem Shared Responsibility Approach
- Grundlegende Handlungsorientierung
- Vorgehensschritte

Georg Fiedler

Therapiezentrum für Suizidgefährdete TZS



Prof. Dr. Dr. Armin Schmidtke

Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland

Prof. Dr. phil. Dr. med. habil. A. Schmidtke:

Dipl. Psychologe

Nach dem Studium der Psychologie Tätigkeiten am Lehrstuhl Psychologie der Universität Mannheim, dann stv. Abteilungsleiter der Abteilung Klinische Psychologie am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim (WHO Collaborating Centre). Weiterbildung als Psychotherapeut. Ab 1986 Leiter der Abteilung „Klinische Psychologie“ an der Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie des Universitätsklinikums der Universität Würzburg. Seit 2009 Foreign Adjunct Professor für Suizidologie und Suizidprävention am Karolinska Institut, Stockholm. Hauptforschungsschwerpunkte sind Suizidologie, Selbstschädigungen, Imitation und Amok. Seit 2002 verantwortlich für die Initiierung des Nationalen Suizidpräventionsprogramms für Deutschland.

Sind nationale Suizidpräventionsprogramme effektiv?

Moderation: Prof. Dr. Rüdiger Wulf, Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe

Jährlich nehmen sich zur Zeit etwa 10.000 Menschen in der Bundesrepublik selbst das Leben. Zehn mal so viele versuchen es. Von jedem Suizid sind zahlreiche Personen aus dem Umfeld betroffen. Suizidales Verhalten stellt daher ein großes gesellschaftliches und gesundheitspolitisches Problem dar. Die unterschiedliche Suizidproblematik in verschiedenen Ländern und Kulturen, sowie zahlreiche Studien zeigen aber, dass es Möglichkeiten der gezielten Beeinflussung der Suizidraten gibt. Die Primärprävention versucht, allgemeine veränderbare Entstehungsfaktoren von Suizidalität, wie Problembewußtsein, Stigmatisierung, Methoden und Medieneffekte zu modifizieren oder zu verhindern. Entgegen vieler Vorurteile gibt es zahlreiche Einflussmöglichkeiten. In der Sekundärprävention wird neben der besseren Bestimmung von Risikogruppen, der rechtzeitigen Beurteilung von Suizidgefährdung und der Erkennung von veränderbaren individuellen und allgemeinen Risikofaktoren und –zeiten eine daraus folgende optimale Therapie und Fürsorge entwickelt. Tertiäre Prävention umfasst die notwendige Nachbetreuung. Viele Länder weisen bereits umfassende nationale Suizidpräventionsprogramme auf. Ihre Wirksamkeit ist jedoch umstritten. Zum Teil liegen die widersprüchlichen Auffassungen an methodischen Schwierigkeiten, die die langfristig notwendigen Maßnahmen außer Betracht lassen. Ferner wird oft eine notwendige Anlaufphase, Permanenz und Nachhaltigkeit der Maßnahmen nicht berücksichtigt.

Dr. Holger Floeting

Deutsches Institut für Urbanistik

Antje Seidel-Schulze

Deutsches Institut für Urbanistik

Dr. Holger Floeting:

Seit 1991 Wissenschaftler am Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin. Forschungsthemen im Bereich Sicherheit: Städtische Sicherheit, Sicherheitstechnologien. Konzeption und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Führungs- und Fachpersonal aus Ordnungs- und Sozialverwaltung, Jugend-, Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsämtern, Polizei, Einzelhandelsverbänden, Industrie- und Handelskammern sowie Ratsmitgliedern im Themenfeld „Städtische Sicherheit“

Antje Seidel-Schulze:

Dipl.-Sozialwiss. Antje Seidel-Schulze, Sozialwissenschaftlerin, seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Difu mit den Arbeitsschwerpunkten Empirische Sozialforschung, Statistik und vergleichende Stadtforschung und Monitoring. Mitglied im Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt)..

Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen

**Moderation: Frederick Groeger-Roth,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

Sicherheit und Ordnung in Städten und Gemeinden werden meist bezogen auf aktuelle Anlässe in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Reale Sicherheitslage und öffentliche Wahrnehmung unterscheiden sich oftmals. Das Gefühl von (Un-)Sicherheit in den Städten verändert sich, ebenso die Arbeitsteilung der Sicherheitsakteure.

Das Deutsche Institut für Urbanistik, die Forschungs-, Fortbildungs- und Informationseinrichtung für Städte, Gemeinden, Landkreise, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften, hat im Rahmen des Forschungsprojektes „DynASS Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur“ zwei Kommunalumfragen in den deutschen Städten mit 50.000 und mehr Einwohnern zum Thema „Sicherheit in deutschen Städten“ durchgeführt. Die Befragungen sollen einen systematischen Überblick über das Verständnis von städtischer Sicherheit, über Akteure, kommunale Aktivitäten im Bereich Sicherheit sowie Einschätzungen zu „sicheren“ und „unsicheren“ Orten in der Stadt ermöglichen. Befragt wurden die Leiterinnen/Leiter des Ordnungsamtes bzw. des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung sowie des Amtes/Fachbereiches Stadtplanung/Stadtentwicklung/Stadterneuerung.

Das Projekt DynASS wird als interdisziplinäres Verbundprojekt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“ gefördert.



Bernd Fuchs

Polizeidirektion Heidelberg



Reiner Greulich

Sicheres Heidelberg e.V.

Bernd Fuchs:

Leitender Kriminaldirektor, Leiter der Polizeidirektion Heidelberg.

Bernd FUCHS trat 1970 in den Polizeidienst Baden-Württembergs ein. 1975-1983 war er im Bereich Kapital- u. Branddelikte u. bei Sonderkommissionen eingesetzt. Es folgten Stabsverwendungen, u.a. im Innenministerium u. an der Landespolizeischule. Nach dem Studium an der Polizeiführungsakademie übernahm er 1987 als Kriminalrat Ermittlungsinspektionen und leitete Sonderkommissionen in Karlsruhe und Heidelberg. 1992-1993 war er Angehöriger des Aufbaustabes von EUROPOL, von 1994-1998 Dozent für Kriminalistik/Kriminologie an der PFA Münster. 1998 wurde ihm die Leitung der Kriminalpolizei der Polizeidirektion Heidelberg übertragen. Seit 2000 leitet er die Behörde und ist mit knapp 1400 Beschäftigten für die Sicherheit von 615 000 Einwohnern in Heidelberg u. dem Rhein-Neckar-Kreis verantwortlich. 2008 übernahm Fuchs die Chefredaktion der Fachzeitschrift KRIMINALISTIK.

Reiner Greulich:

Polizeihauptkommissar, Geschäftsführer Sicheres Heidelberg e.V.

Reiner GREULICH ist seit 1982 Angehöriger der Polizei BW. Von 1986-1989 absolvierte er das Studium an der FHPol in Villingen-Schwenningen. Im Anschluss war er bis 1999 als Dienstgruppenleiter u. als Polizeiführer vom Dienst bei der Polizei Heidelberg tätig. Seit 1999 ist er Mitarbeiter im Bereich Prävention u. Geschäftsführer des Vereins Sicheres Heidelberg e.V.

Netzwerk Rhein-Neckar - Chancen genutzt und auf Dauer angelegt

**Moderation: Frank Buchheit,
Landeskriminalamt Baden-Württemberg**

Die Polizeidirektion Heidelberg setzt konsequent auf eine vernetzte Präventionsarbeit als zweite Säule ihrer Sicherheitsarchitektur. Neben der Bewertung des Kriminalitätsgeschehens und der polizeilichen Reaktion hierauf ist es notwendig, Kriminalitätsursachen zu analysieren u. in einem regionalen Netz alle Kräfte zu bündeln, um grundlegend und nachhaltig die Sicherheit zu verbessern und diesen Standard zu halten.

Das Kriminologische Institut der Universität Heidelberg steht uns hierbei als langjähriger Partner zur Seite. So finden seit 1997 in der Region Bürgerbefragungen zur Sicherheitslage statt, die wertvolle Informationen darüber liefern, um den Sorgen und Ängsten der Menschen gerecht zu werden. Die Befragungsergebnisse, darunter auch fünf Wiederholungsbefragungen, belegen empirisch abgesichert, dass sich das Sicherheitsempfinden in der Region erheblich verbessert hat.

Dies ist in erster Linie darauf zurück zu führen, dass die Bevölkerung die vereinten Anstrengungen der Partner wahrnimmt und honoriert. Das Rückgrat des Netzwerkes bilden die beiden gemeinnützigen Vereine Prävention Rhein-Neckar und Sicheres Heidelberg, in der alle Kommunen, wichtige Institutionen, Unternehmen, Wissenschaftler und engagierte Bürger vereint sind. Alle Initiativen sind auf Dauer angelegt und werden wissenschaftlich begleitet.



Christiane Sadeler

Waterloo Region Crime Prevention Council (WRPCPC)

Christiane Sadeler:

ist Geschäftsführerin des Kriminalpräventionsrates der Region Waterloo, in Ontario, Kanada. Sie ist seit der Gründung des Rates im Jahr 1995 aktiv in der Kriminalprävention durch soziale Entwicklung und kommunales Engagement beteiligt.

Geboren und aufgewachsen in Deutschland, lebte Christiane über zehn Jahre in England und Neuseeland und wanderte 1989 nach Kanada aus, wo sie ihren Magister in Gemeindepsychologie absolvierte. Sie hat sich überwiegend mit der Planung, Durchführung und Auswertung von Präventionsansätzen in Multiproblemmilieus beschäftigt.

Ihre Arbeitspraxis umfasst Personen mit psychischen Problemen, jugendliche Eltern, Opfer von Gewalt und Missbrauch, junge Straftäter, Sexualstraftäter und andere Personen und Gruppen, die an den Rändern der Gesellschaft stehen. Gleichzeitig arbeitet sie eng mit Politik, Polizei und Strafvollzug zusammen.

Christiane unterrichtet nebenamtlich an der University of Wilfrid Laurier im Magister für Soziale Arbeit und ist Co-Vorsitzende des Nationalen Städtenetzwerks für Kriminalprävention. Christiane lebt mit ihrer Familie in Kitchener Ontario und, wann immer möglich, reist sie gerne nach Nord Ontario zum Campen, Wandern und Kanufahren.

Trotz alledem: die Geschichte der Kriminalprävention in Kanada am Beispiel einer Gemeinde

**Moderation: Prof. Dr. Günter Dörr,
Landesinstitut für präventives Handeln, Saarland**

Der Kriminalpräventionsrat in der Region Waterloo gehört zu einer der vielen kommunalen Kriminalpräventionsinitiativen in Kanada. Während in der Vergangenheit kanadische Gemeinden die Vorbeugung von Straftaten, Viktimisierung und Kriminalitätsfurcht den Bundes- und Landesregierungen überlassen haben, kann zunehmend ein Engagement lokaler Politiker und Entscheidungsträger bei der Planung und Durchführung von Präventionsansätzen, die sich insbesondere auf sozialgesellschaftliche Entwicklungen konzentrieren, ausgemacht werden.

Ziel hierbei ist es, Verbrechen zu stoppen bevor sie geschehen und dabei ein übermäßiges Zurückgreifen auf strafrechtliche Instrumente zu vermeiden. Das Gesetz ist am Ende des Tages eher träge wenn es darum geht, sich mit der Komplexität von Verbrechen und deren tieferen Ursachen auseinanderzusetzen.

Während der Präsentation wird die Geschichte des kriminalpräventiven Rates in der Region Waterloo mit Schwerpunkt auf Entwicklungen, Bemühungen und Erfahrungen aus der Praxis dargestellt. Insbesondere wird das bürgerschaftliche Engagement im Mittelpunkt stehen.

Kommunale Kriminalprävention in dem heutigen politischen Klima steht oft im Widerspruch zu nationalstaatlichen Agenden. Ansätze der Prävention haben daher eine mehr oder weniger gute Halbwertszeit. Ist der nordamerikanische Kontext hierbei vergleichbar mit der europäischen Situation? Diese und andere Fragen werden sich hoffentlich für einen lebendigen Dialog und Austausch eignen.

www.smartoncrime.ca



Dr. Caroline L. Davey

University of Salford



Andrew B. Wootton

University of Salford

Dr. Caroline L. Davey and **Andrew B. Wootton** are Directors of the Design Against Crime Solution Centre at the University of Salford. Melissa Marselle is an Environmental Psychologist and has been involved in research for Solution Centre projects. Dr Caroline Davey is a qualified Organisational Psychologist and Reader in Design, Innovation & Society. She has led major UK and European funded projects on social responsibility since 1998. Andrew Wootton is Senior Research Fellow and has 15 years experience in design research. Caroline Davey and Andrew Wootton have published academic articles and design guidelines on the role of design within crime prevention, and the use of holistic, human-centred 'design thinking' to address problems relating to quality of life. They have delivered four European-funded projects on Design Against Crime (Hippokrates 2001, 2002, Agis 2003, 2006), and initiated a major UK consortium project on sustainability in urban design decision-making-VivaCity2020. Recent projects include: City Centre Crime; National Police Crime Prevention Service (NPCPS); and Planning Urban Security (PLuS)-an EU funded project led by the Landeskriminalamt Niedersachsen. The Solution Centre is also involved in the Youth Design Against Crime programme-a partnership with UK charity Catch22 to engage disadvantaged young people in crime prevention.

Engaging young people in designing against crime

**Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

Young people are being encouraged to participate in projects that have a direct impact on environments and spaces-i.e. on the public realm of towns and cities. In the UK and overseas, young people are engaged in design, planning and regeneration. This paper describes a programme developed by the Design Against Crime Solution Centre at The University of Salford (UK) in partnership with the young people's charity Catch22 that engages young people in design-led crime prevention. Youth Design Against Crime (YDAC) is novel in that it targets young people labelled as 'at risk of offending' or 'problem individuals' by the police or education system. Supported by youth workers and teachers, and mentored by local police officers, teams of young people are challenged to address issues of crime and community safety occurring in the area in which they live using a process of research and design developed by the Solution Centre. Four YDAC projects have been initiated and evaluated to date. YDAC helps divert young people away from offending behaviour by improving their confidence, knowledge, qualifications and skills-particularly interpersonal skills and self-efficacy. YDAC also improved relationships between young people and the police. Since design solutions have been selected for implementation, there is a potential impact on crime and antisocial behaviour in the future.

Vortrag in englischer Sprache



Frederick Groeger-Roth

Landespräventionsrat Niedersachsen



Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert

Fachhochschule Köln

Frederick Groeger-Roth:

Studium der Soziologie, Psychologie und Politikwissenschaft in Bielefeld und Berlin mit Abschluss als Diplom-Soziologe.

1997 bis 2002 Forschung u.a. zu Jugendgewalt in benachteiligten Stadtteilen an der FU Berlin

2002 bis 2008 Referent bei der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.

2004 bis 2008 Geschäftsführer der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.

Seit 01.01.2009 Projektleiter „Sozialräumliche Prävention in Netzwerken“ im Landespräventionsrat Niedersachsen.

Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert:

Direktor des Instituts für angewandtes Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS) in der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln und Leitung des „Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkts Sozial Raum Management“; apl. Professor an der Fakultät für Architektur und Landschaft der Leibniz Universität Hannover; in den 90er Jahren Leitung der Forschungsabteilung „Wohnung, Siedlung, Umwelt“ im Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH an der Leibniz Universität Hannover und der Koordinationsstelle Sozialplanung beim Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat der Landeshauptstadt Hannover

„Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht ...“ Erfahrungen mit CTC in Niedersachsen

**Moderation: Susanne Wolter,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

Innovative Ansätze in der Prävention stammen oft aus Ländern mit einem anderen kulturellen Hintergrund. Wenn diese Ansätze für die Präventionspraxis hierzulande nutzbar gemacht werden sollen, sind eine Reihe von Herausforderungen bei der Übertragbarkeit zu bestehen. Am Beispiel des Transfers der in den USA entstandenen Präventionsstrategie „Communities That Care - CTC“ werden konzeptionelle Überlegungen und Erfahrungen vorgestellt, die in der Übertragung auf deutsche Verhältnisse gemacht wurden. CTC wird zurzeit im Rahmen des Modellvorhabens „Sozialräumliche Prävention in Netzwerken“ (SPIN) vom Landespräventionsrat Niedersachsen in drei Standorten erprobt. Der Forschungsschwerpunkt Sozial Raum Management der Fachhochschule Köln führt eine begleitende Prozessevaluation des Modellvorhabens durch, bei der auch die Teilnehmerperspektive aus den Modellstandorten erfasst wird. Es werden Zwischenergebnisse der Evaluation präsentiert und weitergehende Perspektiven der Übertragbarkeit diskutiert.



Prof. Dr. Bernhard Frevel

**Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung NRW**



Christian Miesner

**Westfälische Wilhelms-Universität
Münster**

Prof. Dr. Bernhard Frevel:

lehrt Politikwissenschaft und Soziologie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Er leitet das im Rahmen des BMBF-Programms zur Zivilen Sicherheitsforschung geförderte Projekt „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt“ (KoSiPol) (Laufzeit 2010-2012).

Christian Miesner:

M.A., arbeitet als Doktorand der Uni Münster im Projekt Ko-SiPol zum Themenfeld „Jugendliche als Täter und Opfer“. Er ist Lehrbeauftragter an der FH für öffentliche Verwaltung NRW in Münster.

Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt - KoSiPol

Das Projekt „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt“ (KoSiPol) wird im Rahmen des Programms der Bundesregierung zur Zivilen Sicherheitsforschung gefördert. Im Zentrum steht die Frage, wie in lokalen Kooperationsgremien wie Kriminalpräventiven Räten, Ordnungspartnerschaften etc. Sicherheitsprobleme identifiziert, ihr Kontext beraten, Lösungsvorschläge entwickelt und Maßnahmen eingeleitet werden. Von besonderer Bedeutung im Projekt sind die Betrachtung der Gremienstruktur und die politikwissenschaftliche Analyse der Willensbildung und Entscheidung. Die vorliegenden Ergebnisse der Untersuchungen in 16 Untersuchungsorten zu den vier Handlungsfeldern „Jugendliche als Täter und Opfer“, „Häusliche Gewalt“, „Sucht/Drogen“ und „Polizierende Präsenz“ werden vorgestellt. Zudem wird ein weiterentwickeltes Konzept zur wissensbasierten Präventionsarbeit vorgelegt.

Aus der Erkenntnis, dass zwischen den beteiligten Akteuren in den Gremien (Polizei, Kommune, Wohlfahrtsverbände etc.) Unklarheiten über die jeweils anderen Partner bestehen, die die Kooperation hemmen, wurden Aus-, Fort- und Weiterbildungskonzepte für diese Zielgruppen entwickelt, die präsentiert werden.

KoSiPol liefert praxisorientierte Hilfen für eine gelingende Kooperation von unterschiedlichen Behörden, Verbänden, Interessensgruppen etc. und zeigt auf, wie Kooperation zum Gewinn für die Beteiligten und die Maßnahmen wird.

Petya Schumann

Universität Regensburg

Matthias Butz

Universität Regensburg

Dipl. Psych. **Petya Schuhmann:**

2008 2009 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg; Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie

Seit 02/2010 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Abteilung für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie an der Universität Regensburg, Fakultät für Medizin

Forschungsinteressen/Projekte:

Pädophilie, sexuelle Devianz und dissexuelles Verhalten (Grundlagenforschung, Diagnostik, Therapie) „Bayerisches Missbrauchspräventionsprojekt“

Kinderpornografie & Grooming „MiKADO - Missbrauch von Kindern: Ätiologie, Dunkelfeld, Opfer“

Dipl. Psych. **Matthias Butz:**

Seit 02/2010 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand der Abteilung für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie der Universität Regensburg, Fakultät für Medizin

Forschungsinteressen/Projekte:

Pädophilie, sexuelle Devianz und dissexuelles Verhalten (Grundlagenforschung, Diagnostik, Therapie) „Bayerisches Missbrauchspräventionsprojekt“

Forensische Nachsorge „Evaluation der forensisch-psychiatrischen Ambulanzen in Bayern“

Missbrauchspräventionsprojekt „Kein Täter werden Bayern“

Autoren: Schuhmann, P., Butz, M., Dörfler, M. & Osterheider, M.
Nach dem Beispiel des Projekts der Berliner Charité „Kein Täter werden“ wurde in Regensburg im September 2010 ein ähnliches Präventionsprojekt unter dem Titel „Kein Täter werden Bayern“ gestartet. Zielgruppe der Sexualwissenschaftlichen Ambulanz an der Universität Regensburg sind Männer mit einer pädophilen Neigung, die befürchten, einen sexuellen Übergriff an Kindern zu begehen. Der Behandlungsansatz ist kognitiv-verhaltenstherapeutisch in einem Gruppentherapie- und bei Bedarf Einzeltherapie-Setting.

Das Therapeutische Programm hat drei Hauptziele:

- 1) Verzicht auf sexuelle Übergriffe an Kindern
- 2) Verzicht auf Kinderpornografiekonsum
- 3) Akzeptanz und Integration der Präferenzstörung in das Selbstbild der betroffenen Person.

Es werden erste Erfahrungen mit der Sexualwissenschaftlichen Ambulanz berichtet und die wichtigen Schritte und Ergebnisse bei der präventiven Therapie von pädophilen Patienten erläutert.



Martin Halbgewachs

Bayerisches Landeskriminalamt



Gudrun Pfab

**Staatsinstitut für Schulqualität und
Bildungsforschung**

Martin Halbgewachs:

ist Kriminalbeamter im Bayerischen Landeskriminalamt. Er betreut seit 2001 im Bereich der Verhaltensorientierten Prävention unter anderem das Schwerpunktthema „Kinder-Jugendkriminalität“.

Gudrun Pfab:

ist seit 2001 Referentin am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) in München. Sie arbeitet in enger Kooperation mit Schulen, Universitäten und dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus und befasst sich mit aktuellen gesellschaftspolitischen und pädagogisch relevanten Aufgabenstellungen (u. a. Ganztagschule, Projektarbeit, Gewaltprävention).

Präventionsprogramm für Schulen „PIT - Prävention im Team“

**Moderation: Ronald Börner,
Landespräventionsrat Sachsen**

PIT - Ein Programm zum sozialen Lernen und zur Kriminalprävention im Jugendalter

Erklärtes Ziel des PIT-Programms ist es, das soziale Klima in den Klassen zu verbessern, den Jugendlichen konstruktive Konfliktlösungsmöglichkeiten an die Hand zu geben, die soziale Kompetenz der Schüler/innen, ihr Wertebewusstsein und ihre Verantwortung für gefährdete Mitschüler/innen zu stärken sowie Zivilcourage zu fördern. Langfristig sollen durch das PIT-Programm stabile Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen den Schulen, mit der Polizei und anderen mit der Präventionsarbeit befassten Institutionen aufgebaut werden.

Das Programm zeigt konkrete Möglichkeiten auf, wie man den Präventionsgedanken in den Bereichen Gewalt, Sucht, Eigentum oder Neue Medien im Rahmen des Schulunterrichts mit außerschulischen Partnern wie bsp. der Polizei umsetzt. Um die Ziele von PIT erreichen zu können, ist den themenorientierten Präventionseinheiten für die Jahrgangsstufen 6-9 ein Training allgemeiner Lebenskompetenzen für die Jahrgangsstufe 5 vorangestellt. Darauf aufbauend können jederzeit Einheiten auch anderer Life-Skills-Programme angedockt werden.

Die thematischen Schwerpunkte können je nach Jahrgangsstufe, Aktualität oder Dringlichkeit gesetzt (im neu erarbeiteten Baustein „Medien und Gewalt“ auch zu Handy-Slapping, Cyber-Bullying oder Koma-Saufen) werden.



Dr. Paula Miraglia

**International Centre for the Prevention
of Crime ICPC**

Dr. Paula Miraglia:

holds a PhD in Social Anthropology and has collaborated with the ICPC for many years during her previous mandate as the Executive Director of ILANUD Brazil (United Nations Latin American Institute for the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders). Her academic and professional activities are related to themes such as urban violence, crime prevention, youth and safety, including the development of local prevention plans, police training and extensive research to inform public policy at different levels. Paula has also acted as a consultant for the Inter-American Development Bank IDB and the United Nations Development Program - UNDP. She is a member of the Brazilian Forum for Public Safety and a regular researcher at the International Center for Comparative Criminology at the University of Montreal. Dr. Miraglia frequently collaborates with newspapers and journals and has a weekly column in which she comments on issues relate to crime prevention, safety and justice.

Presentation of the International Report on Crime Prevention and Community Safety 2012

**Moderation: Johannes de Haan,
United Nations Office on Drugs and Crime UNODC**

The International Centre for the Prevention of Crime presents its third International Report on Crime Prevention and Community Safety. The goal of the International Report, unique in its scope, is to provide a nuanced overview of crime prevention at a global level. For practitioners, decision makers and academics it is a source of information, data and, most importantly, ideas, best practices and promising programmes on the subject of crime prevention. It raises awareness of the importance of including crime prevention as a policy cornerstone for governments, donors and any actors seeking to reduce the harm caused by crime through the fostering of cohesive and resilient communities. The Report addresses four different subjects viewed through the lens of crime prevention: Human Trafficking, Informal Settlements, Post-Conflict and Post-Disaster Areas and Drug Production in Developed Countries. By choosing challenging topics, the Report is pushing the boundaries and broadening the scope of crime prevention to reach areas where it has not been fully implemented but where it can have an extremely positive impact. These topics were selected due to their relevance for policymakers today at the international level. The Report also includes a chapter presenting the results of the inaugural Global Survey on Safety in Cities, the first effort of its kind to gather vital information on crime prevention policy in urban municipalities across the world. The third International Report on Crime Prevention and Community Safety paves the way to new reflections and analyses that seek to address the future challenges of crime prevention as a crucial tool in the design and implementation of safety and prevention policies.

Vortrag in englischer Sprache



Reinhard Crantz

White IT Supporters e.V.

Reinhard Crantz:

Geboren am 30.10.1956 in Duisburg, verheiratet, 3 Kinder
Nach Abschluss der Ausbildung zum Technischen Zeichner,
am 01.04.1977 zur Bundeswehr.

Fachoffizierslaufbahn im Kraftfahrwesen.

Letzter Standort: Nienburg, CIMIC Zentrum

Seit 01.11.2010 Pensionär mit Führung eines 4 Personen-
haushaltes, incl. kochen, waschen, backen, putzen, etc.

Hobbys: Familie, Motorradfahren und Modellflug „Hub-
schrauber“

Gründungsmitglied seit 02.05.2011 und Vorstandsmitglied
im Verein „White IT Supporters e.V.“

Von Oktober 2011 bis Januar 2012 Praktikum in der
Geschäftsstelle White IT im Niedersächsischen Innenminis-
terium. Teilnahme am Präventionstag 2011 in Oldenburg und
am White IT Symposium 2011.

White IT / White IT Supporters e.V. - Ein Bündnis stellt sich vor

**Moderation: Anna Bartels,
Niedersächsisches Innenministerium**

Der Verein „White IT Supporters e.V.“ ist integriert in das Bündnis „White IT“, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, den Kindesmissbrauch und dessen mediale Darstellung konsequent zu bekämpfen. Der Vortrag antwortet in einfacher Form auf folgende Fragen:

1. Was oder wer ist White IT? Was will White IT?
2. Wer oder was sind die Supporters?
3. Welche Zielsetzung ergibt sich aus der Symbiose zwischen dem Bündnis White IT und dem Verein White IT Supporters e.V.?
4. Wer ist angesprochen wenn es um White IT geht?

So bzw. in ähnlicher Form ist der Vortrag gedacht. Zielgruppe für den Vortrag ist grundsätzlich „Jeder“ insbesondere aber Personen, Gruppierungen, Vereine etc. die sich der gleichen Thematik angenommen haben und die Zusammenarbeit bzw. Koordinierung suchen. Das Rad muss nicht neu erfunden werden.



Prof. Gerd Neubeck

Deutsche Bahn AG



Prof. Dr. Herbert Scheithauer

Freie Universität Berlin

Foto: Bernd Wannemacher

Professor Gerd Neubeck:

Leiter der Konzernsicherheit (CSO) der Deutschen Bahn AG. Seit 2009 Honorarprofessur an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR); Mitautor eines Kommentars zur Strafprozessordnung. Seit 2010 Vorstandsvorsitzender (ehrenamtlich) des Deutschen Forums für Kriminalprävention. Von 2000 2009 Polizeivizepräsident in Berlin und von 1998 bis 2002 Bundessprecher (ehrenamtlich) des Technischen Hilfswerkes. Zuvor Richter und Staatsanwalt in Nürnberg, Fürth und Dresden, zuletzt als Oberstaatsanwalt.

Professor Dr. Herbert Scheithauer:

Seit April 2010 Universitäts-Professor für Entwicklungs- und Klinische Psychologie an der Freien Universität Berlin. Von April 2004-März 2010 Juniorprofessor. Von 1999-2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZKPR der Universität Bremen. Im März 2003 Promotion. Seit 2007 in den wissenschaftlichen Beirat des DFK berufen. Beteiligung an der Entwicklung von Präventions- und Fördermaßnahmen u.a. im Kindergarten (www.papilio.de), außerschulisch (www.fairplayer-sport.de, www.coda-programm.de) und in der Schule (www.fairplayer.de, www.netwass-projekt.de). Seit 2006 Vorstandsvorsitz im Verein fairplayer e.V. Publikationen im Bereich der Klinischen Kinderpsychologie, Pädagogischen und Entwicklungspsychologie und u.a. Editor-in-Chief des International Journal of Developmental Science.

Zug um Zug ins Leben - „fairplayer“ nehmen Fahrt auf und zeigen Zivilcourage

**Moderation: Wolfgang Kahl,
Deutsches Forum für Kriminalprävention**

Deutsche Bahn AG (DB) und Freie Universität Berlin (FUB) haben vereinbart, gemeinsam mit dem DFK und ggf. weiteren Partnern die Implementierung des fairplayer.manual Programms bundesweit in Schulen (Sekundarstufe 1) in einem stufenweisen Prozess („Zug um Zug“) zu gewährleisten. Die DB unterstützt die Programmausbreitung im Rahmen eines Corporate Social Responsibility (CSR)-Ansatzes finanziell. Das auf das Jugendalter ausgerichtete Programm fairplayer ist Teil des entwicklungsorientierten Präventionsansatzes des DFK. Es richtet sich gegen Bullying und Gewalt an Schulen und fördert zivilcouragiertes Handeln. Anstatt wegzusehen, wenn andere drangsaliert werden, sollen Jugendliche lernen, sich kompetent für ein respektvolles Miteinander, also für Fairplay einzusetzen. Auch sollen potenzielle Helfer zum Eingreifen ermutigt werden. Lehrer und Leiter von Jugendgruppen können dieses Programm in einer Fortbildung erlernen. Die konkrete Umsetzung der Maßnahmen auf Schulebene sowie die regionale Schulung von Fachkräften wird von der im Aufbau befindlichen fairplayer-Geschäftsstelle bei der FUB geplant und realisiert. Der offizielle Auftakt hat am 11.11.2011 an einer Berliner Schule stattgefunden. Im Vortrag werden das Programm fairplayer.manual sowie Umsetzungsstrategie, -elemente und -schritte anschaulich vorgestellt.



Hark-Mo Daniel PARK

Korean Institute of Criminology (KIC)



Dr. Seong-Hoon PARK

Korean Institute of Criminology (KIC)

Hark-Mo Daniel PARK:

Fachreferent am Korean Institute of Criminology in Seoul/Korea seit 2009.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni München (2002-2003), Fachreferent am wissenschaftlichen Dienst des koreanischen Parlaments (NAL, 2007-2008).

Forschungsschwerpunkte: Kriminologie, Kriminalsanktionenrecht, Strafrechtswissenschaft.

e-mail: hpark2002@hotmail.com

Dr. Seong-Hoon PARK:

is an associate research fellow in Crime Trends & Statistics Center at Korean Institute of Criminology. He received Ph.D. in the Department of Sociology at Korea University. He worked for a while at a social research center and lectured at universities in South Korea.

His research focuses on neighborhoods and victimization, social change and crime, risk assessment and crime prevention using by quantitative methods and data. He has published articles such as "Causal relationship of neighborhood factors and victimization in cities" (forthcoming), "The adolescent victimization and the predictors" (2010), "Social change and crime trends in South Korea, 1966-2007" (2009).

e-mail: ngokr0102@kic.re.kr

Lokale Gegebenheiten und Kriminalitätsgelegenheiten: Koreanische Perspektive der Haushaltsviktimisierung

Moderation: Prof. Dr. Heinz Schöch, Universität München

Der Vortrag stellt die Ergebnisse einer Studie über die Ursache der Haushaltsviktimisierung in den Städten in Korea vor. Die Studie hat im Zusammenhang mit der Haushaltsviktimisierung die Faktoren der „Kriminalitätsgelegenheit und Nachbarschaft“ überprüft. Kriminalitätsgelegenheit als Mikro-Ebene umfasst Belichtung, Überwachungsdefizit und Wohnhaustypen, während Nachbarschaftskontext als Makro-Ebene sozioökonomischen Status, Wohn-Instabilität, gemeinschaftliche Nähe und Wirkung beinhaltet.

Die Studie versucht herauszufinden, welcher Faktor (Kriminalitätsgelegenheit oder Nachbarschaftskontext) eher mit der Haushaltsviktimisierung zu verbinden wäre und ob solche Wohnhaustypen wie Apartments (Hochhäuserwohnsiedlung) zur Prävention der Haushaltsviktimisierung dienen würden. Die Untersuchung basiert auf dem „Korean Crime Victimization Survey 2008“, der mit 3.152 Haushalten in den Stadtgebieten in Korea durchgeführt wurde.

Der Vortrag stellt die Ergebnisse der Studie vor und beleuchtet insbesondere Erklärungen zur Routineaktivitätstheorie und der sog. Theorie der sozialen Desorganisation.

Jens Markus Rabe

PräventSozial gemeinnützige GmbH

Jens Markus Rabe:

Geboren 1975 in Stuttgart.

Jurastudium in Augsburg und Tübingen

Rechtsanwalt seit 2003 in Waiblingen.

Anwalt bei NEROkidz (Netzwerk engagierter Rechtsanwälte für Kinder und Jugendliche) und

NERO (Netzwerk engagierter Rechtsanwälte für Opfer-schutz) in Stuttgart und im Rems-Murr-Kreis, angesiedelt bei PräventSozial in Zusammenarbeit mit tipsntrips Jugendinfor-mation Stuttgart

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Strafrecht
- Verkehrs- und Unfallrecht
- Opferrecht

Zum Selbstverständnis von Opferanwältinnen: Mittendrin statt nur dabei

**Moderation: Dagmar Freudenberg,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

In den letzten Jahren hat sich die Gesetzgebung im Bereich des Opferschutzes im Strafverfahren, aber auch zivilrechtlich kontinuierlich weiterentwickelt. Dadurch stehen Zeugenbeistand und Nebenklagevertretung neue Möglichkeiten zur Verfügung, wie sie ihre Mandantinnen und Mandanten bestmöglich schützen und bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen können.

Die Vertretung von Opfern erfordert besondere Sensibilität und andere Vorgehensweisen wie in der Tätigkeit als Strafverteidiger. Häufig sind die neuen gesetzlichen Grundlagen bei Gerichten noch nicht oder nur wenig erprobt. Durch die Kenntnis und praktische Umsetzung von Opferschutznormen spezialisieren sich Opferanwältinnen zunehmend.

Hinzu kommt fallübergreifend die Vernetzung mit dem psychosozialen Helfersystem, besonders mit der Zeugen- oder Prozessbegleitung, die Teilnahme an interdisziplinären Runden Tischen und Fachtagungen.

Da die Medienberichterstattung für viele Opfer von Straftaten zu Stigmatisierungen und zusätzlichen Belastungen führen kann, ist auch in diesem Gebiet eine Professionalisierung des Opferanwalts hilfreich.

Besonders beim Thema Gewalt- und Sexualstraftaten unter oder gegen Jugendliche, aber auch gegen Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen hat es einen wesentlichen Einfluss auf das Gerichtsverfahren und seine Bewältigung, wenn der Opferanwalt kompetent auftritt.



Prof. Dr. Thomas Görden

Deutsche Hochschule der Polizei



Benjamin Kraus

Deutsche Hochschule der Polizei



Anabel Taefi

Deutsche Hochschule der Polizei

Prof. Dr. Thomas Görden, Deutsche Hochschule der Polizei, Münster; Dipl.-Psych.; Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Trier und der Justus-Liebig-Universität Gießen sowie am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (Hannover). Lehrtätigkeiten an verschiedenen Hochschulen; seit 2007 Leiter des Fachgebiets Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention an der Deutschen Hochschule der Polizei. Forschungsschwerpunkte: Opfererfahrungen im höheren Lebensalter; Gewalt im sozialen Nahraum; Jugendkriminalität und Jugendgewalt.

Dipl.-Soz. Benjamin Kraus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster. Forschungsschwerpunkte: Forschungsschwerpunkte: Jugendkriminalität, Kriminalprävention, Viktimisierung im Alter, qualitative Sozialforschung

Dipl.-Soz. Anabel Taefi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention an der Deutschen Hochschule der Polizei (DH-Pol) in Münster. Forschungsschwerpunkte: Jugendliche Straftäter, Jugendstrafvollzug, Delinquenzverläufe, Viktimisierung im Alter

Jugendkriminalität in städtischen und ländlichen Räumen: Perspektiven zur Prävention

Moderation: Dr. Helmut Fünfsinn,
Hessisches Ministerium der Justiz

Jugendkriminalität wird in starkem Maße durch kleinräumige lebensweltliche Faktoren geprägt. Im Rahmen der von der europäischen Kommission geförderten Studie „Youth deviance and youth violence: A European multi-agency perspective on best practices in prevention and control“ (YouPrev) werden in 6 Ländern (BE, D, ES, HU, PT, SI) in je 2 Regionen unterschiedlichen Urbanisierungsgrades Schülerbefragungen zu selbstberichteter Delinquenz, Opfererfahrungen und den Erfahrungen Jugendlicher mit Präventionsmaßnahmen durchgeführt. Dies wird ergänzt um lokale Interviewstudien mit beruflich mit (straffälligen) Jugendlichen befassten Experten. Auf der Grundlage beider Datenquellen werden lokale Problemlagen im Bereich der Jugendkriminalität, kriminogene und protektiv wirkende Rahmenbedingungen, gesellschaftliche und institutionelle Reaktionsweisen sowie Perspektiven der Prävention in städtischen und ländlichen Räumen rekonstruiert. Der Beitrag präsentiert Befunde der deutschen Regionalerhebungen und diskutiert vor dem Hintergrund einer ebenfalls im Rahmen der Studie durchgeführten bundesweiten Expertenbefragung zur Wirksamkeit von Präventionsansätzen und -maßnahmen Implikationen für die Prävention von Jugendkriminalität und Jugendgewalt in städtischen und ländlichen Räumen.

Achim Däbert

Nbank

Gabriele Lasius

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,
Familie, Gesundheit und Integration



Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert

Fachhochschule Köln

Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert:

Direktor des Instituts für angewandtes Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS) in der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln und Leitung des „Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkts Sozial Raum Management“; apl. Professor an der Fakultät für Architektur und Landschaft der Leibniz Universität Hannover; in den 90er Jahren Leitung der Forschungsabteilung „Wohnung, Siedlung, Umwelt“ im Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH an der Leibniz Universität Hannover und der Koordinationsstelle Sozialplanung beim Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat der Landeshauptstadt Hannover

Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau und das Qualitätssiegel „Sicheres Wohnen“ in Niedersachsen

**Moderation: Susann Genz,
Senator für Inneres und Sport Bremen**

Sich in der eigenen Wohnung, im Wohnumfeld und der Stadt oder Gemeinde sicher zu fühlen, ist ein menschliches Grundbedürfnis. Im Bemühen um eine „sichere Stadt“ wird die Kriminalprävention im Städtebau zunehmend bedeutender, insbesondere bei der Gestaltung des öffentlichen Raums sowie der Wohnhausarchitektur. Dieser Aufgabe hat sich die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen verschrieben. Sie zielt darauf ab, bei städtebaulichen Planungen und Gemeindeentwicklungen ein frühzeitiges und vernetztes Handeln aller verantwortlichen Akteure zu erreichen. Kriminalität reduzierende Faktoren können damit bereits in der Planungsphase angemessen berücksichtigt werden, um dadurch die Lebensqualität und Attraktivität der niedersächsischen Städte und Gemeinden zu steigern (vgl. im Internet: www.sicherheit-staedtebau.de).

Zur Verstärkung dieses Prozesses wurde ein Qualitätssiegel für sicheres Wohnen entwickelt. Damit können Wohnobjekte in Städten und Gemeinden, die eine hohe Lebensqualität aufweisen und aktiv an einem positiven sozialen Umfeld arbeiten, ausgezeichnet werden. Für die Vergabe des Niedersächsischen Qualitätssiegels für sicheres Wohnen werden neben technischen, objektiven Sicherheitsvorkehrungen auch Aspekte einbezogen, die die subjektive, gefühlte Sicherheitslage betreffen. Gute Wohnqualitäten in Niedersachsen werden durch das Qualitätssiegel sichtbar.



Elisabeth Helming

Deutsches Jugendinstitut e.V.



Dr. Heinz Kindler

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Elisabeth Helming:

Dipl.Sociologin, arbeitet als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut im Projekt IzKK – Informationszentrum Kindesvernachlässigung/Kindesmissbrauch; davor im Projekt »Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen in Institutionen«. Forschungsschwerpunkte: Familien und Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf, Kinderschutz, Gender Aspekte Sozialer Arbeit, Pflegekinderhilfe.

Kontakt: helming@dji.de

Dr. Heinz Kindler:

Dipl.-Psych., wiss. Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut, Schwerpunkt: Prävention und Intervention bei Kindeswohlgefährdung, Pflegekinder; zuvor wiss. Mitarbeiter in der entwicklungspsychologischen Bindungsforschungsgruppe von Klaus und Karin Grossmann an der Universität Regensburg.

Prävention und Intervention bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch: Eine repräsentative Studie an Schulen und Heimen

**Moderation: Detlef Otto Bönke,
Bundesministerium der Justiz**

Auf der Grundlage einer Ende 2010 durchgeführten repräsentativen Befragung von Schul- und Heimleitungen sowie einer Vollerhebung bei Internaten, die im Auftrag der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) erfolgte, werden Zahlen dazu vorgestellt, wie häufig und auf welchen Wegen in diesen Einrichtungsformen Verdachtsfälle auf sexuellen Missbrauch bekannt werden, wie verbreitet verschiedene Formen von Prävention sind und welche Hilfestellungen für Fachkräfte beim Umgang mit Verdachtsfällen verfügbar sind. Folgerungen für die Weiterentwicklung des Schutzes von Kindern vor sexueller Gewalt werden diskutiert



Dr. Katia Duscherer

Centre de prévention des toxicomanies



Angelika Kraus

Landeshauptstadt Saarbrücken



Dr. Carlos Paulos

Centre de prévention des toxicomanies

Dr. Katia Duscherer, Diplom-Psychologin, ULB, Belgien, Dr. phil., Fachkraft für Suchtprävention und Gesundheitsförderung im Centre de Prévention des Toxicomanies (CePT), Luxemburg, Koordinatorin im interregionalen Projekt Party MAG-Net

Angelika Kraus, Diplom-Soziologin, berufliche Stationen: Pro Familia, BZgA Köln, Drogenberatung, Dozententätigkeit in der Fort- und Weiterbildung der Krankenpflege, seit 1991 bei der Stadtverwaltung Saarbrücken mit Gesundheitsförderung, Suchtprävention und Drogenhilfe befasst, 1994-2000 Mitglied im Sprecher/innenrat des Gesunde-Städte-Netzwerks, 2003-2004 Leiterin des Modellprojektes „Stadt 2030“ in Saarbrücken (Demografischer Wandel und Stadtentwicklung), Koordinatorin des interregionalen Projekts MAG-Net (Party, Schule, Soziales)

Dr. Carlos Paulos, Diplom-Psychologe, Dr. der kognitiven Neurowissenschaft, Fachkraft für Suchtprävention und Gesundheitsförderung im Centre de Prévention des Toxicomanies (CePT), Luxemburg, Koordinator im interregionalen Projekt Party MAG-Net

Prävention und Gesundheitsförderung in der Partyszene: Mut oder Zumutung?

Das internationale Projekt Party MAG-Net will Risiken in der Festival- und Partyszene minimieren in einem umfassenden Sinn. Das betrifft Risiken der Verkehrssicherheit durch den Konsum legaler oder illegaler Drogen, Risiken für das Gehör, der ungewollten Schwangerschaft, der HIV-Infektion, sexuell übertragbarer Krankheiten, gesundheitliche Risiken durch legale oder illegale Drogen, Risiken, unter dem Einfluss von Drogen zum Gewaltopfer zu werden. Diesem Ziel verpflichtet, arbeiten in der Grossregion Wallonien/B, Luxemburg, Lothringen/F, Saarland und Rheinland-Pfalz sechs sehr unterschiedlich aufgestellte Projektpartner/innen zusammen an der Konzeptentwicklung und -umsetzung (2009 bis 2012). In diesem Kontext ist ein internationales Schulungskonzept für Peers entstanden, das mit 100 Teilnehmer/innen realisiert wurde. Auf Festivals und Events werden Infostände angeboten mit speziell entwickelten Infomaterialien in drei Sprachen und Gesprächspartner/innen. Ein Einblick in den aktuellen Drogenkonsum bei Festivals und Parties ist durch vor Ort-Befragungen gegeben (2010: über 10.000 Fragebögen in der Grossregion). Gespräche mit Veranstalter/innen sind begonnen, deren Ziel es ist, ein Qualitätslabel wie z.B. „fetez clair“ (Paris) zu kreieren, mit dem geworben wird und das Veranstalter/innen zur Eigeninitiative für Prävention und Gesundheitsschutz verpflichtet.



Dr. Wilfried Blume-Beyerle

Landeshauptstadt München



Robert Kopp

Polizeipräsidium München

Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

geb. am 11.12.1948 in Neumarkt-St. Veit, verheiratet, drei Kinder, Jurist. 1984 1991 Büroleiter von OB Kronawitter. 1992 1993 Leiter des Direktoriums. 1993 1998 Personal- und Organisationsreferent. Seit 1998 Kreisverwaltungsreferent. Mitglied im Verwaltungs- und Rechtsausschuss des Bayerischen Städtetages, im Beirat für Katastrophenschutz, in der Taxikommission, im Rechts- und Verfassungsausschuss des Deutschen Städtetages (ständiger Gast), in der Gesellschafterversammlung der Park & Ride GmbH (Vorsitz), im Stadtfeuerwehrverband (Beirat) und im Rettungszweckverband (Vorsitz)

Robert Kopp:

Polizeivizepräsident, geb. 15.07.1959 in München, verheiratet, zwei erwachsene Söhne. Eintritt in die Bayerische Polizei am 01.10.1975 (Ausbildung bei der Bayer. Bereitschaftspolizei). Polizeipräsidium München (ab 1979): Streifenbeamter - Zivile Einsatzgruppe - Dienstgruppenleiter - Sachbearbeiter bei der Abteilung Einsatz, E3/Verbrechensbekämpfung - Kommissariatsleiter. Bayerisches Staatsministerium des Innern - Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung (ab 1994): Stellvertretender Fachbereichsleiter Verbrechensbekämpfung - Leiter Lagezentrum Bayern - Koordinator für Polizeiangelegenheiten - stellvertretender Leiter der Sachgebiets IC5 (Einsatz der Polizei). Polizeipräsidium München (seit 2007): Polizeivizepräsident..

Vorstellung des Sicherheits- und Aktionsbündnisses Münchner Institutionen (S.A.M.I.)

Moderation: Norbert Seitz, Bundesministerium des Innern

Am 14.01.09 wurde das Sicherheits- und Aktionsbündnis Münchner Institutionen (S.A.M.I.) gegründet, an dem sich neben dem Kreisverwaltungsreferat, dem Sozialreferat sowie dem Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München auch das Polizeipräsidium München beteiligt. Einzelfallbezogen werden auch andere städtische Referate und „externe“ Stellen, wie beispielsweise die Bundespolizei oder die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), mit eingebunden.

Ziel des S.A.M.I. ist es, durch gemeinsames und koordiniertes Handeln der jeweils zuständigen Behörden die bislang schon sehr gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Landeshauptstadt München noch enger zu gestalten, um so den anerkannt hohen Sicherheitsstandard in der Landeshauptstadt weiter auszubauen.

Durch aktive Präventionsarbeit sollen Probleme in einem ressortübergreifenden Ansatz rasch gelöst und so das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nachhaltig gestärkt werden.



Christine Bitter

Kriminalpolizeiinspektion Augsburg

Christine Bitter:

Kriminalhauptkommissarin Christine Bitter ist 48 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder im Alter von 13, 15 und 17 Jahren.

Sie ist Mitarbeiterin in der kriminalpolizeilichen Beratungsstelle der Kriminalpolizeiinspektion Augsburg. Hier ist sie für die Themenbereiche neue Medien und Internetkriminalität sowie Jugend und Gewalt zuständig.

Wir schützen uns vor Schmutz im Netz

**Moderation: Astrid Fuhrmann,
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention**

„Wir schützen uns vor Schmutz im Netz“ ist ein Projekt der kriminalpolizeilichen Beratungsstelle Augsburg. Es wird seit 2010 an den Augsburger Grundschulen in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt der Stadt Augsburg angeboten. Ziel ist es, die Grundschulen bei der Vermittlung von Medienkompetenz zu unterstützen. Dies geschieht durch eine schulinterne Lehrerfortbildung (SchILf) und einen Elternabend. Hierbei werden die Gefahren des Internets für Kinder aus polizeilicher Sicht aufgezeigt. In einer Unterrichtsstunde versucht die Polizei, die Kinder der 4. Grundschulklassen für die Gefahren im Netz und den Schutz ihrer persönlichen Daten im Internet zu sensibilisieren.



Benno Jahn

Polizeipräsidium München

Benno Jahn:

Jahrgang 1979, verheiratet, 1 Kind, Beginn im Polizeidienst im Jahr 1996, Stationen im Wach-/Streifendienst sowie der Einsatzzentrale, Fachhochschulstudium 2007-2009, seit dem kriminalpolizeilicher Sachbearbeiter im Bereich Cybercrime, Referent in diesem Bereich am Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring

Die dunkle Seite des Netzes. Leicht verdientes Geld?!

**Moderation: Astrid Fuhrmann,
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention**

Die Leichtigkeit, mit der im Internet Betrüger auf illegale Weise Geld erlangen, ist erschreckend.

Wer gutgläubig und nicht richtig informiert ist, fällt all zu leicht auf die verschiedenen Betrugsmaschen herein. So werden bunte Bilder im Internet gegen echtes Geld per Vorkasse verkauft.

„Sie wollen eine Wohnung mieten und der angebliche Vermieter verlangt zur Besichtigung eine Vorabzahlung? Freunde rufen Sie an, weil Sie angeblich E-Mails von Ihnen erhalten haben, aufgrund einer Notlage Geld zu überweisen? oder ein Unbekannter stellt Ihnen eine hohe Geldsumme in Aussicht für eine geringe Vorauszahlung ins Ausland?“

Wie gelangen die Täter an Ihre Daten? Wie gehen Sie vor? Und wie können Sie sich schützen?

Begleiten sie den Referenten bei einem kurzen Ausflug durch die dunkle Seite des Netzes!



Melanie Blinzler

Präventionsrat Oldenburg (PRO)

Melanie Blinzler:

Dipl.Soz.päd., Jahrgang 1968, studierte Sozialpädagogik/ Sozialarbeit in Bielefeld, 1994 - 2002 in der offenen Jugendarbeit tätig, 2002 - 2009 als Bildungsreferentin beim Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder Landesverband Niedersachsen und seit 2009 Geschäftsstellenleiterin des Präventionsrats Oldenburg; seit 2010 Lehrauftrag für Konfliktmanagement an der Universität Vechta.

Nachhaltigkeit in der Kommunalen Prävention

**Moderation: Annikka Repenning,
Förderverein Präventionsrat Oldenburg**

Die Frage nach der „Nachhaltigkeit“ von Projekten spielt eine zunehmend größere Rolle in der Bewertung kommunaler Präventionsarbeit. Wir haben es hier mit einem schillernden Begriff zu tun, dessen Verwendung nicht immer eindeutig ist, obwohl er als Bewertungsmaßstab verwandt wird. Für die tägliche Präventionsarbeit ergibt sich daraus die Frage, welche Indikatoren für „Nachhaltigkeit“ gibt es? Oder müssen für den Bereich der Prävention eigene Indikatoren formuliert werden? Vorgestellt werden Beispiele für Indikatoren kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien. Berührungspunkte zum Konzept der Corporate Social Responsibility werden thematisiert.



Reiner Holitschke

Bundespolizei

Reiner Holitschke:

Polizeihauptmeister, geb. 25.04.1958, Teamleiter der Zivilen Fahndungsgruppe (ZSD) der Bundespolizeiinspektion Bremen.

Bisherige Tätigkeiten: 1984 Eintritt in die damalige Bahnpolizei, Einsatz im uniformierten Streifendienst. 1989 Ausbildung zum Taschen- und Trickdiebstahlfahnder in der Bahnpolizeischule München-Freimann. 1992 Wechsel zum Bundesgrenzschutz. Einsatz als Leitstellenbeamter. Seit 1989 Teamleiter der Zivilen Fahndungsgruppe (ZSD) der Bundespolizeiinspektion Bremen.

Schwerpunkt der Arbeit: Fahndung nach Taschen- und Trickdieben sowie Bekämpfung der milieubedingten Straftaten. Planung und Durchführung von regionalen und überregionalen Einsätzen der Fahndungsgruppe in Zusammenarbeit mit anderen Bundespolizeiinspektionen und den Länderpolizeien. Kriminalprävention im Phänomenbereich Taschen- und Trickdiebstahl.

Bekämpfung der Taschen- und Handgepäckdiebstahlskriminalität - „Die Tricks der Taschendiebe“

Moderation: Andreas Mayer, ProPK

Die Bundespolizei präsentiert:

Bekämpfung der Taschen- und Handgepäckdiebstahlskriminalität - „Die Tricks der Taschendiebe“

Der Taschen- und Handgepäckdiebstahl hat sich zu einem Massendelikt entwickelt. Oftmals schafft der allzu sorglose Umgang mit Geldbörsen, Brieftaschen und Handtaschen eine günstige Tatgelegenheit für die professionellen Täter.

Die Bundespolizei bietet zu diesem Thema einen Präventionsfilm an, um den Bürgern die Vorgehensweise der Taschendiebe zu zeigen. Weiterhin werden den Bürgern nützliche Tipps mit auf dem Weg gegeben, wie man sich effektiv vor solchen Diebstählen schützen kann.

Kontakt:

Bundespolizeipräsidium Potsdam

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Tel.: + 49 (0) 331/97997-0

Mail: bpolp@polizei.bund.de

Internet: www.bundespolizei.de



Dr. Sohail Husain

Analytica Consulting

Dr Sohail Husain:

is Director of Analytica Consulting, a UK-based provider of research and advocacy services on community safety, violence reduction and justice reform. From 1976-89 he was Lecturer in Geography at Southampton University (UK) and Visiting Professor at Hamburg University (Germany) in 1984. While his teaching and research interests were initially focused on urban analysis and quantitative techniques, he became increasingly involved in community safety and violence reduction. In 1989 he joined Crime Concern, a new NGO dedicated to promoting social crime prevention and developing effective interventions, and was its Deputy CEO from 2001-05, playing a lead role in its research and technical assistance programmes. In 2005 Sohail set up Analytica and has subsequently undertaken assignments in many parts of the world (including Bosnia, Canada, New Zealand, Serbia, South Africa) for national governments and international organisations to promote effective action, develop resources and tools, support project design and implementation, and to undertake evaluations. He was evaluator of the UNTF-funded Gender Inclusive Cities Programme (with projects in Argentina, India, Russia and Tanzania) from 2009-11 and Senior Evaluation Adviser to UN Women's Global Programme for Safe Cities for Women and Girls (with projects in Ecuador, Egypt, India, Papua New Guinea and Rwanda) from 2010.

Sexual Harassment, Sexual Assault and Women's Right to the City: Lessons from the Gender Inclusive Cities Programme

**Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch,
Landespräventionsrat Nds.**

GICP was a 3-year programme to promote change that would enable women to enjoy equal access to public spaces and exercise their right to the city. Funded by the UN Trust Fund to End Violence Against Women from 2009-11 and with NGO-led projects in Argentina, India, Russia and Tanzania, it focused on reducing sexual harassment and assault. Evidence collected indicates these are global problems and a powerful restriction on women's freedom, the effect of which is intensified when gender intersects with factors associated with marginalisation or disadvantage, such as ethnicity or homelessness. There is however little recognition of the problem by men, public institutions or services that have a central role in tackling it. GICP aimed to change this by increasing awareness of the problem, changing individual attitudes and behaviours, and influencing the ways cities are planned, managed and serviced.

GICP had three inter-related workstreams. The first involved compilation of a persuasive evidence base to show the nature, scale and consequences of the problem. The second was the involvement of local women to identify needs, develop initiatives and exert influence on others. The third was the establishment of partnerships with key stakeholders, such as local government, to deliver interventions. It has shown that small civil society organisations can play a vital role in delivering interventions and that there are additional benefits for women if NGOs adopt a feminist approach that is consciousness-raising and empowering. However, improvements, which depend on changes by women, men and institutions, require longer-term support if they are to be sustained.

Vortrag in englischer Sprache



Anna Rau

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Dr. Tina Silbernagl

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Anna Rau:

Historikerin und Journalistin. Mitarbeiterin im Sektorvorhaben Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten bei der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Im Rahmen dieser Tätigkeit hat sie den Leitfaden Systemische Jugendgewaltprävention mit entwickelt und geschrieben. Sie berät Projekte der internationalen Zusammenarbeit und auf entwicklungspolitischer Ebene zur Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte und insbesondere im Bereich der Jugendgewaltprävention.

Dr. Tina Silbernagl:

is head of the GIZ project “violence prevention” in South Africa. For over ten years, Mrs. Silbernagl has worked professionally on the promotion of children and youth with a strong focus on capacity development, youth inclusion and violence prevention. In addition to extended periods of work in Uganda and at GIZ headquarters, she has gathered experience as an international development consultant for GTZ and the World Bank. Her regional areas of expertise are Sub-Saharan Africa and South Eastern Europe. For her PhD at University College London, she critically examined the affirmative action policies for youth aged 18 to 30 in Uganda.

Systemische Gewaltprävention - Methodischer Ansatz und praktische Erfahrungen

**Moderation: Detlef Otto Bönke,
Bundesministerium der Justiz**

Für eine erfolgreiche Prävention von Gewalt müssen deren multikausale Ursachen verstanden werden. Wirksame Strategien in der Prävention von städtischer (Jugend-) Gewalt folgen systemischen Ansätzen, die Akteure aus verschiedenen Sektoren zusammenbringen, mit dem Ziel, gemeinsam an den kontextspezifischen Ursachen von (Jugend-)Gewalt zu arbeiten. Der „GIZ Leitfaden Systemische Jugendgewaltprävention“ führt in ein systemisches Vorgehen zur Jugendgewaltprävention ein. Er soll damit eine Hilfestellung für all diejenigen sein, die sich mit der Prävention von Jugendgewalt beschäftigen.

Das GIZ-Vorhaben „Inklusive Gewaltprävention“ in Südafrika hat zum Ziel, die Sicherheit der Bevölkerung in benachteiligten Gebieten durch die Zusammenarbeit von öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und nachbarschaftlichen Organisationen zu verbessern. Zugleich spielt die partizipative Gestaltung von sicheren öffentlichen Räumen, die Professionalisierung der unterschiedlichen Akteure von Stadtplanern und Architekten über Verwaltungsangestellte bis hin zu Jugendsozialarbeitern im Bereich der Gewaltprävention sowie die Einrichtung eines institutionalisierten Wissensaustausches der Akteure eine wichtige Rolle.

Der Vortrag kombiniert eine methodische Einführung in den systemischen Ansatz mit der Vorstellung eines innovativen Projektansatzes zur Gewaltprävention in Südafrika.



Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl

Landeshauptstadt München

Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl:

Jurastudium in Bochum und Freiburg, Referendariat in BW, 4 Jahre wiss. Assistentin an der jur. Fakultät der Univ. Konstanz, danach verschiedene Tätigkeiten im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München; derzeit Leiterin der Abteilung allgemeine Angelegenheiten und städteb. Entwicklungsmaßnahmen, Mitverfasserin des Standardwerks „Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007“; Kommentatorin in: „Baurecht in Bayern“ und „Bau- und Wohnungsrecht in Bayern“; zahlreiche Publikationen zum Thema Baurecht und Frauenbelange im Baurecht; umfangreiche Lehr- und Vortragstätigkeit zu den publizierten Themen u.a. beim Institut für Städtebau und Wohnungswesen, beim Deutschen Institut für Urbanistik und bei der Bayerischen Verwaltungsschule; Vorsitzende der Kommission „Frauen in der Stadt“ des Deutschen Städtetags; seit Bestehen der Petra-Kelly-Stiftung Stiftungsrätin

Städtebauliche Kriminalprävention

**Moderation: Susann Genz,
Senator für Inneres und Sport Bremen**

Alle planerischen Entscheidungen können Einfluss auf das Angestempfinden der Bürgerinnen und Bürger haben im positiven, wie im negativen Sinne. Kriminalitätsangst besteht nicht, sie entsteht. Sie ist wandel- und beeinflussbar und damit von unmittelbarer Bedeutung für das planerische Handeln. Die Stadtplanung hat die Möglichkeiten, das Sicherheitsgefühl der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner positiv zu beeinflussen und Angsträume zu vermeiden.

Städtebauliche Kriminalprävention kann allerdings nur ein Baustein im Bündel möglicher Präventionsmaßnahmen sein, jedoch handelt es sich um einen wichtigen Baustein für die allgemeine Lebensqualität, das Sozialleben und die Nutzung und die Aneignung des öffentlichen Raums.

Der Beitrag befasst sich mit der Entwicklung der Kriminalprävention im Städtebau, ihrer Verankerung im Baugesetzbuch, den in Frage kommenden Maßnahmen und es wird dargestellt, wie sich die Münchner Stadtplanung des Themas annimmt.



Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer

**Justus-Liebig-Universität Gießen /
WEISSER RING e. V., FB Vorbeugung**

Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer:

- 1938 Geboren in Hamburg, aufgewachsen in Hamburg und Bayern
- 1958 Abitur am Christianeum, Hum. Gym., in Hamburg
- 1958-1962 Studium der Rechtswissenschaften in Hamburg
- 1962 Erste Juristische Staatsprüfung
- 1965 Promotion
- 1965-1968 Referendariat in Hamburg und Bonn (Wiss. Dienst des Bundestags)
- 1968 Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg
- 1968-1971 Richter in einer Jugendstrafkammer des Landgerichts und Dozent an der Universität Hamburg
- 1972-1975 Drogenforschung, Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft
- 1975 Habilitation für Kriminologie und Strafrecht
- 1976 Nach einjähriger Lehrstuhlvertretung in Hamburg: Professur für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug an der Justus-Liebig-Universität Gießen
- Seit 1992 auch Direktor des Instituts für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen e.V.
- Sept. 2006 Emeritierung
- Über 300 wissenschaftliche Publikationen zum Arztstraf-, Jugendstraf-, Strafprozeß-, Strafvollzugsrecht, zum Staatsrecht, zur empirischen Strafverfahrens- und Sanktionswissenschaft, Dunkelfeld-, Jugend-, Alters- und Drogenforschung
- Mitwirkung in zahlreichen kriminalpolitischen Beratungs- und Forschungsgremien, gegenwärtig vor allem im Hessischen Landespräventionsrat und im Fachbeirat Vorbeugung im Weißen Ring
- Vortrags- und Forschungsreisen in viele Länder
- Verheiratet mit Gisela Kreuzer, Kinder Anselm und Gundula

Aussage gegen Aussage - Zum Dilemma von Täter- und Opferschutz bei Beziehungsdelikten

Moderation: Andrea Buskotte, Landespräventionsrat Nds.

Strafverfahren wie die gegen Prominente wegen Vergewaltigung (Wettermoderator Kachelmann, IWF-Direktor Strauss-Kahn, Wikileaks-Gründer Assange) haben manches gemein: Sie müssen mit Freispruch beendet oder eingestellt werden; es kommt in vielen Verfahren wegen Beziehungsdelikten allein auf Verbalbeweise an, die immer fragwürdig sind, wenn sie sich nicht zusätzlich auf Sachbeweise stützen lassen; Aussage steht gegen Aussage; die Anzeigerstatterinnen machen teilweise falsche Angaben, versuchen, die Beweisführung zu manipulieren. Am Ende bleiben alle beschädigt zurück: Vermeintliches oder tatsächliches Opfer, Beschuldigter, Justiz. Ein weiteres Verfahren in Sachen des hessischen Lehrers Horst Arnold lässt aufhorchen: Der Vergewaltigung bezichtigt, verbüßte er fünf Jahre Freiheitsstrafe ohne vorzeitige Entlassung und wurde nun wegen erwiesener Unschuld aufgrund einer Falschbeschuldigung durch eine Kollegin in der Wiederaufnahme freigesprochen.

Solche Verfahren werfen Fragen auf: Welches sind typische Fehler bei der Erstattung und justiziellen Verarbeitung von Strafanzeigen wegen Beziehungsdelikten? Wie können strafverfahrensrechtlicher Opferschutz weiter verbessert und die Anzeigebereitschaft von tatsächlichen Opfern gefördert werden, ohne zugleich grundlegende Verfahrensschutzrechte Beschuldigter zu schmälern? Warum entsteht mitunter der Eindruck, in solchen Verfahren mutiere die Unschulds- in eine Schuldvermutung? Wie lassen sich Justizirrtümer und Verfahrensfehler bei vermeintlicher Wahrnehmung nötiger Opferschutzinteressen eindämmen? Was ist Opfern von Gewalt- und Sexualdelikten zu raten, ehe sie Anzeige erstatten?



Georg Hopp

Landeshauptstadt München



Viktoria Racic

Landeshauptstadt München



Barbara Roth

Landeshauptstadt München

Georg Hopp:

als Diplomsozialpädagoge (FH) von 1988 - 2008 im Bereich der Jugendhilfe des Sozialreferates, Stadtjugendamt der LH München, beschäftigt, seit 2009 im Fachbereich Jugendschutz mit dem Schwerpunkt Prävention von Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen tätig.

Viktoria Racic:

Diplom-Psychologin und Psychologische Psychotherapeutin, seit 2009 Koordinatorin für Suchtprävention am Referat für Gesundheit und Umwelt der LH München. Aktueller Arbeitsschwerpunkt: Prävention von Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen.

Barbara Roth:

Lehramt an beruflichen Schulen (Holz-/Bautechnik und Sport), Leitung des Fachbereichs Soziale Bildung/Gleichstellung/Prävention am Pädagogischen Institut der LH München. Das Pädagogische Institut ist Kompetenzzentrum für Fort- und Weiterbildung, für Beratung und Bildungsinformation sowie für Kooperation und Vernetzung.

**Münchner Programm zur Prävention des
Missbrauchs von Alkohol und anderen
Suchtmitteln bei Kindern und Jugendlichen
„Rauschfrei durch München“**

Mitarbeiter/innen der LH München stellen die ressortübergreifende kommunale Strategie Münchens zur Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen vor. Das modulare Programm strebt eine Kombination von verhaltens- und verhältnisbezogener Prävention an.

Ausführlicher dargestellt wird das Modul „Jugendschutz“ am Beispiel der Kooperation verschiedener Institutionen während des Münchner Oktoberfestes (Modell der kurzen Wege - zwischen Notfallversorgung und Prävention).



Angela Nieting

Deutscher Hebammenverband

Angela Nieting:

geboren 1970 in Mönchengladbach

Nach dem Abitur und freiwilligen sozialen Jahr Ausbildung zur Hebamme an der Universitätsklinik Mainz

Neun Jahre Kreissaaltätigkeit,

Seit 2005 freiberufliche Hebamme im Landkreis Garmisch-Partenkirchen

2005/2006 Weiterbildung zur Familiengesundheitshebamme, an der Akademie des Städt. Klinikums München Familiengesundheitshebamme in Garmisch-Partenkirchen

Beauftragte des Deutschen Hebammenverbandes e.V. für Familienhebammen

Kontakt:

Angela Nieting

Höhlweg 17

82467 Garmisch-Partenkirchen

Tel.: 08821-3697

nieting@hebammenverband.de

Möglichkeiten und Grenzen der Prävention durch Familienhebammen

Moderation: Kristin Adamaszek, Stiftung ProKind

Familienhebammen sollen in Deutschland verstärkt gefördert werden. So sieht es der Entwurf des Kinderschutzgesetzes vor, das am 1.1.2012 in Kraft treten soll.

FH sind ein Baustein der Frühen Hilfen für Familien, die erhöhte Belastungen haben und ein Kind erwarten/haben.

Prävention als wichtiger Baustein des Kinderschutzes.

Arbeitsweise und Chancen der FH.

Abgrenzung zu anderen Maßnahmen der „Frühen Hilfen“.



Walter Staufer

Bundesprüfstelle für
jugendgefährdende Medien

Walter R. W. Staufer:

studierte Germanistik, Politik, Soziologie, Geografie und öffentliches Recht. Dozent für politische Bildung mit den Schwerpunkten Europa, Extremismus, Islamismus und Medien.

Seit 2005 Referent an der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn.

Aufbau des Bereichs „Pädagogischer Jugendmedienschutz: Medienerziehung“. Arbeitsschwerpunkte: Rechtsextremismus, Musik (Hip-Hop, Rechtsrock), Internet, Handy, Jugendprojekte, Elternarbeit, Website

aktuelle Publikationen:

(2006) Gewalt- und Pornovideos auf Schülerhandys - rechtliche Bewertung und medienpädagogischer Umgang, BPjM Aktuell 3/2006. Mönchengladbach.

(2008) Hip-Hop-Musik in der Spruchpraxis der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien - Rechtliche Bewertung und medienpädagogischer Umgang. BPjM Thema 2008. Bonn.

(2010) Jugendliche und die Faszination von Sozialen Netzwerken. In: Lüpke, M./Neumann, U. (Hrsg.) Gewaltprävention 2.0. Aktive Medienpädagogik als Mittel der Gewaltprävention. Schüren Verlag, S. 54-67. Marburg.

(2010) Jugendmedienschutz, in: Robertz F.J., Wickenhäuser R.P. (Hrsg.) Orte der Wirklichkeit: Über Gefahren in medialen Lebenswelten Jugendlicher. Killerspiele, Happy Slapping, Cyberbullying, ... Berlin. S. 132-134

(2010) Cyber-Mobbing: Erkennen bearbeiten vorbeugen. In: Grundschule Magazin für Aus- und Weiterbildung. H. 6/2010. S. 28-30. Braunschweig.

Was macht mein Kind im Internet? Aktuelle Entwicklungen Gefährdungen Medienempfehlungen

**Moderation: Anja Herold-Beckmann,
Landespräventionrat Sachsen**

Kinder und Jugendliche im Web 3.0

- aktuelle Entwicklungen in der Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen
- besondere Gefährdungen und Möglichkeiten des Jugendschutzes
- neue Forschungsergebnisse

mit Medienangeboten, Tipps zur Medienerziehung und Links.

Kinder bewegen sich heute ganz selbstverständlich in facebook. Doch die Medienrevolution und die Folgen für unser Gemeinschaftsleben deuten sich erst an: Anwendungen für Smartphones, Gesichtserkennung, Geodaten, Programme interpretieren selbständig Daten und Informationen das semantische Web oder Web 3.0. Die Warnung allzu viel von sich preiszugeben ist so aktuell wie die Frage nach einem zeitgemäßen Jugendschutz.

Sind neue Antworten des Jugendschutzes und der Medienpädagogik nötig auf den Wettlauf von Google, Microsoft, Apple und facebook?

Weitere Fragen: Wie können Kreativität, Eigenständigkeit, Partizipation und technische Fertigkeiten bei Kindern und Jugendlichen bei der Mediennutzung gefördert werden?

Techn. Jugendschutz durch Filtersoftware; die Bedeutung des „BPjM-Moduls“ zu indizierten Medien bleiben wichtig. Wie können Preisgabe der Privatsphäre, (Urheber-) Rechtsverletzungen, jugendgefährdende Inhalte und Abhängigkeit bei Onlinespielen als Risiken vermittelt und vermindert werden?

Aktuelle Forschungsergebnisse, Trends, Lehrmaterialien und Medienkompetenzprojekte werden vorgestellt.



Dr. Johannes Luff

Bayerisches Landeskriminalamt



Dr. Figen Özsöz

Bayerisches Landeskriminalamt

Dr. Johannes Luff:

wurde 1958 in Augsburg geboren. Das Studium der Soziologie, Psychologie und Philosophie absolvierte er an der Universität Augsburg; 1989 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zu den Parallelen des deutschen und uruguayischen Terrorismus. Nach Forschungsaufenthalt in Montevideo/Uruguay und wissenschaftlicher Tätigkeit an der Universität Augsburg am Lehrstuhl für Soziologie von 1987-1990 Leiter des Büros eines bayerischen Landtagsabgeordneten. Seit 1990 Mitarbeiter, ab 2002 Leiter der Kriminologischen Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei. Lehrbeauftragter an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern (Fachbereich Polizei) seit 1992.

Figen Özsöz:

wurde 1976 in Yenisehir/Türkei geboren. Nach dem Abitur 1997 in Hagen studierte sie Psychologie an der Technischen Universität in Darmstadt. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin in der kriminologischen Abteilung am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. Br. In ihrer Dissertation hat sie sich mit dem Thema rechtsextremistische Gewalttäter im Jugendstrafvollzug befasst. Zwischen 2005 und 2007 war sie als Lehrbeauftragte für Psychologie und Kriminologie an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg tätig. Seit 2010 ist sie in der Kriminologischen Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG) beschäftigt.

Der Gehalt der Gewalt - wie Gewalt aussieht und was sie begünstigt

Moderation: Stefania Hälig, Ostfalia-Hochschule für angewandte Wissenschaften

Zur Quantität von Gewaltkriminalität im letzten Jahrzehnt liefern Helffeldstatistiken und Dunkelfeldbefragungen voneinander abweichende Ergebnisse. Daneben sind diesen Quellen keine Aussagen über die „Qualität“ der Gewalt zu entnehmen, wie etwa zur Intensität der Gewaltausübung und den damit verbundenen Eskalationsprozessen, dem Verletzungsgrad des Opfers, den eingesetzten Tatmitteln oder der Begehungsweise.

Die Kriminologische Forschungsgruppe der Bayerischen Polizei (KFG) untersucht diese Fragestellungen in einem Längsschnitt über 10 Jahre auf der methodischen Grundlage von Aktenauswertungen, um Erkenntnisse über einen möglichen Wandel der Gewalt und ihrer Konsequenzen zu gewinnen.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) liefert Anhaltspunkte, dass vor allem bei jüngeren Menschen der Konsum von Alkohol zumindest als Auslöser von Gewaltstraftaten eine bedeutsame Rolle spielt. Die Analyse dieses Aspekts ist daher einer der Schwerpunkte des Projekts.

Von der differenzierten Analyse der Gewaltprozesse und ihrer Auslöser erwartet sich die KFG fundierte Erkenntnisse für gezieltere Maßnahmen bei der Gewaltprävention.

Der Abschluss des Projekts ist zum Jahresende 2012 vorgesehen, weshalb auf dem DPT vor allem die methodischen Grundlagen sowie erste Erkenntnisse vorgestellt werden.



Julia Mölck

Kommune Alkmaar

Julia Mölck:

ist seit 2009 Managerin des Sicherheitshauses der Region Alkmaar. Davor hat sie den Bürgermeister und den Senat der Stadt Alkmaar in Sicherheitsfragen beraten. Frau Mölck war Programmanagerin in Den Helder und hat zehn Jahre als consultant - Schwerpunkt Sicherheit im öffentlichen Raum - gearbeitet.

Sicherheitshaus - die Methodik des erweiterten Casemanagement und mehr

**Moderation: Dagmar Freudenberg,
Landespräventionsrat Nds.**

Die Sicherheitshäuser sind goed practise in den Niederlanden. Jede Regio muss ein Sicherheitshaus haben, so der Minister für Sicherheit. Das Sicherheitshaus in Alkmaar ist eins von den 42 Sicherheitshäusern in den Niederlanden. Jugendkriminalität, Gewalt im Privaten, Nachsorge Ex-gedetenierden, Intensivtäter und Menschenhandel sind unsere Themen. Mit erweitertem Casemanagement zusammen mit Partnern der Justiz, Polizei, Stadtverwaltung und sozialen Organisation kommen wir ausgehend von einer ausgezeichneten Informationsposition zu einem Interventionsplan. Die Erfolge sind nachweisbar groß.



Kalpana Viswanath

Women in Cities International

Dr. Kalpana Viswanath:

has been working on issues of women's rights since early 1990's. She is currently Project Director of the Gender Inclusive Cities Programme managed by Women in Cities International and funded by the UN Trust Fund to End Violence Against Women. She has been working with the Government of Delhi in its efforts to address women's safety in the city through projects on urban design and planning, community based interventions, improved policing, improved public transport among other interventions. She is a member of the Steering Committee of Awaz Uthao (a pilot project to create women's safety collectives in communities in Delhi). She is also a member of Jagori, a women's resource centre in Delhi which has led the Safe Delhi campaign. She has done research on urban safety in South Asia for UN Habitat/ES-CAP, presented on issues of women's safety and inclusion in cities in forums around the world and has delivered training on women's safety audits. She was a Visiting Scholar at the Women's Studies department in Emory University, Atlanta in 2004-2005. She is a member of the International Advisory Committee of Women in Cities International. She has published in several journals, magazines and newspapers.

Building Safer and Inclusive Cities: The Experience of Delhi

Moderation: Juma Assiago, UN-Habitat

The theoretical and practical work on safer cities for women has now a history of over two decades beginning in the countries of the North but today being implemented in over 45 countries around the world. This work needs to be understood within discourses of growing urbanisation and urban governance as well as discourses of crime prevention and ending violence against women. This makes the issues, as well as solutions and interventions, diverse.

Among the cities in the south, New Delhi has traversed an interesting trajectory on the path to creating safety for women and girls. The history of strong feminist and democratic movements in the country ensured that the issue was raised from civil society and a strong women's rights group. But the deeper understanding of the depth of social change needed led to the involvement and integration of a range of stakeholders, both state and non state.

The strategies have thus included strong awareness campaigns along with concerted capacity building of institutional stakeholders including police and service providers and strengthening capacity of community women and youth to identify, address and advocate for meaningful change in their contexts.

The local government has also responded both to intense media glare and increasing rates of crime which threaten the reputation of the city. This led them to launch a community led initiative to address crimes and violence against women through a multi strategic and multi stakeholder approach. In this presentation, I will reflect upon and analyse the effects and outcomes of the campaigns and range of initiatives.

Vortrag in englischer Sprache



Andreas Mayer

**Polizeiliche Kriminalprävention der
Länder und des Bundes (ProPK)**

Andreas Mayer:

Kriminaloberrat , 47 J. alt

1984 - 1987: Einstellung bei der Polizei Baden-Württemberg,
Ausbildung

1988 - 1992: Polizeidirektion Heilbronn, Sachbearbeiter im
Streifen- und Verkehrsdienst und bei der Kriminalpolizei

1993 - 1995: Studium an der Hochschule f. Polizei (HfPol) in
Villingen-Schwenningen (VS)

1995 - 1996: Sachbearbeiter bei der Kriminalpolizei Heil-
bronn, Kapitaldelikte

1996 - 1999: Einsatz in diversen Funktionen bei der Poli-
zeidirektion Heilbronn, Akademie der Polizei Wertheim,
Landeskriminalamt BW, Hochschule für Polizei Villingen-
Schwenningen; Landespolizeidirektion Stuttgart

1999 - 2001: Ausbildung für die Laufbahn des höheren Poli-
zeivollzugsdienstes mit Abschluss an der Polizei-Führungs-
akademie Münster-Hiltrup

2001 - 2003: Innenministerium Baden-Württemberg, Lage-
zentrum

2003 - 2006: Leiter der Kriminalinspektion 1 der Polizeidirek-
tion Heilbronn

2006 - 2009: Leiter des Polizeireviers Heilbronn

seit 2009 Geschäftsführer der Zentralen Geschäftsstelle der
Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes
und Leiter der Zentralstelle Prävention und Jugendsachen
beim Landeskriminalamt BW

Präventionsangebote für ältere Menschen im Zeichen gesellschaftlichen Wandels

Moderation: Harald Schmidt, ProPK

Zu den Bestandteilen des gesellschaftlichen Wandels gehört, dass der Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung stetig zunimmt. Damit rückt diese Altersgruppe verstärkt in das Blickfeld kriminalpräventiver Arbeit. Zwar weisen ältere Menschen statistisch ein unterdurchschnittliches Risiko der Opferwerdung aus. Aufgrund alterstypischer Lebenssituationen sind sie jedoch von bestimmten Deliktsformen besonders betroffen, z. B. von Eigentums- und Vermögensdelikten sowie von Misshandlungen bzw. Vernachlässigungen pflegebedürftiger Menschen. Mit steigender Lebenserwartung werden die Lebenslagen der Menschen über 60 Jahren im Hinblick auf Alltagskompetenzen, körperliche und geistige Fähigkeitenpotentiale sowie Risiken der Opferwerdung heterogener. Während ältere Menschen des sog. „Dritten Lebensalters“ im Wesentlichen keine Einschränkungen haben, treten im „Vierten Lebensalter“ vermehrt gesundheitliche und funktionale Einschränkungen auf. Hinzu kommt die Gruppe der pflegebedürftigen Menschen. Hinsichtlich der Erreichbarkeit für Maßnahmen der Kriminalprävention unterscheiden sich die Gruppen deutlich.

Vorgestellt wird der konzeptionelle Ansatz im Rahmen des Programms Polizeiliche Kriminalprävention, mit dem jeweils auf die einzelnen Zielgruppen ausgerichtete Angebote zum Schutz vor Opferwerdung entwickelt werden.



Dirk Behrmann

Landeskriminalamt Niedersachsen



Dr. Anke Schröder

Landeskriminalamt Niedersachsen

Dirk Behrmann:

ist im LKA Niedersachsen Leiter der Zentralstelle Prävention und seit 2009 verantwortlicher Koordinator für das EU-Projekt „Planning urban Security Plus“. Schon 2003-2006 war er Projektleiter des Modellprojekts „Kriminalprävention im Städtebau Sicheres Wohnen in Niedersachsen“. In den Jahren 2000 bis 2003 entwickelte er Projekte zur polizeilichen Prävention und war beteiligt an der Umsetzung landesweiter Präventionskonzepte. Als Repräsentant des LKA in der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen ist er Auditor für die Vergabe des Qualitätssiegels Sicheres Wohnen in Niedersachsen und an der Entwicklung eines Fort- und Weiterbildungsmoduls für Polizei und Planung beteiligt.

Dr. Ing. Anke Schröder:

promovierte 2010 an der Leibniz Universität Hannover. Die wissenschaftliche Mitarbeit in Forschung und Lehre in der Abteilung Planungs- und Architektursoziologie zeigt ihr interdisziplinäres Interesse. Von 2008-2009 war sie Geschäftsführerin des „Forum für Gender Kompetenz in Architektur Landschaft Planung“, bevor sie 2009 in das LKA Niedersachsen wechselte und dort das Projektmanagement für das EU-Projekt „Planning urban Security Plus“ übernahm. Sie ist Mitglied des Frauenbeirats der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin, der Vereinigung für Stadt, Regional- und Landesplanung und der PlanungsFachFrauen Hannover.

Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder

**Moderation: Susanne Wolter,
Landespräventionsrat Nds.**

Das europäische Forschungsprojekt Planning urban Security - Planen städtischer Sicherheit wird seit 2009 vom LKA Niedersachsen koordiniert.

Vier Partnerländer: Deutschland, England, Österreich und Polen untersuchen bestehende kriminalpräventive Aktivitäten in den Städten Manchester, Hannover, Wien und Stettin und führten Bevölkerungsbefragungen zur gefühlten Sicherheitslage in den konkreten Projektgebieten durch. Qualitative Interviews der Verantwortlichen vor Ort ergänzen die quantitativen Ergebnisse. An dem interdisziplinären Forschungsprojekt sind polizeiliche wie planerische und sozialwissenschaftliche Disziplinen beteiligt, was den gesellschaftlichen Stellenwert der Kriminalprävention im Städtebau unterstützt.

Der Vortrag wird die länderspezifischen Erkenntnisse aufgreifen und darstellen, inwieweit sich diese auf ein europäisches Qualitätsmodell zur Professionalisierung kriminalpräventiver Maßnahmen übertragen lassen. Im Mittelpunkt stehen neben den lokalspezifischen Unterschieden die internationale Bedeutung eines kriminalpräventiven Ansatzes im Städtebau und der europäische Mehrwert. Der Vortrag wird in deutscher Sprache gehalten.



Erhard Paasch

Präventionsrat Hildesheim

Erhard Paasch:

geboren 1941, Kriminaloberrat a. D., ist seit dem Jahre 2006 Moderator der Arbeitsgruppe „55 plus Sicherheit“ im Präventionsrat Hildesheim. Seit 2011 Ortsbürgermeister eines Stadtteils in Hildesheim sowie Mitglied des Stadtrates.

Als Kriminalbeamter 30 Jahre lang tätig in Ermittlungs- und Leitungsfunktionen innerhalb der Kriminalpolizei des Landes Niedersachsen in der Jugend- und Rauschgiftkriminalität, der Fahndung sowie der organisierten Kriminalität. Über 10 Jahre Dozent für Kriminologie und Kriminalistik an der Fachhochschule der Polizei Niedersachsen in Hildesheim. Führt zwischen 1996 und 2001 sowie im Jahre 2006 im Rahmen des polizeilichen Fachhochschulstudiums mehrere projektorientierte Leitthemenstudien zur Jugendkriminalität, zum Opfer und der Anzeige, eine selektive Regionalanalyse und zum „Sicherheitsgefühl in Hildesheim“ (2000 und 2006) durch.

Veröffentlichte zahlreiche kriminologische und kriminalistische Abhandlungen in polizeilichen Fachzeitschriften, wie z.B. „Kriminalistik“, „Der Kriminalist“ und „Deutsche Polizei“.

Kommunale Kriminalprävention 55 plus Sicherheit - lebenswerte Stadt auch für die ältere Generation

Moderation: Walter Schwoche, Präventionsrat Hildesheim

Studienorientierte Ausrichtung von Seniorenarbeit zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls führte im Jahre 2006 zur Gründung der Arbeitsgruppe „55 plus Sicherheit“ im Präventionsrat Hildesheim. Aus den ersten 5 Jahren der Arbeit werden erfolgreiche Projekte, wie die Notfallkarte für „55 plus“, die Entwicklung der Hildesheimer Sicherheits- handtasche, das ständige monatliche Sicherheitsberatungs- angebot und die regelmäßigen Sicherheitstrainingskurse mit Evaluation vorgestellt.

Ziele der Hildesheimer Seniorenprävention:

Den älteren Menschen in den Mittelpunkt der Präventions- arbeit stellen.

Die „gefühlte“ Sicherheit bzw. das subjektive Sicherheitsge- fühl positiv beeinflussen.

Angstabbau und Stärkung des Selbstbewusstseins bis hin zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

„Präparieren statt reparieren“ durch informieren, aufklären, beraten, anleiten und persönliche Hilfestellungen.



Frank Buchheit

Landeskriminalamt Baden-Württemberg



Michael Haller

Innenministerium Baden-Württemberg

Frank Buchheit, Jg. 1970

1990er - Mitarbeiter in mehreren Projekten der offenen und mobilen Jugendarbeit

bis 2000 - Studium der Erziehungswissenschaft (Uni Tübingen)

seit 2002 - Mitarbeiter der Landesprävention beim LKA BW

Schwerpunkte: Jugendkriminalität und -prävention, Aussteigerprogramm Rechtsextremismus (BIG Rex), Kooperation Polizei-Moscheevereine, Evaluation im Kontext der Kriminalprävention

seit 2010 - Studium zum ‚Master of Evaluation‘ (Uni Saarbrücken)

Kriminaloberrat **Michael Haller** trat 1988 in den Polizeidienst Baden-Württemberg ein und war ab 1990 in verschiedenen Funktionen der Schutz- und Kriminalpolizei im mittleren und gehobenen Dienst beim Polizeipräsidium Stuttgart bzw. Landeskriminalamt Baden-Württemberg tätig. Nach dem Studium an der Polizeiführungsakademie in Münster/Westfalen war er ab 2005 für ein Jahr als Referent beim Landespolizeipräsidium im Innenministerium Baden-Württemberg im Bereich Politisch motivierte Kriminalität - Terrorismus eingesetzt. Danach übernahm er die Führungsgruppe und stellvertretende Leitung der Abteilung Ermittlungen/Auswertung beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg, bevor er im März 2007 als Geschäftsführer der Zentralen Geschäftsstelle der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes in den Bereich Kriminalprävention wechselte. Seit Oktober 2007 ist er im Innenministerium Baden-Württemberg als Geschäftsführer des Projektbüros Kommunale Kriminalprävention und gleichzeitig als verantwortlicher Referent für den Bereich Kriminalprävention, Jugend- und Gewaltkriminalität tätig.

Förderprogramm „Prävention alkoholbedingter Jugendgewalt (PAJ)“

Das Förderprogramm unterstützt in Baden-Württemberg ab Oktober 2011 für zwei Jahre insgesamt 26 Projekte mit jeweils bis zu 40.000 Euro. Zielgruppe sind Jugendliche und Heranwachsende im Alter zwischen 14 und 19 Jahren, die bereits unter Alkoholeinfluss aufgrund von Gewalthandlungen oder als Verkehrsteilnehmer auffällig wurden.

Die Baden-Württemberg Stiftung fördert die Maßnahme mit 1 Mio. Euro. Neu gegenüber früheren Förderprogrammen sind der zwingend zu berücksichtigende ganzheitliche Ansatz sowie das vernetzte Vorgehen zur Qualitätssicherung. Das Programm soll dazu dienen, die Arbeitsfelder Sucht- und Gewaltprävention enger aufeinander zu beziehen und die Netzwerkarbeit auf lokaler Ebene zu fördern.

Im Vorfeld der Ausschreibung wurden 200 Akteure aus den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern wie bspw. der Suchthilfe/-beratung, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Mobilen Jugendarbeit, Theaterpädagogik und Polizei in vier jeweils zweitägigen Veranstaltungen fortgebildet. Die Schulung wurde durch Experten aus den Bereichen Jugendsozialarbeit/Jugendhilfe, Suchtprävention und Polizei erarbeitet und durchgeführt.

Die geförderten Projekte beinhalten sozialpädagogische/suchtpräventive Ansätze sowie einen normverdeutlichenden Part und orientieren sich an einer vorgegebenen Zielmatrix (Leitziel, 6 Mittler-, 17 Handlungsziele). Die Programmevaluation erfolgt durch die proVal GbR aus Hannover

Ralph Kappelmeier

Polizeipräsidium München

Dr. Mechthild Schäfer

Ludwig-Maximilians-Universität München

Ralph Kappelmeier:

Kriminalhauptkommissar Ralph Kappelmeier ist seit 26 Jahren Polizeibeamter und seit 19 Jahren ausschließlich in der polizeilichen Präventionsarbeit des Polizeipräsidiums München tätig. Er war in dieser Zeit zunächst viele Jahre als Jugendbeamter eingesetzt und hat das Konzept „zammgrauff“, das er auch mitentwickelt hat, zunächst unmittelbar mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Seit vielen Jahren bildet er im Rahmen seiner Tätigkeit beim Kommissariat 105 - Prävention und Opferschutz- Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Polizeibeamte zum Trainer für das Projekt „zammgrauff“ aus.

Dr. Mechthild Schäfer:

ist Privatdozentin am Department für Psychologie der Ludwig-Maximilian-Universität in München. Sie studierte Biologie an der TUM München, arbeitete im Rahmen ihrer Dissertation u. a. am Forschungskindergarten der Universität Bern. Ihre Forschungsinteressen umfassen die Stabilität und Konstruktion von Peerbeziehungen im Kindes- und Jugendalter, Aggression und Mobbing im Schulalter sowie die besondere Bedeutung des Kontextes für aggressives Verhalten und Viktimisierung und die Entwicklung von Dominanzstrategien und Status.

Vorstellung des Münchner Präventionsprojektes „zammgrauft“ und der aktuellen Evaluationsergebnisse

Bei dem Projekt „zammgrauft - von Antigewalt bis Zivilvourage“ handelt es sich um einen interaktiven Präventionskurs für Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 18 Jahren.

Das Projekt ist als Multiplikatoren Ausbildung konzipiert, um auf diese Weise jährlich eine möglichst große Teilnehmerzahl zu erreichen. Es wurde im Jahr 2001 ins Leben gerufen. Seitdem wurden ca. 1800 Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Polizeibeamte im Rahmen einer 3-tägigen Ausbildung zum Trainer beschult. Das Konzept stellt somit einen festen Bestandteil der Münchner Präventionsarbeit in Schulen und sonstigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit dar.

Neben einer kurzen Vorstellung des Projektes erfolgt die Darstellung der Wirkungsstudie, die von der Ludwig-Maximilians-Universität mit über 600 Probanden der 7. und 8. Jahrgangsstufe durchgeführt wurde. Die Studienergebnisse zeigen deutlich, dass das Konzept „zammgrauft“ in allen behandelten Themenbereichen einen hohen Wirkungsgrad hat.



Norbert Seitz

Bundesministerium des Innern

Norbert Seitz:

Leiter der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern. Von April 2002 bis Dezember 2007 Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Forums für Kriminalprävention und bis heute Mitglied im Vorstand der Stiftung. Zuvor diverse Tätigkeiten im Bundesministerium des Innern, u.a. im klassischen Sicherheitsbereich wie auch im Zusammenhang mit Grundsatzfragen der Innenpolitik. Nach rechtswissenschaftlichem Studium und Assessorexamen 1984 Eintritt in die Bundesverwaltung beim Bundeskriminalamt. Dort Tätigkeiten im Kriminalistisch-Kriminologischen Institut mit dem Forschungsschwerpunkt „Umweltkriminalität“ und befasst mit Fragen der Gewinnabschöpfung zur Einwirkung auf Rentabilitätsaspekte im Zusammenhang mit Kriminalitätsgeschehen. 1989 Wechsel in das Bundesministerium des Innern.

Facetten des Bevölkerungsschutzes nicht polizeiliche Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern

Moderation: Prof. Dr. Peter Höflich, Potsdam

Das Thema des 17. DPT „Sicher leben in Stadt und Land“ öffnet den Blick für Sicherheitsaspekte, die im städtischen, kommunalen Kontext über Belange der Kriminalprävention hinausreichen. Sicher leben in Stadt und Land legt die Frage nach Sicherheitsinteressen auch im Zusammenhang mit Naturereignissen nahe, mit von Menschen verantworteten Katastrophen, mit Unglücksfällen nuklearer, biologischer oder chemischer Natur, mit Feuer und Hochwasser, dem Katastrophenbild von Bürgerinnen und Bürgern nächstliegende Geschehen.

In diesem Kontext sind ebenfalls und vor allem Bürgerinnen und Bürger gefordert, Sicherheit im Sinne von Bevölkerungsschutz mitzugestalten und aktiv beizutragen, Katastrophen und Unglücksereignisse möglichst zu verhindern. Dies kann präventiv geschehen oder dadurch, im Ereignis- bzw. Schadensfall alles zu tun, um das Schadensausmaß zu begrenzen und Opfern möglichst schnell wie wirkungsvoll zu helfen. Bevölkerungsschutzrelevante Geschehen betreffen Verantwortungsbereiche nicht polizeilicher Gefahrenabwehr als staatliche Pflichtaufgabe, damit auch Kommunen, Städte und Landkreise. Anders als klassische polizeiliche ist nicht polizeiliche Gefahrenabwehr in Deutschland vor allem ehrenamtlich organisiert, von bürgerlicher Mitwirkungsbereitschaft und entsprechender Verantwortungsübernahme abhängig. Etwa 1,8 Millionen Menschen engagieren sich in diesem Sinne und stehen bei Unglücksfällen und Katastrophen jeglicher Art mit ihrer Qualifikation und Hilfsbereitschaft zur Verfügung.

Die demografische Entwicklung, veränderte Lebensentwürfe, Bildungs- und Freizeitorientierungen stellen aktuell eine besondere Herausforderung dar, die im Vortrag aufgegriffen und mit Entwicklungsperspektiven dargestellt werden sollen. Daneben das gemeinsame Erfordernis der Entwicklung von Bürgerverantwortung und Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens; eine unverzichtbare Voraussetzung ebenfalls für gelingende Kriminalprävention, für sicheres Leben in Stadt und Land.



Dr. Helmut Fünfsinn

Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa



Dr. Helmut Seitz

Bayerisches Staatsministerium der
Justiz und für Verbraucherschutz

Dr. Helmut Fünfsinn:

geb. 1954 in Frankfurt am Main, Studium der Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaft und Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

1983 bis 1986 wissenschaftlicher Assistent.

1986 Richter, seit 1989 Mitarbeiter im Hessischen Ministerium der Justiz, seit 2002 Leiter der Abteilung Strafrecht und Gnadenwesen, im Nebenamt seit

1992 Geschäftsführer der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat);

Veröffentlichungen vor allem im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts, der Rechtspolitik und Kriminalprävention, Lehrbeauftragter der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Dr. Helmut Seitz:

geboren 1952 in Nürnberg, Studium der Rechtswissenschaften und der Betriebswirtschaftslehre in Freiburg, Lausanne und Erlangen-Nürnberg

1979 bis 1981 Akademischer Rat an der Universität Erlangen-Nürnberg, nach einem einjährigen Auslandsaufenthalt an der ENA in Paris seit 1983 Tätigkeit bei der bayerischen Justiz als Staatsanwalt, Richter am Amtsgericht, Richter am Landgericht und Richter am Oberlandesgericht sowie im Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in unterschiedlichen Funktionen, seit 2009 Leiter der Strafrechtsabteilung

Veröffentlichungen im Bereich des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts

Elektronische Aufenthaltsüberwachung - ein Instrument der Führungsaufsicht

**Moderation: Thomas Müller,
Landespräventionsrat Nds.**

Die Führungsaufsicht ist ein Instrument, das eine Betreuung und Kontrolle gefährdeter Straftäter nach ihrer Entlassung aus dem Straf- oder Maßregelvollzug gewährleisten soll.

Sie vereint präventive und repressive Elemente. Dem Verurteilten können u.a. aufenthalts- und verhaltensbezogene Weisungen erteilt werden, die ihn von neuen Straftaten abhalten und bei der Resozialisierung unterstützen sollen. Seit dem 1.1.2011 sieht das Strafgesetzbuch (§ 68 b Abs. 1 Satz 1 Nr. 12 StGB) die Möglichkeit einer strafbewehrten und von der Einwilligung des Verurteilten unabhängigen Weisung vor, die für eine elektronische Überwachung seines Aufenthaltsortes erforderlichen technischen Mittel bei sich zu führen und deren Funktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen.

Die so gewonnenen Aufenthaltsdaten dürfen zur Kontrolle der Einhaltung aufenthaltsbezogener Weisungen, für Zwecke der Strafverfolgung und zur Gefahrenabwehr genutzt werden. Damit soll dieses Instrument die Chance bieten, die Bevölkerung besser vor Straftaten zu schützen. Weil mit den registrierten Aufenthaltsdaten die Überführung als Täter im Falle einer neuen Straftat leichter möglich ist und ehemalige Straftäter abgeschreckt werden, Annäherungsverbote zu potentiellen Opfern zu missachten. Diese kriminalpräventive Zielsetzung soll anhand des laufenden Einführungsprojekts der Länder näher beleuchtet werden.



Sybille Oetliker

Schweizerischer Städteverband



Dr. Tillmann Schulze

Ernst Basler + Partner AG

Sybille Oetliker:

lic.phil.hist., in Bern aufgewachsen, Studium in Bern, Hamburg und Strassburg. Längere Aufenthalte im arabischen Raum und in Lateinamerika. Zwischen 1989 und 2004 als politische Journalistin und Redaktorin für verschiedene Schweizer Tages- und Wochenzeitungen und in der Entwicklungszusammenarbeit tätig; 2004 bis 2009 Nahostkorrespondentin in Jerusalem. Seit 2010 Mitarbeiterin beim Schweizerischen Städteverband.

Dr. Tillmann Schulze:

*1977 in Bonn, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Kommunikationswissenschaft in Münster und am Dartmouth College, USA. Anschließend arbeitete er drei Jahre im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in Bonn im Referat „Schutz kritischer Infrastrukturen“ sowie als freier Journalist. Während dieser Zeit schrieb Schulze seine Doktorarbeit zum Schutz kritischer Informations-Infrastrukturen in Deutschland und den USA. 2006 wechselte er in die Schweiz zum Ingenieur-, Planungs- und Beratungsunternehmen Ernst Basler + Partner und arbeitet dort in Zollikon bei Zürich. Seit 2009 leitet er dort das Tätigkeitsfeld „Urbane Sicherheit und Bevölkerungsschutz“. Im Zentrum seiner Arbeiten stehen dabei Gefährdungsanalysen, Kosten-Wirksamkeits-Analysen von Maßnahmen für mehr Sicherheit, Moderationsprozesse bei Nutzungskonflikten, sowie das Entwickeln von Zukunftsszenarien für Sicherheitsthemen.

Urbane Sicherheit 2025: Wie sich Schweizer Städte auf die Zukunft vorbereiten

**Moderation: Sven Forkert,
Landespräventionsrat Sachsen**

Sicherheit ist sehr dynamisch. Das gilt vor allem auch für Städte. Die sicherheitsrelevanten Fragestellungen verändern sich für die Verantwortlichen laufend. Trends wie verändertes Ausgehverhalten, neue Technologien aber auch soziale oder klimatische Veränderungen prägen die urbane Sicherheit.

Doch welche Trends werden künftig die Sicherheit in Städten prägen? Welche Veränderungen sind zu erwarten? Welche Themen werden eine besondere Relevanz haben? Und welche Handlungsmöglichkeiten haben die Verantwortlichen in den Städten?

Diesen Fragen geht der Schweizerische Städteverband zusammen mit der Firma Ernst Basler + Partner im Projekt „Sichere Schweizer Städte 2025“ nach. Gemeinsam mit Pilotstädten unterschiedlicher Größe und aus den verschiedenen Landesteilen werden die künftig entscheidenden Faktoren für urbane Sicherheit analysiert und es wird aufgezeigt, wie man mit ihnen umgehen kann. Sicherheit wird dabei integral betrachtet. Im Zentrum stehen nicht nur „klassische“ Sicherheitsfragen wie Kriminalität oder Sicherheit im Straßenverkehr. Betrachtet wird vielmehr das gesamte Spektrum sicherheitsrelevanter Themen. Angefangen von Sicherheit im öffentlichen Raum über Klimarisiken bis hin zu Gefährdungen für die Gesundheit.



Dr. Tina Silbernagl

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Dr. Tina Silbernagl:

is head of the GIZ project “violence prevention” in South Africa. For over ten years, Mrs. Silbernagl has worked professionally on the promotion of children and youth with a strong focus on capacity development, youth inclusion and violence prevention. In addition to extended periods of work in Uganda and at GIZ headquarters, she has gathered experience as an international development consultant for GTZ and the World Bank. Her regional areas of expertise are Sub-Saharan Africa and South Eastern Europe. For her PhD at University College London, she critically examined the affirmative action policies for youth aged 18 to 30 in Uganda.

Violence Prevention: Experiences from South Africa.

Moderation: PD Dr. Rainer Strobl, proVal

As a response to South Africa's alarming rates of violence and crime, the national government has formulated a holistic national strategy for reducing crime and violence under the highly prioritized government objective of „all people in South Africa are and feel safe“ in 1996. Several strategies and whitepapers have since paved the path to a more systematic approach to violence prevention. However, despite significant achievements in the past decade South Africa is still on the top ranks of international statistics on violence and crime and a general lack of perceived and actual security is commonly regarded as a major challenge for sustainable development of the Republic of South Africa.

Based on the results of the 2008 South African German intergovernmental negotiations and on the sector strategy of the focal area of “governance”, the project “violence prevention” implemented by GIZ on behalf of the Ministry for Economic Cooperation and Development aims at supporting “improved delivery of public services in underserved areas and the involvement of the poor population groups” by fostering an inclusive and systemic approach to violence and crime prevention designed to increase citizens' safety in urban areas through collaborative action.

After outlining the project's approach, the presentation will therefore provide a platform for various South African practitioners from the public sector as well as civil society and research organisations and showcase innovative, cutting-edge approaches for the prevention of crime and violence within a community context.

Vortrag in englischer Sprache



Dr. Frank Quante

Präventionsrat Oldenburg (PRO)

Dr. Frank Quante:

Vorsitzender Förderverein Präventionsrat Oldenburg

Dr. Frank Quante, geboren 25.11.1966, studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Göttingen. Dem Referendariat in Berlin folgte eine mehrjährige Tätigkeit im Wirtschaftsrecht bei einer Großkanzlei in Bremen und Frankfurt. Nach bestandener Steuerberaterprüfung in 2003 erfolgte der Wechsel zur EWE AG. Aktuell leitet Herr Dr. Quante die Abteilung Ausland bei der EWE AG, bei welcher die internationalen Aktivitäten des EWE Konzerns angebunden sind.

Im ehrenamtlichen Bereich war Dr. Frank Quante als Handballtrainer, Leiter von Fotografieworkshops und in der Deutsch-Jüdischen Gesellschaft aktiv.

Seit 2004 engagiert er sich im Präventionsrat Oldenburg, derzeit als Vorsitzender des Fördervereins. Die Einbeziehung der Wirtschaft in den 16. Deutschen Präventionstag in Oldenburg hat er maßgeblich konzipiert und organisiert.

Er ist verheiratet und zweifacher Vater.

Einbindung der Wirtschaft in die Präventionsarbeit

Moderation: Melanie Blinzler, Präventionsrat Oldenburg

Ohne die Einbindung der Wirtschaft kann kommunale Präventionsarbeit nur schwerlich erfolgreich organisiert werden. Ein Grund dafür ist, dass finanzielle Mittel in signifikanter Höhe meistens nur von der Wirtschaft erlangt werden können. Eine Beschränkung der Einbindung der Wirtschaft auf die finanzielle Dimension ist allerdings zu kurz gesprungen:

Die eigentliche Herausforderung besteht darin, die Einbindung der Wirtschaft bezogen auf das Thema Prävention nachhaltig vorzunehmen und die Vertreter der Wirtschaftsunternehmen intensiv in die Projektarbeit einzubeziehen.

Bei erfolgreicher Umsetzung profitieren hiervon alle Beteiligten: die Wirtschaft durch die Implementierung einer echten Verantwortungskultur, die Präventionsarbeit gewinnt erheblich durch den aktiven Austausch mit der Kompetenz der Wirtschaftsunternehmen im Bereich Organisation, Projektmanagement und kann Netzwerke der Unternehmen für sich nutzen.

Der Vortragende stellt dies am Beispiel der von ihm seit einigen Jahren als Vorsitzender des Fördervereins des Präventionsrates Oldenburg gemachten Erfahrungen vor. Ein Vertreter der Wirtschaft ist als Co-Referent vorgesehen, ebenfalls Herr Marcus Heide, Chefredakteur der Zeitschrift Security insight. Ein möglichst intensiver Austausch mit dem Publikum zum Thema des Vortrages ist ausdrücklich erwünscht!



Prof. Dr. Dieter Hermann

**Universität Heidelberg /
WEISSER RING e. V., FB Vorbeugung**

Prof. Dr. Dieter Hermann:

Die akademischen Abschlüsse umfassen das Diplom in Mathematik, die Promotion in Soziologie und die Habilitation an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Universität Heidelberg. Die Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kriminalsoziologie (Kriminalitätstheorien, Präventions- und Evaluationsforschung), Kultursociologie (Werte-, Lebensstil- und Sozialkapitalforschung), Methoden empirischer Sozialforschung und Statistik sowie Ethik. Die Publikationen umfassen 7 Bücher und über 140 sonstige Veröffentlichungen. Die Forschungsaktivitäten wurden durch mehrere Drittmittelprojekte ermöglicht. Forschung und Lehre wurden durch Preise ausgezeichnet.

Bedingungen urbaner Sicherheit

Moderation: Prof. Dr. Rüdiger Wulf, Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe

Die städtische Gesellschaft hat sich verändert: Erstens haben zivilgesellschaftliche Einrichtungen und das „Governance Modell“ an Bedeutung gewonnen, und zweitens sind verstärkte Bemühungen zur Erhöhung der Sicherheit und zum Schutz von Rechtsgütern erkennbar.

Beide Entwicklungslinien erklären die wachsende Bedeutung von Kriminalprävention und die Pluralisierung des Feldes kriminalpräventiver Akteure. Dieser Wandel bedingt eine neue „Sicherheitsarchitektur“, bei der Informationen eine Schlüsselstellung in der Koordination der Akteure einnehmen. Dazu gehört die regelmäßige Durchführung von regionalen Sicherheitsaudits sowie die Bereitstellung von Grundlagenwissen zu überregionalen Bedingungen von Sicherheit.

Zu beiden Punkten sollen die Ergebnisse empirischer Studien vorgestellt werden. Auf der Grundlage von mehreren aktuellen Bevölkerungsbefragungen sollen die Effizienz eines Sicherheitsaudits und zudem überregionale Bedingungen urbaner Unsicherheit aufgezeigt werden. Insbesondere wurden die Beziehungen zwischen Incivilities, Viktimisierungen und Sozialkapital einerseits und Unsicherheitsgefühl, Kriminalitätsfurcht und Lebensqualität andererseits untersucht. Dabei zeigte sich, dass vor allem die interkulturelle Integration, die soziale Kohäsion und das Vertrauen in Institutionen wichtige Bedingungen für sichere und lebenswerte Städte sind.



Nader Khalil

EJF gemeinnützige AG



Ismail Ünsal

EJF gemeinnützige AG

Nader Khalil:

Nader Khalil (geb.1968) war 1999 Mitbegründer des Al-Huleh e.V. Er arbeitete dort als Berater mit arabischen Familien. Bis 2005 leitete er Sprachkurse für Mütter an der VHS in Neukölln. Im Jahr 2005 Aufenthalt in Beirut für Übersetzungsarbeiten mit libanesischen Firmen und Projektträger der EU. Im Jahr 2007 Konzepterstellung für das Deutsch-Arabische Zentrum mit dem EJF gAG. Von 2009 bis 2011 Einzug in die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln. Seit April 2009 arbeitet er als Tandempartner bei der Einzelbetreuung von delinquenten arabischen Jugendlichen im Projekt Elternbezogen Einzelbetreuung. Seit 2010 ist er bei der Betreuung von Minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in Brandenburg tätig. Zurzeit befindet sich Herr Khalil in berufsbegleitende Erzieherausbildung..

Ismail Ünsal:

Ismail Ünsal (geb. 1965) ist Soziologe und Pädagoge MA. Nach seinem Studium in Berlin arbeitete er in der Integrationshilfe (seit 2005 in Trägerschaft des EJF gAG) mit delinquenten Jugendlichen und hat den Anti-Gewalt-Bereich mit aufgebaut. Er ist seit 1996 Anti-AATrainer und seit 2011 systemischer Coach. Als türkischer Sozialpädagoge ist er seit 2 Jahren für die Entwicklung von pädagogischen Projekten verantwortlich, die auf arabische Jugendliche und Familien ausgerichtet sind. Herr Ünsal ist u.a. Projektleiter der Elternbezogenen Einzelbetreuung für straffällige arabische Jugendliche.

Niedrigschwellige, familienorientierte Prävention: Zugangswege zur Erreichung arabischer Jugendlicher und Familien

**Moderation: Prof. Dr. Ute Ingrid Haas,
Landespräventionsrat Niedersachsen**

Es geht um die Vorstellung von Herangehensweisen in der soz.päd. Betreuung von arabischen Jugendlichen, die durch Straftaten auffällig geworden sind und die Einbeziehung ihrer Eltern in die Betreuungsarbeit.

Hier möchten wir die spezifischen Methoden zur Betreuung der arabischen Jugendlichen und Familien vorstellen: niederschwelliger Zugang, Tandem-Betreuung, Familienunterstützender Ansatz. Unsere Erfahrungen basieren auf unserer Arbeit im Deutsch-Arabischen-Zentrum, einer Kooperationseinrichtung in Berlin Neukölln.

Die Präventionsarbeit mit dieser Zielgruppe erfordert von allen Beteiligten besondere Herangehensweisen, ein Umdenken und Überwindung der üblichen sozialpädagogischen Denkweisen und Methoden. Konsens ist, dass die arabischen Jugendlichen und Familien erreicht werden und durch Unterstützung der Jugendlichen und Eltern Delinquenz und Ausgrenzung überwunden werden können.

Es sollen Wege der erfolgreichen Prävention mit dieser Zielgruppe vorgestellt und diskutiert werden. Auch wenn es vorrangig um die arabischen Jugendliche und Familien geht, wäre es wünschenswert, Kollegen, die mit anderen Zielgruppen arbeiten, an der Diskussion zu beteiligen, um methodische Unterschiede und Gemeinsamkeiten auszuwerten.



**Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner,
Universität Tübingen**

Hans-Jürgen Kerner ist Seniorprofessor der Universität Tübingen und em. Ordinarius für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafprozessrecht. Er war bis 30.09.2011 Direktor des Instituts für Kriminologie. Er ist u. a. Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) sowie Ehrenpräsident der Internationalen Gesellschaft für Kriminologie (SIC/ISC).



**Dr. Jost Stellmacher,
Philipps-Universität Marburg**

Jost Stellmacher ist Psychologe und Studienrat im Hochschuldienst am Fachbereich Psychologie der Philipps-Universität Marburg sowie Mitglied im Vorstand des Forums Friedenspsychologie. Seit 2006 Durchführung zweier großer Projekte zur Rückfallprävention im Hessischen Jugendstrafvollzug.



**Dr. Marc Coester
Landespräventionsrat Niedersachsen**

Marc Coester hat Pädagogik an der Uni Tübingen studiert und als Sozialpädagogin gearbeitet. Seine Doktorarbeit zum Thema „Hate Crimes“ verfasste er an den Instituten für Kriminologie in Tübingen und Marburg. Heute arbeitet er beim Landespräventionsrat Niedersachsen, beim Deutschen Präventionstag und im Projekt „Rückfalluntersuchung im hessischen Jugendstrafvollzug“, und ist Lehrbeauftragter.



**Prof. Dr. Ulrich Wagner
Philipps-Universität Marburg**

Ulrich Wagner ist Professor für Sozialpsychologie am Fachbereich Psychologie und am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg. Er ist zusammen mit Andreas Zick (Bielefeld) Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Seine Forschungsinteressen liegen auf dem Gebiet der Intergruppenbeziehungen, von Aggression und Gewalt sowie auf der Entwicklung und Evaluation von Interventionsprogrammen.

Ergebnisse der systematischen Rückfalluntersuchung im Hessischen Jugendvollzug

Zwischen Februar 2006 und Januar 2011 wurde eine systematische Rückfalluntersuchung im Hessischen Jugendstrafvollzug durchgeführt. Ziel war es, die im Mai 2004 verkündete „Einheitliche Vollzugskonzeption im hessischen Jugendstrafvollzug“ zu evaluieren.

In einem Baustein dieser Rückfalluntersuchung wurde eine Totalerhebung von Bundeszentralregisterauszügen und Vollzugsakten der Entlassungsjahrgänge 2003 und 2006 durchgeführt. In einem zweiten Baustein wurden 52 junge Inhaftierte am Ende der Haft mit qualitativen leitfadengestützten Interviews befragt. Die Interviews wurden mit 34 Probanden in einem Abstand von 12 bis 44 Monate nach der Entlassung wiederholt.

Der Vortrag stellt einschlägige Ergebnisse u. a. zu Rückfallquoten, Entwicklungen nach Inhaftierung, Rückfallursachen als auch Bewertungen von Behandlungsmaßnahmen dar.



Arno Helfrich

Polizeipräsidium München

Arno Helfrich:

Jahrgang 1960, verheiratet, vier Kinder

Seit 1978 bei der Bayerischen Polizei, verschiedene Stationen als Wach- und Streifenbeamter, Sachbearbeiter bei der Kriminalpolizei und im Stab, seit 2003 Leiter des Kommissariats für Prävention und Opferschutz beim Polizeipräsidium München

Lehrauftrag für Kriminalprävention am Zentrum Seniorenstudium der LMU München

MUM - Münchner Unterstützungsmodell gegen häusliche Gewalt

**Moderation: Christine Liermann,
Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention**

MUM - das Münchner Unterstützungsmodell gegen häusliche Gewalt ist eine Kooperation von Polizeipräsidium München, Frauennotruf München, Frauenhilfe München, Frauen helfen Frauen e.V. - Frauenhaus München, Sozialdienst Katholischer Frauen und Münchner Informationszentrum für Männer. Ziel dieser Kooperation ist es, allen Opfern häuslicher Gewalt eine Beratung anbieten zu können.

Aus der Erfahrung, dass gerade unmittelbar nach einem akuten Gewaltvorfall der Beratungsbedarf sehr hoch ist, ergriff das Polizeipräsidium München 2004 die Initiative und startete MUM als Pilotprojekt. Mittlerweile ist MUM eine fachübergreifend anerkannte Institution, die allein im vergangenen Jahr über 1400 Opfer beraten konnte.

Im Vortrag werden die Eckpunkte der Kooperation (Auswahl und Verteilung der Fälle, Beratungsinhalte u.ä.), die Erfahrungen der Partner sowie die Ergebnisse der Evaluation durch das Institut für Familienforschung Bamberg (ifb) vorgestellt.



Volkert Ruhe

Gefangene helfen Jugendlichen e.V.



Prof. Dr. Wolfgang Vogt

kulturforum Pampiner Hof gGmbH

Volkert Ruhe:

Gründungsmitglied des "Gefangene helfen Jugendlichen e.V.", seit 2001 Geschäftsführer des Vereins und Anti-Gewalt-Trainer.

Prof. Dr. Wolfgang R. Vogt:

1971-2005 Dozent und Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Zivilen Fachbereich Sozialwissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

1992-1997 Vorsitzender der AG für Friedens- und Konfliktforschung e.V., Bonn

1996-2000 Vorsitzender der Herausgeberschaft der Vierteljahrszeitschrift "Wissenschaft und Frieden"

seit 2000 Vorsitzender der Jury des Göttinger Friedenspreises der Roland-Röhl-Stiftung

ab 2004 Honorar-Professor für Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg im Bereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

seit 2006 Mitglied der AG Jugendkriminalität des Landespräventionsrates M-V

2006 Gründung der gGmbH Kulturforum PAMPIN/ Region Ruhner Berge und Geschäftsführer (gemeinsam mit Dipl.-Psych. Ortrun Venth-Vogt)

2008 - 2011 Mitglied des Kulturbeirats im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Stadt und Land - Strategien zur Gewaltprävention - Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT), Berlin

Moderation: Prof. Dr. Peter Höflich, Potsdam

Prof. Dr. Wolfgang Vogt wird Strategien zur Gewaltprävention in peripheren Gebieten mit ausgedünnter Bevölkerungsdichte, lückenhaften Infrastrukturanangeboten, prekären Arbeitsverhältnissen und ländlichen Mentalitätsausprägungen vorstellen. Diese müssen so konzipiert sein, dass sie die gewaltauffälligen Jugendlichen dort mit zielgruppengerechten Informations- und Verhaltensangeboten erreichen, wo sie vermehrt zusammentreffen: in Schulen, Vereinen und Freizeitstätten. Besonders Erfolg versprechend sind Anti-Gewalt-Strategien, wenn sie Theorie und Praxis verbinden. Zum einen müssen sie die vielfältigen Formen, Ursachen und Folgen von Gewalt aufzeigen und Konfliktverständnis vermitteln. Zusätzlich sollten Konflikt regulierende Verhaltensweisen trainiert werden.

Passend dazu werden durch Volkert Ruhe die Projekte des Vereins "Gefangene helfen Jugendlichen" als Beispiele bester Praxis vorgestellt, wie etwa Präventionsunterrichtseinheiten und Deeskalationstrainings in Schulen sowie die Projekte "Eiskalt gegen Gewalt" und das Kooperationsprojekt BOXSCHOOL. Auch das Gründungsprojekt "Santa-Fu für Jugendliche", bei dem Jugendliche in der JVA Lebensbedingungen und Geschichten von Häftlingen kennenlernen, wird beispielhaft die genannten Kriterien aufzeigen und den Vortrag von der ländlichen Sichtweise auf die städtische erweitern.



Silke Eilzer

Hessisches Ministerium der Justiz, für
Integration und Europa



Heinz-Peter Mair

Bayerisches Staatsministerium der
Justiz und für Verbraucherschutz

Silke Eilzer:

studierte nach ihrer Ausbildung zur Diplom-Rechtspflegerin Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main sowie an der University of Leicester, England. Von 2006 bis 2010 war sie als Richterin am Landgericht Hanau tätig, bis sie im August 2010 in das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa abgeordnet wurde. Seitdem ist Frau Eilzer als Referatsleiterin in der Abteilung für Strafrecht, Gnadenswesen und Kriminalprävention insbesondere für die Bereiche Elektronische Aufenthaltsüberwachung, Opferbelange und Internationale Rechtshilfe zuständig.

Heinz-Peter Mair:

studierte in München Rechtswissenschaften und absolvierte dort anschließend bis April 1988 auch seine Referendarzeit. Am 1. August 1988 begann er im Bayerischen Justizministerium als Mitarbeiter der Justizvollzugsabteilung. Es folgten Tätigkeiten als Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft München I (1. April 1991 bis 30. April 1992), als Strafrichter beim Amtsgericht München (1. Mai 1992 bis 31. März 1993) sowie als Mitarbeiter und später Leiter des IT-Referats des Justizministeriums (1. April 1993 bis 15. August 2004). Vom 16. August 2004 bis 31. Januar 2008 war er Vizepräsident des Landgerichts Landshut. Seit 1. Februar 2008 ist er als Referatsleiter in der Strafrechtsabteilung des Justizministeriums u.a. für Bewährungshilfe, Führungsaufsicht und Gerichtshilfe zuständig.

Elektronische Aufenthaltsüberwachung in Europa kriminalpräventive Alternativen?

**Moderation: Dr. Helmut Fünfsinn,
Hessisches Ministerium der Justiz**

Die elektronische Aufenthaltsüberwachung wird in Europa als strafrechtliche Sanktionsform in sehr unterschiedlicher Art und Weise eingesetzt. Einige Länder nutzen sie als Ersatz von Freiheitsstrafen, anderen dient sie zur Vermeidung von Untersuchungshaft oder als Alternative zu Freiheitsstrafe und Geldstrafe. Vielfach wird hier die elektronische Aufenthaltsüberwachung als Hilfsmittel zur Resozialisierung verstanden, mit dem durch die Kombination von sozialpädagogischer Betreuung und technischer Überwachung ein positiver Einfluss auf die Lebensführung genommen und eine erneute Straffälligkeit vermieden werden soll. Aber auch im Bereich der GPS-gestützten Überwachung gefährlicher Straftäter und von Kontaktverboten gerade bei häuslicher Gewalt gewinnt das Instrument zunehmend an Bedeutung. Diese Einsatzmöglichkeiten sollen unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem europäischen Ausland einer ersten Bewertung in kriminalpräventiver Hinsicht unterzogen werden.



Siegfried Löprick:

seit 1982 im Jugendvollzug in Niedersachsen, als Fachbereichsleiter verantwortlich für Öffentlichkeitsarbeit und Sport- und Freizeitpädagogik im Offenen Vollzug Göttingen tätig. Er ist Vorsitzender der Jugendhilfe Göttingen e.V. seit ihrer Gründung 1987. Er ist Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V. (DVJJ), Mitglied in den Vorständen des LPR Niedersachsen und des kommunalen Präventionsverein komm.pakt e.V



Guilherme Pinto:

Jurist, ist Oberbürgermeister von Matosinhos (Portugal). Er wurde im Mai 2010 zum Präsidenten des European Forum for Urban Security (EFUS) gewählt.

Vor seiner politischen Karriere war er als Rechtsanwalt tätig. Guilherme Pinto war Vizepräsident des Stadtrates von Matosinhos, Mitglied der Nationalversammlung, der Vereinigung von Städten und Regionen für Nachhaltiges Ressourcenmanagement (ACR+) und der Studienkommission der sozialistischen Partei.



Dr. Martin Schairer:

Jurist, ist seit 2006 Bürgermeister für Recht, Sicherheit und Ordnung der Landeshauptstadt Stuttgart. Er ist Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landes Baden-Württemberg und des Deutschen Städtetages. Ausserdem ist er Vorstandsmitglied des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS) und seit Mai 2010 Vorsitzender des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (DEFUS).

Sicher leben in der Stadt der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger

**Moderation: Frederick Groeger-Roth,
Landespräventionsrat Nds.**

Sicher leben und sich sicher fühlen sind wichtige Themen in jeder Stadt. Aus diesem Grund haben sich vor 25 Jahren Bürgermeister europäischer Länder unter der Schirmherrschaft des Europarates zum Europäischen Forum für Urban Sicherheit zusammengeschlossen. Zentrale Einsicht ihrer gemeinsamen Arbeit zur „urbanen Sicherheit“ ist, dass diese das Ergebnis von Prävention, Repression und Solidarität sein muss.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Idee der Prävention durchgesetzt. In vielen Städten und Gemeinden wird Sicherheit im Sinne der kommunalen Kriminalprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen. Vielerorts wurden Präventionsräte gegründet. Der Vortrag argumentiert, dass für eine erfolgreiche Arbeit, kommunalen Mandatsträgern eine zentrale Rolle zukommt.

Verdeutlicht wird dies am Beispiel des Efus Projektes zur Verhinderung von Mehrfachstraffälligkeit von ehemaligen Häftlingen, einem Thema das a priori eher die Justiz als kommunale Mandatsträger betrifft. Im Rahmen des von der EU geförderten Projektes „Innovative Strategies for the Prevention of the Re-offending“ haben sich 6 europäische Städte 4 Jahre lang gegenseitig in Ihrer Präventionsarbeit beraten und unterstützt. Hierbei wurde unter anderem deutlich, dass das Engagement kommunaler Mandatsträger ein wichtiger Faktor für das funktionieren der lokalen Präventionsarbeit ist.



Dr. Alexander Butchart

World Health Organization (WHO)

Dr. Alexander Butchart:

is the Prevention of Violence Coordinator in the Department of Violence and Injury Prevention and Disability at the World Health Organization (WHO) in Geneva, Switzerland. His responsibilities include coordinating the Global Campaign for Violence Prevention, the development of policy for the prevention of interpersonal violence, preparation of guidelines for the prevention of specific types of interpersonal violence, and the coordination of research into various aspects of interpersonal violence and its prevention. His postgraduate training includes a master's degree in clinical psychology and neuropsychology, and a doctoral degree for work examining the history and sociology of western medicine and public health in southern Africa. Prior to joining WHO he worked mainly in Southern and East Africa, where he was lead scientist in the South African Violence and Injury Surveillance Consortium, and in collaboration with the Uganda-based Injury Prevention Initiative for Africa participated in training violence and injury prevention workers from a number of African countries. He has been a visiting scientist at the Swedish Karolinska Institutet's Division of Social Medicine, and is a widely published social scientist.

Preventing violence: an overview

**Moderation: Dr. Burkhard Hasenpusch,
Landespräventionsrat Nds.**

World Health Organization (WHO) violence prevention activities have been ongoing since the launch of the World report on violence and health in 2002. The public-health approach adopted to prevent violence is multi-sectoral and science-based, and has four key steps: problem definition; risk factor identification; intervention evaluation, and scaling up. Universal and selected prevention strategies at the levels of the individual, family, community and society are prioritized. The approach is illustrated with reference to global findings on the magnitude of violence; underlying causes and risk factors; evidence-based prevention strategies, and trends in violence prevention policy. WHO efforts to promote the uptake of this approach by WHO Member States are surveyed, mechanisms to support country-level violence prevention policies and programmes are reviewed; and the WHO-led Violence Prevention Alliance is described.

Vortrag in englischer Sprache

Lectures of the 6th Annual International Forum (AIF)

Content

	Page
Monday, 16. April 2012	
14:00 - 15:00 - Hall 12b	
Sustaining and Mainstreaming Pre-crime Prevention: Glasgow, Bogotá and Alberta Prof. Dr. Irvin Waller	148
15:30 - 16:30 - Hall 12b	
Engaging young people in designing against crime Dr. Caroline L. Davey, Andrew B. Wootton	166
17:00 - 18:00 - Hall 4b	
Presentation of the International Report on Crime Prevention and Community Safety 2012 Dr. Paula Miraglia	176

Tuesday, 17. April 2012**09:00 - 10:00 - Hall 12b****Sexual Harassment, Sexual Assault and Women's
Right to the City: Lessons from the Gender
Inclusive Cities Programme**

204

Dr. Sohail Husain

10:30 - 11:30 - Hall 12b**Building Safer and Inclusive Cities:
The Experience of Delhi**

222

Kalpana Viswanath

12:30 - 13:30 - Hall 12b**Violence Prevention: Experiences from
South Africa.**

240

Dr. Tina Silbernagl

14:00 - 15:00 - Hall 12b**Preventing violence: an overview**

258

Dr. Alexander Butchart

Notizen



DPT

Sicher leben in Stadt und Land

DPT – Deutscher Präventionstag
Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover
Tel.: 0511-235 49 49, Fax: 0511-235 49 50
dpt@praeventionstag.de
www.praeventionstag.de

**16. & 17.
April 2012**
Internationales
Congress Centrum
München



17. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

DPT-Universität

Inhaltsverzeichnis zu den Veranstaltungen der DPT-Universität

	Seite
Werden Jungen im Vergleich zu Mädchen (zu Hause und in der Schule) benachteiligt? Oder gibt es andere Gründe für ihre Leistungs- krise? Was ist zu tun? Prof. Dr. Christian Pfeiffer	266
Wieso gibt es das Böse, und müssen wir die Bösen bestrafen? Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	268
Gewalt und Zivilcourage - Zivilcourage ist oft nötig, um Gewalt Einhalt zu gebieten, manchmal aber auch, um selbst darauf zu verzichten Prof. Dr. Katharina Beclin	270



Prof. Dr. Christian Pfeiffer
Kriminologisches Forschungs-
institut Niedersachsen (KFN) e. V.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer:

Geboren 1944 in Frankfurt/Oder; nach Schule und Bundeswehr (Leutn. d. Res.) Studium der Rechtswissenschaften und Kriminologie an der Universität München und der London School of Economics and Political Science, Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes; Wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Schüler-Springorum (Universität München), während dieser Zeit Gründer und 1. Vorsitzender des Vereins BRÜCKE e.V. München, dessen Modellversuch zur Erprobung ambulanter Maßnahmen nach dem JGG bundesweit große Ausstrahlungswirkung entfaltet; Heisenberg Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft; seit 1988 Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.; 1987 bis 2000 Universitätsprofessor für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover; 1986 bis 1997 1. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.; 1997 bis 2000 Gründer und 1. Vorsitzender der Bürgerstiftung Hannover, nach deren Vorbild inzwischen bundesweit mehr als 80 weitere Bürgerstiftungen gegründet wurden; Dezember 2000 bis März 2003 niedersächsischer Justizminister; seitdem wieder Direktor des KFN..

Werden Jungen im Vergleich zu Mädchen (zu Hause und in der Schule) benachteiligt? Oder gibt es andere Gründe für ihre Leistungskrise? Was ist zu tun?

Im Verlauf der letzten 20 Jahre haben sich zwischen Jungen und Mädchen im Hinblick auf Schulleistungen wachsende Unterschiede ergeben. Die Jungen dominieren heute mehr denn je in der Sonderschule, der Hauptschule sowie beim Sitzenbleiben und Schuleabbrachen. Die Mädchen liegen beim Abitur ebenso klar vorn wie bei der Quote derjenigen, die ein Spitzenzeugnis erhalten (besser als 1,5).

Eine Teilerklärung konnte das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen im Rahmen seiner 2007/2008 bundesweit durchgeführten Repräsentativbefragung von 45.000 Neuntklässlern erarbeiten. Die Jungen geraten zehnmal häufiger als die Mädchen in suchtartiges Computerspielen (7,8 % zu 0,8 %). Aus einer gerade abgeschlossenen Repräsentativbefragung von 11.500 16- bis 40-Jährigen liegen dem KFN aber auch Erkenntnisse dazu vor, dass Mädchen von ihren Eltern erheblich mehr Zuwendung erhalten und weniger geschlagen werden als Jungen.

Ist das nun eine Folge ihrer besseren Schulnoten oder eine Ursache dafür, dass die Jungen schlechter abschneiden? Nach einem kurzen Einführungsvortrag möchte der Referent diese Fragen ausführlich mit den Zuhörerinnen und Zuhörern erörtern.



Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Universität Tübingen

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner:

Hans-Jürgen Kerner ist Seniorprofessor der Universität Tübingen und em. Ordinarius für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafprozessrecht. Er war bis 30.09.2011 Direktor des Instituts für Kriminologie. Er ist u. a. Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) sowie Ehrenpräsident der Internationalen Gesellschaft für Kriminologie (SIC/ISC).

Wieso gibt es das Böse, und müssen wir die Bösen bestrafen?

Jedem von uns ist schon „etwas Böses“ geschehen. War das auf einer Reise weit weg von der Heimat? Im Heimatort? Auf der Straße? In der Schule? In der Nachbarschaft? Oder sogar zu Hause? In der Erinnerung daran sagen wir vielleicht: „Das war aber eine ganz böse Sache!“ Möglicherweise sagen wir sogar: „Was war das doch für ein böser Mensch!“ Schon in der Frühkindheit lernen wir Gut und Böse zu unterscheiden.

Nicht immer aber, auch später noch, gelingt die Unterscheidung in konkreten Fällen leicht bzw. glatt. Können auch Tiere Böses tun? Und was uns Menschen betrifft: Kommt das Böse von außen über uns bzw. in uns hinein? Ist es vielleicht von Anfang an in uns allen drin? Ist es etwa grundsätzlich nicht viel anderes als die Ergänzungsseite des Guten? Oder geht es vielmehr, für uns Normale erleichternd, letztlich doch nur darum, dass es wenige „ganz Andere“ gibt, in denen sich das Böse konzentriert und die man nur früh genug entdecken und effektiv kontrollieren muss?

Werden die Bösen immer schlimmer, wenn sie keine heftige Strafe zu spüren bekommen? Breitet sich das Böse ungehemmt aus, wenn nicht jedes Mal die Strafe der Tat gleich auf dem Fuße folgt? Gibt es sinnvolle und erfolgreiche Wege, anders als durch Strafe mit dem Bösen in der Welt umzugehen? Was halten wir von Reue, Wiedergutmachung und Konfliktausgleich? – Mit solcherart Fragen wird sich die Vorlesung beschäftigen, und die Schülerinnen und Schüler sollen Gelegenheit bekommen, ihre eigene Sicht dazu einzubringen.



Prof. Dr. Katharina Beclin
Universität Wien

Prof. Dr. Katharina Beclin:

Katharina Beclin wurde nach dem Abschluss des Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Wien und der Absolvierung der Gerichtspraxis im November 1993 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Kriminologie des Instituts für Strafrecht und Kriminologie an der Universität Wien aufgenommen. Seit 2006 ist sie als Assistenzprofessorin in den Forschungsschwerpunkten Jugendkriminalität und Genderbezügen in Strafrecht und Kriminologie tätig. Ihre Habilitation schreibt sie über die Entwicklung der Gewaltkriminalität männlicher Jugendlicher in Österreich.

Gewalt und Zivilcourage - Zivilcourage ist oft nötig, um Gewalt Einhalt zu gebieten, manchmal aber auch, um selbst darauf zu verzichten

Dass Zivilcourage („sozialer Mut“) erforderlich sein kann, um gegen Gewalttäter vorzugehen, leuchtet ein. Ob es nun darum geht, für ein Kind Partei zugreifen, das in der Straßenbahn von einem Elternteil geschlagen wird, oder einem alten Mann beizustehen, der von einigen Jugendlichen belästigt wird, hier besteht oft die Gefahr, dass der Einschreitende den Zorn der aggressiven Personen auf sich lenkt.

Manchmal braucht es aber sogar Mut, um selbst auf Gewalt zu verzichten! Auf welche Situationen könnte dies zutreffen?

Inwiefern kann es für Burschen in beiderlei Hinsicht „riskanter“ sein kann, Zivilcourage zu zeigen, als für Mädchen? Kann man Zivilcourage erlernen?

Welche Rolle spielt sie im Zusammenhang mit Mobbing? Anhand von Fragen wie diesen soll in dem Vortrag die große Bedeutung von Zivilcourage für die Gewaltprävention erarbeitet werden.

Projektspots

Inhaltsverzeichnis zu den Projektspots

	Seite
Stärkung der psych. Gesundheit von Kindern im... Cordula Lasner-Tietze	278
Projekt Graffiti München - Prävention durch ... Christian Blechinger	279
Guter Rat ist online! - Neue Beratungsangebot... Martin Ziegenhagen	280
Evaluation der Rahmenvorgabe zur poliz. Bekäm... Siegfried Kammhuber	281
Sozialarbeit bei der Polizei Rainer Bode	282
Beratung von Kommunen im Umgang mit Extrem... Christoph Dauser	283
„Ehrenmord“ in Deutschland. Eine empirische... Carina Agel	284
(Un-)Sicherheitsgefühle in urbanen Räumen Joachim Häfele	285
Phänomenübergreifende Prävention politisch... Celina Sonka, Holger Bölkow	286
Wirksamkeit Früher Hilfen: Ergebnisse des... Malte Sandner	287
Tat-Ausgleich für Kinder im Alter von... Oliver Jacob	288
Demokratieförderung und Mediation Dr. Kati Zenk, Michael Neu	289
Handlungskonzepte für die Frühen Hilfen. ... Kristin Adamaszek	290

	Seite
HEROES - gegen Unterdrückung im Namen... Erwin Schletterer, Steve Malki	291
Prävention gegen Rechtsextremismus Maren Brandenburger	292
K.-o.-Tropfen - das böse Erwachen muss nicht ... Wolfgang Seidel	293
Die NRW-Initiative „Kurve kriegen“ H. Pohlmann, P. Beckmann, J. K. Unkrig	294
„Gewaltprävention und Demokratielernen GuD“... Holger Weithöner	295
Randale in der Stadt - Erfolg für ein ungewöh... Regina Linda	296
Erfolgreiche Prävention durch Vernetzung auf ... Carmen Trenz	297
Sport und Politik - verein(t) gegen Rechtsex... Carina Weber	298
Arbeitskreis Asyl: Projekt Parkstraße Marko Haselböck	299
Qualifizierung Opferberatung 2012 Dr. Kati Zenk, Dr. Olaf Lobermeier	300
Rechtsextremismus und Rassismus im Sport... Angelika Ribler	301
NETWASS: Prävention schwerer Schulgewalt... Prof. Dr. Herbert Scheithauer	302
Spannungsfeld Kriminalpräventive Öffentlich... Simone Zimmermann, Susanne Wiescher	303

	Seite
Ü-Management für bes. förderbedürftige junge ... Mario Watz, Jutta Hoffmann	304
NETWASS Blended-Learning für Krisenteams... Johanna Scholl, Friederike Sommer	305
Entlassungsmanagement zwischen Strafvollzug... Peter Reckling	306
Sicherheit an Hochschulen: Die Tübinger... Prof. Dr. Rüdiger Wulf	307
TEBESKO: Telefonische Beratung bei krisenhaft... Dr. Vincenz Leuschner	308
Arbeit mit Tätern als Tertiärprävention... Kay Wegner	309
Prävention=Kommunikation. Wie erreiche ich... Sylvia Kolbe*	310
Aufmerksamkeit der Gesellschaft als Prävent... Ingo Fock	311
Ambulante und dezentrale Behandlung für Sexua... Kornelia Kamla	312
Projekt RUBIKON - Bewährungshilfe bei jungen ... S. Riemer, R. Hausenberger, G. Platten, A. Schmid	313
Welchen Einfluss haben Jugenderhebungen im... Carlotta Pirnat	314
Prävention sexualisierter Gewalt in Jugend... Monika Glados	315
Was haben „Schulschwänzer“ im Arrest verloren... Joachim Wallner	316

	Seite
Mediation im Kontext häuslicher Gewalt Sonja Schmid, Mirko Haufe	317
Opferwerdung von Jugendlichen im Internet Dr. Melanie Wegel	318
Integration von Strafgefangenen in Hessen Dr. Helmut Roos	319
Mehr Täterarbeit für mehr Opferschutz bei... Rainer Becker	320
Räumliche Kriminalprävention – Jugend im öff... Christian Weicht	321
Zivilcourage Ja! - Aber wie? Wolfgang Gores, Julia Muth	322
Zivilcourage - Möglichkeiten der Förderung am... Rüdiger Schilling	323
Einstellungen Jurastudierender zu Kriminali... Jessica Kraus	324
Bewährungshilfe in seiner Stellung als Prä... Harald Zimmerhackel-Monien	325
Fair Skills: Jugendkulturelle Stärkung in... Silke Baer, Dr. Harald Weilnböck	326
BeSt KinGs – Persönlichkeitsstärkung von Kind... Shanta Ghosh	327
ELTERN-AG und Delinquenzvermeidung... Prof. Dr. Meinrad Armbruster	328
PartnerInnengewalt im ländl. Raum am Bsp... Prof. Dr. Yvette Völschow u. a.	329

	Seite
Sicherheitsaudit zur Städtebaulichen Kriminal... Detlev Schürmann	330
Jugendliche Gewalttäter zwischen Jugendhilfe ... Jana Meier, Dr. Diana Ziegleder	331
15 Jahre Jugendrechtshäuser. Module für die i... Sigrun von Hasseln-Grindel	332
Hamburg: Fünf Jahre „Handeln gegen Jugend... Monika Becker-Allwörden	333
MA-Studiengang – Präv. Soz. Arbeit: Kriminol... Dr. Meyer, Dr. Coester, Prof. Dr. Haas, S. Hälig	334

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.

Stärkung der psych. Gesundheit von Kindern im Rahmen des EBP „Starke Eltern-Starke Kinder“®

Cordula Lasner-Tietze, Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

Viele Kinder und Jugendliche haben mit emotionalen und sozialen Problemen zu kämpfen. In unserem Elternbildungsangebot Starke Eltern - Starke Kinder häufen sich die Nachfragen der Eltern, wie sie auffälliges Verhalten ihrer Kinder deuten sollen und psychischen Problemen vorbeugen können.

Im Mittelpunkt des Projekts „Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ stehen die für die psychische Gesundheit wichtigen Fähigkeiten und Eigenschaften der Kinder und Eltern. Konkret geht es um die Frage: Was braucht ein Kind in welchem Alter, um gesund aufzuwachsen und welchen Beitrag können Eltern dazu leisten?

Das Projekt starteten wir Ende September 2009, es wird gefördert vom Bundesministerium für Gesundheit und ist auf zwei Jahre angelegt. Es steht im Zusammenhang mit der Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit sowie dem 13. Kinder und Jugendbericht. Im Projektzeitraum sind ein Begleitmaterial und Fortbildungskonzepte für FK der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Gesundheits- und Bildungswesen entstanden. Das Projektteam aus den Bereichen Soziologie und Sozialpädagogik wurde von einem interdisziplinären Expertenkreis begleitet. Dieser bestand aus Fachleuten der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinderpsychotherapie, Psychologie, Neurobiologie und (Sonder-)Pädagogik.

Kontakt:

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

Schöneberger Str. 15

10963 Berlin

Tel.: 030-214 809 - 0

Fax.: 030-214 809 - 99

E-Mail: lasner-tietze@dksb.de

Webseite: <http://www.dksb.de>

Projekt Graffiti München - Prävention durch Wiedergutmachung

Christian Blechinger, Brücke München

Graffitistraftätern (Ersttäter, voll geständig) wird eine Wiedergutmachung der von ihnen verursachten Schäden ermöglicht. Die Wiedergutmachung erfolgt i.d.R. durch eine Reinigung der verschmutzten Flächen, also handwerkliche Arbeit. Mit einer Rückfallquote von durchschnittlich 2% ist dieses Diversionsverfahren besonders wirksam.

Kontakt:

Brücke München

Einsteinstr. 92

81675 München

Tel.: 089-41946830

E-Mail: program@bruecke-muenchen.de

Webseite: <http://www.bruecke-muenchen.de>

Guter Rat ist online! - Neue Beratungsangebote im Sport. Ein Projekt des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“?

Martin Ziegenhagen, Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.

Das Modellprojekt „Guter Rat ist online!“ bietet ein Beratungsangebot zu menschenfeindlichen Tendenzen im Sport.

Ein spezialisiertes Internetportal bietet Informationen zum Umgang mit Demokratie- und menschenfeindlichen Tendenzen, insbesondere mit Rechtsextremismus und Rassismus im Sport. Es werden sportspezifische Informationen und bedarfsgerechte Beratungsstrukturen zum Themenkomplex bereitgestellt. Zudem besteht ein niedrighschwelliges Beratungsangebot in Form von E-Mail- und Chatberatung zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Hier können die Menschen in den beteiligten Vereinen/ Verbänden und Kommunen sich anonym und ortsunabhängig zum Themenkomplex informieren und erhalten professionelle Beratung und Unterstützung.

Die Umsetzung des Portals und der Beratungsprozesse erfolgt durch den Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.“. Die überparteiliche, bundesweit tätige Vereinigung engagiert sich seit 1993 gegen rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen und für die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe sowie die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus.

Die Umsetzung des zweijährigen Projektes erfolgt im Rahmen einer Förderung durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern.

Kontakt:

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“,
Bundeszentrale für politische Bildung
Friedrichstrasse 50

10117 Berlin

Tel.: 030 254 504 441

E-Mail: registelle@bpb.de

Webseite: <http://www.zusammenhalt-durch-Teilhabe.de>

Evaluation der Rahmenvorgabe zur poliz. Bekämpfung der JUIT's

Siegfried Kammhuber, Bayerisches Landeskriminalamt

Die Rahmenvorgabe zur Bekämpfung der Kriminalität der 10-20-jährigen (Kinder, Jugendliche und Heranwachsende) Mehrfach- und Intensivtäter (JUITs) wurde in Bayern im Mai 2008 in Kraft gesetzt. Mit Auftrag vom März 2010 wurde die Umsetzung dieser Vorgabe in der Praxis inzwischen evaluiert.

Inhalt des Vortrags:

Die themenspezifischen methodologischen Aspekte (technische Vorgaben, Erhebungsinstrumentarium, Datenerhebung) sollen einleitend kurz umrissen werden.

Das Hauptaugenmerk richtet sich aber auf:

- a) Warum werden zahlreiche betreuungswürdige Probanden nicht in das Intensivtäterprogramm aufgenommen?
- B) Unter welchen Bedingungen werden Probanden in das Programm aufgenommen?
- C) wie sind diese Probanden nach demografischen und anderen Kriterien (Migrationshintergrund, Suchtverhalten, Finanzierung des Lebensunterhalts)strukturiert?
- D) Wie wird die Rahmenvorgabe in der Praxis vor Ort von den polizeilichen Sachbearbeitern (SB's) umgesetzt?
- E) Welche speziellen Probleme werden dabei von den polizeilichen SB's identifiziert (z. B.: Kooperationsbereitschaft, Budget-Fragen)?
- F) Können bei den JUIT's Verhaltensänderungen festgestellt werden?
- G) Welche Vorschläge zu konzeptionellen Änderungen lassen sich aufbauend auf den Praxiserfahrungen der polizeilichen SB's ableiten?

Kontakt:

Bayerisches Landeskriminalamt
Orleansstr. 34
81667 München

Tel.: 089-1212 4386

E-Mail: Siegfried.Kammhuber@polizei.bayern.de

Sozialarbeit bei der Polizei

Rainer Bode, Polizeidirektion Sachsen Anhalt Nord

In den zurückliegenden Jahren wurde im Rahmen der allgemeinen Jugendkriminalitätsbekämpfung bzw. der frühen angemessenen Reaktionsmöglichkeiten von Delinquenzbegegnungen primär über das Zusammenspiel von Polizei und Sozialarbeit diskutiert. Auch wenn die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation bzw. des Vorgehens der beiden Institutionen aufgrund ihrer unterschiedlichen Handlungsaufträge akzeptierend betrachtet werden müssen, sollte ein bereits erfolgreich umgesetztes erzieherisch wirkungsvolles Modell, konkret die Jugendbeatungsstellen bei der Polizei in Sachsen Anhalt unter dem Aspekt von „Sozialarbeit bei der Polizei“ diskutiert werden.

Die deutliche Reduzierung des Anteils von Jungtatverdächtigen im Straftatengesamtaufkommen bei der Polizei in Sachsen Anhalt und der deutliche Rückgang von Intensivtätern, sollte zum Nachdenken anregen für weitere Implementierungen von SozialarbeiterInnen bei der Polizei in Deutschland.

Früzeitige und der Tat entsprechende bzw. tatortbezogene erzieherische Reaktionen, wie z.B. das tatkonfrontative Gespräch, das Entfernen von gerade gefertigten Graffiti oder das Entschuldigen nach Ladendiebstählen bzw. andere sofortige Schadenswidergutmachungsleistungen und diagnostizierten fachspezifischen Vermittlungen, die Beratung der Eltern und das enge Zusammenarbeiten mit den Jugendämtern hat sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten bewährt.

Kontakt:

Polizeidirektion Sachsen Anhalt Nord

Sternstr. 12

39104 Magdeburg

Tel.: 0391-5462469

Fax.: 0391-5462440

E-Mail: jubp.pd-nord@polizei.sachsen-anhalt.de

Beratung von Kommunen im Umgang mit Extremismus

Christoph Dauser, Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus

Die BIGE wurde 2009 als wichtiger Baustein im „Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet. Sie soll alle Bekämpfungsansätze gegen jede Form des Extremismus unterstützen und bündeln sowie Ansprechpartner für Bürger, Kommunen und Schulen sein.

Als staatliche Informationsstelle berät die BIGE Kommunen z.B. in der Frage, welche Bedrohung von Extremisten ausgeht und wie seitens der Kommune darauf reagiert werden könnte.

Kontakt:

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus
Knorrstraße 139
80937 München

Tel.: 089 - 31201-111

E-Mail: gegen-extremismus@stmi.bayern.de

Webseite: www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de

„Ehrenmord“ in Deutschland. Eine empirische Studie

Carina Agel, Justus-Liebig-Universität Gießen

Ziel der Untersuchung sind Erkenntnisse über Phänomenologie und strafrechtliche Erledigung von »Ehrenmorden«, woraus sich wichtige Schlüsse für die Prävention ergeben. Es wurden 22 Akten von hessischen Staatsanwaltschaften aus den Jahren 1982-2010 ausgewertet.

Es war zu hinterfragen, wer Täter und Opfer von »Ehrenmorden« sind und wie sich Zusammenhänge zwischen patriarchalischen Gesellschaften und überkommenen Traditionen darstellen. Stimmt es, dass grds. ein weibliches Familienmitglied von Vater, Bruder, Ehemann oder einem anderen männlichen Verwandten getötet wird oder gibt es Fälle mit männlichen Opfern und weiblichen Tätern? Wird der Tötungsentschluss von einem Einzeltäter selbständig oder im Rahmen eines Familienrats gefasst? Wie weit gehen Planungen durch einen Familienrat und inwieweit wird der spätere Täter vorher bestimmt? Wie steht es mit der Rolle der Mütter? Wissen sie um die Gefährdung des Opfers? Fördern sie Taten oder versuchen sie, diese zu verhindern?

Von Interesse ist außerdem, wie die deutsche Justiz mit diesen Tötungsdelikten umgeht. Neben praktischen Fragen der Tataufklärung ist die rechtliche Wertung mit etwaigen Strafmilderungen relevant. Dabei soll im Rahmen des § 211 StGB die Annahme/Ablehnung der niedrigen Beweggründe, betrachtet werden. Bei der Strafzumessung interessiert die Gewichtung der kulturellen Hintergründe im Vergleich zu den Motiven der Täter.

Kontakt:

Professur für Kriminologie,
Justus-Liebig-Universität Gießen
Licher Straße 64
35394 Gießen

E-Mail: Carina.Agel@recht.uni-giessen.de

(Un-)Sicherheitsgefühle in urbanen Räumen

Joachim Häfele, Hafencity University Hamburg

Innerhalb des Projektspots sollen aktuelle Forschungsergebnisse zu den Determinanten subjektiver Unsicherheitsgefühle in urbanen Räumen vorgestellt werden. Datengrundlage sind Interviews (N = 3600) und Beobachtungen (N = 187), die in 49 Hamburger Stadtteilen durchgeführt wurden.

Kontakt:

Hafencity University Hamburg

Winterhuder Weg 31

22085 Hamburg

E-Mail: joachim.haefele@hcu-hamburg.de

Webseite: <http://www.hcu-hamburg.de/>

Phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität

Celina Sonka, Bundeskriminalamt
Holger Bölkow, Bundeskriminalamt

Hinter „Politisch motivierter Kriminalität“ (PMK) verbergen sich mit PMK rechts und links sowie der politisch motivierten Ausländerkriminalität drei höchst unterschiedliche Phänomenbereiche.

Die Prävention von PMK ist bisher zwar nicht ausschließlich, jedoch vorwiegend phänomenspezifisch, d. h. an den jeweiligen Besonderheiten des Phänomens und der zugrundeliegenden Ideologie ausgerichtet gewesen. Im Mittelpunkt stand mit einer kaum überschaubaren Vielzahl an Aktivitäten v. a. die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Die anderen beiden Bereiche haben jedoch zunehmend an Bedeutung gewonnen und erfordern ebenfalls kriminalpräventive Maßnahmen.

Aktuelle Forschungsbefunde deuten an, dass der Anschluss an eine extremistische Gruppierung stark von Zufällen und den vor Ort gegebenen Zugangsmöglichkeiten zur „Szene“ abhängt.

Tatbeteiligungen können auch von unpolitischen Beweggründen, wie der Suche nach Geborgenheit, Orientierung, Anerkennung etc. bestimmt sein. Die oftmals prekären Lebenslagen (scheinbar?) politisch motivierter Straftäter ähneln häufig denen anderer gewaltgeneigter Jugendlicher.

Das BKA untersucht daher zurzeit die Möglichkeiten einer Präventionsarbeit bei politisch motivierter Gewaltkriminalität, die kein bestimmtes Phänomen fokussiert und dessen Ideologie in den Mittelpunkt rückt, sondern unspezifisch an den verschiedenen Belastungs- und Risikofaktoren ansetzt.

Kontakt:

Bundeskriminalamt
Thaerstraße 11
65193 Wiesbaden

E-Mail: ki16@bka.bund.de

Webseite: <http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/kriminalpraevention>

Wirksamkeit Früher Hilfen: Ergebnisse des Modellprojektes Pro Kind

Malte Sandner, Institut für Öffentliche Finanzen

Das Hausbesuchsprogramm Pro Kind nach dem Vorbild des evidenzbasierten NFP-Programms (Olds, 2007) wurde von 2006 an in drei Bundesländern umgesetzt mit dem Ziel, die Gesundheit, entwicklungsförderliche Erziehung und Lebensplanung sozial benachteiligter, erstgebärender Frauen zu verbessern.

Die Frühe Hilfe wird im Rahmen eines randomisierten Kontrollgruppendesigns mit insgesamt 755 Teilnehmerinnen evaluiert. Im vorliegenden Beitrag werden abschließende Befunde zur Programmumsetzung, Effektivität und Kosten-Nutzen-Effizienz bis zum Ende des ersten Lebensjahres der Kinder präsentiert.

Die Umsetzung des Hausbesuchsprogramms (Anzahl, Dauer) kann als angemessen beurteilt werden. Effekte auf die mütterliche und kindliche Gesundheit während und kurz nach der Schwangerschaft sind nicht nachweisbar. Allerdings werden präventive Gesundheitsleistungen stärker in Anspruch genommen. Zudem verläuft die kognitive Entwicklung der Kinder aus Familien der Interventionsgruppe bis zum Alter von 12 Monaten signifikant positiver. Erste Hinweise auf die Programmeffizienz gibt die Gegenüberstellung der Kosten und Einsparungen der Intervention in den Bereichen Inanspruchnahme des Gesundheitssystems, Kinder- und Jugendhilfe und empfangener Sozialleistungen der teilnehmenden Familien.

Kontakt:

Leibniz Universität Hannover / Institut für öffentliche Finanzen
Königsworther Platz1

30167 Hannover

Tel.: 0511 - 762-8218

Fax.: 0511 - 762-5656

E-Mail: sandner@fiwi.uni-hannover.de

Tat-Ausgleich für Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren. Ein Berliner Modellprojekt der Integrationshilfe/EJF gAG

Oliver Jacob, Integrationshilfe EJF gAG

Im Tat-Ausgleich vermitteln professionelle Konfliktvermittler bei Auseinandersetzungen, die über „normale Alltagskonflikte“ hinausgehen, zwischen 12 und 13 jährigen Kindern und der geschädigten Person. Dazu zählen heftige Streitigkeiten und körperliche Auseinandersetzungen zwischen Kindern untereinander oder zwischen Kindern und Erwachsenen, Bedrohungen, Schikanen oder Mobbing sowie räuberische Erpressung.

Das Projekt wird in Anlehnung an die Standards eines Täter- Opfer- Ausgleichs unter Berücksichtigung der pädagogischen Anforderungen und altersbedingten Besonderheiten von Kindern durchgeführt.

Eine Konfliktschlichtung im Projekt „Tat-Ausgleich“ kann vom Jugendamt, anderen Fachkräften wie Lehrern und Erziehern oder auch von den Eltern angeregt werden. Zunächst werden alle am Konflikt Beteiligten zu getrennten Gesprächen eingeladen. Wenn alle Beteiligten einverstanden sind, findet ein gemeinsames Ausgleichsgespräch statt, das eine befriedigende Konfliktlösung zum Ziel hat. Über Entschuldigungen hinaus können auch kindgerechte Vereinbarungen über eine symbolische oder materielle Wiedergutmachung getroffen werden.

Ziel des „Tat-Ausgleichs“ ist es, dass sich die Kinder mit ihrer Tat und den Folgen für die Geschädigten bewusst auseinandersetzen und lernen, Verantwortung zu übernehmen. Konflikte beinhalten auch die Chance zu einer positiven Veränderung.

Kontakt:

Integrationshilfe EJF gAG

Wilhelmsaue 1

10715 Berlin

Tel.: 030/4295841

E-Mail: jacob.oliver@ejf.de

Webseite: <http://www.toa-berlin.ejf.de>

Demokratieförderung und Mediation

Dr. Kati Zenk, Landespräventionsrat Niedersachsen
Michael Neu, Zentrum Demokratische Bildung -
Wolfsburg

Am Beispiel von Bürgerbündnissen im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN“.

Konflikte sind das Salz in der Suppe und bergen bei einer konstruktiven Umgangsweise viel Innovationspotential. Dieses zeigen die Erfahrungen der Lokalen Koordinierungsstelle Niedersachsen und des Zentrums Demokratische Bildung im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN“ in der Zusammenarbeit mit Bürgerbündnissen. Hier hat sich Mediation als Konfliktlösungsmethode erwiesen, durch die demokratische Strukturen gefördert und gefestigt werden können.

Bündnisse setzen sich in der Regel aus einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure zusammen, die dasselbe Leitziel verfolgen. Schwierigkeiten gibt es oftmals bei der Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten und Detailabstimmungen. Hier wird Unterschiedlichkeit nicht immer als Gewinn erlebt und es kommt nicht selten zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Zusammenarbeit wird in einem solchen Fall nicht als Bereicherung empfunden, was sich auch negativ auf die Motivation aller Beteiligten auswirken kann. Mediation bietet einen konstruktiven Umgang und erleichtert den Beteiligten die Suche nach kreativen sowie nachhaltigen Lösungsansätzen.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen
Am Waterlooplatz 5 A
30169 Hannover
E-Mail: Kati.Zenk@mj.niedersachsen.de
Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Handlungskonzepte für die Frühen Hilfen. Der „Pro Kind“-Ansatz.

Kristin Adamaszek, Stiftung Pro Kind

Armut und soziale Benachteiligung beeinträchtigen schon früh das gesunde Aufwachsen von Kindern. Die Stiftung Pro Kind hat ein präventives Hausbesuchsprogramm für sozial benachteiligte, junge Eltern entwickelt.

Die Familien werden während der Schwangerschaft und den ersten Lebensjahren begleitet. Die Arbeit der Fachkräfte in den Familien wird durch leicht verständliche Arbeits- und Informationsmaterialien sowie handlungsorientierte Module zur Eltern-Kind-Interaktion unterstützt. Ziel ist eine ganzheitlich orientierte, stärkenbasierte Förderung einer gesunden kindlichen Entwicklung.

Kontakt:

Stiftung Pro Kind

Lützerodestr. 9

30161 Hannover

Tel.: 0511/76170090

E-Mail: info@stiftung-pro-kind.de

Webseite: <http://www.stiftung-pro-kind.de>

HEROES - gegen Unterdrückung im Namen der Ehre

Erwin Schletterer, BRÜCKE e.V. Augsburg
Steve Malki, BRÜCKE e.V. Augsburg

Das Projekt HEROES wurde in Berlin entwickelt und wird seit Ende 2011 auch an zwei Standorten (Augsburg, München) in Bayern durchgeführt.

Jugendliche und junge Männer aus Ehrenkulturen setzen sich im Rahmen von Gruppenarbeit freiwillig mit den Themen Gleichberechtigung, Ehre und Menschenrechte auseinander. Sie werden dabei von zwei Gruppenleitern, mit Migrationshintergrund, angeleitet. Nach Abschluss der Trainingsphase erhalten sie ein Zertifikat, sie sind nun HEROES.

Im zweiten Schritt des Projekts, nach etwa einem Jahr, gehen die Jugendlichen in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen und bieten dort Workshops an. Die Workshops, bei denen Rollenspiele die zentrale Methode sind, werden von jeweils zwei Jungen durchgeführt, einer der Gruppenleiter ist lediglich zur Unterstützung dabei. Die jungen HEROES sind die Experten, die die Sprache der Workshopteilnehmer sprechen: Sie kennen die Kulturen, Konflikte und Zwänge - denn es sind auch ihre eigenen.

HEROES wird vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gefördert.

Kontakt:

BRÜCKE e.V. Augsburg

Gesundbrunnenstr. 3

86152 Augsburg

Tel.: 0821-455400-0

Fax.: 0821-455400-10

E-Mail: schletterer@bruecke-augsburg.de

Webseite: <http://www.bruecke-augsburg.de>

Prävention gegen Rechtsextremismus

Maren Brandenburger, Niedersächsischer Verfassungsschutz

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages klärt der Niedersächsische Verfassungsschutz seit Jahren die Öffentlichkeit, insbesondere junge Menschen, über verfassungsfeindliche Bestrebungen auf und erfüllt somit auch präventive Aufgaben bei der Bekämpfung des Extremismus. Die einzelnen Präventionsmaßnahmen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes werden mit den vielfältigen, in Niedersachsen im Bereich der Prävention tätigen Institutionen und Vereinen vernetzt.

Wesentliche Bestandteile des Präventionskonzeptes sind u. a.: - kontinuierliche zielgruppenorientierte Vortrags- und Informationsveranstaltungen, - Aufklärungsarbeit und Unterstützung bei Problemen mit rechtsextremistischen Aktivitäten vor Ort, - Öffentliche Symposien mit Experten-Vorträgen und Podiumsdiskussionen, - Informations- und Aufklärungsveranstaltungen an niedersächsischen Schulen und Bildungseinrichtungen, - Zentrale Lehrerfortbildung und Fortbildung von Multiplikatoren, - Wanderausstellung "Verfassungsschutz gegen Extremismus Demokratie schützen vor Rechts- und Linksextremismus", - Jugendkongresse, - Broschüren (Bildungs-Comics u Grundrechtefibel, Handlungsleitfaden für die kommunale Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fachbroschüre Rechtsextremistische Kameradschaften, Multiplikatoren-CD), - Ausbildung von Demokratielotsen, - Planspiel Rechtsextremismus,- Aussteigerprogramm „Aktion Neustart“.

Kontakt:

Niedersächsischer Verfassungsschutz

Büttnerstraße 28

30165 Hannover

E-Mail: Maren.Brandenburger@verfassungsschutz.niedersachsen.de

niedersachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de>

K.-o.-Tropfen - das böse Erwachen muss nicht sein!

Wolfgang Seidel, Polizeidirektion Westsachsen

Vor dem Hintergrund stetig zunehmender Informationen, Medienberichten und Publikationen zu sogenannten K.-o.-Tropfen und damit massiv verbundener Anfragen von Jugendlichen, aber auch besorgten Eltern und Lehrern, scheint es an der Zeit zu sein, diesen Themenkomplex kriminalpräventiv zu erfassen.

Noch im Bereich eines „Phänomens“, welches keine repräsentative Statistik ausweist, liegen aber dennoch Erkenntnisse in unterschiedlichen Behörden vor, die dessen Existenz eindeutig bejahen. So wurden durch den Fachdienst Prävention der Polizeidirektion Westsachsen die gewonnenen Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft Leipzig, dem Institut für Rechtsmedizin der Universität Leipzig sowie polizeiliche Ermittlungsergebnisse zusammengeführt, in dessen Ergebnis dieser Vortrag entstand. Die oben genannten Zielgruppen erweiterten sich schnell um medizinische Personale, Behörden, kirchliche Einrichtungen u. ä.

Der Zuhörer erfährt Hintergründe über die einfache Herstellung der Substanzen, die Kompliziertheit der Nachweisführung, wenig Erfahrung mit der Rechtsprechung, kaum vorhandenes Erinnerungsbewusstsein der Opfer und ein hohes Dunkelfeld durch Nichtanzeigen solcher Straftaten mit häufig sexuellem Hintergrund. Besondere Aufmerksamkeit wird auf den präventiven Teil des Vortrages gelegt.

Kontakt:

Polizeidirektion Westsachsen

Schongauerstraße 13

04328 Leipzig

Tel.: 0341-2552835

Fax.: 0341-2552860

E-Mail: wolfgang.seidel@polizei.sachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.sachsen.de>

Die NRW-Initiative „Kurve kriegen“

Heike Pohlmann, Peter Beckmann und Jörg Konrad Unkrig, Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen will mit der neuen Initiative „Kurve kriegen“ verhindern, dass gefährdete Kinder und Jugendliche im Alter von 8-15 Jahren zu Intensivstraftätern werden.

Seit dem Herbst 2011 wird dieses kriminalpräventive Konzept in acht Modellregionen erprobt. Es beinhaltet, dass die Gefährdungs- und Risikolage für Kinder und Jugendliche, die bereits früh und wiederholt Straftaten begehen, bei den Polizeibehörden standardisiert bewertet wird. Die Polizei sucht die besonders kriminalitätsgefährdeten Kinder und Jugendlichen in der Familie auf und bietet die Teilnahme an der Initiative an.

Um die Fälle kontinuierlich begleiten und unterstützende Maßnahmen koordinieren zu können, sind pädagogische Fachkräfte in die Polizeiarbeit eingebunden. Die Fachkräfte gehen in die Familien und beraten die Sorgeberechtigten und ihre Kinder. Ihnen steht ein sogenannter „Baukasten“ mit verschiedenen Kompetenztrainings und Maßnahmen regionaler Anbieter zur Verfügung. Dabei handelt es sich zum einen um pädagogische Programme, die darauf abzielen, soziale Kompetenzen zu erwerben, zum anderen um präventive Angebote zur dauerhaften sozialen Integration, wie Sprach- oder Sportkurse. Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW wird das Konzept vorstellen, die Umsetzungsschritte erläutern und über erste praktische Erfahrungen berichten.

Kontakt:

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, Projektgruppe Prävention Jugendkriminalität
Haroldstraße 5

40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 871 3254

Fax.: 0211 - 871 163313

E-Mail: ppj@mik.nrw.de

Webseite: <http://www.kurvekriegen.nrw.de>

„Gewaltprävention und Demokratieler- nen GuD“ des Hess. Kultusministeriums

Holger Weithöner, Projekt des Hessischen
Kultusministeriums

Das im August 2007 von der Hessischen Landesregierung initiierte Projekt Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD) hat zum Ziel, Schulen bei der nachhaltigen Implementierung von gewaltpräventiven und demokratieförderlichen Programmen durch Fortbildung und Beratung zu unterstützen.

Die Fortbildungsangebote von GuD basieren auf Ideen der Partizipation, des Demokratielernens und der Mediation, sind inhaltlich aufeinander abgestimmt und werden sowohl schulformspezifisch als auch schulformübergreifend angeboten. Praxisnähe und Umsetzbarkeit der Fortbildungsinhalte in den Schulalltag sind dabei von zentraler Bedeutung.

Durch unterschiedliche Beratungsangebote erhalten Schulen, d.h. Projektgruppen, Schulleitungen, Lehrer/innen sowie Sozialpädagogen/innen Anregungen, wie vorhandene Ansätze im Themenfeld „Gewaltprävention und Demokratieler-
nen“ in den schulischen Alltag integriert werden können, um Schulkultur und Arbeitsstrukturen weiterzuentwickeln.

Für Schulen, die im interministeriellen Projekt „PIT-Prävention im Team“ mitarbeiten, bietet GUD schulischen Teams projektbegleitende Beratung an. In der Kooperation mit dem Netzwerk gegen Gewalt wird vor allem auf regionaler Ebene inhaltlich-organisatorische Netzwerkarbeit zur Gewaltprävention vorangetrieben.

GuD arbeitet in Hessen eng verzahnt mit dem buddy e.V. und unterstützt Schulen, die im Bereich Peer-learning arbeiten.

Kontakt:

Projekt des Hessischen Kultusministeriums
Frankfurter Str. 18 - 24
60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069-989232
Fax.: 069-38989606
E-Mail: petra.becker@afl.hessen.de
Webseite: <http://www.gud.bildung.hessen.de>

Randale in der Stadt - Erfolg für ein ungewöhnliches Team

Regina Linda, Universitätsstadt Marburg

„Randale in der Innenstadt“ - Eine ungewöhnliche Kooperation auf Erfolgskurs

In der Stadt Marburg hat das Projekt „suPPOrdJu“ der Polizei, des Jugend- und des Ordnungsamtes zu einer Verbesserung der Situation im Jugendschutz und bei Alkoholmissbrauch geführt.

Wie in vielen anderen Städten und Gemeinden ist auch in der Stadt Marburg zu beobachten, dass Straßen, Plätze und Parkanlagen immer häufiger Treffpunkte von Kindern und Jugendlichen werden. Alkohol wird konsumiert und für etliche Jugendliche endet der Abend im Krankenhaus. Beschwerden über Pöbeleien, Vandalismus, Lärm und Randalen, der Anstieg von Straftaten und exzessiver Alkoholgenuss werden öffentlich diskutiert und beschäftigen die Lokalpolitik.

Jedes Problemfeld wird gemeinsam diskutiert und es kommt zu den unterschiedlichsten Lösungsansätzen. Sehr hilfreich ist hierbei die Kombination von Erfahrung, Wissen und rechtlichen Möglichkeiten von Polizei, Jugendamt und Ordnungsamt.

Berichten möchten wir über gemeinsamen Konzepte, Strategien sowie einzelne präventive und repressive Maßnahmen wie z. B.

- Veranstaltungskonzepte
- Aufenthalts- und Alkoholverbot
- Präventionsveranstaltungen u.v.a.m.

Kontakt:

Universitätsstadt Marburg

Frauenbergstraße 35

35035 Marburg

Tel.: 06421 / 201-294

Fax.: 06421 / 201-593

E-Mail: ordnung@marburg-stadt.de

Webseite: www.marburg.de

Erfolgreiche Prävention durch Vernetzung auf Landesebene - Der LAK NRW

Carmen Trenz, Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V.

Erfolgreiche Jugendkriminalitätsprävention durch Vernetzung auf Landesebene

Der Landesarbeitskreis Jugendhilfe, Polizei und Schule in NRW

Der Landesarbeitskreis Jugendhilfe, Polizei, Schule (LAK-NRW) wurde 1984 auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW und des Landeskriminalamtes NRW gegründet. Die langjährige Zusammenarbeit hat dazu beigetragen, dass die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe, Polizei und Schulen auf Landesebene und in den Kommunen des Landes NRW optimiert wurde und fest verankert ist.

Im Projektspot wird die Arbeit des LAK-NRW vorgestellt und die von ihm ausgehenden Impulse für die kommunale Präventionsarbeit. Dabei sollen die Bedingungen herausgestellt werden, die die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit ermöglicht haben.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) NRW e.V.

Poststraße 15 - 23

50676 Köln

Tel.: 0221-921392-18

Fax.: 0221-921392-20

E-Mail: trenz@mail.ajs.nrw.de

Webseite: <http://www.ajs.nrw.de>

Sport und Politik - verein(t) gegen Rechtsextremismus

Carina Weber, Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Rechtsextremistische Einstellungen sind in allen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffen. Daher bleibt auch der Sport davon nicht verschont.

Das Bundesministerium des Innern (BMI), das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), der Deutsche Fußball-Bund (DFB) und die Deutsche Sportjugend (dsj) im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB) sind der gemeinsamen Auffassung, dass ein Angehen gegen dieses Phänomen nur dann erfolversprechend ist, wenn Aktivitäten gebündelt, vernetzt und gemeinsam mit allen Ebenen koordiniert werden.

Zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), dem Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT), der Sportministerkonferenz (SMK), Vertretern der Landessportbünde (LSB), des Städte- und Gemeindebunds sowie des Deutschen Städtetags hat man daher ein „Beratungsnetzwerk verein(t) gegen Rechtsextremismus im Sport“ gegründet.

Ausschlaggebend für die Gründung des Beratungsnetzwerkes war die Erarbeitung eines gemeinsamen Handlungskonzeptes „Sport und Politik - verein(t) für Toleranz, Respekt und Menschenwürde“, das am 18. Januar 2011 durch die Spitzen von Sport und Politik (Dr. Thomas Bach, Dr. Theo Zwanziger, Thomas de Maizière, Kristina Schröder, Heike Taubert) der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Das Anliegen und die bisherigen Aktivitäten des Beratungsnetzwerkes sollen im Projektspot dargestellt werden.

Kontakt:

Deutsche Sportjugend (dsj) im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (DOSB)
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main
Tel.: 069-6700287
Fax.: 069-67001287
E-Mail: weber@dsj.de
Webseite: <http://www.dsj.de>

Arbeitskreis Asyl: Projekt Parkstraße

Marko Haselböck, Präventionsrat der Gemeinde Lohfelden

Das Projekt beschäftigt sich mit dem Thema Integration. Die Gemeinde Lohfelden hat gemeinsam mit dem Landkreis Kassel, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Polizei, der GWH (Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen), dem Lohfeldener Ausländerbeirat und der Evangelischen Kirchengemeinde den Arbeitskreis Asyl „Projekt Parkstraße“ gegründet.

In der Parkstraße im Ortsteil Ochshausen der Gemeinde Lohfelden leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund, Asylberechtigte und Asylbewerber. Der Arbeitskreis nimmt sich der unterschiedlichen Problemstellungen - hervorgerufen durch die vielfältigen heterogenen kulturellen Prägungen - der Bewohner an, erarbeitet Lösungsansätze zur Konfliktbeilegung und setzt diese dann in die Praxis um.

Zentrale Aspekte dabei sind die Förderung von Begegnungen und gegenseitiger Akzeptanz sowie die Gestaltung des Zusammenlebens. Ergänzend zu Hausbesuchen und Sprechstunden werden Sprachkurse und jährliche Nachbarschaftstreffen angeboten. Aus einer regelmäßigen Betreuung des Spielplatzes in der Parkstraße ist ein Beteiligungsprojekt zur Neugestaltung dieses Kindertreffpunkts erwachsen. Dadurch ist eine Vertrauensbasis zwischen Kindern, Jugendlichen und Mitarbeitern der Jugendarbeit entstanden. Konflikte, basierend auf unterschiedlichen, kulturellen Prägungen, konnten gelöst werden.

Kontakt:

Präventionsrat der Gemeinde Lohfelden

Lange Straße 20

34253 Lohfelden

Tel.: 0561-5110223

Fax.: 0561-5110231

E-Mail: marko.haselboeck@lohfelden.de

Webseite: <http://www.lohfelden.de>

Qualifizierung Opferberatung 2012

Dr. Kati Zenk, Landespräventionsrat Niedersachsen
Dr. Olaf Lobermeier, proVal - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung und Evaluation

Der Landespräventionsrat Niedersachsen bietet in Zusammenarbeit mit proVal - der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung und Evaluation sowie dem ZDB Zentrum Demokratische Bildung eine Qualifizierung für Berater von Opfern rechtsextremer Gewalt.

Die Qualifizierung wird in vier Modulen angeboten und umfasst die Schwerpunkte 1. Rechtsextremismus in Niedersachsen, 2. Viktimisierung bei Hassverbrechen, 3. Beratung(skompetenz) und Unterstützung von Opfern sowie 4. Qualitätssicherung in der Arbeit mit Opfern“.

Neben der Auseinandersetzung mit einschlägigen Theorien zum Rechtsextremismus bzw. zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit werden im Rahmen der Qualifizierung die Grundlinien rassistischer Gewalt nachgezeichnet. Was es für Betroffene heißt, insbesondere die Folgen eines Hassverbrechens zu bewältigen, wird ebenso behandelt wie typische Verarbeitungsformen, die in Folge von Viktimisierungen auftreten. Neben der theoretischen Auseinandersetzung bietet die Qualifizierung unter Anleitung langjährig erfahrender Fachkräfte aus der Opferarbeit aber auch viele praktische Einheiten, die für eine professionelle Beratung notwendig sind. Nicht zuletzt sollen im Rahmen der Qualifizierung Aspekte der Qualitätssicherung für eine an professionellen Standards orientierte Arbeit behandelt werden.

Der Spot gibt einen Überblick über die Module der Qualifizierung und bietet Gelegenheit zu Rückfragen mit den Veranstaltern.

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen

Am Waterlooplatz 5 A

30169 Hannover

Tel.: 0511-1205266

Fax.: 0511-120995266

E-Mail: Kati.Zenk@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Rechtsextremismus und Rassismus im Sport(Verein) Was tun?

Angelika Ribler, Sportjugend Hessen

Was ist zu tun, wenn...

... rechtsextrem orientierte Personen den Volkslauf eines Sportvereins als Werbe-Plattform für ihre Ideologie nutzen?

... ein wegen Volksverhetzung vorbestrafter NPD-Funktionär Fußball-Jugendtrainer ist?

... Neonazis ein Vereinsheim für ihre Feiern anmieten?

... der Inhaber eines Szeneladens, in dem rechtsextreme Kleidung verkauft wird, anbietet einen Trikotsatz für die Jugendmannschaft des Vereins zu sponsern?

... beim wöchentlichen Vereins-Stammtisch rassistische Parolen geschmettert werden?

In dem Projektspot werden zunächst kurz beispielhaft Fälle geschildert, die in Sportvereinen im gesamten Bundesgebiet vorgekommen sind. Anschließend werden Möglichkeiten der Sensibilisierung und Aktivierung von Sportvereinen, sich aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu positionieren, aufgezeigt: Ergänzungen der Satzungen und Leitbilder, Muster-Stadionordnungen, Muster-Mietverträge, Qualifizierungsmaßnahmen, thematische Sport- und Kulturfeste etc.

Weiterhin sollen Einblicke in das Projekt „Erlebniswelt Sport - Wir bieten Respekt und ANerkennung (R.AN!)“ der Sportjugend Hessen gegeben werden, indem es darum geht, Sportvereine präventiv zu sensibilisieren und (gefährdete) Jugendliche durch Respekt und Anerkennung über den Sport(Verein) zu stärken.

Referentin: Angelika Ribler, Dipl. Psych./Dipl. Sportwiss., Referentin der Sportjugend Hessen.

Kontakt:

Sportjugend Hessen

Otto-Fleck-Schneise 4

60528 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6789401

Fax.: 069-69590175

E-Mail: ARibler@sportjugend-hessen.de

Webseite: <http://www.sportjugend-hessen.de>

NETWASS: Prävention schwerer Schu- lgewalt Evaluationsergebnisse

Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Freie Universität Berlin

Die konstant hohen Zahlen sogenannter „Amokdrohungen“ an deutschen Schulen zeigen, dass die schulischen Möglichkeiten der Früherkennung und Prävention krisenhafter Entwicklungen bei jugendlichen Schülern dringend ausgebaut und bessere Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen. Auch wenn sich „Amokdrohungen“ in der Regel als Aktionen von Trittbrettfahrern herausstellen, so haben Sie erstens doch immer das Potential, für massive Verunsicherungen im schulischen Alltag zu sorgen und verweisen zweitens häufig auf reale Probleme und Konflikte von Jugendlichen im schulischen Kontext, denen Hilfe zukommen sollte.

Im Projektspot soll das Präventionsprogramm NETWASS (Networks against School Shootings, www.netwass-projekt.de) vorgestellt werden - ein Programm zur indizierten Prävention schwerer Schu-
lgewalt, welches an der Freien Universität Berlin mit Unterstützung durch das BMBF entwickelt sowie derzeit an über 100 deutschen Schulen umgesetzt und wissenschaftlich evaluiert wird. NETWASS hat es sich zum Ziel gesetzt, über die Implementierung eines Krisenpräventionsverfahrens die innerschulischen Krisenteams weiterzuentwickeln und ihnen Kriterien zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen von Schülern hin zu schwerer Schu-
lgewalt an die Hand zu geben. Anhand erster Ergebnisse soll illustriert werden, wie das NETWASS-Krisenpräventionsverfahren funktioniert und welche Wirkung es zeigt.

Kontakt:

Freie Universität Berlin
Habelschwerdter Allee 45
14195 Berlin

Tel.: 030/83855593

E-Mail: vincenz.leuschner@fu-berlin.de

Webseite: www.ewi-psy.fu-berlin.de

Spannungsfeld Kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit

Simone Zimmermann, MSc Crime Science
Susanne Wiescher, Kreispolizeibehörde Mettmann

Im Anschluss einer dreijährigen Initiative zur Prävention und Repression von Wohnungseinbrüchen wurde im Auftrag der Kreispolizeibehörde Mettmann erforscht, wie Opfer und Bürger kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit wahrnehmen, bewerten und gegebenenfalls in die eigenen Handlungsmuster übernehmen. Ziel dieser Forschung war es, Ansätze einer effektiven und erfolgsorientierten Gestaltung von Öffentlichkeitsarbeit zu finden. In diesem Sinne wurden Opfer und deren Nachbarn im Jahr 2011 in den Städten Langenfeld und Monheim befragt. Auch das Phänomen der Wiederholungstaten wurde berücksichtigt, um örtliche Prioritäten setzen zu können.

Die kriminalpräventive Öffentlichkeitsarbeit findet ohne Zweifel im Spannungsfeld zwischen Polizei und Bürger statt. Sie verlangt nach weitsichtiger Planung und Umsetzung unter Berücksichtigung von psychologischen und journalistischen Grundkenntnissen. Die „Polizeiliche Beratung“, beispielsweise Informationen über sicherheitstechnisches Nachrüsten von Fenstern und Türen, neue Begehungsweisen von Tätern oder Verhaltenstipps, wird von Opfern und Bürgern als eine wichtige Aufgabe wahrgenommen und auch als solche beurteilt. Fraglich ist indessen, ob und in welchem Ausmaß die polizeilichen Ziele durch diese kriminalpräventive Maßnahme verwirklicht werden können.

Kontakt:

Kreispolizeibehörde Mettmann & UCL Jill Dando Institute of
Crime Science in London
Sedentaler Str.110
40699 Erkrath
Tel.: 02104-9827500
E-Mail: susanne.wiescher@polizei.nrw.de
Webseite: <http://www.ucl.ac.uk/jdi>

Ü-Management für bes. förderbedürftige junge Strafgefangene

Mario Watz, JVA Rockenberg / BBW Nordhessen
Jutta Hoffmann, BBW Nordhessen

Seit dem 01.01.2010 ist die JVA Rockenberg in Kooperation mit dem Berufsbildungswerk (BBW) Nordhessen dabei, die Gruppe der besonders förderungsbedürftigen Jugendlichen schon zu Beginn der Haft zu identifizieren, im Haftverlauf entsprechend zu qualifizieren, um sie dann nach der Haft nahtlos in geeignete Bildungsmaßnahmen überzuleiten.

Hierzu wurden mit Unterstützung des BBW Nordhessen anerkannte Bausteine entwickelt, die in der Haft abgeschlossen werden und nach der Haft bei einem Bildungsträger durch weitere Module zum Abschluss einer Ausbildung ergänzt werden können.

Dabei führt die Arbeitsagentur bereits während der Haft eine Reha-Beratung durch und erteilt gegen Haftende ggf. eine Kostenübernahmeerklärung für den entsprechenden Jugendlichen.

So wird ein nahtloses Übergangsmanagement für die besonders förderbedürftigen Jugendlichen dauerhaft und nachhaltig in der JVA implementiert, welches dazu beitragen soll, den Rückfall der Jugendlichen in die Kriminalität zu vermeiden.

Besonders hervorzuheben ist hierbei die gelungene Kooperation zwischen Justiz, freien Bildungsträgern und der Arbeitsagentur.

Das Projekt wird vom Europäischen Sozialfonds gefördert.

Kontakt:

JVA Rockenberg / BBW Nordhessen

Marienschloß 1

35519 Rockenberg

Tel.: 06033.998.323

E-Mail: Mario.Watz@JVA-Rockenberg.Justiz.Hessen.de

Webseite: www.jva-rockenberg.justiz.hessen.de

NETWASS Blended-Learning für Krisenteams an Schulen

Johanna Scholl, Freie Universität Berlin

Friederike Sommer, Freie Universität Berlin

Innerhalb des NETWASS Programms werden erstmalig in Deutschland im Bereich der Prävention schwerer zielgerichteter Schulgewalt verschiedene Wege der Inhaltsvermittlung erprobt und an über hundert Schulen in Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg wissenschaftlich in ihrer Wirksamkeit überprüft.

Neben den klassischen Vermittlungsformen wird das Präventionsverfahren derzeit anhand eines onlinebasiertes Lernmoduls an sieben weiteren Schulen implementiert und evaluiert. Das Lernmodul sensibilisiert alle Schulmitarbeiter durch Filme, interaktive Grafiken und Übungsaufgaben für die Thematik, stellt den aktuellen Wissensstand zu Leakings und Risikomerkmalen dar und steigert die Handlungssicherheit bei der Bewertung von auffälligen Verhaltensweisen durch konkrete, aber an die Bedürfnisse der Schule anpassbare Strukturen.

Das Lernmodul kann einzeln oder für eine vertiefende Wissensvermittlung schulinterner Krisenpräventionsteams als Blended Learning Variante in Kombination mit Präsenzveranstaltungen eingesetzt werden. Der Vortrag setzt die Vorteile der zeitsparenden und flexibel planbaren Variante der onlinegestützten Fortbildung, in Bezug zu ersten Evaluationsergebnissen dieser Implementierungsbedingung. Ein kurzer virtueller Rundgang illustriert darüber hinaus die einzelnen Inhaltsbereiche und innovativen Elemente des Lernmoduls.

Kontakt:

Freie Universität Berlin

Habelschwerdter Allee 45

14195 Berlin

Tel.: 030/838 55593

E-Mail: vincenz.leuschner@fu-berlin.de

Webseite: www.ewi-psy.fu-berlin.de

Entlassungsmanagement zwischen Strafvollzug und Nachsorge

Peter Reckling, DBH-Fachverband für Soziale Arbeit,
Strafrecht und Kriminalpolitik

Der Projektspot beschäftigt sich mit dem Übergangsmanagement zwischen Strafvollzug und Nachbetreuung.

Die Schnittstelle Strafvollzug ambulante Nachbetreuung erweist sich in der Praxis immer noch als äußerst problematisch, auch wenn schon viele Anstrengungen in den Ländern unternommen wurden. In dieser Phase besteht für die Kriminalprävention die größte Herausforderung, da die Rückfallgefahr in den ersten Monaten der Haftentlassung am größten ist.

Nur wenn es gelingt, die Haftentlassenen in ambulanten Programmen weiter zu betreuen, auf eine Berufsausbildung oder Arbeit vorzubereiten, Wohnungsprobleme zu lösen, Schulden zu regulieren, Drogenhilfe und weitere Hilfsangebote in enger Kooperation in Anspruch zu nehmen, dann kann in den besonders gefährdeten ersten zwei Jahren nach dem Strafvollzug die Resozialisierung erfolgreicher verlaufen.

Kontakt:

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und
Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064

50858 Köln

Tel.: 0221-94865112

Fax.: 0221-94865121

E-Mail: peter.reckling@dbh-online.de

Webseite: <http://www.dbh-online.de>

Sicherheit an Hochschulen: Die Tübinger Sicherheitsstudie (TüS).

Prof. Dr. Rüdiger Wulf, Universität Tübingen

Die Studie fokussiert die objektive und subjektive Sicherheit an Hochschulen als Grundvoraussetzung für Forschung und Lehre. Kriminalität, abweichendes Verhalten und mangelnde Ordnung können Unsicherheit indizieren. In der Studie wird ein kommunaler Ansatz verfolgt, weil die Universität Tübingen mit ca. 175 Standorten ganz eng mit der Stadt Tübingen verbunden ist („Tübingen ist eine Universität“).

Ziel der Studie ist zunächst die Entwicklung des methodischen Instrumentariums zur Erfassung von Hochschulsicherheit und zur Sicherheitsberichterstattung. Zudem sollen erste Befunde zur objektiven und subjektiven Sicherheit der Angehörigen der Universität Tübingen (Studierende, Lehrende und sonstige Mitarbeiter) erhoben werden. Forschungsmethoden sind die Auswertung verfügbarer Statistiken, Aktenanalysen, Online-Befragungen von Studierenden (ca. 23.000) und Mitarbeitern (ca. 10.000) nach Täter- und Opfererfahrungen. Feldforschung, z.B. Hass-Graffiti an und in Universitätsgebäuden, Experteninterviews zur Sicherheitslage sowie eine Auswertung der Lokalpresse in einem Jahr runden die Studie ab.

Darüber hinaus sollen Vorschläge zur Prävention von Kriminalität und dissozialem Verhalten auf dem Hochschulgelände erfolgen.

Der Vortrag skizziert die Studie (Laufzeit: 10/2010-12/2012) und die bisherigen Ergebnisse; die Kooperation mit anderen Hochschulen wird gesucht.

Kontakt:

Universität Tübingen

Sand 7

72076 Tübingen

Tel.: 0711-279-2340

E-Mail: wulf@jura.uni-tuebingen.de

Webseite: www.jura.uni-tuebingen.de/wulf

TEBESKO: Telefonische Beratung bei krisenhaftem Schülerverhalten

Dr. Vincenz Leuschner, Freie Universität Berlin

Die in Deutschland umgesetzten Maßnahmen zur Prävention schwerer Schulgewalt konzentrieren sich zumeist auf technische Vorkehrungen (z.B. Amokalarm), gesetzliche Regelungen (z.B. Verschärfung der Waffengesetze) und innerschulisch-organisatorische Maßnahmen (z.B. Einführung von Krisenteams). Was jedoch weitgehend fehlt, sind niedrigschwellige Informations- und Beratungsmöglichkeiten für Professionelle, die in ihrer beruflichen Praxis mit Amokdrohungen oder Leakinghinweisen konfrontiert werden.

Im Rahmen des Projektes NETWASS (Networks against School Shootings, www.netwass-projekt.de) wurde daher das Pilotprojekt TEBESKO (Telefonische Beratung bei krisenhaftem Schülerverhalten im Schulkontext) entwickelt, welches derzeit in Kooperation mit dem Berliner Notdienst Kinderschutz (BNK), der Unfallkasse Berlin (UKB) und dem Institut für Arbeit und Gesundheit (IAG) der DGUV im Bundesland Berlin umgesetzt wird. Das Projekt umfasst eine anonyme telefonische Beratung für Schulmitarbeiter die hinsichtlich der krisenhaften Entwicklung eines Schülers besorgt sind und hierzu eine erste professionelle Einschätzung haben möchten. Im Falle einer positiven Evaluation des Pilotprojektes wird eine Ausdehnung auf weitere Zielgruppen (z.B. Eltern) und weitere Bundesländer erwogen. Im Rahmen des Projektspots wird das Konzept des Angebots vorgestellt und mit ersten Evaluationsergebnissen illustriert.

Kontakt:

Freie Universität Berlin
Habelschwerdter Allee 45
14195 Berlin

Tel.: 030/838 55593

E-Mail: vincenz.leuschner@fu-berlin.de

Webseite: www.ewi-psy.fu-berlin.de

Arbeit mit Tätern als Tertiärprävention Häuslicher Gewalt

Kay Wegner, Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit
Häusliche Gewalt e.V.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt (BAG TäHG e.V.) ist ein interinstitutioneller Dachverband für Täterarbeitseinrichtungen Häuslicher Gewalt in Deutschland.

Ziel des Vortrags ist, die Standards für gelingende Täterarbeit im Kontext Häuslicher Gewalt zu skizzieren und zu diskutieren, die die BAG TäHG in Auseinandersetzung mit Frauenunterstützungseinrichtungen entwickelt hat. Sie werden fortlaufend überprüft und weiterentwickelt. Die Standards stützen sich auf folgende Themenbereiche:

- Vernetzung in Kooperationsbündnissen mit Polizei, Justiz, Opferschutzeinrichtungen, Bewährungshilfe, Jugendämtern, Beratungsstellen
- Kommunikation mit den Gewaltopfern
- Institutionelle Rahmenbedingungen für die Täterarbeit HG
- Grundverständnis und Leitlinien für die Arbeit
- Qualifikation der Mitarbeiter/innen
- Dokumentation und Transparenz der Arbeit
- Praxis der Täterarbeit HG (Ziele und Umsetzung)

Die bisherige Praxis, vorhandene Evaluationen und Rückmeldungen aus gut funktionierenden Interventionsprojekten bestätigen, dass Täterarbeit neben der dringend notwendigen Unterstützung für die Opfer ein wichtiger Baustein für die Bekämpfung Häuslicher Gewalt darstellt: Die Täter sind letztendlich diejenigen, die die Gewalt beenden können. In diesem Sinne trägt die Umsetzung der Täterarbeit HG entsprechend der Standards zum Opferschutz bei.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.
Nordring 15c
76829 Landau
E-Mail: info@bag-taeterarbeit.de
Webseite: <http://www.bag-taeterarbeit.de>

Prävention=Kommunikation. Wie erreiche ich meine Zielgruppen?

Sylvia Kolbe, Connect GmbH - Agentur für soziale Kommunikation

Sensibel, glaubwürdig, konzeptionell und zielgruppenorientiert - so soll die Kommunikation für Präventionsthemen aussehen.

Was bedeutet das in der Praxis? Welche Kommunikationsmittel erreichen welche Zielgruppe? Und wie finde ich in Zeiten von Facebook & Co. überhaupt Aufmerksamkeit für anspruchsvolle Präventionsthemen im Informationsdschungel?

Connect, Agentur für soziale Kommunikation, stellt anhand von Kampagnenbeispielen erfolgversprechende Ansätze und Strategien vor.

Ein professioneller Auftritt mit ansprechenden Kommunikationsmitteln schafft den Rahmen für erfolgreiche Präventionsarbeit, bringt positives Feedback von Medien und Öffentlichkeit und trägt zur Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei.

Auch mit kleinen Budgets sind aufmerksamkeitsstarke Auftritte möglich - wichtig ist ein glaubwürdiges und kreatives Konzept, das von allen Akteuren akzeptiert und mit Engagement umgesetzt wird.

Besondere Bedeutung kommt dem Umgang mit den lokalen und regionalen Medien und dem Internet/den sozialen Netzwerken zu. Was ist hier zu beachten? Welche Anreize kann ich für die Pressevertreter setzen, damit mein Präventionsthema Beachtung findet?

Der Vortrag gibt Einblicke in die Arbeit einer Agentur für soziale Kommunikation und richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in ihren Einrichtungen und Projekten für Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind.

Kontakt:

Connect GmbH - Agentur für soziale Kommunikation
Am Auernberg 2
61476 Kronberg
Tel.: 06173-32550
E-Mail: kolbe@agenturconnect.de
Webseite: <http://www.agenturconnect.de>

Aufmerksamkeit der Gesellschaft als Prävention

Ingo Fock, gegen-missbrauch e. V.

Am 07. September 2008 wurde in Darmstadt für unseren Verein ein TV-Spot gedreht.

Der Spot macht deutlich, wie oft ein Kind Erwachsene ansprechen muss, bevor ihm geholfen wird. Durch die Auswahl der Schauspieler wird ausserdem deutlich, dass Missbrauch in allen Gesellschaftsschichten vorkommt.

Hier geht es darum, wie bereits die Aufmerksamkeit der Gesellschaft zur Prävention beiträgt.

Kontakt:

gegen-missbrauch e. V.

Am Menzelberg 10

37077 Göttingen

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

Ambulante und dezentrale Behandlung für Sexualstraftäter

Kornelia Kamla, Förderung der Bewährungshilfe in
Hessen e.V.

Seit 2009 ist der Verein Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V. Träger des Projekts „Begleitende psychotherapeutische Versorgung für Probanden des Sicherheitsmanagements“. Es hat zum Ziel, ein flächendeckendes Angebot für ambulante psychotherapeutische Behandlung von Sexualstraftätern in Hessen zu schaffen. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsmanagement der Bewährungshilfe, das für eine enge und intensive Betreuung und Überwachung von Sexualstraftätern, die unter Bewährungs- bzw. Führungsaufsicht stehen, zuständig ist. Das Projekt wird vom hessischen Justizministerium gefördert.

Das Projektkonzept berücksichtigt die Situation Hessens als Flächenland. Angestrebt wird eine psychotherapeutische Versorgung auch außerhalb der Zentren. Niedergelassene Therapeutinnen und Therapeuten, die über eine Qualifikation als psychologische Psychotherapeuten (einschl. Approbation) oder als Fachärzte für Psychiatrie bzw. Psychotherapie verfügen, werden vertraglich eingebunden. Es werden jedoch auch Behandlungen durch anders qualifizierte Fachkräfte durchgeführt. Maßgeblich ist die Weisung des Gerichts. Von den Therapeuten wird die Bereitschaft zur therapeutischen Arbeit mit Klienten, die nicht selbst motiviert sind, und zur Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsmanagement der Bewährungshilfe erwartet.

Im Projektspot werden das Konzept und der bisherige Arbeitsverlauf skizziert.

Kontakt:

Förderung der Bewährungshilfe in Hessen e.V.

Neebstr. 3

60385 Frankfurt am Main

Tel.: 069-97768106

Fax.: 069-451570

E-Mail: kamla@fbh-ev.de

Webseite: <http://www.fbh-ev.de>

Projekt RUBIKON - Bewährungshilfe bei jungen Intensivtätern

Sabine Riemer, Roland Hausenberger, Gudrun Platten und Andreas Schmid, Landgericht München I

Jugendlichen und heranwachsenden Mehrfach- und Intensivtätern fehlt oftmals jeder soziale Halt und jegliche schulische oder berufliche Perspektive. Nicht selten kommen Alkohol, Drogen und psychische Auffälligkeiten hinzu. Vorhandene Hilfsangebote werden von den Jugendlichen dabei häufig nicht genutzt.

Hier setzt das Pilotprojekt RUBIKON der Bewährungshilfe des Landgerichts München I an. Junge Mehrfach- und Intensivtäter mit einer Bewährungsstrafe und einem großen Hilfebedarf werden seit Februar 2010 zu Beginn der Bewährungszeit über etwa sechs Monate durch vier spezialisierte Bewährungshelfer besonders engmaschig betreut. Projektziel ist, durch eine Kombination hochfrequenter, nachgehender Einzelhilfe und bedarfsorientierter Gruppen- und Projektarbeit die Jugendlichen zu motivieren und zu unterstützen, die Verantwortung für ihr eigenes Verhalten zu übernehmen und den Sinn in der angestrebten Veränderung zu erkennen. Hierfür soll auf ein umfangreiches Hilfenetzwerk mit Jugendhilfe, betreuten Wohneinrichtungen, Bildungseinrichtungen, Ausbildungsstätten und therapeutischen Einrichtungen zurückgegriffen und gleichzeitig mit Eltern, Lehrern, Arbeitgebern und den am Strafverfahren beteiligten Stellen eng zusammengearbeitet werden.

Kontakt:

Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz

Prielmayerstraße 7

80335 München

Tel.: 089-55972742

Fax.: 089-55972828

E-Mail: Cornelia.Schuh-Stoetzel@olg-m.bayern.de

Webseite: <http://www.justiz.bayern.de/ministerium/>

Welchen Einfluss haben Jugenderhebungen im Strafverfahren?

Carlotta Pirnat, Universität Wien

Hier werden die Ergebnisse einer Studie, welche anlässlich des 100 jährigen Bestehens der Wiener Jugendgerichtshilfe (JGHi) durchgeführt wurde, über die Jugenderhebungen und deren Berücksichtigung im Strafverfahren präsentiert.

Geleitet wurde die Studie von der Frage: Werden die von der Jugendgerichtshilfe vorgeschlagenen Maßnahmen von der Richtern übernommen? Wird ein Jugendlicher in Wien strafällig, gibt das Gericht der JGHi den Auftrag, die Lebens- und Familienverhältnisse des Beschuldigten, seine Entwicklung und alle anderen Umstände, die zur Beurteilung seiner körperlichen, geistigen und seelischen Eigenart dienen können, zu erforschen (§ 43 JGG).

Weiter hat aus diesen sogenannten Jugenderhebungen hervorzugehen ob und welche Maßnahmen zur Beseitigung bestehender Schäden oder Gefahren geeignet sind (§ 48 Z 3 JGG). Die JGHi hat ein Repertoire an 16 Vorschlägen entwickelt, die unterschiedliche Weisungen und therapeutische Vorschläge umfassen. Diese Vorschläge sollen gewährleisten, dass der Richter im Einzelfall die geeignetste Maßnahme treffen kann, um den Jugendlichen von weiteren Straftaten abzuhalten. Mangels statistischer Zahlen wurde eine Aktenerhebung durchgeführt, um in Erfahrung zu bringen wie und ob dieser Prozess funktioniert.

Kontakt:

Universität Wien

Schenkenstraße 8-10

1010 Wien

E-Mail: carlotta.pirnat@univie.ac.at

Webseite: <http://www.univie.ac.at/kriminologie>

Prävention sexualisierter Gewalt in Jugendverbänden

Monika Glados, Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V.

Prävention sexualisierter Gewalt - Handlungsmöglichkeiten in einem Jugendverband

Spätestens seit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetzes „KICK“ im Jahr 2005 findet in der Jugendverbandsarbeit eine verstärkte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Kindeswohlgefährdung und Prävention sexualisierter Gewalt statt. Der Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V. (BdP) setzt sich bereits seit 2001 dafür ein, in seinem Verband ein Netz der Sicherheit zu schaffen. Wir wollen es Tätern so schwer wie möglich machen und Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt schützen.

Mit diesem Projektspot wollen wir aufzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, Präventionsarbeit in den ehrenamtlichen Strukturen eines Jugendverbandes zu verankern und anderen Jugendverbänden Anregungen für die Umsetzung im eigenen Verband geben.

Denn: Präventionsarbeit benötigt einen langen Atem und eine vielstimmige Kommunikation.

Kontakt:

Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V.

Kesselhaken 23

34376 Immenhausen

Tel.: 05673-995840

Fax.: 05673-9958444

E-Mail: monika.glados@pfadfinden.de

Webseite: <http://www.pfadfinden.de>

Was haben „Schulschwänzer“ im Arrest verloren?

Joachim Wallner, Brücke München

Schulversäumnisse sind Ordnungswidrigkeiten, die mit Geldbußen geahndet werden. Wenn diese nicht bezahlt werden, kann das Amtsgericht nach §§ 98, 104 Abs.1 Nr. 3 OwiG erzieherische Maßnahmen anordnen; in der Regel sind dies Arbeitsstunden. Werden diese nicht abgeleistet und auch die Geldbuße nicht bezahlt, kann ein Arrest bis zu einer Woche verhängt werden.

Diese Jugendlichen lediglich zu ihren Arbeitsstunden einzuteilen oder in den Arrest zu stecken, erscheint vor dem Hintergrund des Sinns und Zwecks der Schulpflicht als nicht folgerichtig. Gerade junge Menschen, die keine Orientierung hinsichtlich ihrer schulischen/beruflichen Zukunft haben, werden alleine durch das Ableisten der Arbeitsstunden oder das Absitzen des Arrestes sicher nicht hinsichtlich der Entwicklung einer Perspektive für Ausbildung/Beruf unterstützt.

Da wir aber wissen, dass Bildung der Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist, muss hier angesetzt werden. Ebenso zeigen neuere Untersuchungen, dass gerade bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund und problematischer sozialer Herkunft der Übergang von Schule in Ausbildung/Arbeit ein sehr risikoreicher ist, der von vielen alleine nicht geschafft wird.

Von der BRÜCKE MÜNCHEN entwickelte individuelle Lösungsansätze wirken hier für die jungen Menschen hinsichtlich ihrer schulischer/beruflichen Zukunft unterstützend.

Kontakt:

BRÜCKE MÜNCHEN

Einsteinstr. 92

81675 München

Tel.: 089-4194680

Fax.: 089-41946811

E-Mail: wallner@bruecke-muenchen.de

Webseite: <http://www.bruecke-muenchen.de>

Mediation im Kontext häuslicher Gewalt

Sonja Schmid und Mirko Haufe, BRÜCKE München

Mediation, wie sie im Täter-Opfer-Ausgleich praktiziert wird, kann einen wichtigen Beitrag zum „sozialen Frieden“ leisten. Gemeinsam erarbeiten die Betroffenen eine mögliche Lösung und entwickeln alternative Handlungsstrategien zu einem besseren Miteinander. Wir stellen Ihnen unsere praktische Arbeit vor.

Kontakt:

BRÜCKE München

Peißenbergstr. 29

81547 München

E-Mail: schmid@bruecke-muenchen.de

Webseite: www.bruecke-muenchen.de

Opferwerdung von Jugendlichen im Internet

Dr. Melanie Wegel, Universität Tübingen

Für eine Vielzahl von Jugendlichen stellt das Internet einen Lebensraum dar, der die Aktivitäten im realen Leben nicht nur ergänzt, sondern in zunehmendem Maße ersetzt. Aktuelle Studien über das Verhalten von Jugendlichen im Internet zufolge steht im Zentrum der problematischen Mediennutzung einerseits der Umgang mit persönlichen Daten, die Preisgabe und die Akzeptanz von gefälschten Daten und darauf basierenden „falschen“ Vorstellungen und Erwartungshaltungen im Bereich zwischenmenschlicher Interaktion.

Weit verbreitet sind hier die Phänomene des Cybermobbing sowie happy slapping und Versuche von sexuellem Missbrauch im Netz sowie Kontaktforderungen durch Pädophile. Im Rahmen der 3. Tübinger Schülerbefragung wurde bei 2000 Kindern und Jugendlichen von 6 bis 16 Jahren deren Freizeitverhalten sowie Umgang im Internet untersucht. Von besonderem Interesse waren hierbei die Fragen wie verhalten sich Kinder und Jugendliche im Netz und wie ist das Kontrollverhalten der Eltern sowie der elterliche Erziehungsstil.

Da das Netz ein Ort darstellt indem Täter von Mobbingattacken sowie sexuellen Belästigungen häufig schwierig zu verfolgen sind, knüpft die Tübinger Schülerstudie an den Erkenntnissen der vorherigen Opferstudien an, die im Rahmen der Prävention bei elterlichen Erziehungsstilen sowie Kontrollverhalten ansetzen.

Kontakt:

Universität Tübingen

Sand 7

72076 Tübingen

E-Mail: mwegel@ife.uzh.ch

Webseite: www.ifk.jura.uni-tuebingen.de/projekte/lebenslaegen_von_juge

Integration von Strafgefangenen in Hessen

Dr. Helmut Roos, Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa

In den vergangenen Jahren wurde in Hessen eine Vielzahl von Aktivitäten entwickelt, die zum Ziel haben, den Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten - besonders in der Phase der Reintegration ehemals Inhaftierter - zu erhöhen und mögliche Schwierigkeiten in der Entlassungsphase zu minimieren.

Erkennbare Problembereiche - "Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen SGB II, III und XII, Zuständigkeitsgerangel, gefühlte Unzuständigkeit, stärkere Vernetzung und möglichst bessere Information der Hilfestellen, Intensivierung der Ehrenamtlichen etc."- wurden angegangen und - soweit möglich - für die Einzelfallbearbeitung organisiert und reguliert. Besonders hervorzuheben ist dabei die Gewinnung von konkreten Ansprechpartnerinnen und -partnern in den hessischen Optionskommunen, den ARGE n sowie den Arbeitsagenturen in Hessen.

Am 13. Oktober 2011 wurde nun die Vereinbarung über die „Integration von Strafgefangenen in Hessen“ nebst „Leitfaden zur Umsetzung der Integrationsvereinbarung von Strafgefangenen in Hessen“ zwischen dem Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, dem Hessischen Sozialministerium, der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, dem Hessischen Städte- und Landkreistag, dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und dem Landeszusammenschluss für Straffälligenhilfe in Hessen unterzeichnet.

Kontakt:

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und
Europa
Luisenstr. 13
65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-322660
E-Mail: dr.helmut.roos@hmdj.hessen.de

Mehr Täterarbeit für mehr Opferschutz bei häuslicher Gewalt

Rainer Becker, Deutsche Kinderhilfe e.V.

Häusliche Gewalt birgt insbesondere für betroffene Kinder in derartigen Beziehungen besondere Risiken. Über die Möglichkeit, selbst auch unmittelbares Opfer zu werden und die bekannten Traumatisierungen hinaus, besteht für diese Kinder ebenfalls ein überdurchschnittlich hohes Risiko, dass sie Verhaltensweisen des Gewaltausübenden oder des Gewaltleidenden „übernehmen“ und später „weiterleben“.

Darum ist in allen Fällen häuslicher Gewalt ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, ob Kinder zum Haushalt gehören, ob sie nun anwesend sind oder nicht.

Über die bisherigen Maßnahmen hinaus ist eine Arbeit mit den Tätern aus unterschiedlichen Gründen noch immer stark tabuisiert.

Im Laufe des Vortrages wird dargestellt, welche teilweise weniger geläufigen Möglichkeiten wirksam genutzt werden können, um intensiver als bisher Einfluss auf den Täter zu nehmen, damit zukünftig ein besserer Opferschutz realisiert werden kann.

Kontakt:

Deutsche Kinderhilfe e.V.

Schiffbauerdamm 40

10117 Berlin

E-Mail: info@kinderhilfe.de

Webseite: <http://www.kinderhilfe.de>

Räumliche Kriminalprävention Jugend im öffentlichen Raum

Christian Weicht, EDOCA- European Design Out Crime Association

Crime Prevention Through Environmental Design (CPTED) ist ein multidisziplinärer Ansatz, um mittels Raumgestaltung kriminelles Verhalten abzuschrecken. Dazu werden Strategien angewandt, mit denen Entscheidungen eines Täters beeinflusst werden, die kriminellen Handlungen vorausgehen. Insbesondere handelt es sich dabei um situative, integrative, soziale und administrative Bedingungen.

CPTED-Strategien sind auch besonders geeignet, Kriminalität zu reduzieren, die von Jugendtreffs und Spielplätzen im öffentlichen Raum ausgehen kann. Grundlegend können in der Anwendung dieser Strategie Indikatoren für kriminalitätsfördernde Raumstrukturen ermittelt und beseitigt werden.

Im Zusammenhang mit Spielplätzen und Jugendtreffs im öffentlichen Raum sind dies insbesondere: Konkurrierende Raumnutzungsinteressen, Tatgelegenheitsstrukturen, Angstortefaktoren, mangelnde soziale Sicherheit und fehlendes Interesse Jugendlicher am öffentlichen Raum. Bereits während der Planungsphase, aber auch im Betrieb können diese Indikatoren mit entsprechenden Maßnahmen positiv beeinflusst werden.

Anhand von europäischen Beispielen wird im Vortrag aufgezeigt, wie durch angepasste Raumgestaltung, Beteiligungsverfahren und Engagementförderung Kriminalitätsaspekte im Bereich von öffentlichen Jugendtreffs und Spielplätzen berücksichtigt werden können.

Kontakt:

EDOCA- European Design Out Crime Association
Klopstockstr. 10
32657 Lemgo
Tel.: 05261- 188997
Fax.: 05261- 188998
E-Mail: ChristianWeicht@t-online.de
Webseite: <http://www.e-doca.eu>

Zivilcourage Ja! - Aber wie?

Wolfgang Gores, Polizeipräsidium Westhessen
Julia Muth, Netzwerk gegen Gewalt

Immer häufiger wird in den Medien über Gewalttaten im öffentlichen Raum und im Personennahverkehr berichtet. Die Hilflosigkeit der Menschen und die Angst vor weiteren Übergriffen steht hierbei im besonderen Fokus des öffentlichen Interesses. In der Öffentlichkeit können Menschen mit Konflikten konfrontiert werden. Viele dieser alltäglichen Situationen lassen sich gütlich klären, wobei es in manchen Fällen wegen nicht vorhandenen Handlungsoptionen zu Überforderungen kommt. Oftmals steht man „wie gelähmt“ daneben und findet nicht den richtigen Ton, um die Situation zu klären.

„Zivilcourage will gelernt sein“

Das Polizeipräsidium Westhessen, die Landeshauptstadt Wiesbaden und die Wiesbadener Verkehrsbetriebe (ESWE-Verkehr) in Kooperation mit dem Netzwerk gegen Gewalt, bieten Bürgerinnen und Bürger kostenlose Seminare, in welchen Anregungen und Tipps für helfendes Verhalten auf die Möglichkeiten jedes Einzelnen abgestimmt - gegeben werden.

In diesen Veranstaltungen wird den Menschen die Notwendigkeit von Zivilcourage vermittelt, ohne sich selbst und andere zu gefährden. Opferschutz und Opferhilfe haben absolute Priorität vor Täterfestnahme.

Daher ist es wichtig, neben dem Aufruf zur Hilfe auch konkrete Anregungen und Verhaltensanleitungen hierzu zu geben. Viele Puzzelteile werden zu einem Bild zusammengefügt und somit ein Netzwerk von Hilfeleistenden ermöglicht und somit das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen erhöht.

Zivilcourage Ja! Aber Wie?

Kontakt:

Polizeipräsidium Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51
65187 Wiesbaden

Tel.: 0611/345-1600

Fax.: 0611/345-1609

E-Mail: wolfgang.gores@polizei.hessen.de

Webseite: <http://www.polizei.hessen.de>

Zivilcourage - Möglichkeiten der Förderung am Beispiel Pforzheim

Rüdiger Schilling, Polizeidirektion Pforzheim

Nach dem „Fall Dominik Brunner“ geriet das Thema Zivilcourage verstärkt in den gesellschaftlichen und somit polizeilichen Fokus. Schon vor der medialen Aufarbeitung dieses und anschließender Fälle in der Öffentlichkeit fanden in Pforzheim Überlegungen zur Förderung zivilcouragiertem Verhaltens statt. So wurde u.a. ein Zivilcouragepreis Pforzheim-Enzkreis für das Jahr 2010 ausgelobt, beworben und Preisträger prämiert. Zeitgleich wurden Zivilcouragekurse entwickelt, die sich einer hohen Nachfrage erfreuen. Der zweite Zivilcouragepreis Pforzheim-Enzkreis (2011/2012) läuft noch bis Oktober 2012.

In dem Projektspot wird die Planung, Umsetzung und Finanzierung der Zivilcouragepreise skizziert und kritisch reflektiert sowie die Inhalte der Kurse zur Erklärung und Förderung des Helferverhaltens abgebildet und diskutiert.

Kontakt:

Polizeidirektion Pforzheim

Bahnhofstr. 13

75172 Pforzheim

Tel.: 07231-1861050

E-Mail: kriminalpraevention.pforzheim@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-pforzheim.de>

Einstellungen Jurastudierender zu Kriminalität und Strafe

Jessica Kraus, Leibniz Universität Hannover

Das Strafrecht ist immer wieder gezwungen, sich an die im Wandel befindlichen gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Heute zielt das Strafrecht auf vergeltende und ausgrenzende Maßnahmen, da die Gesellschaft einen härteren und konsequenteren Umgang mit Straftätern fordert.

Diese Annahme wird durch diverse Untersuchungen bestätigt, die sich mit den Einstellungen der Gesellschaft zu Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Strafe beschäftigen. Über die Strafeinstellungen der Akteure in Politik und Justiz ist hingegen nur wenig bekannt. Bisherige Forschungsbefunde wurden durch Querschnittsuntersuchungen erzielt, die keine Aussagen über intra-individuelle Veränderungen zulassen.

Daher ist die hannoversche Studie als Längsschnittstudie über einen Zeitraum von zehn Jahren angelegt und untersucht somit die Einstellungen Jurastudierender vor, während und nach dem Studium, während der Berufspraxis. Die erste Erhebung fand zu Beginn des Jurastudiums statt, da sich die spezifischen Aspekte in den Strafeinstellungen der Justizangehörigen vermutlich ab diesem Zeitpunkt entwickeln. Von da an werden die Studentinnen und Studenten jährlich befragt. Die Annahmen hierbei sind, dass die Punitivität zu Beginn des Studiums relativ hoch ist, jedoch im Verlauf des Studiums auf Grund der erlangten Informationen abnimmt. Dieser Vortrag stellt die Zwischenergebnisse nach der dritten Befragung dar.

Kontakt:

Leibniz Universität Hannover

Königsworther Platz 1

30167 Hannover

E-Mail: jessica.kraus@jura.uni-hannover.de

Webseite: <http://www.jura.uni-hannover.de/ki.html>

Bewährungshilfe in seiner Stellung als Präventionsinstrument

Harald Zimmerhackel-Monien, Bewährungshilfe beim Landgericht München I

Meine persönliche Erfahrung als langjährig tätiger Bewährungshelfer zur Rolle der Bewährungshilfe innerhalb der Justiz und der Gesellschaft:

Strafrecht schützt Grundrechte im Zusammenleben der Menschen untereinander. Aufgabe der Strafjustiz ist es, mit Unterstützung der Innenbehörden dieses zu garantieren und Straftaten zu verhindern mit den Mitteln, die unsere Verfassung zulässt. In diesem Rahmen bewegt sich auch Bewährungshilfe als eines der wichtigsten Präventionsinstrumente dieser Gesellschaft. Grundlage bzw. wesentliches Instrument dieser Arbeit ist die Anwendung der Grundrechte auch für die Probanden der Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer neben den Kontrollaufgaben durch das Gericht.

Selbst schwerste Straftäter können und konnten mit unserer Unterstützung und in dem Zusammenspiel von kontrollierenden Aufgaben und einem Vertrauensverhältnis vor weiteren Straftaten abgehalten werden und wurden oder werden wieder zu straffreien Mitgliedern der Gesellschaft.

Ziel des Beitrags ist es, ein Plädoyer zu halten über die wesentliche Funktion der Justiz und hier insbesondere der Strafjustiz in der Gesellschaft zu stärken und innerhalb der Justiz die Rolle der Bewährungshilfe, deren qualitativ hochstehende und anerkannt erfolgreiche Arbeit und auch deren reichhaltiger Erfahrungsschatz viel stärker im Fokus der öffentlichen Debatte über Kriminalprävention stehen sollte.

Kontakt:

Bewährungshilfe beim Landgericht München I

Goethestraße 64

80336 München

Tel.: 089-5597-5409

Fax.: 089-5597-2350

E-Mail: Harald.Zimmerhackel-Monien@lg-m1.bayern.de

Webseite: [http://www.justiz.bayern.de/gericht/ig/m1/](http://www.justiz.bayern.de/gericht/ig/m1/bwh/#anker_sprung)

[bwh/#anker_sprung](http://www.justiz.bayern.de/gericht/ig/m1/bwh/#anker_sprung)

Fair Skills: Jugendkulturelle Stärkung in ländlichen Raum und EU Best-Practice-Forschung

Silke Baer, Cultures Interactive e.V.

Dr. Harald Weilnböck, Violence Prevention Network e. V.

Mit ‚Fair Skills‘ hat Cultures Interactive e.V. (CI) ein Lehrgangskonzept entwickelt, das Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten Möglichkeiten der Qualifizierung, Kompetenzbildung und gesellschaftlichen Eingliederung eröffnet („Xenos“; Aktion Mensch). Die 3 mal 5 Lehrgangstage umfassen: (1) Jugendkultur-Praxisworkshops (z.B. Breakdance, Fotografie, Rap-Produktion u.a.), Trainerkompetenzen und Soft Skills; (2) Projektmanagement: Selbstorganisation, Planung eigener Peer-Workshops; (3) Politische Bildung, Anti-bias-Training, respektvolles Miteinander und gewaltfreie Konfliktlösung; (4) Gruppenselbsterfahrung, enttabuisierter Erfahrungsaustausch und Coaching.

Nach dem Lehrgang werden die Teilnehmer/innen bei der Durchführung eigener Workshops supervisorisch begleitet. Seit 2011 entwickelt CI Konzepte des Übergangsmagements von Schule zu Beruf und bietet bundesweit Lehrgänge an.

Cultures Interactive e.V. nahm hierbei an EU Best-Practice-Forschung teil, unterstützt derzeit den Aufbau einer Europäischen Plattform für innovative Ansätze der Deradikalisierungsarbeit (European Network of Deradicalisation EnoD), organisiert von Violence Prevention Network e.V., Berlin, und bereitet ein eigenes EU Projekt zu Ansätzen der Mädchenarbeit in Europa vor (Women/ Girls in Violent Extremism WomEx).

Kontakt:

Cultures Interactive e.V.

Mainzer Straße 11

12053 Berlin

Tel.: 030-60401950

Fax.: 030-60401946

E-Mail: baer@cultures-interactive.de

Webseite: <http://www.cultures-interactive.de>

BeSt KinGs Persönlichkeitsstärkung von Kindern

Shanta Ghosh, Landesinstitut für Präventives Handeln

BeSt KinGs: Bewegungsförderung und Stärkung der Persönlichkeit in Kindergarten und Grundschule: Das Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH) führt seit Juni 2011 in einer saarländischen Gemeinde einen Modellversuch zur Bewegungsförderung und Stärkung der kindlichen Persönlichkeit von Kindergarten- und Grundschulkindern durch, der wissenschaftlich begleitet wird.

Diese Evaluationsstudie ist auf einen Zeitraum von sieben Jahren (2011-2018) angelegt und hat zum Ziel, den Einfluss des regelmäßigen Einsatzes bestimmter Fördermaßnahmen wie das Präventionsprogramm Kindergarten plus, das Mini-Sportabzeichen Saar und die Bewegungsbaustelle „Zauberkästen“ auf die kindliche Entwicklung in den Bereichen der Motorik, der sozialen und emotionalen Kompetenzen und der intellektuellen Fähigkeiten zu beurteilen.

Die Längsschnittuntersuchung im Kontrollgruppendesign erfolgt über die gesamte Kindergarten- und Grundschulzeit. Über standardisierte Testverfahren werden einerseits Daten zur motorischen Entwicklung und körperlich-sportlichen Aktivität, zum Sprachstand und zur allgemeinen Intelligenz erhoben, weiterhin interessieren Fragen zur Lebensqualität und Gesundheit der Kinder und zu ihren sozialen Kompetenzen. Das Design der Studie sowie die Ergebnisse zum ersten Messzeitpunkt werden vorgestellt.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln
Hanspeter-Hellenthal-Str. 68
66386 St. Ingbert
Tel.: 0681-501 3851
E-Mail: s.ghosh@lph.saarland.de
Webseite: <http://www.saarland.de>

ELTERN-AG und Delinquenzvermeidung: Frühe Interventionen helfen!

Prof. Dr. Meinrad Armbruster, MAPP-Empowerment GmbH (gemeinnützige GmbH)

In Deutschland entscheidet soziale Herkunft über Zukunft.

Je früher im Leben dieser Kreislauf durchbrochen wird, umso besser. Dabei sind Eltern die besten Adressaten, da der Einfluss elterlicher Erziehung mindestens so groß ist wie der der Gesamtheit institutioneller Angebote. Je früher Elternarbeit ansetzt, desto nachhaltiger sind die positiven Effekte bei den Kindern. Weikart & Schweinhart (W&S) fanden in ihrer Studie zur Frühförderung heraus, dass diese Effekte, z.B. geringere Delinquenz, stabilere Familienverhältnisse u. bessere Schulbildung gegenüber der Kontrollgruppe, auch noch viele Jahre später nachgewiesen werden konnten. Jeder in die Studie investierte Dollar hatte eine Rendite von 7,16 Dollar durch u.a. eingesparte Sozialausgaben (W&S 1997).

Diese u. andere Längsschnittstudien zeigen den hohen Stellenwert der Prävention, welche der öffentlichen Hand hilft, hohe „kurative“ Kosten zu reduzieren. Ein Präventionsprogramm, v.a. für Eltern in besonders belastenden Lebenslagen, liegt aus ethischen u. volkswirtschaftlichen Gründen im öffentlichen Interesse. Das Programm ELTERN-AG der MAPP-Empowerment GmbH (gemeinnützig) ist ein Präventionsprogramm für sozial benachteiligte Eltern u. zeigt, wie niedrigschwellige Arbeit erfolgreich gestaltet werden kann. ELTERN-AG setzt dabei so früh wie möglich an u. wendet sich an werdende Eltern sowie Familien mit Kindern im Vorschulalter.

Kontakt:

MAPP-Empowerment GmbH (gemeinnützige GmbH)
Klausenerstraße 15
39112 Magdeburg
Tel.: 0391-7277640
Fax.: 0391-72776421
E-Mail: m.armbruster@eltern-ag.de
Webseite: <http://www.eltern-ag.de>

PartnerInnengewalt im ländl. Raum am Bsp. ausgew. Regionen Nds.

Prof. Dr. Yvette Völschow, Wiebke Janßen, Michaela Kluge,
Universität Vechta
Kirsten Bruns und Ingeborg Hartmann-Seibt BISS Vechta/
Cloppenburg / Walter Sieveke, Polizeikommissariat Vechta

Gewalt in Partnerschaften wird erst seit ca. 2 Jahrzehnten sowohl öffentlich als auch wissenschaftlich thematisiert (vgl. Lamnek et al. 2006: 13).

Der Betrachtungsschwerpunkt lag dabei bisher v.a. auf Gewalt, die von Männern gegen Frauen in o. nach einer Beziehung ausgeübt wird (vgl. u.a. Schröttle 2008). Im Gegensatz zur Situation in Städten wurde PartnerInnengewalt i.d. weniger anonymen, meist stärker von sozialer Kontrolle geprägten ländlichen Regionen bislang nicht differenziert untersucht.

So könnte möglicherweise eine Unterschätzung der Phänomenausprägung im ländlichen Raum vorliegen, in deren Folge von städtischen Gegebenheiten abweichende Merkmale und Präventionsbedarfe verkannt werden.

In einem vom Land Niedersachsen im Rahmen des Pro* Niedersachsen-Programms von 2011-2014 geförderten interdisziplinär angelegten Projekt aus Sozial- & Erziehungs- sowie Regionalwissenschaften wird diese Thematik daher Gender unabhängig und mit Fokussierung auf den ländlichen Raum beforscht. In Zusammenarbeit mit Polizei und Beratungsstellen zu häuslicher Gewalt wird das Phänomen PartnerInnen-gewalt quantitativ und qualitativ untersucht und nicht zuletzt zur Präventionsplanung mit Hilfe einer über das Internet abrufbaren, interaktiven WebGIS-Anwendung kartographisch veranschaulicht.

Im Vortrag werden neben dem Projektvorgehen erste Ergebnisse von Hellfelddatenauswertungen in Niedersachsen aufgezeigt.

Kontakt:

Universität Vechta
Driverstrasse 22
49377 Vechta

E-Mail: yvette.voelschow@uni-vechta.de
Webseite: <http://www.uni-vechta.de/pagenie>

Sicherheitsaudit zur Städtebaulichen Kriminalprävention

Detlev Schürmann, Polizei Bonn

Im Vortrag wird ein standardisiertes Verfahren zur Beurteilung und Reduzierung von Tatgelegenheiten und Angsträumen in Planung und Bestand nach einer kurzen Einführung anhand eines Praxisbeispiels vorgestellt. Im Ergebnis konnten die Fallzahlen von Kfz- und Eigentumsdelikten im Umfeld einer Schule, die in einem Wohngebiet liegt, merklich gesenkt werden. Dazu wurden die Kategorien Raumstruktur, Raumnutzung und Raumwahrnehmung („virtuell“ aus Opfer-, Täter-, Helfer-/Beschützersicht) unter zu Hilfenahme von Checklisten beurteilt. Diese nehmen Bezug auf Kriterien der räumlichen Sicherheit, wie z.B. Orientierung, Übersichtlichkeit, Beleuchtung, Vegetation, verkehrliche Infrastruktur, Beleuchtung usw.“

Aktuell umfasst das Leistungsspektrum:

- Stellungnahmeverfahren als Träger öffentlicher Belange bei Neubau und Bestandsüberplanung von Wohn-, Gewerbe- und Verwaltungsanlagen
- Beratung kriminalpräventiver Gremien und bei Planungs- und Bauvorhaben unter Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit, Demographie, Integration, sowie eskalierender Schadensereignisse
- Beurteilung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen einschließlich ÖPNV
- Begleitung Integrierter Handlungskonzepte/Soziale Stadt
- Ermittlung von Tatgelegenheiten und Angsträumen durch sog. Sicherheitsaudits
- Vorträge für Hochschulen, Kammern, Behörden und Wohnungsbaugesellschaften

Kontakt:

Polizei Bonn

Königswinterer Straße 500

53227 Bonn

E-Mail: Detlev.schuermann@polizei.nrw.de

Webseite: <http://www.polizei-nrw.de/bonn/vorbeugung/staedtebauliche-k>

Jugendliche Gewalttäter zwischen Jugendhilfe und Justiz

Jana Meier, Deutsches Jugendinstitut e. V.
Dr. Diana Ziegleder, Deutsches Jugendinstitut e. V.

Im November 2011 startete die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut (DJI) eine empirische Studie zum Thema „Jugendliche Gewalttäter zwischen Jugendhilfe- und krimineller Karriere“.

In dem Projektspot wird als Werkstattbericht das Forschungsvorhaben zu Wechselwirkungen zwischen krimineller und Jugendhilfekarriere vorgestellt. Verurteilte jugendliche Gewalttäter haben oftmals mit verdichteten Problemkonstellationen zu kämpfen. Zum Teil sind sie den Jugendämtern bereits lange Jahre bekannt. Hilfsangebote, Maßnahmen und auch Sanktionen scheinen oftmals nicht zu greifen. Am Ende lassen sich kaum mehr geeignete ambulante Settings oder stationäre Unterbringungen finden und nicht selten folgt (der eigentlich zu vermeidende) Jugendstrafvollzug.

Ziel des Forschungsvorhabens ist es, die Dynamiken und Weichenstellungen dieser Karrieren aus der Perspektive der betroffenen Jugendlichen, deren Personensorgeberechtigten sowie der beteiligten Institutionen zu erhellen. Damit soll ein Beitrag zur fachlichen Weiterentwicklung der Prävention von Gewaltdelinquenz sowie zur Verbesserung der Institutionen übergreifenden Kooperation geleistet werden.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e. V.
Nockherstr. 2
81541 München
Tel.: 089-62306139
Fax.: 089-62306162
E-Mail: ziegleder@dji.de
Webseite: <http://www.dji.de/jugendkriminalitaet>

15 Jahre Jugendrechtshäuser. Module für die innere Sicherheit.

Sigrun von Hasseln-Grindel, Akademie für
Rechtskultur und Rechtspädagogik

JRH sind regionale Präventionseinrichtungen auf rechtspädagogischer Basis. Sie gelten in immer mehr Städten und Gemeinden als erprobtes Dauer-Präventionsprojekt und damit als Faktor für innere Sicherheit, denn sie sind

- punktgenau auf die multiplen gesellschaftlichen Herausforderungen von heute zugeschnitten,
- wissenschaftlich fundiert, inhaltsstark, zukunftsorientiert,
- wirksam und nachhaltig (evaluiert),
- wirtschaftlich (kostengünstig),
- vor Ort (kurze Wege),
- unbürokratisch,
- für alle einfach zu handhaben (bedienerfreundliche Projekte).

Im Konzept gibt es 1 - 2 Hauptkräfte (Sozialarbeiter/in/-pädagogin/e u. Psychologin/e jew. m. rechtspädagog. Weiterbildungszertifikat), Honorarkräfte (Verwaltung) u. ehrenamtl. Mitwirkende aus qualifizierten Berufen (z.B. Juristen, Handwerker, Mediziner, Pädagogen, Erzieher, Polizeib.) u. von Praktikanten/innen u. Schüler(innen).

Im sekundären u. tertiären Präventionsprojekt „Crashkurs im Zusammenhang mit der Hauptverhandlung“ gelingt es dem Cottbuser JRH in Koop. mit der Hochschule Lausitz seit 10 Jahren, die Rückfallquote bei Mehrfach- u. Intensivtätern von sonst über 70 % auf unter 8% zu reduzieren.

Rechtspädagogik (Human Law) wird seit 2006 an der Universität Cottbus gelehrt. Gasthörerschaft möglich. Mitarbeiter von Jugendrechtshäusern können an der Akademie für Rechtskultur u. Rechtspädagogik weitergebildet werden

Kontakt:

Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik (AFRR)
Hubertstr. 22
03044 Cottbus
Tel.: 0355-784 251 37
E-Mail: akademie@rechtspaedagogik.eu
Webseite: www.afrr.de

Hamburg: Fünf Jahre „Handeln gegen Jugendgewalt“ Eine Bilanz.

Monika Becker-Allwörden, Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg

Im Rahmen eines behördenübergreifenden Konzepts bietet Hamburg seit vier Jahren Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendkriminalität, Jugendgewalt sowie zum Opferschutz an. Dieses Projekt ist in dieser Form und in diesem Umfang bundesweit einmalig.

Hamburg blickt auf vier Jahre behördenübergreifende Erfahrung in der Bekämpfung von Jugendgewalt zurück. Dieser Vortrag bietet eine kritische Bestandsaufnahme zu Erfolgen, eine Schwachstellenanalyse und den daraus resultierenden Schlussfolgerungen. Viele Maßnahmen des Handlungskonzepts sind optimiert worden. Darüberhinaus wurde das Konzept um einige Themenbereiche erweitert .

Kontakt:

Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg

Felix-Dahn-Straße 3

20357 Hamburg

E-Mail: leitstelle.jugendgewalt@li-hamburg.de

Webseite: <http://www.handeln-gegen-jugendgewalt.de>

MA-Studiengang Präv. Soz. Arbeit: Kriminologie und Kriminalprävention

Dr. Anja Meyer und Dr. Marc Coester, LPR Niedersachsen
Prof. Dr. Ute Ingrid Haas und Stefanie Hälig, Ostfalia -
Hochschule für angewandte Wissenschaften

Zum Wintersemester 2011 startete an der Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften (Fakultät Soziale Arbeit) in Wolfenbüttel der Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Kriminologie & Kriminalprävention“ mit 20 Studierenden. Er ist als vollständig modularisiertes Vollzeitstudium von vier Semestern angelegt. Das Konzept dafür ist aus dem Beccaria-Projekt hervorgegangen. Gemäß dem Verständnis von Prävention als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe ist der Studiengang interdisziplinär angelegt. An der Schnittstelle von Kriminologie, Sozialwissenschaft, Rechtswissenschaft, Psychologie, Pädagogik, Sozialer Arbeit sowie Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft vermittelt er breit gefächerte kriminologische und kriminalpräventive Kenntnisse und Managementkompetenzen. Dabei qualifizieren sich die Studierenden für die Entwicklung von Präventionsmaßnahmen und -konzepten, die Beratung und Unterstützung von Entscheidungsträgern, die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Präventionsmaßnahmen und für Leitungsfunktionen. Der Studiengang ist konsekutiv und baut auf einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss auf. Der Beitrag beleuchtet das Profil des Studiengangs, gibt einen Überblick über den Verlauf und beschreibt die Module.

<http://www.master-kriminalpraevention.de>

Kontakt:

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Am Exer 6
38302 Wolfenbüttel
Tel.: 05331-93937220
Webseite: <http://www.ostfalia.de/fb/s/>

Landespräventionsrat Niedersachsen
Niedersächsisches Justizministerium
Am Waterlooplatz 5A
30169 Hannover
Tel.: 0511-1205261
Webseite: <http://www.beccaria.de>

Ausstellung

Infostände

Ausstellende Institutionen	Seite
AK Medienkompetenz und -prävention des Landratsamtes Lindau (B)	342
Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik und Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.	343
Aktion „Sportler setzen Zeichen“ - WEISSER RING e. V.	344
Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V.	345
Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden	346
Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW e.V.	347
Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus	348
Bayerisches Landeskriminalamt	349
Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	350
Beauftragte der Polizei für Frauen und Kinder in Bayern (BPFK)	351
BOB-Initiativen in Deutschland	352
Brücke München	353
Buchhandlung Büchergilde*	354
Bund Deutscher Kriminalbeamter	355
Bundesamt für Justiz	356
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	357
Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S)	358
Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.	359
Bundesministerium der Justiz/Bundesamt für Justiz	360
Bundesministerium für Bildung und Forschung	361
Bundespolizei	362

Ausstellende Institutionen	Seite
Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“	363
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien	364
Bundesverwaltungsamt	365
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	366
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	367
CASHLESS-MÜNCHEN	368
Cellebrite GmbH*	369
CePT - Centre de Prévention des Toxicomanies	370
contour e.V.	371
DB Regio AG, S-Bahn München*	372
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	373
Deutsche Bahn AG*	374
Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)	375
Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)	376
Deutscher Ju-Jitsu Verband e.V.	377
Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.	378
Deutsches Forum für Kriminalprävention	379
Deutsches Jugendinstitut e.V.	380
Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)	381
Die Kinderschutz-Zentren	382
Dominik-Brunner-Stiftung	383
Drogenhilfe Schwaben gGmbH	384
EJF gemeinnützige AG	385
European Forum for Urban Security (EFUS)	386
Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe	387

Ausstellende Institutionen	Seite
fairplayer e.V.	388
Förderverein „Geheimsache Igel“ e.V.	389
Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.	390
Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R.	391
Galli Theater e.V.	392
GdP Gewerkschaft der Polizei	393
gegen-missbrauch e. V.	394
Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz	395
Gewalt Akademie Villigst	396
Glen Mills Academie Deutschland e. V.	397
Grußbox des Regionalsenders München TV	398
hand in gAG / Work and Box Company	399
Haus des Jugendrechts Stuttgart	400
Heidelberger Präventionszentrum*	401
Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa	402
Indanet AG*	403
Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.	404
Initiative Sicherheit in Schulen e.V.	405
International Centre for the Prevention of Crime ICPC	406
Jugendamt Dortmund	407
Jugendschutz aktiv - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	408
Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	409
Justizvollzugsanstalt Wiesbaden	410
Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband	411
Klicksafe	412

Ausstellende Institutionen	Seite
Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark	413
Koordinierungsstelle Gewaltprävention	414
Kreispolizeibehörde Gütersloh	415
Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Dresden	416
Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf	417
Kuratorium Sicheres Allgäu	418
Landeshauptstadt München	419
Landeshauptstadt München - Sozialreferat	420, 421
Landeshauptstadt Saarbrücken und Centre de prévention des toxicomanies, Luxemburg	422
Landeskommission Berlin gegen Gewalt	423
Landeskriminalamt Baden-Württemberg	424
Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern	425
Landeskriminalamt Niedersachsen	426
Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz	427
Landeskriminalamt Sachsen	428
Landeskriminalamt Thüringen	429
Landespräventionsrat Brandenburg	430
Landespräventionsrat Niedersachsen	431
Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“	432
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern	433
Landgericht München 1 - Bürgerliches Engagement in der Bewährungshilfe	434
Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises als Kreispolizeibehörde	435

Ausstellende Institutionen	Seite
Lions-Quest „Erwachsen werden“ - Lions Hilfswerk Bayern Süd e.V. Vertreter der Lions Clubs	436
Malteser Hilfsdienst e.V.	437
Mentor - Die Leselernhelfer Bundesverband e.V.	438
Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz	439
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen	440
MVG Münchner Verkehrsgesellschaft*	441
Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland	442
Netzwerk gegen Gewalt	443, 444
Netzwerk Neue Festkultur	445
Netzwerk Zuhause sicher e. V.	446
Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport	447
Oberzent-Schule Beerfelden	448
Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH	449
Papilio e.V.	450
Polizei Hessen	451
Polizeidirektion Flensburg / Kriminalpräventiver Rat in der Stadt Flensburg	452
Polizeidirektion Hannover	453
Polizeiinspektion Weiden i.d.OPf.	454
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	455
Polizeipräsidium Dortmund	456
Polizeipräsidium Mittelfranken	457, 458

Ausstellende Institutionen	Seite
Polizeipräsidium München - Münchner Blaulicht e.V.	459
Polizeipräsidium München - Münchner Sicherheitsforum e.V.	460
Polizeipräsidium München - Polizisten helfen e.V.	461
Polizeipräsidium Niederbayern	462
Polizeipräsidium Oberfranken	463
Polizeipräsidium Oberpfalz	464, 465
Polizeipräsidium Schwaben Nord und Kriminalpräventiver Rat Augsburg	466
Polizeipräsidium Schwaben Süd/West	467
Präventionsrat Bremerhaven	468
Präventionsrat Gelsenkirchen	469
Präventionsrat Oldenburg (PRO)	470
Präventionsrat Seevetal e.V.	471
PräventSozial gemeinnützige GmbH	472
Projekt des Hessischen Kultusministeriums	473
Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein	474
Regiestelle „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“	475
ReplayTheater e.V.	476
Runder Tisch gegen Gewalt in der Stadt Kempten	477
Sächsisches Staatsministerium des Innern	478
Salfeld Computer GmbH*	479
Seniorpartner in School e.V. - Bundesverband	480
Sicherheit in Rheine (SIR) - Ordnungspartnerschaft zwischen der Kreispolizeibehörde Steinfurt und der Stadt Rheine	481
Sozialdienst katholischer Frauen Landesverband Bayern e. V.	482

Ausstellende Institutionen	Seite
Staatsanwaltschaft Gera	483
stark zusammen - Präventionsnetzwerk des Landkreises Günzburg	484
Stiftung Kriminalprävention - Deutscher Förderpreis Kriminalprävention	485
Stiftung Opferhilfe Niedersachsen	486
theaterpädagogische werkstatt gGmbH	487
Triple P - Deutschland GmbH*	488
Universität Erlangen	489
Universitätsstadt Marburg	490
Verein Programm Klasse2000 e.V.	491
Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der Kriminal- und Verkehrsprävention e. V. (VPKV)	492
Verkehrswacht Bochum e.V.	493
WEISSER RING e.V.	494

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.

AK Medienkompetenz und -prävention des Landratsamtes Lindau (B)

Der Arbeitskreis Medienkompetenz im Landkreis Lindau stellt die im Jahre 2010 organisierten „Klick-it!-Aktionswochen“ vor.

Das Internet und die neuen Medien sind aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Kinder und Jugendliche twittern, chatten und bloggen und geben in der virtuellen Welt sorglos persönliche Daten preis. Wie kann ein verantwortungsvoller Umgang mit diesem Medium gelingen? Diese Frage beschäftigte Eltern und Verantwortliche gleichermaßen und sie war der Anstoß den AK „Medienkompetenz“ ins Leben zu rufen. Ende 2009 stand erstmalig die Idee im Raum, das Theaterstück „Click it 2“ vom Verein Zartbitter e.V. an Schulen im Landkreis zu zeigen. Der AK entschied sich bald neben dem Theaterstück ein Rahmenprogramm für Eltern, Erzieher, Lehrer sowie Kinder und Jugendliche anzubieten. Nach diesen intensiven Aktionswochen hat sich der AK zum Ziel gesetzt, zusammen mit dem Land Vorarlberg Erwachsene und Jugendliche als Medientandems auszubilden, um nachhaltige Kompetenzen zu vermitteln. Zum Netzwerk gehören: Kinderschutzbund, Schwangerenberatung-SKF, Caritas-Suchtberatung, KJF, PI Lindau, PI Lindenberg, Synergie Soziale Bildung, SUPRO Vorarlberg, Landratsamt Lindau mit Sozialen Diensten, Bildung im Fokus, Kommunale Jugendarbeit, Gleichstellungsbeauftragte im Landkreis

Kontakt:

Polizei Lindau

Ludwig-Kick-Str. 20

88131 Lindau

Tel.: 08382-910-154

Fax.: 08382-910-140

E-Mail: matthias.kaiser@polizei.bayern.de

Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik und Bundesverband der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.

Die Akademie stellt ihre rechtspädagogischen Schriften, Seminare, Projekte und Einrichtungen vor.

Rechtspädagogik (Human Law) wird seit 2006 an der Universität Cottbus (BTU) gelehrt. Es ist eine empirische ganzheitliche, interdisziplinäre Wissenschaft zur Bewältigung von multiplen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Seit 2010 wird Rechtspädagogik auch an der Universität Warschau gelehrt und in der polnischen Fachliteratur vorgestellt: *Koncepcja niemieckiej pedagogiki prawa w ujściu Sigrun von Hasseln* (Konzeption der Rechtspädagogik nach Sigrun von Hasseln).

Zu den rechtspädagogischen Einrichtungen gehören die Jugendrechtshäuser, die Mitglieder des „Bundesverbandes der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V.“ sind. Die Begründerin der Rechtspädagogik (Human Law) und der Jugendrechtshäuser, Vorsitzende Richterin am Landgericht Sigrun v. Hasseln-Grindel, wird sie im Rahmen eines Projekts unter dem Titel: „15 Jahre Jugendrechtshäuser. Module für die innere Sicherheit in Stadt und Land“ vorstellen.

Am Infostand der Akademie können sich Interessierte auch über Möglichkeiten einer Mitwirkung an der „International Conference of Human Law“ vom 5.-7. Juni 2013 informieren.

Wir freuen uns auf Sie!!!!

Kontakt:

Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik

Hubertstr. 22

03044 Cottbus

Tel.: 0355-6371253

E-Mail: akademie@rechtspaedagogik.eu

Webseite: www.afrr.de

Aktion „Sportler setzen Zeichen“ - WEISSER RING e. V.

„Sportler setzen Zeichen - Für eine gewaltfreie Jugend“

Der Gedanke „Ich kann`s ohne Gewalt. Du auch!?“ steht Pate bei der bundesweiten Präventionskampagne des WEISSEN RINGS, in der es darum geht, Jugendlichen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung aufzuzeigen.

Die Errichtung von Streetball-Anlagen an Schulen, Rampen und Hockeytore für Inline-Skater sowie die Einrichtung von Fitness-Räumen sind nur drei Beispiele dafür, wie die Aktion vor Ort umgesetzt wurde. Bekannte Sportler werben für einen gewaltpräventiven Weg. Z. B. Handball-Star Stefan Kretzschmar: „Runter von der Straße und rein in die Sporthalle. Der Sport ist super geeignet, um Spaß, Regeln, Teamgeist und die häufig fehlenden Erfolgserlebnisse zu erfahren. Das Projekt gibt gerade den Kids neue Impulse, Sport zu treiben.“

Es ist wichtig, Kindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung anzubieten. Defizite hier spiegeln sich auch in einem Anstieg der Jugendgewalt wider. Vielerorts fehlen Angebote, um auch ohne Gewalt Probleme bewältigen zu können und Frustrationen abzubauen.

Viele bekannte Sportler, darunter auch ehemalige Spitzenathleten wie der international erfolgreiche Rennrodler und WOK-Weltmeister Georg Hackl, Weltklaseschwimmer Mark Warnecke, Eisschnellläuferin Sabine Völker oder die beiden offiziellen Botschafterinnen des WEISSEN RINGS, Box-Weltmeisterin Regina Halmich und Silke Kraushaar-Pielach (Rennrodlerin), zeigen unter dem Motto „Sportler setzen Zeichen Für eine gewaltfreie Jugend“ ihre gesellschaftliche Verantwortung.

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-8303-0

Fax.: 06131-8303-45

E-Mail: info@weisser-ring.de

Webseite: <http://www.weisser-ring.de>

Aktion Jugendschutz, Landesarbeits- stelle Bayern e.V.

Als Fachinstitution im erzieherischen Jugendschutz bietet die Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V. (aj) neben der Herausgabe einer eigenen Fachzeitschrift „proJugend“ Informations- und Arbeitsmaterialien, Fachberatung und Fortbildung für Fachkräfte in Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe zu den Themen Gewaltprävention, Suchtprävention, Prävention gegen Glücksspielsucht und Medienpädagogik an. Die Aktion Jugendschutz Bayern ist Träger des Projekts ELTERNTALK und des Präventionsangebots FREUNDE.

Die Aktion Jugendschutz Bayern wird getragen von zahlreichen Mitgliedern, u.a. den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den kommunalen Spitzenverbänden, dem Bayerischen Jugendring sowie vielen landesweit organisierten Verbänden der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern.

Sie wird institutionell gefördert aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Weitere Informationen: www.bayern.jugendschutz.de

Kontakt:

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V.

Fasaneriestraße 17

80636 München

Tel.: 089-121573-0

Fax.: 089-121573-99

E-Mail: info@aj-bayern.de

Webseite: <http://www.bayern.jugendschutz.de>

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden hat sich aus hinterbliebenen Eltern heraus gegründet und ist seit dem 18.11.2009 eine Kirchliche Stiftung „Gegen gewalt an Schulen“.

Es bietet Vorträge an Schulen und für Fachpublikum, verschiedene Theaterprojekte, Supervisionen für Lehrer, Informationen für Eltern im Umgang mit den neuen Medien, Sicherheit an Schulen, Fachtag mit Wissenschaftlern an und begleiten Schulischer Präventionsprojekte.

Kontakt:

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Wallstr. 28

71364 Winnenden

Tel.: 07195-589570

Fax.: 07195-589571

E-Mail: H.Schober@aktionsbuendnis-amoklauf.de

Webseite: www.aktionsbuendnis-amoklaufwinnenden.de

**Arbeitsgemeinschaft Kinder- und
Jugendschutz (AJS) Landesstelle NRW
e.V.**

Medienkompetenz aus NRW

gemeinsame Präsentation von AJS NRW, Institut Spielraum/
FH Köln und Spieleratgeber NRW (ComputerProjekt Köln)

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW e.V.

Poststr. 15-23, 50676 Köln

Tel.: 0221-92139219

Fax.: 0221-92139220

E-Mail: lieven@mail.ajs.nrw.de

Webseite: <http://www.ajs.nrw.de>

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus

Aufklärung über die Gefahren von Rechts- und Linksextremismus; Angebote und Handlungsempfehlungen für Kommunen, Schulen, Jugend- und Bildungseinrichtungen.

Kontakt:

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus
Knorrstraße 139
80937 München

E-Mail: gegen-extremismus@stmi.bayern.de

Webseite: <http://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de>

Bayerisches Landeskriminalamt

Infostand des Sachgebietes 513 - „Prävention“ des Bayerischen Landeskriminalamtes zur Polizeilichen Kriminalprävention in Bayern:

Vorstellung des überarbeiteten bayerischen Ordners für das Programm „Prävention im Team - PIT“. Der neue „PIT-Ordner“ enthält detaillierte Unterrichtsbausteine für Lehrer und Polizeibeamte/-innen zu den Themenbereichen Sucht, Eigentum, Gewalt und Neue Medien (mit Begleitmaterialien).

Vorstellung des in den Schulen Bayerns in der dritten Jahrgangsstufe eingesetzten „Lexi-Hausaufgabenheftes mit Begleitheft für Lehrer/-innen und Eltern“.

Vorstellung der „Sicherheitstechnischen Prävention“ (Einbruchschutz) beim Sachgebiet „Prävention“ des Bayerischen Landeskriminalamtes.

Kontakt:

Bayerisches Landeskriminalamt, SG „Prävention“

Maillingerstr. 15

80636 München

Tel.: 089/1212-1513

Fax.: 089/1212-30-6513

E-Mail: blka.sg513@polizei.bayern.de

Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

In Bayern werden in 36 Justizvollzugsanstalten rund 12.500 Gefangene sicher untergebracht und betreut. Für die Gefangenen steht ein umfassendes Behandlungsangebot zur Verfügung, um sie auf ein straffreies Leben nach der Entlassung vorzubereiten. Es beinhaltet insbesondere schulische und berufliche Bildung, Arbeit, psychologische und sozialpädagogische Maßnahmen, seelsorgerische Betreuung und Freizeitgestaltung. Art und Umfang der Behandlung orientieren sich an den für die Tat ursächlichen Defiziten der Gefangenen. Das Behandlungsangebot soll vorgestellt werden.

Ferner wird das forensische Nachsorgeangebot der bayerischen Justiz für Sexualstraftäter präsentiert. In München, Nürnberg und Würzburg sind durch Freie Träger drei psychotherapeutische Fachambulanzen errichtet worden, in denen aktuell ca. 200 Sexualstraftäter betreut werden. Darüber hinaus wird das Konzept RUBIKON der Bewährungshilfe München I vorgestellt. Junge Mehrfach- und Intensivtäter mit einer Bewährungsstrafe und großem Hilfebedarf werden seit Februar 2010 zu Beginn der Bewährungszeit von vier spezialisierten Bewährungshelfern in einer Kombination hochfrequenter, nachgehender Einzelhilfe und bedarfsorientierter Gruppen- und Projektarbeit besonders engmaschig betreut. Schließlich werden die ersten praktischen Erfahrungen der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in der Führungsaufsicht dargestellt.

Kontakt:

Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Prielmayerstraße 7, 80335 München

Tel.: 089-55972553

Fax.: 0889-55971811

E-Mail: Heinz-Peter.Mair@stmjv.bayern.de

Webseite: <http://www.justiz.bayern.de/ministerium/>

Beauftragte der Polizei für Frauen und Kinder in Bayern (BPFK)

Die BPFK gibt es seit 1987 bei allen Polizeipräsidien in Bayern. Als Ansprechpartnerinnen für Kriminalitätsoffer informieren und unterstützen sie insbesondere in den Bereichen häusliche und sexuelle Gewalt sowie bei Stalking. Dabei klären sie über den Ablauf eines Strafverfahrens und über Opferrechte auf, erläutern polizeiliche Maßnahmen und Möglichkeiten, geben Verhaltenstipps zur Vorbeugung und weisen auf Beratungsstellen und Hilfeeinrichtungen hin. Bei Bedarf stellen sie den Kontakt zur zuständigen Polizeidienststelle her.

Kontakt:

Beauftragte der Polizei für Frauen und Kinder in Bayern
(BPFK)

Maillingerstr. 15

80636 München

Tel.: 089-12124151

E-Mail: bernd.sedlmair@polizei.bayern.de

BOB-Initiativen in Deutschland

Die deutschen BOB-Initiativen aus den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Thüringen und Saarland präsentieren an einem Gemeinschaftsstand ihr Präventionsprojekt BOB.

Wer oder was ist BOB? BOB übernimmt Verantwortung für Andere - BOB trinkt als Fahrer|in keinen Alkohol - BOB fährt die Freundel|innen sicher nach Hause. Dabei wird in besonderer Weise reflektiert auf den der BOB-Botschaft immanenten sozialen Kern „Verantwortung übernehmen“ und „etwas für Freunde tun“.

Erkennungszeichen von BOB ist ein gelber Schlüsselanhänger mit BOB-Schriftzug. BOB ist damit Botschaft und Personifizierung der Botschaft in Einem. BOB kann jeder sein, egal ob Mann oder Frau, ob jung oder alt. BOB soll zwar grundsätzlich alle Verkehrsteilnehmer ansprechen, richtet sich aber wegen deren überproportional hoher Verursacher- und Opferrate primär an Jugendliche und Heranwachsende.

An dem Gemeinschaftsstand können sich die Besucher aus erster Hand über Inhalt, Ziele und Umsetzung der ursprünglich aus Belgien stammenden BOB-Idee informieren. Neben den Gemeinsamkeiten werden aber auch die individuellen Umsetzungsmöglichkeiten der BOB-Idee vorgestellt sowie Aktionsmedien und BOB-Equipment der deutschen BOB-Initiativen gezeigt.

Interessierten an dem Projekt BOB wird am Stand die Möglichkeit geboten, sich an Ort und Stelle für das geschützte Portal „Deutsches BOB-Netzwerk (BOB.net)“ anzumelden.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln
Hanspeter-Hellenthal-Str. 68
66386 St. Ingbert
Tel.: 0681 501-3845
E-Mail: g.doerr@lph.saarland.de
Webseite: <http://www.aktion-bob.com>

Brücke München

Die BRÜCKE MÜNCHEN ist eine Institution der Jugendhilfe, die Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz in Verbindung mit dem Kinder- und Jugendhilfegesetz durchführt. Sie bietet Jugendlichen und Heranwachsenden im Sinne der sog. Ambulanten Maßnahmen Alternativen zu den herkömmlichen Sanktionen wie Bußgeld, Arrest, Jugendstrafvollzug.

Der gemeinnützige Verein BRÜCKE e.V. ist als freier Träger der Jugendhilfe in München zuständig für die Organisation und Durchführung Jugendrichterlicher Weisungen (Arbeits-, Gesprächs-, Betreuungsweisungen, soziale Gruppenarbeit, Schul-OWi-Projekt M.O.V.E) sowie für die Konfliktschlichtung/Mediation im Rahmen des sog. Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) nach §§ 45 und 47 JGG und seit Anfang 1997 auch nach § 46 a StGB (TOA für Erwachsene). Seit 1998 führt die BRÜCKE ein Projekt zur „Konfliktbehandlung an Schulen“ (KBS) durch und seit 2001 das „Projekt Graffiti München“ (ProGraM).

Kontakt:

BRÜCKE MÜNCHEN

Einsteinstr. 92

81675 München

Tel.: 089-41946812

Fax.: 089-41946811

E-Mail: haupt@bruecke-muenchen.deWebseite: <http://www.bruecke-muenchen.de>

Buchhandlung Büchergilde

Büchergilde - schöne Bücher seit über 85 Jahren

Die Büchergilde verkörpert Tradition und Fortschritt im Geiste Gutenbergs. Seit ihrer Gründung 1924 verlegt sie ein engagiertes und anspruchsvolles Programm: klassische und zeitgenössische Autoren von Rang, sie greift zeitkritische und gesellschaftsrelevante Sachthemen auf und fördert mit der Pflege des illustrierten Buches moderne Typographie und Buchkunst. Die besonders ausgestatteten Bücher, Originalgrafiken, eine Auswahl an Musik-CDs und DVDs finden sich im Laden der Büchergilde in der Innenstadt. Als kleine inhabergeführte Buchhandlung bieten wir Kunstausstellungen, Lesungen und Büchertische an. Sie finden hier eine fachkundige Beratung und einen persönlichen Service.

Eine Buchhandlung ist ein Tor zur Welt des Denkens, durch sie wird Bildung greifbar.

Kontakt:

Buchhandlung Büchergilde

Staulinie 16/17

26122 Oldenburg

Tel.: 0441 25327

E-Mail: buechergilde.oldenburg@web.de

Webseite: www.buechergilde-oldenburg.de

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) ist seit 2008 Herausgeber einer erfolgreichen Broschürenreihe mit dem Namen „Kripo-Tipps“. Gemeinsam mit dem Verleger, der Informations- und Verlagsgesellschaft mbH, informiert der BDK mit den „Kripo-Tipps“ die BürgerInnen zu verschiedenen Themen der Kriminalprävention. Die Broschüren werden zumeist durch regionale Anzeigen finanziert und damit BürgerInnen in der Region kostenlos zur Verfügung gestellt.

Bisher sind 6 Broschüren mit den Titeln „Drogen und Sucht“, „Schutz vor Einbruch und Diebstahl“, „Sichere Kindheit“, „Jugendgewalt“, „Sicherheit für Senioren“ und „Internet aber sicher“ erschienen.

Kontakt:

Bund Deutscher Kriminalbeamter
Poststraße 4-5
10178 Berlin
Tel.: 030-24630450
Fax.: 030-246304529
E-Mail: Thorsten.Beck@bdk.de
Webseite: <http://bdk.de>

Bundesamt für Justiz

Härteleistungen des Bundes für Opfer extremistischer Übergriffe:

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung stellen jährlich Finanzmittel bereit, mit denen Opfern extremistischer Übergriffe eine Härteleistung als Soforthilfe zugesprochen werden kann. Diese Härteleistung kann den Opfern in vielen Fällen kurzfristig und ohne die Hürden eines Zivilverfahrens Erleichterung verschaffen. Sie ist Ausdruck der Solidarität der Gemeinschaft aller mit den Opfern und Ausdruck der gesellschaftlichen Ächtung solcher Taten. Zuständig für die Entscheidung über die Gewährung von Härteleistungen ist das Bundesamt für Justiz in Bonn.

Am Infostand des Bundesamtes erhalten Sie Informationen über Möglichkeiten und Voraussetzungen der Antragstellung, Antragsformulare, Merkblätter und Informationsbroschüren. Zielgruppe sind alle Stellen, die als Informationsträger und -verteiler für das Opfer bei der Antragstellung behilflich sein können. Hierzu gehören Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Opferberatungsstellen, Opferverbände, Integrations-, Migrations- sowie Präventionseinrichtungen, aber auch Sozialdienste, Rettungs- und Hilfsdienste, Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen.

Kontakt:

Bundesamt für Justiz
Adenauerallee 99-103
53113 Bonn

E-Mail: helia-verena.daubach@bfj.bund.de

Webseite: <http://www.bundesjustizamt.de>

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fördert Projekte und Maßnahmen zur Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer in ihr Wohnumfeld und präsentiert am Infostand seine vielfältigen Aufgaben im Bereich der Integrationsförderung und insbesondere Projekte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention.

Kontakt:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210

90461 Nürnberg

Tel.: 0911 943 6714

Fax.: 0911 943 6699

E-Mail: svend.clausen@bamf.bund.de

Webseite: <http://www.bamf.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe (BAG-S) e.V. ist eine Fachorganisation, die die Hilfen für straffällig gewordene Menschen zu verbessern und erweitern sucht sowie überverbandliche Interessen der Straffälligenhilfe auf Bundesebene vertritt. Die BAG-S wurde 1990 gegründet und hat ihren Sitz in Bonn.

Sie stellt einen Zusammenschluss der Wohlfahrtsverbände (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Deutscher Caritasverband, Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden) und des Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (DBH) e. V. dar. Die Arbeit der BAG-S wird ermöglicht durch die Förderung der Bundesregierung und die Beiträge ihrer Mitgliedsverbände.

Kontakt:

BAG-S e.V. Bonn

Oppelner Straße 130

53119 Bonn

Tel.: 0228-9663593

Fax.: 0228-9663585

E-Mail: info@bag-s.de

Webseite: <http://www.bag-s.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt (BAG TäHG e.V.) ist ein interinstitutioneller, interkultureller Dachverband für Täterarbeitseinrichtungen Häuslicher Gewalt in Deutschland, die mit Tätern und Opfern Häuslicher Gewalt arbeiten, Opferschutz leisten und gewaltpräventiv wirken.

Unsere Mitgliedsorganisationen (MO) arbeiten in interinstitutionellen Kooperationsbündnissen gegen Häusliche Gewalt mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten, Opferschutzeinrichtungen, Bewährungshilfe, Jugendämtern und Beratungsstellen zusammen.

Unsere Ziele sind:

- Kommunikation und Erfahrungsaustausch der MO zu fördern
- Standards zur Täterarbeit HG in Absprache mit den lokalen Kooperationsbündnissen und der BAG TäHG e.V. weiterzuentwickeln & umzusetzen,
- MO in der Weiterentwicklung und Umsetzung der Tä-HG auf lokaler und bundesweiter Ebene zu unterstützen,
- Vernetzung, Kommunikation und Kooperation der interinstitutionellen Arbeit gegen Häusliche Gewalt auf Bundesebene voranzutreiben,
- Öffentlichkeitsarbeit auf Bundes- und Landesebene zu leisten,
- Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung der Tä-HG zu fördern.

Die MO haben sich den Standards verpflichtet, entspr. Qualitätssicherungsmaßnahmen umgesetzt und veröffentlichen jährlich Evaluationen und Statistiken zu ihrer Arbeit.

Ermöglicht und unterstützt wurde die bisherige Vernetzung und die Entwicklung der Standards vom BMFSFJ

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.

Nordring 15c

76829 Landau

E-Mail: info@bag-taeterarbeit.de

Webseite: <http://www.bag-taeterarbeit.de>

Bundesministerium der Justiz / Bundesamt für Justiz

Auf dem Info-Stand der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Kriminalprävention“ des Bundes (IMA) liegt kostenloses Informationsmaterial zur Mitnahme aus.

Angeboten werden Unterlagen aus kriminalpräventiven Bereichen und Forschungsberichte des Bundesministeriums der Justiz sowie allgemeines Material zur Arbeit der Bundesressorts.

Die IMA wurde 1996 auf Initiative des Bundesministeriums der Justiz in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern gegründet.

Der Informationsstand auf dem 17. DPT wird vom Bundesministerium der Justiz zusammen mit dem Bundesamt für Justiz betreut.

Kontakt:

Bundesministerium der Justiz/Bundesamt für Justiz
Adenauerallee 99 - 103

53113 Bonn

E-Mail: dieter.wedekind@bfj.bund.de

Webseite: <http://www.bundesjustizamt.de>

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Sicherheit ist die Basis für ein freies Leben und ein wichtiger Faktor für unseren Wohlstand in Deutschland. Durch den modernen Fortschritt wandeln sich die Herausforderungen an die Sicherheit jedoch permanent. Wenn wir auch in Zukunft die individuelle Freiheit, die Unversehrtheit aller Bürgerinnen und Bürger und lebenswichtige staatliche und wirtschaftliche Infrastrukturen wirksam schützen wollen, müssen wir nach neuen Wegen und Lösungen suchen. Es gilt, aufbauend auf den Erfolgen des ersten nationalen Forschungsprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“, die Stärken der zivilen Sicherheitsforschung für die Entwicklung innovativer Lösungen zu nutzen und dazu beizutragen, eine ausgewogene Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu bewahren.

Das neue Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ der Bundesregierung wurde am 25.01.2012 in Berlin vorgestellt und hat eine Laufzeit von sechs Jahren mit einem Finanzvolumen von ca. 330 Millionen Euro insgesamt. Geplant ist die Umsetzung von zwei bis drei themenbezogenen Förderbekanntmachungen pro Jahr, zu denen interdisziplinäre Forschungsverbunde aufgerufen sind, Projektskizzen einzureichen. Für das Jahr 2012 sind unter anderem Bekanntmachungen zu den Themengebieten der urbanen Sicherheit, der organisierten Kriminalität und der maritimen Sicherheit geplant.

Kontakt:

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Heinemannstr. 2

53175 Bonn

Telefon: +49 (22899) 573225

E-Mail: Heidemarie.Stuehrmann@bmbf.bund.de

Webseite: <http://www.sifo.de>

Bundespolizei

„Vorsicht Taschendiebe!“ und „Schulwegbegleiter - mehr Sicherheit im Schülerverkehr mit der Bahn.“

Taschen- und Handgepäckdiebstahl beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erheblich. Oftmals schafft der sorglose Umgang mit Geldbörsen, Taschen und Gepäck günstige Tatgelegenheiten für die Taschendiebe nach dem Motto „Gelegenheit macht Diebe!“

Taschendiebe agieren meistens hochprofessionell. Wir zeigen Ihnen eindrucksvoll die gängigen Tricks der Taschendiebe und wie Sie sich vor diesen Tätern schützen können. Die Bundespolizei arbeitet eng mit ausländischen Polizeien gegen diese Täter zusammen.

Im Handlungsfeld Bahnverkehrssicherheit spielen die Schulwegbegleiterprojekte eine herausragende Rolle für die Sicherheit im ÖPNV. Hierbei handelt es sich um regionale Netzwerkaktivitäten, an denen die Bundespolizei beteiligt ist. Ausgewählte Schülerinnen und Schüler sorgen nach einer Einweisung durch verschiedene Präventionsträger für mehr Sicherheit im Bahnverkehr. Wir stellen Ihnen ausgewählte Schulwegbegleiterprojekte vor.

Kontakt:

Bundespolizeipräsidium Potsdam
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Tel.: 0331-97997-0
E-Mail: bpolp@polizei.bund.de
Webseite: www.bundespolizei.de

Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

Mit dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ fördert das Bundesministerium des Innern (BMI) Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland. In der Förderung befinden sich 103 Projekte. Darunter die Landessportbünde, THW, Feuerwehren, AWO und zahlreiche Kommunen der Neuen Bundesländer.

Kontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Friedrichstrasse 50

10117 Berlin

Tel.: 030-254504441

E-Mail: registstelle@bpb.de

Webseite: <http://www.zusammenhalt-durch-Teilhabe.de>

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) hat nach dem Jugendschutzgesetz (JuSchG) den gesetzlichen Auftrag, auf Antrag bzw. auf Anregung über die Jugendgefährdung eines Mediums zu entscheiden. Jährlich kommen weit mehr als tausend Medien auf den „Index“, d.h. sie dürfen Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden.

Die Bundesprüfstelle hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, Eltern und Erziehende mit Informationen bei der Medienerziehung zu unterstützen sowie die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

Services der BPjM:

- Servicetelefon zur Medienerziehung und zum Jugendmedienschutz: Tel. 0228 376631
- Wegweiser Jugendmedienschutz: Dieser Wegweiser gibt - angeordnet nach Medienarten - einen Überblick über die Aufgaben und Tätigkeiten der verschiedenen Jugendmedienschutzinstitutionen.
- „Jugendmedienschutz: Medienerziehung ist der medienpädagogische Schwerpunkt des Internetauftritts der BPjM www.bundespruefstelle.de.
- Dieser enthält Tipps zur Medienerziehung, Informationen zu strittigen Medieninhalten und Hinweise zu allen Medien, die von Fachleuten für Kinder und Jugendliche empfohlen werden.
- Publikationen der BPjM zum Jugendmedienschutz, strittigen Medieninhalten und empfehlenswerten Medien.

Mit diesem Angebot will die Bundesprüfstelle Eltern stärken, ihre Kinder zu einer verantwortungsbewussten Mediennutzung zu erziehen.

Kontakt:

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Rochusstr. 10

53123 Bonn

Tel.: 0228-9621030

Fax.: 0228-379014

E-Mail: walter.staufe@bpjm.bund.de

Webseite: <http://www.bundespruefstelle.de>

Bundesverwaltungsamt

Das Bundesverwaltungsamt wird gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) durch einen Informationsstand über zwei Programme des Europäischen Sozialfonds informieren.

In Zusammenarbeit mit dem BMAS sollen die Programme „XENOS Integration und Vielfalt“ sowie das XENOS - Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ vorgestellt werden.

Die Neuauflage des Programms „XENOS - Integration und Vielfalt“ ist als gemeinde- und länderübergreifendes gesamtstaatliches Programm konzipiert. In diesem Programm werden die unterschiedlichen Aktivitäten der einzelnen Ebenen gebündelt, um Handlungsansätze zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Verbindung mit dem Arbeitsmarkt zu entwickeln, zu vertiefen und nachhaltig zu verankern.

Das XENOS - Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ unterstützt den Ausstieg Jugendlicher aus dem Rechtsextremismus. Gefördert werden Projekte, die neue Ideen entwickeln, wie der Ausstieg aus der rechten Szene mit dem Einstieg in Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung flankiert werden kann.

Kontakt:

Bundesverwaltungsamt

Eupener Str. 125

50933 Köln

Tel.: 022899-358-4125

Fax.: 022899-358-2801

E-Mail: ralf.ticheloven@bva.bund.de

Webseite: <http://www.bundesverwaltungsamt.de>

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Auf dem Informationsstand der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) werden die Materialien der BZgA zur Suchtprävention präsentiert. Vorrangige Ziele der BZgA-Kampagnen zur Suchtprävention sind: Vermeidung und/oder Hinauszögerung des Einstiegs in den Konsum legaler und illegaler Suchtmittel, Früherkennung und -intervention bei riskantem Konsumverhalten, Verringerung von Missbrauch und Abhängigkeit. Eine besondere Zielgruppe stellen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dar.

Themenschwerpunkte sind Alkoholprävention, Tabakprävention sowie Prävention des Konsums illegaler Suchtmittel. Daneben ist die Prävention von Verhaltenssüchten - wie Glücksspielsucht und so genannte Onlinesucht - ein wichtiges Arbeitsgebiet der BZgA.

Die Kampagnen der BZgA in der Suchtprävention:

- „Kinder stark machen“ (Primärprävention/Lebenskompetenzförderung, www.kinder-stark-machen.de)
- „Alkohol? Kenn dein Limit.“ (Alkoholprävention, www.bist-du-staerker-als-alkohol.de, www.kenn-dein-limit.info, www.kenn-dein-limit.de)
- „rauchfrei“ (Tabakprävention, www.rauch-frei.info, www.rauchfrei-info.de)
- „drugcom“ (Prävention des illegalen Drogenkonsums, www.drugcom.de)
- „Spielen mit Verantwortung“ (Glücksspielprävention, www.spielen-mit-verantwortung.de, www.check-dein-spiel.de)
- „Ins Netz gehen“ (Prävention von pathologischer Computer- und Internetnutzung, www.ins-netz-gehen.de)

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
Ostmerheimer Str. 220
51109 Köln
Tel.: 0221-89920
Fax.: 0221-8992300
E-Mail: poststelle@bzga.de
Webseite: <http://www.bzga.de>

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb stärkt die Demokratie und fördert die Zivilgesellschaft.

Die Prävention und Verhinderung von Gewalt ist in diesem Zusammenhang gleichermaßen Aufgabe der politischen Bildungsarbeit.

Im Rahmen des 17. Deutschen Präventionstages stellt die bpb Publikationen, Aktionen und Onlineangebote aus Ihrem Programm zum Thema Gewaltprävention vor.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bpb freuen sich auf zahlreiche Besucherinnen und Besucher.

Schauen Sie doch einmal bei uns vorbei, am Stand oder online unter www.bpb.de.

Kontakt:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Tel.: 0228/99515-200

Fax.: 0228/99515-113

E-Mail: kommunikation@bpb.de / daniel.peiffer@bpb.de

Webseite: <http://www.bpb.de>

CASHLESS-MÜNCHEN

CASHLESS-MÜNCHEN - das Präventionsprojekt Jugendschulden widmet sich der Prävention von Verschuldung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Ziel des Projektes ist es, Wissen und Kenntnisse in finanzieller Allgemeinbildung zu vermitteln und persönliche Kompetenzen zu erweitern. Die Förderung einer verantwortlichen selbständigen Finanzplanung steht im Mittelpunkt der Präventionsmaßnahmen.

In methodisch jugendgerecht aufbereiteter Form werden die Themen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen erarbeitet, die erste Verschuldungsrisiken bergen.

Wir bieten an:

- Durchführung von Veranstaltungen in Einrichtungen der schulischen oder beruflichen Bildung sowie in außerschulischen Jugendeinrichtungen zu den Themen: Handy, Haushaltsplanung, Verschuldungsrisiken, erster eigener Haushalt oder Auto, kritische Lebensereignisse und Schulden, Werbung und Konsum, etc.
- Durchführung von Projekttagen und mehrtägigen Veranstaltungen
- Film-, Theater-, Gender-, MigrantInnenprojekte rund um das Thema
- Veranstaltungen in Kooperationen mit Freizeiteinrichtungen
- Hilfestellung bei der Gestaltung und Durchführung von eigenen Präventionsveranstaltungen
- Weitergabe von geeigneten jugendgerechten Informationsmaterialien

CASHLESS-MÜNCHEN ist ein Projekt von Anderwerk GmbH, AWO M group, DGB Region München, KJR München Stadt und wird gefördert vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München.

Kontakt:

CASHLESS-MÜNCHEN

Paul-Heyse-Strasse 22, 80336 München

Tel.: 089/514106-983

Fax.: 089/514106996

E-Mail: info@cashless-muenchen.de

Webseite: <http://www.cashless-muenchen.de>

Cellebrite GmbH

Mobilfunk-Forensik als unterstützende Maßnahme in der Verbrechensprävention!

Cellebrite zeigt Möglichkeiten der Mobilfunk-Forensik als erfolgreiches Element im Resozialisierungsprozess auf. Handys sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Auch wenn Mobiltelefone in vielen Gefängnissen verboten sind, so ist der Schmuggel von Handys doch an der Tagesordnung. Aufgefundene Geräte enthalten meist keine Daten mehr, da diese bereits vom Besitzer gelöscht wurden. Cellebrite bietet mit seiner Handy-Forensik-Lösung UFED jetzt eine zuverlässige Methode zur Wiederherstellung von gelöschten SMS, Anruflisten, Bildern, usw. Einfach und schnell in der Anwendung erhalten Vollzugsbeamte so umfassende Informationen.

Bereits jetzt wird das Cellebrite UFED erfolgreich im Maßregelvollzug, zur Erfolgskontrolle angewandter Therapien eingesetzt, um den Prozess abgestufter Vollzugslockerungen bis hin zum Freigang überprüfbar zu machen.

Auch in der Jugendkultur dient das Handy zur Koordination des Tagesablaufs, zur Selbstinszenierung und als permanente Verbindung zum Freundeskreis. Bei der Aufklärung von „Happy Slapping“ Delikten leistet UFED ebenfalls ganze Arbeit.

Cellebrite wurde 1999 von einem Team erfahrener Spezialisten für Telekommunikation und Mobiltelefone gegründet und ist ein renommiertes und für seine bahnbrechende Mobilfunktechnologie international bekanntes Unternehmen.

Kontakt:

Cellebrite GmbH
Vattmannstrasse 1
33100 Paderborn
Tel.: 05251-546490
Fax.: 05251-5464949
E-Mail: peterw@cellebrite.com
Webseite: www.cellebrite.com

CePT - Centre de Prévention des Toxicomanies

Das nationale Suchtpräventionszentrum Luxemburg (CePT - Centre de Prévention des Toxicomanies) stellt zwei Projekte vor:

a) „Kein Alkohol unter 16 Jahre - wir halten uns dran!“ - Kampagne für Erwachsene

Im Kontext der gesunden Entwicklung der Kinder und Jugendlichen richtet sich die landesweite Kampagne an alle Erwachsenen und sensibilisiert für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol. Mit dieser Maßnahme der universellen Suchtprävention soll eine höhere Bereitschaft erreicht werden, die Botschaft in vielfältigen gesellschaftlichen Bereichen konkret im Alltagshandeln z.B. bei Festveranstaltungen in der Gemeinde umzusetzen.

b) „Auf der Suche nach dem Glück“ - Interregionales Suchtpräventionsprojekt

Im Rahmen der länderübergreifenden Kooperation der MONDORFER GRUPPE arbeitet das CePT mit Institutionen aus dem grenznahen Raum zusammen. Über fast 20 Jahre hat sich eine vertrauensvolle Basis entwickelt, die neben dem fachlichen Austausch eine Vielzahl von Massnahmen zur indizierten Suchtprävention ermöglich(t)en, insbesondere Jugendprojekte und Multiplikatoren-Fortbildungen. Das Projekt „Auf der Suche nach dem Glück“ wurde mit Methoden der Theater- und Musikpädagogik umgesetzt. Neben weiteren kulturpädagogischen Ansätzen (z.B. Clown-/ Zauberpädagogik) werden auch Methoden aus den Bereichen der Abenteuer-/ Erlebnis- sowie der Natur- und Wildnispädagogik genutzt.

Kontakt:

CePT - Centre de Prévention des Toxicomanies

8-10 rue de la Fonderie

L-1531 Luxembourg

Tel.: ++352-497777-1

Fax.: ++352-408993

E-Mail: rcarius@cept.lu

Webseite: <http://www.cept.lu>

contour e.V.

Wir sind ein Zusammenschluss von Expertinnen und Experten für die genderorientierte Krisen-, Konflikt- und Gewaltberatung. Unsere Arbeit mit Tätern und Täterinnen basiert auf den Grundlagen der Gewaltberatung nach dem Hamburger Modell.

Mit einer wertschätzenden und respektvollen Grundhaltung, bringen wir als Berater/innen den Gewalttätern/innen für ihre Lebens-, Krisen- und Konfliktsituationen Akzeptanz, Verständnis und Empathie entgegen. Wir konfrontieren sie jedoch mit ihrem grenzverletzenden und gewalttätigen Verhalten. Wir lehnen ihre Taten ab, ohne sie selbst abzulehnen.

Diese wertschätzende Grundhaltung, gepaart mit der Kombination aus Parteilichkeit und Konfrontation, ermöglicht erst bei der Klientin, dem Klienten eine nachhaltige Veränderung zu gewaltfreiem, respektvollem Verhalten und klarer, eindeutiger aber wertschätzender Grenzsetzung.

Unsere Erfahrungen von mehr als 25 Jahren erfolgreicher Beratungsarbeit in den bundesweit verbreiteten Praxen, Beratungsstellen und in zahlreichen Jugendhilfeeinrichtungen, sowie die ständige Weiterentwicklung unseres Beratungsansatzes und ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess garantieren hohe Kompetenz mit hohen Qualitätsstandards.

Entsprechend unserer Qualifikationen und Fähigkeiten vermitteln wir Ihnen Angebote über Vorträge, Seminare, Fortbildungen und Supervisionen, sowie Beratungen und Trainings für Ihre Klienten/innen.

Kontakt:

contour e.V.

Lessingstraße 37

38440 Wolfsburg

E-Mail: info@contour-ag.de

Webseite: <http://www.contour-ag.de>

DB Regio AG, S-Bahn München

Die S-Bahn München stellt ihr DB Schülerbegleiterprogramm vor. Das Programm wird von der S-Bahn München, der Bundespolizeiinspektion München und den beteiligten Schulen gemeinsam getragen.

Schirmherr des Programms ist der bayerische Wirtschafts- und Verkehrsminister Herr Staatsminister Martin Zeil.

Hierbei werden ältere Schüler ab der 8. Klasse zu ehrenamtlichen DB Schülerbegleitern ausgebildet. Nach dem Motto „Überzeugen statt Petzen“ sprechen die DB Schülerbegleiter mit Schülern, die sich auf dem Schulweg als S-Bahn-Nutzer falsch verhalten und versuchen, sie zu einer Verhaltensänderung zu bewegen. Die vorangehende Ausbildung legt daher neben S-Bahn- und Rechtsthemen vor allem viel Wert auf das Thema Kommunikation. Die Tätigkeit der DB Schülerbegleiter ist rein ehrenamtlich und freiwillig, die Schüler haben keinen „Eingriffszwang“, sondern entscheiden nach Einschätzung der jeweiligen Situation selbst, ob sie tätig werden oder nicht. Dabei steht die Vermeidung von Selbstgefährdung an erster Stelle. Für die Bereinigung gefährlicher Situationen sind immer noch die Bundespolizei und die S-Bahn-Wache der DB Sicherheit GmbH zuständig und nicht die DB Schülerbegleiter. Diese handeln übrigens auch stets im Team und nicht einzeln.

Beteiligt am Programm sind neben der Hauptschule Ebersberg Realschulen und Gymnasien aus den München umgebenden S-Bahn-Landkreisen.

Kontakt:

DB Regio AG, S-Bahn München

Orleansplatz 9a

81667 München

Tel.: 089-13087706

Fax.: 089-13087727

E-Mail: Tilo.Stock@deutschebahn.com

Webseite: <http://www.s-bahn-muenchen.de>

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik

Der DBH-Fachverband ist ein bundesweit und international tätiger Fachverband. In ihm sind Verbände und Vereinigungen mit insgesamt 10.000 Mitgliedern aus der Straffälligen-, Bewährungs- und Opferhilfe zusammengeschlossen. DBH vertritt den Ansatz der humanen Strafrechtspflege und hat u.a. dazu beigetragen, Bewährungshilfe und Gerichtshilfe in das deutsche Strafrecht einzubinden.

Der DBH-Fachverband

- ördert die Praxis und Reform einer rechtsstaatlichen, sozialen Strafrechtspflege,
- leistet einen Beitrag zur Kriminalprävention,
- arbeitet an der Beseitigung und Minderung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgeproblemen von Kriminalität,
- unterstützt die Wiedereingliederung von Strafgefangenen und
- setzt sich für Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) ein.

DBH-Fachverband ist Initiator und Träger von Modellversuchen und Projekten zur Erprobung und Realisierung Erfolg versprechender Weiterentwicklungen, daraus haben sich die folgenden Projekte und Einrichtungen entwickelt:

- Aus- und Weiterbildung durch das DBH-Bildungswerk,
- Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (TOA),
- Ehrenamtliche Mitarbeit im Strafvollzug - Projekt LOTSE,
- Übergangsmangement zwischen Strafvollzug und Nachsorge,
- Zeitschrift BEWÄHRUNGSHILFE: Soziales, Strafrecht, Kriminalpolitik.

Präsident: Prof. Dr. Heinz Cornel

Bundesgeschäftsführer: Peter Reckling

Kontakt:

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht
und Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064, 50858 Köln

Tel.: 0221-94865120

Fax.: 0221-94865121

E-Mail: kontakt@dbh-online.de

Webseite: <http://www.dbh-online.de>

Deutsche Bahn AG

Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention

Die Bahn ist sicherer als viele andere öffentliche Räume und das nicht ohne Grund: Täglich sind rund 3.700 Sicherheitskräfte im Dienst der DB unterwegs und jährlich investiert die DB rund 160 Millionen in die Sicherheit, Tendenz steigend.

Aufgabe unserer Securityorganisation ist es, unsere Kunden, Mitarbeiter und Güter noch besser zu schützen und die Kriminalitätsrate weiter zu senken damit sich unsere Mitarbeiter und Kunden noch sicherer fühlen. Dabei spielt die Präsenz von Sicherheitskräften, der Einsatz von Sicherheitstechnik und die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Polizeien eine große Rolle.

Ein weiterer wesentlicher Baustein unseres Sicherheitskonzeptes ist die Präventionsarbeit, insbesondere in Hinblick auf Kinder und Jugendliche. Denn Straftaten vorzubeugen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Deutsche Bahn geht hier mit gutem Beispiel voran. In Kooperation mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) und der Freien Universität Berlin (FU) soll das Programm „fairplayer“ bundesweit etabliert werden. Es richtet sich speziell an Jugendliche und ist Teil eines entwicklungsorientierten Präventionsprogramms. Ziel ist die Förderung sozialer Kompetenzen und Zivilcourage in Schulen um Gewalt und Vandalismus nachhaltig zu reduzieren.

Kontakt:

Deutsche Bahn AG

Potsdamer Platz 2

10785 Berlin

Tel.: 030-29761465

Fax.: 030-29761905

E-Mail: manfred.m.renner@deutschebahn.com

Webseite: <http://www.deutschebahn.com>

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Sport ist die Freizeitbeschäftigung in unserem Land. Spiel, Spaß und Freude, Erfolge und Misserfolge, Sieg und Niederlage, Vorbilder, Werte, Disziplin und Regeln werden hier täglich gelebt und transportiert. Sport hat einen herausragenden Stellenwert in unserer Gesellschaft. Fast ein viertel der Deutschen Bevölkerung, d.h. 27,6 Mio. Menschen, davon über 10,0 Mio. Kinder, Jugendliche und junge Menschen bis 26 Jahren sind in über 91.000 Sportvereinen organisiert.

Wo soviele Menschen zusammen kommen, sind leider auch die Schattenseiten unserer Gesellschaft zu finden. Themenfelder wie Rechtsextremismus, Fremdenhass, Diskriminierung, Gewalt, sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen, Homophobie und Mobbing erfordern Zivilcourage des Einzelnen im organisierten Sportsystem.

Zur Unterstützung bietet der Dachverband des Kinder- und Jugendsports in Deutschland, die Deutsche Sportjugend, mit ihren 80 Mitgliedsorganisationen im Auftrag des Deutschen Olympischen Sportbunds, hierzu präventive Konzepte, Schulungen und Arbeitshilfen für die verschiedenen Zielgruppen wie Trainerinnen und Trainer, Übungsleiter/-innen und Jugendleiter/-innen sowie u.a. Pädagogen/-innen aus dem breit gefächerten Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe an.

Am dsj-Infostand finden Sie eine breite Palette an Fachpublikationen und audiovisuellen Medien zu den vorgenannten Themenblöcken, die Sie direkt für Ihre Arbeit vor Ort mitnehmen können.

MEHR WISSEN! Stärken Sie Ihre Kompetenz in der Kinder- und Jugendarbeit im Sport!

Kontakt:

Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e.V. (dsj)

Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt am Main

Tel.: 069 67 00 287

Fax.: 069 67 02 691

E-Mail: info@dsj.de

Webseite: www.dsj.de

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ) ist Deutschlands Fachverband für die Jugendkriminalrechtspflege. Sie fördert die interdisziplinäre Zusammenarbeit der am Jugendstrafverfahren beteiligten Professionen und fungiert als unabhängiges Beratungsorgan für kriminalpolitische und praxisnahe Fragestellungen. Der Verband hat rund 1.800 Mitglieder aus allen Berufsgruppen, die am Jugendstrafverfahren beteiligt sind oder sich wissenschaftlich mit Jugenddelinquenz und Jugendkriminalrechtspflege befassen. Die größten Berufsgruppen - Jugendhilfe im Strafverfahren, Justiz und Anwaltschaft, Ambulante Maßnahmen, Polizei - sind in Bundesarbeitsgemeinschaften organisiert.

Mit der Veranstaltung von Fachtagungen und Fortbildungen bietet die DVJJ Gelegenheiten für Vernetzung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch. Alle drei Jahre richtet der Verband den Deutschen Jugendgerichtstag aus, die zentrale Tagung für alle mit Jugendkriminalrecht befassten Berufsgruppen.

Die DVJJ gibt die vierteljährlich erscheinende „Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe“, die einzige interdisziplinäre Fachzeitschrift zum Jugendstrafrecht und zur Arbeit mit straffällig gewordenen jungen Menschen heraus. In der Reihe Arbeitshilfen für die Praxis und in der Schriftenreihe der DVJJ erscheinen Monografien und Sammelbände zu wichtigen Fragen der Jugenddelinquenz.

Kontakt:

Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und
Jugendgerichtshilfen e.V. (DVJJ)

Lützerodestraße 9

30161 Hannover

Tel.: 0511-3483640

E-Mail: bals@dvjj.de

Webseite: <http://www.dvjj.de>

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.

Der Deutsche Ju-Jutsu Verband e.V. (DJJV) erbringt durch seine Arbeit einen unverwechselbaren Beitrag zur Erfüllung des menschlichen Grundbedürfnisses nach Sicherheit und Unversehrtheit. Der DJJV, seine Landesverbände und Sportvereine übernehmen Verantwortung für das Wohl der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen.

Die Verbandsarbeit ist von Respekt, Wertschätzung und Vertrauen geprägt. Dazu gehört auch der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung, Gefährdung, sexualisierter Gewalt und Missbrauch. Die Ju-Jutsu Jugend im Deutschen Ju-Jutsu Verband stellt sich bereits seit Jahren der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe für sexualisierte Gewalt und Missbrauch zu sensibilisieren. Dazu gehört sowohl Präventionsarbeit als auch Handlungskonzepte im Krisenfall. Dies erfordert vernetztes Arbeiten und Zusammenwirken aller Ebenen innerhalb des Verbandes und mit allen relevanten Behörden, Institutionen und Organisationen. Den besonderen Stellenwert, den dieses Thema innerhalb der Arbeit im DJJV hat, drückt sich im Besonderen durch das bundesweit einheitliche Kurskonzept „Nicht mit Mir“ aus. Dies umfasst den Themenkomplex GewaltPrävention, Selbstbehauptung und SelbstVerteidigung.

Am Info-Stand werden die Arbeitsmaterialien des Kurssystems ausgestellt und Informationen zur Multiplikatoren Ausbildung gegeben.

Kontakt:

Deutscher Ju-Jutsu Verband e.V.
Badstubenvorstadt 12/13
06712 Zeitz
Tel.: 03441310041
Fax.: 03441227706
E-Mail: mueller-lemgo@gmx.de
Webseite: <http://www.djvv.net>

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

Der Deutsche Kinderschutzbund Bundesverband e.V. setzt sich als Lobbyorganisation schwerpunktmäßig für den Schutz von Kindern vor Gewalt, gegen Kinderarmut und für die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland ein. Mit vielfältigen Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfsangeboten im Bereich Gewaltprävention in unseren über 430 Orts- und Kreisverbänden sind wir für Kinder und Familien da.

Mit dem Infostand auf dem 17. Deutschen Präventionstag möchten wir Interessierte auf unsere Arbeit im Bereich Gewaltprävention sowie besonders auf unser neues Begleitmaterial „Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ aufmerksam machen. Damit helfen wir im Rahmen unseres Elternbildungsprogramms Starke Eltern Starke Kinder® Eltern, psychischen Problemen ihrer Kinder vorzubeugen und fördern das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

Schöneberger Str. 15

10963 Berlin

E-Mail: suwelack@dksb.de

Webseite: <http://www.dksb.de>

Deutsches Forum für Kriminalprävention

Das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) wurde 2001 auf Initiative der Innenministerkonferenz als gemeinnützige Stiftung von Bund und Ländern gegründet. Ziel des Forums ist es, der Entstehung von Risiken für abweichendes Verhalten zuvorzukommen, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zugebieten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Die Stiftung sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Ihr Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.

Das DFK versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure. Das DFK setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein und möchte dazu beitragen, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Kontakt:

Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Graurheindorfer Straße 198

53117 Bonn

Tel.: 0228 99681 3190

Fax.: 0228 99681 53190

E-Mail: dfk@bmi.bund.de

Webseite: www.kriminalpraevention.de

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist das größte sozialwissenschaftliche Institut für Forschung und Entwicklung in Deutschland in den Themenbereichen Kindheit, Jugend, Familie und den darauf bezogenen Politik- und Praxisbereichen.

Als außeruniversitäres Institut an der Schnittstelle zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, föderalen Ebenen, Akteursgruppen, Politikbereichen und Fachpraxen bietet das DJI verwertbare Erkenntnisse aus der empirischen Forschung, zeitnahe Beratung der Politik sowie wissenschaftliche Begleitung und Anregung der Fachpraxis. Zugleich fungiert das DJI als Vermittlungsinstanz zwischen Wissenschaft, Politik und Fachpraxis.

Der institutionelle Etat wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und zu einem kleineren Teil von den Bundesländern finanziert. Im Rahmen der Projektförderung kommen weitere Zuwendungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie u.a von Stiftungen, der Europäischen Kommission und von Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Das Deutsche Jugendinstitut hat seinen Sitz in München und eine Außenstelle in Halle (Saale).

Das DJI übernimmt die Geschäftsführungen für die Sachverständigenkommissionen zur Erstellung der Kinder- und Jugendberichte und wirkt bei der nationalen Bildungsberichterstattung mit.

Kontakt:

Deutsches Jugendinstitut e.V.

Nockherstr. 2

81541 München

Tel.: 089-62306244

Fax.: 089-62306162

E-Mail: weber@dji.de

Webseite: www.dji.de

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) bietet den Akteuren der Sicherheitsarbeit in den deutschen Städten die Möglichkeit zur Zusammenarbeit. Das Forum will daran mitwirken, die öffentliche Sicherheit in den Städten und Gemeinden zu verbessern, insbesondere auf dem Gebiet der kommunalen Kriminalprävention, der Verbrechensbekämpfung und der Verkehrssicherheit. Die Förderung eines gesellschaftlichen Klimas, das der Kriminalprävention einen hohen Stellenwert einräumt, ist ebenso ein Anliegen wie die Förderung der Vernetzung von Behörden, Körperschaften und Organisationen, zu deren Aufgaben und Zielen die Verbesserung der urbanen Sicherheit und des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger gehören. Weiter will das Forum als Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch in Sicherheitsfragen dienen.

DEFUS wurde während des 15. Deutschen Präventionstages am 10. Mai 2010 in Berlin als nationaler Zusammenschluss deutscher Mitglieder des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS) gegründet. Inzwischen profitieren elf deutsche Mitgliedsstädte bzw. -organisationen von dem Netzwerk der ältesten aus Vertretern von mehr als 300 europäischen Städten bestehenden Nichtregierungsorganisation im Bereich der urbanen Sicherheit. In den Vorstand wurden die Städte Stuttgart und München gewählt. Die DEFUS-Geschäftsstelle befindet sich in Hannover.

Kontakt:

Deutsch-Europäisches Forum für Urbane Sicherheit e.V.
(DEFUS)

Am Waterlooplatz 5a, 30169 Hannover

Tel.: 0511-1205262

Fax.: 0511-120995262

E-Mail: defus@defus.org

Webseite: <http://www.defus.org>

Die Kinderschutz-Zentren

Die Kinderschutz-Zentren sind der Zusammenschluss der 26 Kinderschutz-Zentren in Deutschland. Ziel und Aufgabe der Kinderschutz-Zentren ist es, Gewalt gegen Kinder, Kindesmisshandlung, Kindesvernachlässigung und sexuellen Missbrauch abzubauen, zu verhindern bzw. vorzubeugen. Die Kinderschutz-Zentren organisieren bundesweite Fachkongresse zu kinderschutzrelevanten Themen und initiieren verschiedene Projekte.

Der Stand soll als Kooperation der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V. und des Kinderschutz-Zentrums München die deutschlandweite Präventionsarbeit der Kinderschutz-Zentren vorstellen. Wie gehen die einzelnen Kinderschutz-Zentren in Deutschland mit dem Thema Prävention um und wie werden theoretische Ansätze im Einzelnen in die Praxis umgesetzt.

Kontakt:

Die Kinderschutz-Zentren

Bonner Str. 145

50968 Köln

Tel.: 0221-569753

Fax.: 0221-5697550

E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

Webseite: <http://www.kinderschutz-zentren.org>

Dominik-Brunner-Stiftung

Die Dominik-Brunner-Stiftung soll dazu beitragen, dass die Gesellschaft sich nicht durch Brutalität und Gewalt entmutigen lässt. Sie soll ein Zeichen setzen, dass in unserer Gesellschaft nicht Gleichgültigkeit, sondern Menschlichkeit, Bürgersinn und Zivilcourage als zentrale Werte gestärkt werden.

Die Stiftung verfolgt drei primäre Ziele, die durch entsprechende Einzelmaßnahmen erreicht werden sollen:

1. Anerkennung und Hilfe für Vorbilder mit Zivilcourage

Die Stiftung hilft Menschen und deren Angehörigen, die wegen ihres zivilcouragierten Handelns in Not geraten sind. Zudem würdigt die Stiftung besonders zivilcouragierte Personen für ihr Handeln auf ihrer Homepage und durch öffentliche Ehrungen, um deren Vorbildfunktion zu unterstreichen wie z. B. in der Allianz-Arena durch Uli Hoeneß.

2. Aufklärung und Sensibilisierung

Die Unterstützung der Kriminalprävention durch z. B. Zivilcourage-Schulungen, Aufklärungsbroschüren oder Plakate. Ziel der Stiftung ist eine Stärkung des Bewusstseins für die Notwendigkeit von Zivilcourage für unser Gemeinwohl.

3. Gewaltprävention

Um jungen Menschen wirkungsvolle Alternativen zum Einsatz von Gewalt aufzuzeigen, unterstützt die Stiftung sinnvolle Projekte von Trägern und Einzelpersonen zur Gewaltprävention, z. B. in der Kinder- und Jugendarbeit im schulischen oder außerschulischen Bereich.

Kontakt:

Dominik-Brunner-Stiftung

Hauptstraße 106

84088 Neufahrn i. NB

Tel.: 08773-18118

Fax.: 08773-18266

E-Mail: info@dominik-brunner-stiftung.de

Webseite: <http://www.dominik-brunner-stiftung.de>

Drogenhilfe Schwaben gGmbH

Information über die einzelnen Projekte des Jugendbereichs KLEE der Drogenhilfe Schwaben:

- Projekt FreD - Frühintervention bei erstaußälligen Drogenkonsumenten
- Projekt FriedA - Frühintervention bei erstaußälligen Alkoholkonsumenten
- Projekt www. - Inforamtion und Beratung zum Thema Internetsucht
- Projekt SuPrA - dreigliedriges Suchtpräventionskonzept an Augsburgischer Schulen
- Jugendberatungsstelle INCA - Information und Beratung für Jugendliche zum Thema Sucht

Kontakt:

Drogenhilfe Schwaben gGmbH

Jesuitengasse 9

86152 Augsburg

E-Mail: melanie.meckl@drogenhilfeschwaben.de

Webseite: <http://www.drogenhilfeschwaben.de>

EJF gemeinnützige AG

Die EJF gemeinnützige AG ist Träger von sozialen Einrichtungen und Diensten für Menschen aller Altersgruppen, die eine besondere persönliche und soziale Zuwendung und Begleitung suchen.

Aufbauend auf eine mehr als 100-jährige Geschichte vereint die EJF gemeinnützige AG Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, der Behindertenhilfe, Altenhilfe und Hospizarbeit, der Aus- und Fortbildung sowie Hotels und Tagungsstätten unter einem Dach.

Ein Schwerpunkt in der Kinder- und Jugendhilfe besteht in der Betreuung delinquenter und verhaltensauffälliger junger Menschen, im Rahmen intensivtherapeutischer Wohngruppen mit der Möglichkeit freiheitsentziehender Maßnahmen, von Einrichtungen zur Vermeidung der Untersuchungshaft für Jugendliche in Berlin, Thüringen, Brandenburg und Bayern und von ambulanten Maßnahmen nach dem JGG. Über die Vielzahl der Angebote können sich die Besucher am Stand informieren.

Kontakt:

EJF gemeinnützige AG
Königsberger Straße 28
12207 Berlin
Tel.: 030-768840
Fax.: 030-76884200
E-Mail: info@ejf.de
Webseite: <http://www.ejf.de>

European Forum for Urban Security (EFUS)

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) ist ein Zusammenschluss von 300 europäischen Städten und Regionen, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention arbeiten. 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründet, ist das Forum die älteste internationale Nichtregierungsorganisation, die sich mit dem Thema urbane Sicherheit/Kriminalprävention beschäftigt und für seine Expertise bei der EU, beim Europarat und bei den Vereinten Nationen anerkannt.

Heute hat es Mitglieder in 18 Ländern Europas, die untereinander und mit internationalen Experten Erfahrungen und Fachwissen auszutauschen, und die gemeinsam im Rahmen europäischer Kooperationsprojekte ihre Arbeit in den verschiedenen Bereichen der urbanen Sicherheit voranbringen.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit arbeitet im gesamten Spektrum der urbanen Sicherheit. EFUS bindet seine Mitglieder in ein europäisches Netzwerk ein, informiert zu aktuellen Entwicklungen, vertritt seine Mitglieder auf europäischer Ebene, unterstützt sie bei der Optimierung ihrer Politiken, bietet Seminare und europäische Projekte an, und verbessert den Zugang zu EU-Fördermitteln.

Das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) bietet deutschen Efus Mitgliedern eine weitere, bundesweite Arbeitsebene.

Mehr Informationen zu EFUS erhalten Sie am Infostand oder unter www.efus.eu.

Kontakt:

European Forum for Urban Security (EFUS)

10 rue des Montioeufs

75020 Paris

Tel.: +33 1 40 64 49 00

E-Mail: sperber@efus.eu

Webseite: www.efus.eu

Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe bietet einen Überblick über aktuelle Entwicklungen innerhalb der Kinder- und Jugendhilfelandchaft auf Bundes- und Länderebene. Eine Verknüpfung des redaktionellen Angebots mit den Service-Datenbanken des Portals liefert passgenaue Kontextinformationen zum jeweils aufgerufenen Inhalt und eröffnet damit umfassende Informationsmöglichkeiten.

Intelligente Recherchefunktionen ermöglichen einen zielgenauen Zugriff auf Informationen und Materialien zum eigenen Arbeitsbereich.

Social-Media-Verknüpfungen und eine Kommentarfunktion unterstützen Fachkräfte dabei, sich nicht nur zu informieren, sondern auch in einen fachlichen Austausch miteinander zu treten.

Das Fachkräfteportal bietet Institutionen und Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe die Möglichkeit, eine breite Fachöffentlichkeit auf eigene Inhalte und Angebote aufmerksam zu machen. Zahlreiche Partner tragen zur inhaltlichen Ausgestaltung des Portals bei.

Das Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe ist ein Gemeinschaftsprojekt der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe AGJ und IJAB Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland. Es wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden gefördert.

Kontakt:

IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Godesberger Allee 142-148

53175 Bonn

Tel.: 0228-9506-116

E-Mail: starzinger@ijab.de

Webseite: <http://www.jugendhilfeportal.de>

fairplayer e.V.

Der gemeinnützige Verein fairplayer e.V. setzt sich für soziales Engagement und Zivilcourage ein und fördert die Entwicklung nachhaltiger Strategien zur Förderung sozialer Kompetenzen im Kindes- und Jugendalter.

Kontakt:

fairplayer e.V.

Konsul-Smidt-Str. 8 f

28217 Bremen

E-Mail: herbert.scheithauer@fairplayer.de

Webseite: <http://www.fairplayer.de>

Förderverein „Geheimsache Igel“ e.V.

Förderverein „Geheimsache Igel“ e.V.

World Infancia gem. UG

Im Rahmen der Gruppen- und Klassenarbeit in den Kindergärten, Horten und Grundschulen sollen die Kinder ihre soziale Umwelt besser verstehen lernen und sich in ihr besser zurecht finden: Vorurteile, Ängste und Hemmungen abbauen.

Sie sollen Fähigkeiten entfalten können, zu einer verfeinerten Wahrnehmung gelangen und zwischenmenschliche Verhaltensprozesse besser erfassen und verstehen.

Ziel ist es auch, das die Kinder lernen ihre Bedürfnisse festzustellen und diese dann anderen gegenüber klar zu vermitteln und Grenzen zu setzen. Ebenso soll ihnen bewusst werden, die Bedürfnisse anderer und deren Grenzsetzungen zu respektieren.

Die Kinder sollen durch das Präventionsprojekt „Geheimsache Igel“ zu selbstständigem, aktiven Handeln angeregt werden und ihr Selbstbewusstsein stärken.

Kontakt:

Förderverein „Geheimsache Igel“ e. V.

Friedenstraße 10

81671 München

Tel.: 0176-29 40 19 82

E-Mail: info@geheimsacheigel.de

Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.

Gewaltfrei Lernen - die bewegungsreiche Konfliktschulung
Menschen lernen am besten in Bewegung! Darauf basiert die Gewaltfrei Lernen Konfliktschulung, die Schülern, Eltern, Lehrern und Betreuern den Umgang mit den alltäglichen Konflikten unter Kindern und Jugendlichen erleichtert. Dabei wendet sich Gewaltfrei Lernen mit unterschiedlichen Bausteinen an alle am Bildungsprozess Beteiligten.

Das Konzept setzt sowohl in den Schülerkursen wie auch in Fortbildungen für Lehrer und Betreuer auf bewegungsreiche Unterrichtseinheiten. Durch spezifische Spiele und Übungen verbessern Schüler ihre Teamfähigkeit, Selbstbehauptung und Sprachfertigkeiten. Sie lernen, die häufigsten Konflikte ohne jegliche Form der Gewaltanwendung zu lösen - körperlich gewandt und wortstark! Auch Eltern werden in Ihrer Erziehung mit zahlreichen Tipps unterstützt.

Der gemeinnützige Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V., der die gewaltpräventive Gewaltfrei Lernen Konfliktschulung an Schulen in ganz Deutschland organisiert und möglichst vielen Schulen eine Teilnahme finanziell ermöglichen möchte, wird in diesem Anliegen von zahlreichen Stiftungen und Spendenorganisationen, von Service Clubs wie Rotary, Inner Wheel und Lions Clubs sowie von zahlreichen Unternehmen unterstützt.

Kontakt:

Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.

Jordeweg 10

50259 Pulheim

Tel.: 02238-838879

Fax.: 02238-839377

E-Mail: info@gewaltfreilernen.de

Webseite: <http://www.gewaltfreilernen.de>

Freikirche der Siebenten-Tags- Adventisten K.d.ö.R.

Enditnow

„Sag nein zur Gewalt gegen Frauen“

www.enditnow.de

ist eine Aktion der Freikirche und ADRA Deutschland e.V.

Kontakt:

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R.

Senefelderstr. 15

73760 Ostfildern

Tel.: 0711-448190

Fax.: 0711-4481960

E-Mail: ingrid.naumann@adventisten.de

Webseite: <http://www.sta-frauen.de>

Galli Theater e.V.

Das Galli Theater München betreut diesen Stand mit dem Theaterleiter Michael Wenk und der Schauspielerin Helena George.

Das Galli Präventionstheater bietet mit seinen interaktiven Theaterstücken und begleitenden Workshops Antworten auf gesellschaftliche Fragestellungen. In Zusammenarbeit mit wichtigen Institutionen und Fachgremien entstanden in den letzten 20 Jahren mehrfach preisgekrönte Präventionstheaterstücke, die durch ihre begleitende Vor- und Nachbereitung pädagogisch wertvolle Arbeit leisten. Wir beraten Sie gerne welches der Theaterstücke zu Ihrer Zielsetzung passt und kreieren mit Ihnen ein passendes Projekt für Ihre Schule, Kindergarten, Institution...

Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

Zentrale: praevention@galli.de / München: m.wenk@galli.de

Einige Beispiele:

Im Auftrag:

- der UNO: „Rothäppchen“ gegen Drogenmissbrauch
- von Gesundheitskassen: „Adi und Posi“ für gesunde Ernährung und Bewegung
- des Oberschulamtes Freiburg: „Der Goldene Schlüssel“ zur allgemeinen Suchtprävention
- der Hänsel und Gretel Stiftung, Karlsruhe: „Ach Hänsel, oh Hänsel“ gegen Missbrauch
- diverser Umweltbehörden, ALBA, ESWE, BSR: „Der Müllvollberg“ zur Müllvermeidung & Recycling
- Gesundheitskassen: „Krasser Stoff“ zur Gewaltprävention und Förderung der Zivilcourage
- des Bundesministeriums für Gesundheit: „Rauchfrei“ zur Prävention
- Die andere Seite“ zur Bearbeitung von Amok und Gewalt

Kontakt:

Galli Theater e.V.

Behringstraße 26-28, 1.OG

22765 Hamburg

Tel.: 040-28002925

E-Mail: h.ohnesorge@galli.de

Webseite: <http://www.galli.de>

GdP Gewerkschaft der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei - eine für Alle

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) organisiert mehr als 170.000 Polizeibeschäftigte - Beamte und Tarifbeschäftigte - und ist damit die mit Abstand größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich. Zu den vielfältigen Berufssparten in der Polizei, die von ihr vertreten werden, gehören die Polizistinnen der Schutz-, Kriminal-, Wasserschutz- und Bereitschaftspolizei, des Bundes und die Vollzugsbeamten des Zolls, die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten in den Polizeidienststellen, den Fotolabors, den Kriminaltechnischen Instituten, als Fremdsprachenkorrespondenten aber auch als Kraftfahrzeugmechaniker, in den Waffenwerkstätten, den Bekleidungskammern in den Küchen u. v. m.

Das große Ansehen der GdP in der Gesellschaft resultiert u. a. aus ihrer Fähigkeit, sicherheitsrelevante Entwicklungen schneller als andere prognostizieren zu können. Sie ist Ansprechpartnerin der unterschiedlichsten polizeilichen und politischen Gruppen, so dass sie auf negative Entwicklungen wie Zunahme der Gewaltkriminalität, die Bedrohung durch terroristische Aktivitäten oder die Steigerung der Internetkriminalität nicht nur aktuell reagieren, sondern auch präventiv davor warnen und tätig werden kann. Dem Präventionsgedanken fühlt sich die GdP seit jeher verpflichtet, nicht zuletzt deshalb ist sie Mitglied des "Deutsches Forum für Kriminalprävention" (DFK). Insofern sieht die GdP es auch als selbstverständlich an, auf dem Deutschen Präventionstag präsent zu sein.

Kontakt:

GdP-Bundesvorstand, Abt. Recht und Kriminalpolitik
Stromstrasse 4

10555 Berlin

Tel.: 030-3 999 21 124

E-Mail: sascha.braun@gdp-online.de

gegen-missbrauch e. V.

gegen - missbrauch e.V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u. a. zum Ziel gesetzt aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen - missbrauch e.V. will das Schweigen brechen, denn 320.000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320.000 zu viele.

Kontakt:

gegen-missbrauch e. V.

Am Menzelberg 10

37077 Göttingen

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz

In der gesamten Bundesrepublik setzen sich täglich Tausende, meist ehrenamtlich tätige Bürgerbündnisse, Initiativen, Vereine, Aktionsgemeinschaften und Einzelpersonen im Großen wie im Kleinen für eine demokratische und tolerante Gesellschaft ein. Eine starke und aktive Zivilgesellschaft ist eine der tragenden Säulen jeder Demokratie.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz Gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) wurde im Jahr 2000 von den Bundesministerien für Inneres und Justiz gegründet, um der Zivilgesellschaft in Deutschland einen starken Partner zur Seite zu stellen. Als zentraler Ansprechpartner sind wir für die Zivilgesellschaft da, unterstützen durch Kooperationen, führen öffentlichkeitswirksame Wettbewerbe, Auszeichnungen und Veranstaltungen durch und vernetzen zivilgesellschaftliche Akteure untereinander, um Kompetenzen zu stärken. Als Impulsgeber gehen wir gezielt auf einzelne Akteure zu um Themenbereiche, in denen ein besonderer zivilgesellschaftlicher Handlungsbedarf besteht, ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Nicht zuletzt fungieren wir durch den Beirat des BfDT, in dem u.a. Bundestagsabgeordnete aller Parteien vertreten sind, als Mittler zwischen Politik und Zivilgesellschaft und bringen die Themen und Bedürfnisse der Zivilgesellschaft auf die tagespolitische Agenda.

Kontakt:

Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie und Toleranz
Friedrichstr. 50
10117 Berlin
Tel.: 030-254504466
Fax.: 030-254504478
E-Mail: buendnis@bpb.bund.de
Webseite: www.buendnis-toleranz.de

Gewalt Akademie Villigst

Selbstverständnis

In der Gewalt Akademie Villigst geht es darum, Methodenrepertoires, Thematisierungswege und konstruktive Konfliktlösungen zu entwickeln, zu erproben und zu realisieren, damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene selber herausfinden können, was gut oder schlecht für sie ist, und damit sie auf Gewalt und Rassismus als scheinbare Lösungsmittel nicht zurückgreifen müssen.

Die Mitglieder der Gewalt Akademie Villigst entwickeln Konzeptionen auf der Basis der Erfahrungen in der täglichen Konfliktbearbeitungs- und Deeskalationsarbeit. Die Gewalt Akademie Villigst übernimmt hierbei Mitverantwortung für die Qualitätsentwicklung und -sicherung der Arbeit von Villigster Deeskalationstrainer/innen.

Ihr Ziel ist es, im Respekt vor dem Gewaltmonopol des Staates, Wege der aktiven Gewaltlosigkeit zu entwickeln, zu beschreiten und zu verstetigen, auf jede Rechtfertigung von Gewalt und Rassismus zu verzichten und den Transfer in die Alltagswelt zu realisieren. Die Mitglieder der Gewalt Akademie Villigst haben sich dazu verpflichtet, aktive Gewaltlosigkeit als handlungsleitendes Prinzip in ihrem eigenen Alltag und in ihrer beruflichen Praxis andauernd zu reflektieren und zu praktizieren.

Die Gewalt Akademie Villigst bietet

- berufsbegleitend die Ausbildung zu Gewaltdeeskalationstrainern,
- Seminare, Workshops und Fachtagungen zur Gewaltprävention und -deeskalation.

Kontakt:

Gewalt Akademie Villigst

Haus Villigst, Iserlohner Str. 25

58239 Schwerte

Tel.: 02304-755190

E-Mail: d.frohloff@afj-ekvw.de

Webseite: <http://www.gewaltakademie.de>

Glen Mills Akademie Deutschland e. V.

Die Glen Mills Akademie umfasst mittlerweile auf kriminologischer Grundlage verschiedenste Bereiche der konkreten Arbeit mit jungen Menschen, aber speziell auch darüber hinaus:

- Soziostrukturelle Risiko- und Schutzfaktoranalysen
- Entwicklung geeigneter individueller und intensiver Interventionen
- Gasteltern und (Job-)Coaching-Angebote
- Wirksame Präventionsprogramme im Rahmen der restaurativen Justiz / internationale Wirkungsforschung / Bedeutung für Deutschland
- Fort- und Weiterbildungsangebote
- Organisation und Durchführung internat. Fachbegegnungen
- Stationäre Interventionsprogramme mit Auslandsanteil auf der Grundlage einer umfassenden Analyse:
- Schulprogramm Glen Mills Schools (USA) (männl. Jgdl. 1418 Jahre u. jg. Vollj.). Das 4er-Pack Intensiv-Normenlernen, schul. u. berufl. Intensivförderung, konstruktive Freizeit hat sich im 13. Jahr seines Bestehens als guter Schutz gegen Risikofaktoren weiteren Abgleitens erwiesen. Die Mehrheit der häufig als unerreichbar angesehenen Teilnehmer hat in vielen Bereichen ein auf Können beruhendes Selbstwertgefühl und damit die Eintrittskarte für anschließende reguläre oder durch die Arbeitsagentur geförderte Berufsausbildungen und weiterführende Schulen erwerben können
- Im Einzelfall mit spezifischem Interventionsauftrag/Rahmenprogramm (männl. u. weibl. Jugendl. v. 1418 u. junge Vollj.)
- Boystown Highschool (USA)
- Gastelternaufenthalt Namibia

Kontakt:

Glen Mills Akademie Deutschland e. V.
Gerichtsstr. 1a
32312 Lübbecke
Tel.: 05741-809007
Fax.: 05741-809008
E-Mail: guder@glenmillsaca.de
Webseite: <http://www.glenmillsaca.de>

Grußbox des Regionalsenders München TV

münchen.tv ist der Metropolsender für München und Oberbayern. Egal ob in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik oder Sport wenn in der Isarmetropole etwas passiert, ist münchen.tv vor Ort. Nachrichten, Boulevard, Talkformate und Magazine mit Lokalkolorit zeichnen das 24-Stunden-Programm des Senders aus, der via Kabel, Satellit, DVB-T und Entertain erreichbar ist. Mit Livestream und Mediathek ist münchen.tv auch im Internet sowie in sozialen Netzwerken aktiv.

In der wöchentlichen Sendung „110 DAS POLIZEIMAGAZIN“ (dienstags, 18:45 & 22:45 Uhr) berichtet Polizeireporter Markus Haiß über die Sicherheitskräfte der Landeshauptstadt, von den einzelnen Polizeiinspektionen der Stadt über die Spezialeinheiten des Bayerischen Landeskriminalamtes bis hin zu Zoll und Bundespolizei.

Auf dem Deutschen Präventionstag ist münchen.tv nicht nur mit einem Kamerateam vor Ort, sondern auch mit einer sogenannten „Grußbox“. Hier können Besucher und Aussteller Grüße von der Messe senden, vor allem aber ihre persönlichen Präventionstipps geben, die dann im laufenden Programm des Senders ausgestrahlt werden.

Damit wird das Thema Prävention über den Präventionstag hinaus transportiert.

Kontakt:

München Live TV Fernsehen GmbH & Co. KG. (münchen.tv)

Marcel-Breuer-Straße 18-20

80807 München

Tel.: 089412007700

Fax.: 089412007707

E-Mail: info@muenchen-tv.de

Webseite: www.muenchen-tv.de

hand in gAG / Work and Box Company

Wie stellen Sie sich dem Leben?

Viele Jugendliche werden den Anforderungen nicht mehr gerecht.

Wir helfen mit Projekten, die diesen Jugendlichen einen Platz geben, sie für den Arbeitsmarkt fit machen und Straftaten reduzieren.

Machen Sie mit bei unseren Quiz und gewinnen Sie T-Shirts und DVDs!

Lernen Sie mehr über die Kampagne „Mach was draus - in jeder Eigenheit steckt eine Stärke“.

Schaffen Sie mit uns Perspektiven für Jugendliche, die keine Musterschüler sind, aber viel zu geben haben!

HAND IN bietet ein dreistufiges Präventionsprogramm an, das seit 2003 große Erfolge erzielt: Aus der frühzeitigen Arbeit mit SchülerInnen in den Projekten „Frieden an den Schulen“ und „Boxen gegen Gewalt“ berichten Projektleiter und Teilnehmer live am Stand. Die nächste Stufe ist die „Work and Box Company“, die straffällige Schulabbrecher über eine spezielle Box-, Beziehungs- und Familienarbeit sowie erste Arbeitseinsätze in der hauseigenen Schreinerei zu 80% in Arbeit und Ausbildung vermittelt. Diejenigen, die bereits in Haft waren oder noch sind, bekommen bald im neuen Projekt „Perspektive“ Hilfe beim Übergang ins zivile Leben. Dazu gehört das Finden von Arbeit, die Wiederaufnahme sozialer Beziehungen und die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit.

Kontakt:

HAND IN gAG / Work and Box Company

Bergstraße 14

882024 Taufkirchen

E-Mail: j.zenkel@hand-in.de

Webseite: <http://www.hand-in.de>

Haus des Jugendrechts Stuttgart

Als „Mutter der Häuser des Jugendrechts“ in Deutschland blicken wir nunmehr auf über 12 Jahre der vernetzten Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt als „Behörden-WG“ unter einem Dach - unter enger Anbindung des Amtsgerichtes - zurück.

Im Fokus unseres bundesweit erfolgreichen Konzeptes steht die Bekämpfung und Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität-/delinquenz mit dem Ziel einer sofortigen Reaktion auf normwidriges Verhalten - Sanktion folgt auf dem Fuß - und dem Angebot von umfassenden Jugendhilfemaßnahmen.

Zuständig für zwei Stadtbezirke mit ca. 74.000 Einw. arbeiten wir „face to face“. Der Betreffende kennt seinen Polizeibeamten, seine Jugendstaatsanwältin, seine Jugendhelferin im Strafverfahren, seine Richterin und umgekehrt. Wo der junge Mensch wohnt, in seinem Umfeld, vor Ort, wird ermittelt, angeklagt, Hilfe geleistet und verhandelt.

Einheitliche Zuständigkeiten, feste Ansprechpartner und paralleles, vernetztes, abgestimmtes und zeitnahes Handeln schaffen Transparenz auch gegenüber Opfern und Tätern. Ein individueller Maßanzug in der momentanen Lebenssituation des jungen Menschen kann geschneidert werden.

Enge, regelmäßige Kontakte mit den Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen sowie die Teilnahme an der Gremienarbeit fördern die Präventionsarbeit und führen zu zielgerichteten Projektentwicklungen.

Kontakt:

Haus des Jugendrechts

Krefelder Straße 11

70376 Stuttgart

Tel.: 0711/8990-5600

E-Mail: rainer.rudat@polizei.bwl.de

Heidelberger Präventionszentrum

Das Heidelberger Präventionszentrum (HPZ) ist ein privates Institut, das Präventionsprogramme, Fortbildungen und Seminare für Lehr-, Erziehungs-, (therapeutische und pädagogische) Fach-, Führungskräfte und Eltern entwickelt und durchführt. Der inhaltliche Fokus unserer Programme liegt auf der Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen und der Prävention von aggressivem Verhalten von Kindern und Jugendlichen.

Das HPZ wurde in erster Linie als das professionelle „Dach“ für die Implementierung der Faustlos-Curricula gegründet. Die Fortbildungsangebote zu Faustlos wurden jedoch bald erweitert um flankierende Maßnahmen (z.B. HPZ-Elternseminare), die Kieselsschule (ein Programm zur nonverbalen und musikalischen Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen), Programme zur primären Prävention von Essstörungen (PriMa, TOPP), spezielle Seminare für Lehr- und Erziehungskräfte, Seminare zur Organisations- und Personalentwicklung und um Klarigo ein Wertbildungsprogramm für Grundschulen.

Kontakt:

Heidelberger Präventionszentrum
Keplerstraße 1
69120 Heidelberg
Tel.: 06221-914422
E-Mail: info@h-p-z.de
Webseite: <http://www.h-p-z.de>

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Präsentation der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat), der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt und der Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige

Die Ausstellung gibt einen Überblick über die Tätigkeit des Landespräventionsrates Hessen und insbesondere einen Einblick in die Arbeit seiner zehn Arbeitsgruppen:

- AG Gewalt und Minderheiten
- AG Gewalt im häuslichen Bereich
- AG Prävention für ältere Menschen
- AG Jugendkriminalität
- AG Ladendiebstahl
- AG Praxisorientierte Erfolgskontrolle
- AG Bekämpfung illegaler Graffiti
- AG Neue Technologien - Neue Wege zur Gewalt?
- AG Vernachlässigung von Kindern
- AG Sport und Prävention

Zudem wird sich die im Februar 2006 im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa eingerichtete Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt präsentieren. Die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle wird zu unterschiedlichen Zeiten zu Gesprächen am Stand zur Verfügung stehen.

Ferner wird Gelegenheit sein, Informationen zur Tätigkeit der „Stiftung Resozialisierungsfonds für Straffällige“ zu erhalten, deren Schwerpunkt im Bereich Schuldenregulierung ehemals Straffälliger - als zentraler Bestandteil der Rückfallprävention - angesiedelt ist.

Kontakt:

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Luisenstr. 13

65185 Wiesbaden

E-Mail: Simone.Elias@hmdj.hessen.de

Webseite: <http://www.landespraeventionsrat.hessen.de>

Indanet AG

Intelligente Systemlösungen für Schutz und Sicherheit kritischer Infrastrukturen.

Kritische Infrastrukturen sind materielle und informationstechnische Einrichtungen, Netze, Dienste und Anlagegüter, deren Störung oder Ausfall gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit, die Sicherheit oder das wirtschaftliche Wohlergehen der Bürger hat. Dazu gehören Verkehrssysteme, Energieversorgung sowie Notfall- und Rettungswesen. Diese Infrastrukturen sind in sich und untereinander stark vernetzt. Sie reagieren äußerst empfindlich auf Störungen. Die Indanet AG hat sich seit ihrer Gründung als Hersteller für Hardware und Software im Jahr 1995 konsequent zu einem anerkannten und unabhängigen IT-Systemhaus entwickelt. Die Zugehörigkeit zur britischen Quadnetics Group seit 2011 bietet nun noch bessere Voraussetzungen für eine zielgerichtete Unternehmensentwicklung.

Schwerpunkt unserer Tätigkeit sind integrierte und prozessorientierte Systemlösungen für kritische Infrastrukturen zum Schutz von Menschen und Anlagen, für Sicherheit und Zuverlässigkeit betrieblicher Abläufe, für effizienzsteigernde Automatisierung von Prozessen.

Indanet trägt mit intelligenten informationstechnischen Systemlösungen dazu bei, dass die Welt etwas sicherer wird.

Die Indanet AG hat gem. ihrer Grundphilosophie „Sorge um die Menschen“ in vielen Projekten mitgewirkt und diese unter dem Gesichtspunkt „Sicherheit um und für die Menschen“ abgeschlossen. Insbesondere dort wo viele Menschen in Bewegung sind, wie z.B. im öffentl. Verkehr, setzt die Indanet AG mit hochkarätiger Technik Akzente bei der Gefahrenvermeidung. Durch exzellente Verbindungen zu zuständigen Behörden darunter Polizei und Ministerien hat sich die Indanet als zuverlässiger Partner empfohlen.

Kontakt:

Indanet AG

Machtlfinger Straße 13, 81379 München

Telefon: 089-74886235

E-Mail: dr.ljubomir.koncar@indanet.de

Webseite: <http://www.indanet.de>

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. (ISL) wurde 1996 als erster bürgerschaftlicher Verein in Baden-Württemberg gegründet und bildet eine der tragenden Säulen der Kriminalprävention im Rems-Murr-Kreis. Der Stand bietet Informationen rund um einen Teil unserer Projekte zur Kriminalprävention.

Einer der Schwerpunkte liegt im Bereich der Jugendkriminalität, aber auch die Zielgruppen Kinder, Heranwachsende, Erwachsene und Senioren werden breit bedient.

Überzeugen Sie sich selbst und holen Sie sich Anregungen und Informationen zur Vereinsgründung, zu Projekten und deren Finanzierung. Darüber hinaus bieten wir die Möglichkeit am Stand unsere Präventionsfilme zu den Themen „Zivilcourage“, „Stalking“ und „Alkohol - vom Genussmittel bis zum Komasaufen“ zu sehen. Die Filme können auch gegen eine geringe Schutzgebühr erworben werden. In der Posterpräsentation werden wir zudem eine umfangreiche Plakatausstellung mit dem Titel „Plakate - gegen Komasaufen“ vorstellen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch an unserem Stand.

Kontakt:

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Alter Postplatz 10

71332 Waiblingen

Tel.: 07151-9816466

Fax.: 07151-9816602

E-Mail: ulrich.blaschke@ISL-RMK.de

Webseite: <http://www.ISL-RMK.de>

Initiative Sicherheit in Schulen e.V.

„Wir machen Schulen sicherer!“ so heißt das Motto der bereits seit knapp anderthalb Jahren bestehenden Initiative Sicherheit in Schulen e.V. Der gemeinnützige Verein hat sich aufgrund erhöhter Sicherheitsrisiken an Schulen, von Mobbing über Bedrohungen bis hin zu Amokläufen und anderen Sicherheitsrisiken, der Aufgabe gestellt, Schulen, andere Bildungseinrichtungen und deren Verantwortliche bei der präventiven Gestaltung eines sicheren Umfeldes sowie bei der Eindämmung der möglichen Folgen dieser Risiken zu unterstützen.

Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Austausch und Wissenstransfer zwischen Nutzern, Experten und Kostenträgern von Schulen. Zudem bieten Partner der Initiative praktische Lösungsmöglichkeiten an, u.a. zu dem stets brisanten Thema technische Krisenprävention Amok.

Die Initiative ist sich bewusst, dass es keine vollkommene Sicherheit und keinen vollständigen Schutz gegen eventuelle Gefährdungslagen gibt. Doch gemeinsam und unterstützend zur alltäglichen Arbeit von Lehrkräften sowie anderweitigem schulischen Personal kann die Initiative Schulen sicherer gestalten und erfolgreich zur Prävention beitragen. Dazu führt der Verein deutschlandweite Informationsveranstaltungen an Schulen durch und führt Gespräche mit Experten wie beispielsweise den Unfallkassen und Landeskriminalämtern.

Kontakt:

Initiative Sicherheit in Schulen e.V.

Unter den Linden 21

10117 Berlin

Tel.: 030-20924049

Fax.: 030-20924200

E-Mail: info@sicherheit-in-schulen.de

Webseite: <http://www.sicherheit-in-schulen.de>

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

The International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) was founded in 1994 and is the sole international organization dedicated exclusively to crime prevention and community safety.

ICPC's mission is to promote safer societies through the promotion and implementation of strategic and evidence-led programmes and initiatives which aim to reduce and prevent offending and victimization and to support international norms and standards (UN Guidelines on the prevention of crime 1995 and 2002).

ICPC aims to achieve this mission in four main ways by:

- Consolidating global knowledge and monitoring international trends on delinquency, crime and prevention;
- Producing knowledge through the development of tools and comparative analysis of specific issues, and the publication of a bi-annual International Report on crime prevention trends and perspectives;
- Promoting the exchange of information through the organization of international colloquiums, conferences, seminars, facilitated workshops and expert meetings;
- Providing technical assistance in the field, and monitoring of and consultation for various projects.

ICPC's members include a range of national, provincial and local governments from across the world, as well as a wide variety of organizations working with issues of crime prevention and community safety.

The German Congress on Crime Prevention is member of ICPC.

Kontakt:

Webseite: www.crime-prevention-intl.org

Jugendamt Dortmund

GRAFFITI DORTMUND

Seit Jahren beschäftigt sich die Jugendgerichtshilfe in Dortmund intensiv mit den Graffitistrafitäten. Wir haben verschiedene Konzepte entwickelt.

Prävention/ Öffentlichkeitsarbeit

Es werden Informationsveranstaltungen an Schulen/ in Freizeitstätten / auf Elternabenden durchgeführt, die über die Konsequenzen illegalen Sprayens aber auch über die Möglichkeiten legaler Betätigung informieren.

Schadenswiedergutmachung

Mit der Staatsanwaltschaft ist vereinbart worden, dass „erwischte und geständige“ Ersttäter nicht angeklagt werden, wenn es dem Jugendamt gelingt eine Schadenswiedergutmachung erfolgreich durchzuführen. Das kann von direktem Säubern der besprayten Flächen bis zur Erarbeitung eines Betrages gehen, der dem Geschädigten überwiesen wird.

Legale Aktionen

In den vergangenen Jahren konnten drei Mauern zum legalen Sprayen freigegeben werden. Durchgeführte „Leinwandaktionen“ beinhalten das Bauen der Leinwände und das anschließende Bemalen. Es wurden verschiedene Gebäude (Schulen/ Freizeitstätten/ private Häuser) als Auftragsarbeit mit den Jugendlichen gestaltet.

Weitere Informationen: www.graffiti-verein-dortmund.de

Kontakt:

Stadt Dortmund

Ostwall 64

44122 Dortmund

Tel.: 0231-5023451

E-Mail: wpatra@stadtdo.de

Webseite: www.stadtdo.de

Jugendschutz aktiv - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesweite Informationstour

„Jugendschutz aktiv“

Im Rahmen der Kampagne „Jugendschutz aktiv“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) informiert eine bundesweite Informationstour Eltern und alle Interessierten leicht verständlich und unterhaltsam über wichtige Alltagsthemen im Zusammenhang mit gesetzlichen Bestimmungen zum Jugendschutz.

Unterstützt wird das Team von örtlichen Fachkräften, die zu lokalen und regionalen Maßnahmen des Jugendschutzes Auskunft geben.

Pressekontakt und weitere Informationen:

www.jugendschutz-aktiv.de

Servicebüro Jugendschutz aktiv

Sylvia Kolbe

presse@jugendschutz-aktiv.de

Tel. 06173 - 32 55 60

Kontakt:

Servicebüro „Jugendschutz aktiv“

Am Auerberg 2

61476 Kronberg

Tel.: 01805-999871

Fax.: 06173-325530

E-Mail: infotour@jugendschutz-aktiv.de

Webseite: <http://jugendschutz-aktiv.de>

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Landespräventionsrat und das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen stellen erstmals gemeinsam verschiedene - auch ressortübergreifende - Projekte der Kriminalprävention vor.

Prävention der Internet- und Computerkriminalität:

Hacking, Skimming, Phishing, Social Engineering, Identitätsdiebstahl und andere aktuelle Gefahren aus dem Netz für Bürger und Wirtschaft werden dargestellt - Anforderungen an eine wirksame Kriminalprävention werden aufgezeigt.

Haus des Jugendrechts:

Das Kölner Haus des Jugendrechts informiert über Beteiligte, Methoden und Erfahrungen aus einem innovativen Kooperationsprojekt.

MABIS.Net:

Bezogen auf die berufliche Reintegration von Strafgefangenen werden das Sonderprogramm MABIS.Net, Weiterungen durch das Modellprojekt INA und Planungen für die Gemeinschaftsinitiative B5 dargestellt.

Ein Blick? Einblick!

Ein Präventions-Projekt mit Gefangenen für gefährdete Jugendliche. Ziel ist, die Realität des Haftalltags mit seinen oft schmerzlichen Konsequenzen spürbar zu machen.

Trotz alledem:

Ein Gruppenangebot zur Drogen-Rückfallprävention in einer Justizvollzugsanstalt. Ziel ist, drogenkonsumierende Strafgefangene für eine abstinente Lebensweise zu gewinnen.

Podknapst:

Jugendliche Straftäter erzählen aus dem Vollzugsalltag über ihr Leben „drinnen“, die Vergangenheit und ihre Zukunftsperspektiven.

Kontakt:

Landespräventionsrat und Justizministerium Nordrhein-Westfalen

Martin-Luther-Platz 40

40212 Düsseldorf

E-Mail: lpr@jm.nrw.de

Webseite: <http://www.justiz.nrw.de/JM/praevention/index.php>

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Die Justizvollzugsanstalt Wiesbaden präsentiert im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa die Aspekte der Sicherheit für die Region und das Land, vor dem Hintergrund: was bedeutet Sicherheit und wie wird sie „produziert“.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden

Holzstraße 29

65197 Wiesbaden

E-Mail: thomas-ernst.dohmen@jva-wiesbaden.justiz.hessen.de

Webseite: <http://www.jva-wiesbaden.justiz.hessen.de>

Katholische Bundes-Arbeitsgemein- schaft Straffälligenhilfe im Deutschen Caritasverband

In der Katholischen Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe haben sich katholische Träger, Dienste und Einrichtungen zusammengeschlossen, die Hilfen für Straffällige, deren Angehörige und Opfer von Straftaten anbieten.

Die KAGS ist eine Facharbeitsgemeinschaft der Straffälligenhilfe innerhalb der verbandlichen Caritas. Sie geht zurück auf die Katholische Reichsarbeitsgemeinschaft für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge, die 1927 gegründet wurde.

Die KAGS will die Ausgrenzung von straffällig gewordenen Menschen vermeiden und ihre Integration in die Gesellschaft fördern. Sie will darüber hinaus Strafe als Reaktion auf ein delinquentes Verhalten zurückdrängen und Formen der Versöhnung zwischen Tätern und Opfern fördern.

Kontakt:

Katholische Bundes-Arbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe
im Deutschen Caritasverband

Karlstrasse 40, 79104 Freiburg

Tel.: 0761-200121

Fax.: 0761-200350

E-Mail: cornelius.wichmann@caritas.de

Webseite: <http://www.kags.de>

Klicksafe

klicksafe (www.klicksafe.de) ist das deutsche Awareness Centre im Safer Internet Programm der Europäischen Union. klicksafe sensibilisiert die breite Öffentlichkeit für das Thema Medienkompetenz im Internet und hat insbesondere die Aufgabe, Kinder, Jugendliche, Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen über Sicherheitsfragen im Internet aufzuklären und ihnen Handlungsoptionen zu vermitteln.

klicksafe wird gemeinsam von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) Rheinland-Pfalz (Koordination) und der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) umgesetzt. Die Initiative ist Teil des Verbundes der deutschen Partner im Safer Internet Centre (www.saferinternet.de). Diesem gehören neben klicksafe die Internet-Hotlines internet-beschwerdestelle.de (durchgeführt von eco und FSM) und jugendschutz.net sowie das Kinder- und Jugendtelefon von Nummer gegen Kummer (Helpline) an.

Kontakt:

klicksafe

Turmstraße 10

67059 Ludwigshafen

Tel.: 0621-5202116

E-Mail: holtz@lmk-online.de

Webseite: <http://www.klicksafe.de>

Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark

Der kommunale Präventionsrat unter Vorsitz des Bürgermeisters stellt Konzepte zur Verhinderung von Kriminalität in Rödermark und koordiniert Programme zur Prävention mit den im Präventionsrat vertretenen Organisationen, Vereinen und kundigem Bürgern. Wir informieren über folgende Projekte anhand von Displays und Broschüren.

1. Bürgernahe Präventionsarbeit mit dem Frühwarnsystem „Ringmaster“ in Rödermark.
2. Präventionsarbeit von Anfang an: Eltern Neugeborener, Krabbelgruppen, Kindergarten und Schule, Willkommenspaket für Neugeborene.
3. „Bürgerumfrage zum Sicherheitsempfinden in Rödermark“ in Zusammenarbeit mit dem Verein Bürger für Sicherheit in Rödermark e.V..
4. Beamte der Polizei Dietzenbach, als Mitglied des Präventionsrat stellen das Gewaltpräventionsprojekt „Taijiquan“ vor. In Kooperation mit der Universität Gießen und einer örtlichen Schule wird die Evaluation für ein Jahr mit einer 8. Klasse durchgeführt.
5. Bürgerengagement für Sicherheit in Rödermark als Ehrenamt.

Kontakt:

Kommunaler Präventionsrat der Stadt Rödermark
Konrad-Adenauer-Str. 4-8
63322 Rödermark
E-Mail: oa18@roedermark.de
Webseite: <http://WWW.roedermark.de>

Koordinierungsstelle Gewaltprävention

Die Koordinierungsstelle Gewaltprävention im Staatlichen Schulamt Weilburg blickt auf mehr als 15 Jahre Präventionsarbeit in Schulen zurück. Sie hat bisher u.a. sechs Modellversuche zur Gewaltprävention sowie ein EU-Projekt zur Verbesserung des Schule-Elternhaus-Verhältnisses durchgeführt und ist mit zahlreichen wissenschaftlich begleiteten Präventionskonzepten in Hessen, Deutschland und Europa hervorgetreten. Im September 2009 hat sie im LinkLutherhand-Verlag das Handbuch „Gewaltfreie Schule - Praxisbausteine der Gewaltprävention für eine handlungsorientierte Schulentwicklung“, Hrsg.: Hartmut Balsler, Walter Hölzer und Carlo Schulz, veröffentlicht. Eine Sonderausgabe des Handbuches ist 2011 erschienen.

Stolz ist die Koordinierungsstelle auf die inzwischen hessenweit geschaltete Trouble-Line (Sorgentelefon) und die AGGAS (AG-Gegen Gewalttäter an Schulen), die in Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis ins Leben gerufen worden sind.

Für die beiden Modellprojekte Trouble-Line und AGGAS hat die Koordinierungsstelle Gewaltprävention den Deutschen Kriminalpräventionspreis 2007 erhalten. Aus der Koordinierungsstelle sind auch der Verein „Verantwortung statt Gewalt e.V.“ und die gleichnamige Bürgerstiftung hervorgegangen. Projekte sollen initiiert werden, die die Verantwortungsbereitschaft von Menschen in den Bereichen Jugend, Kultur und Soziales fördern.

Kontakt:

Koordinierungsstelle Gewaltprävention
Frankfurter Straße 20 - 22
35781 Weilburg
Tel.: 06471 328232
Fax.: 0611 327 670723
E-Mail: walter.hoelzer@wlb.ssa.hessen.de
Webseite: <http://www.verantwortung.de>

Kreispolizeibehörde Gütersloh

Gütersloher Projekt „Einsatzort Schule“

2009 wurde von der Polizei, der Feuerwehr und der Gebäudewirtschaft des Kreises Gütersloh ein Orientierungssystem für Einsatz- und Rettungskräfte an Schulen entwickelt. Das Projekt zielt auf schnelles und sicheres Eingreifen und Hilfeleisten. Einsatz- und Rettungskräfte sollen sich in den unübersichtlichen Gebäudekomplexen weiterführender Schulen nicht verlaufen.

Die erstmalig am Reinhard-Mohn-Berufskolleg in Gütersloh installierte Kennzeichnung hat sich in einer Amokübung bewährt. Mittlerweile sind 10 Schulen bzw. Schulzentren im Kreis gekennzeichnet. Das Orientierungssystem soll auch bei anderen gefährdeten öffentlichen Gebäuden (Jobcenter, Sozialämter u.a.) zur Anwendung kommen. Das Projekt stößt auf großes überregionales Interesse.

Kontakt:

Kreispolizeibehörde Gütersloh
Herzebrocker Str. 144
33334 Gütersloh
E-Mail: dieter.jung@polizei.nrw.de

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Dresden

Thema: Chancen zum Dialog - Kriminalprävention mit Fußballfans

Beschreibung: Entwicklung der Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Dresden mit dem Fanprojekt Dresden e. V. für die Schaffung, Weiterentwicklung und Förderung einer demokratischen, toleranten und sportlich fairen Fußballfan- kultur in Dresden

Kontakt:

Landeshauptstadt Dresden -
Geschäftsstelle Kriminalpräventiver Rat
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Tel.: 0351 - 4882033
Fax.: 0351 - 4882392
E-Mail: sylviamueller@dresden.de

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Seit der Einrichtung des Kriminalpräventiven Rates (KPR) 1994 bestand in der Landeshauptstadt Düsseldorf Einvernehmen darüber, dass die ressortübergreifende interdisziplinäre Vernetzung unter Beteiligung von Bürgerschaft und interessierten Kooperationspartnern eine wesentliche Grundlage kommunaler Kriminalprävention darstellt.

Dazu zählt insbesondere auch die enge Zusammenarbeit mit der Polizei Düsseldorf. Alle gemeinsam bilden die Basis für eine nachhaltige Arbeit des Kriminalpräventiven Rates, seiner themenspezifischen Fachgruppen und deren Projekte.

Zum Schwerpunkt „Sicherheit in der Stadt“ ist die Vernetzung beispielhaft gelungen. Exemplarisch werden die Arbeit des kommunalen Ordnungs- und Servicedienstes (OSD), die Angebote der Fachstelle für Gewaltprävention und des Jugendamtes sowie die Trend- und Funsportarten des Sportationbusses zum Bereich aufsuchende Arbeit vorgestellt.

Kontakt:

Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Zollstraße 4

40213 Düsseldorf

E-Mail: tanja.schwarzer@duesseldorf.de

Webseite: <http://www.duesseldorf.de/kpr>

Kuratorium Sicheres Allgäu

Das Kuratorium Sicheres Allgäu e.V. wurde im Rahmen einer Gründungsveranstaltung 31. Juli 2003 in Lindau ins Leben gerufen. Es umfasst eine Region mit ca. 650.000 Einwohnern und eine Fläche von ca. 4.650 qkm. Alle vier Landkreise und alle Kreisfreien Städte im Allgäu sind Mitglieder des Kuratoriums.

Der Verein ist mittlerweile auf rund 100 Mitglieder angewachsen, darunter zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Als Präsident fungiert der Landrat des Landkreises Oberallgäu, Herr Gebhard Kaiser, welcher zugleich Vorsitzender der Allgäu GmbH ist.

Durch sein Engagement will der Verein entscheidend zur Verbesserung der Sicherheit und damit Lebensqualität der Menschen in der Region Allgäu beitragen. Aus diesem Grund veranstaltet das KSA regelmäßig öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und führt im Rahmen von Festveranstaltungen Ehrungen verdienter Bürgerinnen und Bürger durch.

Mit seinem rein ideellen Engagement will er entscheidend zur Verbesserung der Sicherheit und damit der Lebensqualität der Menschen in der Region Allgäu beitragen.

Der Verein setzt sich v.a. folgende Ziele:

- Förderung der Achtung vor Leben, Gesundheit und Eigentum anderer
- Förderung des Gemeinsinns und Mitverantwortung in der Bevölkerung
- Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Fähigkeit zum Selbstschutz
- Unterstützung von Opfern nach Gewalttaten und Schadensereignissen

Kontakt:

Kuratorium Sicheres Allgäu

Bahnhofplatz 1

87435 Kempten

Tel.: 08331/100-421

Fax.: 08331/100-242

E-Mail: wolfgang.schmidt07@polizei.bayern.de

Webseite: www.sicheres-allgaeu.de

Landeshauptstadt München

Thema Schulversäumnisse-Schulärztliche Sprechstunde
Referat für Gesundheit und Umwelt
Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche

Kontakt:

Landeshauptstadt München

Bayerstr. 28a

80335 München

E-Mail: nicole.brockhorst@muenchen.de

Landeshauptstadt München - Sozialreferat

Die Stelle für Gemeinwesenmediation (SteG) ist eine Stelle der Landeshauptstadt München, angesiedelt im Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration. Münchner Bürgerinnen und Bürger können sich im Konfliktfall unbürokratisch und kostenlos an SteG wenden. SteG vermittelt insbesondere bei Konflikten in der Nachbarschaft, im Wohnumfeld, im Stadtteil, in Kindertageseinrichtungen, in Schulen und in der Ausbildung. Neben der Vermittlung bietet SteG auch Fortbildungen und Workshops z.B. zum Thema „präventives Konfliktmanagement“ an. Die 30 Mediatorinnen und Mediatoren haben unterschiedliche Herkunftsberufe und verfügen über verschiedene Sprachkompetenzen. Sie arbeiten vertraulich, unabhängig, zeitnah und als Tandem.

Eine Beratung oder Vermittlung hilft den Konfliktparteien, den Konflikt anzusprechen, die hinter den Positionen liegenden Interessen und Bedürfnisse herauszuarbeiten, ein gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und auf dieser Basis eine für alle Beteiligten befriedigende und nachhaltige Lösung zu finden.

Während des DPT werden durchgehend Mediatorinnen und Mediatoren von SteG den Infostand betreuen. Sie informieren über SteG und beantworten Fragen. Interessierte können sich gerne Informationsmaterial (Flyer, Broschüre) mitnehmen.

Kontakt:

Dr. Eva Jüsten, Leitung der Stelle für Gemeinwesenmediation (SteG) Landeshauptstadt München - Sozialreferat

Franziskanerstraße 8, 81669 München

Tel.: 089-23340634

Fax.: 089-23340500

E-Mail: eva.juesten@muenchen.de

Webseite: www.muenchen.de/steg

Landeshauptstadt München - Sozialreferat

Unsere Themen werden sein:

- Gewaltprävention durch sportliche Angebote
- Gewaltprävention in der Schule
- soziale Trainingskurse (Coolnesstraining)
- Streetwork als gewaltpräventives Angebot im öffentlichen Raum

Kontakt:

Sozialreferat - Stadtjugendamt, Abt. Kinder/Jugend und
Familie

Prielmayerstr. 1
80335 München

E-Mail: bettina.steininge@muemchen.de

Landeshauptstadt Saarbrücken und Centre de prévention des toxicomanies, Luxemburg

Die Landeshauptstadt Saarbrücken und das luxemburgische Centre de prévention des toxicomanies stellen das Konzept Party-MAGNet vor, das im Vierländereck zwischen Belgien, Luxemburg, Lothringen, dem Saarland und der Eifel 2009-2012 mit Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Risikominimierung in der Party- und Eventszene realisiert wird.

Wir präsentieren die Projektlogik, die Umsetzungsstrategie und die von uns entwickelten Materialien für Besucher/innen von Festivals und Clubs (Postkarten zu psychoaktiven Substanzen, zum Lärmschutz, zur Aidsprävention, zur Prävention ungewollter Schwangerschaft, Broschüre zur Vielfalt von Sexualität, Plakate und Flyer zur Gesetzgebung in den 4 Ländern der Grossregion).

Weitere Themen: bilinguale Schulungen von Peers, Infostände vor Ort, Befragungen auf Festivals in der Grossregion (Themen Sprachenkompetenz, Mobilität, Substanzgebrauch), Empfehlungen zum Transfer des Ansatzes in den Alltag von Festivals und Clubs einschließlich Qualitätslabel für Gesundheitsförderung und Risikominimierung in diesem Setting. Standbesetzung und Materialien sind deutsch-, französisch- und englischsprachig.

MAGNet wird durch den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen von Interreg IV a gefördert. Die EU investiert in Ihre Zukunft.

Kontakt:

Landeshauptstadt Saarbrücken

Kohlwaagstr. 4

66111 Saarbrücken

Tel.: 0681-9053322

Fax.: 0681-9053380

E-Mail: angelika.kraus@saarbruecken.de

Webseite: <http://www.mag-net.eu>

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt ist das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin. Sie setzt sich zusammen aus den Staatssekretär/innen einzelner Senatsverwaltungen unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für Inneres und Sport sowie aus zwei Vertreter/innen des Rats der Bürgermeister und aus dem für den Bereich Integration und Migration zuständigen Beauftragten des Senats von Berlin.

Die Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat den Auftrag, auf die Gestaltung einer langfristigen und nachhaltigen Präventionsarbeit in Berlin hinzuwirken, indem sie

- die kommunale Prävention in Berlin unterstützt
- Maßnahmen und Konzepte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention entwickelt
- den Berliner Präventionspreis verleiht und den Berliner Präventionstag ausrichtet
- gewalt- und kriminalpräventive Maßnahmen und Projekte fördert und Forschungsaufträge vergibt
- über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention informiert
- Workshops und Tagungen veranstaltet
- Arbeitsmaterialien, Wegweiser und Dokumentationen herausgibt
- neue Kooperationsnetze schafft und ressort- und institutionenübergreifendes Arbeiten fördert und
- mit den Präventionsgremien anderer Bundesländer und mit dem Deutschen Forum Kriminalprävention kooperiert.

Kontakt:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Klosterstr. 47

10179 Berlin

Tel.: 030 90223 2913

Fax.: 030 90223 2921

E-Mail: berlin-gegen-gewalt@seninnsport.berlin.de

Webseite: www.berlin-gegen-gewalt.de

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg greift das diesjährige Kongressmotto „Sicher leben in Stadt und Land“ auf und präsentiert sich mit einem Informationsstand zu den Themen Zivilcourage, Angsträume, Busbegleiter...

Integriert in den Stand ist eine Bushaltestelle, die zum einen u.a. als „Angstraum“ von der Theatergruppe Q-rage aus Ludwigsburg mit Stilem Theater bespielt wird und zum anderen das Theaterstück im Bus zur „Aktion-tu-was“ im Außenbereich des Kongresses bewirbt:

Gespielt werden kritische Situationen, die jeder Zeit in öffentlichen Verkehrsmitteln entstehen können. Die Schüler sind eingeladen, aktiv in die Szenen einzugreifen und durch ihr Handeln eine neue Wendung herbei zu führen. So kann couragiertes Verhalten ausprobiert, erlernt und auf seine Wirksamkeit getestet werden.

AUFFÜHRUNGSZEITEN:

Montag, 16. April 2012 - 14:00 / 15:30 / 17:00 Uhr

Dienstag, 17. April 2012 - 09:30 / 10:30 / 13:00 Uhr

Dauer: jeweils ca. 30 Minuten

AUFFÜHRUNGORT:

Vor dem Haupteingang des ICM,
„Linienbus zur Aktion-tu-was“

Tickets hierfür sind am Info-Stand erhältlich.

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Tel.: 0711-54013458

Fax.: 0711-54013455

E-Mail: praevention@polizei.bwl.de

Webseite: www.polizei-bw.de/praevention

Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern

Das LKA M-V möchte auf dem 17.DPT eine Präsentation Netzwerkstar, PC Spiele/Computerspiele für Kinder bis 12 Jahre zum sicheren Umgang in sozialen Netzwerken im Internet vorstellen.

Darüber hinaus ist beabsichtigt Ergebnisse der Zusammenarbeit mit der Studienrichtung Bildende Kunst des „Casper-David-Friedrich“ Institutes zum Thema Drogenprävention auszustellen.

Kontakt:

Landeskriminalamt M-V
Retgendorfer Straße 9
19067 Rampe

Tel.: 03866/64-0

Fax.: 03866/64-6102

E-Mail: praevention@lka-mv.de

Landeskriminalamt Niedersachsen

Auf dem Stand werden lokale Vorgehensweisen der Projektpartner aus Manchester, Wien, Stettin und Hannover zur Kriminalprävention im Städtebau vorgestellt sowie internationale Ergebnisse präsentiert. Weiterhin wird es die Möglichkeit geben, sich über die Rolle der Polizei in Niedersachsen zu kriminalpräventiven Maßnahmen zu informieren.

Kontakt:

Landeskriminalamt Niedersachsen

Am Waterlooplatz 11

30169 Hannover

Tel.: 0511 - 262623238

Fax.: 0511 - 262623250

E-Mail: anke.schroeder@polizei.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lka.niedersachsen.de>

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

10 Jahre Prävention im Team Rheinland-Pfalz (PIT).
Erfahrungen, Probleme bei der Umsetzung von PIT in Rhein-
land-Pfalz.

Bausteine Gewalt, Sucht und Fremdenfeindlichkeit

Kontakt:

Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Valenciaplatz 1-7

55116 Mainz

Tel.: 06131-652132/-2107

Fax.: 06131-652249

E-Mail: LKA.DEZ45@polizei.rlp.de

Webseite: <http://www.polizei.rlp.de#>

Landeskriminalamt Sachsen

Präsentation von Präventionsprojekten der sächsischen Polizei.

Durch Studenten der Hochschule der sächsischen Polizei wird beispielhaft die Vorbereitung, Organisation und Durchführung eines Verkehrssicherheitstages vorgestellt.

Die Polizeidirektion Oberlausitz-Niederschlesien stellt die mobile polizeiliche Beratung vor. Im Mittelpunkt steht dabei die auf regional bedeutsame Kriminalitätsphänomene ausgerichtete verhaltens- und sicherungstechnische Beratung direkt beim ratsuchenden Bürger.

Die Aktionen zur „Nachbarschaftshilfe“ stehen im Freistaat Sachsen seit 15 Jahren für Verantwortungsbewusstsein, Gemeinsinn und Zivilcourage. Mit dem bereits „3. Sächsischen Präventionspreis Nachbarschaftshilfe“ sollen Gruppen als „Nachbarn 2012“ ausgezeichnet und ihre Aktionen als nachahmenswerte Beispiele einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Zu allen Projekten stehen Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung.

Kontakt:

Landeskriminalamt Sachsen

Neuländerstraße 60

01129 Dresden

Tel.: 0351-8552309

Fax.: 0351-8552390

E-Mail: praevention.lka@polizei.sachsen.de

Webseite: <http://www.polizei.sachsen.de>

Landeskriminalamt Thüringen

Infostand zum polizeilichen Präventionsprogramm „Poli-Pap“
für Grund- und Förderschüler des Freistaates Thüringen

Kontakt:

Landeskriminalamt Thüringen

Am Schwemmbach 69

99099 Erfurt

E-Mail: praevention.lka@polizei.thueringen.de

Webseite: www.polizei.thueringen.de

Landespräventionsrat Brandenburg

Der Landespräventionsrat Brandenburg (LPR) wurde am 21. März 2000 gegründet. Er will durch sein Wirken zur Weiterentwicklung der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention beitragen. Deshalb verknüpft und koordiniert er die personellen, institutionellen und materiellen Möglichkeiten staatlicher, gesellschaftlicher und privater Organisationen sowie das Engagement der Bürger miteinander.

Die Aufgaben des LPR sind u. a. die Politikberatung; die Zusammenführung von Personen und Institutionen aus unterschiedlichsten Bereichen und Aufgabenfeldern, die zur Kriminalprävention beitragen können; die Entwicklung, Unterstützung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen; die Erarbeitung und Veröffentlichung von Publikationen zur Kriminalprävention sowie die Erforschung von Kriminalitätsursachen.

Nach elfjährigem Bestehen des LPR beschloss das Kabinett am 29. März 2011 die Neuausrichtung.

Der LPR wird seine Arbeit künftig auf die drei Bereiche Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz/Kinder- und Jugendschutz, Politischer Extremismus und Opferschutz/Opferhilfe konzentrieren.

Der LPR wird durch seinen Vorsitzenden, den Minister des Innern, nach außen vertreten. Die Geschäftsstelle des LPR ist im Geschäftsbereich der Landesregierung beim Minister des Innern eingerichtet.

Kontakt:

Landespräventionsrat Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13
14467 Potsdam

Tel.: 0331-8662746

Fax.: 0331-8662860

E-Mail: lpr@mi.brandenburg.de

Webseite: <http://www.lpr.brandenburg.de>

Landespräventionsrat Niedersachsen

„Besser ist es, den Verbrechen vorzubeugen, als sie zu bestrafen.“ Dieses Zitat des italienischen Rechtsphilosophen Beccaria (1738 1794) ist Maxime für die Denk- und Arbeitsweise des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR).

Seit 15 Jahren ist der LPR kompetenter Ansprechpartner für die Prävention in Niedersachsen. Wir verstehen unsere Arbeit als umfassende Aufgabe, die der Unterstützung zahlreicher gesellschaftlicher Kräfte bedarf. Im LPR sind daher rund 270 Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen, die durch einen ehrenamtlichen Vorstand repräsentiert werden. Dazu zählen kommunale Präventionsgremien, landesweit tätige nichtstaatliche Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Ministerien und Behörden. Die LPR-Geschäftsstelle im Niedersächsischen Justizministerium fungiert als operative Einheit und hat eine koordinierende Funktion für die Prävention in Niedersachsen inne.

Wichtige Arbeitsschwerpunkte des LPR sind:

- Beratung, Förderung und Qualifizierung von kommunalen
- Präventionsgremien und Akteuren in der Kriminalprävention
- Initiierung und Koordinierung landesweiter Modellprojekte zur Kriminalprävention
- Regelmäßige Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten
- Mitwirkung in Kooperationen / Netzwerken / Partnerschaften für Kriminalprävention

Mehr Informationen finden Sie unter www.lpr.niedersach

Kontakt:

Landespräventionsrat Niedersachsen

Am Waterlooplatz 5 A

30169 Hannover

Tel.: 0511-120 5255

Fax.: 0511-120 99 5255

E-Mail: info@mj.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“

Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz (WOS)“ unterstützt seit 2005 lokale und regionale Projekte, die die demokratische Kultur fördern und die freiheitlich-demokratische Grundordnung stärken. Im Vordergrund steht dabei die Unterstützung von Projekten und Initiativen, die sich im Freistaat Sachsen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit einsetzen. Dem Programm steht ein jährliches Fördervolumen von derzeit ca. 1,7 Mio Euro zur Verfügung.

Zuwendungsfähig sind Projekte, die mit einem klaren Konzept, konkreten Handlungszielen und einer definierbaren und zu begründenden Zielgruppe eingereicht werden. Die Projekte sind sowohl in ihrem finanziellen Umfang als auch in ihrer Umsetzung sehr vielfältig: So werden beispielsweise überregional tätige Projekte wie „Courage Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit“ mit jährlich über 100.000 Euro zur Ausbildung von Jugendlichen als Multiplikatoren in der Demokratiewerkstatt unterstützt ebenso aber auch vor Ort tätige Schulfördervereine, die mit 500 Euro durch kleinere Maßnahmen zur Unterstützung des demokratischen Klimas an ihrer Schule beitragen.

Im November 2009 wurde das WOS in den Verantwortungsbereich des Landespräventionsrates im Freistaat Sachsen (LPR) überführt.

Kontakt:

Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“

Wilhelm-Buck-Straße 4

01095 Dresden

Tel.: 0351-5643098

Fax.: 0351-5643099

E-Mail: anja.herold-beckmann@smi.sachsen.de

Webseite: <http://www.sachsen.de>

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK) wurde 1994 gegründet, um die staatlichen und nichtstaatlichen Aktivitäten im vorbeugenden Kampf gegen die Kriminalität landesweit zu koordinieren und zu vernetzen.

Durch ihre aktive Mitwirkung in einem der Gremien des Landesrates bzw. ihre Teilnahme an kriminalpräventiven Projekten werden z. Z. mehr als 80 Behörden, Einrichtungen, Organisationen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Kirchen, Medien und Einzelpersonen als Mitglieder des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung gezählt. Der LfK sieht seine Aufgaben vor allem darin,

- gesamtgesellschaftlichen Sachverstand und Initiativen zu bündeln,
- Vorschläge und Empfehlungen für die Landesregierung zu erarbeiten (Politikberatung),
- den Aufbau und die Tätigkeit der Kommunalen Präventionsräte zu unterstützen,
- lokale Präventionsprojekte zu fördern und
- die länderübergreifende Zusammenarbeit auszubauen.

Gremien des LfK sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, der Beirat, z. Z. sieben Arbeitsgruppen sowie die Geschäftsstelle.

Vorsitzender des LfK ist Innenminister Lorenz Caffier.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kriminalpraevention-mv.de.

Kontakt:

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinenstraße 1
19055 Schwerin

Tel.: (0385) 5882460

E-Mail: lfk@kriminalpraevention-mv.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention-mv.de>

Landgericht München 1 - Bürgerliches Engagement in der Bewährungshilfe

Wir würden gerne gemeinsam mit ehrenamtlichen Mitarbeitern die Möglichkeit eines bürgerlichen Engagements in der Bewährungshilfe präsentieren.

Kontakt:

Landgericht München 1

Goethestraße 64

80336 München

Tel.: 089-55971289

E-Mail: christian.schmoeller@lg-m1.bayern.de

Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises als Kreispolizeibehörde

Arbeitskreis Polizei und Muslime im Ennepe-Ruhr-Kreis

Die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen unterhalten inzwischen vielfältige Kontakte zu muslimischen Institutionen.

Im Jahr 2004 begann unter Koordination des Kontaktbeamten für muslimische Institutionen die Arbeit im Ennepe-Ruhr-Kreis.

Die mittlerweile gefestigten und vertieften Kontakte mit den DITIB-Moscheen, auch unter Einbeziehung des Türkischen Generalkonsulates, führten 2008 zur Einrichtung des Arbeitskreises „Polizei und Muslime“.

Dieser Arbeitskreis steht für folgende Ziele:

- Schaffung eines Netzwerks mit weiteren Kooperationspartnern
- Gegenseitige Unterstützung bei sicherheitsrelevanten Themen
- Fördern von Kontakten
- Zusammenarbeit bei Themen der Kriminal- und Verkehrsunfallprävention

Ein großer Erfolg der vertrauensvollen und engen Zusammenarbeit im Arbeitskreis Polizei und Muslime war die Unterzeichnung einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung im Jahr 2009. Nach Aussage des Türkischen Generalkonsuls ist dies ein bisher einmaliges Projekt im gesamten Bundesgebiet.

Ende des Jahres 2010 wurde ein eigenständiger Frauenarbeitskreis gebildet, in dem frauenspezifische Themen angesprochen und diskutiert werden.

Im November 2011 wurde die bislang geleistete Arbeit durch das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW mit dem Landespreis für Innere Sicherheit 2011 ausgezeichnet.

Kontakt:

Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises als Kreispolizeibehörde
Wilhelmstraße 43

58332 Schwelm

Tel.: 02336-91669000

Fax.: 02336-91669099

E-Mail: Helmut.Seelig@polizei.nrw.de

Webseite: <http://www.polizei-nrw.de/ennepe-ruhr-kreis/start/>

Lions-Quest „Erwachsen werden“ - Lions Hilfswerk Bayern Süd e.V. Vertreter der Lions Clubs

Lions-Quest „Erwachsen werden“ ist ein Jugendförderprogramm für 10 bis 14-jährige Mädchen und Jungen. Es wird vorrangig im Unterricht der Sekundarstufe I vermittelt. Damit Lehrkräfte das Programm professionell in der Klasse umsetzen können, werden sie von speziell ausgebildeten Traineerinnen und Trainern in verschiedenen Seminaren praxisorientiert geschult, begleitet und fortgebildet.

Organisiert und betreut wird das Programm von den jeweiligen Hilfswerken der Bayerischen Lions.

Wir sind in Bayern drei Lions-Distrikte, in denen die Clubs regional zusammengefasst und selbstverwaltet sind.

Wir sind drei Beauftragte für Lions-Quest

Distrikt Bayern-Süd, Oberbayern und Schwaben mit München, Herr Bolbrügge, A.-Einstein.Str. 8, 85375 Neufahrn, Mobil:01727083646; christoph.bolbruegge@lions-net.de

Bayern-Ost (Ndb., Opf., Ofr.-Ost):

Helga Schmid, Straubingerstr. 12 93326 Abensberg, 09443/6610, /906029f, helgaschmid.abensberg@mx.de

Bayern.Nord/ Franken Herr Thomas Hofmann, Erlangen Email: thmHofm@aol.com.

Infos zum Programm unter www.lions-quest.de

Informationen zu Seminaren vor Ort bei den Beauftragten.

Kontakt:

Lions-Quest „Erwachsen werden“ - Lions Hilfswerk Bayern Süd e.V. Vertreter der Lions Clubs in Bayern

Albert-Einstein-Str. 8, 85375 Neufahrn

Tel.: 01727083646

Fax.: 089-31770262

E-Mail: christoph.bolbruegge@lions-net.de

Webseite: <http://www.lions-quest.de>

Malteser Hilfsdienst e.V.

Erste Hilfe Ausbildung ist verbindlich vor jedem Führerschein zu absolvieren und für eine große Anzahl Berufstätiger eine Pflicht, um als betrieblicher Ersthelfer zu fungieren.

Im Rahmen des Erste Hilfe Kurses wird explizit auf das Verhalten bei Gewaltverbrechen eingegangen.

Im Mittelpunkt des Kurskonzeptes steht allerdings die Motivation zum Helfen und damit die Verantwortung des Bürgers für seine Mitmenschen.

Mit jährlich mehr als 60.000 Teilnehmern in unseren Kursen in Bayern erreichen wir eine große Zahl der bayerischen Bürger und leisten einen wertvollen Beitrag zur Prävention.

Am Demopunkt wird auf die Notwendigkeit der Erste Hilfe Ausbildung hingewiesen - besonders auch auf die Notwendigkeit auch freiwilliger Fortbildung. Die Besucher werden Gelegenheit erhalten einzelne Maßnahmen selbst erproben zu können. Unter anderem wird der Einsatz eines Automatisierten Externen Defibrillators gezeigt.

Kontakt:

Malteser Hilfsdienst e.V.

Streitfeldstraße 1

81673 München

Tel.: 089 43 608 180

E-Mail: felix.hoepfl@malteser.org

Webseite: <http://www.malteser.de>

Mentor - Die Leselernhelfer Bundesverband e.V.

Auf dem Infostand wird die Arbeitsweise der zahlreichen MENTOR - Die Leselernhelfer e.V. Vereine, die in Deutschland tätig sind, dargestellt und erläutert.

Jedes Kind soll, unabhängig von seiner kulturellen und sozialen Herkunft, eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe erlangen. Dazu gehört ein Schulabschluss, der seiner tatsächlichen Begabung entspricht. Nicht jedes Kind hat aber die Chance auf Erlernung der Grundfertigkeiten. Hier setzen die mittlerweile bundesweit zahlreichen MENTOR Die Leselernhelfer-Vereine an: Sie koordinieren die Zusammenarbeit zwischen Mentoren, Kindern und Schulen. Lehrer benennen förderungswürdige Kinder, z.T. aus Migrantenfamilien.

Der Verein wirbt Ehrenamtliche und vermittelt sie. Sie fördern im 1:1-Verhältnis in den Schulen immer dasselbe Kind. In einem Einführungsseminar werden die Mentorinnen und Mentoren auf ihre Aufgabe vorbereitet. Wer nämlich in der Schule in allen Fächern folgen kann, ist auch befähigt, die Schule mit Erfolg zu absolvieren. Wer nach erfolgreichem Schulbesuch einen Beruf erlernt hat, ist in der Gesellschaft integriert und in der Regel nicht anfällig für gewalttätige Handlungen.

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen bescheinigt der „MENTOR - Die Leselernhelfer-Bewegung“ erfolgreiche Gewaltprävention. Kinder, die ohne Mentoren chancenlos wären, finden durch die Mentoren ihren Platz in der Gesellschaft.

Kontakt:

MENTOR - Die Leselernhelfer Bundesverband e.V.

An der Welle 4

60322 Frankfurt

Tel.: 069-71034870

Fax.: 069-71402605

E-Mail: angela.hornberg@ahc-frankfurt.com

Webseite: www.mentor-bundesverband.de

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz

Der Landespräventionsrat Rheinland-Pfalz (LPR) stellt ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Beratungsgremium der rheinland-pfälzischen Landesregierung in Fragen der Kriminalprävention dar. Ziel ist, die gesamtgesellschaftliche Kriminalitätsverhütung, insbesondere kriminalpräventive Projekte, im Land und in den Kommunen, zu fördern, zu unterstützen und weiterzuentwickeln und das gemeinsame Engagement von Wissenschaft, Forschung, Verwaltung und Wirtschaft sowie der sozialen und caritativen Vereinigungen zu koordinieren und zu verknüpfen. Die Geschäftsstelle des LPR ist eingegliedert in das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz (ISIM).

Auf dem DPT informiert der LPR u.a. über die mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention ausgezeichnete Kampagne für Zivilcourage „Wer nichts tut, macht mit“ sowie die Kampagne gegen Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen „Vorbild sein. Gegen Alkoholmissbrauch. Für die Jugend.“ Auch die Auseinandersetzung mit dem Thema „Rechtsextremismus“ in unterschiedlichen Maßnahmen stellt ein aktuelles Arbeitsfeld des LPR dar.

Am Infostand des ISIM stehen am 16.04.2012 die beiden aktuellen „Vorbilder“ der Kampagne, die Olympiasiegerin im Trampolinturnen Anna Dogonadze und das Gesicht der Frauen-Fußballweltmeisterschaft, die Nationalspielerin Célia Okoyino da Mbabí, für Gespräche zur Verfügung.

Kontakt:

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
Rheinland-Pfalz
Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon: 06131/16-3712
Fax: 06131/16-3858
E-Mail: helmut.liesenfeld@isim.polizei.rlp.de
Webseite: <http://www.kriminalpraevention.rlp.de>

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen will mit der neuen Initiative „Kurve kriegen“ verhindern, dass gefährdete Kinder und Jugendliche im Alter von 8 - 15 Jahren zu Intensivstraftätern werden. Seit dem Herbst 2011 wird dieses kriminalpräventive Konzept in acht Modellregionen erprobt.

Es beinhaltet, dass die Gefährdungs- und Risikolage für Kinder und Jugendliche, die bereits früh und wiederholt Straftaten begehen, bei den Polizeibehörden standardisiert bewertet wird. Die Polizei sucht die besonders kriminalitätsgefährdeten Kinder und Jugendlichen in der Familie auf und bietet die Teilnahme an der Initiative an.

Um die Fälle kontinuierlich begleiten und unterstützende Maßnahmen koordinieren zu können, sind pädagogische Fachkräfte in die Polizeiarbeit eingebunden. Die Fachkräfte gehen in die Familien und beraten die Sorgeberechtigten und ihre Kinder. Ihnen steht ein sogenannter „Baukasten“ mit verschiedenen Kompetenztrainings und Maßnahmen regionaler Anbieter zur Verfügung. Dabei handelt es sich zum einen um pädagogische Programme, die darauf abzielen, soziale Kompetenzen zu erwerben, zum anderen um präventive Angebote zur dauerhaften sozialen Integration, wie Sprach- oder Sportkurse.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW wird das Konzept vorstellen, die Umsetzungsschritte erläutern und über erste praktische Erfahrungen berichten.

Kontakt:

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen, Projektgruppe Prävention Jugendkriminalität

Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 - 871 3254

Fax.: 0211 - 871 163313

E-Mail: ppj@mik.nrw.de

Webseite: <http://www.kurvekriegen.nrw.de>

MVG Münchner Verkehrsgesellschaft

Ein Grund für die Attraktivität der bayerischen Landeshauptstadt ist das gut ausgebaute öffentliche Personennahverkehrssystem. Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) als Betreiberin von U-Bahn, Bus und Tram spielt in dieser Erfolgsstory eine wichtige Rolle. Moderne, umweltfreundliche und behindertengerechte Fahrzeuge, gut ausgebildetes Personal sowie umfangreiche Info- und Serviceleistungen sind unsere Stärken.

Einer unserer Grundsätze lautet: „Die Kunden der MVG sollen sicher sein und sich sicher fühlen.“ Kern des Sicherheits- und Präventionskonzeptes ist der Einsatz von qualifizierten Mitarbeitern der MVG und der U-Bahnwache, die enge Zusammenarbeit mit der Polizei sowie moderne Technik. Über 800 Kameras und fast 700 Notrufsprechstellen gibt es in den U-Bahnhöfen. Auch in unseren Fahrzeugen ist die Kameraausstattung in vollem Gange. Und in immer mehr U-Bahnstationen bündeln neue Notfallsäulen die Sicherheitsfunktionen.

Weitere Elemente des Sicherheitskonzeptes sind Info-Aktionen, ein Alkoholkonsumverbot, der Ausbau des Handynetzes und durchgängig begehbare Züge. Darüber hinaus sind Übersichtlichkeit und Helligkeit Basis für Sicherheit: Bei Bahnhofsmmodernisierungen wie aktuell am Hauptbahnhof wird daher besonders viel Wert auf Transparenz, Ausleuchtung und Farbgestaltung gelegt. Damit sich unsere Kunden bei uns rundum sicher fühlen.

Kontakt:

Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG)
Emmy-Noether-Str. 2
80287 München
Tel.: 089/2191-0
Webseite: www.mvg-mobil.de

Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland

NaSPro Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland in Zusammenarbeit mit dem „European Network on Suicide Research and Prevention“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Das NaSPro geht auf eine Initiative der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) zurück. Aufgrund der Prämisse, dass die Suizidproblematik ein komplexes gesellschaftliches und gesundheitspolitisches Problem ist, das nicht nur im Gesundheitswesen Tätige betrifft, beteiligen sich mehr als 90 Institutionen, Organisationen und Verbände (z.B.: Ausschüsse des Bundestages, Bundes- und Länderministerien, Kirchen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Medienverbände, Dach- und Fachgesellschaften des Gesundheitswesens, wissenschaftliche Einrichtungen und Betroffenenorganisationen an der Entwicklung eines nationalen Programms.

Verschiedene Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den Problemfeldern Primärprävention, Umwelt, Arbeitsplatz, Medien und Öffentlichkeitsarbeit, Awareness psychiatrischer Erkrankungen, Kindern und Jugendlichen, Alten Menschen, Angehörigen, Spezifischen Risikogruppen, Spezifischen psychischen Erkrankungen, Suchterkrankungen, Akutversorgung, Niedrigschwelligen Angeboten, Vernetzung und Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Recht und geschlechtsspezifischen Fragen.

Die Arbeit wird von einem internationalen wissenschaftlichen Beirat und der WHO begleitet

Kontakt:

Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland

Füchsleinstrasse 15

97080 Würzburg

Tel.: 0931 - 201-76670

E-Mail: ArminSchmidtke@t-online.de

Webseite: <http://suizidpraevention-deutschland.de>

Netzwerk gegen Gewalt

Gewalt-Sehen-Helfen (GSH), die hessische Zivilcourage-Kampagne für Kommunen und Landkreise, geht von der Annahme aus, dass Menschen in gewaltträchtigen und für sie gefährlichen Situationen helfen wollen und auch können ohne sich selbst zu gefährden. Ein gewaltfreier, opferzentrierter, deeskalierender Ansatz hat das Ziel, Helferkompetenz und eine Kultur des Hinschauens zu fördern.

Insgesamt bieten derzeit 19 hessische Kommunen/Landkreise ihren Bürgern hierfür Schulungen. Inhalte und Ziele sind schwerpunktmäßig die Sensibilisierung für Konfliktsituationen sowie Verhaltenstrainings zur Deeskalation und zur Hilfeleistung in der Öffentlichkeit. Sie haben für die Seminare eigene Multiplikatoren ausgewählt, die in einer landeseinheitlichen Ausbildung auf ihre Arbeit vorbereitet und in der Folgezeit weiterqualifiziert werden.

Der Stand informiert über das Programm, bietet einen Überblick über die unterschiedliche Umsetzung von GSH in den Kommunen und die Möglichkeiten der Weiterentwicklung und will mit Aktionen die Besucher für die Thematik sensibilisieren und Anregungen geben.

Gewalt-Sehen-Helfen, 1997 von der Stadt Frankfurt/M. entwickelt, wurde auch von Städten außerhalb Hessens und Deutschlands eingeführt. 2005 übernahm das Land Hessen die Nutzungsrechte von der Stadt Frankfurt, um GSH in ganz Hessen weiter zu verbreiten.

Kontakt:

Netzwerk gegen Gewalt

Friedrich-Ebert-Allee 12

65185 Wiesbaden

E-Mail: ko.schmidt@hmdis.hessen.de

Webseite: <http://www.netzwerk-gegen-gewalt.de>

Netzwerk gegen Gewalt

Das Netzwerk gegen Gewalt ist die ressortübergreifende Gewaltpräventionsinitiative der Hessischen Landesregierung. Seit 2002 werden die landesweite Vernetzung und der Informationsaustausch über aktuelle Themen gepflegt sowie landesweite Programme, wie Gewalt-Sehen-Helfen und Prävention im Team Hessen, gefördert.

Um näher an den Menschen zu arbeiten, wurden 2009 in allen Regionen Hessens Regionale Geschäftsstellen eingerichtet. Diese regionale Arbeit hat sich sehr bewährt, denn in den Regionen erreichen wir die Akteure der Prävention und können gezielt beraten, fortbilden und vernetzen. Unter www.netzwerk-gegen-gewalt.de bieten wir mit dem Präventionsatlas Hessen eine Informations-plattform über mehr als 440 konkrete Gewaltpräventions-projekte in Hessen. Mit der Website www.medienkompetenz-hessen.de bieten wir seit 2008 „Medienkompetenz für Erwachsene“.

An unserem Info-Stand informieren wir über das Programm PiT (Prävention im Team) und die Schwerpunktthemen: Mobbing, sexualisierte Gewalt, Gewalt im Namen der Ehre sowie über Medienkompetenz, mit dem Kooperationsprojekt FAIR-Ständnis für neue Medien.

Kontakt:

Netzwerk gegen Gewalt

Friedrich-Ebert-Allee 12

65185 Wiesbaden

E-Mail: ko.schmidt@hmdis.hessen.de

Webseite: <http://www.netzwerk-gegen-gewalt.de>

Netzwerk Neue Festkultur

Suchtberatungsstelle, Jugendamt, Jugendagentur, Kreisjugendring und Polizei erarbeiteten gemeinsam mehrere MODULE für eine neue Festkultur. Alkoholexzesse junger Menschen sollen reduziert werden.

Das ECKPUNKTEPAPIER mit Selbstverpflichtung ist kommunaler Standard. Ein FAIRFEST-SIEGEL in der Werbung dokumentiert erhöhte Ansprüche und ist Richtschnur für Eltern. Es gibt wieder Räumlichkeiten für SCHÜLERFESTE, aber unter Fairfest-Bedingungen. Bei alkoholauffälligen Jugendlichen reagieren Jugendamt und FAMILIENRICHTER nach einem abgestimmten Konzept. Bei HaLT können unter Suchtmittleinfluss straffällig gewordene junge Menschen durch Seminarteilnahme (Suchtberatung) den Fortgang ihres Strafverfahrens beeinflussen. Bei der ORDNER-SCHULUNG wird neben Rechtsfragen auch die Bewältigung von Konfliktsituationen durch polizeiliche Einsatztrainer vermittelt. Der PARTYPASS ermöglicht bessere Durchsetzung des Jugendschutzes. „Clique, Suff und Partystress - hinschauen u. handeln - aber wie?“ wird im Rahmen der ELTERNARBEIT angeboten.

EVALUATIONSERGEBNIS: keine Verschlechterung der Stimmung bei Festen - kein Einbruch der Besucherzahlen - Getränkeumsatz geht leicht zurück - Vorbereitungsaufwand höher - Stimmung wird positiver wahrgenommen - Veranstalter sind zufriedener - weniger Polizei- und Rettungsdiensteinsätze.

1. Preisträger „Großer Präventionspreis 2011“ des Landes Baden-Württemberg

Kontakt:

Polizeidirektion Sigmaringen

Karlstraße 15

72488 Sigmaringen

Tel.: 07571-104302

Fax.: 07571-104209

E-Mail: Martin.Klawitter@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.fairfest.de>

Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Das Netzwerk „Zuhause sicher“ ist auf Initiative von Polizeibehörden ins Leben gerufen worden, um Einbruchschutz und Brandvorbeugung in Privathaushalten zu verbessern.

Die Idee: Öffentlich-rechtliche Institutionen (Polizeibehörden, Kommunen, Handwerksorganisation) und privatwirtschaftliche Unternehmen (Handwerksbetriebe, Unternehmen aus Industrie, Dienstleistung und Versicherungswirtschaft) bündeln Fachkompetenzen, harmonisieren Beratungsinhalte und bieten Bürgern eine Begleitung auf dem Weg zum sicheren Zuhause an – von der polizeilichen Beratung über die handwerkliche Montage geprüfter Sicherheitstechnik bis zur Vergabe der Präventionsplakette.

Dabei ist das Netzwerk „Zuhause sicher“ als gemeinnütziger Verein so aufgebaut, dass die Idee jederzeit von neuen Interessenten vor Ort übernommen werden kann.

Das Netzwerk „Zuhause sicher“ zeichnet sich durch Ressourcenschonung, die Nutzung von Synergieeffekten und eine absolute Bürgerorientierung aus. Dafür erhielt es mehrfach Auszeichnungen: So wurde das Netzwerk von Bundesjustiz- und Bundesinnenministerium unter die TOP-3 der deutschen Präventionsprojekte gewählt und durfte die deutsche Präventionsarbeit auf der Best-Practise-Conference des European Crime Prevention Network in Brüssel vertreten. Darüber hinaus erhielt das Netzwerk das Diplom des European Public Sector Award sowie den Landespreis für Innere Sicherheit.

Kontakt:

Netzwerk Zuhause sicher e. V.

Daimlerweg 8

48163 Münster

Tel.: 0251-7051172

Fax.: 0251-705551172

E-Mail: carolin.muenker@zuhause-sicher.de

Webseite: <http://www.zuhause-sicher.de>

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Vorstellung des Bündnisses White IT - gegen Kindesmissbrauch und dessen Darstellung in der digitalen Welt.

Das Bündnis White IT setzt sich zum Ziel, einen Beitrag zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und dessen Darstellung - auch im Internet - zu leisten.

Dabei sollen technische und gesellschaftliche Vorgehensweisen innerhalb der nächsten zwei Jahre erbracht werden. Eine ganzheitliche Strategie unter Einbeziehung vorhandener Maßnahmen und Kooperationen des Staates (Deutschland, EU, weltweit), der Wirtschaft und der Wissenschaft zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch und dessen Darstellung auch im Internet- wird anhand konkreter Projekte durch das Bündnis entwickelt, welche von der Prävention über die Strafverfolgung bis zur Hilfe für die Opfer reicht und sich zur Realisierung technischer, rechtlicher und politischer Instrumente, bedient.

Kontakt:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Lavesallee 6

30169 Hannover

E-Mail: anna.bartels@mi.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.WhiteIT.de>

Oberzent-Schule Beerfelden

Bei dem Projekt werden ältere Schülerinnen und Schüler im Umgang mit den neuen Medien trainiert, um Jüngeren als Ansprechpartner und Helfer bei Fragen und Schwierigkeiten zur Verfügung zu stehen. Das Projekt wurde in Kooperation mit der Polizeidirektion Odenwaldkreis, der Fachstelle Sucht des Deutschen Roten Kreuzes, dem Bistum Mainz und der Kinder und Jugendförderung des Odenwaldkreises durchgeführt und richtet sich an SchülerInnen der Jahrgänge 9 und 10. Dabei wurde die Nutzung der neuen Medien unter unterschiedlichsten Gesichtspunkten betrachtet und die Jugendlichen erhielten ein Kommunikationstraining.

Kontakt:

Oberzent-Schule Beerfelden

Krähberger Weg 50

64743 Beerfelden

Tel.: 06068-734

Fax.: 06068-4456

E-Mail: b.hofherr@odenwaldkreis.deWebseite: <http://www.oberzentschule.de>

**Odenwald-Regional-Gesellschaft
(OREG) mbH**

Bei dem vorgestellten Projekt handelt es sich um ein Bus&Bahnbegleiterprojekt aus dem südhessischen Odenwaldkreis, welches in Kooperation mit der Polizeidirektion Odenwald durchgeführt wird. Seit 2004 werden jährlich ca. 100 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 in ca. 18 Schulstunden theoretisch und praxisnah zu ehrenamtlichen Bus&Bahnbegleitern ausgebildet.

Kontakt:

Odenwald-Regional-Gesellschaft (OREG) mbH
Hulster Straße 2
64720 Michelstadt
E-Mail: reinhardt@oreg.de
Webseite: <http://www.odenwaldmobil.de>

Papilio e.V.

Papilio ein Beitrag zur Sucht- und Gewaltprävention

Papilio ist ein pädagogisch-psychologisches Programm in Kindergärten zur Primärprävention von Verhaltensproblemen und zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenz. Ziel ist es, die psychosoziale Gesundheit der Kinder zu fördern.

Papilio wird nicht von externen Kräften, sondern von im Programm fortgebildeten ErzieherInnen im Kindergartenalltag integriert. Das entwicklungsorientierte Programm umfasst Maßnahmen zur Verminderung von Verhaltensproblemen (z.B. aggressives Verhalten, soziales Rückzugsverhalten) sowie zur Förderung prosozialen Verhaltens und sozial-emotionaler Kompetenz.

Papilio erreicht Kinder, Eltern und ErzieherInnen gleichermaßen. Die ErzieherInnen achten insbesondere auf ihr entwicklungsförderndes ErzieherInnenverhalten im Umgang mit Kind und Gruppe. Drei spielerische Maßnahmen unterstützen die Kinder in der Bewältigung altersspezifischer Entwicklungsaufgaben.

In einer mehrjährigen Studie (ALEPP) wurde - in Kooperation mit der FU Berlin - mit 700 Kindern, deren Eltern und ErzieherInnen die Wirksamkeit und Machbarkeit des Programms überprüft. Sie weist nach, dass Papilio-Kinder signifikant höhere sozial-emotionale Kompetenzen und signifikant weniger Verhaltensprobleme zeigen.

Papilio präsentiert sich auf dem Deutschen Präventionstag gemeinsam mit dem ebenfalls evaluierten Erziehungsprogramm Triple P.

Kontakt:

Papilio e.V.

Ulmer Straße 94

86156 Augsburg

Tel.: 0821-44805670

Fax.: 0821-44805671

E-Mail: annett.schulz@papilio.de

Webseite: <http://www.papilio.de>

Polizei Hessen

Gemäß dem Themenschwerpunkt des 17. Deutschen Präventionstages bietet die hessische Polizei an ihrem Informationsstand folgende Themenbereiche an:

Das Präventionsprojekt „Sicherheitsberater für Senioren-SfS“ konzentriert sich auf das stark ausgeprägte Sicherheitsbedürfnis der Zielgruppe der Senioren und der damit verbundenen Anleitungen zur Selbsthilfe und Aufklärung hinsichtlich geeigneter Präventionsmaßnahmen.

Der Themenschwerpunkt „Sicherheit im ÖPNV“ wird durch das Projekt „Zivilcourage Ja! Aber wie?“ präsentiert. Das Projekt richtet sich an Nutzer des ÖPNV und soll die Handlungssicherheit in Konflikt- und Gefahrensituation stärken.

Der Themenbereich „Integrationsarbeit“ wird durch den Landesmigrationsbeauftragten der Hessischen Polizei mit der Vorstellung des Arbeitskreises „Sicherheit für Alle“ abgebildet.

Sicherheit in den eigenen „vier Wänden“ und im Wohnumfeld gehört zu den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen. Das Projekt „Gütesiegel - Sicher wohnen in Hessen“ fördert die innovative Gestaltung von Wohnraum und den sinnvolle Einsatz von Sicherungstechnik beim Bau von Wohnanlagen.

Kontakt:

Hessisches Landeskriminalamt

Hölderlinstr. 1-5

65187 Wiesbaden

Tel.: 0611-83-0

E-Mail: servicestelle.hlka@polizei.hessen.de

Polizeidirektion Flensburg / Kriminalpräventiver Rat in der Stadt Flensburg

Hast du Stress ? - Wir finden einen Weg! - Hilfe für Mädchen und Jungen

Bei der Betrachtung der unterschiedlichsten Problemsituationen von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden entstand bei den beteiligten Fachleuten der prägnante Eindruck, dass junge Menschen auf der Suche nach (erforderlicher) Hilfe im möglichen Spektrum zwischen Missbrauch, Drogensucht und eigener unkontrollierbarer Gewalttätigkeit, kaum geeignete Ansprechpartner kennen und finden. Jugendliche sind über professionelle Hilfsangebote, die letztendlich vorhanden sind, nicht informiert.

Antworten und vor allen Dingen kompetente Ansprechpartner bietet das Programm:

www.hast-du-stress.de Wir finden einen Weg.

Hier ist Netzwerk nicht nur ein Wort.

Beratungsangebote gibt es zu den Themen Sucht, Gewalt, Sexualität, Integration, Schule und allgemeine Lebenslagen.

Das Portal ist keine Onlineberatung. Es stellt die Verbindung zwischen Ratsuchenden und Beratung her.

Kontakt:

Polizeidirektion Flensburg / Kriminalpräventiver Rat in der Stadt Flensburg

Neustadt 30

24939 Flensburg

Tel.: 0461-4842140/ 2144

E-Mail: Ulrik.Damitz@polizei.landsh.de

Webseite: www.Hast-Du-Stress.de

Polizeidirektion Hannover

Präventionsprojekt „Cyber Licence - Der Medienführerschein“

Das World Wide Web hat die Gesellschaft und die Informationstechnologie global verändert. Computer und Internet sind für die meisten Schülerinnen und Schüler eine Selbstverständlichkeit. Google, YouTube, Facebook und Twitter gehören zur Netzkultur der jungen Generation. Die Elterngeneration kann hier häufig nur noch eingeschränkt mit Rat und Tat zur Seite stehen, so dass viele Jugendliche nach dem Prinzip „Versuch und Irrtum“ vorgehen. Die im Internet lauenden Gefahren sind Kindern und Jugendlichen selten bekannt.

Die Entwicklung von „Cybercrime“ zeigt, dass vor allem für junge Nutzer ein erhöhtes Risiko besteht, Opfer oder Täter, zum Beispiel von Cyber Mobbing, Happy Slapping, Cyber Grooming, Pornografie/Kinderpornografie oder Urheberrechtsverletzungen, zu werden.

Das Projekt „Cyber Licence - der Medienführerschein“ ist eine Initiative von Polizei, hannoverschen Schulen und Netzwerkpartnern (Niedersächsische Landesschulbehörde, Klicksafe, DLGI, Medienzentrum der Region Hannover, Verein N21) zur Bildung von Medienkompetenz. An mittlerweile 36 Projektschulen in Hannover und Region wird Schülerinnen und Schülern Medienkompetenz durch Projektmultiplikatoren vermittelt.

In den Schulen wird jugendlichen Nutzern mit der „Cyber Licence“ das Angebot unterbreitet, einen zertifizierten Medienführerschein zu erwerben, um sich verantwortungsbewusst und sicher in der virtuellen Welt bewegen zu können.

Kontakt:

Polizeidirektion Hannover

Hanomagstraße 11

30449 Hannover

E-Mail: kfi3@zkd-h.polizei.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.cyberlicence.de>

Polizeiinspektion Weiden i.d.OPf.

Vorgestellt wird das Projekt „School Guards“
Schulwegbegleiter zur Förderung der Zivilcourage

Kontakt:

Polizeiinspektion Weiden i.d.OPf.

Regensburger Str. 52

92637 Weiden i.d.OPf.

Tel.: 0961-401380

E-Mail: wilhelm-friedrich.fritz@polizei.bayern.de

Webseite: <http://www.polizeipuppenbuehne.de>

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Sicherheit zählt zu den essenziellen Grundbedürfnissen des Menschen und ist ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität. Deshalb informiert die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes über die unterschiedlichen Formen von Kriminalität und zeigt, wie sie verhindert werden können. Sie ist eine Institution der Innenministerkonferenz und veröffentlicht bundesweit Medien wie Broschüren, Filme und PC-Spiele. Neben entsprechender Öffentlichkeitsarbeit entwickelt die Polizeiliche Kriminalprävention themen- und zielgruppenspezifische Kampagnen.

In länderübergreifend finanzierten und konzipierten Projekten geht es u.a. um Gewaltprävention, Internetkriminalität oder Einbruchschutz. Sie richten sich an die unterschiedlichsten Zielgruppen von Lehrkräften über Gewerbetreibende bis hin zu Journalisten.

Zu den aktuellen Handlungsfeldern zählen:

- Gewalt im öffentlichen Raum, zu dem die Polizeiliche Kriminalprävention das Medienpaket „Heimspiel“ entwickelt hat.
- Mediensicherheit

Seit über 40 Jahren ist die Polizeiliche Kriminalprävention der zentrale Ansprechpartner für alle Fragen der Kriminalprävention. Weitere Informationen und unser komplettes Medienangebot finden Sie im Internet unter www.polizei-beratung.de

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Tel.: 0711-54012062

Fax.: 0711-2268000

E-Mail: propk@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-beratung.de>

Polizeipräsidium Dortmund

Thema des Infostandes - Selbstsicherheit 50plus - ein ganztägiges Seminar für Mitbürger ab 50 Jahren, mit denen in realistisch gespielten Situationen Handlungssicherheit und richtiges zivilcouragiertes Verhalten in Bedrohungssituationen erarbeitet wird und die Teilnehmer für Gefahrensituationen sensibilisiert werden. Dabei können, in enger Zusammenarbeit mit dem Dortmunder Verkehrsunternehmen DSW 21, Bus, Bahn und U-Bahnanlagen genutzt werden, um realistische Situationen mit den Teilnehmern zu üben, ohne von aussen gestört zu werden.

Das Seminar beinhaltet folgende Ziele:

Die Teilnehmer verhalten sich selbstbewusst und selbstsicher im öffentlichen Raum.

Der Selbstschutzgedanke wird gestärkt.

Die Zivilcourage wird gefördert.

Das Zeugenverhalten wird verbessert.

Die Teilnehmer werden mit den Sicherheitseinrichtungen in Bus, Bahn und an Haltestellen vertraut gemacht.

Kontakt:

Polizeipräsidium Dortmund

Markgrafenstr. 102

44139 Dortmund

Tel.: 0231 - 1327454

Fax.: 0231-1327459

E-Mail: Joachim.Splittgerber@polizei.nrw.de

Webseite: www.polizei-nrw.de/dortmund

Polizeipräsidium Mittelfranken

An dem Infostand wird das Projekt „Mutwerk - Courage Erlangen“ aus dem östlichen Bereich des PP Mittelfranken unter der Projektleitung des Jugendbeamten der PI Erlangen-Stadt, PHM Lehrmann, vorgestellt. Zivilcourage und Selbstbehauptung aller Altersgruppen soll unter dem Motto „Kultur ist die beste Waffe gegen Verrohung!“ und „Wie helfe ich richtig, ohne mich selbst in Gefahr zu bringen“ durch Netzwerk und Training gestärkt werden. Das Projekt ist eine Kooperation zwischen der Polizeiinspektion Erlangen-Stadt, dem Theater Erlangen, der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde und dem Seniorenbeirat der Stadt Erlangen.

Kontakt:

Polizeipräsidium Mittelfranken
Jakobsplatz 5
90402 Nürnberg

Tel.: 0911-2112-1331

Fax.: 0911-2112-1305

E-Mail: pp-mfr.sg-e3.bpfk@polizei.bayern.de

Polizeipräsidium Mittelfranken

Das PP Mittelfranken zeigt an einem Infostand anhand von 3 Projekten im Ballungsraumbereich Nürnberg-Fürth (Abschnitt Mitte) die positive Vernetzung zwischen der Polizei und den Verwaltungsbehörden bzw. der privaten Verkehrsaktiengesellschaft.

- „Der Nürnberger Sicherheitspakt“: Unter der Projektleitung von Lt. PD Guth wird die Kriminalitätsreduzierung und positive Beeinflussung des Sicherheitsempfindens der Bürger durch die Kooperation/Vernetzung zwischen der Stadt Nürnberg und Nürnberger Polizei aufgezeigt. Themenfelder sind Jugendschutz, Alkohol und Kriminalität.
- „1-2-3 e. V. - Netzwerk für die Prävention im LKr. Fürth“: Der polizeiliche Ansprechpartner PHK Gloss informiert über die Koordination von kommunalen Präventionsangeboten. Seit 1998 initiiert und koordiniert der Verein unter der Trägerschaft von Landratsamt und Polizei Angebote in der Prävention. Themenschwerpunkte sind Jugendarbeitslosigkeit, Gewalt, Jugendkriminalität, Sucht und Alkoholmissbrauch.
- „Coolrider“: In Kooperation mit der Polizei, den Schulen und der VAG werden Schüler zu Fahrzeugbegleitern ausgebildet, um Konfliktsituationen zwischen anderen Schülern gewaltfrei zu lösen. Gemeinsam mit eigens dafür ausgebildeten Trainern der VAG, Betreuungslehrern und unter fachlicher Beratung der Polizei werden die Schüler theoretisch und in Rollenspielen auf die Aufgabe vorbereitet. Die PL obliegt POK Lang

Kontakt:

Polizeipräsidium Mittelfranken

Jakobsplatz 5

90402 Nürnberg

Tel.: 0911-21121331

Fax.: 0911-21121305

E-Mail: pp-mfr.sg-e3.bpfk@polizei.bayern.de

Polizeipräsidium München - Münchner Blaulicht e.V.

Am Montag, 03.05.2010, wurde im Rittersaal des Polizeipräsidiums München der Polizeiverein „Münchner Blaulicht e. V. Polizeiverein für Prävention und Bürgerbegegnungen“ ins Leben gerufen. Insgesamt hatten sich 18 Personen aus dem öffentlichen Leben zusammengeschlossen, um diesen Verein zu gründen.

In einer kleinen Feier unterschrieben u. a. der Polizeipräsident Münchens Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer, der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann, Oberbürgermeister Christian Ude sowie die bayerischen „Tatort“-Kommissare Miroslav Nemeč und Udo Wachtveitl die Gründungsurkunde. Ziel des Vereins ist es, noch mehr Sicherheit in München zu erreichen. Dazu will er die Begegnung zwischen Bürgern und Polizei fördern, um einen direkten Dialog zu ermöglichen und den Präventionsgedanken in der Bevölkerung zu festigen. Die Förderung der Kriminalprävention, der Verkehrs- und Gewaltprävention sowie die Prävention im Internet stellen dabei die Schwerpunkte des Vereins dar. Zudem soll mit Fördermitteln und Geldspenden ein Münchner Polizeimuseum errichtet werden. Darin werden historisch bedeutsame Exponate des Polizeipräsidiums München ausgestellt sowie herausragende Kriminalfälle und Ereignisse in München beleuchtet. Mittlerweile konnte Mitte 2011 ein für die Öffentlichkeit zugängliches Interimsmuseum als erster Schritt eröffnet werden.

Weitere Informationen unter: www.muenchnerblaulicht.de

Kontakt:

Münchner Blaulicht e. V.

Ettstr. 2

80333 München

Tel.: 089 / 2910 - 2010

Fax.: 089 / 2910 - 4869

E-Mail: peter.reichl@polizei.bayern.de

Webseite: www.muenchnerblaulicht.de

Polizeipräsidium München - Münchner Sicherheitsforum e.V.

Münchner Sicherheitsforum e.V.

Der Schutz der älteren Münchner Bürger vor Raub, Diebstahl und Betrug. Dazu werden zusammen mit den Kirchen und der Polizei zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Der Schutz der älteren Generationen im Straßenverkehr ist ebenfalls Programmteil der Aufklärungsmaßnahmen des Münchner Sicherheitsforums. In ganz besonderer Weise fördern wir jedoch die polizeiliche Jugendarbeit, weil hier die größten Chancen bestehen, Vorurteile gegenüber der Polizei abzubauen bzw. bei den Jüngsten erst gar nicht entstehen zu lassen. Insofern umfasst das Jugendprogramm des Münchner Sicherheitsforums sowohl Schulanfänger als auch Heranwachsende.

Kontakt:

Polizeipräsidium München - Münchner Sicherheitsforum
e.V.

Ettstr. 2

80333 München

Tel.: 0173 864 21 44

E-Mail: info@muenchner-sicherheitsforum.de

Webseite: <http://www.polizei.bayern.de/ppmuc/text.htm>

Polizeipräsidium München - Polizisten helfen e.V.

Verein "Polizisten helfen" stellt sich vor:

Wir fördern: Kriminalpräventionen; die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei, -inspektionen, Weiterbildung durch Vorträge und Veranstaltungen.

Wir unterstützen, beraten Hilfsbedürftige und Senioren, die Opfer durch Straftaten oder Unfällen geworden sind;

Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen, die auf Grund wirtschaftlich ungenügenden Umstands auf die Hilfe Dritter angewiesen sind; ältere Bürger, sich in der Öffentlichkeit zu recht zu finden-Courage.

Kontakt:

Polizeipräsidium München
Tegernseer Landstraße 224
81549 München

Tel.: 089-62 16 10 33

E-Mail: info@polizisten-helfen.de

Webseite: <http://www.polizisten-helfen.de>

Polizeipräsidium Niederbayern

Die PAKET-Trainer und die Beauftragten für Frauen und Kinder des Polizeipräsidiums Niederbayern haben mit dem PP Oberpfalz ein Konzept für den sog. Zivilcourage-Kurs zur Förderung des Bürgerengagements erstellt. 2011 vereinbarten das PP NB, der Dominik-Brunner-Förderverein für Zivilcourage e.V. und der Bayer. Volkshochschulverband -BezirksAG Niederbayern- eine Kooperation zur Durchführung der Kurse.

Jedem Teilnehmer soll ein Basiswissen vermittelt werden über

- die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen
- die Wirkung von opfertypischen Verhaltensweisen auf den Täter
- Verhaltensweisen, die das Risiko minimieren, selbst Opfer zu werden
- richtiges Einschreiten in Gefährdungssituationen, um nicht selbst zum Ziel des Angreifers zu werden.

Den max. 25 Teilnehmern werden die Botschaften des Kurses

- in kurzen Vorträgen
- durch das aktive Vorführen bestimmter Verhaltensweisen
- das Zeigen von Filmsequenzen und anschließender Besprechung
- durch das aktive Einbinden der Teilnehmer in Rollenspiele näher gebracht.

Das Konzept legt den Schwerpunkt auf den kommunikativen Teil des Kurses. Selbstverteidigungspraktiken werden nicht vermittelt, denn es bestehen von unserer Seite erhebliche Bedenken, dass dies beim Kursteilnehmer u.U. eine Scheinsicherheit erzeugen und ihn zu einem übermotivierten Einschreiten verleiten könnte, bei dem er sich selbst in Gefahr bringen würde.

Kontakt:

Polizeipräsidium Niederbayern

Wittelsbacherhöhe 9/11

94315 Straubing

Tel.: 09421/868-1333

Fax.: 09421/868-1319

E-Mail: pp-nb.e3@polizei.bayern.de

Webseite: www.polizei-niederbayern.de

Polizeipräsidium Oberfranken

1. „JUNKER“

ist ein Konzept der PI Bamberg-Stadt zur konsequenten Durchsetzung der Jugend-schutzbestimmungen. Mit nachfolgend genannten Elementen aus dem Konzept präsentiert sich die PI Bamberg-Stadt:

- Jugendschutz in Bamberg;
- Präventionsarbeit in Kooperation mit Gewerbetreibenden, Ordnungsamt und Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Veranstaltungen sowie an Treff- und Sammelpunkten von Jugendlichen in der Stadt.

2. „Beschleunigtes vereinfachtes Jugendverfahren“

Das im Bereich der Bamberger Staatsanwaltschaft initiierte Projekt „Beschleunigtes vereinfachtes Jugendverfahren“ wird mit den Projektpartnern Amtsgericht, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und Polizei, seit Juni 2010 erprobt. In Zusammenarbeit mit Jugendgerichtshilfe und Staatsanwaltschaft wurde ein Konzept entwickelt, welches in geeigneten Fällen von Jugendkriminalität den Abschluss der pol. Ermittlungen binnen 2 Wochen und die Erhebung der Anklage binnen maximal 4 Wochen ermöglicht. Durch dieses Konzept „folgt die Strafe auf dem Fuße“. Dieses zwischenzeitlich in Bayern vielbeachtete Konzept nach dem Vorbild des Berliner Projekts der Jugendrichterin Kirsten Heisig ist zwischenzeitlich auf den Landgerichtsbezirk Bamberg ausgeweitet.

Kontakt:

Polizeipräsidium Oberfranken

Ludwig-Thoma-Str. 4

95447 Bayreuth

E-Mail: pp-ofr.bayreuth.pp.e3@polizei.bayern.de

Webseite: <http://www.polizei.bayern.de/ppofr/welcome.htm>

Polizeipräsidium Oberpfalz

Die polizeiliche Schulsprechstunde ist eine konsequente Fortführung des Aufgabenfeldes des Schulverbindungsbeamten, der als einer von drei präventiven Bereichen zur Stärkung der Sicherheitspartnerschaft nach dem Kabinettsbeschuß vom 12.05.1998 bayernweit eingeführt wurde.

Kontakt:

Polizeipräsidium Oberpfalz

Am Protzenweiher 19

93059 Regensburg

Tel.: (0941) 506-2231

Fax.: (0941) 506-2239

E-Mail: josef.bachmaier@polizei.bayern.de

Polizeipräsidium Oberpfalz

Vorstellung des interaktiven polizeilichen Workshops zur Suchtprävention an Schulen mit der Ausrichtung der Erarbeitung von Lernzielen in Plan- und Rollenspielen bzw. Trainings.

Beabsichtigtes Ergebnis ist die Sensibilisierung der Teilnehmer hinsichtlich der Wirkung und Auswirkung von legalen/illegalen Drogen, sowie stoffungebundenen Suchtmitteln und -formen. Außerdem steht die Reflektion eigener Stärken und Schwächen zur Förderung eines positiven Selbstkonzeptes im Fokus.

Evaluation 2010/2011 durch die UNI Regensburg.

Kontakt:

Polizeipräsidium Oberpfalz

Am Protzenweiher 19

93059 Regensburg

Tel.: +49 (0941) 506-2230

Fax.: +49 (0941) 506-2239

E-Mail: johann.wenzl@polizei.bayern.de

Polizeipräsidium Schwaben Nord und Kriminalpräventiver Rat Augsburg

Das Polizeipräsidium Schwaben Nord und der Kriminalpräventive Rat Augsburg stellen ihre konzertierte Aktion zur Stärkung der Zivilcourage vor. Unter dem Motto „Zivilcourage zeigen Du kannst!“ schlossen sich das Polizeipräsidium Schwaben Nord, die Stadt Augsburg, die Landkreise Augsburg, Dillingen und Donau-Ries, die Förderagentur Augsburg, die Augsburger Verkehrsgesellschaft, der Augsburger Verkehrsverbund und der Seniorenbeirat zusammen und entwickelten neben einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne u. a. Kurse für die interessierte Bevölkerung, Fortbildungen für Beschäftigte des öffentlichen Nahverkehrs und Angebote für Jugendliche.

Ferner informieren die Kooperationspartner über ausgewählte Maßnahmen, wie

- „Wir schützen uns vor Schmutz im Netz“, ein Projekt für Grundschüler der vierten Klassen zum Umgang mit persönlichen Daten im Internet
- „Hinter Rosengittern über die Mitbetroffenheit von Kindern bei häuslicher Gewalt“, ein Fortbildungsangebot für Lehrkräfte, Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter
- „Clever im Alter“ eine Aktion zum Schutz von Senioren vor Enkel-, Bekannten- und Handwerkertricks, die sich sowohl an Banken als auch an die Öffentlichkeit richtet
- das Gesamtkonzept zur Alkoholprävention in Augsburg
- Fortbildungen und Informationen zum Thema „Skimming“.

Kontakt:

Polizeipräsidium Schwaben Nord

Gögginger Str. 43

86159 Augsburg

Tel.: 0821-3231310

Fax.: 0821-3231340

E-Mail: pp-swn.pp.e3@polizei.bayern.de

Polizeipräsidium Schwaben Süd/West

Präventionskonzept des Polizeipräsidiums Schwaben S/W und Vorstellung der Aktion „VOLLE KONTROLLE“

Ziel: Ich behalte die Kontrolle über meine Daten; im Internet, in sozialen Netzwerken (z.B. Facebook).

Zielgruppe: 5. Klasse

Leitung: Matthias Keßler, Lehrer für IT und Mathematik an der Realschule Marktoberdorf und Thomas Guggenmos, Präventionsbeamter der Polizeiinspektion Marktoberdorf

Durchführung:

Schritt 1: zu Beginn des Schuljahres lassen wir in den 5. Klassen einen Fragebogen ausfüllen. Abgefragt werden u.a. der Zugang zu PC und Handy, die tägliche Nutzungsdauer, die Verweildauer im Internet, das Kontrolliert werden durch die Eltern und auch das Angeben von persönlichen Daten wie Adressen, Telefonnummern usw. in Facebook.

Schritt 2: in einem Elternabend geben wir die Auswertung des Fragebogens an die Eltern weiter.

Schritt 3: jetzt erarbeiten wir mit den Schülern der 5. Klassen das Thema Daten. Was sind Daten? Gibt es verschiedene Arten von Daten? Wer darf welche Daten von mir wissen?

Schritt 4: wir lehren die Tutoren in den 9. und 10. Klassen den Umgang mit den Privatsphäreinstellungen in Facebook.

Schritt 5: die Tutoren geben das Erlernte an die Schüler der 5. Klassen weiter.

Eine über das gesamte Schuljahr bestehende Betreuung in Sachen „VOLLE KONTROLLE“ rundet das Projekt ab.

Kontakt:

Polizeiinspektion Marktoberdorf, Hr. Guggenmos
Meichelbeckstraße 42

87616 Marktoberdorf

Tel.: 08342/9604-63

E-Mail: thomas.guggenmos@polizei.bayern.de

Präventionsrat Bremerhaven

Der Präventionsrat Bremerhaven wurde im Jahr 1992 gegründet und hat mittlerweile mehr als 30 Mitglieder, welche die unterschiedlichsten Behörden, Institutionen und Interessenverbände Bremerhavens repräsentieren.

Zur erfolgreichen Arbeit des Präventionsrates gehört die mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention ausgezeichnete Aktion „Mut gegen Gewalt“. Mit dieser Aktion sollte - zunächst auf einen Stadtteil Bremerhavens begrenzt, aber mittlerweile auf die gesamte Stadt ausgedehnt - der Unkultur des Wegschauens durch die Stärkung der Zivilcourage entgegen getreten werden. Weitere herausragende Projekte sind beispielsweise die Initiierung einer Polizeipuppenbühne mit Stücken auch für Erwachsene sowie die Verleihung des Siegels „Gewaltfreie Schule“.

Auf dem Informationsstand wird die Entstehung des Präventionsrates Bremerhaven sowie seine derzeitige Arbeit dargestellt, was neben den oben genannten auch einige aktuelle, vom Präventionsrat initiierte bzw. geförderte Projekte umfasst. Darüber hinaus werden die wesentlichen Faktoren für eine erfolgreiche Arbeit aus Sicht des Präventionsrates Bremerhaven und seiner nunmehr 20-jährigen Erfahrung vorgestellt.

Kontakt:

Präventionsrat Bremerhaven
Hinrich-Schmalfeld-Str. 31
27576 Bremerhaven

Tel.: 0471-9531100

Fax.: 0471-9531109

E-Mail: praeventionsrat@bremerhaven.de

Präventionsrat Gelsenkirchen

Schwerpunktt Themen: Sicherheit im ÖPV „Älter werden - sicher unterwegs in Bus und Bahn“ -Zielgruppe Senioren-; „Schritt für Schritt“ -Zielgruppe Menschen mit Behinderung-; jugendl. Fahrzeugbegleiter (Deeskalation), Busschule; Zivilcourage, Krisensituation an Schulen

Kontakt:

Präventionsrat Gelsenkirchen
Rathausplatz 4
45894 Gelsenkirchen
Tel.: 0209-365-2214
Fax.: 0209-365-2219
E-Mail: ute.ritter@polizei.nrw.de
Webseite: <http://www.praege.de>

Präventionsrat Oldenburg (PRO)

Schüler und Schülerinnen der Berufsbildenden Schule 3 Oldenburg präsentieren die Arbeit des Präventionsrates ihrer Stadt. Im Rahmen eines Wettbewerbs des PRO wurden von mehreren Berufsschulklassen der Stadt Präventionsprojekte entwickelt und präsentiert. Die Klasse BGG1a hat den Wettbewerb für sich entschieden und nimmt am DPT teil. Sie werden dort auch ihre eigene Arbeit vorstellen.

Kontakt:

Präventionsrat Oldenburg (PRO)

Schlossplatz 26

26122 Oldenburg

Tel.: 0441-2353611

Fax.: 0441-2353612

E-Mail: praeventionsrat@stadt-oldenburg.de

Webseite: <http://www.pro-ol.de>

Präventionsrat Seevetal e.V.

Präsentation des Präventionsprojektes „Bunte Bahnhöfe Seevetal“. Dieses Projekt bezieht sich auch die drei Seevetaler Bahnhöfe im Einzugsbereich des Hamburger Verkehrsverbundes. Mit breiter Beteiligung der Bevölkerung und Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Seniorenheimen konnten diese unter der Federführung des Präventionsrates Seevetal e.V. mit vielen liebevoll gemalten oder gestalteten kleinen „Kunstwerken“ ausgestattet werden. Befestigt an den Bahnhofsfassaden bzw. Innenwänden sorgt diese farbenfrohe Ausstattung für einen deutlichen Vandalismusrückgang aber auch für ein verbessertes Sicherheitsgefühl der Fahrgäste auf den unbewachten Bahnhöfen.

Kontakt:

Präventionsrat Seevetal e.V.

Kirchstrasse 11

21218 Seevetal

E-Mail: h.wahne@rathaus-seevetal.deWebseite: <http://www.praeventionsrat-seevetal.de>

PräventSozial gemeinnützige GmbH

Zeugen- und Prozessbegleitung

In den letzten 25 Jahren hat sich die Zeugen- und Prozessbegleitung kontinuierlich weiterentwickelt. Seit etwa zehn Jahren gab es zunehmende Vernetzungen der einzelnen Projekte untereinander. Zeugen- und Prozessbegleitung findet justizfern, justiznah oder justizintern statt, mit regional ganz unterschiedlichen Finanzierungsgrundlagen und verschiedenem Angebotsumfang. Nicht zuletzt aufgrund der gesetzlichen Weiterentwicklung durch die Opferrechtsreformgesetze und die Aufnahme der psychosozialen Prozessbegleitung ins Gesetz, finden derzeit viele Diskussionen um Qualitätskriterien statt. Die Zeugen- und Prozessbegleitung hat inzwischen einen großen Erfahrungsschatz zur Anwendung von Zeugen- und Opferschutzmaßnahmen in Gerichtsverfahren. In vielen Gerichtsbezirken wird ihr zunehmende Akzeptanz und Wertschätzung entgegengebracht. Durch Information, Fachkompetenz und interdisziplinäre Zusammenarbeit werden Zeugen bei der Bewältigung von Prozessen unterstützt. NERO (Netzwerk engagierter Rechtsanwälte für Opferschutz) und

NEROkidz (engagierte Rechtsanwälte für Kinder und Jugendliche)

Rechtsanwälte beraten ehrenamtlich Gewaltopfer sowie junge Menschen in regelmäßigen Rechtssprechstunden oder telefonisch. Vernetzt mit psychosozialen Fachdiensten setzen sie sich durch Vorträge oder Pressearbeit für eine Weiterentwicklung im Opferschutz ein.

Kontakt:

Zeugenbegleitung bei der Bewährungshilfe Stuttgart e. V./

PräventSozial gemeinnützige GmbH

Archivstr. 15, 70182 Stuttgart

Tel.: 0711-212-3537

Fax.: 0711-2398850

E-Mail: neubauer@lgstuttgart.justiz.bwl.de

Webseite: <http://www.bewaehrungshilfe-stuttgart.de>

Projekt des Hessischen Kultusministeriums

Das im August 2007 von der Hessischen Landesregierung initiierte Projekt Gewaltprävention und Demokratie lernen (GuD) hat zum Ziel, Schulen bei der nachhaltigen Implementierung von gewaltpräventiven und demokratieförderlichen Programmen durch Fortbildung und Beratung zu unterstützen.

Die Fortbildungsangebote von GuD basieren auf Ideen der Partizipation, des Demokratie lernens und der Mediation, sind inhaltlich aufeinander abgestimmt und werden sowohl schulformspezifisch als auch schulformübergreifend angeboten. Praxisnähe und Umsetzbarkeit der Fortbildungsinhalte in den Schulalltag sind dabei von zentraler Bedeutung.

Durch unterschiedliche Beratungsangebote erhalten Schulen, d.h. Projektgruppen, Schulleitungen, Lehrer/innen sowie Sozialpädagogen/innen Anregungen, wie vorhandene Ansätze im Themenfeld „Gewaltprävention und Demokratie lernen“ in den schulischen Alltag integriert werden können, um Schulkultur und Arbeitsstrukturen weiterzuentwickeln.

GuD arbeitet in Hessen eng verzahnt mit dem buddY e.V. und unterstützt Schulen, die im Bereich Peer-learning arbeiten. Für Schulen, die im interministeriellen Projekt „PIT-Prävention im Team“ mitarbeiten, bietet GUD schulischen Teams projektbegleitende Beratung an. In der Kooperation mit dem ‚Netzwerk gegen Gewalt‘ wird vor allem auf regionaler Ebene inhaltlich-organisatorische Netzwerkarbeit zur Gewaltprävention vorangetrieben.

Kontakt:

Projekt des Hessischen Kultusministeriums
Frankfurter Str. 18 - 24
60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069-39898232
Fax.: 069-38989606
E-Mail: petra.becker@afl.hessen.de
Webseite: <http://www.gud.bildung.hessen.de>

Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein

Der Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein wurde im Oktober 1990 eingerichtet. Damit wurde nach ausländischem Vorbild eine Institution geschaffen, die in ihrer Arbeit die entscheidenden Aspekte wirkungsvoller Kriminalitätsverhütung fokussiert:

- die Reduzierung von Ursachen der Kriminalität und
- die Einbeziehung staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen und Institutionen weit über Polizei und Justiz hinaus

Aufgaben des Rates auf Landesebene sind

- die Einrichtung interdisziplinär und ressortübergreifend zusammengesetzter Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Vorschlägen und Konzepten zur Verhütung von Kriminalität für die Landesregierung sowie
- das Initiieren kommunaler Räte für Kriminalitätsverhütung, um gesamtgesellschaftliche Aktivitäten zur Verhütung von Kriminalität vor Ort zu bündeln und in kommunale Politik einfließen zu lassen.

Die wichtige Aufgabe der Politikberatung spiegelt sich insbesondere auch in den kriminalpräventiven Konzepten wider, die von den Arbeitsgruppen des Landesrates konzipiert worden sind (siehe <http://www.kriminalpraevention-sh.de>).

Seit dem 1. Januar 2009 befindet sich die „Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“ beim Rat für Kriminalitätsverhütung. Sie nimmt die Geschäftsführung des Beratungsnetzwerkes Schleswig-Holstein wahr. Das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ ist ein aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ bezahltes Projekt der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung und der freien Träger „Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V.“ sowie „Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein e.V.“ (siehe <http://www.beranet-sh.de>).

Kontakt:

Rat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Tel.: 0431-9883156

Fax.: 0431-9883104

E-Mail: RfK-SH@im.landsh.de

Webseite: <http://www.kriminalpraevention-sh.de>

Regiestelle „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“

Regiestelle „TOLERANZ FÖRDERN-KOMPETENZ STÄRKEN“ und „Initiative Demokratie Stärken „

Die Bundesregierung fördert Kinder und Jugendliche darin, sich aktiv für Toleranz und Dialogbereitschaft einzusetzen und stärkt somit die Demokratie in der Bundesrepublik. Zwei Programme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzen im präventiv-pädagogischen Bereich an, um jeglicher Form des Extremismus entgegenzuwirken.

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ setzt die erfolgreiche Arbeit der Vorgängerprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent.für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ fort. Es zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz zu fördern und somit Rechtsextremismus vorzubeugen.

Das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken „ setzt ebenfalls vorrangig im bildungsorientierten Bereich an und geht gegen Linksextremismus und islamistischen Extremismus vor. Hauptzielgruppen beider Bundesprogramme sind Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen und Multiplikatoren.

Kontakt:

Regiestelle „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und Regiestelle „Initiative Demokratie Stärken“

Spremlinger Str. 31, 02959 Schleife

Tel.: 035773 - 7399 0

Fax.: 035773 - 73 99 129

E-Mail: kirsten.penk@toleranz-foerdern.de

Webseite: www.toleranz-foerdern.de, www.demokratie-staerken.de

ReplayTheater e.V.

Wir stellen u.a. unser Theaterstück „Karlstraße-Alles was zählt“ vor und erläutern die Methodik des Replay Theaters, die für Prävention besonders gut geeignet ist, da ein hohes Maß an Nachhaltigkeit garantiert ist.

Das Replay Theater arbeitet mit Elementen des Forumtheaters. Gezeigt wird anfangs ein Theaterstück, das Problemsituationen aus dem Präventions-Bereich (z.B. Schulden, Gewalt, Mobbing, Drogen etc.) thematisiert. Die kurzen Replay Theaterstücke lassen Konflikte eskalieren und haben daher grundsätzlich kein Happy End. Aber: Sobald das Stück zu Ende ist, geht es eigentlich erst richtig los. Durch „Drücken der Replay-Taste“ wird das Publikum animiert, den Verlauf der Geschichte mit einem deutlichen „Stopp!“ zu unterbrechen und ins Geschehen aktiv einzugreifen - und zwar immer dann, wenn es den Eindruck hat „Hier hätte anders gehandelt werden können!“, „Hier könnte eine andere Reaktion oder Verhaltensweise zu einem völlig anderen, Handlungsverlauf führen!“. Auf diese Weise ändern die Zuschauer selbst sehr aktiv - sie übernehmen phasenweise die Rollen der Schauspieler - das Handlungsgeschehen und erfahren so auf spielerische Weise selbständig Entscheidungen zu treffen, die zu produktiven Lösungen führen.

Kontakt:

ReplayTheater e.V.

Postfach 151725

80050 München

Tel.: 0170.2016 928

E-Mail: info@replay-theater.de

Webseite: <http://www.replay-theater.de>

Runder Tisch gegen Gewalt in der Stadt Kempten

Runder Tisch gegen häusliche Gewalt in der Stadt Kempten
Der „Runde Tisch“ wurde 2003 seitens der Stadt Kempten zum Thema „Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes vor Ort“ ins Leben gerufen. Vertreten sind AnsprechpartnerInnen von Justiz, Polizei, Gleichstellungsstelle, Jugendamt, Frauennotruf und Frauenhaus. Erstes Resultat des Zusammenschlusses war die Einrichtung einer proaktiven Beratungsstelle.

Ein Thema des „Runden Tisches“ ist Öffentlichkeitsarbeit gegen Gewalt im sozialen Nahraum. Damit soll aufgezeigt werden, dass häusliche Gewalt keine Familienangelegenheit ist, sondern ein schwerwiegendes gesellschaftliches Problem darstellt.

Die auf der Messe vorgestellte T-Shirt-Aktion „A g´schtandner Ma´ mit Hirn im Grind, der schlägt koi Frau und au koi Kind“ war ein ganzes Jahr lang Themenschwerpunkt und hatte das Ziel, Männer wie Frauen aufzufordern, öffentlich Position gegen Gewalt zu beziehen und wie der Oberbürgermeister der Stadt Kempten treffend formulierte, „das T-Shirt zu tragen, um auf untragbare Zustände hinzuweisen“.

Die Kitteltaschenkartenaktion wurde mit freundlicher Genehmigung einer Idee des Präventiven Rates der Stadt Düsseldorf nachgeahmt. Mit den Karten soll medizinischem Personal der Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt erleichtert werden.

Besucher können sich am Infostand 396 über Planung, Umsetzung und Erfolg beider Projekte informieren.

Kontakt:

Polizeipräsidium Schwaben Süd/West
Auf der Breite 17
87439 Kempten
E-Mail: dagmar.bethke@polizei.bayern.de

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Im Dezember 2008 erfolgte die Gründung des Landespräventionsrates im Freistaat Sachsen (LPR). Ziel ist es, der Kooperation von staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen neue Impulse zu geben und allen relevanten Akteuren eine Informations- und Präsentationsplattform zu bieten, um so Synergieeffekte in der Präventionsarbeit auszulösen. Der Landespräventionsrat baut zum einen auf die bereits bestehenden Präventionsstrukturen und unterstützt gleichzeitig die weitere Netzbildung aller präventiven Kräfte im Land.

Beim sächsischen Staatsministerium des Innern wurde eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet.

Wesentliche Aufgaben des LPR sind u. a.:

- Koordination, Vernetzung und Ressourcenbündelung interdisziplinärer Präventionsaktivitäten
- Optimierung gesamtgesellschaftlicher Präventionsinitiativen auf Landesebene
- Beratung der Staatsregierung, der Ressorts und weiterer Träger der Präventionsarbeit, insbesondere der kommunalen Präventionsgremien
- Initiierung, Unterstützung und Koordinierung der kommunalen kriminalpräventiven Gremien in Landkreisen, Städten und Gemeinden

Koordinierung von landesweiten Fördermöglichkeiten und programmen.

Kontakt:

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden
E-Mail: ronald.boerner@smi.sachsen.de
Webseite: <http://www.lpr.sachsen.de>

Salfeld Computer GmbH

Die Salfeld Computer GmbH ist Hersteller des Software Programmes „Kindersicherung“, welches Eltern und Pädagogen die Möglichkeit gibt, Kindern einen kind- / und jugendgerechten Umgang mit dem Medium „PC“ und „Internet“ zu bieten.

Die mehrfach ausgezeichnete Software bietet verschiedene Zeitkontrollen und Möglichkeiten den PC Konsum sinnvoll zu gestalten. Ein Internetfilter schützt vor ungeeigneten Webinhalten.

Weitere Informationen zu dieser Software finden Sie auch unter www.kindersicherung.de

Kontakt:

Salfeld Computer GmbH
Tuchbleiche 15
72768 Reutlingen
Tel.: 07121-6227690
Fax.: 07121-6227694
E-Mail: info@salfeld.de
Webseite: <http://salfeld.de>

Seniorpartner in School e.V. - Bundesverband

Seniorpartner in School e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kindern und Jugendlichen in der Schule zu helfen, ihre Konflikte gewaltfrei zu lösen und ihre persönliche und soziale Kompetenz zu stärken. Dazu bilden wir Senioren zu Schulmediatoren aus. Unsere Mitglieder sind Menschen in der 3. Lebensphase, die ihre Zeit und Lebenserfahrung ehrenamtlich im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements einbringen. Durch diesen generationsübergreifenden Ansatz tragen wir zum besseren Verständnis zwischen Jung und Alt bei und zeigen Wege zur gewaltfreien Konfliktlösung an Schulen. Wir sind Preisträger des Deutschen Engagementpreises 2011 in der Kategorie „Engagement für Ältere“.

Kontakt:

Seniorpartner in School e.V. - Bundesverband

Breslauer Platz 1

12159 Berlin

Tel.: 06429-8290066

E-Mail: info@seniorpartnerinschool.de

Webseite: <http://www.seniorpartnerinschool.de>

Sicherheit in Rheine (SIR) - Ordnungspartnerschaft zwischen der Kreispolizeibehörde Steinfurt und der Stadt Rheine

„Kein Fahrrad ohne Nummernschild“

Ein Projekt des Gremiums SIR (Sicherheit in Rheine) in Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde Steinfurt zur Reduzierung der Fallzahlen und zur Steigerung der Aufklärungsquote im Deliktsbereich Fahrraddiebstahl.

Die Bekämpfung der Massenkriminalität ist ein wesentlicher Bestandteil des Sicherheitsprogramms der Kreispolizeibehörde Steinfurt. Dabei kommt der Reduzierung der Fallzahlen im Deliktsbereich Fahrraddiebstahl eine besondere Bedeutung zu.

Im hiesigen Bereich ist das Fahrrad wichtiger Bestandteil des Individualverkehrs und hat deshalb beim Bürger hohe Bedeutung.

Der Fahrraddiebstahl mit seinen hohen Fallzahlen stellt im Kreis Steinfurt und

insbesondere in der Stadt Rheine einen erheblichen Anteil an der Gesamtkriminalität dar.

Die Kreispolizeibehörde Steinfurt startete in Kooperation mit dem Gremium SIR ein Modellprojekt mit dem Ziel, den hohen Fallzahlen im Deliktsbereich Fahrraddiebstahl zu begegnen.

U.a. werden alle Fahrräder auf freiwilliger Basis in einer Datei registriert und mit einem Nummernschild in Form eines Aufklebers aus Spezialfolie gekennzeichnet.

Dadurch wird u.a. das Entdeckungsrisiko beim Täter deutlich erhöht.

Kontakt:

Kreispolizeibehörde Steinfurt - SAFE&Co.

Marktplatz 4

48431 Rheine

Tel.: 05971-938-5913

E-Mail: guido.wilke@polizei.nrw.de

Webseite: www.polizei.nrw.de/steinfurt

Sozialdienst katholischer Frauen Landesverband Bayern e. V.

Der Sozialdienst katholischer Frauen Landesverband Bayern e. V. (SkF Landesverband Bayern) ist als Frauenverband unter anderem im Bereich Schutz vor häuslicher Gewalt und der Straffälligenhilfe, vor allem für Frauen und deren Angehörige, tätig. Er wird auf dem Infostand diese Arbeitsfelder und die präventiven Angebote - Prävention bei häuslicher Gewalt Konzept für Schulen und die Vorbereitung inhaftierter Frauen auf die Haftentlassung und die nachgehende Betreuung, präsentieren.

Im Einzelnen werden schwerpunktmäßig vorgestellt das Projekt „PräGe - Prävention von häuslicher Gewalt - Konzept für die Arbeit an Schulen“ und im Rahmen der freien Straffälligenhilfe in Bayern das Projekt „Frei-Raum - ressourcenorientierte Vorbereitung auf die Haftentlassung für inhaftierte Frauen“.

Beide Projekte werden seit vielen Jahren erfolgreich vom SkF Landesverband Bayern umgesetzt. Am Infostand haben Sie darüberhinaus die Möglichkeit sich über die Arbeit des SkF in Bayern zu informieren und mit den Mitarbeiterinnen des SkF Landesverbandes und den Kolleginnen aus den Ortsvereinen über die Projekte und die weiteren Angebote in diesen Arbeitsbereichen ins Gespräch zu kommen.

Kontakt:

Sozialdienst katholischer Frauen Landesverband Bayern e. V.

Bavariaring 48

80336 München

E-Mail: wallner-moosreiner@skfbayern.de

Webseite: <http://www.skfbayern.de>

Staatsanwaltschaft Gera

Gemeinsame Präsentation der Jugendstationen Thüringens (Jugendstation Gera sowie Jugendstation Jena/Saale-Holzland-Kreis); erfolgreiche Zusammenarbeit der 3 Behörden Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe unter einem Dach; Vorteile des Arbeitsablaufs in der Jugendstation; statistische Erhebungen zur Delinquenz von Jugendlichen und Heranwachsenden sowie den strafrechtlichen Sanktionen, Öffentlichkeitsarbeit und sonstige präventive Maßnahmen.

Kontakt:

Staatsanwaltschaft Gera
Weg der Freundschaft 10
07546 Gera

Tel.: 0365/7735555

E-Mail: Edith.Berens-Mohrmann@stag.thueringen.de

stark zusammen - Präventionsnetzwerk des Landkreises Günzburg

Um durch vernetzte Arbeit leistungsfähige und zielorientierte Präventionsarbeit anbieten zu können, wurde im Landkreis Günzburg (BY) in den Arbeitsbereichen Sucht, Gewalt, Medienkompetenz und Jugendschutz das Netzwerk „stark zusammen“ gegründet.

Es besteht aus Fachkräften aus den Bereichen:

Kommunale Jugendarbeit, Jugendgerichtshilfe; Gesundheitsamt; Caritasverband für die Diözese Augsburg, Suchtberatungs- und Behandlungsstelle; Erziehungs- u. Jugendhilfeverbund Donau-Iller, Psychologische Beratungsstelle Erziehungs-, Jugend- und Familienberatung, „Hilfe bei sexueller Gewalt“, Günzburg der Katholische Jugendfürsorge (KJF) der Diözese Augsburg e. V.; Psychologischer Fachdienst, Förderungswerk Sankt Nikolaus; Dürrlauingen, KJF der Diözese Augsburg e.V. sowie der Kriminalpolizei Neu-Ulm, Beratungsstelle.

Die Angebote des Präventionsnetzwerkes erstrecken sich auf die:

- Schulung von Multiplikatoren
- direkte Arbeit mit Zielgruppen der Prävention (Durchführung von Modellprojekten, Präventionsveranstaltungen und Unterrichtseinheiten)
- Informationsveranstaltungen und Schulung von Eltern
- Erhaltung und Ausbau kommunaler Kooperationsstrukturen
- Öffentlichkeitsarbeit

Dabei werden Projekte und Programme für folgende Zielgruppen angeboten:

Kinder, Jugendliche, Eltern, Multiplikatoren in Bildungseinrichtungen, Jugendarbeit, Unternehmen und Betriebe.

Kontakt:

Präventionsnetzwerk „stark zusammen“

Hofgartenweg 8

89312 Günzburg

Tel.: 08221-95421

Fax.: 08221-95414

E-Mail: s.stadler@landkreis-guenzburg.de

Webseite: www.stark-zusammen.de

Stiftung Kriminalprävention - Deutscher Förderpreis Kriminalprävention

Deutscher Förderpreis Kriminalprävention

Die Stiftung Kriminalprävention prämiiert seit 2004 mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention die methodisch und inhaltlich besten Projekte Deutschlands im Bereich der Kriminalprävention.

Sie schafft mit den jährlichen Preisvergaben einen Anreiz für die Entwicklung und Durchführung lokaler/regionaler kriminalpräventiver Projekte. Gefördert werden dabei solche mit Modellcharakter, die einen systematisch entwickelten Ansatz vorweisen und deren Wirksamkeit nachgewiesen werden kann. Besonderer Wert wird auf gesamtgesellschaftliche Perspektiven gelegt.

Mit dem seit 2007 zusätzlich ausgelobten Städtepreis werden die Städte, Gemeinden oder Kreise als für Deutschland Beispiel gebend ausgezeichnet, die Kriminalprävention als einen Baustein hin zu einer lebenswerten Gesellschaft erkennen und fortlaufend verwenden.

Vertreter der Stiftung Kriminalprävention sowie einige der bisherigen Preisträger beantworten gerne Ihre Fragen:

Montag:

09.00h - 12.00h: Gerne daheim in Schweinfurt

12.00h - 15.00h: Balu und Du

13.00h - 14.00h: Spin

15.00h - 18.00h: Kelly Insel; Wer nichts tut, macht mit.

Dienstag

09.00h - 12.00h: Starkes Hainholz; PflegeNotTelefon

12.00h - 15.00h: Trainingskamp „Lothar Kannenberg“; Trouble Line

Kontakt:

Stiftung Kriminalprävention

Hansestraße 71 A

48165 Münster

Tel.: 02501-444714

E-Mail: fp@stiftung-kriminalpraevention.de

Webseite: <http://www.Stiftung-Kriminalpraevention.de>

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen wurde 2001 als Stiftung bürgerlichen Rechts von der Niedersächsischen Landesregierung eingerichtet. Sie gewährt Opfern von Straftaten außerhalb gesetzlicher Ansprüche und über die Leistungen anderer Opferhilfeeinrichtungen hinaus materielle Hilfen und fördert die Opferhilfe auch als gesamt gesellschaftliche Aufgabe.

Die 11 Opferhilfebüros in Niedersachsen leisten mit hauptamtlichen Fachkräften die notwendige respektvolle Unterstützung, Betreuung und Beratung der Opfer. Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen arbeitet in enger Kooperation mit dem WEISSEN RING e. V.. Andere wichtige Kooperationspartner sind z. B.: Polizei, Frauenhäuser, Netzwerke gegen Gewalt.

Als qualifizierte Diplom-Sozialpädagoginnen und Diplom-Sozialpädagogen bieten die Opferhelferinnen und Opferhelfer eine psychosoziale Beratung und Begleitung an.

Die Opferhelferinnen und Opferhelfer:

- leisten Krisenintervention
- begleiten Opferzeuginnen und -zeugen zu ihrer Zeugenaussage im Strafprozess
- begleiten zu Behörden, Ärztinnen und Ärzten,
- Anwältinnen und Anwälten oder zur Polizei
- unterstützen bei Anträgen
- vermitteln bei Bedarf weitergehende Hilfe und Beratung wie z. B. Traumaberatung oder Traumatherapie

Alle Hilfemöglichkeiten der Opferhilfebüros können auch von Opfern in Anspruch genommen werden, die keine Strafanzeige erstattet haben! Die Beratung erfolgt kostenlos, vertraulich, auf freiwilliger Basis und auf Wunsch anonym. Hausbesuche oder Beratungen an neutralen Orten sind möglich.

Kontakt:

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen

Richard-Wagner-Platz 1

26135 Oldenburg

E-Mail: derk.vanhove@justiz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.opferhilfe.niedersachsen.de>

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Die theaterpädagogische werkstatt gGmbH (tpw) entwickelt seit 1994 Präventionsprogramme zu Themen wie sexueller Missbrauch, Sucht, Gewalt und Rechtsradikalismus. Mit über 100 Mitarbeitern ist sie bundesweit und über die Grenzen Deutschlands hinweg bekannt. Bereits in unserem ersten Programm „Mein Körper gehört mir!“ haben wir das Thema sexuelle Gewalt aufgegriffen. Mittlerweile konnten an dem - 2011 mit der renommierten Comenius EduMedia Medaille ausgezeichneten Programm - gut 2 Millionen Kinder teilnehmen.

Ein Grund für die herausragende Stellung der tpw im Bereich Präventionstheater liegt in der intensiven Zusammenarbeit der tpw mit Pädagogen und Therapeuten. In enger Absprache mit diesen Fachleuten erfolgt die Konzeption und kontinuierliche Überarbeitung der Programme, sodass Erkenntnisse der Präventions- und Therapiearbeit bei der Aufnahme neuer Themen und Darstellungsformen Berücksichtigung finden.

Programme:

Nein-Gefühle: Die große Nein-Tonne, letztes Kindergartenjahr, 1. u. 2. Klasse

Sexuelle Gewalt: „Mein Körper gehört mir!“, 3. u. 4. Klasse

Sucht: „Natürlich bin ich stark!“, 6. - 8. Klasse

Gewalt: Große Klappe - stumme Schreie, ab 5. Klasse

Rechte Gewalt: Krampf. „rechtsradical - chic sie weg!“, ab 7. Klasse

Sexuelle Gewalt: „Ich werde es sagen!“, ab 9. Klasse

Sexuelle Übergriffe unter Jugendlichen: EinTritt ins Glück, ab 7. Kl.

Kontakt:

theaterpädagogische werkstatt gGmbH

Lange Straße 15 - 17

49080 Osnabrück

Tel.: 0541-5805463-0

Fax.: 0541-5805463-33

E-Mail: kontakt@tpw-osnabrueck.de

Webseite: <http://www.tpw-osnabrueck.de>

Triple P - Deutschland GmbH

Lieband gern erziehen mit Triple P

Das Positive Erziehungsprogramm ist ein wissenschaftlich fundierter und präventiv ausgerichteter Ansatz mit dem Ziel, die elterliche Beziehung- und Erziehungskompetenz zu stärken, um so die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Prävalenz und Inzidenz von emotionalen und Verhaltensauffälligkeiten können bei Kindern so effektiv gesenkt werden.

Der Mehrebenen-Ansatz umfasst verschiedene Angebote in unterschiedlichen Intensitäten und Modalitäten (Einzel, Gruppe, Selbsthilfe). Triple P gibt es für Eltern von Kindern bis 12 Jahren und für Eltern von Jugendlichen. Die Selbstregulation elterlichen Erziehungshandelns und das Prinzip der minimalen Intervention sind zentrale Konzepte des Ansatzes. Der multidisziplinäre und gemeindenaher Fokus ermöglicht eine große Breitenwirksamkeit und erlaubt niedrigschwellige, nicht stigmatisierende Angebote überall dort, wo Eltern sich mit ihren Fragen zur Erziehung hinwenden. Die Wirksamkeit der verschiedenen Angebote von Triple P wurde in mehr als hundert Studien belegt.

Triple P Deutschland präsentiert sich auf dem 17. Deutschen Präventionstag gemeinsam mit dem ebenfalls evaluierten Präventionsprogramm Papilio.

Kontakt:

Triple P - Deutschland GmbH
Nordstr. 22
48149 Münster
Tel.: 0251-518941
Fax.: 0251-20079200
E-Mail: busza@triplep.de
Webseite: <http://www.triplep.de>

Universität Erlangen

EFFEKT steht für „EntwicklungsFörderung in Familien: Eltern- und KinderTraining“ und setzt sich aus einem behavioralen Eltern- und zwei sozial-kognitiven Kindertrainings zusammen. Die Kurse können sowohl einzeln als auch in Kombination angewendet werden.

Die Kindertrainings („IKPL“ für Vorschüler und „TIP“ für Grundschüler) fördern die soziale Kompetenz und bewirken damit die Reduktion von Problemverhalten. Im Elterntraining „Förderung der Erziehungskompetenz“ lernen Eltern u.a. die Grundregeln positiver Erziehung und wie sie mit schwierigen Erziehungssituationen umgehen können. Die Wirksamkeit der Trainings ist wissenschaftlich nachgewiesen.

Die Universität Erlangen bietet für Mitarbeiter in sozialen Berufen Fortbildungen in den drei Trainings an. Jeder Teilnehmer erhält nach erfolgreichem Abschluss ein Zertifikat, das ihn zur eigenständigen Durchführung der Präventionskurse berechtigt.

Kontakt:

Universität Erlangen

Bismarckstr. 1

91054 Erlangen

Tel.: 09131-8522795

E-Mail: antje.klindworth@psy.phil.uni-erlangen.de

Webseite: <http://www.effekt-training.de>

Universitätsstadt Marburg

Gemeinsam erfolgreich im Jugendschutz und bei Alkoholmissbrauch im öffentlichen Raum

Projekt von Polizei, Ordnungs- und Jugendamt in Marburg

Das Thema Jugendschutz ist immer mehr in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt. Phänomene wie „Binge-Drinking, Komasaufen, Vorglühen“ beschäftigen Behörden zunehmend. Der jugendliche Alkoholkonsum verlagert sich in die Öffentlichkeit; die Flasche mit Alkohol wird zum stetigen Begleiter junger Menschen an öffentlichen Plätzen. Beschwerden über Pöbeleien, Lärm, Randalen, der Anstieg von Straftaten und exzessiver Alkoholenuss werden öffentlich diskutiert.

Polizei, Ordnungs- und Jugendamt haben sich zusammengeschlossen, um die Probleme gemeinsam in den Griff zu bekommen. Mit vornehmlich präventiven, aber auch repressiven Maßnahmen ist es gelungen, die Situation zu verbessern.

Jedes Problemfeld wird gemeinsam mit unterschiedlichen Lösungsansätzen diskutiert, wobei die Kombination von Erfahrung, Wissen und rechtlichen Möglichkeiten sehr hilfreich ist.

Neben gemeinsamen Kontrollen auf öffentlichen Flächen sowie Gaststätten, Beratung für Veranstalter, einem befristeten Alkohol- und Aufenthaltsverbot für Intensivstraftäter entstand die Idee, gemeinsame präventive Angebote zur Freizeitgestaltung, aber auch zur Aufklärung zu etablieren.

Die ungewöhnliche Kombination der Zusammenarbeit hat bereits zu überregionalem Interesse geführt.

Kontakt:

Universitätsstadt Marburg

Frauenbergstraße 35

35035 Marburg

Tel.: 06421-201294

Fax.: 06421-201593

E-Mail: ordnung@marburg-stadt.de

Webseite: www.marburg.de

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Klasse2000 - Stark und gesund in der Grundschule

Klasse2000 ist das bundesweit größte Programm zur Gesundheitsförderung, Gewalt- und Suchtvorbeugung in der Grundschule. Im Schuljahr 2010/11 beteiligten sich 16.000 Klassen mit mehr als 385.000 Kindern aus allen Bundesländern daran.

Klasse2000 begleitet die Kinder mit der Symbolfigur KLA-RO vier Jahre in der Grundschule. Das Programm fördert Gesundheits- und Lebenskompetenzen: Ernährung, Bewegung, Entspannung, Probleme und Konflikte lösen, Nein Sagen zu Tabak und Alkohol

Pro Schuljahr führen die Lehrkräfte ca. 12 Klasse2000-Stunden durch und erhalten dafür ausführliches und praxiserprobtes Unterrichtsmaterial. Weitere zwei bis drei Unterrichtseinheiten pro Schuljahr gestalten die Klasse2000-Gesundheitsförderer. Ihre Stunden sind Höhepunkte im Schulalltag, zumal die Gesundheitsförderer besonderes Material mitbringen (z.B. Atemtrainer, Gefühlbuch, Stethoskope, Schwungtuch für Kooperationsspiele etc).

Positive Wirkungen des Programms auf den Konsum von Tabak und Alkohol, auf Gesundheitswissen und bewusstsein und ein positives Klassenklima konnten durch eine Längsschnittstudie belegt werden.

Klasse2000 wird über Spenden finanziert, meist in Form von Patenschaften für einzelne Schulklassen (220 € pro Klasse und Schuljahr).

Kontakt:

Verein Programm Klasse2000 e.V.

Feldgasse 37

90489 Nürnberg

Tel.: 0911/89 121-0

Fax.: 0911/89 121-30

E-Mail: info@klasse2000.de

Webseite: <http://www.klasse2000.de>

Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der Kriminal- und Verkehrsprävention e. V. (VPKV)

„Die Faszination, die vom Puppenspiel ausgeht, trifft uns alle deswegen so tief, weil Wünsche und Phantasie, Gefühle und Vorstellungen nirgendwo sonst so unmittelbar angesprochen werden.“ Das Puppenspiel ist eine wissenschaftlich anerkannte Präventionsmethode in der Kriminal- und Verkehrsprävention. Bundesweit wird das Figurentheater überwiegend von Polizeibeamtinnen und -beamten eingesetzt. Diese Kolleginnen und Kollegen haben sich im „Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der Kriminal- und Verkehrsprävention e. V.“ (VPKV) zusammengeschlossen. Der VPKV hat sich die Förderung, die Fortbildung und die Qualitätssicherung im polizeilichen Puppenspiel zur Aufgabe gestellt. Er arbeitet ausschließlich ehrenamtlich und ist als gemeinnützig anerkannt. Nach wissenschaftl. Untersuchungen ist die Nachhaltigkeit des Puppenspiels zur Lernzielvermittlung besonders hoch. Bis zu 90 % der Zuschauer kann sich nach einem Jahr noch an das Puppenstück erinnern. Bei vielen hat sich das Puppenspiel ein Leben lang eingebrannt. Kein anderes Medium ist derart nachhaltig. Dies stellt aber an den Spieler oder die Spielerin sowie an die Spielstücke ganz besondere Ansprüche. Hierzu gehört eine fundierte Ausbildung genauso wie ein bedarfsorientiertes Fortbildungsprogramm. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, steht bei uns die Qualität der Arbeit mit an vorderster Stelle.

Kontakt:

Verein zur Förderung der Methode Puppenspiel in der
Kriminal- und Verkehrsprävention e. V. (VPKV)

Fauviller Ring 49

53501 Graftschaft

Tel.: 0151-11267633

E-Mail: michael.meyer@vpkv.de

Webseite: <http://www.vpkv.de>

Verkehrswacht Bochum e.V.

„Präventionsarbeit - Verkehrssicherheitsarbeit - für ältere Menschen und behinderte Menschen“

Zwei Projekte werden vorgestellt:

1. Älter werden sicher unterwegs in Bus und Bahn

Ein Projekt der Netzwerkpartner als präventive Reaktion auf den demografischen Wandel

Konzeptziel

Ziel ist die Erhöhung der objektiven Sicherheitslage und die Stärkung des subjektiven Sicherheitsempfindens älterer Menschen im öffentlichen Verkehrsraum.

Präventionsziel

Die Zielgruppe der älteren Menschen, die an den Präventionsveranstaltungen teilgenommen hat, kennt sowohl ihre alters-typischen Leistungseinschränkungen und einbußen als auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen für sicheres Verhalten im öffentlichen Verkehrsraum. Sie verhält sich sicherer und umsichtiger als Fußgänger und ÖPNV-Benutzer.

2. Schritt für Schritt - Menschen mit Handicap - sicher unterwegs zu mehr Mobilität

Die Netzwerkpartner Polizei Bochum, BOGESTRA, Verkehrswacht Bochum und Stadt Bochum haben nun ein zielgruppen-spezifisches Programm erstellt, welches auf die besonderen Bedürfnisse der Menschen mit geistiger oftmals verbunden mit körperlicher Behinderung eingeht.

Die Ziele der Verkehrsprävention sowie der Kriminalprävention werden dabei verfolgt.

Wichtige Inhalte wie der sichere Weg zur Haltestelle, das richtige Verhalten an der Haltestelle, beim Einstieg und im Verkehrsmittel sollen geübt werden.

Kontakt:

Verkehrswacht Bochum e.V.

Bergstraße 77, 44791 Bochum

Tel.: 0234-584140

Fax.: 0234-584108

E-Mail: info@verkehrswacht-bochum.de

Webseite: <http://www.verkehrswacht-bochum.de>

WEISSER RING e.V.

Kriminalitätsvorbeugung ist eine zentrale Aufgabe des WEISSEN RINGS, der seit mehr als 35 Jahren als einzige bundesweite Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer und ihre Angehörigen eintritt. Als gemeinnütziger Verein macht er sich für die Interessen der Betroffenen stark. Neben der Opferbetreuung hat der WEISSE RING auch die Kriminalprävention als Satzungsziel.

Der WEISSE RING informiert, klärt auf und setzt sich dafür ein, mehr öffentliche Mittel für die Kriminalitätsvorbeugung bereit zu stellen. Rund 3.000 Ehrenamtliche aus allen Altersklassen und aus unterschiedlichen Berufen stehen den Opfern und ihren Familien in bundesweit 420 Außenstellen zur Seite. Sie leisten menschlichen Beistand, persönliche Betreuung, geben Hilfestellung im Umgang mit den Behörden und helfen so bei der Bewältigung der Tatfolgen. Der WEISSE RING zählt etwa 55.000 Mitglieder.

Ein sichtbares Zeichen für mehr Zivilcourage und mehr Hilfsbereitschaft gegenüber den Opfern von Kriminalität und Gewalt setzt der WEISSE RING mit der bundesweiten Infokampagne „Zeig Zivilcourage!“. Mit der Warnschild-Aktion „Stopp dem Diebstahl“ ruft der WEISSE RING die Bevölkerung zu mehr Aufmerksamkeit auf. Die Projekte „Sportler setzen Zeichen“ und weitere Kooperationsprojekte sind für Jugendliche entwickelt worden, um sie vor Kriminalität und den Folgen zu schützen.

Kontakt:

WEISSER RING e. V.

Weberstr. 16

55130 Mainz

Tel.: 06131-8303-0

Fax.: 06131-8303-45

E-Mail: info@weisser-ring.deWebseite: <http://www.weisser-ring.de>

Infomobile

Ausstellende Institutionen	Seite
Landeskriminalamt Baden-Württemberg	496
Polizei Hessen	497
Polizeipräsidium München	498
Polizeipräsidium München - Kommissariat 105	499
Polizeipräsidium München - Kommissariat 105	500
Stadtsporbund Düsseldorf e.V.	501

Landeskriminalamt Baden-Württemberg**Linienbus zur „Aktion-tu-was“****BUS WIRD ZUR THEATERBÜHNE**

Eine Kooperation zwischen der Zentralstelle Prävention beim LKA und der KEV-BW (Koordinierungs- und Entwicklungsstelle Verkehrsprävention Baden-Württemberg).

Ein mit der „Aktion-tu-was - Initiative zu mehr Zivilcourage“ beklebter Linienbus, wie ihn Schüler/-innen täglich benutzen: Bekannte Situationen - in einem Bus oder in einer U-Bahn kommt es zum Konflikt. Es wird laut. Betretene Gesichter wo man hinschaut und die Lage spitzt sich zu.

- Wann muss ich eingreifen?
- Was kann ich tun?
- Wie vermeide ich, dass ich mich selbst in Gefahr bringe?
- Wie gebe ich richtig einen Notruf ab?

Gespielt werden kritische Situationen, die jeder Zeit in öffentlichen Verkehrsmitteln entstehen können. Die Schüler sind eingeladen, aktiv in die Szenen einzugreifen und durch ihr Handeln eine neue Wendung herbei zu führen. So kann couragiertes Verhalten ausprobiert, erlernt und auf seine Wirksamkeit getestet werden.

Theater Q-rage, Ludwigsburg

AUFFÜHRUNGSZEITEN:

Montag, 16. April 2012 - 14:00 / 15:30 / 17:00 Uhr

Dienstag, 17. April 2012 - 09:30 / 10:30 / 13:00 Uhr

Dauer: jeweils ca. 30 Minuten

AUFFÜHRUNGORT: Vor dem Haupteingang des ICM, „Linienbus zur Aktion-tu-was“

Neben dem Bus präsentiert die KEV-BW Mitmach-Angebote zu Themen „rund um den MIT-Fahrer“ und Infos zum Projekt Schüler-FAIR-kehr.

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Taubenheimstraße 85, 70372 Stuttgart

Tel.: 0711-54013458

Fax.: 0711-54013455

E-Mail: praevention@polizei.bwl.de

Webseite: www.polizei-bw.de/praevention www.gib-acht-im-verkehr.de

Polizei Hessen

Präventionsmobil der hessischen Polizei

Die hessische Polizei ist bürgernah. Ein wichtiger Bestandteil der polizeilichen Präventionsarbeit ist der enge Kontakt zu den Bürgern und deren Information über Möglichkeiten der Prävention. Das Präventionsmobil bietet optimale Voraussetzungen für den direkten Dialog mit dem Bürger. Es garantiert eine innovative Darstellung der Polizei Hessen gemäß dem Motto: Kompetent - modern und zukunftsorientiert. Das Präventionsmobil ist eine konsequente Ergänzung der regionalen Beratungsstellen in den einzelnen Polizeipräsidien in Hessen.

Ein Informationsservice - gerade im ländlichen Bereich - wird durch dieses Fahrzeug vor Ort in der Nähe des Wohnortes angeboten. Die Themen sind variabel darstellbar. Auf dem 17. Deutschen Präventionstag wird den Besuchern die Arbeit der hessischen Polizei im Bereich der Verkehrsprävention näher gebracht.

Kontakt:

Hessisches Landeskriminalamt

Hölderlinstr. 1-5

65187 Wiesbaden

Tel.: 0611-83-0

E-Mail: servicestelle.hlka@polizei.hessen.de

Polizeipräsidium München

Fahrsimulator (Reaktionstest)

Der Proband findet sich im Fahrsimulator (Reaktionstestgerät) bei der virtuellen Fahrt auf einer softwarebedingt vorgegebenen Strecke im Stadtverkehr München wieder. Seine Aufgabe besteht darin, eine vorprogrammierte Gefahrensituation durch eine Vollbremsung zu meistern. Aufgabe des Moderators der Verkehrspolizei ist es, anhand einer Grafik, die sich im Anschluss an jede Fahrt zeigt, die für jeden Fahrer individuellen Werte (Reaktionszeit / -weg, Bremsdruck / entsprechender Bremsweg / gesamter Anhalteweg) zu analysieren und die Folgen in der Verkehrswirklichkeit zu verdeutlichen.

Mit Hilfe dieser Grafik kann man sehr anschaulich belegen, dass der Gesamtanhalteweg entscheidend von der gefahrenen Geschwindigkeit abhängig ist. Schon eine geringfügige Erhöhung der Geschwindigkeit hat eine deutliche Verlängerung des Anhaltewegs zur Folge, und das kann den Ausschlag geben, ob im realen Verkehr eine Gefahrensituation noch bewältigt werden kann oder ob es evtl. zu einem Unfall kommt.

Diese physikalischen Gegebenheiten bewusst zu machen, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg, Verkehrsteilnehmer für das Thema Geschwindigkeit zu sensibilisieren.

Ziel ist es, dass jeder Fahrer zu der Einsicht gelangt, dass er durch verantwortungsbewusste und eine den jeweiligen Verkehrsverhältnissen angepasste Geschwindigkeit einen großen Beitrag zur allgemeinen Verkehrssicherheit leisten kann.

Kontakt:

Polizeipräsidium München, Verkehrspolizeiinspektion
Verkehrserziehung und -aufklärung
Tegernseer Landstr. 222
81549 München

Tel.: 089-62163619

Fax.: 089-62163628

E-Mail: pp-mue.muenchen.vpi-ve@polizei.bayern.de

Webseite: <http://www.polizei.bayern.de/muenchen/schuetzenvorbeugen>

Polizeipräsidium München - Kommissariat 105

Technische Prävention beim Polizeiprä- sidium München – ROSI

Das Präventionskommissariat 105 bietet als kriminalpolizeiliche Beratungsstelle beim Polizeipräsidium München allen Bürgern eine individuelle, kostenfreie und neutrale sicherheitstechnische Beratung zum Thema Einbruchschutz. Zusätzlich werden Schwachstellenanalysen und Sicherheitskonzepte auch für öffentliche und private Einrichtungen erstellt. Daneben bieten die Fachberater Vorträge und Informationsveranstaltungen zu allen sicherheitstechnischen Fragen für Bürger, Firmen und Behörden an.

Ein Teil der Beratungen findet in den eigenen Räumen statt. Dort können sich die Ratsuchenden anhand aktueller Schaustücke informieren.

Den Schwerpunkt bildet jedoch die Beratung vor Ort, die seit einem Jahr mit dem nach neuestem technischen Standard ausgerüsteten Infomobil durchgeführt werden kann - dem rollenden Sicherheitsberater „RoSi“. Das Fahrzeug wird im Rahmen des Deutschen Präventionstages den Besuchern präsentiert.

Kontakt:

Polizeipräsidium München - Kommissariat 105

Bayerstr. 35 - 37

80335 München

Tel.: 089-2910 3430

Fax.: 089-2910 4400

E-Mail: pp-mue.muenchen.k105@polizei.bayern.de

Webseite: www.polizei.bayern.de/muenchen

Polizeipräsidium München - Kommissariat 105

Kriminalprävention beim Polizeipräsidium München

Das Kommissariat 105 für Prävention und Opferschutz präsentiert an seinem Infostand das neue „Eventmobil - den Schanderl-Bus“. Das nach modernen Standards konzipierte Fahrzeug dient sowohl der Öffentlichkeitsarbeit des Kommissariats als auch den 48 Münchner Jugendbeamten für Veranstaltungen. Zusätzlich zum rollenden Sicherheitsberater „RoSi“ für die technische Beratung steht damit ein Fahrzeug für die Kinder- und Jugendprävention vor Ort zur Verfügung.

Am Informationsstand wird neben dem Bus das gesamte Spektrum der Münchner Kriminalprävention vorgestellt:

- Verhaltensorientierte Prävention zu Themen wie Zivilcourage, Sucht / Drogen, Häusliche Gewalt, Sexualstraftaten, Sexueller Missbrauch von Kindern, Jugendkriminalität, Sekten / Okkultismus, Stalking, Neue Medien, Senioren
- Kinder- und Jugendprävention mit den Kursangeboten für Selbstbehauptung und Zivilcourage „aufschau“ und zammgrauff“ sowie für Sucht- und Drogenprävention „Saubaleim“
- Opferschutz und -beratung mit seinem wirkungsvollen Netzwerk „MUM“
- Technische Beratung mit dem Hinweis auf den Rollenden Sicherheitsberater „RoSi“ im Eingangsbereich des ICM

Kontakt:

Polizeipräsidium München - Kommissariat 105

Bayerstr. 35 - 37

80335 München

Tel.: 089-2910 4444

Fax.: 089-2910 4400

E-Mail: pp-mue.muenchen.k105@polizei.bayern.de

Webseite: www.polizei.bayern.de/muenchen

Stadtsporbund Düsseldorf e.V.

Sportactionbus

Der Sportactionbus startete im Jahr 1999 als Projekt des Stadtsporbundes Düsseldorf e.V. in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Landeshauptstadt Düsseldorf. Heute ist er eine anerkannte mobile Jugendfreizeiteinrichtung. Der Sportactionbus trägt im Rahmen der gesamtstädtischen Bemühungen in Düsseldorf zur Gewaltprävention bei.

Schwerpunkte der Arbeit der mobilen Jugendfreizeiteinrichtung sind die Integration von Kindern und Jugendlichen in bestehende Sozialstrukturen durch gezielte pädagogische und sportpraktische Maßnahmen sowie die Anleitung zur sinnvollen Freizeitgestaltung.

Der Sportactionbus wird an seinem Infomobil in München die verschiedenen Facetten seiner Einsatzbereiche mit Hilfe von diversen Medien (Beamer, Handouts und Plakatwänden) vorstellen. Dazu gehören z.B. erlebnispädagogische Coolnesstrainings (Anti-Gewalttrainings) für Sportvereine und alle Einrichtungen der Jugendhilfe, Einsätze und Projekte an Schulen, aufsuchende Arbeit in sozialen Brennpunkten, Abenteuersportangebote in der Offenen Ganztagschule usw.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite: www.sportactionbus.de

Außerdem finden an dem Infomobil einige kleinere Aktionen zum Mitmachen und Ausprobieren statt, z.B. Geschicklichkeitsparcours o.ä.

Kontakt:

Stadtsporbund Düsseldorf e.V.

Arena-Str. 1

40474 Düsseldorf

E-Mail: sportactionbus@ssbduesseldorf.de

Webseite: <http://www.ssbduesseldorf.de>

Sonderausstellungen

Ausstellende Institutionen	Seite
Plakatausstellung zur Geschichte der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland	504
Wanderausstellung „Blick dahinter - Häusliche Gewalt gegen Frauen“	505
CoWa - Contra Wanderausstellung	506
Knast trotz Jugendhilfe? -Antworten Sie auf Botschaften junger Strafgefangener aus Wiesbaden	507
Kreativ im Knast - Knastkultur	508
Wanderausstellung „Internet – Ort der unbegrenzten Möglichkeiten!?“	509
Verfassungsschutz gegen Extremismus - Demokratie schützen vor Rechts- und Linksextremismus	510
Tatort Jugendzimmer	511
Goslarer Zivilcouragekampagne (GZK) „Ruft 110!“	512

Plakatausstellung zur Geschichte der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland

Wenngleich sich die präventive Botschaft im Wesentlichen bis heute nicht verändert hat, so haben sich doch die Medien und die Bandbreite der Möglichkeiten der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahrzehnten erheblich weiterentwickelt.

Bereits 1964 erfolgte durch „Tipps zum Schutz vor Eigentumsdelikten und anderen Straftaten“ die erste öffentlichkeitswirksame Umsetzung des Gedankens der aufklärenden Vorbeugung durch das Bayerische Landeskriminalamt. Damals waren ganz überwiegend Plakate, Faltblätter und Presseveröffentlichungen die Träger der Präventionsbotschaften.

Unter dem Einfluss mehrerer Werbeagenturen und dem jeweiligen Zeitgeist entsprechend präsentierte sich das länderübergreifende Vorbeugungsprogramm der Polizei in den Jahren danach in den unterschiedlichsten Facetten der Öffentlichkeit. Mit der letzten Neuausrichtung im Jahre 1997 entstand das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK).

Die mehr als 40-jährige Geschichte der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit der Polizei in Deutschland wird auf dem 17. Deutschen Präventionstag in München durch eine vom Bayerischen Landeskriminalamt zusammengestellte Plakatausstellung beispielhaft dargestellt.

Wanderausstellung „Blick dahinter - Häusliche Gewalt gegen Frauen“

Die Wanderausstellung „Blick dahinter Häusliche Gewalt gegen Frauen“ wurde am 4.7.2011 durch Frau Staatsministerin Christine Haderthauer in München eröffnet; seitdem tourt sie durch Bayern.

Mit der in fachlicher Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Bayern entstandenen Wanderausstellung zum Thema Häusliche Gewalt bringt die Bayerische Staatsregierung ein heikles Thema in die Öffentlichkeit, das sich durch alle Schichten und Altersgruppen zieht. Die Ausstellung informiert ohne zu schockieren. Anschaulich und sensibel vermitteln so genannte Lenticularwände („Wackelbilder“) Schein und Wirklichkeit in verschiedenen Alltagssituationen. Ergänzende Texte verdeutlichen Ursachen und Folgen der Gewalt. Wer im wahrsten Sinne des Wortes einen Blick „unter den Teppich“ wagt, erfährt etwas über die so genannte Gewaltspirale. Zusätzlich können die Besucherinnen und Besucher in einem ausliegenden Tagebuch blättern. Neben diesen optischen Anreizen spricht die Ausstellung auch den Hörsinn an: Betroffene Frauen und deren Kinder erzählen an Hörstationen ihre persönlichen Geschichten.

Darüber hinaus bietet eine Informationssäule wichtiges Hintergrundwissen über die Gesetzeslage und bestehende auch regionale Hilfsangebote.

Ausführlichere Informationen gibt es in einer Begleitbroschüre oder im Internet unter www.blick-dahinter.bayern.de

Kontakt:

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Winzererstraße 9

80797 München

E-Mail: referat-A5@stmas.bayern.de

Webseite: <http://www.blick-dahinter.bayern.de>

CoWa - Contra Wanderausstellung

Die CoWa ist eine Wanderausstellung zum Thema Rechts-
extremismus. Sie wurde innerhalb einer Projektwoche einer
Schule für ErzieherInnen 2010 entwickelt. Dazu wurden aus
dem gesamten Bundesgebiet Referenten eingeladen, die die
500 SchülerInnen in 16 Workshops zu den verschiedenen
Themenfeldern informierten, sodass diese anschließend die
Inhalte zusammenfassten und sie mit Hilfe des Fachbereichs
Designpädagogik der Uni Vechta auf Reboard Platten ge-
druckt werden konnten. Finanziert wurde das Projekt von
vielen Institutionen und Stiftungen, wie z.B. auch der Doris-
Wuppermann-Stiftung aus München, der Otto-Brenner-Stif-
tung oder der Stadt Vechta.

Kontakt:

ContRa e.V.

Falkenrotter Str. 46a

49377 Vechta

Tel.: 0176 / 20 34 32 90

E-Mail: s.ramnitz@gmail.com

Webseite: <http://Www.contra-Rassismus.de>

Knast trotz Jugendhilfe? -Antworten Sie auf Botschaften junger Strafgefangener aus Wiesbaden

Bei dieser interaktiven Projektpräsentation kann auf bildnerisch gestaltete Botschaften junger Strafgefangener aus Wiesbaden an die Jugendhilfe und Jugendpolitik u.a. zu den Themen Familie, Schule, Jugendamt, Heimerziehung, Erzieher, Sozialarbeiter, Drogen, Strafen sowie auf ihre Präventionstexte für Schülerinnen und Schüler schriftlich geantwortet werden - nur mit Alter und Vorname unterschrieben. Diese Briefe werden über die zuständigen Sozialdienste der JVA den inhaftierten Projektmitarbeitern zugeleitet und in Einzel- oder Gruppengesprächen mit ihnen besprochen. Ziel des Projektes ist es, die individuellen Erfahrungen der jungen Straftäter als eine Ressource für eine innovative Jugendhilfe zu nutzen und sie dabei erfahren zu lassen, das sie nicht nur Objekte der Reglementierung, Hilfe und Förderung sind, sondern auch so gebraucht werden, wie sie sind. Die Vernetzung mit verschiedensten regionalen und überregionalen Schulen und Ausbildungsinstituten weitet sich aus, auch der Jugendarrest in Ludwigshafen nutzt bereits seit mehreren Jahren diese Dialogform für seine Arrestanten. - Das Projekt ist seit 2000 kommunalpolitisch integriert in die AG Partizipation des Jugendhilfeausschusses. 2006 hat es in Berlin den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis, 2009 den Wiesbadener und 2010 den Hessischen Integrationspreis erhalten.

Kontakt:

HUjA e.V.

Franz Abt Str. 5

65193 Wiesbaden

Tel.: 0611-523349

E-Mail: Arnd.U.R.Richter@web.de

Webseite: <http://entfällt>

Kreativ im Knast - Knastkultur

Ausgestellt werden verschiedene Kunstwerke aus unterschiedlichen Justizvollzugsanstalten, die dort von Inhaftierten erstellt wurden. Dabei handelt es sich nicht nur um Bilder, sondern auch um Skulpturen. Diese Ausstellung findet im Rahmen des Projektes Knastkultur statt. Auf dieser Internetseite werden vielseitige kreative Projekte dargestellt. Inhaftierte bekommen so die Möglichkeit eigene kreative Ressourcen der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Weitere Informationen: www.knastkultur.de

Kontakt:

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
E-Mail: nicole.sonnenbaum@jva-herford.nrw.de
Webseite: <http://www.knastkultur.de>

Wanderausstellung „Internet Ort der unbegrenzten Möglichkeiten!?“

Die von der Kreispolizeibehörde Paderborn und dem „Ver- ein zur Förderung der kommunalen Kriminalprävention in Paderborn e.V.“ konzipierte Wander-Ausstellung „Internet Ort der unbegrenzten Möglichkeiten!?“ richtet sich an den privaten IT-Nutzer. Es werden insbesondere die Deliktfelder der Computer- und Internetkriminalität angesprochen, die in der örtlichen Kriminalstatistik ein wachsendes Problemfeld darstellen. Neben der technischen Absicherung stehen ver- haltenspräventive Informationen im Vordergrund.

Als Medium dienen 12 Stellwände DIN A0 und ein Videoab- spielgerät mit verschiedenen Kurzvideos.

Weiterer Bestandteil der Ausstellung sind 7 Gemälde des „Offenen Ateliers der Kulturwerkstatt Paderborn“. Sie dienen als Blickfang und stellen verschiedene Begrifflichkeiten aus der IT-Welt dar (z.B. Netzwerk, Windows, Hacker).

Bei der Konzeption der Ausstellung wurde Wert darauf ge- legt, die örtlichen Netzwerkpartner (Heinz-Nixdorf-Museums- forum, Computerbibliothek, Verbraucherzentrale, Weisser Ring) zu involvieren, um nicht nur polizeiliches Know-How zu vermitteln.

Bereits im Jahre 2010 konnte die Polizei Paderborn mit einer ähnlich konzipierten Ausstellung mit dem Thema „Kriminali- tät zum Nachteil von Senioren“ überaus positive Erfahrun- gen sammeln. Die neue (Folge-) Ausstellung wird im ersten Quartal 2012 eröffnet und wandert dann durch alle Städte und Gemeinden im Kreis

Kontakt:

Kreispolizeibehörde Paderborn
Riemekestraße 60-62
33102 Paderborn

Tel.: 05251-3063900

E-Mail: kriminalitaetsvorbeugung.paderborn@polizei.nrw.de

Verfassungsschutz gegen Extremismus - Demokratie schützen vor Rechts- und Linksextremismus

Die Wanderausstellung des Niedersächsischen Verfassungsschutzes gibt einen Überblick über die aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Ein kurzer Film führt in das Thema der Ausstellung ein und vermittelt einen Eindruck von den jüngeren Entwicklungen der rechtsextremistischen Szene. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen Beispiele rechtsextremistischer Musik und Propaganda. So wird eine Auswahl von rechtsextremistischen Musikstücken unterschiedlicher Stilrichtungen mit Liedtexten, CD-Illustrationen, Kurzprofilen der Bands sowie Angaben über Indizierung und strafrechtliche Relevanz der Texte präsentiert. Dem Besucher wird die in den Texten oft verklausulierte menschenverachtende Ideologie erläutert. Gerade weil Musik auf emotionale Wirkung zielt und Tabus bricht, ist sie für Jugendliche verführerisch.

Ein weiterer Medienturm mit Einführungsvideo sowie fünf Schautafeln thematisieren den Linksextremismus. Hauptthemen sind die Gewaltbereitschaft von Autonomen und die Versuche von linksextremistischen Parteien, die Freiheitliche Demokratische Grundordnung in Frage zu stellen.

Kontakt:

Niedersächsischer Verfassungsschutz

Büttnerstraße 28

30165 Hannover

E-Mail: Anke.Klein@verfassungsschutz.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de>

Tatort Jugendzimmer

Im so genannten „Jugendzimmer“ der Polizeidirektion Friedrichshafen sind in einem real und lebensecht nachgebauten Jugendzimmer eine Vielzahl von Gegenständen, die entweder verdächtig, verboten, auf eine strafbare Handlung schließen lassen oder Indiz für eine mögliche Straftat sind, ausgelegt oder situationsgerecht versteckt.

Die Eltern und Lehrer werden durch das Zimmer geführt und erkennen vielleicht erst einmal wenig. Erst nach einiger Zeit schärft sich der Blick. Auch durch die Erläuterungen der Beamten wird bald klar, um was es geht. Um den „kriminalistischen Blick“ der Besucherinnen und Besucher etwas zu unterstützen, haben die Beamten sogenannte „Tatorttafeln“ (Nr. 1-20) an den Gegenständen angebracht. Denn für Eltern ist es oft schwierig, im Jugendzimmer der eigenen Kinder genau die Gegenstände herauszufinden, die eine Gefahr darstellen könnten. Im Jugendzimmer werden viele Deliktsarten oder Situationen angesprochen. Dabei geht es beispielsweise um Drogen, Alkohol, jugendtypische Waffen, verbotene Waffen, Internetkriminalität, Rechtsradikalismus, Einbruch, Raubdelikte, Graffiti oder Straftaten rund ums Handy.

Kontakt:

Polizeidirektion Friedrichshafen
Ehlersstr. 15
88045 Friedrichshafen
Tel.: 07541-701-1510
E-Mail: peter.koestlinger@polizei.bwl.de

Goslarer Zivilcouragekampagne (GZK) „Ruft 110!“

Auf dem Papier ist jeder mutig, wie eine Studie der Universität Göttingen belegt.

In der Realität ist die Bereitschaft der Bevölkerung, Zivilcourage zu zeigen, jedoch eher gering. Dies belegen die Ergebnisse der Wissenschaftler. Schwere Straftaten im öffentlichen Raum, verbunden mit dem tragischen Tod des Helfers Dominik Brunner, sind zudem nicht dazu angetan, Ehrenamtlichen Mut zum Eingreifen bei Gewalttaten zu machen.

Um aufzuklären und zu zeigen wie man richtig hilft, ohne sich in Gefahr zu bringen, haben die Polizeiinspektion Goslar, die Goslarsche Zeitung, der WEISSE RING, das Studio „Photogeno“ und das Cineplexkino die bundesweit einmalige Zivilcourage-kampagne initiiert. Gemeinsam wollen wir eine Trendwende zum „hinsehen, handeln und helfen“ erreichen, indem Vorbilder der Kampagne ein Gesicht geben und mit kurzen Statements die Kultur des Hinsehens stärken.

In der Ausstellung finden Sie mehr als 50 Aktionsplakate, eindrucksvoll von der Portraitfotografin Heike Göttert in Szene gesetzt, u.a. mit Schauspielern wie Ralf Möller, Jan Fedder, Nina Petri, Heinz Hoenig oder Sportlern wie Boxweltmeisterin Regina Halmich, Fußball-, Football- u. Basketballbundesligaspielern.

Neben Politikern, wie David McAllister, Sigmar Gabriel, machen sich Dr. h. c. Joachim Gauck oder FIFA Schiedsrichterin Bibiana Steinhaus für Zivilcourage, in Kooperation mit der Aktion Tu-was-de, stark.

Kontakt:

Polizeiinspektion Goslar

Heinrich-Pieper-Str. 1

38640 Goslar

Tel.: 0171-5301286

Fax.: 05321-339407

E-Mail: guenter.koschig@polizei.niedersachsen.de

Webseite: <http://www.polizei-goslar.de>

Posterpräsentationen

Alphabetische Liste aller Institutionen mit einer Posterpräsentation

	Seite
Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik	516
Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden	517
Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.	518
DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik	519
Dejan Pavlovic*	520
European Forum for Urban Security (EFUS)	521
FH Jena	522
Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R. gegen-missbrauch e. V.	523 524
Gewalt Akademie Villigst	525
Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)	526
HUjA e.V.	527
Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.	528
InSTEP-Weiterbildungsinstitut*	529
Institut für Prävention und Frühintervention im Kindes- und Jugendalter	530,531
Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede	532,533
Landeshauptstadt München	534
Landespräventionsrat Niedersachsen und Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaft	535
Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)	536
M-Services Bernhard Mitterhuber*	537
nexus Institut e.V.	538

Posterpräsentationen

	Seite
Polizeidirektion Sachsen Anhalt Nord	539
ReplayTheater e.V.	540
SIUS Consulting*	541
Sportjugend des Landessportbundes Rheinland-Pfalz	543
TU Braunschweig, Institut für Psychologie	544
Universität Regensburg	545
Universitätsklinikum Heidelberg	546
Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP)	547
Verein für soziale Rechtspflege Dresden e. V.	548

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.

Ziel der Posterpräsentationen ist es, ein Format für prägnante Kurzdarstellungen von Projekten, Institutionen bzw. Arbeitsschwerpunkten zu geben. Ergänzend zu Vorträgen oder Informationsständen in der Ausstellung soll mit der Posterpräsentation eine zusätzliche Möglichkeit für Information, Austausch und Benchmarking geschaffen werden.

Die Posterpräsentationen finden Sie in der Halle B0 während des gesamten Kongresses. Die Anbieter der Poster stehen am Montag, 16.04.2012 in der Zeit von 13:00 bis 14:00 Uhr und am Dienstag, 17.04.2012 in der Zeit von 11:30 bis 12:30 Uhr für Gespräche mit interessierten Kongressteilnehmenden zur Verfügung.

Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik

Human Law. Das demokratische Miteinander im interkulturellen Alltag lernen.

„Du hast ein Kind und ich habe ein Kind. Kannst du dir vorstellen, dass unsere Kinder Freunde werden?“ Minutenlange Stille im überfüllten Schwurgerichtssaal. Ausgerechnet der Schwarzafrikaner, der Opfer des feigen, lebensgefährlichen Überfalls wegen seiner dunklen Hautfarbe geworden war, richtete diese Friedensbotschaft an „seinen“ Täter.

Nicht nur Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gier sind Auslöser dumpfer brutaler Gewalt. Vielmehr geriert sich unsere Zivilgesellschaft oft wie ein multimorbider Patient, der das Du und ethisch-moralische Grundregeln des Miteinander vergessen hat.

Prävention durch Human Law (Rechtspädagogik)

Die von Sigrun v. Hasseln begründete und an den Universitäten Cottbus und Warschau gelehrte Rechtspädagogik® (Human Law®) versteht sich als ganzheitlicher, interdisziplinärer Bildungs- und Erziehungsansatz für Kinder und Erwachsene auf der Basis internationaler (Menschen-)Rechts- und Ethikgrundsätze, um auch in einer von Kulturenviefalt, ökologischen und sozialen Herausforderungen geprägten globalen Welt mit anderen in friedlicher Nachbarschaft (über) leben zu können. Elemente verschiedener Gesellschafts-, Werte-, Rechts-, Erziehungs- und Bildungsordnungen sowie Religionen werden auf gemeinsame Nenner geprüft und gemeinsam fortentwickelt. Human Law hat seine großartige Präventionswirkung selbst bei Mehrfach- und Intensivtätern unter Beweis gestellt.

Bei der „International Conference of Human Law“ vom 5.-7. Juni 2013 in Cottbus wird Human Law als innovative interkulturelle Wissenschaft mit zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten im zivilgesellschaftlichen Alltag vorgestellt.

Kontakt:

Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik (AFRR)

Hubertstr. 22

03044 Cottbus

Tel.: 0355-784 251 37

E-Mail: akademie@rechtspaedagogik.eu

Webseite: www.afrr.de

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Gegen Gewalt an Schulen!

GEGEN GEWALT AN SCHULEN!

...denn es geht um das Kostbarste, was wir haben: Unsere Kinder. H.Köhler, Bundespräsident a.D.

Die Tätigkeit der Stiftung umfasst zwei wesentliche Bereiche:
POLITIK

- wir setzen uns ein für gesetzliche Initiativen, die privaten Waffenbesitz in Deutschland für alle nicht-bewaffneten Mitbürger sicherer macht
- wir fordern die sanktionsbewehrte Durchsetzung und Kontrolle bestehender gesetzlicher Regelungen

PRÄVENTION

- wir unterstützen schuleigene Projekte, die sich gegen Gewalt und für ein gutes Miteinander von Lehrern-Schülern-Eltern einsetzen
- wir bieten an Vortragsveranstaltungen für Lehrer-Eltern-Schüler ein interaktives Theaterstück (Sek.stufe II) - kostenlos-
- wir projektieren den bundesweiten Aktionstag gegen Gewalt an Schulen ein bundesweites Projekt GEKO „Gewalt erkennen - Konfliktlösung fördern“
- wir lassen und beraten
- von unserem Expertenrat - das sind namhafte Wissenschaftler der Fachbereiche Kriminologie, Psychologie und Pädagogik
- und wir tun noch vieles mehr..... fragen Sie nach.

Kontakt:

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung gegen Gewalt an Schulen

Wallstr. 28

71364 Winnenden

Tel.: 07195-589570

Fax.: 07195-589571

E-Mail: info@aktionsbuenndnis-amoklauf.de

Webseite: <http://www.aktionsbuenndnis-amoklauf.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V.

Täterarbeit - ein wichtiger Beitrag zur Prävention Häuslicher Gewalt

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt (BAG TäHG e.V.) ist ein interinstitutioneller Dachverband für Täterarbeitseinrichtungen Häuslicher Gewalt in Deutschland.

Das Poster soll einen Überblick über Inhalte und Standards für die Arbeit mit Tätern Häuslicher Gewalt geben.

Die Standards beziehen sich insbesondere auf die:

- Vernetzung in Kooperationsbündnissen mit Polizei, Justiz, Opferschutzeinrichtungen, Bewährungshilfe, Jugendämtern, Beratungsstellen
- Kommunikation mit den Gewaltopfern
- Institutionelle Rahmenbedingungen für die Täterarbeit HG
- Grundverständnis und Leitlinien für die Arbeit
- Qualifikation der Mitarbeiter/innen
- Dokumentation und Transparenz der Arbeit
- Praxis der Täterarbeit HG (Ziele und Umsetzung)

Die bisherige Praxis, vorhandene Evaluationen und Rückmeldungen aus gut funktionierenden Interventionsprojekten bestätigen, dass Täterarbeit neben der dringend notwendigen Unterstützung für die Opfer ein wichtiger Baustein für die Bekämpfung Häuslicher Gewalt darstellt: Die Täter sind letztendlich diejenigen, die die Gewalt beenden können. In diesem Sinne trägt die Umsetzung der Täterarbeit HG entsprechend der Standards zum Opferschutz bei.

Kontakt:

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit

Häusliche Gewalt e.V.

Nordring 15c

76829 Landau

E-Mail: info@bag-taeterarbeit.de

Webseite: <http://www.bag-taeterarbeit.de>

**DBH-Fachverband für Soziale Arbeit,
Strafrecht und Kriminalpolitik****Führungsaufsicht und elektronische
Aufenthaltsüberwachung**

Die Bundesländer haben sich auf eine gemeinsame Überwachung mittels elektronischer Aufenthaltserfassung verständigt. Aus der Sicherungsverwahrung Entlassene können somit per GPS mit einer „elektronischen Fußfessel“ überwacht werden. Es wurde eine gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder (GÜL) - mit Sitz in Bad Vilbel / Hessen - gebildet.

Kontakt:

DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und
Kriminalpolitik

Aachener Str. 1064
50858 Köln

Tel.: 0221-94865120

E-Mail: peter.reckling@dbh-online.de

Webseite: <http://www.dbh-online.de>

Dejan Pavlovic

Signaletik als Amokprävention an Schulen

Seit 2009 wird bundesweit ein einheitliches Farbleitsystem zur Orientierung in Schulgebäuden umgesetzt. Durch die Einfachheit, leichte Einprägsamkeit und modulare Konzeption wird das FLS auch im Alltag gerne von Lehrern, Schülern und Besuchern genutzt.

Darüber hinaus profitieren auch Sicherheitskräfte wie Rettungsdienste, Feuerwehren und Einsatzkräfte der Polizei von einer einfachen Orientierung innerhalb der Schulgebäude, um insbesondere in Not- oder Krisenfällen schnellstmöglich Hilfe leisten zu können.

Hauptkomponenten des FLS:

- Orientierungstafeln im Außenbereich der Schulgebäude
- Farbige Markierungsbänder an den Gebäudezugängen
- Wandmarker im Gebäudeinneren
- Türflaschen auf den Innen- und Außenseiten der einzelnen Raumtüren, die mit der jeweiligen Farbe des Gebäudekomplexes und der Raumnummer versehen sind.

Stärken des FLS:

- leicht verständliches, einprägsames System
- standardisiert und identisch für alle Schulen
- flexibel und unabhängig von einer Gebäudetypologie
- kostengünstige, schnelle und wartungsfreie Installation
- Wahrnehmung von Sicherheit

Kontakt:

Dejan Pavlovic
Ernst-Reuter-Straße 70
65428 Rüsselsheim
Tel.: 06142301160
Fax.: 06142301161
E-Mail: dejan@pavlovic.com
Webseite: <http://www.pavlovic.com>

European Forum for Urban Security (EFUS)

„EU Reco-Street Violence“

Gewalt durch problematische Jugendgruppen im öffentlichen Raum bereiten vielen europäischen Städten Probleme. Banden, pöbelnde oder gewaltbereite Jugendgruppen, Unruhen und gewalttätige Ausschreitungen sind auch relativ präsent in den Medien. Gleichzeitig ist es nicht immer einfach einen Überblick über Forschungsergebnisse und praktische Erfahrungen mit diesen Problemen zu bekommen.

Das Europäische Forum für Urbane Sicherheit, ein Zusammenschluss von 300 europäischen Städten und Regionen, die gemeinsam zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention arbeiten, hat daher das Projekt „EU Reco Street Violence“ (2011-2013) ins Leben gerufen. Seine Aufgabe ist das Ausfindigmachen und Sammeln von Forschungsergebnissen, praktischen Erfahrungen und politischen Richtlinien auf dem Gebiet der Gewalt von Jugendgruppen im öffentlichen Raum. Es geht darum existierendem Wissen eine Struktur zu geben und es mittels einer Onlinedatenbank sichtbar und zugänglich zu machen.

Unterstützt wird das Projekt durch die europäischen Kommission im Rahmen des Daphne III Programms. An ihm arbeiten neben dem europäischen auch das belgische, französische und das spanische Forum für Urbane Sicherheit, Emilia Romagna (Italien), das britische National Community Safety Network sowie Psytel (Frankreich).

Die Posterpräsentation ist nicht nur Gelegenheit weitere Details zu erfahren, sondern auch mit dem Projekt bezüglich eigener Erfahrungen in Kontakt zu treten.

Kontakt:

European Forum for Urban Security (EFUS)

10 rue des Montioeufs

75020 Paris

Tel.: + 33 1 40 64 49 00

E-Mail: sperber@efus.eu

Webseite: www.streetviolence.eu

FH Jena**SozialarbeiterInnen als
PräventionsmanagerInnen**

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind heute vor vielfältige Aufgaben gestellt. Eine ihrer Aufgaben ist die Umsetzung präventiver Arbeit im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe, spezifiziert im Bereich Kinderschutz. Zu den Erfahrungen und Erwartungen werden Studierende und im Beruf stehende Fachkräfte der Sozialen Arbeit befragt und die Antworten miteinander verglichen. Ziel der Befragung sind Erkenntnisse zur Wirksamkeit präventiver Arbeit (insbesondere Prävention sexueller Gewalthandlungen an Kindern), zu Grenzen der Präventionsarbeit, aber auch zu anderen / neuen Zugängen (z.B. multiperspektivischer Präventionsarbeit).

Die Ergebnisse der Befragung werden im Poster vorgestellt.

Kontakt:

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Franckeplatz 1

06110 Halle

Tel.: 0345-23820

Fax.: 0345-27064

E-Mail: miriam.damrow@paedagogik.uni-halle.de

Webseite: www.uni-halle.de

**Freikirche der Siebenten-Tags-
Adventisten K.d.ö.R.**

Enditnow

www.enditnow.de

Sag nein zur Gewalt gegen Frauen

Kontakt:

Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten K.d.ö.R.

Senefelderstr. 15

73760 Ostfildern

Tel.: 0711-448190

Fax.: 0711-4481960

E-Mail: ingrid.naumann@adventisten.de

Webseite: <http://www.sta-frauen.de>

gegen-missbrauch e. V.**Wir werden laut**

gegen - missbrauch e.V. setzt sich gegen sexuellen Kindesmissbrauch ein. Wir wollen nicht nur eine Plattform für Betroffene bzw. Überlebende von sex. Kindesmissbrauch sein, sondern auch aktiv Hilfe leisten. Beginnend bei Gesprächen, Abbau von Vorurteilen und Ängsten bis hin zu Hilfe bei Krankenkassen, Ämtern, Anwälten, Therapeuten etc.

Darüber hinaus hat es sich der Verein u. a. zum Ziel gesetzt aufzuklären, Präventivarbeit zu leisten und den Menschen eine Möglichkeit zu geben, sich aktiv gegen sexuellen Kindesmissbrauch zu engagieren. Aus diesem Grunde arbeitet der Verein an verschiedenen Projekten, die auf dem Präventionstag an unserem Infostand vorgestellt werden.

Schon zu lange wird das Thema sexueller Kindesmissbrauch in unserer Gesellschaft tabuisiert. Wir können weiter nach diesem Motto leben: Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wir können aber auch beginnen, etwas zu tun.

gegen - missbrauch e.V. will das Schweigen brechen, denn 320.000 missbrauchte Kinder pro Jahr sind 320.000 zu viele.

Kontakt:

gegen-missbrauch e. V.

Am Menzelberg 10

37077 Göttingen

E-Mail: mork@gegen-missbrauch.de

Webseite: <http://www.gegen-missbrauch.de>

Gewalt Akademie Villigst

Amoklagen - Zweckmäßiges Verhalten im Ernstfall

Amoktaten sind nicht mit Gewissheit zu verhindern. Daher müssen sich die Schulen auf solche Krisenereignisse vorbereiten. Vielfach sind schon organisatorische und bauliche Maßnahmen getroffen worden.

Wie aber ist das Personal auf einen solchen Extremfall vorbereitet und geschult? Weiß jede Lehrkraft, was bei Amokalarm in der Klasse zu tun ist? Ist bekannt, welche Möglichkeiten der Rettung noch bestehen, wenn der Amoktäter in eine Klasse eindringt?

Vorbereitung von Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern und Verwaltungspersonal:

- Ziel des Täters: Viele Menschen töten
- Aufgaben von Polizei, Schule, Schulverwaltung, Krisenteams, Rettungsdienst und Notfallseelsorge in Amoklagen
- Rollenwechsel: Vom Lehrer zum Krisenmanager
- Konzept: Individuelle Rettung hat Vorrang vor individueller Rettung
- Unterschiedliche Szenarien in Praxisübungen in Klassenräumen durchspielen

Szenarien

- Amokalarm wird durch die Schule ausgelöst - was jetzt in der Klasse zu tun ist
- Hinweise auf Amoktat in der Schule - Klasse (noch) nicht betroffen
- Täter dringt in die Klasse ein - was jetzt noch möglich ist
- Besondere Örtlichkeiten: Schulhof, Turnhalle...

Mitglieder der Gewaltakademie bieten Workshops (ca. 6 Std.), in denen nach einem Impulsvortrag die Szenarien in Klassenräumen „durchgespielt“ und die Lösungen auf ihre Tauglichkeit bewertet werden, und Vorträge (ca. 2 Zeitstunden) an.

Kontakt:

Gewalt Akademie Villigst

Iserlohner Str. 25

58239 Schwerte

Tel.: 02304-755190

Fax.: 02304-755248

E-Mail: d.frohloff@afj-ekvw.de

Webseite: <http://www.gewaltakademie.de>

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Kriminalfachliche Stellungnahme im Bebauungsplanverfahren

Gegenstand des Vortrages ist die Beurteilung des Bebauungsplanes zur Erweiterung der Hochschule für Technik und Wirtschaft im Stadtteil Altsaarbrücken (Nr. Nr.113.02.41) unter kriminalpräventiven Aspekten im Städtebau. Dazu wurden die Planunterlagen von einer Diplom-Sozialpädagogin (Lehrkraft für besondere Aufgaben an der HTW) und einem Kriminalbeamten (Fachberater für Städtebauliche Kriminalprävention), beide mit einem abgeschlossenem Masterstudium in Kriminologie und Polizeiwissenschaft, beurteilt. Ziel war es, unter Berücksichtigung der Geschlechtergerechtigkeit und den besonderen Anforderungen von Demographie und Integration in der Bauleitplanung eine Optimierung reibungsloser Betriebsabläufe durch Vermeidung von Tatgelegenheiten und Minderung von Kriminalitätsangst (Städtebauliche Kriminalprävention) zu erreichen.

Die Vorgehensweise orientierte sich am Verfahren, wie es Kommunen praktizieren, die die Polizei als Träger öffentlicher Belange regelmäßig im Bebauungsplanverfahren beteiligen und um eine kriminalfachliche Stellungnahme ersuchen.

Das Ergebnis wurde zwischenzeitlich der Hochschulleitung vorgestellt. Hier wurde beschlossen, die Empfehlungen der Expertise bei der Weiterführung des Verfahrens zu berücksichtigen. Gleichzeitig soll angeregt werden, zukünftig die Polizei im Bebauungsplanverfahren als Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Kontakt:

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Rastpfuhl 12a

66113 Saarbrücken

Tel.: 0177 8102800

E-Mail: Detlev.Schuermann@ruhr-uni-bochum.de

HUjA e.V.**Wirkungen von präventiven Korrespondenzen
mit jungen Strafgefangenen**

Christian N.: „Solche Briefe wirken mehr als so manche teure Therapie!“

Im Mittelpunkt des Wiesbadener Beteiligungs- und Präventionsprojektes „Knast trotz Jugendhilfe?“ stehen die Organisation und Nutzung von halbanonymen Korrespondenzen zwischen jungen Strafgefangenen und Schülerinnen und Schülern ab 8. Jahrgangsstufe aufwärts - und anderen Interessierten. Inhalte sind bei den Inhaftierten Projektmitarbeitern der JVA Wiesbaden Empfehlungen an die Jugendhilfe, das Zustandekommen der kriminellen Karrieren, Selbsteinschätzungen, Zukunftsvorstellungen und Vermeidungsempfehlungen für Schülerinnen und Schüler.

Diese und andere Korrespondenten reagieren darauf überwiegend beeindruckt und verständnisvoll. Neuerdings erhalten die inhaftierten Projektmitarbeiter den Auftrag, die auf diese Weise erhaltenen Briefe zu bewerten und die Bewertungen zu begründen.

Bei der Posterpräsentation werden nach einer Kurzdarstellung des Beteiligungs- und Präventionsprojektes beispielhafte Botschaften der inhaftierten Projektmitarbeiter, Antwortbriefe und Bewertungen mit Begründungen vorgestellt.

Kontakt:

HUjA e.V.

Franz Abt Str. 5

65193 Wiesbaden

Tel.: 0611-523349

E-Mail: Arnd.U.R.Richter@web.de

Webseite: <http://entfällt>

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Plakate gegen Komasaufen

Die Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V. (ISL) hat in Kooperation mit der Kolping-Akademie für Grafik Design Fellbach von den Studentinnen und Studenten in einem Wettbewerb Plakate zum o.g. Thema erstellen lassen. Diese insgesamt 64 Plakate (Format DIN A 1) wurden von Schülerinnen und Schülern mehrerer Schulklassen im Rems-Murr-Kreis (unserer Zielgruppe) anlässlich einer Ausstellung bewertet und die ersten 3 gewählten Entwürfe prämiert. Die Plakate können nun als Wanderausstellung gegen eine Gebühr von 50 € von Schulen, Vereinen und sonstigen Institutionen, die mit der Jugendarbeit befasst sind, angefordert und ausgeliehen werden.

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg hat davon fünf (5) Plakate ausgewählt und für ihre landesweite polizeiliche Präventionskampagne in Baden-Württemberg übernommen.

Kontakt:

Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.

Alter Postplatz 10

71332 Waiblingen

E-Mail: klaus.auer@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.isl-rmk.de>

InSTEP-Weiterbildungsinstitut

Mit STEP den Alltag mit Kindern und Jugendlichen wertschätzend und respektvoll gestalten

STEP - Systematisches Training für Eltern und Pädagogen - ist ein integriertes Konzept zur Erziehung. „STEP ist ein zutiefst demokratisches und humanes Konzept. Es zielt darauf ab, Menschen unterschiedlicher Generationen feste und klar strukturierte Regeln für den Umgang miteinander an die Hand zu geben“, sagt Professor Klaus Hurrelmann.

STEP Das Elterntraining hilft Eltern ein kooperatives, stressfreieres Zusammenleben in der Familie zu erreichen und eine tragfähige, erfüllende Beziehung mit ihren Kindern aufzubauen.

Durch STEP Die Weiterbildung für Erzieher/innen bzw. STEP Die Fortbildung für Lehrer/innen wird die Handlungs- und Erziehungskompetenz der Erzieher/innen bzw. Lehrer/innen im Umgang mit dem einzelnen Kind und mit der Gruppe/Klasse gestärkt, die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft mit den Eltern gefördert und die Zusammenarbeit mit den Kolleg/innen effektiv gestaltet. Mehr Sicherheit und mehr Gelassenheit ermöglichen die Gestaltung eines wertschätzenden und professionellen Kita- bzw. Schulalltags.

Für Fachpersonal im Bereich der Jugend- und Erziehungshilfe gibt es das Angebot einer speziellen, auf der Basis des STEP Konzepts entwickelten Weiterbildung, um die o.g. Ziele auch in diesem Bereich zu erreichen.

Die bundesweite Erfahrung hat bestätigt, dass Eltern und Pädagog/innen - mit Hilfe von STEP - „am gleichen Strang“ zum Wohle der Kinder ziehen können.

Kontakt:

InSTEP Weiterbildungsinstitut

Kreuzbergstrasse 84

40489 Düsseldorf

Tel.: 0211-2006870

Fax.: 0211-2007749

E-Mail: mail@instep-online.de

Webseite: <http://www.instep-online.de>

Institut für Prävention und Frühintervention im Kindes- und Jugendalter

Reden mit den Schwierigen - Foto- und videogestützte Gesprächsführung in der Praxis. Bilder verbessern die Selbstwahrnehmung.

Mehr sehen, mehr hören, mehr verstehen. Bilder verbessern die Wahrnehmung.

Vorgestellt wird eine Seminarreihe, die die Methode einer foto- und videogestützten Gesprächsführung vermittelt. Hierdurch wird es möglich, jeden Gesprächsmoment wiederholt anzusehen und anzuhören. Die Videographie bietet die Möglichkeit, die vielfältigen Botschaften der Körpersprache sichtbar zu machen. Diese werden in der Regel unbewusst ausgetauscht. Die Entstehung des Videos und seine Interpretation werden zu einer Erlebniseinheit, indem beides am selben Tag erfolgt. Dieses führt zu einer erheblichen Verbesserung der Compliance. Mithilfe des Videos gelingt es, dass Eltern ihre positiven Einwirkungen auf das Kind wieder spüren und außerdem neue Verhaltensweisen einüben.

Die Seminare fanden statt, z.B. auf dem 16. Deutschen Präventionstag, dem 1. und 2. Österreichischen Präventionskongress, dem 17. und 18. Kongress für Jugendmedizin. Ferner wurden sie durchgeführt mit Hebammen, Vorschulern, Lehrern und als Lehrauftrag an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Wolfenbüttel.

Autoren:

Dr. Jürgen Schmetz, Kinder- und Jugendarzt

Leiter des Instituts für Prävention und Frühintervention im Kindes- und Jugendalter, Hamburg

Nicolas Schmetz, Diplom-Soziologe, Stuttgart

Kontakt:

Institut für Prävention und Frühintervention im Kindes- und Jugendalter

Bergkoppelweg 6

22335 Hamburg

E-Mail: J.Schmetz@Hamburg.de

Institut für Prävention und Frühintervention im Kindes- und Jugendalter

Kinder- und Jugendärzte gegen Gewalt - Prävention ab Nabelschnur - Neue Aufgaben für Kinder- und Jugendärzte

Wir brauchen das psychosoziale und psychiatrische Screening.

Eine Streitschrift von Dr. Jürgen Schmetz.

Seit 25 Jahren arbeitet Schmetz ambulant als Kinder- und Jugendarzt, zunächst in eigener Praxis. Im Jahr 2001 gründete er das Institut für Prävention und Frühintervention im Kindes- und Jugendalter.

Er entwickelte viel Interesse, die „Biographie der Familie“ kundiger zu begleiten. Schon bei der Erstvorstellung eines Neugeborenen wurde für ihn die Frage zunehmend wichtiger: „Wer kommt da zu wem“.

Während der ersten Monate und Jahre profitieren die Familien nahezu immer von kundiger Begleitung. Wird diese Beziehungsmöglichkeit von beiden Seiten genutzt, entsteht eine kontinuierliche Entwicklungsbegleitung. Bis zum Alter von 18 Jahren ermöglicht diese den Eltern ein besseres Verstehen ihrer Kinder. Darüber hinaus bietet sie den Jugendlichen Hilfe bei der Ablösung vom Elternhaus.

Die Prävention von Gewalt ist eine von vielen Möglichkeiten der Fehlentwicklung einer Biographie entgegenzusteuern. Daraus ergeben sich neue Aufgaben für Kinder- und Jugendärzte und ihre Zusammenarbeit mit beruflichen Nachbarn.

Vorträge und Seminar werden angeboten.

Autor:

Dr. Jürgen Schmetz, Kinder- und Jugendarzt

Leiter des Instituts für Prävention und Frühintervention im Kindes- und Jugendalter, Hamburg

Kontakt:

Institut für Prävention und Frühintervention im Kindes- und Jugendalter

Bergkoppelweg 6

22335 Hamburg

E-Mail: J.Schmetz@Hamburg.de

Justizvollzugsanstalt Bielefeld- Brackwede

„Ein Blick? - Einblick!“ Kriminalprävention durch Täter

Jugendliche im Alter von 16 bis 25 Jahren erhalten von inhaftierten Straftätern realitätsnah einen Einblick in typische Tagesabläufe und das Zusammenleben in einer Justizvollzugsanstalt. Darüber hinaus berichten die Gefangenen aus ihrem Leben und ihre Hinentwicklung zur Kriminalität und den daraus resultierenden Folgewirkungen auf den persönlichen und beruflichen Werdegang sowie auf ihre Beziehungen.

Nicht Abschreckung schlechthin, sondern die Realität des Haftalltags mit seinen für inhaftierte Menschen oft schmerzlichen Konsequenzen spürbar machen, ist Ziel der Arbeit.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede

Umlohstr. 100

33649 Bielefeld

Tel.: 0521-4896244

E-Mail: franz.nowak-sylla@jva-bielefeld-brackwede.nrw.de

Webseite: <http://www.jva-bielefeld-brackwede.nrw.de>

Justizvollzugsanstalt Bielefeld- Brackwede

„Trotz alledem“ - Gefangene üben Drogenabstinenz

Bei „Trotz alledem“ handelt es sich um ein Gruppenangebot zur Drogen-Rückfallprävention in Anlehnung an dem „Strukturierten Trainingsprogramm zur Alkohol-Rückfallprävention“ (S.T.A.R. nach Körkel und Schindler). Ziel ist, drogengebrauchende und drogengefährdete Strafgefangene für die abstinenten Lebensweise zumindest für einen bestimmten Zeitraum zu gewinnen.

„Trotz alledem“ wird als Kooperationsprojekt der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede und der Drogenberatung e.V. Bielefeld durchgeführt.

Kontakt:

Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede

Umlohstr. 100

33649 Bielefeld

Tel.: 0521-4896244

E-Mail: franz.nowak-sylla@jva-bielefeld-brackwede.nrw.de

Webseite: <http://www.jva-bielefeld-brackwede.nrw.de>

Landeshauptstadt München

Münchner Programm zur Prävention des Missbrauchs von Alkohol und anderen Suchtmitteln bei Kindern und Jugendlichen „Rauschfrei durch München“

Münchner Programm zur Prävention des Missbrauchs von Alkohol und anderen Suchtmitteln bei Kindern und Jugendlichen „Rauschfrei durch München“: Als Beispiel einer kommunalen Strategie der Alkoholprävention wird das resortübergreifend entwickelte und vom Stadtrat in Auftrag gegebene Programm mit einzelnen Modulen vorgestellt. Das Programm strebt eine Kombination von verhaltens- und verhältnisbezogener Prävention an.

Kontakt:

Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt

Bayerstr. 28a

80335 München

Tel.: 089-23347553

Fax.: 089-23347956

E-Mail: viktoria.racic@muenchen.de

Webseite: www.muenchen.de

Landespräventionsrat Niedersachsen und Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaft

Masterstudiengang „Präventive Soziale Arbeit: Kriminologie und Kriminalprävention“

Erstmals gibt es eine spezielle (Kriminal-)Präventionsausbildung als Masterstudium. Seit 2011 existiert der Studiengang „Präventive Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Kriminologie und Kriminalprävention“. Dieser Studiengang vermittelt kriminologisches und kriminalpräventives Wissen. Das Konzept hierfür ist aus dem „Beccaria-Projekt: Aus- und Weiterbildung in der Kriminalprävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen hervorgegangen. Angeboten wird der Masterstudiengang jeweils zum Wintersemester an der Ostfalia - Hochschule für angewandte Wissenschaften (Fakultät Soziale Arbeit) in Wolfenbüttel.

Das Poster bildet das Profil des Studienganges ab, den Studienaufbau und die Basis- und Schwerpunktmodule
<http://www.master-kriminalpraevention.de>

Kontakt:

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Am Exer 6
38302 Wolfenbüttel
Tel.: 05331-93937220
Webseite: <http://www.ostfalia.de/fb/s/>

Landespräventionsrat Niedersachsen
Niedersächsisches Justizministerium
Am Waterlooplatz 5A
30169 Hannover
Tel.: 0511-1205261
Webseite: <http://www.beccaria.de>

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)

Eltern.aktiv Proaktiver Zugang zu Eltern Rausch- mittel konsumierender Kinder

Das Hauptziel des Projektes Eltern.aktiv war es, mehr Eltern, deren Kinder zwischen 12 - 18 Jahren Suchtmittel konsumieren, zu erreichen und ihnen aktiv angemessene, gestufte Unterstützung anzubieten. Gleichzeitig sollten missbräuchlich oder schädlich konsumierende Jugendliche über ihre Eltern motiviert werden, ihr eigenes Konsumverhalten zu reflektieren und wo erforderlich zu verändern. Entwickelt wurde ein systematisches Hilfeangebot im Sinne einer frühen Intervention.

Eltern.aktiv war ein Doppelprojekt. An dem von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) und der LWL-Koordinationsstelle Sucht gemeinsam koordinierten Bundesprojekt nahmen 8 Suchtberatungsstellen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. An dem parallelen LWL-Projekt beteiligten sich unter der gleichen Zielsetzung 4 westfälische Jugendämter. Diese Konstruktion ermöglichte es, sowohl die Verbesserung des Zugangs zu betroffenen Eltern über die Suchthilfe, als auch über den Jugendschutz zu erproben.

Zur Erreichung der Ziele wurden effiziente Kooperationen zwischen den beteiligten Einrichtungen und potentiellen Vermittlerinstitutionen, wie z.B. der Erziehungsberatung, Krankenhäusern, Jugendärzten u.a. aufgebaut oder gestärkt. Entwickelt wurde ein Infolyer für Eltern, ein Leitfaden zum Aufbau von Kooperationen und der Durchführung eines standardisierten Erstgespräches mit Eltern und ein Elternkoffer.

Kontakt:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Koordinations-
stelle Sucht

Warendorfer Str. 25-27

48133 Münster

Tel.: 0251-5915481

Fax.: 0251-5915484

E-Mail: doris.sarrazin@lwl.org

Webseite: <http://www.lwl-ks.de>

M-Services Bernhard Mitterhuber

Anti-Diebstahl Technologie und Schutz vor Identitätsdiebstahl in Taschen und Reise-Accessoires

Hierbei geht es um nachhaltigen Schutz vor Taschendiebstahl (unbemerkt, innerhalb von 1-3 Sekunden, meist durch trickreiche Ablenkung des Opfers). Die Marke Pacsafe ist spezialisiert auf diebstahl- und schnittsicheres Reisegepäck. Die weitgehend konkurrenzlosen Produkte schützen gegen alle 4 Möglichkeiten des Taschendiebstahls:

1. Gegen Langfinger: Blockierbare Reißverschlüsse
2. Gegen Gurtabschneider: Schnittfeste Schultergurte
3. Gegen Taschenaufschlitzer: Eingearbeitetes eXomesh™ Edelstahldrahtnetz
4. Gegen Gelegenheitsdiebe: Fixierbar an einen sicheren Gegenstand, z.B. im Café an die Armlehne des Stuhls

Zusätzlich schützt das eingearbeitete RFID-Fach vor Identitätsdiebstahl und Datenmißbrauch, indem ein Auslesen der persönlichen Daten von den auf vielen Ausweisen, Pässen und Kreditkarten befindlichen RFID-Speicherchips verhindert wird. Pacsafe setzt dabei eine spezielle Legierung ein, die wie ein faraday'scher Käfig wirkt und das Auslesen von RFID-Chips unmöglich macht.

Kontakt:

M-Services Bernhard Mitterhuber
Rungestr. 5
86199 Augsburg
Telefon: 0821-906390
Fax: 0821-906399
E-Mail: office@OutdoorEquipment.de
Webseite: <http://www.pacsafe.com>

nexus Institut e.V.**Evaluation des Elternprogrammes ELTERN-AG**

Seit Mitte 2010 wird die ELTERN-AG, ein primärpräventives Elternprogramm, das sich speziell an die Zielgruppe sozial benachteiligter Eltern richtet, in einem Längsschnittdesign mit Kontrollgruppe vom nexus Institut e.V. wissenschaftlich untersucht. Das Programm, das durch qualifizierte sozialpädagogische Fachkräfte durchgeführt wird, spricht die Zielgruppe durch einen aufsuchenden Ansatz und ein niedrigschwelliges Format an. Es soll als ein Angebot im Verbund frühkindlicher Maßnahmen über die Unterstützung der Eltern auch die Chancen der Kinder verbessern. Im Mittelpunkt der unabhängigen Evaluation steht die Analyse der Wirkung des Elternprogramms auf die soziale Unterstützung, das Erziehungsverhalten und die Erziehungskompetenz der Eltern, die Stärkung ihres Selbsthilfepotenzials und die Förderung der kindlichen Entwicklung. Aktuell liegen bereits quantitative und qualitative Daten und Daten aus Kindertestungen mit dem allgemeinen Entwicklungstest ET 6-6 aus 13 ELTERN-AGs und Daten von Kontrollgruppen-Eltern zu mehreren Messzeitpunkten vor. Erste Ergebnisse zeigen, dass die ELTERN-AG die Zielgruppe sozial benachteiligter Eltern erreicht und die soziale Unterstützung der Eltern verbessert. Das Poster stellt das Forschungsdesign und die bisherigen Ergebnisse der Evaluation des präventiven Elternprogramms vor.

Autorinnen: Dr. Birgit Böhm und Marisa Schneider.

Kontakt:

nexus Institut e.V.

Otto-Suhr-Alle 59

10585 Berlin

E-Mail: boehm@nexusinstitut.de

Webseite: <http://www.nexusinstitut.de>

Polizeidirektion Sachsen Anhalt Nord

Sozialarbeit bei der Polizei

In den zurückliegenden Jahren wurde im Rahmen der allgemeinen Jugendkriminalitätsbekämpfung bzw. der frühen angemessenen Reaktionsmöglichkeiten von Delinquenzbegunungen

primär über das Zusammenspiel von Polizei und Sozialarbeit diskutiert. Auch wenn die Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation bzw. des Vorgehens der beiden Institutionen aufgrund ihrer unterschiedlichen Handlungsaufträge akzeptierend betrachtet werden

müssen, sollte ein bereits erfolgreich umgesetztes erzieherisch wirkungsvolles Modell, konkret die Jugendbezugsteams bei der Polizei in Sachsen Anhalt unter dem Aspekt von „Sozialarbeit bei der Polizei“ diskutiert werden.

Die deutliche Reduzierung des Anteils von JungtäterInnen im Straftatengesamtaufkommen bei der Polizei in Sachsen Anhalt und der deutliche Rückgang von Intensivtätern, sollte zum Nachdenken anregen für weitere Implementierungen von SozialarbeiterInnen bei der Polizei in Deutschland. Frühe und der Tat entsprechende bzw. tatortbezogene erzieherische Reaktionen, wie z.B. das tatkonfrontative Gespräch, das Entfernen von gerade gefertigten Graffiti oder das Entschuldigen nach Ladendiebstählen bzw. andere sofortige Schadenswidergutmachungsleistungen und diagnostizierten fachspezifischen Vermittlungen, die Beratung der Eltern und das enge Zusammenarbeiten mit den Jugendämtern

hat sich in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten bewährt

Kontakt:

Polizeidirektion Sachsen Anhalt Nord

Sternstr. 12

39104 Magdeburg

Tel.: 0391-2469

Fax.: 0391-2440

E-Mail: jubp.pd-nord@polizei.sachsen-anhalt.de

ReplayTheater e.V.

Theater und Prävention

ReplayTheater präsentiert:

Karlstraße - Alles was zahlt!

Wie kann Theater im Präventionsbereich zur Konflikt- und Problemlösung eingesetzt werden? Wie können Lösungen gemeinsam erarbeitet werden?

Und vor allem: Wie kann dabei eine nachhaltige Wirkung erzielt werden?

Der Münchner Verein ReplayTheater e.V. bietet mit seiner besonderen theatralen Methode den Zuschauern spielerisch Zugang zu besonderen Problemstellungen und schwierigen Konflikten. Die Methodik basiert auf der Tradition des Forum-Theaters von Augusto Boal und wurde inspiriert vom Theater-In-Education in Großbritannien und Tiebreak in Baden Württemberg.

Das gesamte Publikum wird bei allen Stücken des ReplayTheaters in das Stück integriert und zur Interaktion angeregt. Auf diese Weise werden mit viel Spielspaß gemeinsam Lösungsansätze für aktuelle Konfliktsituationen gefunden, Zivilcourage gestärkt sowie Wahrnehmung und Sozialkompetenz geschult.

Im Rahmen des Präventionstages zeigt das ReplayTheater das Stück:

Karlstraße - Alles was zahlt

16.04.2012, 11.00 bis 12.30 Uhr, Saal 14c

Das Stück wurde in Zusammenarbeit mit CASHLESS-MÜNCHEN (ein Projekt zur Jugendschuldenprävention) erarbeitet.

Weitere Informationen über die Arbeit des ReplayTheaters erhalten Sie auf unserer Website oder direkt an unserem Informationsstand (H130).

Kontakt:

ReplayTheater e.V.

Postfach 151725

80050 München

Tel.: 0170-2016928

E-Mail: info@replay-theater.de

Webseite: www.replay-theater.de

SIUS Consulting

Sicherheit ist nicht nur unsere Stärke, es könnte auch Ihre werden. Schonen Sie Ihre Ressourcen und nutzen Sie SIUS Consulting als kompetenten Sicherheitspartner an Ihrer Seite. Profitieren Sie von top ausgebildeten und objektiven Führungs- und Fachkräften die Ihr Unternehmen nachhaltig unterstützen.

Unsere Leistungen im Überblick:

- Sicherheitstechnik nach Maß
- Sicherheitskonzepte entwickeln
- Projektmanagement steuern
- Security Management als externe Ressource
- Beratung Unternehmenssicherheit
- Planung Ihres Krisen- und Notfallmanagements
- Durchführung Betrieblicher Räumungsübungen
- Kompetenter Objektschutz
- Serviceorientierter Empfangsdienst

SIUS Consulting ist ein junges, dynamisches und aufstrebendes Unternehmen dass es sich zum Ziel gesetzt hat, Sicherheitsberatungen und Dienstleistungen nach den höchsten Qualitätsstandards anzubieten.

Unser Denken und Handeln kennt keine nationalen Grenzen. Wir arbeiten ergebnisorientiert und sind durch unsere Kompetenz, Unabhängigkeit, Transparenz und Zuverlässigkeit ein verlässlicher Partner an Ihrer Seite.

Kontakt:

SIUS Consulting

Wendenschloßstraße 322

12557 Berlin

Tel.: 030 / 700 36 96 5

Fax.: 030 / 700 36 96 5

E-Mail: kontakt@sius-consulting.com

Webseite: <http://www.sius-consulting.com>

Sportjugend des Landessportbundes Rheinland-Pfalz

Schülerassistenten fördern faire Lebenswelt mit Sport

In ihrer Ausbildung zur Gewaltprävention lernen die Schüler mit- und eigenverantwortlich Freizeitangebote für Mitschüler zu planen, zu organisieren und durchzuführen. Sie übernehmen Verantwortung für ihre Lebenswelt „Schule“. Im Vordergrund stehen spielerisch-sportliche Aktivitäten. Die Schülerassistenten betreuen zunächst Bewegungs- und Spielangeboten in der Pause, aber auch Angebote in den Freistunden, im Rahmen der Ganztags schulbetreuung und nach der Schule sind möglich. Außerdem bringen sie sich bei der Organisation von Wettkämpfen, Schulfesten, Discos, sozialen und Umweltaktionen sowie bei der Schul- und Pausenhofgestaltung ein. Die Vernetzung mit der Schülervertretung, der Lehrerschaft, anderen Schulen, Jugendzentren, Vereinen etc. wird empfohlen, um die Möglichkeiten zu erhöhen, die Ziele zu verbessern und den Einzelnen zu entlasten. Eine Spielekiste dient ihnen als Medium um Gewalt und Unfallhäufigkeit um über 50% zu reduzieren. Damit das Konzept, das sich an alle Schulformen richtet, an der Schule auch ohne von der Sportjugend ausgebildete Schüler weiterläuft, nehmen Lehrer, Schulsozialarbeiter, FSJler und BFDler teil, die gemeinsam mit den routinierten Assistenten weitere Schüler für die Idee gewinnen und einweisen. Die 30stündige Ausbildung kann mit 10 weiteren Lerneinheiten ergänzt werden, um über einen Verein die JULEICA (Jugendleitercard) zu beantragen.

Kontakt:

Sportjugend des Landessportbundes Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1
55116 Mainz
Tel.: 06131-2814358
Fax: 06131-236746
E-Mail: wrogemann@sportjugend.de
Webseite: <http://www.sportjugend.de>

**TU Braunschweig, Institut für
Psychologie****Nicht von schlechten Eltern -
Kinder als Angehörige**

Für Kinder mit einem psychisch kranken Elternteil ist die Wahrscheinlichkeit an einer psychischen Störung zu erkranken im Vergleich zur Normalbevölkerung um etwa das Vierfache erhöht. In Deutschland trifft das auf ca. 3 Millionen Kinder zu. Kinder sind als wichtige Bezugspersonen oft direkt von der psychischen Erkrankung ihrer Eltern betroffen. Dennoch bleibt das Thema Elternschaft und psychische Erkrankung bei der Behandlungsplanung und Therapiedurchführung sowohl im stationären als auch ambulanten Therapie- oder Beratungssetting zumeist unberücksichtigt, obwohl so wahrscheinlich ein wertvoller Beitrag zur Entwicklungs- und Gesundheitsförderung der Kinder geleistet werden könnte. Anhand verschiedener Kasuisten aus dem Braunschweiger Projekt „Nicht von schlechten Eltern“ möchten wir darstellen, wie angehende Therapeuten im Rahmen ihrer Therapieausbildung geschult werden können, kompetent mit diesem Thema umzugehen und wie es ihnen gelingen kann, Kinder als Angehörige in einer Psychotherapie mit betroffenen Eltern zu berücksichtigen. Effekte auf den Behandlungsverlauf, den Therapieerfolg und die Lebensqualität der Kinder werden diskutiert.

Kontakt:

TU Braunschweig, Institut für Psychologie
Humboldtstraße 33
38106 Braunschweig
E-Mail: d.hartung@tu-braunschweig.de

Universität Regensburg

Bayerisches Missbrauchspräventionsprojekt - Behandlung pädophiler Männer im Dunkelfeld

In der Sexualwissenschaftlichen Ambulanz der Universität Regensburg werden unter Schweigepflicht und anonym Männer behandelt, die aufgrund einer sexuellen Neigung gegenüber Kindern bzw. Jugendlichen die Sorge haben, einen sexuellen Übergriff zu begehen direkt durch körperlichen Kontakt oder indirekt durch Konsum oder Herstellung von kinderpornografischem Material.

Das Therapieangebot richtet sich an Männer, die bisher nicht wegen sexueller Übergriffe strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, also auch an Personen, die zwar bereits sexuelle Übergriffe begangen haben, hierfür aber nicht strafrechtlich belangt worden sind.

Primäres Ziel der Therapie ist es zu lernen, das eigene Verhalten so zu kontrollieren, dass es zu keinem sexuellen Übergriff auf Kinder bzw. Jugendliche kommt. Inhaltlich werden in der Therapie Elemente der kognitiven Verhaltenstherapie, der Sexualtherapie und bei Bedarf und nach Absprache zusätzlich medikamentöse Behandlung angewandt. Das Therapiekonzept umfasst hauptsächlich gruppentherapeutische und bei Bedarf einzel- oder paartherapeutische Maßnahmen. Die Behandlungsmethoden werden individuell auf die Patienten abgestimmt.

Das Projekt wird gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Justiz und Verbraucherschutz.

Kontakt:

Sexualwissenschaftliche Ambulanz der
Universität Regensburg
Universitätsstraße 84
93053 Regensburg

E-Mail: kontakt@kein-taeter-werden-bayern.de

Webseite: <http://www.kein-taeter-werden-bayern.de>

Universitätsklinikum Heidelberg

„Keiner fällt durchs Netz“ - Prävention für junge Familien

Um allen Kindern (spätestens) von Geburt an die gleichen Chancen auf eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen, soll mit Hilfe des Präventionprojektes „Keiner fällt durchs Netz“ ein sehr früher Zugang zu allen und insbesondere zu stark belasteten Familien gefunden und ausgebaut werden.

Diese belasteten Familien können das Angebot einer speziell ausgebildeten Familienhebamme in Anspruch nehmen, welche die Familie maximal 1 Jahr lang betreut. Die übergreifenden Arbeitskreise „Netzwerk für Eltern“ in allen Projektgebieten helfen bei der Vermittlung von Hilfen.

Für alle Eltern wird der Elternkurs „Das Baby verstehen“ angeboten, in dem es unter anderem um das Erkennen und Verstehen der Signale des Neugeborenen geht.

Bis auf eine geringfügige Beteiligung an der Kursgebühr des Elternkurses „Das Baby verstehen“ ist das Angebot für die Familien kostenlos.

Das Projekt hat insgesamt elf Modellstandorte in Hessen, Baden-Württemberg und im gesamten Saarland und wird fortwährend wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Das Poster stellt das Projektdesign sowie Ergebnisse verschiedener Teile der Evaluation vor.

Kontakt:

Universitätsklinikum Heidelberg

Bergheimer Str. 54

69115 Heidelberg

Tel.: 06221-564717

E-Mail: andreas.eickhorst@med.uni-heidelberg.de

Webseite: www.keinerfaelltdurchsnetz.de

Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP)

Prävention sexualisierter Gewalt im Jugendverband: ein umfassendes Präventionskonzept

Jugendverbände schaffen einen Raum des Vertrauens und der Gemeinschaft, Nähe und Bindung. Dies ist ihre Stärke aber stellt gleichzeitig auch einen Gefährdungsraum für sexualisierte Gewalt und Grenzverletzungen dar. Präventionskonzepte sollen helfen, Kindern und Jugendlichen in Verbänden einen Schutzraum zu bieten. Der Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP) hat in den letzten Jahren ein umfassendes Präventionskonzept zum Schutz von Kindern und Jugendlichen entwickelt, das hier vorgestellt werden soll. Dabei wird auf die folgenden Aspekte eingegangen: Wo setzt Prävention im VCP an? Was sind die strukturellen Elemente und Bestandteile eines umfassenden Präventionskonzepts? Welche verbandlichen Ebenen und Funktionen sind in welcher Weise eingebunden? Was sind die Ziele der Prävention von sexualisierter Gewalt im VCP? Die Fragen werden aus strukturell-konzeptueller Sicht beantwortet, gleichzeitig wird auf praktische Erfahrungen eingegangen, die im Zusammenhang mit der Implementierung des Präventionskonzeptes im VCP gemacht wurden.

Kontakt:

Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP)
Wichernweg 3
34121 Kassel
Tel.: 0561-7843728
E-Mail: tim.gelhaar@vcp.de
Webseite: <http://www.vcp.de>

Verein für soziale Rechtspflege Dresden e. V.

Dresdner Neuanfang (D-N-A): Ein Kooperations- projekt zur durchgehenden Betreuung

Das Projekt „Dresdner Neuanfang (D-N-A)“ hat zum Ziel die (Re)Integration von jungen Menschen nach einer Jugendstrafe zu optimieren und sie zu einem eigenverantwortlichen Leben nach der Haft zu befähigen. Kern des Projekts ist die Entlassungsbegleitung, ein konkretes Betreuungsangebot für den Übergang aus der Haft in die Freiheit. Sechs Monate vor der Entlassung aus dem Jugendstrafvollzug wird der Bedarf für eine Entlassungsbegleitung durch die Jugendgerichtshilfe Dresden bestimmt und ein Träger der freien Jugendhilfe mit der Übernahme dieser beauftragt. Die Betreuung wird bis zu einem Jahr nach der Entlassung fortgeführt.

Die Entlassungsbegleitung basiert auf Kooperationen der Jugendgerichtshilfe Dresden mit der Jugendstrafanstalt Regis-Breitungen, mit involvierten Ministerien und Behörden (z. B. Sozialamt, Jobcenter), mit Dresdner Wohnungsunternehmen sowie mit Trägern der freien Jugendhilfe. So wurden Verfahrensweisen und der Austausch von klientenbezogenen Daten aufeinander abgestimmt sowie gemeinsame Formulare entwickelt. Durch die kontinuierliche Betreuung der Entlassungsbegleiter und die Kooperationen mit beteiligten Partnern können Doppelbetreuungen vermieden und Übergangszeiten verkürzt werden.

Kontakt:

Verein für soziale Rechtspflege Dresden e. V.

Karlsruher Str. 36

01189 Dresden

Tel.: 0351-4020829

E-Mail: neuanfang@vsr-dresden.de

Webseite: <http://www.vsr-dresden.de>

Begleitveranstaltungen

	Seite
„Sicher im Öffentlichen Personen- und Nahverkehr“	550, 551
19. DVS-Stiftungstag	552
2012 Violence Prevention Alliance Annual Meeting of the WHO	553
Alumnitreffen der Beccaria-Fachkräfte Kriminalprävention	554
Arbeitstreffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsgremien	555
„Ein Redestab zieht seine Kreise – die Beziehung kommt zuerst“	556
Gemeinsames Treffen der AG Kripo und des UA FEK	557
Mitgliederversammlung des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)	558
Münchener Initiative gegen Trickdiebstahl – „M.I.T.“	559
Offene Infoveranstaltung des Landespräventionsrates Niedersachsen für zukünftige CTC-Anwender in Deutschland	560
Planungsgespräch mit Repräsentanten der in der „Grünen Liste Prävention“ verzeichneten Präventionsprogramme	561
Sitzung des Programmbeirates des 17. Deutschen Präventionstages	562
Symposium Deutscher Förderpreis Kriminalprävention	563

Offene Sonderveranstaltung

„Sicher im Öffentlichen Personen- und Nahverkehr“

Montag, 16. April 2012 - Saal 3

14:00 – **Vorstellung des Münchner Zivilcourage- und Selbstsicherheitstrainings „POLIZEI-Kurs“**
15:00

Arno Helfrich, Präventionsstelle des Polizeipräsidiums München

15:30 – **Man muss kein barmherziger Samariter sein – psychologische Anmerkungen zu Couragiertheit und Hilfeverhalten als Fahrgast**
16:30

Dr. Hans Peter Schmalzl, Zentraler Psychologischer Dienst der Bayerischen Polizei, München

17:00 – **Vorstellung der Arbeit der Dominik-Brunner-Stiftung – Förderung für mehr Zusammenhalt**
17:25

Alois J. Meier, Vorstandsvorsitzender der Dominik-Brunner-Stiftung, Neufahrn i. NB

17:30 – **Diskussionsrunde** aller Referenten dieses Tages unter prominenter Moderation der Stimme des Bayerischen Rundfunks **Petra Mentner**
18:00

Dienstag, 17. April 2012 - Saal 3

09:00 – **Das Sicherheitskonzept des Polizeipräsidiums München im Bereich der Münchener Verkehrsbetriebe**
10:00

Robert Jaworski, Abteilung Verbrechensbekämpfung des Polizeipräsidiums München

10:30 – **Sicher in Bus und Bahn – Präventionsarbeit bei der Münchner Verkehrsgesellschaft**
11:30

Rainer Cohrs, Securitybeauftragter der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH

12:30 – **Schritt für Schritt – ÖPNV-Nutzung durch Behinderte Gunnar Cronberger, Fachreferent für Qualität und Sicherheit der BOGESTRA AG Bochum Gelsenkirchener Straßenbahnen AG**
13:30

Guido Jabusch, Verkehrsunfallprävention der Polizei Bochum

14:00 – **Verbesserung der Sicherheit von Personen und Objekten mittels neuer technologischer Entwicklungen im Bereich der Videoanalyse**
15:00

Dipl.-Ing. Klaus Bechtold, Securiton GmbH
René Kiefer, Siemens AG, Vorsitzender Fachkreis Video im Fachverband Sicherheit des ZVEI – Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V., Frankfurt
Kurt Stern, Münchner Verkehrsgesellschaft mbH

19. DVS-Stiftungstag

Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Träger der Deutschen Präventionstage ist die „DPT – Deutscher Präventionstag“ gemeinnützige Gesellschaft mbH, eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS).

Die Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS) ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie wurde im Jahre 1993 als juristische Person nach dem Stiftungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen anerkannt.

Ihre Organe sind der Vorstand (Vorsitzender: Professor Dr. Hans-Jürgen Kerner), das Kuratorium (Vorsitzender: Jürgen Mutz) und der Stiftungsrat (Präsident: Professor Dr. Hans-Dieter Schwind). Geschäftsführer der DVS ist Erich Marks.

Die DVS ist bundesweit und international tätig, mit besonderer Berücksichtigung der europäischen Zusammenarbeit. Dabei versteht sie sich als operative Stiftung. Sie ist mithin weniger auf Anträge Dritter als vielmehr auf die Realisierung eigener Konzepte ausgerichtet. Beim Planen und Durchführen solcher Konzepte strebt sie in höchstmöglichem Umfang die enge Kooperation mit anderen Vereinigungen, Einrichtungen und Behörden an, die sich dem Gedanken der Prävention als einer umfassenden Aufgabe von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat verpflichtet fühlen. Kommunale Kriminalprävention und ressortübergreifende staatliche Kriminalprävention bilden aus dieser Perspektive heraus lediglich Teile eines größeren komplexen Geflechtes öffentlicher und privater Bemühungen.

2012 Violence Prevention Alliance Annual Meeting of the WHO

The World Health Organization-led Violence Prevention Alliance (VPA) is a network of governmental organizations, international organization and agencies, non-governmental and community-based organizations, universities and research institutes, and private foundations working to prevent violence using an evidence-based public health approach.

The 2012 VPA Annual Meeting will convene some 50 participants, including VPA participants, WHO staff, and some observers and will focus on:

- The implementation of the new and strengthened structure for the VPA agreed upon at the previous 2010 VPA annual meeting in Rome;
- „The Violence Prevention Alliance’s Draft Plan of Action for the Global Campaign for Violence Prevention–2012-2020“. The main role of the VPA and the Campaign in coming years will be to actively support the achievement of these goals in countries around the world.
- Provide updates on activities of VPA project groups, including the Funder’s Network, Assets Database, Training, Research Agenda, Criminal Justice, Parenting, and Violence prevention in weak institutional setting project groups.

Alumnitreffen der Beccaria-Fachkräfte Kriminalprävention

Im Februar 2012 startete das fünfte Mal das Beccaria-Qualifizierungsprogramm. Erst im November hatten Teilnehmende“ die Weiterbildung, die vier 4 Module an acht Wochenenden umfasst, erfolgreich abgeschlossen und bekamen ihr Zertifikat verliehen. Mittlerweile gibt es bundesweit insgesamt 82 ausgebildete „Fachkräfte für Kriminalprävention“. Sie alle verfügen über kriminologisches Basiswissen, über fundierte Kenntnisse der Kriminalprävention, aber auch über Kompetenzen im Bereich des Projekt- und Qualitätsmanagements. Qualifikationen, im Bereich der Kriminalprävention zunehmend gefordert und benötigt werden. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellt der Besuch der Weiterbildung eine persönliche und berufliche Horizonterweiterung dar. Denn neben dem Erwerb von Fachwissen spielt das voneinander Lernen eine entscheidende Rolle. So fördert die außergewöhnliche Vielfalt der Teilnehmerzusammensetzung künftige Zusammenarbeit und Vernetzung. Beides sind - genauso wie wissensbasiertes Vorgehen- wichtige Schlüssel für Qualität und Innovation in der Kriminalprävention. Gelegenheiten in den Pausen oder in den Abendstunden werden genutzt, um über den „Tellerrand“ zu blicken und sich mit den Standpunkten anderer Professionen auseinanderzusetzen. Über die abgeschlossene Weiterbildung hinaus, werden die Kooperationsbeziehungen und der fachliche Austausch der vertretenen Institutionen fortgeführt. So fand im Herbst 2011 die zweite Fachtagung der „Kriminalpräventionsfachkräfte“ statt. Absolventen der früheren Jahrgänge und Teilnehmende des aktuellen Beccaria-Qualifizierungsprogramms trafen sich in Wolfsburg zu einer ergänzenden Fortbildungsveranstaltung und zu einem weiteren Schwerpunktthema.

Die Fachkräfte für Kriminalprävention haben ideale Voraussetzungen, um in Ihrem präventiven Wirkungsfeld neue Entwicklungen anzustoßen. Weiterbildung gewinnt in der Kriminalprävention immer stärker an Bedeutung. Nähere Informationen unter www.beccaria.de.

Arbeitstreffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsgremien

Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte sowie der anderen landesweiten Gremien der Kriminalprävention treffen sich traditionell am Vortrag des jährlichen Deutschen Präventionstages zu einem internen Arbeitstreffen.

Offene Begleitveranstaltung „Ein Redestab zieht seine Kreise- die Beziehung kommt zuerst“

...Präventionsarbeit ist Beziehungsarbeit ...

- setzt direkt am Menschen an -
- Salutogenese –

Ist die Beziehung zwischen LehrerInnen und SchülerInnen sowie zwischen SchülerInnen untereinander geklärt, kann Wissen vermittelt werden. Ungeklärte Beziehungen bzw. Störungen ver- und behindern die Wissensvermittlung. Nehmen sie sich Zeit für die Beziehungspflege.

Herr Trost unterrichtet im dritten Schuljahr das Fach „Trostein Redestabritual“ in allen Klassen 3 - 10 an der Schilferschule GWRS Brühl/ Baden. Er ermöglicht mit seinem „Unterricht“ zusammen mit der KlassenlehrerIn und dem Redestab auf einfache, leicht nachvollziehbare Art und Weise, ein gesundes Klassenklima herzustellen:

Im Kreis sitzend dreht der Redestab 4 x in der gleichen Reihenfolge seine Runde. Wer den Stab hält darf reden. Alle anderen schweigen und hören zu. Das Gesprächsthema ist allen bekannt...Jeder kommt zu Wort.

Das Erleben steht im Vordergrund. An Einfachheit und Wirksamkeit nicht zu übertreffen. Nachhaltige Beziehungsarbeit... **für Klassen und Gruppen jeden Alters ... zu jedem Thema**

WILLKOMMEN IM KREIS

Saal Schliersee

Montag, 16. April 2012:

10:00 – 12:00 Uhr und 14:00 – 16:00 Uhr

Dienstag, 17. April 2012:

09:30 – 11:30 Uhr und 12:30 – 14:30 Uhr

Gemeinsames Treffen der AG Kripo und des UA FEK

(der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter mit dem Bundeskriminalamt und des Unterausschusses Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung)

Anlässlich des 17. DPTs treffen sich die am Kongress teilnehmenden Mitglieder der AG Kripo und des UA FEK zu einem gemeinsamen Informationsaustausch. In den beiden Gremien der polizeilichen Bund-Länder-Zusammenarbeit sind die Leiter der Landeskriminalämter sowie des Bundeskriminalamtes und die ranghöchsten Polizeivollzugsbeamten auf Länderebene sowie Vertreter des Bundes versammelt. Die Mitglieder sind nach der Teilnahme an der Auftaktveranstaltung zu einem informellen Gedankenaustausch zu Präventions- und anderen Themen eingeladen. Auch der Vorsitzende der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention, Prof. Dr. Wolf Hammann, nimmt am Treffen teil. Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner und Frau Dr. Wiebke Steffen, die Verfasserin des Gutachtens zum 17. DPT, stoßen zu dieser Runde dazu und stehen als Gesprächspartner den leitenden Beamten zur Verfügung.

Dreh- und Angelpunkt der Gespräche wird auch hier das Schwerpunktthema des Präventionstags sein: „Sicher Leben - in Stadt und Land“.

Mitgliederversammlung des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e. V. (DEFUS)

Am Dienstag, den 17.4.12, findet von 9:00 bis 10:30 Uhr die Mitgliederversammlung des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) statt. DEFUS wurde vor zwei Jahren im Rahmen des 15. Deutschen Präventionstages in Berlin als Zusammenschluss deutscher Mitglieder des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS) gegründet. Mitglieder sind die Städte Augsburg, Düsseldorf, Göttingen, Heidelberg, Leer, Mannheim, München, Oldenburg, Stuttgart sowie der Landespräventionsrat Niedersachsen und der Deutsche Präventionstag. Mitgliederversammlungen finden in der Regel zweimal jährlich statt.

In dieser nunmehr vierten Mitgliederversammlung wird in einem Kurzvortrag die Methode CTC (Communities That Care) vorgestellt, bei der es um die kommunale Steuerung entwicklungsorientierter Prävention geht. Weitere Tagesordnungspunkte sind die Vorstandswahlen, der Informationsaustausch der Mitglieder sowie die Planung kommender Aktivitäten.

Nähere Informationen zur Struktur und zu Projekten sowie zu den Beitrittsmodalitäten finden Sie am DEFUS-Infostand im Foyer des ICM sowie auf der DEFUS-Website unter: www.defus.org.

Münchener Initiative gegen Trickdiebstahl

– „M.I.T.“

- Veranstaltung für Seniorinnen und Senioren -

Immer wieder werden Seniorinnen und Senioren Opfer von Trickdieben und Betrügern. Als vermeintlich schwach und altersbedingt in ihren Fähigkeiten eingeschränkt werden sie gezielt von den Tätern ausgewählt. Oft geben die Täter vor, Enkel, Neffe oder ein anderer naher Verwandter zu sein und dringend Geld zu benötigen. In anderen Fällen täuschen sie vor, von den Stadtwerken zur Abrechnung geschickt worden zu sein oder Handwerkerarbeiten durchführen zu wollen. Neben dem oft großen finanziellen Schaden leiden die Betroffenen auch seelisch jahrelang unter den Folgen dieser Straftaten. Im Rahmen einer Veranstaltung der „Münchener Initiative gegen Trickdiebstahl – M.I.T.“ werden das Polizeipräsidium München und das Münchner Sicherheitsforum e. V. gemeinsam mit ihren Unterstützern, Stadtparkasse München, Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg und dem Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München, Senioren über potentielle Gefahren aufklären und Tipps zum Schutz vor skrupellosen Trickdieben geben. Die Präventionsveranstaltung am **16.04.2012, 14.00 Uhr**, bietet rund 400 Senioren und interessierten Besuchern, Gelegenheit, sich zu diesem Thema zu informieren. Eine Expertenrunde, u.a. mit dem Polizeivizepräsidenten Robert Kopp der Münchner Polizei, aber auch ein Opfer eines dreisten Trickdiebes werden unter Moderation von Petra Mentner, Bayerischer Rundfunk, Rede und Antwort stehen.

Offene Infoveranstaltung des Landespräventionsrates Niedersachsen für zukünftige CTC-Anwender in Deutschland

Die Veranstaltung richtet sich an alle Akteure, die daran interessiert sind, mit „Communities That Care - CTC“ zu arbeiten. Dies kann die Einführung vor Ort in der Kommune, die Schaffung von Rahmenbedingungen auf überregionaler Ebene oder Forschungsinteressen betreffen.

Der LPR stellt ein Modell der Zusammenarbeit und der Qualitätssicherung im Rahmen einer „Gemeinschaftsinitiative CTC in Deutschland“ vor.

Die Veranstaltung ist öffentlich und findet am **Dienstag, den 17.04.2012 von 11:30 - 12:30 Uhr im Saal „Königssee“** statt.

Ansprechpartner:

Frederick Groeger-Roth

Dr. Burkhard Hasenpusch

Landespräventionsrat Niedersachsen

Planungsgespräch mit Repräsentanten der in der „Grünen Liste Prävention“ verzeichneten Präventionsprogramme

Eingeladen sind die Programmträger und –Verantwortlichen der in der „Grünen Liste Prävention“ des LPR empfohlenen Programme. Vorbereitet werden soll eine „Trägerkonferenz“ der Programme der „Grünen Liste Prävention“ in der zweiten Jahreshälfte 2012. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich.

Ansprechpartner:

Frederick Groeger-Roth

Dr. Burkhard Hasenpusch

Landespräventionsrat Niedersachsen

Sitzung des Programmbeirates des 17. Deutschen Präventionstages

Zur Vorbereitung eines jeden Präventionstages wird ein Programmbeirat gebildet, in dem der Veranstalter sowie alle Veranstaltungspartner repräsentiert sind. Der Programmbeirat ist zuständig für inhaltliche Gestaltungsfragen des jeweilig anstehenden Kongresses sowie für Ausblicke und erste Vorplanungen künftiger Kongresse.

Mitglieder des Programmbeirates des 17. Deutschen Präventionstages sind:

- **Hubertus Andrä**, Leitender Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, München
- **Dr. Wilfried Blume-Beyerle**, Referent des Kreisverwaltungsrates der Landeshauptstadt München
- **Renate Engels**, Leiterin des DBH-Bildungswerks, Köln
- **Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner**, Vorsitzender der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe, Tübingen
- **Erich Marks**, Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages, Hannover
- **Andreas Mayer**, Geschäftsführer ProPK - Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Stuttgart
- **Corinna Metzner**, Referentin im Fachbereich Prävention WEISSER RING e. V., Mainz
- **Jürgen Mutz**, Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), Köln
- **Karla Schmitz**, Leiterin der DPT-Geschäftsstelle, Hannover
- **Norbert Seitz**, Vorstand der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Berlin
- **Dr. Wiebke Steffen**, Wissenschaftliche Beraterin und Gutachterin des Deutschen Präventionstages, Heiligenberg (Baden)/München

Symposium Deutscher Förderpreis Kriminalprävention

Bereits neunmal hat die Stiftung Kriminalprävention diese höchste

Auszeichnung Deutschlands für erfolgreiche, gesamtgesellschaftlich angelegte und

wissenschaftlich begleitete Präventionsarbeit vergeben und insgesamt 33 Preisträger prämiert.

Im Rahmen des 17. Präventionstages findet am 15. April 2012 das zweite Symposium der Preisträger „Deutscher Förderpreis Kriminalprävention“ statt. Mit der Bündelung von Wissen, Kompetenz und Erfahrung leisten die bisherigen Preisträger gemeinsam mit dem multiprofessionell besetzten Fachbeirat einen aktiven Beitrag zur Gestaltung der (zukünftigen) Kriminalprävention:

Die Fortschreibung erfolgreicher Strategien, aber vor allem deren Anpassung auf die sich verändernde Lebenswirklichkeit vor Ort.

Auch wird die Frage gestellt, ob „Kriminal“-prävention (noch) die treffende Bezeichnung für die vielfältigen Projekte und Maßnahmen ist, mit denen eine möglichst unbeschwerte, sichere Gesellschaft angestrebt wird? Zweifellos setzen die Verantwortlichen nicht mehr nur auf Repression, sondern versuchen, möglichst allen Altersgruppen Hilfestellung für ein selbst bestimmtes und gleichzeitig gesellschaftskonformes Leben zu geben. Und ebenso selbstverständlich soll damit nicht nur eine möglichst kriminalitätsarme Zivilgesellschaft entwickelt werden, sondern dienen die vielen Aktivitäten auch dazu, Konflikte zu erkennen und sachgerecht zu bewältigen - ohne Gewalt.

Denken Sie mit uns und besuchen Sie die Preisträger des Deutschen Förderpreises Kriminalprävention auf dem Deutschen Präventionstag Stand F060 oder auf Facebook.

Bühne

	Seite
„Bodo und das Straßenmonster“	566
Karlstraße - Alles was zahlt!	567
FARBENBLIND - Songs gegen Rassismus	568
„Fake oder war doch nur Spaß“	569
MUSIK - RHYTHMIK - TANZ	570
„Ich hab's geschnallt“	571
Krasser Stoff	572
„War doch nur Spaß“	573
Raus bist du	574
Konflikte lösen lernen Kinder am besten in Bewegung!	575
BEATSTOMPER - Rhythmus- und Performanceprojekte	576
„Elly und Ingo“	577
NÄCHSTER HALT: ZIVILCOURAGE - Eine Theateraktion zu mehr Zivilcourage	578

„Bodo und das Straßenmonster“ - Verkehrspuppenspiel in drei Akten

Polizeipräsidium München Verkehrspolizeiinspektion, Verkehrserziehung und -aufklärung

Auf die häufige Unfallbeteiligung der kleinsten und schwächsten Verkehrsteilnehmer reagierte die Münchner Verkehrspolizei 1965 mit der Einrichtung einer Verkehrspuppenbühne. Ziel war es, witzig und spielerisch, aber auch eindringlich und nachhaltig die jungen Verkehrsteilnehmer auf die Gefahren im Straßenverkehr vorzubereiten. Neben der Verkehrserziehung zählen Gewalt- und Umweltprävention ebenso zum Repertoire wie die Vermittlung von Ehrlichkeit und Höflichkeit. Hohen Stellenwert nimmt die frühe positive Erfahrung der Kinder im Umgang mit der Polizei ein. Das Münchner Verkehrspuppentheater konnte seit seiner Gründung fast 2,3 Millionen kleine und große Besucher begeistern. Das diesjährige Stück hat zum Ziel, kindgerecht über die Gefahren und das richtige Verhalten im Straßenverkehr aufzuklären und auch das Thema Kriminalprävention zu vermitteln.

Inhalt:

Bodo, ein lustiger, aber müder Geist, muss wegen eines Bans gute Taten vollbringen. Deshalb rettet er Fußgänger und Kinder vor dem Überfahrenwerden und hilft einem Polizeibeamten beim Erklären der richtigen Verkehrs- und Verhaltensregeln. Sein Widersacher ist das Straßenmonster, das den Menschen bei jeder sich bietenden Gelegenheit verbotene und gefährliche Verkehrs- und Verhaltensregeln einredet und sie anstiftet, diese umzusetzen. Zu guter Letzt hilft Bodo beim Fangen eines Diebes. Wird Bodo nun von seinem Bann befreit?

Kontakt:

Polizeipräsidium München, Verkehrspolizeiinspektion
Verkehrserziehung und -aufklärung
Tegernseer Landstr. 222

81549 München

Tel.: 089-62163619

Fax.: 089-62163628

E-Mail: pp-mue.muenchen.vpi-ve@polizei.bayern.de

Webseite: <http://www.polizei.bayern.de/muenchen/schuetzenvorbeugen>

Karlstraße - Alles was zählt!**ReplayTheater e. V., München**

Das Stück: Der Regisseur Andi Macht dreht eine neue Folge der Soap „Karlstraße“. Für die Episode „Alles was zählt!“ braucht er noch Hilfe und Anregungen. Es geht um Paula, die neu zugezogen ist, und Denise, Zahnärztin aus gutem Hause. Paula versucht mit dem Lebensstil der neuen Freundin mitzuhalten und gerät so in die Schuldenfalle. Beide haben den richtigen Umgang mit Geld, Verträgen u. Einkäufen noch nicht gelernt und bringen sich in große Schwierigkeiten. Diese „Interactive Soap“ wird gemeinsam mit den Zuschauern bearbeitet. Andi Macht führt durch die einzelnen Szenen und fordert das Publikum zum Mitdenken und Mitmachen auf!

THEMEN IM STÜCK: Handykauf/Vertrag, Status durch Konsum, Internet, Facebookparty, Online-Shopping, Kredit/Kreditkarte, Kaufrausch, Strafanzeige wg. Diebstahl.

REPLAYTHEATER: Die Methode der Stücke wurde inspiriert vom Theatre-In-Education aus GB und Tiebreak aus Baden Württemberg, in Anlehnung an die Tradition des ForumTheaters nach Augusto Boal. Die Theaterstücke werden in enger Zusammenarbeit mit passenden Partnern entwickelt. Zentrale Präventions-Themen: Gewalt, Schulden, Mobbing, Sucht, Verkehr etc. Das Stück „Karlstraße - Alles was zählt!“ wurde in Kooperation mit CASHLESS-MÜNCHEN (Jugendschuldenprävention) entwickelt.

Die Stücke haben eine sehr hohe Nachhaltigkeit, da sich die Zuschauer aktiv einbringen und so stark emotional beteiligt sind.

Kontakt:

ReplayTheater e.V.

Postfach 151725

80050 München

Tel.: 0170-2016928

E-Mail: info@replay-theater.deWebseite: <http://www.replay-theater.de>

FARBENBLIND - Songs gegen Rassismus

Landeszentrale für politische Bildung, Saarbrücken

Das Projekt „FARBENBLIND Song gegen Rassismus“ beschreibt ganz bewusst neue Wege im Bereich der Arbeit gegen Rassismus, Extremismus und Gewalt. Ziel ist es, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Förderung von Integration und Toleranz von Minderheiten zu festigen und durch den Einbezug von Jugendlichen Schule zu machen und für ein sozialeres Miteinander zu werben.

Die durch ein Casting gegründete Gruppe besteht aus 10 Mitgliedern im Alter von 14 bis 19 Jahren, 6 davon haben Migrationshintergrund. Komponiert wurde der Anti-Rassismus-Song von dem bundesweit erfolgreichen Komponisten Frank Nimsgern und getextet von der durch die Pro7-POPSTARS Staffel bekannten Sängerin und Vocal - Trainerin Aino Laos. Begleitet wird das Projekt durch ein großes Medieninteresse: Es gab zahlreiche Fernsehbeiträge, Zeitungsartikel, Radio-Auftritte usw. Nicht zuletzt sorgte die doppelseitige Veröffentlichung in der Jugendzeitschrift BRAVO für eine bundesweite Bekanntmachung des Projektes.

Rückmeldungen von Jugendlichen aus ganz Deutschland zeigen, dass das Projekt in der Zielgruppe angenommen wird und in seiner Emotionalität gerade pubertierende und sinnsuchende Jugendliche sehr anspricht und anspricht, eine Gegenwelt zum Gangster-Hip-Hop der Bushidos und Sidos dieser Welt musikalisch aufzusuchen.

Kontakt:

Landeszentrale für politische Bildung
Beethovenstraße 26
66125 Saarbrücken - Dudweiler
Tel.: 06897-7908176
E-Mail: lpb@lpm.uni-sb.de
Webseite: <http://www.lpm.uni-sb.de/lpb>

„Fake oder war doch nur Spaß“ - mobiles Theaterstück zu Cyber-Mobbing und Medienkompetenz

Theater Ensemble Radiks, Berlin

Themen:

„Fake oder War doch nur Spaß“, für Jugendliche ab 13 Jahren, beschäftigt sich mit der Problematik Mobbing und Cyber-Mobbing unter Kindern und Jugendlichen. Thematisiert werden unter anderem die persönlichen und rechtlichen Folgen von Beleidigungen, Bedrohungen und sexueller Belästigung über Internet und Handy sowie der Missbrauch von Daten. Das Stück wirft außerdem einen Blick auf unsere Erlebnis- und Medienwelt im Zusammenhang mit sozialen Netzwerken, den „Neuen Medien“ sowie der persönlichen Identität im Zeitalter der Internetkultur.

Inhalte:

Ein fiktiver Fall: Die siebzehnjährige Lea träumt davon, Sängerin zu werden. Als sie schließlich in eine Casting-Agentur aufgenommen wird, weckt das den Neid einiger MitschülerInnen. Erste Sticheleien und Ausgrenzungen beginnen, und schließlich weiten sich Mobbing-Attacken auch auf diverse Netzwerk-Portale aus: unter anderem Facebook und Schüler-VZ. Anonyme Drohungen und Beleidigungen via Telefon und Handy folgen. Was als „kleine Rache“ begann, nimmt nun Ausmaße an, die keiner der „Rächer“ vorausgesehen hat.

In der Art eines rückblickenden Stationendramas wird man in kurzen und prägnanten Dialog- und Erzählszenen in Leas Welt eingeführt: eine Welt, die einerseits geprägt ist durch die Suche nach Erfolg, Liebe und Anerkennung, andererseits aber durch Missgunst, Illusionen und virtuell geschaffene Realitäten.

Kontakt:

Theater Ensemble Radiks
Kieffholzstrasse 20
12435 Berlin

E-Mail: karlkoch@ensemble-radiks.de
Webseite: <http://www.ensemble-radiks.de>

MUSIK - RHYTHMIK - TANZ. SICH BEWEGEN - ZUSAMMEN ETWAS BEWEGEN

Landesinstitut für Präventives Handeln, St. Ingbert

MUSIK-RHYTHMIK-TANZ. SICH BEWEGEN - ZUSAMMEN ETWAS BEWEGEN -

EIN ANGEBOT FÜR KINDERGÄRTEN, KINDERTAGESSTÄTTEN, GRUNDSCHULEN UND WEITERFÜHRENDE SCHULEN.

Das künstlerisch-musikalische Aktionsangebot „Musik-Rhythmik-Tanz“ bietet Kindern und Jugendlichen in einer einzigartigen Weise durch Medien wie Musik, Rhythmik und Tanz in einer Gemeinschaft Brücken aus Spaß, Begeisterung und Lust am Mitmachen zu bauen, und so das soziale Lernen in besonderem Maße zu fördern.

Die Künstler - darunter bekannte Allround-Künstler, Drums-, Percussion- und Bodypercussion-Künstler, Rap-Musiker, Musictänzer und Tanzpädagogen - stellen mit ihren Medien kreative Möglichkeiten zur Verfügung um an dem pädagogischen Ziel, einer starken und intakten Klassengemeinschaft, zu arbeiten.

Einige zentrale Förderaspekte in diesem Zusammenhang sind der Zuwachs an Selbstbewusstsein im Erkennen eigener Fähigkeit, die Förderung von Konzentration, Durchhaltevermögen, Kommunikationsfähigkeit, Respekt und die Toleranz für Andere, Verantwortungsübernahme für sich und die Gruppe, eigene Ausdrucksfähigkeit und Körpergefühl, Selbst- und Fremdwahrnehmung, wie auch das Einfühlungsvermögen bzw. die Empathie für Andere.

Im Rahmen der Präsentation wird ein Künstler Teile seines Programms mit Kindern und Jugendlichen umsetzen.

Kontakt:

Landesinstitut für Präventives Handeln

Hanspeter-Hellenthal-Str. 68

66386 St. Ingbert

Tel.: 0681-5013875

Fax.: 0681-5013890

E-Mail: d.mateas@lph.saarland.de

Webseite: <http://www.saarland.de>

„Ich hab`s geschnallt“ - Ein Puppenstück zur Verkehrserziehung**Polizeiinspektion Weiden i.d.OPf.**

Ein Polizist in Uniform tritt während des Stückes immer wieder vor die Bühne und bezieht die Kinder in das Geschehen mit ein. Erstmals wird in diesem Stück eine neue Art des Puppenspiels bei Polizeipuppenbühnen angewandt. Text, Kulissen u. Requisiten wurden auf ein Minimum reduziert. Zwei Polizisten treten in schwarzer Kleidung vor einem schwarzem Hintergrund innerhalb der „Guckkastenbühne“ auf. Durch Lichteffekte fokussiert sich der Blick der Zuschauer ausschließlich auf die Puppen, während die Spieler im Hintergrund „unsichtbar“ werden.

Inhalt:

Bei der Anmoderation zum Stück wird durch einen uniformierten Polizisten auf kindgerechte Weise erklärt, dass alles, was nicht befestigt ist, in manchen Situationen Schaden erleiden kann. (Thema Schwer- u. Fliehkraft). Das Stück beginnt mit einem Streit von zwei Jungen über die Notwendigkeit des Anschnallens. Dieses Lernziel wird im gesamten Verlauf mehrmals in verschiedenen Sequenzen wiederholt. Einer der Jungen preist später dem Publikum seinen eigenen Kindersitz als „voll cooles Teil“ an. Durch Reduzierung von Kulissen u. Text, wird die eigene Phantasie der Kinder in das Stück hineinprojiziert. Die Kinder identifizieren sich mit den Puppen und erleben die Handlung als eigene Wirklichkeit und erleben die Konsequenzen fehlerhaften Verhaltens. Somit wird auch das Verhalten der Eltern durch aktive Willensbekundung positiv beeinflusst.

„Mama/Papa, warum schnallst Du Dich nicht an? Nur wer sich anschnallt ist cool!“ so die Botschaft.

Kontakt:

Polizeiinspektion Weiden i.d.OPf.

Regensburger Str. 52

92637 Weiden i.d.OPf.

Tel.: 0961 - 401 - 344

E-Mail: georg.huettner@polizei.bayern.de

Webseite: <http://www.polizeipuppenbuehne.de>

Krasser Stoff - Theater gegen Alkoholmissbrauch

Galli Theater e.V., Hamburg

Alkoholmissbrauch ist unter Jugendlichen leider kein einzelnes Phänomen, sondern verbreitetes, oft ritualisiertes Alltagsverhalten. Flatrate- oder Komasaufen stehen als zwei Begriffe für das Missbrauchspotenzial für Jugendliche im Umgang mit der gesellschaftlich anerkannten und deshalb um so schwerer zu beherrschenden „Droge Alkohol“.

Krasser Stoff, das neue Präventionstheaterstück von Johannes Galli, zeigt eindrücklich die negative Wirkung übermäßigen Alkoholgenusses und bietet eine hervorragende Grundlage für die anschließende Nachbereitung des Themas durch die Zuschauer. Interesse?

Kontakt:

Galli Theater e.V.

Behringstraße 26-28, 1.OG

22765 Hamburg

Tel.: 040-28002925

E-Mail: h.ohnesorge@galli.de

Webseite: <http://www.galli.de>

**„War doch nur Spaß“ - ein Theaterstück
über den Schulalltag****Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden - Stiftung
gegen Gewalt an Schulen**

„War doch nur Spaß“ ist ein Theaterstück über den Schulalltag. Es hinterfragt die gängigen Umgangsformen. Ist es okay, Mitschüler ein bisschen zu piesacken oder zu ärgern? Wo oder wann werden Grenzen überschritten? Was ist verletzend? Was ist Gewalt?

Ein wichtiges Ziel des Stücks ist es, dass die Empathie gegenüber Mitmenschen gestärkt wird.

Kontakt:

Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden

Wallstr. 28

71364 Winnenden

Tel.: 07195-589570

E-Mail: H.Schober@aktionsbuendnis-amoklauf.deWebseite: www.aktionsbuendnis-amoklaufwinnenden.de

Raus bist du - Ein gewaltpräventives Theaterstück zum Thema Mobbing

Theater EUKITEA, Berlin

Ein Theaterstück zur Prävention von Mobbing für junge Menschen ab 10 Jahren. Das Theaterstück "Raus bist Du!" entstand in Kooperation mit der Aktion Kinder- und Jugendschutz Brandenburg.

Sabrina geht nicht mehr gerne zur Schule. Seit Wochen macht Daniela ihr das Leben zur Hölle. Es vergeht kein Tag, an dem Daniela sich nicht über Sabrina lustig macht oder sie vor der gesamten Klasse bloßstellt. Und die anderen machen auch noch eifrig mit. Oder sie stehen daneben und tun nichts. Das ist für Sabrina fast noch schlimmer. Sie fühlt sich einsam und ausgeschlossen. Matthias würde ihr ja gerne helfen. Denn eigentlich ist Sabrina ja ganz nett. Aber er hat Angst, selber in die Schusslinie zu geraten. Deshalb hält er lieber den Mund und rettet sich in seine Traumwelt.

Das Theaterprojekt „Raus bist Du!“, begleitet von Arbeitsmaterialien und Workshopmodulen für Lehrer, Eltern und vor allem junge Menschen, soll allen Beteiligten Mut machen, hinzuschauen und zu handeln. Wir wollen den Opfern von Mobbing zeigen, dass sie nicht allein sind, und den Tätern helfen, sich von ihrer Rolle als Hauptakteure zu verabschieden! Kinder, Eltern und Lehrer brauchen Informationen und Unterstützung im Kampf gegen Mobbing: Was genau ist Mobbing? Was können wir vorbeugend gegen Mobbing tun?(Prävention)

Was ist zu tun, wenn Kinder Mobbingopfer oder Täter sind? (Intervention)

Kontakt:

Theater EUKITEA gGmbH

Lindenstr. 18 b

86420 Diedorf

Tel.: 08238-9647430

Fax.: 08238-964743-29

E-Mail: info@eukitea.de

Webseite: <http://www.eukitea.de>

Konflikte lösen lernen Kinder am besten in Bewegung!

Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V., Pulheim

Schüler können mit externen Trainern oder mit ihren Klassen-/ Sportlehrern soziales Verhalten in Bewegungsübungen trainieren für mehr Teamwork und ein besseres Konfliktverhalten im Alltag. Gewaltfrei Lernen (GL) nutzt dabei die Bewegung intensiv und vielfältig für ganzheitliches Erleben und langfristiges Erinnern. In fröhlichen Unterrichtsstunden können Jugendliche der Klassen 1-12 erst sportlich spielen und danach gewandte Körperreaktionen für häufige Konflikte einüben. Dies sind empfehlenswerte Verhaltensalternativen zum Ausgrenzen, Beleidigen und Schlagen! GL vermittelt weitergehend Strategien zur Prävention und Intervention. In großen Schulprojekten schult GL neben den Kindern auch Lehrer, Betreuer und Eltern, damit die erlernten Strategien von allen getragen werden!

Inhalt

- Bewegungsreiche Partnerspiele
- Abreagieren Lassen - Ruhe und Konzentration bewirken
- Konfliktübungen gegen Festhalten, Schlagen, Beleidigen
- Besprechen und Üben der Reaktionsmöglichkeiten bei Wut und Angst
- Erlernen von Grifflösetechniken
- Faire Zweikampfspiele für die Klassen 1-6 gegen Wrestling-Pausenkämpfe
- Ausgrenzung, Mobbing, Rassismus in Spielen und Gesprächen vorbeugen

Gerne möchten wir Ausschnitte aus dieser Arbeit mit Kindern aus Münchener Schulen auf der Bühne vorstellen.

Referentin: Sibylle Wanders

Kontakt:

Förderverein Gewaltfrei Lernen e.V.

Jordeweg 10

50259 Pulheim

Tel.: 02238-838879

Fax.: 02238-839377

E-Mail: info@gewaltfreilernen.de

Webseite: <http://www.gewaltfreilernen.de>

BEATSTOMPER - Rhythmus- und Performanceprojekte

Kreisjugendamt Reutlingen

Seit 2006 richtet sich BEATSTOMPER mit seinen Aktivitäten an sozial benachteiligte und straffällig gewordene Jugendliche. Zugänge erfolgen insbesondere über richterliche Weisungen nach § 10 JGG sowie über Direktkontakte.

In der zweimal wöchentlich stattfindenden dreistündigen Probenpraxis wird mit zielgruppenorientierten Methoden aus der Musik- und Tanzpädagogik gearbeitet. Alltagsbegleitende Maßnahmen unterstützen die Jugendlichen in der Lebensbewältigung. Das Projekt ist langfristig angelegt und wurde wissenschaftlich untersucht. Im Zentrum der künstlerischen Praxis steht die kreative Verwendung von Alltagsmaterialien zur Klangerzeugung. Aus Holztransportkisten, Fässern und diversen Schrottmaterialien werden von den Jugendlichen eigene Klangobjekte entwickelt, gebaut und gestaltet. Planung und Durchführung von Aufführungen gehören von Beginn an zu der prozess-produktorientierten Arbeitsweise.

Die musikalische Praxis zeichnet sich durch körperorientierte Darstellungsformen aus, die Performances sind virtuos und voller Energie. BEATSTOMPER ist ein mehrfach ausgezeichnetes Projekt, das vom Publikum und in Fachkreisen von Justiz, Pädagogik und Kulturarbeit überaus positive Resonanz erhält. Projektleitung: Dr. Dierk Zaiser, Professur für Music & Movement, Staatliche Hochschule für Musik Trossingen

Kontakt:

Kreisjugendamt Reutlingen

Bismarckstraße 16

72764 Reutlingen

E-Mail: info@beatstomper.de

Webseite: <http://www.beatstomper.de>

„Elly und Ingo“ - Schultheaterstück gegen Rechtsextremismus

ueTheater, Regensburg

Menschenrechte gegen Gewalt, auf diese Formel kann der Inhalt des Theaterstücks „Elly und Ingo“ der Regensburger Gruppe „ueTheater“ gebracht werden.

Der engagierten Lehrerin aus Regensburg Elly Maldaque, deren Tod 1930 ganz Deutschland bewegte und Künstler wie Walter Mehring oder Ödön von Horváth zu Werken veranlasste, wird die Figur eines aktuellen Neonazis gegenübergestellt. Abwechselnd erzählen sie ihr Leben.

Beide leiden unter ähnlichen Ausgangsbedingungen. Elly wird von einem tyrannischen Vater gequält und in der „Marterschule“ auf Gehorsam getrimmt. Auch Ingo kennt nur Schläge und Ausgrenzung. Doch während sich Elly aus den Gewaltzusammenhängen befreien kann und den Weg des Menschenrechts einschlägt „Gebt den Menschen ihre Rechte und sie werden alle gut sein“ schreibt sie 1928 in ihr Tagebuch, versinkt Ingo immer tiefer in Hass und Gewalt.

Die Inszenierung verzichtet auf Requisiten und Bühnenaufbau, nur die beiden Schauspieler tragen das Geschehen. Dadurch erreicht das Stück eine Intensität, die fast schon beängstigend ist, wie die Straubinger Rundschau schrieb.

„Elly und Ingo“ wurde bereits an über hundert Schulen in ganz Bayern aufgeführt. Die Erarbeitung wurde gefördert vom Programm „Vielfalt tut gut“ des Bundesministeriums für Familie.

Kirstin Rokita: Elly Maldaque

Daniel Zimpel: Ingo

Kurt Raster: Autor und Regisseur

Kontakt:

ueTheater

Erikaweg 13

93053 Regensburg

Tel.: 0941-700299

E-Mail: uetheater@gmx.de

Webseite: <http://www.uetheater.de>

**NÄCHSTER HALT: ZIVILCOURAGE -
Eine Theateraktion zu mehr Zivilcourage****Landeskriminalamt Baden-Württemberg**

Wer kennt die Situationen nicht. In einem Bus oder in einer U-Bahn kommt es zum Konflikt. Es wird laut. Betretene Gesichter wo man hinschaut und die Situation spitzt sich zu.

Wann muss ich eingreifen?

Was kann ich tun?

Wie vermeide ich, dass ich mich selbst in Gefahr bringe?

Wie gebe ich richtig einen Notruf ab?

Ein Linienbus, wie ihn Schüler/-innen täglich benutzen, wird zur Probebühne. Gespielt werden kritische Situationen, die jeder Zeit in öffentlichen Verkehrsmitteln entstehen können. Die Schüler sind eingeladen aktiv in die Szenen einzugreifen und durch ihr aktives Handeln eine neue Wendung herbei zu führen. So kann couragiertes Verhalten ausprobiert, erlernt und auf seine Wirksamkeit getestet werden.

Mit der Theatergruppe Q-rage wurden hierfür erfahrene Künstler gewonnen. Sie bespielen einen Linienbus zur „Aktion-tu-was“ vor dem Haupteingang des ICM.

Aufführungszeiten:

Montag, 16. April 2012 - 14:00 / 15:30 / 17:00 Uhr

Dienstag, 17. April 2012 - 09:30 / 10:30 / 13:00 Uhr

Dauer: jeweils ca. 30 Minuten

Aufführungsort: Außenbereich, Infomobil A001

Kontakt:

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Tel.: 0711-54013458

Fax.: 0711-54013455

E-Mail: praevention@polizei.bwl.de

Webseite: www.polizei-bw.de/praevention

Filmforum

	Seite
Lernspiel: Erziehungspartnerschaft	580
„Heimspiel“ - Gewaltpräventions ohne erhobenen Zeigefinger	581
Faustlos für die Sekundarstufe*	582
100 % Elternbeteiligung in einer Sekundarstufe - wie ist das möglich?	583
Kinder sicher unterwegs	584
Sage mir deinen Avatar und ich sage Dir, wer Du bist.	585
„Nur Alltag oder ein Verbrechen?“	586

Bei den mit * gekennzeichneten Programmteilen handelt es sich um Firmenvorträge und -infostände sowie Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen.

Lernspiel: Erziehungspartnerschaften

Koordinierungsstelle Gewaltprävention

Vom Konfliktkurs zur Kooperation in der Schulgemeinde

Das Lernspiel will Wege aufzeigen, wie Lehrer und Eltern der Schule gemeinsam Probleme angehen können. Das Spiel bezieht sich auf zwei Themen: Eltern-Lehrer-Gespräch über die Bewertung einer Klassenarbeit und Mobbingprävention und -intervention.

Beispiel-Filme zeigen, dass man auch bei schwierigen Konflikten in der Schule einen guten gemeinsamen Weg finden kann. Es wird ein „U-Modell“ zur Problemlösung vorgestellt, das Schuldzuschreibungen vermeidet.

Eltern und Lehrer können mit dem Lernspiel üben, wie Kommunikationsprobleme und Konflikte in der besser zum Vorteil der Kinder gelöst werden können.

Durchführung:

Das Konzept beruht auf e-Learning-Prinzipien. Lehrer und Eltern bekommen das Spiel und können es zu Hause oder in der Schule als Fortbildungselement benutzen.

Ein Lernspiel-Durchgang dauert etwa 30 Minuten; es gibt vier Durchgänge (zwei Themen x zwei Sichtweisen-Design).

Lehrer und Eltern haben durch das Spiel die Möglichkeit, ihre Problemlösestrategie auszuprobieren und eine allgemeine Strategie im Bereich Schule-Elternhaus kennen zu lernen. Sie können unterschiedliche Handlungsalternativen auswählen und Feedback über den Erfolg ihrer Antworten bekommen.

Kontakt:

Koordinierungsstelle Gewaltprävention

Frankfurter Straße 20 - 22

35781 Weilburg

Tel.: 06471 328232

Fax.: 0611 327 670723

E-Mail: walter.hoelzer@wlb.ssa.hessen.de

Webseite: <http://www.verantwortung.de>

„Heimspiel“ - Gewaltprävention ohne erhobenen Zeigefinger

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Andreas Vossen ist Gymnasiallehrer. Und Hooligan. In der Meute prügelt er, bis sein Kopf leer ist und das Adrenalin durch seine Adern pumpt. Als ein neuer Schüler in die Klasse kommt und Vossen als Hooligan erkennt, drohen die sauber getrennten Welten zusammenzufallen. Denn Benny ist selber Hooligan. Als er auf dem Schulhof in eine Prügelei gerät, rechnet er mit Rückendeckung durch den Lehrer. Doch Andreas Vossen lässt den Schüler auflaufen. Enttäuscht wendet sich der junge Hooligan gegen ihn und provoziert den Ethiklehrer in der Schule bis aufs Äußerste. Bald stehen sich beide auf dem Kampfplatz gegenüber. Und Vossen schlägt zu.

Mit dem preisgekrönten Kurzfilm „Heimspiel“ beschreitet das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) einen neuen Weg in der Gewaltprävention, denn der Film verfolgt keinen universellen Ansatz, sondern will primär junge Menschen ansprechen, die gewaltgeneigt oder durch Gewalttaten bereits auffällig geworden sind. Sie sollen angeregt werden, sich intensiv mit Gewalttaten auseinandersetzen und eigenen Einstellungen auseinandersetzen. Das Medienpaket „Heimspiel“ (DVD und Begleitheft) ist nicht für den Einsatz an Schulen vorgesehen. Es ist vor allem für Fachkräfte in der Jugendarbeit entwickelt worden. Aufgrund der Gewaltszenen und des konfrontativen Präventionsansatzes wird ein Einsatz ab 14 Jahren empfohlen.

Kontakt:

Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes
(ProPK)

Taubenheimstraße 85

70372 Stuttgart

Tel.: 0711-5401 2062

E-Mail: propk@polizei.bwl.de

Webseite: <http://www.polizei-beratung.de>

Faustlos für die Sekundarstufe

Heidelberger Präventionszentrum

FAUSTLOS ist ein Curriculum zur Gewaltprävention und zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Das Programm setzt mit einem systemisch-interaktionellen Konzept präventiv auf der Ebene ganzer Schulklassen bzw. Kindergartengruppen an, die über mehrere Jahre begleitet werden. Dadurch werden Stigmatisierungen vermieden, die Kinder können in der direkten Interaktion ein breites Spektrum sozialer und emotionaler Kompetenzen einüben, und es können „routinemäßig“ sehr viele Kinder profitieren. Dies gilt vor allem auch für Kinder aus belasteten Familien, die ansonsten nur schwer erreichbar sind. Das Programm baut auf detailliert ausgearbeiteten Unterrichtsmaterialien auf (vgl. Cierpka, 2001) und kann nach einer eintägigen Fortbildungsveranstaltung direkt und unproblematisch in den Regelunterricht und die Strukturen vor Ort eingebunden werden. Neu ist die Version für die Sekundarstufe, die 2011 erschienen ist. Sie umfasst 31 Lektionen, die von Klasse 7 an über drei Jahre unterrichtet werden können. Wichtiger Bestandteil der Unterrichtsmaterialien sind insgesamt 11 Videosequenzen. In ihnen werden typische Konfliktsituationen als Spielhandlungen dargestellt. Sie bilden den Kern dieser Lektionen, schaffen Identifikationsmöglichkeiten und ermöglichen eine realitätsnahe und zielgerichtete Bearbeitung der Inhalte. Gezeigt werden einige Beispiele.

Kontakt:

Heidelberger Präventionszentrum

Keplerstraße 1

69120 Heidelberg

Tel.: 06221-914422

E-Mail: info@h-p-z.de

Webseite: <http://www.h-p-z.de>

100% Elternbeteiligung in einer Sekundarschule - wie ist dies möglich?**Stiftung „Verantwortung statt Gewalt“**

Was passiert mit den Schülern wenn sich alle Eltern einer Klasse an Schule beteiligen. Was müssen Lehrer tun, damit dies möglich wird. Wie wirkt sich dies auf die Perspektiven der Schülerinnen und Schüler aus. Wie verändert sich die Kriminalitätsrate.

Die Lehrerin Frau Vogt Hilberger, Schulleiter Michael Schröter von der Schrenzer Schule in Butzbach/Hessen und Hartmut Balsler gehen in dem Film auf Spurensuche nach der Wirksamkeit und Übertragbarkeit auf andere Schulen.

Kontakt:

Stiftung „Verantwortung statt Gewalt“

Parkstrasse 15

35415 Pohlheim

Tel.: 0641-45273

E-Mail: h-balsler@unitybox.deWebseite: <http://www.verantwortung-statt-gewalt.de>

Kinder sicher unterwegs

Kelly-Insel e.V.

Kinder sollen in Städten und Gemeinden ihre Wege sicher bewältigen können. Gefahren gibt es sowohl im Straßenverkehr als auch bei einem verdächtigen Ansprechen mit eventuell sexuellem Hintergrund. Damit Kinder sicher unterwegs sind, müssen ihnen bestimmte Kenntnisse vermittelt werden. Im Film „Kinder sicher unterwegs“ zeigen Lea, Lukas und deren Freunde kindgerecht auf, wie man sich in schwierigen Alltagssituationen selbstbewusst und richtig verhalten kann. Die Filmszenen werden durch eine Polizeibeamtin kommentiert und bieten eine Grundlage zur Verkehrserziehung sowie zur kriminalpräventiven Arbeit mit Kindern im Grundschulalter. Die Szenen können einzeln angesteuert werden und es gibt eine „Elternversion“ des Films mit einem Vorwort des baden-württembergischen Landespolizeipräsidenten Prof. Dr. Wolf Hammann. Das Medienpaket (Film und Begleitheft) eignet sich für die verkehrserzieherische und kriminalpräventive Arbeit an Grundschulen. Es beinhaltet neben der Film-DVD ein Filmbegleitheft mit pädagogischen Hinweisen und erläuternden Hintergrundinformationen.

Spieldauer ca. 20 Minuten.

Kontakt:

Kelly-Insel e.V.

Rathausplatz 1

70794 Filderstadt

Tel.: 07158-904514

E-Mail: mejzlik@kelly-insel.de

Webseite: <http://www.kelly-insel.de>

**Sage mir Deinen Avatar und ich sage
Dir, wer Du bist****In media res - SocialMedia Productions**

Anlässlich der gamescom 2011 in Köln wurden Besuchern Zeichnungen typischer Avatare/ Fantasyfiguren vorgelegt. Eine persönliche Auswahl daraus sollte jeweils begründet werden. Es können daraus Rückschlüsse auf die Motive und Persönlichkeitsstrukturen der gamer vermutet werden. Auch in der Therapie von „Spielsüchtigen“ wird die Auseinandersetzung mit den Avataren eingesetzt. Dadurch gelingt ein subjektiver Einblick in die Welt der Gamer und der Games.

Kontakt:

In media res - SocialMedia Productions

Kegelswies 50

53773 Hennef

Tel.: 02242-4162

E-Mail: ugi4you@web.deWebseite: <http://www.in-medien-kompetent.de>

„Nur Alltag oder ein Verbrechen?“**Polizeipräsidium München**

Bei dem Film handelt es sich um einen Projektbeitrag einer Münchner Schule zum Thema Jugendgewalt mit folgendem Inhalt:

Ein Jugendlicher liegt volltrunken, eingenässt und bewusstlos im Gras. Ein Mitschüler bemerkt das und - anstatt ihm zu helfen - bemalt er den Betrunkenen völlig emotionslos mit einem Eddingstift. Anschließend nimmt er seine Handykamera und dokumentiert die Situation ausführlich. Diese Bilder stellt der Klassenkamerad dann ins Internet und druckt zudem „Beweisfotos“ aus, die er an der schuleigenen Pinwand öffentlich aushängt.

Das gedemütigte Opfer sinnt auf Rache. Während einer Pause auf dem Schulhof greift der Jugendliche den Täter körperlich an. Klassenkameraden, Mitschüler und Freunde feuern die Kämpfenden an, zudem stehen einige Schülerinnen „Schmiere“. Letztendlich wird das Opfer dem Täter vor die Füße gestoßen - woraufhin der Jugendliche in höchster Not ein Messer zückt.

Im Abspann wird verdeutlicht, welche Folgen das Strafgesetzbuch für die einzelnen Handlungen von Täter, Gehilfen und Anstiftern vorsieht.

Kontakt:

Polizeipräsidium München - Kommissariat 105

Bayerstr. 35 - 37

80335 München

E-Mail: pp-mue.muenchen.k105@polizei.bayern.de

Referentinnen und Referenten

Kristin Adamaszek	290
Carina Agel	284
Prof. Dr. Meinrad Armbruster	328
Silke Baer	326
Detlef Beck	156
Rainer Becker	320
Monika Becker-Allwörden	333
Peter Beckmann	294
Klaus Bechtold	551
Prof. Dr. Katharina Beclin	270
Dirk Behrmann	226
Christine Bitter	196
Christian Blechinger	279
Melanie Blinzler	200
Heike Blum	156
Dr. Wilfried Blume-Beyerle	34, 194, 562
Rainer Bode	282
Holger Bölkow	286
Maren Brandenburger	292
Kirsten Bruns	329
Frank Buchheit	230
Dr. Alexander Butchart	258
Matthias Butz	172

Prof. Mary Cavanaugh	329
Dr. Marc Coester	33, 248, 334
Rainer Cohrs	551
Reinhard Crantz	178
Christoph Dauser	283
Dr. Caroline L. Davey	164
Dr. Katia Duscherer	192
Achim Däbert	188
Silke Eilzer	254
Georg Fiedler	158
Dr. Holger Floeting	160
Ingo Fock	311
Prof. Dr. Bernhard Frevel	170
Bernd Fuchs	162
Dr. Helmut Fünfsinn	236
Shanta Ghosh	327
Monika Glados	315
Wolfgang Gores	322
Prof. Dr. Thomas Görden	186
Reiner Greulich	162
Frederick Groeger-Roth	168
Prof. Dr. Axel Groenemeyer	124
Prof. Dr. Ute Ingrid Haas	334

Joachim Häfele	285
Martin Halbgewachs	174
Stefanie Hälig	334
Michael Haller	230
Marko Haselböck	299
Mirko Haufe	317
Roland Hausenberger	313
Dr. Rita Haverkamp	146
Arno Helfrich	250, 550
Elisabeth Helming	190
Zara-Marlene Helms	329
Prof. Dr. Dieter Hermann	244
Joachim Herrmann	122
Jutta Hoffmann	304
Reiner Holitschke	202
Bernd Holthusen	136
Georg Hopp	212
Dr. Sohail Husain	204
Guido Jabusch	551
Oliver Jacob	288
Benno Jahn	198
Wiebke Janßen	329
Robert Jaworski	551

Dr. Eva Jüsten	138
Kornelia Kamla	312
Siegfried Kammhuber	281
Ralph Kappelmeier	232
Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner	33, 34, 122, 124, 248, 268, 562
Nader Khalil	246
René Kiefer	551
Dr. Heinz Kindler	190
Michaela Kluge	329
Sylvia Kolbe	310
Robert Kopp	194
Angelika Kraus	192
Benjamin Kraus	186
Jessica Kraus	324
Prof. em. Dr. Arthur Kreuzer	210
Thomas Kutschatj	152
Gabriele Lasius	188
Cordula Lasner-Tietze	278
Dr. Vincenz Leuschner	308
Regina Linda	296
Dr. Olaf Lobermeier	300
Sigfried Löprick	256
Dr. Johannes Luff	218

Heinz-Peter Mair	254
Steve Malki	291
Erich Marks	33, 34, 122, 124, 562
Andreas Mayer	34, 224
Alois J. Meier	550
Jana Meier	331
Dr. Beate Merk	132
Dr. Anja Meyer	334, 562
Christian Miesner	170
Dr. Paula Miraglia	176
Julia Mölck	220
Julia Muth	322
Michael Neu	289
Prof. Gerd Neubeck	123, 144, 180
Angela Nieting	214
Sybille Oetliker	238
Dr. Figen Özsöz	218
Erhard Paasch	228
Hark-Mo Daniel PARK	182
Dr. Seong-Hoon PARK	182
Dr. Carlos Paulos	192
Gudrun Pfab	174
Prof. Dr. Christian Pfeiffer	134, 266

Guilherme Pinto	123, 256
Carlotta Pirnat	314
Gudrun Platten	313
Heike Pohlmann	294
Prof. Dr. Elisabeth Pott	140
Dr. Frank Quante	242
Jens Markus Rabe	184
Viktoria Racic	212
Anna Rau	206
Peter Reckling	306
Angelika Ribler	301
Sabine Riemer	313
Johannes-Wilhelm Rörig	154
Dr. Helmut Roos	319
Barbara Roth	212
Volkert Ruhe	252
Christiane Sadeler	164
Malte Sandner	287
Dr. Mechthild Schäfer	232
Dr. Martin Schairer	256
Prof. Dr. Herbert Scheithauer	180, 302
Rüdiger Schilling	323
Erwin Schletterer	291

Dr. Hans Peter Schmalzl	550
Andreas Schmid	313
Sonja Schmid	317
Prof. Dr. Dr. Armin Schmidtke	158
Johanna Scholl	305
Dr. Anke Schröder	226
Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert	168, 188
Petya Schuhmann	172
Dr. Tillmann Schulze	238
Detlev Schürmann	330
Antje Seidel-Schulze	160
Horst Seehofer	6
Wolfgang Seidel	293
Dr. Helmut Seitz	236
Norbert Seitz	34, 234, 562
Walter Sieveke	329
Dr. Tina Silbernagl	206, 240
Friederike Sommer	305
Celina Sonka	286
Ursula Stämmer-Horst	150
Walter Staufer	216
Dr. Wiebke Steffen	33, 34, 37, 123, 124, 562
Kurt Stern	551

Dr. Jost Stellmacher	248
Anabel Taefi	186
Carmen Trenz	297
Christian Ude	7, 122
Ismail Ünsal	246
Jörg Konrad Unkrig	294
Kalpana Viswanath	222
Sigrun von Hasseln-Grindel	332
Prof. Dr. Wolfgang R. Vogt	252
Otto Vollmers	142
Prof. Dr. Yvette Völschow	329
Dr. Stefanie Wagner	138
Prof. Dr. Ulrich Wagner	248
Prof. Dr. Irvin Waller	123, 148
Joachim Wallner	316
Dr. Marie-Luis Wallraven-Lindl	208
Mario Watz	304
Bernd Weber	248
Carina Weber	298
Dr. Melanie Wegel	318
Kay Wegner	309
Christian Weicht	321
Dr. Harald Weilnböck	326

Holger Weithöner	295
Susanne Wiescher	303
Andrew B. Wootton	164
Prof. Dr. Rüdiger Wulf	307
Dr. Kati Zenk	289, 300
Martin Ziegenhagen	280
Dr. Diana Ziegleder	331
Harald Zimmerhackel-Monien	325
Simone Zimmermann	303

Wir bitten um Ihre Meinung!

Die Evaluation des 17. Deutschen Präventionstages wird durchgeführt von proVal – der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse, Beratung und Evaluation.

Die Evaluation des Präventionstages wird – wie in den vergangenen Jahren – online durchgeführt. Hierzu wird Sie die Geschäftsführung des Deutschen Präventionstages im Nachgang des Kongresses per E-Mail anschreiben und Sie um Ihre Meinung bitten.

Ihre Angaben dienen ausschließlich der Auswertung des Deutschen Präventionstages. Die Anonymität der Befragung ist gewährleistet.

Für Ihre Mitwirkung bei der Onlinebefragung wären wir Ihnen sehr dankbar.



**GLOBAL DENKEN. LOKAL HANDELN.
GENIAL EINKAUFEN. RUND 2.200 MAL.**

**MEHR ALS 280.000 MITARBEITER,
RUND 2.200 STANDORTE,
33 LÄNDER, EIN UNTERNEHMEN.**

Die METRO GROUP ist eines der internationalsten Handelsunternehmen der Welt. Wir bieten privaten wie gewerblichen Kunden ein breites Leistungsspektrum mit starken Marken. Beste Voraussetzungen also, um weiter zu wachsen. Und mit uns zu wachsen. www.metrogroup.de

METRO GROUP
ZUM HANDELN GESCHAFFEN.

METRO

real

MediaMarkt

SATURN

GALERIA

17. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

Veranstalter: DPT – Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH
im Auftrag der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

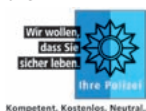
Gastgebende Veranstaltungspartner



Landeshauptstadt
München



Ständige Veranstaltungspartner



gefördert vom

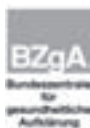


Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Hauptsponsor



Kooperationspartner



Sponsoren

Deutsche Post DHL

METRO GROUP
ZUM HANDELN GESCHAFFEN.

Munich RE 

Kooperationspartner der gastgebenden Veranstaltungspartner

